DER SPIEGEL

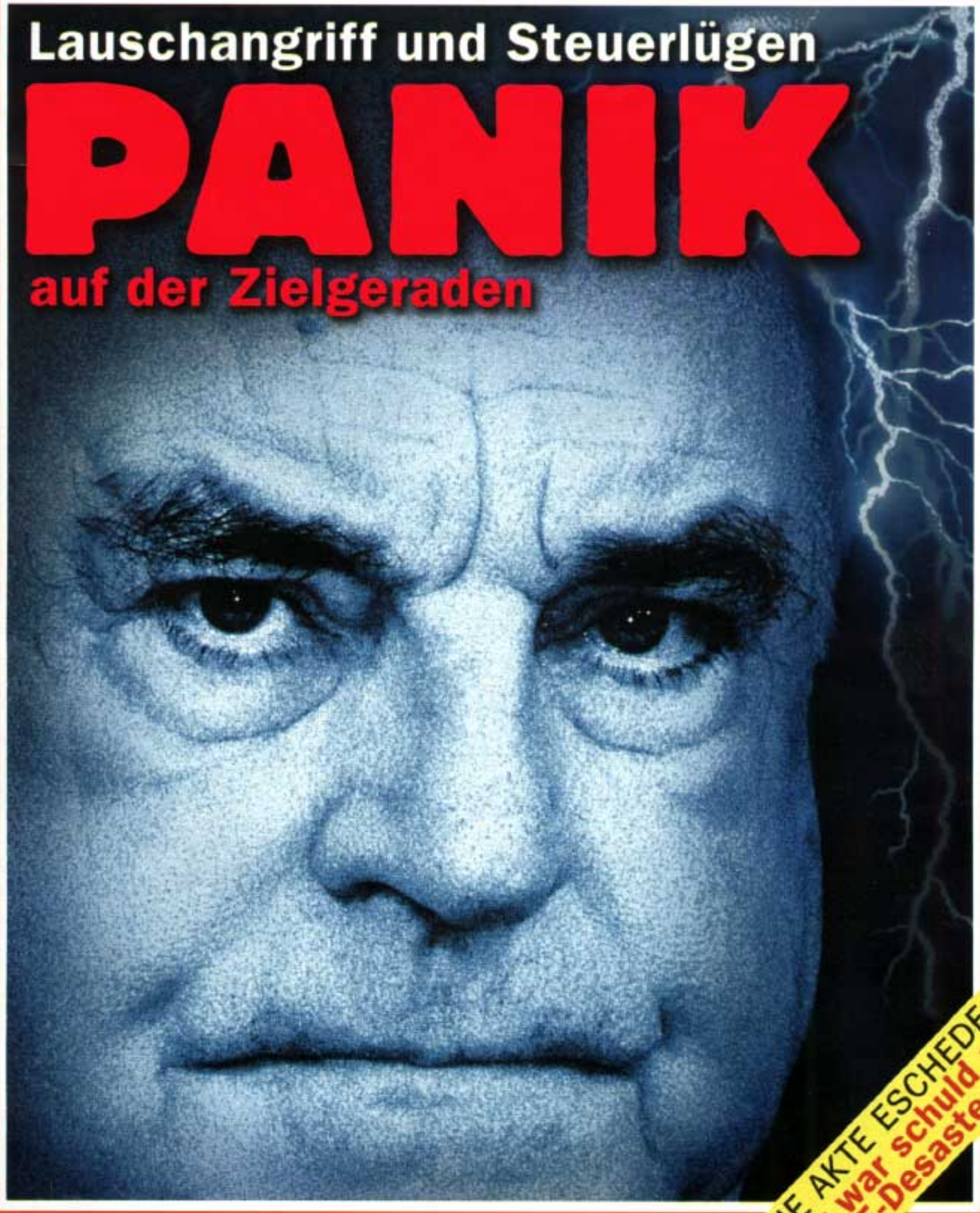
Nr. 39/21.9.98 · 5,00 DM

4 390700 705005 39

Lauschangriff und Steuerlügen

PANIK

auf der Zielgeraden



DIE AKTE ESCHEDE:
Wer war schuld am ICE-Desaster?

Werbeseite

Werbeseite

DER SPIEGEL
DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

Hausmitteilung

21. September 1998 **Betr.: SPIEGEL-Gespräch, Pferde, Formel 1, Debatte**

Spricht so ein Schauspieler? „Das Leben ist zu kurz, um sich dauernd mit sich selbst zu beschäftigen.“ Also sprach der Hollywood-Star Robert Redford zu den SPIEGEL-Redakteurinnen Bettina Musall und Marianne Wellershoff, die er in einem Münchner Hotel zum SPIEGEL-Gespräch empfangen hatte, und richtete die berühmten Blauaugen durch eine Goldrandbrille aufmerksam auf die beiden. Nur mit resolutem Charme konnten sie ihn dazu bewegen, über das zu sprechen, was anlag: der Deutschland-Start seines Films „Der Pferdeflüsterer“. Redford wollte lieber politisieren, kam aber dann doch auf seine Pferdeleidenschaft zu sprechen: Am liebsten reite er „kurz vor Sonnenuntergang“ los. Ebenso hält es SPIEGEL-Wissenschaftsredakteur und Reitersmann Olaf Stampf, 32. Nun besuchte er eines der Vorbilder für den „Pferdeflüsterer“, den kalifornischen Pferdetrainer und Bestseller-Autor Monty Roberts, der Mann, vor dem die Rösser niederknien. Stampf: „Er hat einfach nur einen ausgeprägten Pferdeverstand“ (Seiten 256 und 263).



A. KOESTER / SYGMA

Roberts, Stampf



G. BRUNEAU / GRAZIA NERI / AGENTUR FOCUS

Weinzierl, Schumacher

Alfred Weinzierl, 39 und Leiter des Sport-Ressorts, beobachtet seit zehn Jahren für den SPIEGEL die Pisten und Piloten des rasenden Gewerbes und hat die meisten Grand-Prix-Sieger befragt. Michael Schumacher und Mika Häkkinen, die am kommenden Sonntag punktgleich zum vorletzten Grand Prix starten, sind Weinzierl seit langem vertraut. Ende der achtziger Jahre traf er einen Schumacher, der noch Formel 3 fuhr und „extrem schüchtern und einsilbig“ war; den Finnen Häkkinen beobachtete Weinzierl erstmals kurz nach dessen schweren Unfall 1995: „Er rang nach Worten, wollte sich keine Blöße geben.“ Jetzt erlebte er den einen als „souverän“, den anderen als „tiefgründigen Plauderer mit sicheren Pointen“. Zwei Charaktere, ein Gesetz: Ich bin der Beste (Seite 206).

Die Aufregung war groß, als der SPIEGEL vor wenigen Wochen den Theologen Rolf Wischnath, Stellvertreter des evangelischen Bischofs von Berlin-Brandenburg und Mitglied der EKD-Synode, mit dem Satz zitierte: „Man müßte überlegen, ob man Jörg Schönbohm noch in Berlin und Brandenburg zum Abendmahl zulassen kann.“ Der Grund für Wischnaths Überlegungen: die Abschiebung von 74 Bürgerkriegsflüchtlingen, die der Berliner Innensenator durchführen ließ. SPIEGEL-Redakteur Stefan Berg bat Wischnath nun, seine Position zu begründen: In seinem Beitrag „Heilsame Arznei für den Senator“ erklärt der streitbare Protestant, warum sich Schönbohm durch seine Ausländerpolitik selbst vom Abendmahl ausgeschlossen hat – ein zwischen Kirche und Christenunion einmaliger Vorgang (Seite 96).

Wegen der Bundestagswahl erscheint DER SPIEGEL Nr. 40/1998 bereits am Samstag, den 26. September 1998.

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

In diesem Heft

Titel

Pleiten und Pannen im Kohl-Wahlkampf 22
Politposse um die Mehrwertsteuer 26
Lauschangriff der Fahnder auf Journalisten im Fall Klein 28
SPIEGEL-Gespräch mit Volker Rühe über die Wahlchancen der Union und Kohls Nachfolge 31
Hans-Joachim Noack über Helmut Kohl, die Machtmaschine im Leerlauf 35
SPIEGEL-Gespräch mit Gerhard Schröder über den Schlußspurt im Wahlkampf und mögliche Koalitionen 38
Jürgen Leinemann über Gerhard Schröder, den Machtmenschen aus dem Volk 44

Kommentar

Rudolf Augstein: Wanzen sollen Kohl retten ... 24

Deutschland

Panorama: Scientology überschätzt / Bundeswehr schießt mit Popcorn 17
CSU: Stoibers Aufstieg in die erste Reihe 50
Mecklenburg-Vorpommern: SPD-Chef Ringstorff setzt auf Rot-Rot 58
Weltausstellung: Chaos und Mißwirtschaft bei der Expo 2000 62
Projekt Deutschland 2000: Eine radikale Steuerreform ist überfällig 68
Kriminalität: Wird die Gendatei ein Flop? 91
Debatte: Der evangelische Superintendent Rolf Wischnath über den Widerstand der Kirchen gegen die Berliner Abschiebepraxis ... 96
Zeitgeschichte: Die NS-Vergangenheit dreier Koryphäen aus der Historikerzunft 102
Bahn-Unglück: Heiße Spur im Fall Eschede ... 111

Wirtschaft

Trends: Otelo steigt bei Iridium aus / Krach bei Lamborghini 117
Medien: Streit um Kohl-Interview / Bauer bringt kostenlose S-Bahn-Zeitung 118
Geld: Der Absturz der SAP-Aktie / Scheinprivatisierung bei Salzgitter 119
Weltwirtschaft: Die Angst vor der Deflation 120
SPIEGEL-Gespräch mit Otmar Issing, Chefvolkswirt der Europäischen Zentralbank, über die Risiken der Globalisierung 123
Bertelsmann: Bilanz mit Schönheitsfehlern ... 130
Affären: Wieder wurde ein hochrangiger Veba-Manager verhaftet 134
Europa: Betrugsskandal in der EU-Kommission 138
Karrieren: Richard Branson, Großbritanniens schillerndster Unternehmer, rechnet ab 145

Gesellschaft

Szene: Die Küchenschürze erobert den Laufsteg / Schlaue Mädchen neigen zu Depressionen 149
Internet: Der Starr-Bericht für jedermann – Tabubruch oder eine neue Form direkter Demokratie? 150
Wie Klatschreporter Matt Drudge die digitale Gerüchteküche anheizt 154
Fernsehen: Anke Engelke, Deutschlands frechster Comedy-Star 164

Ausland

Panorama: Frankreich hält zu Clinton / Eta-Friedensofferte eine Falle? 167
Albanien: Rückfall in die Anarchie 168
Interview mit Oppositionsführer Berisha 170

Wer geht, wer kommt?

Seiten 35, 44



J. H. DARCHINGER

Kohl



M. DARCHINGER

Schröder

Kurz vor Schluß erscheint der Kampf um das höchste Regierungsamt als Duell höchst ungleicher Männer: Macht- und Instinktmenschen sind sie beide. Doch während Amtsinhaber Kohl den unerschütterlichen Starken in schwerer Zeit gibt, spielt sein Herausforderer Schröder den flexiblen Zukunftspolitiker – mal Held der Videoclip-Generation, mal sozialdemokratischer Currywurst-Fan.

Projekt Deutschland 2000

Steuern senken, Ausnahmen streichen

Seite 68

Das deutsche Steuersystem ist viel zu kompliziert und ungerecht dazu. Das lähmt die Wirtschaft und fördert die Staatsverdrossenheit. Eine Radikalreform ist überfällig: Die Steuersätze müssen drastisch gesenkt, die Schlupflöcher konsequent gestopft und Ausnahmen weitgehend gestrichen werden.

ICE-Desaster: Menetekel in München

Seite 111

Die Bahn-Katastrophe von Eschede kostete 101 Menschen das Leben. In der Nacht zuvor wurden bei der Überprüfung des ICE im Münchner Werk der Bahn AG Unebenheiten am Unglücksrad entdeckt – warum wurden sie nicht behoben?



A. ZAND-VAKILI

Unfallstelle in Eschede

Bertelsmann intern

Seite 130



M. DARCHINGER

Wössner

Wenn Bertelsmann-Chef Mark Wössner in vier Wochen abtritt, hinterläßt er eine beeindruckende Bilanz – und ein paar ungelöste Probleme. Aus dem Gütersloher Printmedienhaus formte er einen Weltkonzern, aber die Rentabilität in einigen Kernbereichen sinkt. Vor allem das traditionelle Buchclub-Geschäft schrumpft. Einen Rekordgewinn weist Bertelsmann dennoch aus – dank einiger Sonderverkäufe von Firmen und Beteiligungen.



Drudge-Video von Clinton mit Joggern im Oval Office

Vor der Welt bloßgestellt

Seiten 150, 154, 172

Nie zuvor stand ein Staatsmann so entblößt vor der Weltöffentlichkeit – das Internet wurde zur politischen Schaubühne. Mit einem dubiosen Video heizte Internet-Reporter Drudge die Gerüchte um Clinton weiter an. Die politischen Gegner des Präsidenten wollen den in die Defensive Gedrängten nun vollends demontieren.

Countdown für Berlins neue Mitte

Seiten 218, 224

Am 2. Oktober wird Bundespräsident Roman Herzog das erste fertiggestellte Quartier am Potsdamer Platz der Öffentlichkeit übergeben. Doch die Freude der Berliner über die neue Stadt in ihrer Mitte hält sich in Grenzen: Statt um urbane Harmonie wetteifern die Konzernbauherrn von Daimler-Benz und Sony nur um Protz und Rendite.

Comedy-Spaß mit Anke

Seite 164


FOTEX
Engelke

Mal parodiert sie im Plastik-Mini schwachsinnige Teenie-Sendungen, mal schwadroniert sie als Post-68er-Emanze nervtötend übers Patriarchat, mal reißt sie üble Zoten – und jedesmal stiehlt sie ihren drei männlichen Kollegen die Show. Der neue Unterhaltungsstar Anke Engelke hat „Die Wochenshow“ auf Sat 1 zur erfolgreichsten Comedy-Sendung gemacht: mit Charme, komödiantischem Talent und oft hemmungsloser Unverschämtheit. Wenn sie vor der Kamera in Fahrt sei, sagt Engelke, könne sie auch mal „richtig ordinär sein“.

Lügendetektor vor Gericht

Seite 272

Erstmals seit 1954 befaßt sich der Bundesgerichtshof mit der Zulässigkeit des Lügendetektors im Strafverfahren. Für manche Menschen ist er die letzte Hoffnung, um ihre Unschuld zu beweisen. In Karlsruhe werden nun zwei Prozesse überprüft, in denen den Angeklagten der Test verweigert wurde. Billigt der BGH den Einsatz des Detektors?

USA: Clintons Demontage wird fortgesetzt ... 172
Österreich: Der Lassing-Skandal ... 176
Rußland: In St. Petersburg gehen die Lichter aus ... 178
Türkei: 15 Jahre Haft für deutsche PKK-Aktivistin ... 181
Iran/Afghanistan: Kriegsgefahr in Zentralasien ... 182
Pakistan: Noch ein Gottesstaat? ... 186
Irland: Europameister im Absahnen ... 190
Argentinien: Die Großmütter der Plaza de Mayo ... 196
Slowakei: Mit Volldampf in die Isolation ... 199
Tibet: Reinhold Messners Begegnungen mit dem Yeti ... 202

Sport

Formel 1: Rivalen auf der Rennbahn – Michael Schumacher und Mika Häkkinen ... 206
Basketball: Ein deutscher Nobody wagt den Sprung in die NBA ... 211

Kultur

Szene: Duft-Streit in Köln / Welches Picasso-Gemälde stürzte ins Meer? ... 215
Architektur: Das neue Quartier am Potsdamer Platz – Fremdkörper in Berlins Mitte ... 218
Wie die Eröffnung der Daimler-City am 2. Oktober die Berliner verzücken soll ... 224
Kino: Johnny Depp im Drogen-Märchen „Fear and Loathing in Las Vegas“ ... 228
Literatur: Nick Hornbys Roman über die Abenteuer eines Singles ... 230
Bestseller ... 232
Theater: Die Jungautorin Theresia Walser und ihre Groteske „King Kongs Töchter“ ... 236
Kunst: Die Selbstporträts des Exzentrikers Martin Kippenberger ... 240
Musiktheater: SPIEGEL-Gespräch mit dem Regisseur John Dew über seine Abkehr vom Schrillen ... 244
Pop: Der Siegeszug des Rappers Master P ... 249
Fernseh-Vorausschau ... 286

Wissenschaft + Technik

Prisma: Herzschäden durch Appetitzügler / Superteleskop durchforstet den Himmel ... 253
Prisma Computer: Mikrowelle mit Internetanschluß / Lebensechte Geräuschkulisse für die Cyberwelt ... 254
Tiere: Kultfigur Monty Roberts – der Mann, der mit den Pferden spricht ... 256
SPIEGEL-Gespräch mit dem Schauspieler Robert Redford über seine Bestseller-Verfilmung „Der Pferdeflüsterer“ ... 263
Luftfahrt: War das Swissair-Unglück vermeidbar? ... 266
Medizin: Reformstau bei der Ärzteausbildung ... 270
Strafjustiz: Gisela Friedrichsen zur Verhandlung des Bundesgerichtshofs über den „Lügendetektor“ ... 272
Automobile: Bora – der neue Golf mit Stufenheck ... 277

Briefe ... 8
Impressum ... 14, 280
Leserservice ... 280
Chronik ... 281
Register ... 282
Personalien ... 284
Hohlspiegel/Rückspiegel ... 290



SPIEGEL-Titel Nr. 37/1998

„Wem der gehört, der Bauplan? Onkel Dagobert natürlich. Wer ihn nicht kennt: Es handelt sich um Dagobert Duck, die globalmonopole fundamentalkapitalistische Hochfinanzente.“

Burkhard Brunn aus Frankfurt am Main zum Titel „Wem gehört der Bauplan des Menschen?“

Verlust unserer Individualität

Nr. 37/1998, Titel: Wem gehört der Bauplan des Menschen?

Dieser Artikel wirft ein grelles Licht auf die totale Auslieferung unserer Gesellschaft an das Geld. Die Unterscheidungsfähigkeit für das, was auf den Markt gehört und was nicht, ist unseren Wirtschaftlern und Politikern völlig abhanden gekommen. Die Verfügungsmacht über die Gesundheit, von der Vorsorge bis zu den Heilmethoden, darf nicht einzelnen Unternehmen überlassen werden, die allenfalls ihren Anteilseignern verantwortlich sind und sonst niemandem. Seit dem Ellbogen-Kapitalismus kein ernstzunehmender Gegner mehr im Wege steht, haben wir nicht nur die soziale Marktwirtschaft aufgegeben, sondern sind dabei, uns dem Geld immer vollständiger auszuliefern, was dann obendrein als Fortschritt gepriesen wird.

STUTTGART R. BREE

Ich gedachte, demnächst ein Kind in die Welt zu setzen – gibt es eine Art Gema, oder muß ich alleine herausbekommen, an wen ich die Patentgebühren überweisen darf?

BERLIN S. PANNECK

Jede Medaille hat zwei Seiten. In meiner Arbeit als Psychologe habe ich erfahren, daß jede Zunahme an externer Kontrolle eine gleichwertige Abnahme an emotionaler Erlebnisfähigkeit beinhaltet. Wenn man dies verallgemeinern könnte, würde das glatt bedeuten, daß die Entschlüsselung des menschlichen Genoms als Voraussetzung zur externen Kontrolle über unsere Gesundheit keinen Pfennig mehr Lebensqualität brächte. Der Verlust unserer Individualität vermehrt sozusagen auf direktem Wege den Geldbeutelumfang beteiligter Personen.

KÖLN VOLKER DANIEL



W. KLOOS / HOECHST AG

Lesen eines Gen-Codes: *Jede Medaille hat zwei Seiten*

Im bewährten Geist

Nr. 37/1998, Affären: Stasi-Offiziere im Sold des Verfassungsschutzes

Wann endlich ist die Schmerzgrenze erreicht? Ehemalige Repräsentanten des DDR-Unrechtsregimes sichern immer noch die Kanzlermehrheit, ein CDU-Bundesinnenminister läßt Hunderte von DDR-Grenztruppenangehörigen in den BGS übernehmen und sie nach dem Uniformwechsel Reisende kontrollieren – was sie in der Art auch vor dem Mauerfall gemacht haben. Nun werden vom CDU-Innensenator Ex-Stasi-Offiziere beim Berliner Verfassungsschutz beschäftigt (es sind ja „ordentlich ausgebildete Nachrichtendienstler“!).

BONN GEORG VON BONKEWITZ

Ich bin verwundert über die Aufregung um die Handvoll ehemaliger Stasi-Leute im Berliner Verfassungsschutz. In Brandenburg sind Kader aus dem Mielke-Ministerium und aus den alten DDR-Polizeibehörden fast in Kompaniestärke in die neuen Sicherheitsämter übernommen worden. Sie dürften da im bewährten alten „antifaschistischen“ Geist weiterwirken.

BERLIN FRANK SCHWERDT

Ehrenamtliches Engagement

Nr. 37/1998, Flüchtlinge: Betrüger zocken Bosnier ab

Pro Humanitate e. V., eine studentische Hilfsorganisation, unterstützt seit 1994 bosnische Flüchtlingsstudenten in Zagreb. Wir engagieren uns rein ehrenamtlich und möchten uns von der gleichnamigen Betrügergesellschaft in Essen distanzieren. Unsere Arbeit wird aus Bundesmitteln mit 825 000 Mark und von privaten Spendern in Höhe von circa 700 000 Mark unterstützt.

WINTERBURG (RHLD.-PF.) C. SCHULZE
PROJEKTKOORDINATOR TUZLA PRO HUMANITATE

Träumen kostet nichts

Nr. 37/1998, Aktien: Matthias Matussek über die Zitterbörse und das stille Leiden der Kleinanleger

Eine absolut herrliche Geschichte, ein ähnliches Gefühlsbad habe ich vor zehn Jahren mitgemacht, wenn auch nicht so dramatisch. Gott sei Dank bin ich nicht mit an Bord. Ich drücke Kai und Matthias die Daumen, obwohl ich das dumpfe Gefühl nicht loswerde, daß die beiden die wichtige Regel nicht kennen: „Kaufe nie mit geliehenem Geld!“

NÜRNBERG ULRIKE KREITMAIER-POHL

Natürlich tut es weh, vier- bis fünfstellige Summen zu verlieren – den richtigen



Titel: Greta Garbo in dem Film „Die Frau mit den zwei Gesichtern“

Vor 50 Jahren

DER SPIEGEL vom 25. September 1948

40 000 Deutsche bewerben sich täglich um die Auswanderung nach Amerika Geringe Chancen. **1500 Diplomaten aus Uno-Mitgliedsstaaten in Paris versammelt** Kluft zwischen Wollen und Können. **Die jüdische US-Organisation „Söhne der Freiheit“ wirft England Betrug an den Juden in Palästina vor** Boykott britischer Waren in den USA. **Der Komponist Werner Egk erzählt:** Werke aus der Schublade. **Roland Petits „Ballet de Paris“ in Hamburg** Prügelszenen beim Kartenverkauf. **Vier Generationen Tschechowa** Schauspielern liegt in der Familie.

Diese Artikel sind im Internet abzurufen unter **http://www.spiegel.de**

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Kleinanleger schmerzen derweil entgangene Gewinne in dieser Preislage, entstanden durch falsches Timing beim Kauf oder Verkauf, oft viel nachhaltiger. Genau das macht die Angelegenheit so herrlich absurd. Vielleicht sollten wir Börsen-Neurotiker mal mehr danach schauen, wie auch unsere Gier Volkswirtschaften in den Ruin treibt, und daran denken, welch ungezählte Menschenschicksale von Spekulationen aufs ärgste betroffen sind. Gleichwohl erscheint die Szenerie durchaus folgerichtig, wenn man sie im Gesamtzusammenhang betrachtet.

FRANKFURT AM MAIN HERMANN HESSE

Ein ganz dickes Lob an Herrn Matussek. Ich habe wirklich Tränen gelacht: Und dabei bin ich als „Titanic"-Leser ziemlich verwöhnt, was Komik angeht. Aber es ist genauso, wie er es beschreibt. n-tv, Carola Ferstl, „Hallo, ich bin der Michael …", meine LHS, Charttechnik – ein Feuerwerk, was Herr Matussek da abbrennt.

BOCHUM FRANZ-JOSEF ADRIAN

Ich habe ähnliche Erfahrungen wie Sie mit der Anlageberatung beim Versuch auszusteigen gemacht. Als der Dax die 5000 geknackt hatte, bekam ich, was meine Aktien betraf, kalte Füße. Es war nicht ganz einfach, die Verkaufsorder für den gesamten Aktienbestand (letzte Zukäufe im Oktober 1997) per 29. Juni – Dax kurz vor 6000, und die allfällige Kurskosmetik zum Quartalsschluß wollte ich schon noch mitnehmen – bei der Deutschen Bank durchzusetzen; selten soviel Glück gehabt. Inzwischen weiß ich, daß meine simple Lösung, in Geld zu gehen und vorerst dort zu bleiben, mich in prominente Gesellschaft bringt: Der US-Notenbank-Chef Alan Greenspan soll dies auch so machen.

HAMBURG KARL-ALBERT ALTFULDISCH

Ein erschreckend zutreffendes Psychogramm von uns Kleinanlegern. Gefangengehalten zwischen den Grenzen von Xetra-Eröffnung und Dow-Jones-Schlußglocke, treffen wir uns zum Nachtgebet in der Spätausgabe der „Telebörse". Wir, die Vorhut der Informationsjunkies, versuchen, aus vermeintlichem Wissen Geld zu machen. Zum Glück kostet träumen nichts, so können wir das Geld investieren.

PARIS PETER JACQUES

Meinen allerherzlichsten Dank als Kleinanleger (seit Telekom) für „Erschieß dich". Soviel Wahrheit, Schönheit und menschliches Verständnis spürte ich noch nie beim Lesen eines SPIEGEL-Artikels.

FRANKFURT AM MAIN CLAUDIA KRÄ

Ausdrücklicher Dank

Nr. 37/1998, Familien: Der Lebensroman der Ottilie von Faber-Castell

Ihre Rezension des neuen Romans von Asta Scheib über die Geschichte der Ottilie von Faber-Castell ist ja ganz schön, aber einige Darstellungen sind so nicht korrekt. Daß die Autorin zum Beispiel bei ihren Recherchen „nur selten auf Wohlwollen" stieß, trifft nun wirklich nicht zu. Am Schluß des Romans dankt sie Graf von Faber-Castell sogar ausdrücklich „für sein Vertrauen, das mir den Freiraum gab, mich ungehindert im Archiv zu bewegen". Asta Scheib hatte also – wie niemand zuvor – ungehinderten Zugang zu unseren historischen Unterlagen. Auch gibt es niemanden im Archiv, der so schön „fränkelt" wie im SPIEGEL-Zitat.

STEIN (BAYERN) PETER SCHAFHAUSER

Nach besten Kräften

Nr. 37/1998, Geheimdienste: Aufregung um Überläufer-Memoiren; Auszüge aus den Tiedge-Erinnerungen

Tiedge schreibt mir im Fall Garau eine „jämmerlich schäbige Rolle" zu, weil ich Horst Garau zuerst verraten hätte. Tiedge



M. WITT

Dameninvestmentclub „007" aus Jever: *Herrlich absurde Angelegenheit*



Kuron

übersieht dabei geflissentlich, daß die Eheleute Garau auf Grund meines Hinweises nicht den geringsten Nachteil erlitten. Das war seinerzeit mit dem HVA-Chef Markus Wolf so ausgemacht worden. Der seit circa 1980 von der HVA kaltgestellte Garau wurde sogar reaktiviert und konnte von 1982 bis zu seiner Verhaftung im August 1985 circa acht Reisen nach England, in die Schweiz und in die Bundesrepublik durchführen. Garaus Verhaftung und Verurteilung stützten sich ausschließlich auf die Aussagen Tiedges bei der Staatssicherheit. Tiedge waren als Referatsgruppenleiter im BfV nicht nur die Fallakten in allen Einzelheiten bekannt, sondern er kannte Garau auch persönlich. Im übrigen sehe ich nichts Verwerfliches darin, Frau Garau bei ihrer Übersiedlung nach Köln im Frühjahr 1990 nach besten Kräften unterstützt zu haben. Ich habe mich jedenfalls im Gegensatz zu Tiedge nachweislich bei meinen HVA-Führungsleuten intensiv um die Freilassung beziehungsweise den Austausch der Eheleute Garau bemüht. Über meine Motive, die Tiedge überhaupt nicht kennt, sollte er so lange schweigen, bis er seine eigenen öffentlich macht.

Pulheim (Nrdrh.-Westf.) Klaus Kuron
Ex-Mitarbeiter des BfV und der Stasi

Männer, hört die Signale

Nr. 37/1998, Männer: Warum leben Frauen länger?

Kann es sein, daß die Damen und Herren Wissenschaftler bei ihren Untersuchungen einen Aspekt bewußt aussparen, weil er nämlich nicht in unser Gesellschaftssystem paßt? Fakt ist doch, daß man nur vergleichen kann, was auch vergleichbar ist. Dem durchschnittlichen deutschen Mann kann man nämlich nicht die durchschnittliche deutsche Frau gegenüberstellen, sondern nur die kleine Gruppe von Frauen, die eine vergleichbare Lebensführung hat, also ebenfalls mindestens 40 Jahre vollzeitig berufstätig war (ist), entsprechende Streßzeiten und nicht zu unterschätzende Existenzängste durchleben muß(te).

Jülich Gisela Krosch

Bei einer vor Jahren vorgenommenen Prüfung der Pensionsrückstellung für Metallarbeiter zeigte sich, daß nur wenige dieser Männer über 70 Jahre alt werden. Schon wer das Rentenalter von 65 Jahren erreichte, durfte sich als Sieger fühlen. Das erklärt doch wohl auch, daß über 75jährige Männer und Frauen wieder gleiche Chancen haben, denn dieses Alter wird


M. WITT

Senioren-Tanzveranstaltung: *Nach 40 Jahren Angst und Streß*

von der Masse der Industriearbeiter offenbar gar nicht erst erreicht. Die Wahrheit, daß vor allem Streß am Arbeitsplatz lebensverkürzend wirkt, ist wohl zu simpel, als daß sie im Forschungsbetrieb gegenüber dem Gerede um Evolution und Hormone von Bestand sein könnte.

ESSEN — HERIBERT HERTING

Das letzte Gefecht steht an, Männer hört die Signale oder zumindest die Nachtigall trapsen. Sonst gibt's zur Strafe für schlappe Geister lebenslänglich Lebensqualität im Poweromi-Kaffeekränzchen. Es geht doch nicht zentral um ein langes, sondern um das richtige Leben, und das bekommt man weder vom Arzt noch durch Pillen, sondern das kommt aus dem richtigen Geist.

MÜNSTER — DR. EDMUND HOGREBE

Auf der falschen Seite Deutschlands

Nr. 37/1998, Panorama: Inge Meysel für Gysi

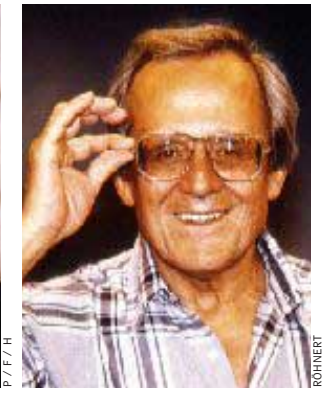
Frau Meysel, Sie dürften alt genug sein, um noch aus eigener Erinnerung zu wissen, daß Wilhelm Pieck 1946 genauso butterweich war wie Gregor Gysi heute. Was dann aber folgte, war eine kommunistische Diktatur, die 40 Jahre dauerte. Schade, daß Sie hierfür Ihren Einfluß geltend machen.

HAMBURG — BERND HÖCKER

Es ist schade für mich, Herr Hildebrandt, daß Sie auf der falschen Seite Deutschlands leben mußten. Sonst hätten wir uns sicher im SED-Knast getroffen, wo ich 22 Monate zwischen Heiratsschwindlern, Scheckbetrügern und Einbrechern wegen der öffentlichen Herabwürdigung des DDR-Regimes einsitzen mußte. Das Delikt ist Ihnen ja förmlich auf den Leib geschrieben.

ALSBACH-HÄHNLEIN (HESSEN) — MARTIN HERKLOTZ


P/F/H


RÖHNERT

Gysi-Fans Meysel, Hildebrandt: *Große Enttäuschung*

Also, wenn Hildebrandt für Gysi ist und Inge Meysel 88, ernenne ich hiermit Hildebrandt ehrenhalber zum 88jährigen. Meine Enttäuschung könnte nicht größer sein.

ERFTSTADT (NRDRH.-WESTF.) — ALFONS GÜNTERT

Wer wie Hildebrandt seit Jahrzehnten hochkarätiges politisches Kabarett zelebriert und in Ost und West hohes Ansehen genießt, der darf nicht unüberlegt-schlampig innenpolitisch daherreden, wenn er noch ernst genommen werden will.

ROTH (BAYERN) — HEINZ LANGE

DER SPIEGEL

VERANTWORTLICHER REDAKTEUR dieser Ausgabe für Panorama, Titelgeschichte (S. 22, 31, 38), Zeitgeschichte: Dr. Gerhard Spörl; für Titelgeschichte (S. 26), Projekt Deutschland 2000, Trends, Medien, Geld, Weltwirtschaft, Bertelsmann, Affären, Europa, Karrieren: Armin Mahler; für Titelgeschichte (S. 28), Mecklenburg-Vorpommern, Weltausstellung, Kriminalität, Debatte, Bahn-Unglück, Chronik: Ulrich Schwarz; für Szene, Architektur (S. 224), Kino, Bestseller, Musiktheater, Pop, Tiere (S. 263), Fernseh-Vorausschau: Wolfgang Höbel; für Internet, Tibet, Prisma, Tiere (S. 256), Luftfahrt, Medizin, Automobile: Johann Grolle; für Panorama Ausland, Albanien (S. 170), USA, Österreich, Rußland, Türkei, Iran/Afghanistan, Pakistan, Irland, Argentinien, Slowakei: Erich Wiedemann; für Formel 1, Basketball: Alfred Weinzierl; für namentlich gezeichnete Beiträge: die Verfasser; für Briefe, Register, Personalien, Hohlspiegel, Rückspiegel: Dr. Manfred Weber; für Titelbild: Stefan Kiefer; für Gestaltung: Rainer Sennewald; für Hausmitteilung: Dr. Fritz Rumler; Chef vom Dienst: Thomas Schäfer (sämtlich Brandstwiete 19, 20457 Hamburg)

TITELFOTO: Sepp Spiegl für den SPIEGEL

Vulgo ein Wasserrohr

Nr. 37/1998, Kino: Die legendäre New Yorker Diskothek Studio 54

Was war denn in der Wasserpfeife? Wer immer das übersetzt hat, hat wohl einen tiefen Zug genommen! Wenn man das Zitat von Anthony H. Guest wörtlich zurückübersetzt, wird klar, woran die „Euro-Trash-Prinzessin" gefesselt war: eine „water pipe", vulgo ein Wasserrohr, so was gibt's in Kellern gemeinhin häufiger als eine „Hookah", wie man die Wasserpfeife im anglo-amerikanischen Sprachraum nennt.

SCHLÜCHTERN (HESSEN) — BERNHARD HILDEBRAND

Schmerzhafter denn je

Nr. 37/1998, Wahlkampf: Gerhard Schröders Vorbereitungen auf Rot-Grün

Es ist mir egal, ob die Politiker „richtig gut drauf" oder „eigenwillig" sind. Aber es ärgert mich, daß sie sich nicht festlegen wollen. Der Steuerzahler, Beitragszahler in die Kranken-, Renten-, Pflege- und sonst was -kassen muß es schließlich auch.

NEUENDETTELSAU (BAYERN) — GUSTAV SETSMAN

Ihr Redakteur muß auf einer anderen Veranstaltung gewesen sein. Die Rede des Kanzlerkandidaten Schröder glich eher einem Redebeitrag eines Betriebsratsmitgliedes vor der Belegschaft, ganz zu schweigen von der Körpersprache nach dem Auftritt. Sie drückte alles andere aus als Siegesgewißheit.

OLDENBURG — RUTH TENFELDE

Immer wußte ich, die (fast intellektuelle) Kleinbürgerin, wen ich wähle. Jetzt verdirbt Gerhard Schröder, der kleine Aufsteiger aus „unseren" Reihen, die Show. Zu deutlich erinnert er an eine Talkrunde schlechter Qualität aus amerikanischen Landen, und schmerzhafter denn je vermißt man das Charisma eines Willy Brandt oder Helmut Schmidt.

WEIMAR — MONIKA KUNZE

Die derzeitige Fokussierung auf physiologische Kriterien der Telegenität für die Beurteilung von Kanzlerfähigkeiten und Regierungskompetenz ist eine gewaltige Fehleinschätzung der Urteilskraft der Wählerschaft.

KÖLN — NORBERT J. HEIKAMP

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe – mit vollständiger Anschrift und Telefonnummer – gekürzt zu veröffentlichen.

Einer Teilauflage dieser SPIEGEL-Ausgabe ist eine Postkarte des SPIEGEL-Verlages /Abo, Hamburg, beigeklebt. Eine Teilauflage dieser SPIEGEL-Ausgabe enthält eine Beilage des Wiener Tourismusverbandes, Wien, sowie der Ford-Werke, Köln.

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite



Demonstration von Scientologen in Berlin (1997)

M. LIMBERG / XPRESS

SCIENTOLOGY

Sekte ohne Biß

Von ihrem angeblichen Ziel, Schaltstellen der Gesellschaft zu besetzen, sind die Scientologen ziemlich weit entfernt. Zu dieser Einschätzung kommen Verfassungsschützer aus Bund und Ländern in einem Bericht, der im Herbst der Innenministerkonferenz vorgelegt werden soll.

In dem Dossier, das derzeit fertiggestellt wird, kommen die Verfassungsschützer zu der Schlußfolgerung, daß der Psycho-Sekte eine Unterwanderung der politischen Parteien nicht einmal ansatzweise gelungen sei. Insgesamt konnten die Verfassungsschützer nur einen Sektierer in der FDP und zwei in der CDU ausmachen. Auch von einer systematischen Unterwanderung der deutschen Wirtschaft könne kaum die Rede sein. Bundesweit soll die Zahl der Scientologen „deutlich unter 10 000“ liegen – davon gerade mal 30 in den neuen Bundesländern. Zudem ist die Sekte nach den Feststellungen der Staatsschützer in finanziellen Turbulenzen. Einige der Landesorganisationen drücke eine enorme Schuldenlast. Die „wachsende Geldknappheit“ habe sogar schon zu Gehaltskürzungen bei Mitarbeitern geführt. Scientology dementiert größere wirtschaftliche Schwierigkeiten: „Wir haben eine sehr gesunde Finanzrichtlinie: Nicht mehr ausgeben, als man einnimmt.“

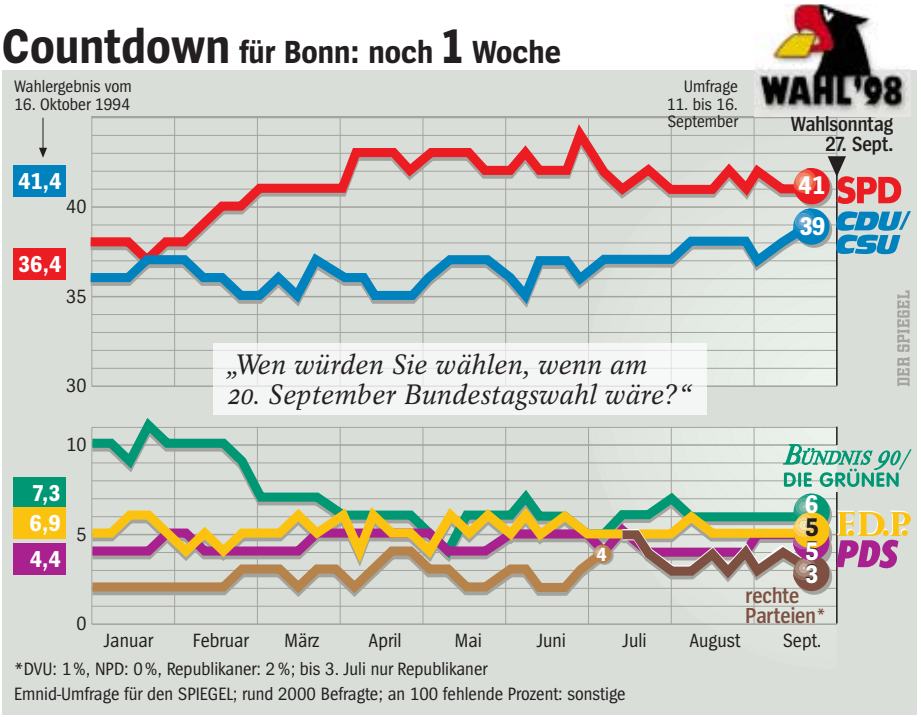
Selbst der angebliche Sekten-Geheimdienst OSA agiert nach Einschätzung der Verfassungsschützer eher als eine Art Werkschutz – und obendrein ziemlich „dilettantisch“.

BOSNIEN

Teurer Aufbau

Als wenig effizient erweist sich die Hilfe der Bundeswehr beim Wiederaufbau in Bosnien-Herzegowina. Für Projekte zur Instandsetzung von 850 Wohnungen für heimkehrende Flüchtlinge samt Infrastruktur wie etwa Schulen kalkulieren die Militärs einen Geldbedarf von 24 Millionen Mark. Das in solchen Einsätzen erfahrenere Technische Hilfswerk (THW) dagegen reparierte mit dem Vierfachen dieser Summe gut zehnmal so viele Häuser und soziale Einrichtungen: Für fast 10 000 Häuser benötigte es laut eigener Statistik rund 106 Millionen Mark. Wichtigster Finanzier für die THW-Hilfe war nicht Bonn. Das meiste Geld gaben die Uno, die EU, karitative Organisationen – und die Niederlande. Als jüngstes THW-Projekt wurde vorvergangene Woche bei Prijedor in der Republika Srpska ein Bauhof eingerichtet.

Countdown für Bonn: noch 1 Woche



*DVU: 1 %, NPD: 0 %, Republikaner: 2 %; bis 3. Juli nur Republikaner

Emnid-Umfrage für den SPIEGEL; rund 2000 Befragte; an 100 fehlende Prozent: sonstige



P. LANGROCK / ZENIT

Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern

SUBVENTIONEN

„Zahlreiche Fehler“

Fördergelder in Millionenhöhe für die Landwirtschaft in Ostdeutschland sind offenbar unrechtmäßig ausgezahlt worden. Zu diesem Ergebnis kommen Experten der ostdeutschen Landesrechnungshöfe. Landwirte mit umweltschonender Produktion können seit 1994 für „Ertragsausfälle“ oder „höhere Kosten“ entschädigt werden. Bei der Auszahlung „begingen die zuständigen Behörden zahlreiche Fehler“, heißt es in einem internen Arbeitspapier der Rechnungsprüfer. Unter anderem seien „Doppelförderungen Tür und Tor geöffnet“ gewesen, weil auf konkrete Nachweise verzichtet wurde. Die Behörden hätten mitunter auch Landwirte beglückt, „die ihre Flächen lediglich normal, anstatt umweltschonend“ bewirtschaftet hätten. In Ostdeutschland wollen die Landesrechnungshöfe jetzt die Rechtmäßigkeit von mehreren 100 Millionen Mark Fördermitteln überprüfen. Auch die EU kontrollierte schon vor Ort und monierte „schwere Mängel“. Sollte die EU die ausgezahlten Mittel als zusätzliche „Subventionen der Landwirte“ bewerten, drohe eine drastische Reduzierung der europäischen Zuschüsse, befürchtet der Landesrechnungshof in Sachsen-Anhalt (siehe auch Seite 190).

SCHATTENKABINETT

„Ich arbeite daran“

Gerhard Schröders Schatten-Wirtschaftsminister Jost Stollmann, 43, über seine Berufung und seine Pläne

SPIEGEL: Wenn die SPD die Wahl gewinnt, sind Sie demnächst Minister. Steht Ihr Konzept?
Stollmann: Ich arbeite noch daran.
SPIEGEL: Wie erklären Sie Ihren Unternehmerkollegen, daß die SPD etliche Reformen zurücknehmen will: zur Lohnfortzahlung, zum Kündigungsschutz.
Stollmann: Ich würde sagen, daß das ein SPD-Programm ist und ich meine Positionen vertrete.
SPIEGEL: Als Kabinettsmitglied sollen Sie aber SPD-Politik machen.
Stollmann: Das hindert mich doch nicht, meine Ansichten einzubringen. Das konkrete Regierungsprogramm wird ohnehin erst nach der Wahl erarbeitet.
SPIEGEL: Für welche Politik stehen Sie?
Stollmann: Mein Thema ist die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. Dazu brauchen wir eine neue Marktwirtschaft und einen Umbau der Sozialsysteme.
SPIEGEL: Was soll umgebaut werden?
Stollmann: Unser Umlagesystem in der Rentenversicherung ist nicht in Ordnung, gegenüber der jungen Generation sogar extrem unsozial.
SPIEGEL: Wie wollen Sie das ändern?
Stollmann: Steuern und Abgaben müssen drastisch reduziert werden, damit die Leute wieder Vermögen bilden können für mehr Eigenvorsorge.
SPIEGEL: Als Wirtschaftsminister werden Sie dafür kaum Kompetenzen haben.



G. LUKAS

Stollmann

Stollmann: Mit Schröder will ich modernisieren und Verkrustungen aufbrechen. Ich verstehe mich dabei auch als eine Art Überzeugungsminister. Die alte Welt, in der jeder nur sein eigenes Ressort macht, ist vorbei.
SPIEGEL: Glauben Sie, daß der Wähler Ihre Konzepte ausreichend kennenlernen konnte?
Stollmann: Ich werde mich in diesen Tagen wieder zu Wort melden – mit einer Rede in Hamburg sowie in einer Anzeigenserie. Darin will ich noch einmal betonen, wofür ich angetreten bin – für einen Politikwechsel, der ein Befreiungsschlag ist. Und ich bedanke mich darin ausdrücklich bei der SPD für Solidarität und Unterstützung.
SPIEGEL: Wollen Sie doch noch Parteimitglied werden?
Stollmann: Ich bleibe unabhängig, das ist meine Stärke.
SPIEGEL: Hätten Sie Verständnis dafür, wenn Schröder nach der Wahl sagte: Lieber Jost Stollmann, die Regierungsbildung ist ganz schwierig, leider gibt es keinen Platz für Sie.
Stollmann: Nein. Meine Berufung steht ja für die Hoffnung vieler Menschen, Schröder habe Wille und Durchsetzungskraft für neue Ideen. Deshalb würde er mit einer Absage viel kaputtmachen.

DENKMALPFLEGE

Loch mit Ausdruck

Wie man ein Loch auf einen Sockel stellt und das Ganze dann zu einem Denkmal erklärt, kann derzeit in der Justizvollzugsanstalt Celle besichtigt werden: als Mahnung an Besucher und Inhaftierte, „sich vor staatlicher Gesetzlosigkeit in acht zu nehmen“, so der Vollzugsbeamte Hans-Dieter Klemmstein. 1978 hatten GSG-9-Experten im Auftrag des niedersächsischen Verfassungsschutzes ein Flucht-Loch in die Mauer gesprengt. Die Aktion sollte V-Leuten den Eintritt in die Terroristenszene verschaffen. Als jetzt im Zuge von Umbauarbeiten die Wand mit dem längst zugemauerten Durchlaß abgerissen werden sollte, kamen Anstaltsleitung und pädagogische Abteilung des Gefängnisses auf die Idee, das berühmte Celler Loch zum Mahnmal umzugestalten.
Insassen aus der Baukolonne mußten deshalb mühevoll den Beton aus dem Mauerstück kratzen – ohne schweres Werkzeug –, um die Struktur nicht zu zerstören.
Klemmstein ist ganz begeistert von dem „künstlerischen Ausdruck“ des Betonklotzes im Gefängnisinnenhof: „Sehr gelungen – gerade, weil er schief auf dem Sockel steht.“
Der ehemalige Anstaltsleiter Paul Kühling äußerte sich bei der Einweihung des Denkmals eher reserviert: „Auf die Idee wäre ich nicht gekommen. Was heißt schön? Das ist eben ein Betonstück mit Loch.“



K.-B. KARWASZ

Denkmal „Celler Loch“

ANSCHLÄGE

Die Spur des Terroristen

Deutschen und amerikanischen Sicherheitsbehörden scheint ein schwerer Schlag gegen den international tätigen Terroristen Ussama Ibn Ladin gelungen zu sein. Spezialeinheiten der bayerischen Polizei nahmen am vergangenen Mittwoch bei Freising einen Araber fest, bei dem es sich um den 40jährigen Ahmed Salem handeln soll. Er gilt den amerikanischen Behörden als einer der wichtigsten Finanzfachleute des saudischen Multimillionärs Ibn Ladin. Die Amerikaner verdächtigen Ibn Ladin, für zahlreiche Terroranschläge in aller Welt verantwortlich zu sein, zuletzt für die Bombenattentate auf die US-Botschaften in Tansania und Kenia. Auf Weisung des Weißen Hauses suchen US-Behörden weltweit nach den Konten und Firmenbeteiligungen des Terrorchefs. Das US-Justizministerium hatte Bonn dringend um die Festnahme des mutmaßlichen Ibn-Ladin-Vertrauten ersucht. Am Donnerstag erließ ein Ermittlungsrichter des Amtsgerichts München eine sogenannte Festhalteanordnung – eine nach dem Gesetz über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen mögliche Maßnahme.
Derzeit prüfen FBI und deutsche Polizeibehörden, ob es sich bei dem Festgenommenen tatsächlich um den gesuchten Salem handelt und warum sich der Mann in Deutschland aufhielt. Nach den bisherigen Ermittlungen befand er sich offenbar erst kurze Zeit in Deutschland und hatte Unterschlupf bei einem türkischen Freund gefunden. Für den vergangenen Donnerstag soll er seine Weiterreise in die Türkei geplant haben. In dieser Woche will die Generalstaatsanwaltschaft München Haftbefehl beantragen, damit der Araber bis zur Überstellung an die Amerikaner weiter in Gewahrsam gehalten werden kann.

Zitat

»Marzipan – das ist mein Untergang.«

Bundeskanzler Helmut Kohl

Am Rande

Rote Noten



Manchmal, wenn einem alles schiefgeht, wünscht man sich, man hätte jene Sorgen, mit denen andere Leute hausieren gehen. Die von Edmund Stoiber zum Beispiel. Der hat zwar gerade die Wahl in Bayern gewonnen, ist aber dennoch schlechter Laune. Am 3. Oktober, wenn in Deutschland die Einheit gefeiert wird, will Stoiber nicht mitmachen. Schuld daran ist der berüchtigte Hymnenmix, mit dem die offizielle Feier eingeleitet werden soll. Da gibt es, in einer Jazzversion, auch ein paar Takte der alten DDR-Hymne neben dem Deutschlandlied zu hören.

Und weil das Fest vom Schröder-Land Niedersachsen ausgerichtet wird, hegen CDU und CSU einen präventiven Sozialismusverdacht: Rote Socken, rote Hände, rote Noten – Gerhard Schröder und seine SPD sind mindestens als fünfte Kolonne der Don Kosaken entlarvt.

Nun also hat Stoiber damit gedroht, zu der Feier gar nicht erst zu erscheinen.

Das ist komisch in doppelter Hinsicht. Erstens hat Stoiber seine Teilnahme ohnehin längst abgesagt: Zur gleichen Zeit finden nämlich Gedenkfeiern anläßlich des zehnten Todestages von Franz Josef Strauß statt – und das ist für einen bayerischen Ministerpräsidenten allemal wichtiger als die deutsche Einheit.

Und zweitens besagt schon die Wahrscheinlichkeitsrechnung, daß man sich durch jedes aufgeführte Musikstück beleidigt fühlen kann, wenn man es nur will: Die Anzahl der Noten im Notenschlüssel ist begrenzt, folglich wird es auch in der Hymne Notenkombinationen geben, die anderswo auch auftreten. Womöglich ist sogar die ganze „Hannes Wader singt Arbeiterlieder"-Schallplatte – einst Pflicht-LP für Jusos – in irgendeiner Form im Deutschlandlied vertreten. Und in „Gott mit dir, du Land der Bayern" steckt – Gott verhüte – vielleicht ein Schnipsel aus „Wir sind die Niedersachsen, sturmfest und erdverwachsen".



FOTOCREDIT



S. SCHULZ / RETRO

Abels mit Popcorn-Päckchen, Soldat mit Treibladung

BUNDESWEHR

Popcorn statt Pulver

Möglicherweise schießt die deutsche Armee bald mit Popcorn. Das Knabberzeug soll helfen, Manöverunfälle der Artillerie zu vermeiden. Eigentlich werden Granaten mit Hilfe von Pulver-Treibladungen verschossen, die päckchenweise ins Geschützrohr geschoben werden. Wenn versehentlich zu viele Pulverpakete verwendet werden, gibt es Fehlschüsse: Auf dem Übungsplatz Munster flogen Bundeswehrgranaten zu weit und schlugen mitten in dem gleichnamigen Städtchen ein. Farbig markierte Popcorn-Päckchen, die vor jedem Schuß zusätzlich ins Rohr kommen, sollen künftig verhindern, daß zuviel Treibladung geladen wird.

Die Firma FAC GmbH aus Munster darf im Spätherbst bei der Bundeswehr-Erprobungsstelle in Meppen einen Großversuch mit dem biologisch abbaubaren Mais-Snack starten, nachdem Tests mit Styropor schädliche Rückstände hinterlassen haben. Normales Popcorn aus dem Supermarkt dagegen, versichert FAC-Chef Frank Abels, sei bei Probeschüssen rückstandfrei verbrannt.

VOLKSBEGEHREN

Werbung mit Promis

Prominente aus Politik, Wirtschaft, Unterhaltung und Kultur unterstützen den Verein „Mehr Demokratie", der Volksabstimmungen auf Länderebene und Volksentscheide auf Bundesebene erleichtern will. Den Aufruf haben die SPD-Schattenminister Herta Däubler-Gmelin und Otto Schily unterzeichnet; auch die Vizepräsidenten des Bundestags Burkhard Hirsch (FDP) und Antje Vollmer (Bündnis 90/Grüne) sind dabei. Daneben finden sich die Schriftsteller Günter Grass, Christa Wolf und Martin Walser, die Schauspielerin Katharina Thalbach und Bremens Ex-Bürgermeister Hans Koschnick auf der Liste. Im Aufruf heißt es, daß die Demokratie in Deutschland durch „Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid" weiterentwickelt werden müsse: „Die demokratische Mitsprache der Bürgerinnen und Bürger weiter darauf zu beschränken, daß sie alle vier oder gar fünf Jahre ihre Stimme ‚abgeben' dürfen, heißt, sie in Unmündigkeit zu halten."

Nachgefragt

Im Gleichschritt?

„Verteidigungsminister Volker Rühe möchte durch eine Grundgesetzänderung erreichen, daß Frauen in weit mehr Bereichen der Bundeswehr Dienst tun können als bisher. Was meinen Sie dazu?"



Emnid-Umfrage für den SPIEGEL; rund 1000 Befragte; 15. und 16. September; an 100 fehlende Prozent: weiß nicht oder keine Angabe

Werbeseite

Werbeseite



Wahlkämpfer Schröder (in Fürth): *„40 + x“ erhofft sich der Kandidat – ein zusehends anspruchsvolles Vorhaben*

IMO

Was reitet den Kanzler?

Machtmaschine mit Aussetzern: Der gefürchtete Wahlkämpfer Helmut Kohl leistet sich schwere Fehler. Dabei wird der Abstand zwischen Union und SPD in den Meinungsumfragen langsam kleiner. Noch nie war eine Bundestagswahl kurz vor Toresschluß so offen wie diesmal.

Es sollte eine vergnügliche Reise in die Zukunft werden. An Bord des neuen ICE „Claus Graf Stauffenberg“ wollte Helmut Kohl dem Volk zeigen, daß der deutsche Osten, Kohl sei Dank, den Anschluß an das europäische Schienennetz gefunden hat.

Die Show ging – wieder mal – daneben. Anstatt in heiterer Champagnerlaune präsentierte sich Kohl gegenüber den mitreisenden Journalisten als übellauniger Griesgram. Denn die interessierten sich am vergangenen Dienstag weniger für die strahlende Zukunft der Deutschen Bahn AG. Sie wollten vielmehr wissen, was es mit der Mehrwertsteuer auf sich habe, deren Erhöhung Kohls Jugendministerin Claudia Nolte für die Zeit gleich nach der gewonnenen Wahl in Aussicht gestellt hatte.

Ausgerechnet Nolte, das Nesthäkchen aus dem Osten, mischte sich vorwitzig in die große Politik ein und verstieß gegen ein Überlebensprinzip des Dauerkanzlers aus der Pfalz. Die Wahrheit, so lautet seine Maxime, ist ein so kostbares Gut, daß man im Wahlkampf besonders sparsam damit umgehen muß.

„Ich denke nicht daran, daß ich irgendeinen Grund habe, mich hier über Steuerfragen vor der Wahl zu äußern“, versuchte der Kanzler die fatale Debatte zu ersticken, „und ich rate es auch keinem Kabinettsmitglied.“

Hätte er nur selbst geschwiegen. Denn kurz darauf hielt Kohl es für angebracht, ein neues Faß aufzumachen. In einem Interview mit der Dresdner „Sächsischen Zeitung“ verkündete er zum Erstaunen seiner Parteifreunde, er gedenke nach der Wahl die gesetzlichen Beschränkungen für den Lauschangriff aufzuheben.

Die Machtmaschine Helmut Kohl hat Aussetzer, der professionellste aller Wahlkämpfer leistet sich diesmal Blackouts und Fehler in Serie. Der Kanzler, der ein fast schon legendäres Gespür für die Wünsche und Erwartungen des Volkes besitzt, verliert die Orientierung. Er gerät in Panik.

Auf der Zielgeraden bestimmen Pannen und Peinlichkeiten den Wahlkampf der Koalition. Für Aufregung und helles Entsetzen in den eigenen Reihen sorgte zusätzlich Wolfgang Schäuble, der auf Distanz zum Kanzler ging, ausgerechnet in einem „Playboy“-Interview.



Wahlkämpfer Kohl (in Trier): *„Ich denke nicht daran, mich über Steuerfragen zu äußern“*

M. URBAN

Was passiert da? Geben erfahrene Kämpen die Wahl schon verloren, oder wollen sie das Blatt gewaltsam wenden, nicht wissend, wie?

Verkehrte Welt: Eigentlich müßten die Sozialdemokraten in Panik verfallen, denn der Vorsprung, den sie seit Monaten innehaben, schmilzt bedenklich. „40 + x“ erhofft sich Kandidat Schröder – ein zusehends anspruchsvolles Vorhaben.

Eigentlich könnte Kanzler Kohl sich bestätigt fühlen, weil er und die Union langsam aufholen. Daß aber die Wende im Wahlkampf noch immer nicht eingetreten ist, löst Nervosität aus. Die Folge sind selbstverschuldete Fehler.

Nie zuvor in der Nachkriegsrepublik war die Bundestagswahl kurz vor Toresschluß so offen wie diesmal. Vieles scheint möglich dank des vertrackten deutschen Wahlsystems. Welche Partei am Ende den Kanzler stellen darf, welche Regierungskoalition möglich ist oder nötig wird, hängt von allerlei Faktoren ab, auch vom Abschneiden der kleinen Parteien.

In einer Umfrage des Bielefelder Emnid-Instituts im Auftrag des SPIEGEL liegt die SPD (41 Prozent) eine Woche vor der Wahl nur noch zwei Punkte vor der Union (39 Prozent). Die Grünen stagnieren bei 6, PDS und FDP jeweils bei 5 Prozent – keine sichere Bank, denn die Demoskopen rechnen bei derlei Umfragen mit einer Fehlerquote von mindestens einem Prozentpunkt nach oben und unten.

Kommen alle sechs Parteien in den Bundestag, ist die Große Koalition unausweichlich. Bleibt die PDS (oder auch die FDP) draußen, hat Rot-Grün wohl eine funktionsfähige Mehrheit.

Herausforderer Schröder strahlt die Zuversicht und Gelassenheit eines Siegers aus – sein demoskopischer Vorsprung vor Kohl indes bröckelt: Im August waren es 18 Prozentpunkte, jetzt sind es noch 12. Die Zahl der Anhänger der regierenden Koalition wuchs von 16 auf 21 Prozent – gleichauf liegen die Freunde für Rot-Grün. 35 Prozent (August: 54 Prozent) der Deutschen wollen jetzt wieder eine Große Koalition.

Das Duell zwischen dem ewigen Kanzler Kohl und seinem Herausforderer Schröder ist noch keineswegs entschieden. Der Endspurt könnte in einem toten Rennen enden – und ein lachender Dritter Kanzler einer Großen Koalition unter CDU-Führung werden: Wolfgang Schäuble.

Soviel Spannung in so einem seltsamen Wahlkampf. Er dürfte eingehen in die Geschichte als eine Ansammlung von Kapriolen und Grotesken, mehrheitlich dargeboten von der CDU.

Dabei verlief der Auftakt zur letzten Etappe für Kanzler Kohl ganz nach Wunsch: Die CSU hatte bei der bayerischen Landtagswahl mit 52,9 Prozent einen grandiosen Erfolg eingeheimst und damit der CDU die ersehnte „Steilvorlage“ geliefert.

Befeuert von neuem Optimismus, rüstete die Truppe des Kanzlers zur dramatischen Aufholjagd. Die Union werde einen „Wahlkampf al dente“ führen, versprach CDU-Generalsekretär Peter Hintze. Am 27. September werde sie „den Stimmungshöhepunkt erreichen und Rot-Grün weichgekocht haben“.

Doch dann kam Claudia. Kohls ostdeutsche Lieblingsschülerin plauderte neues Unheil herbei. Während einer Podiumsdiskussion im thüringischen Suhl versicherte die Familienministerin am Tag nach der Bayern-Wahl treuherzig, die Regierung Kohl wolle nach der gewonnenen Bundestagswahl die Mehrwertsteuer um einen weiteren Punkt anheben – von 16 auf 17 Prozent.

Das war eine Bemerkung mit Bekennermut: „Wir müssen im Wahlkampf ehrlich sein.“ Auf Nachfrage versicherte Nolte dem Auditorium: „Ja“, eine Mehrwertsteuererhöhung sei von der Regierung geplant, so stehe es schließlich im Reformkonzept von Finanzminister Theo Waigel.

Das Unwort war gefallen: Steuererhöhung. Monatelang war der Kanzler

Wanzen sollen Kohl retten

RUDOLF AUGSTEIN

Zwischen Lipp' und Kelchesrand
schwebt der finstern Mächte Hand.

Was die „Frankfurter Allgemeine" in ihrer unnachahmlichen Art einen „geschickten Zug" des noch amtierenden Kanzlers nennt, ist nur ein SOS-Ruf. Den Sieg knapp vor Augen, sieht er durch die jüngste Pannenserie seine Felle davonschwimmen. Der Mann ist in Seenot, man muß das wohl Panik nennen.

Wer zehn Tage vor der Wahl verkündet, er wolle das erst vor einem halben Jahr vom Bundestag beschlossene Lauschangriffsgesetz von allen Einschränkungen befreien – was, wie er wohl weiß, auch dann nicht gelänge, wenn er wieder Kanzler würde –, der vergrößert das selbstverschuldete Chaos. So plump darf man mit der Mettwurst nicht nach dem Schinken werfen.

Dabei steckt Kohl noch mitten in der Krise um seine geplante „Steuerlüge". Seine ihrem Amt nicht gewachsene Familienministerin Claudia Nolte, „das Kind" (Wolfgang Schäuble in der „Welt"), plauderte aus, was sie so nebenbei mitgekriegt hatte: Eine Erhöhung der erst im April heraufgesetzten Mehrwertsteuer sei „Konzept ihrer Partei", und „wir müssen ehrlich sein".

Ob solcher Ehrlichkeit entsetzt, wütete der Bundeskanzler mit hochrotem Gesicht vor Fernsehleuten: „Ich denke nicht daran, mich vor der Bundestagswahl zu Steuerfragen zu äußern, und ich rate es auch keinem Kabinettsmitglied."

Zwar wurde Kohl dafür gelobt, daß er zumindest keine neue Steuerlüge von sich gegeben habe. Er merkte aber selbst, daß er ein Eigentor geschossen hatte. Am nächsten Tag donnerte er vor dem Verband der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken in Dresden, immer noch recht wolkig: „Was immer Sie an Torheiten in den vergangenen Tagen gehört haben – vergessen Sie es. Das kommt nicht. Das verspreche ich Ihnen."

So sehen Versprechungen aus Kohls Mund meistens aus. Er verspricht alles und nichts.

CSU-Waigel kann er den Mund nicht verbieten. Er wolle, so sagte der, gleichfalls fernab von jeder Realität, keine Steuererhöhungen. CDU/CSU-Fraktionsvorsitzender Wolfgang Schäuble tat kund, eine Erhöhung der Mehrwertsteuer stehe jetzt nicht an, sei aber nicht völlig auszuschließen. „Irgendwann" könne sie nötig sein, weil man eine Harmonisierung der Steuersätze in Europa brauche. Die bräuchten wir auch jetzt schon, aber sie wird nicht kommen. Welch glaubwürdige Politik! Der dumme Wähler merkt ja nichts.

Vielleicht aber merkt er doch, daß der Panik-Kanzler sein Wahlvolk mit einem Roßtäuschertrick bewußt irreführen will, wenn er die vom Bundestag schon einmal verworfene uneingeschränkte Wanzenüberwachung durchzusetzen vorgibt. Dabei weiß er, daß eine Mehrheit in beiden Kammern dafür nicht zu haben sein wird – wie immer die Wahl ausgeht. Der Roßtäuscher hätte sicher auch nichts dagegen, sich der Videoüberwachung zu bedienen, wie ihm der neue Vorsitzende der Polizeigewerkschaft Norbert Spinrath rät.

Auch wenn die FDP unter Gerhardt, Kinkel und Westerwelle hier wieder umfiele, was fast undenkbar wäre, würde der Bundesrat dieses gefährliche Spiel zunichte machen. Es wird also bei der bisherigen, angeblich so unwirksamen Regelung bleiben, mit der man ja Erfahrungen noch gar nicht hat machen können.

Warum eigentlich klammert Kohl sich um jeden Preis an seinen Sessel? In einem Gespräch mit der „FAZ" nennt er uns einen Grund, der plausibel klingt: Er wolle sich mit seiner ganzen Autorität für die Osterweiterung der Europäischen Union einsetzen.

Dieser Einsatz seiner Autorität hat uns bisher schon viel Geld gekostet und wird uns weiterhin noch mehr Geld kosten. Es ist gar nicht einzusehen, warum Deutschland hier finanziell den sonst verpönten „Sonderweg" einschlagen soll, während alle seine Nachbarn gar nichts oder nur wenig zu zahlen bereit sind. Kohls Lebenswerk-Pflege hat Gründe, aber sie sollte den Deutschen nicht weiterhin zur Last fallen.

„Verbraucht" hat Herausforderer Gerhard Schröder den nun 16 Jahre regierenden Kanzler genannt. Das klingt hart, entspricht aber einer allgemein bekannten Erfahrung. Kohl hat, wie selbst Gegner zugeben, eine enorme Lebensleistung hinter sich – eine zu lange, wie letztlich auch seine Freunde meinen.

Wie wenig er die Dinge noch überblicken kann, haben die vergangenen 14 Tage ganz deutlich gemacht. Er ist verbraucht, und wenn nicht Schröder, so müßte doch in jedem Fall ein anderer Kanzler her. Den Abgang in Ehren hätte er verdient, er hat ihn aber verpaßt – wie Großvater Adenauer. Kohl will es einfach „noch einmal wissen".

Er sieht am Ufer des Rheins nur „geschliffene Kiesel", während er der „ungeschliffene Brocken" ist, „an dem sich das Wasser teilt". So hochgestochen hat bisher kein Bundeskanzler von sich dahergeredet. Daß Menschen, die ja allesamt ersetzlich sind, sich für unersetzbar halten, ist normal. Es menschelt eben allenthalben, so Kohl, als er noch in der Opposition war.

Merkwürdig bleibt, daß die Mehrheit der befragten Wähler eher den Kiesel Schröder als den Brocken Kohl wahrnimmt. Daß Kohl mehr Erfahrung im Kanzleramt aufweisen kann als Schröder, ist ebenso banal wie richtig. Dann könnte aber nur der Himmel den Kanzlerstuhl leer fegen.

Helmut Schmidt hat es gesagt, und vielleicht glaubt er es auch, daß 8 Jahre im Kanzleramt genug, wenn nicht zuviel seien. Die wenigen Spitzenpolitiker verbrauchen sich schneller als andere Berufsgenossen. Sie schweben allenfalls 15 Jahre in Adlers Höhen. Das ist auch nach englischem Wahlrecht nicht anders.

Der Kanzler hat sich mit dem Schlachtruf in die Menge gestürzt, die letzten zwei Wochen sollten es bringen. Sie haben es gebracht, aber anders, als er dachte. Zutage getreten ist ein Führungschaos ohnegleichen, und kaum ein Tag vergeht ohne Steilvorlagen, die im eigenen Netz landen. Knapp wird es, und keiner der beiden Kandidaten kann sich schon sonnen.

Es käme Kohl zugute, sollte sich an ihm das abgewandelte Wort des Galilei bewahrheiten: „Und er bewegt sich doch."



REUTERS

Kanzler Kohl, Sprecher Hauser: *Kampagne gegen Rot-Grün*

über die Straßen und Plätze dieser Republik gezogen und hatte damit geworben, daß er – einen Wahlsieg vorausgesetzt – die Steuerlast der Bürger um netto 30 Milliarden Mark senken werde.

Obwohl die unglückliche Familienministerin beteuerte, „in der Hitze des Gefechts" sei ihr „ein Versehen unterlaufen", setzte es derbe „Wahlprügel", wie „Bild" titelte. „Töricht", schäumte der Kanzler, und die FDP-Granden schüttelten die Köpfe. Vergeblich versuchte der entnervte Finanzminister Theo Waigel, das lästige Thema beiseite zu schieben. Er plane keine Erhöhung der Mehrwertsteuer, ganz bestimmt nicht.

Die Opposition stürzte sich auf die „neue Steuerlüge" der Kohl-Regierung. Für ihre Wahrhaftigkeit müßte man der Frau Nolte „einen Orden verleihen", höhnte SPD-Chef Oskar Lafontaine. Und die SPD-Wahlkampfzentrale „Kampa", Abteilung Gegnerbeobachtung, ernannte die Ministerin zu „unserer Mitarbeiterin der Woche".

Wahlkämpfer Waigel bekam den Frust, der über den Nolte-GAU bei der eigentlich zuversichtlichen CSU-Basis herrscht, zu spüren. Im Technologiepark Rimpar bei Würzburg schimpfte ein örtlicher CSU-Funktionär, Claudia Nolte könne „alles noch richtig versauen". Und ein anderer forderte: „Ihr sollt sie einsperren bis zur Wahl, dieses, dieses … Frollein."

Aber wer hält den redseligen Kanzler unter Kuratel?

Ein Interview mit Kanzler Kohl wollte die „Sächsische Zeitung" schon lange haben. Sie ist in Dresden eine Macht – Auflage: 390 000 Exemplare. Deshalb schlug das Kanzleramt einen Kompromiß vor, den sich vorzugsweise Diktatoren vorbehalten: schriftlich eingereichte Fragen, schriftliche Antworten. Chefredaktion und Politikchef Dietmar Seher ließen sich auf das ungewöhnliche Verfahren ein: besser so ein Kanzler-Interview als keines.

Die Fragen kreisten um den Osten, um Arbeitslosigkeit und die bekannten Standortprobleme in Ostdeutschland. Innere Sicherheit kam eigentlich nicht vor. Warum sich Kohl, 16 Jahre im Amt, noch einmal vier Jahre antun wolle, lautete die Schlußfrage. Die Antwort enthielt neben der üblichen weihevollen Passage – Europa vollenden! – unvermittelt eine spektakuläre Passage zum Lauschangriff: „Im Bereich der Inneren Sicherheit geht es mir darum, sofort nach der Wahl die Hürden zu beseitigen, die SPD, Grüne und PDS gemeinsam gegen das Abhören von Gangsterwohnungen errichtet haben."

Kanzlerberater Andreas Fritzenkötter habe das Interview genehmigt, erzählt Ressortleiter Seher. Und er selbst habe sich über die unverhoffte Aussage Kohls natürlich gefreut.

Die Wirkung der Interview-Passage haben der Kanzler und seine Berater offenbar unterschätzt. Denn vor allem seine wahlkämpfenden Parteifreunde stellten die naheliegende Frage: Warum um Himmels willen hat Kohl nun wieder dieses hochheikle Thema freiwillig in den Wahlkampf gezerrt? Was reitet den Kanzler?

Der sogenannte Große Lauschangriff ist erst im Mai nach harten Kontroversen in den Parteien und in der Öffentlichkeit Gesetz geworden. Seither darf die Polizei bei der Strafverfolgung Wanzen in Privatwohnungen einsetzen. Ausnahme: Ärzte, Anwälte, Journalisten, Geistliche. Diese Ausnahmen will Kohl, so die Regierung bestätigt wird, demnächst rückgängig machen.

Für das Mai-Gesetz mußte das Grundgesetz mit Zweidrittelmehrheit geändert werden – ein höchst umstrittener Kraftakt. Für eine erneute Änderung der Strafprozeßordnung genügt jetzt die einfache Parlamentsmehrheit.

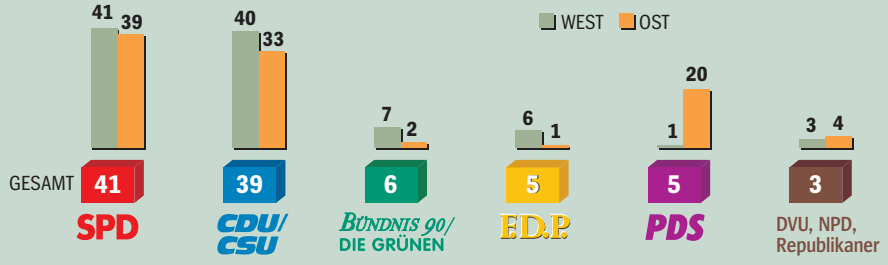
CSU-Generalsekretär Bernd Protzner gab dem Überraschungsmanöver des Kanzlers den gewünschten Dreh. Er rückte Teile der Opposition in den Dunstkreis krimineller Kumpanei: „Schröder, Schily und Trittin – das ist für die Mafia wie ein Sechser im Lotto."

Betreten nahm FDP-Chef Wolfgang Gerhardt Stellung: Er sehe beim Lauschangriff „keinen Handlungsbedarf". Die in ihrer Existenz bedrohten Liberalen nutzten ihre Chance, sich als Wahrer der Bürgerrechte aufzuspielen, nur halbherzig.

Nach der Bonner Binnenlogik versuchte Kanzler Kohl, die innere Sicherheit, zumal im für Rechtsradikalismus anfälligen Osten, für seine Partei zu reklamieren. Daß sich auf diesem Wege die Grünen diskre-

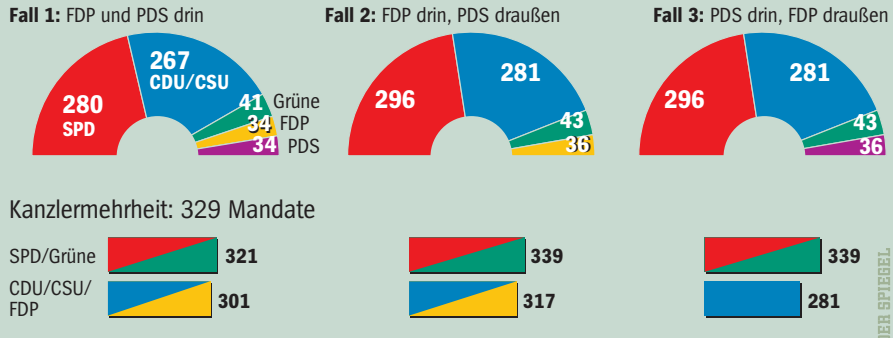
Sonntagsfrage

„Wen würden Sie wählen, wenn am 20. September Bundestagswahl wäre?"



Mögliche Sitzverteilung im künftigen Bundestag

nach dem derzeitigen Umfrageergebnis



Emnid-Umfrage für den SPIEGEL, rund 2000 Befragte, 11. bis 16. September, an 100 fehlende Prozent: sonstige

DER SPIEGEL

Wahlkampf ohne Wahrheit

Im Endspurt zur Bundestagswahl hat die Ehrlichkeit keine Chance: Die Bonner Debatte um die längst beschlossene Erhöhung der Mehrwertsteuer wird zur Politposse.

Per Nachtflug war Theo Waigel aus den USA zurückgekehrt, als frisch gekürter Ehrendoktor. Und dann diese lästige Frage, wie denn nach der bereits beschlossenen Mehrwertsteuererhöhung für die Rentenkasse nun die Steuerreform finanziert werden soll: Auch hier führe, so Waigel, an der Mehrwersteuer „kein Weg vorbei. Das muß man ehrlich sagen". Das war im Dezember 1997.

Neun Monate später, mitten im Wahlkampf, halten die Parteien soviel Klarheit für abträglich. Plötzlich klingt Waigel ganz anders: „Wir planen keine Mehrwertsteuererhöhung." Und der Kanzler selbst ergreift beim Verbandstag der Volks- und Raiffeisenbanken das Wort: „Was immer Sie an Torheiten gehört haben, vergessen Sie es. Das kommt nicht."

Eine neue Steuerlüge des Kanzlers scheint programmiert. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer war längst beschlossene Sache.

Schon die „Petersberger Beschlüsse" der Union, die das Konzept für die große Steuerreform festlegten, kalkulieren im Prinzip fest damit. Die Erhöhung der indirekten Steuern ist dort als Teil der Gegenfinanzierung eingeplant, weil die Senkung der Steuersätze sonst den Staat arm machen würde. Trotzdem bliebe eine Nettoentlastung für alle von immerhin 30 Milliarden Mark.

Lange war Waigel mächtig stolz auf sein Steuerreformkonzept, das auf den Ideen einer Expertenkommission beruht (siehe Seite 68). Immer wieder verkündete er, daß die Regierung, anders als die Opposition, schon einen fertigen Gesetzentwurf vorgelegt habe – verabschiedet am 26. Juni 1997 durch den Bundestag, blockiert durch die Genossen im Bundesrat. Nach der Wahl, so lautete die Losung der Unionsspitze, werde die Koalition diesen Entwurf erneut im Parlament einbringen.

Der Gesetzentwurf enthält die Erhöhung der Mehrwertsteuer – wenn auch in verklausulierter Form. Die im Juni 1997 verabschiedete Fassung (Drucksache 13/8023) zählt akribisch die „finanziellen Auswirkungen der Steuerreform insgesamt" auf. Danach reißen erste und zweite Stufe ein Minus von fast 45 Milliarden Mark in die Staatskasse; es bleibt bei der versprochenen Nettoentlastung von 30 Milliarden Mark also ein Defizit von 15 Milliarden.



REUTERS

Ministerin Nolte: *Die Tour vermasselt*

Wer wissen will, wie dies gedeckt wird, muß auf Seite 37 nachschlagen. Dort findet sich eine Fußnote, in der es heißt: „Das Defizit soll durch Umschichtung von direkten zu indirekten Steuern verringert werden." Indirekte Steuern – dazu gehört neben der Mineralöl- oder Tabaksteuer vor allem die Mehrwertsteuer. Und die bringt dem Fiskus für jeden Prozentpunkt zusätzlich 15 bis 16 Milliarden Mark.

Christine Scheel, Finanzexpertin der Grünen, reklamiert für sich, daß sie als erste im Finanzausschuß diese Fußnote entdeckt hat. Und seither zieht die bayrische Grüne mit der Parole durchs Land: „Leute, der Waigel sagt euch nur die halbe Wahrheit!"

Erfolgreich gelang es dem Bonner Kassenwart bisher im Wahlkampf, von Entlastung und Steuersenkung zu schwärmen. Von der Gegenfinanzierung und damit einer Anhebung der Mehrwertsteuer war keine Rede, bis Claudia Nolte dem Minister die Tour am vergangenen Montag vermasselte.

Doch der Regierungsapparat schien ihre Aussage anfangs zu bestätigen. So zitierte die Nachrichtenagentur Agence France Press (AFP) am Mittwoch einen Sprecher des Finanzministeriums: „Waigel schließt Mehrwertsteuererhöhung nicht aus." Um 10.06 Uhr wurde die Meldung verbreitet. Doch um 11.12 Uhr ließ der Sprecher dies eilends als „Falschmeldung" dementieren – weil AFP sich weigerte, diesmal gegenüber der Deutschen Presse-Agentur: „Waigel-Ministerium: Keine Steuererhöhungen", hieß es jetzt.

Der Minister und seine Helfer bemühen sich seither zu erklären, warum die Mehrwertsteuererhöhung gar nicht mehr nötig sei. Denn erstens sei die Arbeitslosigkeit auf dem Rückmarsch, zweitens würden die Steuereinnahmen kräftiger als erwartet sprudeln. Und drittens sei ein Teil des ursprünglichen Plans, die Senkung des Solidaritätszuschlags, ja Ende letzten Jahres doch noch umgesetzt worden. Kurzum: Eine modifizierte Steuerreform sei ohne höhere Steuern möglich.

Daran mögen die Experten der Opposition nicht glauben: Die Haushaltsrisiken seien durch Asienkrise und Rußlandchaos eher gewachsen, die Auswirkungen auf Wachstum und Steuereinnahmen noch nicht absehbar. Schwierigkeiten bei der Postbank-Privatisierung kommen hinzu. Und was wird mit den längst überfälligen Zinszahlungen aus Rußland?

Selbst ohne Steuerreform ist eine Anhebung der Mehrwertsteuer schon bald unausweichlich. Die Europäische Union arbeitet seit längerem daran, die Steuersätze in allen Mitgliedsländern anzugleichen – und da liegt Deutschland mit 16 Prozent Mehrwertsteuer am unteren, Dänemark mit 25 Prozent am oberen Ende der Skala.

Im Sommer 1996 verkündete auch der Kanzler am Wolfgangsee, im Rahmen einer duchgreifenden Steuerreform sei eine Mehrwertsteueranhebung „unumgänglich".



K.-B. KARWASZ

Liberale Gerhardt, Kinkel, Westerwelle*: *„Kein Handlungsbedarf“*

ditieren lassen, kommt aus CDU-Warte erleichternd hinzu.

Joschka Fischer, so hatte Kohl zwar in der „Zeit“ beinahe respektvoll angemerkt, sei ein „hochbegabter Mann und Politiker“, der einen „interessanten Weg zurückgelegt“ habe. Das aber sieht er, wenn es sich anbietet, auch schon mal anders.

Bei einem Spitzentreffen der Koalition empörte der Kanzler sich darüber, daß Fischer und der ehemalige RAF-Anwalt Otto Schily (SPD) für Ministerämter in einer rot-grünen Regierung gehandelt werden. Dagegen müßten die Koalitionäre etwas unternehmen.

Auch die angebliche Verstrickung Fischers in den Waffentransport beim Mord am hessischen Wirtschaftsminister Heinz Herbert Karry im Jahre 1981 suchten Konfidenten des Kanzlers zu einer Kampagne umzumünzen. Nach der Festnahme des ehemaligen Terroristen Hans-Joachim Klein in der Normandie, der im Frankfurt der siebziger Jahre einen Wagen vom WG-Mitbewohner Fischer benutzt hatte, drängte Kohls Regierungssprecher Otto Hauser Bonner Korrespondenten, doch, bitte schön, in den Fall einzusteigen.

Die Verweildauer solcher Aufregungen in den Schlagzeilen ist kurz. Wie ein roter Faden hingegen zieht sich die weitere Verwendung des ausgerufenen Kohl-Nachfolgers Schäuble durch diesen teils faden, teils hysterischen Wahlkampf.

In der neuen Ausgabe des Herrenmagazins „Playboy“ plaudert der Kronprinz, befragt von Peter Boenischs Ehefrau Julia, über sein lange schon nicht mehr spannungsfreies Verhältnis zu Kohl. „Politisch ungeschickt“ habe der Kanzler gehandelt, als er ihn frühzeitig zum Wunschnachfolger im Kanzleramt ausgerufen habe. Solche Entscheidungen müßten getroffen werden, wenn sie anstünden.

Ausdrücklich verwahrte sich der Mann im Rollstuhl gegen die ständigen Belobigungen, die ihm Kohl zuteil werden läßt: „Zuviel Freundschaftsbekundung kann schaden.“ Die Sozialdemokraten hätten mit dem „Rivalen-Szenario Schröder/Lafontaine vorgemacht, wie es geht“. Das sei perfekte Regie gewesen.

In der Union sorgten diese Äußerungen für entsprechenden Aufruhr. Mit wenigen Worten führte Schäuble noch einmal vor, daß zwischen ihm und Kohl ein mühsam unterdrückter Konflikt schwelt.

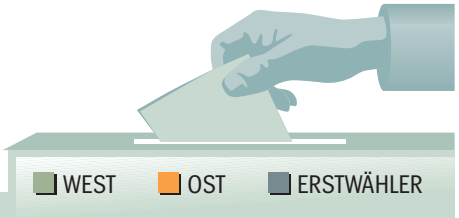
Die ungeklärte Nachfolge verfolgt die Christdemokraten im Wahlkampf wie eine chronische Krankheit. Immer wieder brach sie hervor, stets versuchte Kohl, sie mit Macht zu unterdrücken.

Den Urfehler hatte der Kanzler begangen, als er Schäuble auf dem Leipziger Parteitag im Oktober 1997 zu seinem Erben ausrief. Das „Wann“ läßt er seither unbeantwortet. Die Schwesterpartei CSU war damals nicht informiert. Sie läßt ihren Ärger darüber und ihre Distanz zu dem protestantischen Badener nachhaltig spüren.

Einen langen Sommer hindurch interpretierten CDU und CSU die Erbfolge-Regelung unterschiedlich. Je länger die demoskopische Talfahrt der Union anhielt, desto größer wurde das Verlangen nach einer verbindlichen Klärung, wann denn Kohl seine Tage im Kanzleramt beschließen werde.

Ende August versuchte Kohl nochmals, ein Machtwort zu sprechen: „Ich kandidiere für diese Legislaturperiode“, erklärte er. „Punkt. Aus. Feierabend.“ Aber am selben Tag gab auch Schäuble kund, der Kanzler habe mit seiner Ankündigung doch „ein Stück weit offengelassen, was innerhalb dieser vier Jahre sein kann“.

Schäuble ist ein Rationalist, dem ein inhaltlich bestimmter Wahlkampf gegen den geschmeidigen Kanzlerkandidaten Schröder vorschwebte. Aus dieser Sicht sind die pausenlosen Querelen und Kursdebatten



WEST OST ERSTWÄHLER

Gut für die SPD

„Für welche der politischen Parteien ist die politische Stimmung im Augenblick besonders günstig? Für die . . .“

	WEST	OST	ERSTWÄHLER	Gesamt
. . . CDU/CSU	29	13	20	25
. . . SPD	46	61	50	49

Lieber eine Große Koalition

„Wer wird die Bundestagswahl gewinnen und den Bundeskanzler stellen?“

	WEST	OST	ERSTWÄHLER	Gesamt
CDU/CSU und FDP	27	19	23	26
SPD und Grüne	30	28	36	29
Große Koalition von SPD und CDU/CSU	33	42	33	35

Große Lösung

„Welcher Koalition trauen Sie am ehesten eine Lösung der gegenwärtigen Probleme zu?“

	WEST	OST	ERSTWÄHLER	Gesamt
CDU/CSU und FDP	22	16	24	21
SPD und Grüne	21	22	24	21
Große Koalition	35	36	29	35
SPD und FDP	7	5	7	7

DER SPIEGEL

Emnid-Umfrage für den SPIEGEL, rund 1000 Befragte, 15. bis 16. September, an 100 fehlende Prozent: sonstige

* Ende Juni auf dem FDP-Parteitag in Leipzig.

Informantin wider Willen

Bei der Fahndung nach dem in Frankreich untergetauchten Ex-Terroristen Hans-Joachim Klein spähten die Strafverfolger eine Journalistin aus.

Der Ausstieg sollte auf der großen Bühne spielen. Der frühere Frankfurter Straßenkämpfer, ehemalige Terrorist und leidenschaftliche Opernliebhaber Hans-Joachim Klein wollte sich nach 22 Jahren im Untergrund am vergangenen Mittwoch seinen Verfolgern stellen – nicht heimlich und leise, sondern mit einem fulminanten Interview in der Illustrierten „Stern“.

Alles war besprochen, das Gespräch geführt, die Fotostrecke komponiert, die Termine vereinbart. Da schlug die Polizei zu. In dem normannischen Dorf Sainte-Honorine-la-Guillaume, in dem Klein fünf Jahre lang gelebt hatte, spürten ihn Zielfahnder des Bundeskriminalamts (BKA) am 8. September auf. Klein war gerade mal wieder auf einen Schluck ins Bistro gegangen.

„Durch kriminalistische Kleinarbeit“, verbreitete das BKA stolz, habe das Fahndungsteam „eine Spur“ zu dem Gesuchten entdeckt. Über Details aber mag weder die Polizei noch die ermittelnde Staatsanwaltschaft in Frankfurt am Main Auskunft geben. Auch der grüne Minister Rupert von Plottnitz in Wiesbaden, oberster Chef der hessischen Justiz, schweigt zu den Details: „Über ermittlungstaktische Maßnahmen spreche ich nicht.“

Das wird Plottnitz bald müssen. Denn die Fahnder haben bei der Jagd nach Klein auch vor rechtlich bedenklichen Methoden nicht zurückgescheut. Brisante Akten mit dem Stempel „VS – vertrauliche Verschlußsache“ halten das Protokoll einer Schnüffelaktion fest, bei der eine Journalistin ausgespäht wurde.

Der Eingriff, den ein Richter genehmigte, trifft nicht nur die privaten Grundrechte der ins Visier genommenen Personen, er berührt auch die Pressefreiheit. Werden Reporter für die Strafverfolgung instrumentalisiert, ist das durch die Verfassung geschützte Vertrauensverhältnis zwischen Journalist und Gesprächspartner nicht mehr viel wert.

Als Informantin wider Willen benutzten die Klein-Ermittler die „Stern“-Redakteurin Edith Kohn. Die Journalistin, die sich bestens in der früheren Frankfurter Sponti-Szene auskennt, stand über Monate in regelmäßigem Kontakt zu dem geläuterten Terroristen. Ihr erstes Interview mit dem keineswegs pressescheuen Mann im Untergrund hatte Kohn 1994 geführt. Schon damals gab Klein zu Protokoll: „Ich würde gern zurückkommen.“

Anfang dieses Jahres wurde es konkreter. Im Januar vereinbarten Klein und Kohn eine große Reportage über sein Leben unter dem Decknamen Dirk Clausen, seine Beteiligung an dem Überfall auf eine Konferenz der Opec-Minister 1975 in Wien und die geplante Heimkehr nach Deutschland.

Im März reiste die Reporterin gemeinsam mit einem „Stern“-Fotografen zum Interview in die Normandie. Danach hat sie Klein nicht mehr gesehen, wohl aber mit ihm von ihrem Hamburger Privatanschluß aus telefoniert.

Was Kohn nicht ahnte: Im Mai hing die Polizei mit drin. Die Ermittler haben den Apparat der Journalistin zwar nicht abgehört, doch holten sie sich mit einem Beschluß nach Paragraph 12 des Fernmeldeanlagengesetzes von der Telekom die sogenannten Verbindungsdaten. So konnten sie herausfinden, welche Telefonanschlüsse in Frankreich Klein als Kontaktstellen nutzte. Die Franzosen klinkten sich dann in die Leitung ein. Schließlich führte die Spur nach Sainte-Honorine, wo der Gesuchte sich als Journalist ausgab.

Der abgetauchte frühere Revoluzzer Klein hatte zahlreiche Kontakte – unter anderem zu einem Mitarbeiter des Bundesamts für Verfassungsschutz mit dem Tarnnamen Hans Benz. Zweimal traf der sich mit dem Ex-Terroristen in Paris, um im Rahmen eines halbamtlichen Aussteigerprogramms Kleins Perspektiven in Deutschland zu sondieren.

Konkrete Ergebnisse gab es nicht, da Benz die Frankfurter Staatsanwaltschaft



W. BAUER / STERN

Flüchtiger Klein in Sainte-Honorine: *„Ich würde gern zurückkommen“*



PANDIS

Straßenkämpfer Cohn-Bendit (1968)
Kontakte in den Untergrund

nicht dazu bewegen konnte, Klein anstatt wegen Mordes lediglich wegen Beihilfe zu verfolgen. Bei dem Opec-Überfall wurden drei Menschen erschossen – er selbst aber habe auf niemanden gefeuert, beteuert Klein seit langem.

„Stern"-Redakteurin Kohn, die über die Benz-Connection informiert war, hielt besondere Vorsicht nach den Treffen mit Klein bei ihren Ferngesprächen nicht für nötig: „Es gab keinen Grund, eine telefonische Überwachung zu fürchten." Schließlich sei sie stets „davon ausgegangen, daß die Strafverfolgungsbehörden, mindestens der Verfassungsschutz, wissen, wo sich Klein aufhält".

Obwohl der Abgetauchte 1979 ein Buch veröffentlichte und häufiger Interviews gab – auch dem SPIEGEL (Nr. 15/1995) –, blieb der Staatsanwaltschaft sein Zufluchtsort verborgen. Die Ermittler, die vergeblich auch die Herausgabe der Verbindungsdaten des grünen Europa-Parlamentariers und Klein-Kontaktmanns Daniel Cohn-Bendit beantragt hatten, griffen deshalb auf die Daten der Reporterin zurück.

Daß sie damit möglicherweise eine rechtliche Grenze überschritten, wissen die Frankfurter Verfolger aus eigener Erfahrung: Beim Bundesverfassungsgericht ist eine Beschwerde des ZDF anhängig, mit der sich der Fernsehsender gegen eine Maßnahme der Staatsanwaltschaft wehrt. Auf der Suche nach dem abgetauchten Baupleitier Jürgen Schneider hatten die Ermittler sich 1995 die Handy-Daten zweier ZDF-Reporter besorgt.

Im Fall Klein ist die Not der Fahnder um so erstaunlicher, als der Flüchtige über zwei Jahrzehnte in ein weitgespanntes Netzwerk von Unterstützern eingebunden war. Der Frankfurter Sponti-König Cohn-Bendit gehörte ebenso zum engeren Sponsorenkreis wie der französische Philosoph André Glucksmann oder der frühere Chefredakteur der Pariser Tageszeitung „Libération", Jean-Marcel Bouguereau. Von ihnen bekam Klein, der zweimal Selbstmord begehen wollte, Rat, Trost und finanzielle Mittel zum Überleben.

Glucksmann beispielsweise erhielt nach Erscheinen der französischen Übersetzung von Kleins Buch regelmäßig die Post des Verlages für den Autor sowie seine Tantiemen: „Ich war sein offizieller Briefkasten. Wäre es der Polizei wichtig gewesen, ihn zu schnappen, wäre das nicht schwer gewesen."

Geholfen habe er Klein, sagt Glucksmann, weil der Terrorist, der nach dem Opec-Überfall aus der Szene ausgestiegen war, durch seinen Verrat an den einstigen Kumpanen zu einem „sehr mutigen Anti-Terroristen" geworden sei: „Er hat es gewagt, die Brutalität, den Antisemitismus und die Unmenschlichkeit seiner einstigen Kumpane anzuprangen. Damit hat er im Kampf gegen den Terrorismus mehr bewirkt als die Polizei."



SPIEGEL TV

Technik für Lauschangriff: *„Sofort nach der Wahl die Hürden beseitigen"*

Auch der französische Geheimdienst hätte den deutschen Kollegen womöglich einen Tip geben können. Klein soll, nach Spekulationen von Insidern, den Franzosen mit Erkenntnissen über den Top-Terroristen Carlos ausgeholfen haben.

Der Entschluß, sich schließlich zu stellen, ist Klein nach Aussagen seiner Unterstützer äußerst schwergefallen. Die Motive waren vielfältig: Reflexionen zu seinem 50. Geburtstag im vergangenen Dezember und der Wunsch, das eigene Leben seinen beiden Kindern begreiflich machen zu können, spielten vermutlich ebenso eine Rolle wie schlichte Not. „Die finanzielle Unterstützung blieb mehr und mehr aus", berichtet Kontaktmann Bouguereau, der selbst einen großen Teil der Miete in Sainte-Honorine übernahm. „Er wußte kaum noch, wie er das Öl für die Heizung bezahlen sollte."

Gegen Cohn-Bendit hat jetzt die Staatsanwaltschaft Frankfurt wegen des Verdachts der Strafvereitelung Ermittlungen eingeleitet – ein hessischer FDP-Politiker hat ihn angezeigt. Doch ohne weitere Erkenntnisse aus den Vernehmungen Kleins wollen die Beamten davon absehen, die für konkrete Nachforschungen nötige Aufhebung von Cohn-Bendits Immunität zu beantragen.

Daß Klein sich mehrfach in Interviews und in seinem Buch detailliert über seine Beteiligung an dem Opec-Überfall geäußert hat, muß nach Auffassung seines Anwalts Eberhard Kempf vom Gericht honoriert werden: „Die vollständige Offenlegung seiner Tat einschließlich der Mittäter bedeutet, daß die Kronzeugenregelung anzuwenden ist."

Vielleicht kann Klein seinen 60. Geburtstag in Freiheit feiern.

in der Union die zwangsläufige Folge eines falschen Kampagnenkonzepts.

Schon mit der Kür Gerhard Schröders zum Kanzlerkandidaten nach der Niedersachsen-Wahl im März wurde die CDU auf dem falschen Fuß erwischt. Kohl hatte fest mit Lafontaine gerechnet. Die CDU-Spitze, ganz auf einen Links-Rechts-Lagerkampf alter Couleur eingestimmt, versucht seitdem vergeblich, Schröder „zu stellen".

Zunächst glaubte Kohl, dem Landespolitiker Schröder mit einer großen Euro-Inszenierung die Schau stehlen zu können. Der Kanzler als großer Staatsmann, der die Deutschen und ihre stabile Mark in ein glücklich vereintes Europa führt – Bilder und Szenen vom erfahrenen Weltpolitiker sollten das Wahlvolk bei Laune halten, sanfte Verheißungen einer rosigen Konjunktur Optimismus erzeugen.

Der Brüsseler Euro-Gipfel im Mai ging daneben. Das Gezänk um die Bestallung des ersten europäischen Zentralbankchefs überschattete alles. Seitdem wollte Kohl vom Euro als Wahlkampfthema nicht mehr viel wissen.

Wie aber sollte der smarte Schröder in die Defensive gebracht werden? Schäuble empfahl immer wieder einen argumentativen Wahlkampf, Generalsekretär Hintze verlangte nach scharfer „Polarisierung". Entscheiden konnte sich die Union bis zum Finale für keine der beiden Strategien.

Das Konrad-Adenauer-Haus zog eine Kampagne gegen den „grünen Wahn" auf, malte das Schreckbild einer rot-grünen Bundesregierung mit kräftigen Farben aus. Bis Kohl die Zuspitzung höchstpersönlich ad absurdum führte, indem er in der „Zeit" eine schwarz-grüne Zusammenarbeit eines fernen Tages vorhersah.

Die Zuspitzer um Hintze waren wie vom Donner gerührt. Ihre schwungvolle Attacke („Laß Dich nicht anzapfen") gegen den 5-Mark-Benzin-Beschluß der Grünen, zunächst bei der Union gefeiert, erwies sich schnell als Bumerang. Schäuble, in die Kampagne nicht eingeweiht, stellte seinen Entwurf für ein CDU-Zukunftsprogramm

vor – mit Vorschlägen für eine höhere Besteuerung von Energie.

Es folgte ein wochenlanger Steuerstreit innerhalb der Union. Grüne wie Sozialdemokraten feixten, das Publikum wunderte sich, die Anhänger der Union nahmen übel.

Nicht viel mehr Glück hatte Hintze mit der neu aufgelegten Rote-Socken-Kampagne. Sein altfränkisch wirkendes Plakat mit den roten Händen, Symbol für die Nähe von PDS und SPD, sorgte bestenfalls für etwas Mobilisierung im Westen. Und mit Sicherheit für erheblichen Ärger im Osten, es gute Neuigkeiten. Der Aufschwung sei da – „unser Aufschwung“, wie die CDU nicht zu sagen vergaß – und die Trendwende am Arbeitsmarkt mit ihm. Diese Botschaft verfing beim Publikum jedoch nicht recht: Republikweit sind noch immer rund vier Millionen Menschen ohne Arbeit. Die statistisch erfaßte „Trendwende“ im Osten wurde nur durch massives Nachbessern mit ABM-Stellen erreicht.

Je länger die unverdrossen prophezeite Wende im Wahlkampf zum Guten der Union ausblieb, desto hektischer zogen die Matadore neue Themen herbei.



A. FROESE

Kontrahenten Schäuble, Lafontaine: *Partner in einer Großen Koalition?*

wo die Wahl am 27. September voraussichtlich entschieden wird.

Der Dresdner Ministerpräsident Kurt Biedenkopf rühmt sich bis heute, gemeinsam mit Thüringens Regierungschef Bernhard Vogel und anderen die Hintze-Idee „sehr schnell“ beerdigt zu haben: „Diese Kampagne bringt nichts. Davon hören wir ja auch nichts mehr.“ Tatsächlich tauchte das Plakat im Osten nicht auf.

Erst später verfiel die CDU darauf, die Ostwähler mit guten Botschaften denn mit alten Vorwürfen zu umwerben. So begann sie, die neuen Länder mit Großplakaten zu verzieren, die unter einer roten Rose farbig-fröhliche Aufnahmen von vier Vorzeigeobjekten des Aufbaus Ost zeigen. Motto der Kampagne: „Blühende Landschaften wählen! – CDU“. Aber auch im Westen, so propagierte sie plötzlich, gebe

Fast dankbar reagierte Generalsekretär Hintze, als sich im August die Lage im Kosovo und die Krise in Rußland zuspitzten. Endlich, so jubilierte der Kampagnen-Prediger der Union, habe der Wahlkampf „ein neues Thema“ erhalten. Nun wurde Kohl als „Garant für Stabilität“ in Szene gesetzt, der Deutschland vor rot-grünem Dilettantismus in der Außenpolitik bewahrt.

Nie zuvor, mokiert sich ein Intimus von Verteidigungsminister Volker Rühe, habe es in der Wahlkampfführung der CDU „eine solche Konfusion gegeben“.

Um ein bißchen Glanz um sich herum aufschimmern zu lassen, griff Kohl auf alte Widersacher zurück: Querdenker Kurt Biedenkopf wurde für Partei-Einsätze reaktiviert, und auch der beim Bremer Parteitag 1989 gescheiterte Rebell Lothar Späth kam wieder zu Gnaden. Fünf Wochen vor dem Wahlgang berief Kohl den Chef der Jenoptik zum Berater für „Zukunft und Innovation“ – Dienstantritt nach dem 27. September. Eine Woche lang gab Späth Interviews mit wohlwollenden Bemerkungen über die Große Koalition – und zog sich alsbald wieder nach Jena zurück.

Während Kohl mehrmals apodiktisch verkündete, mit ihm als Regierungschef sei im Falle einer Großen Koalition keinesfalls zu rechnen („Das mache ich nicht! Das ist mein letztes Wort!“), waren vom hingehaltenen Nachfolger Schäuble solche Töne nicht zu hören. Er stellt sich offenbar darauf ein, daß am kommenden Sonntag seine Zeit im Wartestand womöglich ein Ende finden könnte.

Nur wenig mehr als einen Prozentpunkt müßte die Union nach derzeitigem Stand noch zulegen und die SPD einbüßen, schon stünde Schäuble da mit dem Kelch, von dem er sich öffentlich immer gewünscht hat, er möge an ihm vorbeigehen: der Kanzlerjob.

Kein Wort dazu von Schäuble bei Auftritten in seiner badischen Heimat am vorigen Donnerstag. „Wenn wir die Wahl gewinnen, setzen wir die Regierung unter der Führung von Helmut Kohl fort“, sagt er, als sei dies die einzige Option. Wer mehr heraushören will, muß eingestreute Halbsätze abklopfen: „Mit der Zweitstimme wählen Sie Helmut Kohl und, in gewissem Sinne, natürlich auch mich.“

Schröder, „die Plakatfigur“, erwähnt Schäuble kaum. Ziel programmatischer Attacken ist Lafontaine, denn in ihm sieht er den kongenialen Gegner – und Partner. Beide verbindet die Fähigkeit, Kompliziertes demagogisch zu verknappen und strukturell zu denken – auch die Attentate im gleichen Jahr 1990 und natürlich der Wille zur Macht.

Schäuble würde, so heißt es in der CDU, keine Sekunde zögern, mit Lafontaine als Juniorpartner anzutreten.

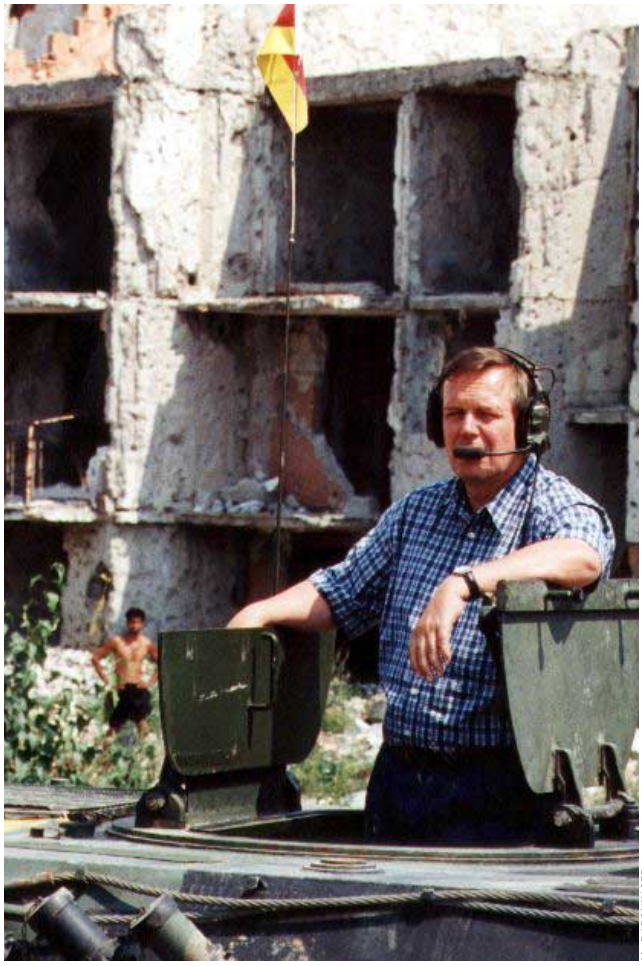
Unüberhörbar hat sich auch Lafontaine in Position gebracht. Ausdrücklich zollte er dem Querschnittgelähmten „großen Respekt“ für seine Lebensleistung. Er halte Schäuble sehr wohl für fähig, so der gewiefte Saarländer, jedes politische Amt in Deutschland zu übernehmen. Daß sich die SPD nicht zieren würde, als Juniorpartner unter einem CDU-Kanzler in die Regierung zu gehen, vergaß er nicht hinzuzufügen, zum Erstaunen des Kanzlerkandidaten Schröder.

Für den Wahlabend hat Lafontaine sichergestellt, daß eines deutlich wird: Die SPD hat zwei Chefs – den Kanzlerkandidaten und den Parteichef. In der Bonner Baracke, im freigeräumten Büro des Geschäftsführers, werden die beiden warten, bis sich die Hochrechnungen stabilisieren. Dann werden sie vor die Fernsehkameras treten und die Konsequenzen aus der Wahl ziehen – Seit’ an Seit’. ◆

„Auf den letzten Zentimetern“

CDU-Verteidigungsminister Volker Rühe über die Wahlchancen der Koalition, die Zuverlässigkeit des SPD-Kandidaten und die Nachfolge von Helmut Kohl

SPIEGEL: Herr Rühe, wer wird Kanzler?
Rühe: Durch die Bayern-Wahl bleibt alles offen. Unsere Anhänger haben neuen Mut geschöpft, Schröder ist verunsichert. Es wird spannend. Vielleicht wissen wir erst in den frühen Morgenstunden der Wahlnacht, wer gewonnen hat.
SPIEGEL: Sie sind nicht sicher, daß Helmut Kohl es wieder schafft?
Rühe: Ich weiß ja, was die Leute so reden: daß ein neues, jugendlicheres Gesicht her muß. Das spreche ich in unseren Wahlveranstaltungen auch offen an. Aber dann frage ich: Ist Ihnen das so wichtig, daß Sie dafür auch einen radikalen Politikwechsel – und das bedeutet Rot-Grün – in Kauf nehmen? Oder ist es nicht doch besser, sich am Felsen Kohl in der Brandung der Geschichte zu orientieren. Da werden viele nachdenklich.
SPIEGEL: Sie trauen Schröder nicht das Amt des Kanzlers zu. Warum?
Rühe: Er hat keine Erfahrung in Bonn, keine Erfahrung in der Außenpolitik, und er hat sein Bundesland schlecht regiert.
SPIEGEL: Das galt alles auch für Kohl, als er 1982 antrat.
Rühe: Unsinn. Kohl war der König der Pfalz, der Reformer der CDU und übrigens regelmäßig in Amerika. Schröder ist 18 Jahre nicht in die USA gereist. Er war, glaube ich, wohl mal auf Kuba. Aber das Entscheidende ist, er läuft in seiner Partei nur am Rand mit. Die SPD hat ihn nur für das Schaufenster genommen, weil er mehr Wähler anzieht als Oskar Lafontaine.
SPIEGEL: Da spricht Schröder aber besser über Sie als Sie über ihn.
Rühe: Ich versuche nur, objektiv zu analysieren. Vielleicht bin ich ja auch besser.
SPIEGEL: Trauen Sie dem SPD-Kandidaten denn auch keine Wirtschaftskompetenz zu?
Rühe: Die hat er, aber nur als Landespolitiker. Was er in Niedersachsen tut, nämlich eine Firma wie die Salzgitter AG zu kaufen, wenn es Probleme gibt – das kann er als Bundeskanzler schlecht machen. Man stelle sich vor: Der Bund kauft alle großen Verlustunternehmen. Schröder hat einfach ein Vertrauensproblem.
SPIEGEL: Was soll das heißen?
Rühe: Die britische Zeitschrift „Economist“ hat auf ihrem Titel mit Recht die Frage gestellt: „Würden Sie von diesem Mann einen Gebrauchtwagen kaufen?“ Von Helmut Kohl können Sie ein Auto kaufen, das 25 Jahre alt ist.
SPIEGEL: Das ist ziemlich durchgesessen.
Rühe: Vielleicht. Aber Getriebe und Motor funktionieren. Es könnte sich bald zeigen, wie vertrauenswürdig Schröder ist – nämlich im Kosovo-Konflikt. Wir haben sichere Informationen, daß Milošević jetzt erstmals geschlossene Kampfverbände, Panzer und Flugabwehr, von Serbien aus in das Gebiet geschickt hat. Der Krieg gegen die eigene Bevölkerung soll offenbar noch schärfer geführt werden. Die Nato muß hier ein klares militärisches Signal setzen. Ich fordere die Sozialdemokraten auf, vor allem ihren Kanzlerkandidaten, dieses Signal noch vor der Wahl zu unterstützen, den Menschen im Kosovo Hoffnung zu geben, damit Deutschland auch in der heißen Wahlkampfphase berechenbar bleibt.
SPIEGEL: Was für ein Signal soll es sein und auf welcher rechtlichen Grundlage?
Rühe: Die Nato-Planung „Limited Air Response“ sieht Luftschläge gegen bestimmte militärische Ziele in Rest-Jugoslawien vor. Dafür ist ein Mandat des Uno-Sicherheitsrates nicht unbedingt notwendig, zumal die Russen – übrigens auch der in dieser Frage nie sonderlich hilfreiche Primakow – immer offen gesagt haben, daß sie dagegen ein Veto einlegen. Wenn unsere westlichen Verbündeten die Nato-Schläge zum Schutz der Zivilbevölkerung für gerechtfertigt halten, dann muß auch Deutschland voll dahinterstehen.
SPIEGEL: Die Entscheidung liegt beim Bundestag.
Rühe: Richtig. Notfalls muß es eine Sondersitzung geben, denn in spätestens drei bis fünf Wochen müssen wir handeln. Auf Grüne und PDS rechne ich nicht. Aber die Sozialdemokraten müssen, gemeinsam mit der Regierung, den USA und der Nato, Milošević klarmachen, daß er mit seinen Methoden nicht durchkommt.
Die Proteste der Serben gegen meine klaren Worte in den letzten Tagen zeigen, daß die Machthaber in Belgrad jetzt erstmals nervös werden. Sie merken jetzt, wie real der militärische Druck ist und wie real die Gefährdung ihrer eigenen politischen Zukunft ist. Wenn wir jetzt konsequent weiterhandeln, militärischen Druck machen, dann wird es bald eine friedliche Lösung für das Kosovo geben, vielleicht sogar mal Demokratie in Belgrad. Da muß die SPD mit ran.
SPIEGEL: Ihr Koalitionspartner FDP hat vom Schwung, den Sie nach der Bayern-Wahl verspüren, nichts abbekommen. Schaffen es die Liberalen in den Bundestag?
Rühe: Sie liegen nach den Umfragen über fünf Prozent. Was sie al-



M. DARCHINGER

Minister Rühe (in Sarajevo): *„Da muß die SPD mit ran“*

Das Gespräch führten die Redakteure Stefan Aust, Olaf Ihlau und Michael Schmidt-Klingenberg.

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

lerdings derzeit mit ihrer Zweitstimmen-Kampagne machen, ist Täuschung der Wähler. Die Zweitstimme ist die wichtige, im Unterschied zum Zweitauto und zur Zweitwohnung. Mitleidstimmen für die FDP können uns die Position als stärkste Kraft kosten. Ich wähle auf dem Stimmzettel immer von rechts nach links, die Zweitstimme zuerst. Da kann nichts danebengehen.

SPIEGEL: Dann kommt die FDP nicht rein.

Rühe: Sie hören nur das, was Sie wollen. Die FDP kommt rein, die Grünen auch, auf reduziertem Niveau. Sie sind in einer Krise, aber noch stabil genug. Die Rechten schaffen es nicht, weil es bei Bundestagswahlen weniger Protestwähler gibt. Offen ist es bei der PDS, weil die Chancen für Direktmandate, an denen das hängt, schwer zu beurteilen sind.

SPIEGEL: Hat Ministerin Claudia Nolte mit ihren Thüringer Plaudereien über die Mehrwertsteuer-Erhöhung den Bayern-Bonus nicht schon verspielt?

Rühe: Kanzler und Finanzminister haben dazu alles Nötige gesagt, da muß ich nichts hinzufügen. Wir sind hier in Harburg und nicht in Suhl.

SPIEGEL: Statt mit höherer Mehrwertsteuer will Theo Waigel die Steuerreform auch mit Einsparungen finanzieren. Da geht es dann doch auch um Sie und Ihren Etat.

Rühe: Auch so bringen Sie mich nicht dazu, auch nur ein einziges Wort über Frau Nolte zu sagen. Unser Etat steht. Theo Waigel steht dazu. Dabei bleibt es.

SPIEGEL: Weitere Verwirrung in der Koalition: Kohl fordert die Verschärfung des Lauschangriffs, die FDP profiliert sich dagegen auf der Zielgeraden als Partei der Grundrechte. Ist allgemeine Panik ausgebrochen?

Rühe: Natürlich nicht. Der Kanzler will noch wirkungsvoller gegen Verbrecher kämpfen, die die Schlupflöcher des liberalen Rechtsstaates gemein ausnutzen. Da die Union auch von Sicherheit mehr versteht als jede andere Partei, bleibt FDP und SPD nach der Pflichtübung formaler Protestworte nichts anderes übrig, als dem Kanzler auf dem rechten Pfad zu folgen.

SPIEGEL: Wenn die Union nur zweiter Sieger wird und Rot-Grün auch nicht genug Mandate hat – wollen Sie dann die SPD in die Arme der PDS laufen lassen oder aus staatspolitischer Verantwortung in die Große Koalition eintreten?

Rühe: Um die Frage kümmern wir uns, wenn die Situation da ist. Im Augenblick tun wir alles, um sie zu vermeiden.

SPIEGEL: Wolfgang Schäuble, Kurt Biedenkopf und Lothar Späth halten eine Große Koalition nicht für ein nationales Unglück.

Rühe: Eine nationale Katastrophe wäre es, wenn die Elbdeiche brächen.

SPIEGEL: Es ist schlimmer, wenn in Norddeutschland ein Deich bricht, als wenn in Bonn/Berlin SPD und Union regieren?

Rühe: Im Prinzip müssen Demokraten miteinander arbeitsfähig sein: Am besten eine kraftvolle Regierungskoalition wie die jetzige und eine aufrechte Opposition wie die SPD. Deshalb spekuliere ich hier nicht. Es kann sich auf den letzten Zentimetern entscheiden, daß wir unsere Mehrheit bekommen. Ich erzähle Ihnen mal was aus meinem Leben. Hier auf der Jahnhöhe in Harburg bin ich früher gelaufen, auf 100 Metern war ich ganz gut, aber bei 5000 Metern hatte ich immer Probleme. Aber ich bin immer genau so gelaufen, daß ich zehn Meter hinter dem Ziel zusammengebrochen bin. Wenn ich noch weiter hätte laufen können, wären die Kräfte falsch eingeteilt gewesen. So ist das jetzt bei der Wahl auch, wir müssen auf den letzten Zentimetern alles geben.

„Schäuble wäre der Nachfolger – wenn er es will, wird er es“

SPIEGEL: Und nach der Wahl fallen Sie um.

Rühe: Ich regeneriere mich ganz schnell. Erst regenerieren, dann regieren.

SPIEGEL: Mit Helmut Kohl an der Spitze? 16 plus 4 macht 20 Jahre. Sollte die Amtszeit des Kanzlers nicht auf zwei Wahlperioden beschränkt werden?

Rühe: Warum denn, Sie müssen ganz anders rechnen. Das sind nicht 16, sondern zweimal acht Jahre. Die Amtszeit hat mit der deutschen Einheit praktisch neu begonnen. Ohne diese Zäsur wären die zweiten acht Jahre Kohl sicher viel schwieriger zu erreichen gewesen. Mit 20 Jahren im Amt wird Kohl einen Rekord aufstellen, der vielleicht im ganzen nächsten Jahrhundert nicht gebrochen wird.

SPIEGEL: Dann stellt sich die Frage der Kanzler-Nachfolge wohl erst mal nicht mehr – weder für Schäuble noch für Sie.

Rühe: Das haben Sie immerhin begriffen.

SPIEGEL: Da es keine Kohl-Nachfolger gibt, können wir ja ruhig auch fragen: Edmund Stoiber wäre auch ein Mann, der Kanzler werden kann?

Rühe: Natürlich hat er das Zeug dazu, das hatte er auch schon vor der Landtagswahl. Ich verstehe mich bestens mit Stoiber. Das Ehepaar Stoiber hat meine Frau und mich in Hamburg besucht, wir waren den ganzen Tag unterwegs im Hafen und in der Michaeliskirche. Aber wer später mal was wird, das entscheidet sich nicht jetzt.

SPIEGEL: Hat sich die Hackordnung verändert? Bisher hieß es, Schäuble sei der Kandidat. Sind Sie jetzt der dritte Mann?

Rühe: Auch wenn wir mehrere fähige Leute haben, ändert das überhaupt nichts daran, daß Wolfgang Schäuble aus der Sicht der CDU der richtige Nachfolger wäre. Wenn er es will, wird er es.

SPIEGEL: Wenn die Wähler nicht wollen, wie Rühe will, was wird dann aus Ihnen?

Rühe: Da machen Sie sich mal keine Sorgen. Ich bin Spitzenkandidat in Hamburg und werde auf jeden Fall noch ein Jahr in Bonn und dann in Berlin arbeiten. Für mich gibt es immer etwas zu tun. Da bin ich ganz entspannt. Ich wollte eigentlich nie CDU-Generalsekretär werden und auch nicht Verteidigungsminister – und nach ein paar Tagen habe ich mich voll mit dem Job identifiziert.

SPIEGEL: Gibt es noch ein paar Jobs, die Sie eigentlich nicht haben wollen?

Rühe: Manchmal kommen Dinge auf einen zu, die man gar nicht im Blick gehabt hat, und dann erweisen sie sich als richtig.

SPIEGEL: Herr Rühe, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



K.-B. KARWASZ

Wahlkämpfer Rühe (in Hamburg): *„Felsen Kohl in der Brandung der Geschichte“*

Der anachronistische Feldzug

Keine Experimente – Helmut Kohl verläßt sich darauf, daß die Deutschen Skrupel befallen, den amtierenden Kanzler abzuwählen. *Von Hans-Joachim Noack*



REUTERS

Wahlkämpfer Kohl: *„Gemeinsames Nachdenken, Momente des Innehaltens“*

Wann immer sich der Wahlkämpfer Helmut Kohl auf Deutschlands Marktplätzen oder in Konferenzsälen seinen fortdauernd schlechten Umfragedaten widmet, gibt es diese seltsam heiteren Augenblicke: Der Kanzler kichert und mokiert sich über „die Dummschwätzer“, die aus seinen Zahlen das ihm möglicherweise bevorstehende politische Ende herauslesen.

Ja, natürlich – „ganz ohne Zweifel“ –, dröhnt der Spitzenkandidat der auch nach dem Votum in Bayern bedrängten Unionsparteien, habe er „die besten Chancen“. Je näher der Abend des 27. September herankommt, desto munterer mimt er den Unverwüstlichen.

Helmut Kohl schwört auf Helmut Kohl, was bei seinem immensen Selbstwertgefühl kaum verwundern kann, aber die weniger optimistischen Mitstreiter sollen nun ebenfalls ihre Bedenken zurückstellen. Der Bürger schätze „keinen Griesgram“, warnt er eindringlich, „macht ein freundliches Gesicht!“

Läßt sich so der vielbeschworene „Schicksalswahlkampf“ siegreich durchfechten?

Der dickfellige Pfälzer scheint jetzt nur noch dem eigenen und in Teilen etwas sonderbaren Konzept zu folgen. Den Menschen „draußen im Lande“ mit dem Gestus eines Zuversicht verströmenden Übervaters „Gefühle des Aufgehobenseins“ zu vermitteln, sieht er als den Kern seiner Botschaft.

In Wahrheit sollen solche Tiraden, die geballte Lebensklugheit vorgaukeln, ein beträchtliches Manko überdecken. Wenn der seit 16 Jahren amtierende Bonner Regent in Bielefeld oder Cottbus seine zu Tausenden herangekarrte Gefolgschaft jovial zum „gemeinsamen Nachdenken“ einlädt, droht er die Balance zu verlieren. Anstelle des behaupteten Gleichmuts wächst die Nervosität.

Denn die Lage der vereinten Deutschen „unter den Bedingungen eines heraufziehenden neuen Jahrtausends“ verlangt den hochflexiblen Kanzler. Einerseits ist sie immerhin noch so gut, daß er sich als Garant des Bewährten für unersetzlich hält – zugleich möchte er aber auch als Reformer glänzen, der wie kein zweiter dem ja von allen anerkannten Veränderungsbedarf gerecht wird.

Der den Realitäten weitgehend entrückte Parteichrist verheddert sich. Sein sozialdemokratischer Herausforderer Gerhard Schröder steht im Ruf, der modernere Politiker zu sein, und diesen Bonus will er ihm streitig machen. Doch am Ende seiner ausufernden Betrachtungen zu „den Fragen der Zeit“ tritt der hinlänglich bekannte, der ewige Kohl hervor.



POLY-PRESS

Kanzler Kohl, Schmidt*

Im Angebot hat der zum Weltklasse-Star aufgepeppte Oggersheimer das Topthema von 1976, als er zum erstenmal die Kanzlerkandidatur an sich riß und seiner Union mit 48,6 Prozent das bis dato zweitbeste Ergebnis in ihrer Geschichte bescherte. Wie bei allen Schlachten, die der selbsternannte Enkel Konrad Adenauers danach gewann, heißt die Wegweisung „Freiheit statt Sozialismus“. Nur, die Ver-

* Nach dem Amtswechsel am 1. Oktober 1982.

hältnisse haben sich gewandelt, und wenn Kohl Rot-Grün „plus notfalls PDS“ als Schreckensmodell anprangert, bleibt das Echo unbefriedigend. Die häufig zitierten „Erben Honeckers“ sind nun doch zu mickrig, um die alten Ängste wiederaufleben zu lassen, und noch weniger eignet sich der blaßrote Schröder, ihm einen festen Pakt mit der SED-Nachfolgepartei anzudichten.

Der energisch geforderte Lagerwahlkampf kann schon deshalb nicht funktionieren – aber des Kanzlers anachronistischer Feldzug tritt auch auf der Stelle, weil es ihm in den eigenen Reihen an nötiger Rückendeckung fehlt. Während die am Abgrund stehenden Liberalen um ihr Rest-Profil fürchten, schieben einflußreiche Christdemokraten Dienst nach Vorschrift.

Helmut Kohl wäre kaum seit 25 Jahren CDU-Chef, wenn ihm diese Widrigkeiten verborgen blieben. Vor allem, daß die Basis, seine berühmte „Famillje“, die in den oberen Etagen angezettelte Debatte über einen Stabwechsel im höchsten Regierungsamt erstaunlich leidenschaftslos verfolgt, irritiert ihn schon ein bißchen. Der die Bindungen lockernde Zeitgeist, hört man ihn leise klagen, erfasse neuerdings „selbst die Freunde“.

Doch recht behält am Ende, wer siegt, weiß der ausgewiesene Machtmensch – und wie oft er seine Partei insofern belehren durfte, ruft er ihr in der Dortmunder Westfalenhalle ins Gedächtnis. Etwa 1983, als er nach dem Sturz seines Vorgängers Helmut Schmidt rasche Neuwahlen anstrebte, habe man ihn gescholten, „alles aufs Spiel zu setzen“.

Da hat er aber „gestanden … mit heißem Herzen“, und so steht er heute. Abend für Abend malt der Kanzler auf gepflegten Markt- und Rathausplätzen ein gewaltiges Historienpanorama, in dessen Zentrum er sich selber rückt. Helmut Kohl präsentiert sich dort als die personifizierte „Welterfahrung“, wie ihn sein getreuer Finanzminister Theo Waigel anhimmelt. Doch die feierlich zelebrierten „Momente des Innehaltens“ offenbaren verblüffende Defizite.

Der selbstgewisse Wahlkämpfer, der in Moskau oder Washington als bestens beleumundet gilt, kommt mit dem niedersächsischen Landesfürsten nicht zurecht, und das hat Gründe. Wie sich die Kohlsche Dauerherrschaft schließlich auch dadurch festigte, daß sie stets einige sozialdemokratische Elemente in sich trug, verfährt nun umgekehrt dieser gelenkige „Herr aus Hannover“. Der speist in seine zielstrebig gepäppelte „Neue Mitte“ bürgerlich-konservatives Gedankengut ein.

Für den schwarzen Oberguru ist das ein nur schwer zu ertragender Vorgang. „Die Beliebigkeit“, schnaubt er wütend, werde „hier schlicht zum Prinzip erhoben“ – doch der gerühmte Instinktpolitiker scheint zugleich auch mit sich selber zu hadern. Sein einstmals ausgeprägtes Gespür, wesentliche Veränderungsprozesse rechtzeitig wahrzunehmen, hat gelitten.

Hatte Kohl nicht gewettet, „die Sozen“ würden fraglos ihrem Parteichef Oskar Lafontaine den Vorzug geben? Den linken Saarländer glaubte der pfälzische Nachbar leicht auf Distanz halten zu können, und vermutlich kandidierte er nur deshalb wieder. Statt seiner muß er nun einen Rivalen abwehren, der hartnäckig die für die eigene Dramaturgie benötigten Gegensätze einebnet.

Der 68jährige Stratege tickt nicht mehr wie früher. Vor der Bonner Bundespressekonferenz läßt er sich entlocken, im Falle seiner Niederlage als Kanzler auch das Amt des CDU-Vorsitzenden zur Verfügung zu stellen – für ihn „eine Selbstverständlichkeit“. Er übersieht dabei freilich, daß das Eingeständnis in seiner Situation ähnliche Verwirrung stiftet wie der endlose Hickhack um den „Wunschnachfolger“ Wolfgang Schäuble.



DPA

Einheitskanzler Kohl*: *„Mit heißem Herzen“*

So verengt er seine Spielräume und verausgabt sich auf Nebenkriegsschauplätzen. In einem fort muß der christdemokratische Oberbefehlshaber die heftig diskutierte Wahrscheinlichkeit einer Großen Koalition zurückweisen, was an sich kein Unglück wäre, würde das Thema bloß von Gerhard Schröder listig forciert. Aber Hierarchen seiner eigenen Partei wie der neugewonnene Spezi Lothar Späth beteiligen sich ja daran.

Ein Bündnis zwischen Rot und Schwarz werde es niemals geben – „findet nicht statt!“ –, krächzt der Kanzler zunehmend heiser, und das Publikum wundert sich. Wer ex cathedra ausschließt, was bei einem bestimmten Zahlenwerk unvermeidlich ist, macht sich lächerlich.

Und in der Tat wirkt der „beste Wahlkämpfer der Welt“, als den ihn sein chronisch aufgedrehter Adlatus Peter Hintze umschwärmt, in solchen Szenen ziemlich vereinsamt. Seine Machtworte wie das zum „running gag“ heruntergekommene „Punkt. Aus. Feierabend“ klingen ständig hohler, während eine bis zur Erstarrung reichende Unbeweglichkeit die massige Gestalt erfaßt.

Zum Segen der Bundesrepublik, die ihm schon jetzt als „eine einzige Erfolgsstory“ erscheint, klammert er sich an den „Job“; doch ins Auge springt, wie flüchtig er die unerläßlichen Voraussetzungen dafür benennt. Zumal zur tristen Lage der FDP wollen dem klassischen Bürgerblock-Protagonisten lediglich ein paar dürre Randbemerkungen einfallen.

Der Kanzler der Einheit und Staatsmann auf Weltniveau, der allein mit den Liberalen seine Regentschaft sichern könnte, muß sich zwangsweise selbst fesseln. Die eigenen und die Interessen seiner Christparteien, die sich die Möglichkeit offenhalten möchten, wenigstens stärkste Fraktion zu werden, sind schon längst nicht mehr deckungsgleich.

Vor allem aber gibt sich das in den westlichen Demokratien dienstälteste „Schlachtroß“ (Kohl über Kohl) keinen falschen Vorstellungen hin, wenn es an die höchste seiner Hürden denkt: Der Regierungschef spürt den wachsenden Verdruß, mit dem die Menschen seine schiere Verweildauer im Amt begleiten, für ihn eine gravierend politische Kategorie.

Wie tritt man einem Volk entgegen, von dem man weiß, daß es nicht immer dasselbe Gesicht sehen möchte – und dieses Gesicht ist zufällig das eigene? Die offenkundig damit einhergehende Kränkung versucht der Kanzler zu kompensieren, indem er nun erst recht zum direkten Vergleich auffordert: Wen Zweifel plagten, der möge

* Am 20. Februar 1990 in Erfurt.

sich „bloß mal die beiden Kandidaten ruhig anschauen“.

Um die Unterschiede deutlich erkennen zu können, soll sich der Wähler an den „entscheidenden Fragen“ orientieren: Was hat der Schröder in dieser schicksalsträchtigen zweiten Hälfte eines von Kriegsfolgen und Spaltung, aber auch Wiedervereinigung und Euro gekennzeichneten Jahrhunderts getrieben, und welche Bilanz darf er sich zuschreiben?

„Der Kerl ist lange da“, grinst der rustikale Christdemokrat, als gehöre er selber der weitverbreiteten „Kohl muß weg“-Bewegung an, nur er habe „die Macht ja nicht gestohlen“.

Strategisch ohne Optionen, gerät der gebeutelte Oldtimer indessen auch thematisch ins Trudeln. Was immer er jenseits seiner historischen Reminiszenzen anpackt, zerbröselt – und der überraschend disziplinierte Konkurrent liefert ihm selten Vorlagen.

Wie soll er es hinkriegen, einem ehrgeizigen Newcomer die Stirn zu bieten, wenn der selbst in Unionskreisen ungeniert als „Jung-Kohl“ empfunden wird? Doch nach einigem Gram darüber gewinnt der Kanzler zumindest ein Stück seines deutlich lädierten Gleichgewichts zurück. Da ihm Schröder „politisch entwischt“, baut er auf die im Persönlichen liegenden „Alternativen“.

Dem glatten Strahlemann aus Niedersachsen, der sich angeblich jedem Trend an den Hals wirft, stellt der dicke Pfälzer das rührselige Selbstbild eines unveränderlich „altmodischen Menschen“ entgegen. „Ja, das bin ich“, entfährt es ihm ein über das andere Mal geradezu begeistert; und wenn er besonders gut drauf ist, darf man in ihm auch den „uneleganten Typ“ erkennen.

In einer Wahlauseinandersetzung, in der er inhaltlich wenig bewegt, sollen es die herzergreifenden Werte bringen. Der ehedem „Schwarze Riese“ mutiert zum gutmütigen „Kampfelefanten“, der Beständigkeit, Stärke und Wärme in sich vereinigt – in lausigen Zeiten kaum zu überbietende Qualitäten.

Mag sein, daß der hannöversche Ministerpräsident deshalb in ungewohnter Wachsamkeit verharrt. Von einem nach wie vor „gefährlichen Gegner“ spricht er selbst dann noch, als der Amtsinhaber im demoskopischen Loch zu verschwinden scheint. Hat der zählebige Helmut Kohl nicht jahrzehntelang davon profitiert, unterschätzt zu werden?

Insbesondere hält ihn auch in dieser Kampagne seine Suggestivkraft auf den Beinen. Noch vor der Bayern-Wahl wittert der CDU-Chef eine für ihn „günstige mentale Situation“ im Lande. Seine Chance liege in der „zunehmenden Nachdenklichkeit der normalen Leute“.

„Der jetzt zu wählende Bundeskanzler amtiert hinüber in ein neues Jahrtausend“

Wer aber „normal denkt“, will nach Ansicht des Kanzlers, daß die alles überragende Frage präzise formuliert wird, um die es am 27. September geht: Zu entscheiden sei, tönt er etwa in Bremen, ob das Volk noch seine „schwarz-rot-goldene Bundesrepublik des Grundgesetzes“ verteidigen wolle oder einer „rot-grünen PDS-Republik“ auf den Leim krieche.

Genaugenommen ist das ein happiger Satz, der sich schwerlich steigern läßt – doch aus dem Munde Helmut Kohls klingt er merkwürdig undramatisch. Der Verdacht schleicht sich ein, daß hier ein ausgebuffter Wahlkämpfer mit Ängsten jongliert, die in Wahrheit nicht die seinen sind.

Denn immerhin muß er ja darauf achten, einem sorgfältig aufgebauten Image zu entsprechen. Daß das von einem „Meer globaler Erschütterungen“ umtoste Vaterland für die Völkergemeinschaft den „Fels in der Brandung“ bildet – und er auf ihm den Leuchtturm –, gilt ihm letztlich als die bedeutsamere Aussage.

Folglich pfeift der Kanzler, als in Rußland das Tohuwabohu losbricht, seinen Hiwi Peter Hintze zurück, der die Krise zum Wahlkampfschlager hochzuziehen beabsichtigt. Auf seinen internationalen Ruf bedacht, begnügt sich Helmut Kohl mit der Rolle des „Stabilitätsankers“.

Darüber hinaus sagt ihm „der Bauch“, daß die immer wieder zitierten „normalen Menschen“ nichts sehnlicher wünschen, als den Bestandsschutz ihres Daseins auf der Basis von Geborgenheit und Ruhe. So gesellt sich zum ursprünglich verwendeten Slogan „Weltklasse für Deutschland“ in der Schlußphase konsequenterweise die Parole „Sicherheit statt Risiko“ – eine Losung, die der Regierungschef insbesondere während der letzten Haushaltsdebatte auszufüllen versucht.

Derart unverblümt wandelt er da auf den Spuren seines Altvaters Konrad Adenauer und dessen legendärer Botschaft „Keine Experimente“, daß sogar die „Frankfurter Allgemeine“ mosert: „In gut einer Stunde erfuhr man kaum etwas über Kohls Pläne für die Zukunft. Die Szene erinnerte an das Wahljahr 1957.“

Doch was die Journalisten von sich geben, schert den Veteranen nicht. Seine nun offenkundiger denn je zur Schau gestellte patriarchalische Fürsorglichkeit soll es den Bürgern so schwer wie möglich machen, ihn tatsächlich in Rente zu schicken. Er spekuliert dabei auf ihre Skrupel und einen Hauch von Nostalgie.

Daß sich der gut durchblutete und beneidenswert leichtfüßige „Kampfelefant“ mit dem ziemlich wahrscheinlichen Ende insgeheim längst abgefunden haben könnte, widerspricht seiner Natur. Bevor der Christdemokrat, vielleicht im Südpfälzischen, den Lebensabend als Hobby-Bauer verbringt, will er zunächst noch seinen wahren Traum verwirklichen.

Er hütet sich zwar, darüber zu reden, aber aus den angebotenen Versatzstücken läßt sich das Nahziel skizzieren. „Der jetzt zu wählende Bundeskanzler“, sagt er am Dienstag vergangener Woche in Lübeck, amtiere ja „hinüber in ein neues Jahrtausend“ – und das zieht ihn magisch an.

Da noch ein paar Monate hineinzuragen, um sich nach dem 3. April, seinem 70. Geburtstag, zu verabschieden, entspräche der Kohlschen Neigung zu hoher Symbolik. ◆



ACTION PRESS

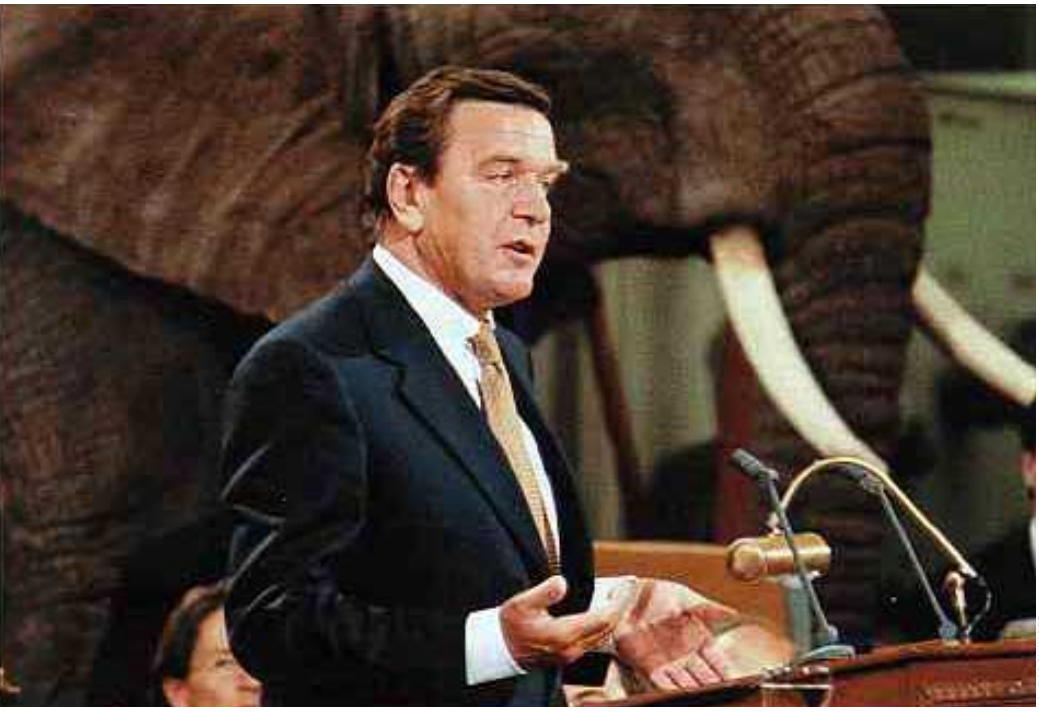
Bauernfreund Kohl*: *„Ich bin ein altmodischer Mensch“*

* 1991 in St. Gilgen am Wolfgangsee mit Landwirt Josef Resch.

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Wir haben bessere Karten“

SPD-Kanzlerkandidat Gerhard Schröder über die Schlußoffensive im Wahlkampf, sein Wirtschaftsprogramm und mögliche Koalitionspartner



M. DARCHINGER

Sozialdemokrat Schröder*: *„Helmut Kohl habe ich nie unterschätzt“*

SPIEGEL: Herr Schröder, es wird eng für Sie auf der Zielgeraden dieses Wahlkampfs. Rettet sich die SPD in ein Fotofinish?
Schröder: Daß das nicht einfach werden würde, war mir immer bewußt. Sie erinnern sich, daß ich im SPIEGEL zu Beginn des Jahres mein Wahlziel formulierte: 40 Prozent plus x. Das gilt noch immer.
SPIEGEL: Renate Schmidt träumte sogar von XXL. Wo blieb denn der Schröder-Effekt beim CSU-Sieg in Bayern?
Schröder: Abgestimmt wurde über bayerische Landespolitik, über Stoiber …
SPIEGEL: … aber SPD-Plakate verkündeten doch „CSU = Kohl“, und Ihr Konterfei war neben dem von Renate Schmidt zu sehen.
Schröder: Die CSU in Bayern ist eine wirkliche Volkspartei, in allen gesellschaftlichen Schichten verankert, Arbeitnehmer eingeschlossen. Gegen diese Partei zu gewinnen ist schwierig, zumal, wenn man 40 Jahre Oppositionszeit auf dem Buckel hat. Die SPD hat versucht, die bayerischen Landesthemen, weil man um die Kraft der CSU und die Stärke Stoibers wußte, zu überlagern mit Bundespolitik. Und die bayerischen Wähler haben kühl gesagt, das wollen wir nicht, das halten wir säuberlich auseinander. Jetzt entscheiden wir über die Landespolitik und in 14 Tagen über die Bundespolitik. Das wird so kommen.
SPIEGEL: Das zeigt aber auch ein gutes Stück Fehleinschätzung der SPD.
Schröder: Ich glaube nicht, daß die SPD in Bayern eine andere Möglichkeit hatte. Das war die einzige Chance, das Ansehen der CSU in der Landespolitik zu überlagern.
SPIEGEL: Haben Sie die Kampfmaschine Kohl unterschätzt? So verbraucht, wie Sie ihn gern sehen, ist der Kanzler anscheinend noch nicht.
Schröder: In Bayern wurde Kohl von der CSU bewußt ausgeblendet, das war eine Stoiber-Wahl. Aber jetzt wird in Deutschland abgestimmt über eine verfehlte Bundespolitik und über Helmut Kohl. Den habe ich nie unterschätzt. Ich weiß um die Mobilisierungskraft der Union.
SPIEGEL: Seit Bayern gibt es für Sie nun Gegenwind. Wie halten Sie dagegen?
Schröder: Mit dem Herausstellen der unbestreitbaren Tatsache, daß es im Bund um was anderes geht. Nämlich um die Frage, wem wird zugetraut, die Probleme der Arbeitslosigkeit, der fehlenden Ausbildungsplätze, der Chancengleichheit im Bildungswesen und der Gerechtigkeitslücken im Steuerrecht entschieden anzupacken. Und wir werden die Frage des sozialen Ausgleichs noch stärker thematisieren. Ich glaube, da haben wir bessere Karten.
Doch letztlich wird es eine Zuspitzung geben auf die Frage: Kohl oder Schröder.
SPIEGEL: Kohl hat angekündigt, er wolle die gesetzlichen Einschränkungen beim Großen Lauschangriff wieder rückgängig machen – bleibt es beim Widerstand der SPD?
Schröder: Das ist der durchsichtige Versuch, die Steuerlüge der CDU durch ein neues Thema wegzudrücken. Der mühsam genug gefundene Kompromiß in der Sache sichert das Beichtgeheimnis und das Vertrauensverhältnis zwischen Ärzten und Patienten. Daran werden wir nichts ändern. Erschütternd finde ich, mit welcher Leichtfertigkeit der amtierende Kanzler hier vorgeht.
SPIEGEL: Ein Großteil Ihrer Popularität beruhte bislang auf Ihrer demonstrativen Distanz zur SPD. In der Schlußphase des Wahlkampfs war davon weniger zu spüren, brach dieser Spannungsbogen zusammen.
Schröder: Also, das mit der demonstrativen Distanz stimmt nicht. Ich bin aus guten Gründen und überzeugt Mitglied dieser Partei, was ja nicht heißen muß, daß man jede einzelne Position, die auf Parteitagen beschlossen wird, so richtig findet.
SPIEGEL: In Ihrem Duell mit Kanzler Kohl im Bundestag Anfang September wirkten Sie beinahe schon wie ein sozialpolitischer Eiferer im Stile Lafontaines.
Schröder: Lafontaine ist kein sozialpolitischer Eiferer. Daß er gelegentlich einen anderen Akzent setzt, hat mit seiner Integrationsleistung in der Partei zu tun. Ihm und mir geht es um die Vereinbarkeit von Stärkung der Wirtschaftskraft und sozialer Gerechtigkeit. Auch die neue Mitte weiß, daß Privilegien nicht dauerhaft um den Preis sozialer Ungerechtigkeit zu haben sind. Und die internationalen Krisen lehren, daß auf Dauer nur eine Ökonomie funktioniert, die diesen Ausgleich ernst nimmt.
SPIEGEL: Vor zwei Jahren klang das bei Ihnen noch ganz anders: „Mit einem Umbau des Sozialstaates“, so der Modernisierer Schröder damals, „ist es nicht getan, wir brauchen tiefe soziale Einschnitte.“
Schröder: Es kann doch nicht bezweifelt werden, daß wir den Sozialstaat neuen Bedingungen anpassen müssen. Daß man in Wahlkampfsituationen, wo man gezwungen

* Am 1. September beim Festakt „50 Jahre Deutsches Parlament“ im Museum König in Bonn.

ist, holzschnittartig zu formulieren, kein Proseminar in allgemeiner Volkswirtschaft abliefern kann, liegt allerdings auf der Hand.

SPIEGEL: Statt tiefer Einschnitte ist jetzt wieder von Wohltaten die Rede. Das Kindergeld wird erhöht, die kleinen Renten sollen aufgestockt werden, und die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall wird es auch wieder geben. Machen Sie nicht den Fehler wie Kohl im Osten, daß Sie den Leuten nicht die Wahrheit sagen über das, was an einschneidenden Reformen ansteht?

Schröder: Reformen waren mal etwas, was die Lebenslage von Menschen verbesserte. Die Kohl-Reformen haben das Gegenteil bewirkt. Hinzu kommt bei der Lohnfortzahlung eine weitere Ungerechtigkeit: 70 Prozent all derer, die arbeiten gehen, bekommen – dank der Gewerkschaften, die das erkämpft haben – wieder 100 Prozent Lohnfortzahlung. Daß wir für die anderen 30 Prozent, zum Beispiel die alleinerziehende Mutter, die nicht nur ihr eigenes Krankheitsrisiko trägt, sondern das ihres Kindes auch, wieder das alte Recht durchsetzen wollen und werden, können Sie mir nicht vorwerfen.

SPIEGEL: Sie wissen genau, daß niemand, der krank ist, auf Lohn verzichten muß. Nur ein paar Urlaubstage müssen abgetreten werden. Ist das schon zuviel der Zumutung?

Schröder: Das mit dem „nur“ ist so eine Geschichte. Wenn man das als jemand sagt, dem es unvergleichlich viel bessergeht – damit meine ich uns alle an diesem Tisch –, ist das problematisch. Natürlich kann man das so sehen, wie Sie es sehen. Aber wir Sozialdemokraten haben uns da entschieden. Das gleiche gilt bei der Rentenformel und bei einigen Punkten im Gesundheitssystem. Wir halten die Rücknahme dieser Verschlechterungen für bezahlbar und sogar für notwendig, wenn man Leistungen in einer Volkswirtschaft steigern will.

SPIEGEL: Soziale Wohltaten sollen das Leistungsdenken anspornen?

Schröder: Man kann mit Angst Druck ausüben, oder man kann motivieren, indem man auf Einsicht, auf Freiwilligkeit setzt. In gutgeführten Betrieben ist der Krankenstand unter 5 Prozent gesunken, beispielsweise bei Volkswagen. Durch interne Maßnahmen wurde die Quote sogar deutlich unter 5 Prozent gedrückt, obwohl es 100 Prozent Lohnfortzahlung gibt.

SPIEGEL: Sie wollen nach der Wahl ein Bündnis für Arbeit einberufen, das am Runden Tisch Lösungen erarbeiten soll. Der letzte SPD-Kanzler, Helmut Schmidt, sah sich als Macher, der Kandidat Schröder will offenbar als Moderator auftreten.

Schröder: Ich betrachte Politik heute vor allem als eine Management-Aufgabe. Intelligentes Management unterscheidet sich vom unintelligenten auch dadurch, daß es nicht anordnen und verordnen will, sondern dialogfähig ist. Der Kern meiner Politik wird sein, dialogfähig mit den gesellschaftlichen Gruppen zu bleiben.

SPIEGEL: Aber zu gutem Management gehört eine klare Zielvorgabe.

Schröder: Die Zielvorgabe heißt auf der einen Seite Stärkung der Wirtschaftskraft unseres Landes, auf der anderen Seite geht es mir um die Herstellung von sozialer Gerechtigkeit. Ein solches Bündnis für Arbeit muß beides leisten. Warum soll bei uns nicht funktionieren, was in den Niederlanden geglückt ist? Letztlich geht es doch darum, die großen volkswirtschaftlichen Akteure – also Staat, Gewerkschaften, Arbeitgeber – an einen Tisch zu bringen. In dem Maße, wie der Staat über seine Steuer- und Abgabenpolitik die arbeitenden Menschen entlastet, was unser Ziel ist, können die beiden Tarifparteien sich auch andere Dinge vornehmen, als nur über Lohn und Gehalt zu verhandeln. Zum Beispiel über neue Beteiligungsformen am Kapitalstock der Wirtschaft. Die amtierende Koalition kann das nicht. Sie bereitet gerade die neue Steuerlüge vor.

SPIEGEL: Jetzt dient Ihnen die unglückliche Familienministerin als Kronzeugin.

Schröder: Frau Nolte hatte ja nichts als die Wahrheit im Sinn, als sie enthüllte, daß Kohl und Waigel nach der Wahl die Mehrwertsteuer erhöhen wollen. Das ist Gift für die Konjunktur und mit mir nicht zu machen.

SPIEGEL: Was sollte idealerweise beim Bündnis für Arbeit herauskommen?

Schröder: Man macht so was kaputt, wenn man vorher ankündigt, was man erreichen will. Ich denke, daß in einem solchen Bündnis für Arbeit gemeinsam vereinbart wird: Was sind die Möglichkeiten des Staates, um Arbeit billiger zu machen – etwa durch Senkung der Lohnnebenkosten? Was müssen wir tun, um Rentensicherheit garantieren zu können? Welche Bandbreite bei der Lohnfindung gibt es in der Folge für die Tarifpartner?

SPIEGEL: Das klingt nach der Konzertierten Aktion von Karl Schiller, dem legendären SPD-Wirtschaftsminister.

Schröder: Was ist gegen Karl Schiller einzuwenden? Die damalige Regierung hat, mit dem Gesetz für Stabilität und Wachstum, eines der modernsten Gesetzeswerke geschaffen, das uns über lange Zeit positive Ergebnisse gebracht hat.

SPIEGEL: Ihre wichtigste Aufgabe, sagen Sie, sei der Abbau der Arbeitslosigkeit. Können Sie da eine Zielmarke benennen?

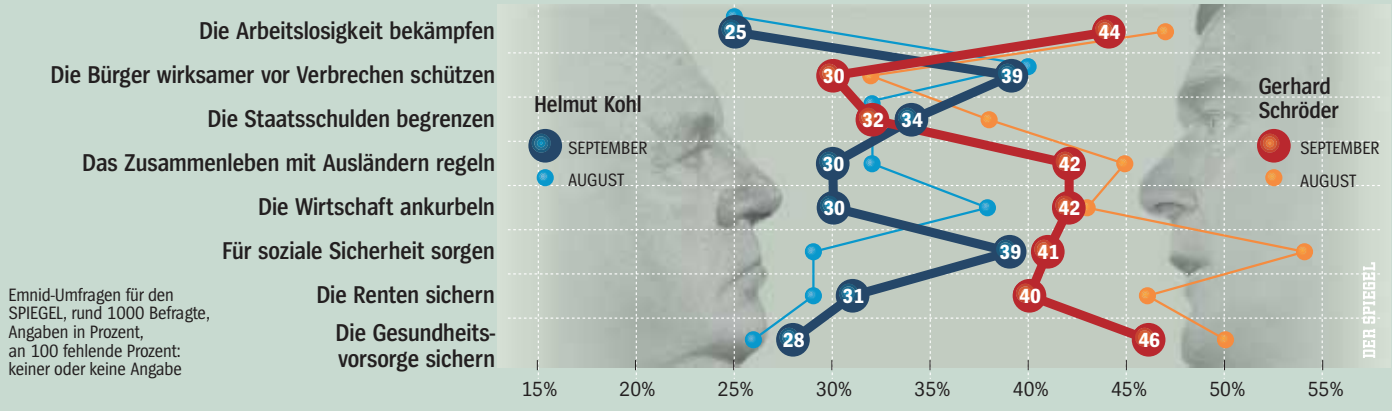
Schröder: Wir können doch viele ökonomisch relevante Daten noch nicht absehen: Wie tief geht die asiatische Krise? Welche Folgen hat Rußland? Was ist los in Südamerika? Wie wird sich das Wachstum in den USA entwickeln?

Anderseits ist mir völlig klar: Wenn wir es nicht schaffen, die Arbeitslosenquote signifikant zu senken, dann haben wir es weder verdient, wiedergewählt zu werden,

„Ich betrachte Politik heute vor allem als eine Management-Aufgabe“

Kompetenz der Spitzenkandidaten

„Wer ist eher in der Lage, das genannte Problem so zu lösen, wie Sie das für richtig halten?“



Emnid-Umfragen für den SPIEGEL, rund 1000 Befragte, Angaben in Prozent, an 100 fehlende Prozent: keiner oder keine Angabe

noch werden wir wiedergewählt. Helmut Kohl erzählte vor jeder Wahl, nach der Wahl werde es besser, und dann wurde es nach der Wahl schlechter. Das ist für mich kein Vorbild. Die Menschen sind es leid, sich mit dieser organisierten Verantwortungslosigkeit zu beschäftigen, die es in Bonn gibt.

SPIEGEL: Helmut Kohl wirft Ihnen einen inhaltsleeren Wahlkampf vor. Der Kanzler hofft, daß die Unentschiedenen unter den Wahlberechtigten – angeblich noch ein Drittel – am Ende auf die Union anspringen.

Schröder: Die Union setzt nicht auf Profil, sondern auf Angst. Sie versucht einen Lagerwahlkampf zu organisieren und das Volk in Gute und Schlechte aufzuteilen. Es ist aber nicht Aufgabe eines Bundeskanzlers, zur eigenen Machtsicherung solch eine Spalterpolitik zu betreiben.

Früher nannte die Union das: Freiheit oder Sozialismus. Ganz früher: Alle Wege führen nach Moskau. Und heute haben sie als Bonsai-Baum die Grünen entdeckt. Wo die nicht reichen, wird uns noch ein bißchen PDS angepappt ...

SPIEGEL: ... und ein paar Straßenkämpfer und Terroristen.

Schröder: All das kommt wieder hoch, aber ich glaube nicht, daß das Wirkung zeigen wird.

SPIEGEL: Wenn Sie versprechen, nicht alles anders machen zu wollen, aber vieles besser, mag das vielen Unentschlossenen gleichwohl zu dürftig sein.

Schröder: Das kann man nie ausschließen. Aber wer sich ernsthaft mit unserem Wahlprogramm und meinem Regierungsprogramm beschäftigt, der kann eigentlich programmatische Defizite nicht feststellen. Wir haben zu den Bereichen, um die es geht, klare Aussagen gemacht.

Und wenn es Helmut Kohl wirklich um die inhaltliche Auseinandersetzung vor dem Volk ginge, dann könnte er das mit mir in einer Fernsehdebatte tun. So ist das in Amerika gute Tradition. Aber der Kanzler kneift.



Grünen-Politiker Fischer, Trittin: *„Reicht es rechnerisch?“*

SPIEGEL: Die Wahl wird, so glauben viele, im Osten entschieden. Dort liegt die SPD in den Umfragen vorn, obwohl gerade Ihnen der Ruf anhaftet, kein sonderlicher Freund der Ossis zu sein, die Sie ja nicht an Polen abtreten können.

Schröder: Das stimmt nicht, ich habe mich nur nie angebiedert. Und das will ich auch nicht. Diejenigen, die im Osten wirken und arbeiten, haben die Schnauze voll von Anbiederungsversuchen und enttäuschtem Vertrauen, wie sie es bei Kohl genug erleben konnten. Viele setzen deshalb jetzt auf uns als demokratische Alternative.

SPIEGEL: Und viele setzen auf die PDS, deren Rückkehr in den Bundestag Ihnen eine rot-grüne Regierung verhageln kann.

Schröder: Kommt die PDS wieder ins Parlament, wird die Wahrscheinlichkeit, daß es zu einem Regierungswechsel reicht, nicht größer. Insofern muß jeder, der mit der PDS liebäugelt, wissen, was er wählt, damit er den Wechsel ermöglicht.

SPIEGEL: Das Ergebnis der Bayern-Wahl war auch ein Rückschlag für Rot-Grün. Sie halten sich ja bewußt alle Koalitionsoptionen offen. Aber wofür schlägt das Herz Ihrer Partei?

Schröder: Mit dem Herzen beschäftige ich mich in anderen Zusammenhängen. Koalitionsfragen sind Fragen des Verstandes.

Sie haben Antwort zu geben auf zwei Bedingungen: Reicht es rechnerisch, und reicht es inhaltlich?

SPIEGEL: Entscheidend ist am 27. September wohl das Abschneiden der kleinen Parteien, und am Ende mag es nur für die Große Koalition reichen.

Schröder: Möglich. Und wenn rechnerisch nur eine Große Koalition geht, muß man sie halt machen. Man kann ja schlecht sagen am 27. um 22 Uhr abends: Liebes Volk, es hat nicht für die Wunschkonstellation gereicht, versuch es in 14 Tagen noch mal.

SPIEGEL: In einer solchen Situation könnte sich im Unionslager allerdings die erstarkte CSU recht bockbeinig anstellen.

Schröder: So reden die jetzt. Aber sie würden dann von ihrer eigenen Klientel am nationalen Portepee gefaßt, insbesondere von der Wirtschaft. Und außerdem ist der Wunsch derer, die nach Kohl kommen, beim Regieren weiter dabeizusein, größer, als es sich die CSU und Kohl vorstellen können.

SPIEGEL: Auch als Juniorpartner?

Schröder: Auch als Juniorpartner. Etwas anderes ist nach heutiger Einschätzung sowieso nicht denkbar.

SPIEGEL: Ihr Parteichef Lafontaine schließt nicht aus, daß auch die SPD in einer Großen Koalition den Junior geben könnte.

Schröder: Lafontaine geht davon aus, daß wir stärkste Partei werden. Seine Bemerkung bestätigte lediglich ein selbstverständliches Prinzip, zu dem ich auch stehe: daß die demokratischen Parteien miteinander koalitionsfähig sein müssen.

„Wenn nur eine Große Koalition geht, muß man sie halt machen“

SPIEGEL: Und es irritiert Sie nicht, daß Lafontaine in diesem Zusammenhang öffentlich die Kanzlertugenden des Herrn Schäuble pries?

Schröder: Das irritiert mich überhaupt nicht. Denn auch ich glaube, daß Wolfgang Schäuble das intellektuelle Zeug dazu hätte. Aber er wird nicht in die Lage kommen, denn wir werden diese Wahl als stärkste Partei abschließen.

SPIEGEL: Und wenn Sie es am Ende doch nicht schaffen und auf dem Niedersachsen-Roß hocken bleiben?

Schröder: Dann geht die Welt nicht unter. Aber: Die Stagnation und Perspektivlosigkeit der deutschen Politik würden in das nächste Jahrhundert verlagert. Diesen Schrecken werden sich die Wählerinnen und Wähler am 27. September ersparen. Da bin ich optimistisch.

SPIEGEL: Herr Schröder, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



FOTOS: M. DARCHINGER

Schröder beim SPIEGEL-Gespräch*: *„Der Kanzler kneift“*

* Mit Redakteuren Olaf Ihlau, Stefan Aust und Gabor Steingart im Bonner SPIEGEL-Büro.

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Ein Kampf um jeden Schritt

Rückschläge steckt Gerhard Schröder mit einem Siegerlachen weg. Aber der Respekt vor der Kampfmaschine Helmut Kohl mindert seine Zuversicht, daß die Bundestagswahl schon gelaufen ist. *Von Jürgen Leinemann*



Kanzlerkandidat Schröder*
Wie ein Model bei der Arbeit

M. DARCHINGER

Es gab einmal eine Zeit, da war Gerhard Schröder noch mehr vor dem Bildschirm zu sehen als darauf. Wenn er da seine Mutter besuchte, konnte es geschehen, daß die ihm schon im Treppenhaus entzückt entgegenrief: „Gerd, du warst ja gestern im Fernsehen." Und sobald er die Treppe hochgestiegen war, verfiel sie in ein komplizenhaftes Flüstern: „Sag mal, wie kommst du da eigentlich rein? Kennst du da einen?"

Das war vor 15 Jahren. Heute kennt ihn beim Fernsehen jeder. Gerhard Schröder ist nicht nur Ministerpräsident in Niedersachsen und Kanzlerkandidat der SPD, er ist die Medien-Lichtgestalt schlechthin.

Die leuchtet selbst in trüben Zeiten. Wenn du gewinnen willst, hat der Kandidat sich eingetrimmt, mußt du immer wie ein Sieger aussehen. Aber wenn du dir das selbst glaubst, hast du schon verloren.

Also tritt er am Montag vergangener Woche strahlend vor die Bundespressekonferenz in Bonn und tut so, als sei der Rückschlag in Bayern vom Vortag „schon ein Stück Geschichte". Er lacht und scherzt. War was?

Ja, da war was. Ein Dämpfer, gerade noch rechtzeitig. Es kennzeichnet Schröders hohe Selbstdarstellungskunst, daß es ihm gelingt, Frohsinn genau in dem Maße zu überziehen, daß jeder merkt, er weiß, daß man es merkt.

So ist das Leben. Differenzen zwischen dem, was man erreichen möchte, und dem, was man erreicht, kommen gelegentlich vor. Zur Kenntnis genommen. Abgehakt. Weiter. Zur Wahl stehen jetzt, meine Damen und Herren, ein abgenutzter Kanzler namens Kohl, 68, und der unverbrauchte Herausforderer aus Hannover, Gerhard Schröder, 54. Siegerpose. Blitzlichter. Scheinwerfer. Blow up '98, letzte Folge.

Wer Schröder im Wahlkampf beobachtet, erlebt ein Model bei der Arbeit. In Ruhepausen kann er grau und konturlos zerfließen. Doch wenn die Kameras klicken, verwandelt sich sein Gesicht in eine blühende Landschaft. Als hätte in seinem Kopf jemand einen Schalter umgelegt, straffen sich seine markigen Züge. Die Stimme vibriert, eisblau blitzen die Augen.

Immer ist er in Bewegung. Hinter dem Podium tänzelt er, wenn er zu den Wählern

* In der niedersächsischen Landesvertretung in Bonn vor einem Foto mit Helmut Schmidt und Henri Nannen.

spricht, auf der Stelle, als biete er sich mit permanenten Körperdrehungen einem unbekannten Gegner dar – den Kameras. Er hat nur ein begrenztes Repertoire, einfache Gesten, simple Mimik. „Doch wenn er lacht“, staunt ein Fotograf, „dann strahlt er wirklich. Das springt über.“

Politik sei Show-Geschäft? Als hätte irgend jemand daran Zweifel. Schröder ist ein Schauspieler? Gewiß doch. Nur wäre es schiere Einfalt zu glauben, seine Auftritte seien nur eine poppige Lüge, die das politische „Nichts“ verdecken müßten.



J. H. DARCHINGER

Juso-Vorsitzender Schröder (1978)*: *Wer hilft, wer hemmt?*

Unverkennbar ist vielmehr, daß die emotionale Energie des Kandidaten, die er lieber Ausstrahlung nennen möchte als Charisma, nicht nur im Fernsehen, sondern auch im Alltag wirksam ist. Wo immer er sich öffentlich zeigt, fassen Menschen ihn an, tragen ihm ihre ganz privaten Lebens- und Glückserwartungen vor.

„Viele glauben ja immer, weil ich so oft in ihren Wohnzimmern bin, müßte ich sie auch kennen“, sagt Schröder. Er ist sicher, daß er bei ihnen durchfallen würde, wäre er nicht auch wirklich der Kumpel oder der Landesvater, den er mimt, der nette Mann von nebenan oder der entschlossene Macher. „Die Leute nehmen genau wahr, ob jemand das selbst ist oder ob er sozusagen der Schauspieler seiner selbst ist.“

Schröder ist immer beides zugleich. Der moderne Medienwahlkampf hat den Begriff der Rolle – soziologisch wie theatralisch – längst hinter sich gelassen. Die Grenzen zwischen Person und Inhalt, Abbild und Lebenswirklichkeit lösen sich auf.

Der Kandidat hat sein Wahljahr im Zirkuszelt eröffnet, ist als er selbst in einer echten Soap-opera aufgetreten und hat im richtigen Leben eine Wahl gewonnen. Er hat sich real von Frau Hillu getrennt und Frau Doris geheiratet und ist mit dem wirklichen amerikanischen Präsidenten Bill Clinton im echten Oval Office des Weißen Hauses zusammengetroffen, aus dem inzwischen so schlüpfrige Details einer Sex-Geschichte ins Internet dringen, daß sie für eine Soap-opera zu pornographisch wären.

Was ist da authentisch? Wo hört die primäre Lebenswirklichkeit auf? Wo fängt die suggestive Bilderwelt an? Vielleicht gehört es zur Voraussetzung der Stars, die sich in diesem flüchtigen Ambiente zwischen Sein und Schein behaupten wollen, daß sie über einen festen Wesenskern, über das sogenannte Eigentliche hinter dem, was alle sehen, gar nicht verfügen. Aber ist der sichtbare Kandidat Schröder denn so rätselhaft, wie Skeptiker im eigenen Lager und der Kanzler im anderen behaupten?

Er beklage sich ja immer, daß er „nicht zu greifen“ sei, wandte sich Gerhard Schröder beim letzten Rede-Duell im Bundestag direkt an Helmut Kohl. Breit und selbstbewußt baute er sich vor dem Regierungschef auf, ein Mann, ein Kinn: „Greifen Sie doch mal.“

Erst hatte Schröder nur ein Ziel – mitspielen; dann noch eins – besser sein

Nie hat Gerhard Schröder seine Herausforderung als symbolisches Gesamtprojekt praller vorgeführt als in diesem Augenblick – frech, selbstbewußt, kraftvoll.

Politikwechsel? Vor allem anderen geht es um Personen. Da ist sich Schröder seiner Sache sicher. Die Fraktion weiß er hinter sich und, geführt von Oskar Lafontaine, auch die Partei. Seit Monaten hat er einen Vorsprung in den Umfragen, im Einklang mit der Zeit sieht er sich sowieso: „Die Mehrheit der Menschen setzt ihre Hoffnungen auf die deutsche Sozialdemokratie und auf mich.“

Das ist der Machtmensch Schröder, einer aus dem Volk, der sich zu Wort zu melden pflegt, bevor er gerufen wird. Eine latente Aggressivität geht von ihm aus. Leben ist Willenskraft, Aufrichtigkeit ist eine Waffe, Erfolg ist machbar.

Er setzt Helmut Kohl nicht persönlich herab, er bewundert ja mächtige Männer. Und er will auch nichts grundsätzlich ändern in Deutschland, nur besser machen.

Das klingt freilich harmloser, als es ist. Denn mag auch der Altersunterschied zwischen den beiden Männern nur 14 Jahre betragen – der ehemalige Hitlerjunge Helmut Kohl und Schröder, der Aufsteiger in Adenauers Wirtschaftswunder-Nachkriegsrepublik, stammen aus grundverschiedenen Epochen deutscher Vergangenheit.

Längst weiß jeder im Lande, woher Gerhard Schröder kommt, nämlich von ganz unten. Putzfrau war seine Mutter, Hilfsarbeiter auf der Kirmes sein Vater, der im Kriege gefallen ist, wenige Tage nachdem Sohn Gerhard im April 1944 zur Welt gekommen war.

Kindheit in „Villa Wankenicht“, einer Notbaracke an der Außenlinie eines dörflichen Fußballplatzes in Westfalen. Das war sein Ghetto. Der Kandidat hat die Stätte seines frühen Außenseitertums oft beschrieben. Wenn die Bälle gegen die Wand knallten, fielen die Petroleumlampen von den Wänden.

Erst hatte Schröder nur ein Ziel – mitspielen; und dann noch eins – besser sein. „Ich habe Fußball gespielt, wie Ihre Neger rennen“, erzählte er später einem Amerikaner. Er rennt noch immer.

Wie weit er es inzwischen gebracht hat, ist in Wahrheit sein Thema, wenn er heute auf die Kindheit zurückgreift. Der Junge aus der Baracke. Kitt hat er von den Fenstern gefressen. Zur Zwergschule ist er gegangen. Mit dem Gerichtsvollzieher hat er sich rumgeschlagen – ein Leben wie von Gerhart Hauptmann erfunden.

„Ah“, rufen die Wahlkampfzuhörer in Aachen spöttisch, und „Oh“, wenn der Kandidat, der heute genüßlich Zigarren Marke Cohiba Esplendido schmaucht, diese Zeit allzu melodramatisch ausschmückt.

Was Biographie ist und was Dekoration einer Karriere, ist unschwer herauszuhören.

Gerhard Schröder kann keine Geschichten erzählen. Und das hat damit zu tun, wie er sagen würde, daß er sein eigenes Leben nicht als eine einheitliche, mal stockende, mal schmerzliche und widersprüchliche Geschichte begreift, sondern als eine Anhäufung von Erfolgen. Schröder ist nicht hineingewachsen in sein Leben, er hat sich Stück für Stück seinen Teil geholt vom „Haben und Sagen der Gesellschaft“.

Daß Zeit verrinnt, ignoriert er am liebsten. Bis heute empfindet er sich als quasi

* Mit Wolfgang Jüttner, heute Umweltminister in Schröders niedersächsischer Landesregierung.

jugendlich, auch wenn er längst seine Wahrnehmung einfärben muß, um dieses Selbstverständnis durchzuhalten. Fotografen fällt auf, daß er bei Bedarf wichtige Abschnitte seines Lebens physiognomisch wieder hervorzaubern kann. Er hat den frechen Juso noch so frisch im mimischen Repertoire wie den wächsernen Landesvater.

Eine innerlich runde Persönlichkeit alten Stils suchen Schröder-Beobachter vergeblich. Statt dessen rundet sich der Niedersachse spontan zu immer neuer Gestalt nach außen, ein Held der Videoclip-Generation. Jeweils andere Schröders entstehen im Energiekreis der konkreten Situationen, und jede Version stimmt in ihrer Umgebung.

Natürlich preist der gelernte Verkäufer Schröder sich selbst als Spitzenschlager an. Er ist, was er hat – Titel, Ämter, Wissen, Privilegien und Ehefrauen. „Ich will haben …“ ist eine Formel, die verläßlich in jeder Schröder-Rede auftaucht.

Manchmal kommt ihn eine Ahnung an, daß diese Haltung unfrei macht. Denn er fühlt, wie ihn die Angst vor dem Verlust in Trab hält. Schröder: „Man wird sein Leben lang so eine gewisse Vorstellung nicht los: Na, jetzt hast du es geschafft. Nun mußt du aufpassen, daß dir das nicht wieder weggenommen wird.“

Doch macht ihn gerade diese ständige Alarmbereitschaft, eine latente Paranoia, gepaart mit robuster Konstitution und instinktsicherer und ungemein schneller Auffassungsgabe, zu einem unverwüstlichen Kämpfer in der Konkurrenzgesellschaft der Politik. Tricks, Finessen und Erfolgsrezepte aus den Raufereien auf dem Weg zur Spitze sind sein wichtigstes Potential.

Im Alltag ist Gerhard Schröder ein umgänglicher Mensch. Doch hat das seine Grenzen. Denn es versteht sich, daß ein Mann, für den Leben „immer Kampf ist, um jeden Schritt“, seine Mitmenschen in erster Linie instrumental betrachtet. Wer hilft? Wer hemmt? Persönliche Loyalitäten beeinträchtigen seine Unabhängigkeit.

Er setzt Helmut Kohl nicht herab, er bewundert ja mächtige Männer

Seit Monaten führen Kanzlerkandidat Gerhard Schröder und Parteichef Oskar Lafontaine nun schon der staunenden Öffentlichkeit ihre Männerfreundschaft vor. Die ist so ehrlich, wie sie unter den Umständen nur sein kann.

Für Schröder ist eine verbindliche Absprache mit Lafontaine – einem Konkurrenten, den er fürchtet und deshalb respektiert – derzeit unverzichtbar. Sie ist die Voraussetzung seines Erfolgs. Daß sich die beiden aber wie Verlobte anhimmeln, hat nichts zu bedeuten, wenigstens nicht auf Dauer.



W. M. WEBER

Ehepaar Schröder*: *Aufsteiger in der Wirtschaftswunder-Nachkriegsrepublik*

Es stört Schröder wenig, daß ihn sein beinharter Pragmatismus nicht beliebt macht. Mit dem Brutalo-Image kokettiert er eher, als daß er es bedauerte. „Zu einem gewissen Grade gehört das sicher zu mir und ist Teil dessen, wie ich agiere. Wenn man es abschleifen würde, würde es einen Teil meiner Persönlichkeit wegmachen.“ Das will er nicht; er braucht den schlechten Ruf als Drohgebärde.

Daß Prinzipien und Ideale, Programme und Visionen in diesem Denken, das Erfolg als einzige Lebensethik betrachtet, dem Sieg im Wettbewerb nachgeordnet sind, wenn sie denn überhaupt eine Rolle spielen, ist klar. Gerhard Schröder würde das keinen Augenblick bestreiten. Deshalb versteht er zwar, wenn die Genossen ihm Mangel an Inhalten vorwerfen, aber ein bißchen Verständnis erwartet er auch für sich.

Schließlich muß er erst einmal Kohl abräumen, oder?

Und so ist er gekränkt, wenn er – wie unlängst in einem Fernsehporträt der ARD – als bloßer Machtpolitiker und Opportunist dargestellt wird.

Will er denn ins Kanzleramt, um dort mit den Konzernchefs der Automobilindustrie in Ruhe Havannas zu rauchen? Auch ein Bundeskanzler Schröder braucht Erfolge. Er muß die Arbeitslosigkeit bekämpfen. Den Reformstau auflösen. Innovation und Modernisierung vorantreiben.

Das mag vage klingen, aber ist es etwa nicht politisch? „Es ist unmoralisch, eine ganze Nation dem Stillstand zu überantworten“, hat er seinen Genossen auf dem Parteitag in Leipzig zugerufen: „Es gilt zu handeln, es gilt die Probleme zu lösen – das allein ist moralisch.“

Immer meint Gerhard Schröder, wenn er vom Handeln spricht, zunächst einmal reden. Der Mann, den seine Kritiker wegen seiner Kunstfertigkeit verspotten, „zu allem nichts zu sagen, das aber ausführlich und mit großer Entschlossenheit“ –, so die „Süddeutsche Zeitung“ – betrachtet sich als einen großen Moderator. Das Gespräch ist sein wichtigstes politisches Herrschaftsinstrument.

Er lernt im Gespräch, und er führt im Gespräch. Er argumentiert und konspiriert, er wirbt und brüskiert. Wo immer Schröder spricht, vermittelt er den Eindruck, daß er keine Pflichtübung ableistet, sondern gern mit Menschen umgeht. So muß es auch sein, glaubt er. „Um als Politiker erfolgreich zu sein, braucht man eine weit größere Kommunikationsfähigkeit als in fast allen anderen Berufen.“

Nicht, daß der Kandidat eine große rhetorische Begabung wäre. Er redet schwerfällig und gravitätisch. Weil er wenig liest, ist sein Vokabular karg. Intellektuelle Höhenflüge sind so wenig seine Sache wie tiefschürfende Reflexionen. Aber sobald sich die Rede dialogisch öffnet, wenn er – wie unlängst im Parlament – mit Witz, Aggressivität und im Alltagsjargon loslegen kann, gewinnt er.

Stets ist es der Geist der Aufmüpfigkeit und des Widerspruchs, der seine Beiträge mit Emotion und Energie auflädt. Es ist Schröders Markenzeichen, daß er sich verbal an Autoritäten reibt, daß er anrennt gegen die Bastionen der Etablierten, ganz gleich, ob die im unionsgeführten Kanzleramt sitzen oder im Präsidium der Sozialdemokratischen Partei.

Das breite Publikum honoriert das. Es ist ja nicht zuletzt seine populistische Experimentierlust gewesen, die ihm – gegen den Beton in den Köpfen vieler Genossen – in Niedersachsen die SPD-

* In einer Pizzeria im bayerischen Eichstätt Ende Juli.

Werbeseite

Werbeseite



IMO

Sozialdemokraten Schröder, Lafontaine*: *Der staunenden Öffentlichkeit eine Männerfreundschaft vorgespielt*

Kanzlerkandidatur eingetragen hat. Im Bundestagswahlkampf ist die eigene Partei aber vor ihm sicher, der Spitzenkandidat hat seine provokativen Gelüste an die von ihm berufenen Herren Naumann und Stollmann delegiert.

Schröder selbst präsentiert sich derweil durch und durch als Kandidat des sozialdemokratischen Milieus. Das hat gewiß taktische Gründe. Aber es verlangt ihm keine schauspielerischen Leistungen ab. Denn einmal ist der Currywurst-Fan Schröder in seinen Prägungen sozialdemokratischer, als ihm bewußt oder gar lieb ist. Zum anderen hat er einen Mordsspaß daran, die inzwischen in der Öffentlichkeit zementierte Überzeugung zu untergraben, der schmucke „Genosse der Bosse“ sei in Wahrheit ein Kapitalist, wie von Otto Dix gemalt.

Das ist die Chance, die ein Kanzler Gerhard Schröder bietet: Fast reflexhaft verweigert er die Verläßlichkeit, wenn er einem festen Programm oder Weltbild zugerechnet werden soll, ohne dabei sein Herkunftsmilieu und seinen Zukunftsoptimismus preiszugeben.

Nein, Schröder wird nicht als überzeugter 68er am Ende seines Marsches durch die Institutionen im Kanzleramt ankommen. Aber warum sollte er eine rotgrüne Koalition von vornherein ausschließen?

Er wird auch nicht als selbsternannter neuer Vorstandsvorsitzender der Deutschland AG den Sozialstaat auflösen. Gerhard Schröder ist immer offen für Unerwartetes.

Darin liegt natürlich auch das Risiko. Aber muß es nach 16 Jahren konservativer Regierung, die inzwischen selbst zu jener „Last der Geschichte“ zählt, unter der Helmut Kohl ächzt, wirklich ein Nachteil sein, wenn einer nicht vorgibt zu wissen, wie es im nächsten Jahrtausend sein wird?

Vielleicht kann Schröder so etwas wie ein Konzept tatsächlich erst entwickeln, während er politisch handelt, wie der Blair-Berater Anthony Giddens, Leiter der London School of Economics, vermutet: „Da die alten Ideologien nicht mehr funktionieren, gibt es keinen klaren Plan mehr.“ Wie Blair müsse deshalb auch Schröder versuchen, „eine Anzahl von Grundwerten“ mit wirtschaftlicher Effizienz und Prosperität in einer globalisierten Umwelt in Einklang zu bringen.

Das hat der Kandidat begriffen. Schlaflose Nächte bereiten ihm solche Fragen vor dem Wahltag nicht. Der Respekt vor der Kampfmaschine Kohl verbietet ihm ohnehin verfrühtes Pläneschmieden.

Sollte er jedoch siegen, wäre seine Ausgangslage so schlecht nicht. Über das feierlich versprochene Bündnis für Arbeit hinaus, an dessen Gelingen er sich und seine künftige Regierung messen lassen will, erwartet niemand von ihm große Taten.

Aber daß er schon jetzt, wenn er ins Ausland kommt, gefragt wird, für welches Deutschland er denn stehe, das beschäftigt den Kanzlerkandidaten der SPD doch. Und dann fällt ihm Berlin ein, die Stadt und die von dort zu regierende Republik – ein reizvolles Projekt, so offen wie er selbst.

„Berlin wird eine der großen Metropolen dieser Welt“, schmeichelte er den neuen Hauptstädtern im Wahlkampf. Wie viele Besucher der Stadt kann auch der Sozialdemokrat aus Hannover der Versuchung nicht widerstehen, die künftige Berliner Republik mit vertrauten positiven Bildern aufzumotzen, die er dem Mythos der Goldenen Zwanziger entlehnt.

Das hat bei Schröder aber weder einen apokalyptischen noch einen zynischen Unterton. Ängste vor einer ähnlichen Krise der deutschen Demokratie wie 1933 treiben ihn nicht um. „Weimar ist für mich keine Kategorie, über die ich in Furcht nachdenke.“

Im Gegenteil – Schröders Erwartungen an ein aus Berlin regiertes vereintes Deutschland klingen, als hätte der pragmatische Macher am Ende doch noch so etwas wie eine Vision.

Wäre es nicht möglich, zwei deutsche Traditionsstränge miteinander zu verknüpfen? Einmal die gelebte Demokratie, wie es sie 50 Jahre lang in der Bonner Republik gegeben hat, „auch die Offenheit der Gesellschaft“. Zum anderen die „wunderbare Zivilcourage, die in der friedlichen Revolution der Ostdeutschen deutlich geworden ist“.

Wenn das mit dem Regierungswechsel gelänge, wenn es möglich wäre, beide Vergangenheiten zusammen als Berliner Republik zu etablieren – „dann“, so sagt der Kanzlerkandidat Schröder lapidar, „wär's das eigentlich“. ◆

* Am 4. August 1997 bei einer Wanderung an der Saarschleife bei Saarbrücken.

Werbeseite

Werbeseite



C. LEHSTEN / ARGUM

Wahlkämpfer Stoiber, Ehefrau Karin*: *„Selbstverständlich prasselt im Moment Lob auf mich hernieder“*

CSU

„Das Zeug zum Kanzler“

Der Sieg bei der Landtagswahl katapultiert Edmund Stoiber in die erste Reihe der Christenunion. Selbst Helmut Kohl hält den Ober-Bayern plötzlich „für alle politischen Ämter qualifiziert“.

Sein Urteil hat sich der Gastgeber längst gebildet, bevor der Besucher eingetroffen ist. Natürlich habe der Mann „das Zeug zum Kanzler“, sagt Alfred Sauter, CSU-Kreisvorsitzender im schwäbischen Günzburg. Das habe er allerdings schon vor dem überragenden Sieg bei der Landtagswahl am 13. September gehabt.

Als Edmund Stoiber, bayerischer Ministerpräsident und seit vorvergangenem Sonntag strahlendster und begehrtester Unionspolitiker der Republik, dann wenig später triumphal in das Festzelt von Krumbach einzieht, begrüßt Sauter den Parteifreund überschwenglich. „Deutschland, Europa und die ganze Welt schauen auf Stoiber“, verkündet der Gastgeber. „Die Welt blickt auf Bayern – nicht ohne Neid“, fügt der CSU-Ortsvorsitzende Wilhelm Kielmann hinzu. Schließlich führe Stoiber „das erfolgreichste Land Europas“.

Die 2000 Besucher, die den so Gelobten am Dienstag abend voriger Woche mit dem Defiliermarsch willkommen geheißen haben, wissen die Ehre zu schätzen, daß Stoiber ihnen heute, zwei Tage nach der Landtagswahl, die Aufwartung macht. Jetzt, wo alle den Sieger sehen wollen und Stoiber für die nächsten zehn Tage „50 Einladungen aus ganz Deutschland“ auf dem Tisch hat, kommt er ausgerechnet nach Krumbach, in den Wahlkreis von CSU-Chef Theo Waigel. Mit dem hat Stoiber schließlich schwierige Jahre hinter sich gebracht.

Schlechter als das Verhältnis Stoiber/Waigel ist wohl nur noch des Parteichefs Beziehung zu Sauter, der zu den glühendsten Anhängern des Ministerpräsidenten gehört. Sauter, Staatssekretär im Münchner Innenministerium, kann sich für das neue Kabinett Hoffnung machen, an die Spitze von Stoibers Staatskanzlei aufzurücken oder das Justizressort zu übernehmen.



AP

CSU-Vorsitzender Waigel
„Riesige Leistung vollbracht“

Von den gewachsenen Feindschaften und Ränkespielen der vergangenen Jahre läßt sich Stoiber hier in Krumbach aber nichts anmerken. Demonstrativ lobt er Waigel als „den Spitzenrepräsentanten der CSU“, dem die Zuhörerinnen und Zuhörer doch, bitte schön!, bei der Bundestagswahl ihre Stimme geben sollen. Schließlich habe der Mann sein schwieriges Bonner Amt als Finanzminister „mit großer Bravour gemeistert“.

Den furiosen Sieg bei der Landtagswahl, bei dem er 52,9 Prozent holte und die CSU die absolute Mehrheit der Stimmen gegen die Konkurrenz von 18 Parteien verteidigte, interpretiert Stoiber brav als „Teamwork“. Das „Ich“ vermeidet er. In einer „Phase, wo man einen großen Erfolg errungen hat“, sei es „wichtig, sich zu sagen, daß Politik ein Mannschaftsspiel ist“. Der Mann bleibt bescheiden in der Stunde des Triumphes. Das kommt gut an.

Natürlich kann er die Befunde der Wahlforscher nicht außer acht lassen, in deren Augen der Sieg am 13. September in erster Linie sein Verdienst ist. „Das Trumpf-As der CSU“ sei Stoiber, hat Infratest dimap herausgefunden. Der erfreue sich in Bayern „äußerst großer Beliebtheit“. „83 Pro-

* Am Dienstag vergangener Woche in Krumbach.

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

zent halten ihn für einen guten Ministerpräsidenten.“

Da räumt der alte und neue Regierungschef in Krumbach zwischendrin schon mal kurz ein: „Selbstverständlich prasselt im Moment das Lob auf mich persönlich sehr stark hernieder“ – und gibt sich darüber beinahe beschämt. Seit dem Wahlabend denke er oft an Papst Johannes XXIII. Der habe zu sagen gepflegt: „Giovanni, nimm dich nicht so wichtig.“

Das aus dem Munde Stoibers zu hören, ist schon erstaunlich. Hält sich der Ministerpräsident doch sonst für ziemlich wichtig und beinahe den einzigen, der weiß, wo es in der CSU langzugehen hat und auch in der CDU langgehen müßte.

Kritik am CDU-Chef und Kanzler Helmut Kohl oder an Waigel kommt Stoiber seit der Landtagswahl öffentlich nicht mehr über die Lippen. Er will sich die komfortable Lage nicht kaputtmachen, in die er sich mit seinem Wahlsieg katapultiert hat.

Keinesfalls möchte sich Stoiber dem Vorwurf aussetzen, nicht alles für einen Sieg der Union bei der Bundestagswahl am kommenden Sonntag getan zu haben. „Ich lehne mich nicht zurück“, ruft er den Menschen in Krumbach zu.

Kein Zweifel: Stoibers Rolle in der Gesamtunion ist durch seinen Sieg gewichtiger geworden. Der Kanzler hat ihm für die „Steilvorlage“ gedankt. Aufmerksam registriert Stoiber, daß ihn Kohl als „herausragende Persönlichkeit der deutschen Politik“ herausgestellt hat und ihn nun erstmals „für alle politischen Ämter qualifiziert“ hält, die in der Republik zu vergeben sind. Der öffentliche Ritterschlag also.

Doch nach außen hin tut er das Kanzlerlob als „allgemeine Aussage“ ab, die „keinerlei Belang für mich hat“. Im übrigen enthalte sie auch „gar nichts Neues“. Daß Kohl „eine gewisse Wertschätzung für mich hat“, sei hinlänglich bekannt.

„Die Frage ist berechtigt: Sind 16 Jahre Kohl nicht genug?“

Stoiber bleibt vorsichtig. Bei aller auch ihm nicht fremden Eitelkeit ist er viel zu klug, um aus Kohls Schalmeienklängen abzuleiten, der Kanzler wolle ihn anstelle seines bisherigen Kronprinzen Wolfgang Schäuble als Nachfolger – oder gar die CDU insgesamt wolle das.

Jedenfalls revanchiert sich Stoiber, ohne direkt auf Kohls Worte einzugehen, artig für das Lob. In einem Akt von Selbstverleugnung preist auch er nun denselben Kanzler als „großartige Persönlichkeit“, den er bis vor kurzem heftig wegen seiner Europapolitik gescholten hat. Auch daß Kohl ihn voriges Jahr als „Münchner Populisten“ hinstellte, der „ungewöhnlich töricht“ daherrede und „jetzt eins drüber“kriegen müsse, hat er erfolgreich verdrängt.



M. DARCHINGER

Unions-Fraktionschef Schäuble
Zwei herausragende Figuren

Der Ministerpräsident ist nicht mehr wiederzuerkennen. Nachdem er im Landtagswahlkampf wochenlang kaum ein Wort über die Bundespolitik verloren hat und ihm der Name Kohl nur über die Lippen kam, wenn es absolut unvermeidlich war, schwelgt er nun geradezu. Herausforderungen hätten der Kanzler und seine Regierung bewältigt, die „es auf der ganzen Welt noch nie gegeben“ habe, tönt Stoiber vergangenen Mittwoch abend im oberfränkischen Naila. „Riesige Leistungen“ hätten Kohl und Waigel vollbracht.

Geschickt greift Stoiber jetzt, nach der Landtagswahl, den Verdruß am Kanzler und seiner Regierung auf und versucht ihn umzumünzen. Natürlich sei „die Frage berechtigt“, ob „16 Jahre Kohl nicht genug“ seien, räumt er bei einem CSU-Familienfest in Bamberg ein. Aber die Menschen, die der Regierung „einen Denkzettel verpassen“ und einen „Wechsel“ wollten, müsse er schon fragen: „Wechsel wozu?“ Mit einem SPD-Kanzler Gerhard Schröder und einem sozialdemokratischen Parteichef Oskar Lafontaine als Finanzminister bekämen die Wählerinnen und Wähler „eine fundamental andere Republik“.

Insgeheim glaubt Stoiber jedoch, daß es dazu kommt. Trotz des überragenden CSU-Sieges in Bayern hat er die Hoffnung aufgegeben, das konservativ-liberale Bündnis in Bonn könne an der Macht bleiben. Egal aber, welche Konstellation sich nach dem kommenden Sonntag ergibt – für den Ministerpräsidenten aus München ist die Lage ausgesprochen günstig.

Sollte die jetzige Koalition wider Stoibers Erwarten doch im Amt bleiben können, hätte sie dies nach den Elogen der vorigen Woche klar dem CSU-Mann und seinem „Steilpaß“ zu verdanken. Stoiber wäre der „Macher“ des alten und neuen Bündnisses, dem die anderen ewig dankbar sein müßten. „Über manche unserer Positionen – vor allem in Europafragen – könnte Kohl dann nicht mehr ohne weiteres hinweggehen“, heißt es aus der Staatskanzlei. In der CSU würde Waigel vermutlich Vorsitzender bleiben, aber Stoiber wäre der starke Mann.

Kommt es zu einer Großen Koalition unter Führung der Union, möchte die CSU – wenn irgend möglich – Schäuble als Kanzler verhindern. Manche schließen nicht einmal aus, daß aus einem unionsinternen Gerangel zwischen Schäuble, Verteidigungsminister Volker Rühe und Stoiber dann der Bayer als Sieger hervorgehen könnte.

Eine Große Koalition, der die Union als Juniorpartner angehört, wird es laut Waigel mit ihm als Parteichef nicht geben. Das hat er mehrfach deutlich gemacht; von Stoiber gibt es eine solche Festlegung nicht. Entweder bräche Waigel sein Wort und untergrübe damit die eigene Autorität – oder er müßte als CSU-Vorsitzender zurücktreten und Stoiber auch hier Platz machen.

Im Falle einer Regierungsübernahme durch rot-grün würde Stoibers bundespolitische Rolle noch wichtiger als heute. „Wenn wir in Bonn in die Opposition müßten, was ich nicht glaube, dann gäbe es in der CDU/CSU zwei herausragende Figuren“, so der CSU-Fraktionschef im Bayerischen Landtag, Alois Glück. „Das wären Schäuble als Fraktionschef im Bundestag und Stoiber als wichtigster Unions-Ministerpräsident im Bundesrat.“

Stoiber will der Einschätzung Glücks gar nicht widersprechen. „Allerdings“, sagt er, „wird diese Konstellation nicht kommen, weil wir ja die Bundestagswahl gewinnen.“ Auch daß der CSU-Vorsitz automatisch auf ihn zuliefe, wenn Waigel sein Bonner Ministeramt verlöre, sei „eine Situation, mit der ich mich nicht beschäftige“.

Stoiber muß nicht CSU-Chef und auch nicht Kanzler werden. Daß das Amt des Ministerpräsidenten seine „Lebensaufgabe“ sei und er „mehr als ausreichend Möglichkeiten“ habe, „bundespolitisch Einfluß zu nehmen“, darf man ihm ruhig glauben. Viel wichtiger, als Bundeskanzler zu werden, ist ihm zu wissen, daß ihn die Wichtigsten im Lande für tauglich halten, dieses mächtigste Amt der Republik zu übernehmen, und das auch möglichst laut sagen.

Sollte sich ernsthaft die Gelegenheit bieten, Kanzler zu werden, und Stoiber gefragt werden, würde der ehrgeizige Primus selbstverständlich trotzdem zugreifen.

Wolfgang Krach

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

MECKLENBURG-VORPOMMERN

Armdrücken mit Gerhard

In Schwerin wird am 27. September parallel zum Bundestag ein neuer Landtag gewählt. SPD-Chef Ringstorff setzt auf Rot-Rot – ein Alptraum für die Oberen in Bonn.

In Dranske auf Rügen, einer ehemaligen Garnisonsstadt der Nationalen Volksarmee, verrät der Spitzenmann der SPD öffentlich, was in Mecklenburg-Vorpommern sowieso jeder weiß. Er sei „kein Freund der Großen Koalition“, verkündet Harald Ringstorff dem Dutzend versammelter Bürger, die ihm die Gretchenfrage gestellt haben: Regiert die PDS nach dem 27. September in Schwerin mit?

Offiziell gibt Ringstorff dazu keine Auskunft, sondern verweist auf seinen Bundesgeschäftsführer Franz Müntefering. Der habe den ostelbischen Genossen freie Hand versprochen bei der Wahl ihrer Partner, „dafür sind wir dankbar“. Doch in der „Seeterrasse“ zu Dranske wird er deutlicher: „Für eine Koalition mit uns fehlt dem PDS-Vorstand noch die eigene Basis.“ Bleibe das Magdeburger Regierungsmodell „oder eine Tolerierung mit Tolerierungsvertrag“.

In Magdeburg ermöglichen die Postkommunisten der SPD das Regieren, indem sie stillhalten. Der „Mecklenburger Weg“ sieht eine Quasi-Koalition vor, bei der die PDS eine Art Koalitionsvertrag unterzeichnet, aber selbst keine Minister stellt. Diese Variante favorisieren auch andere Ostobere der Sozialdemokraten, etwa der sächsische Fraktionschef Karl-Heinz Kunckel, der für den eigenen Beritt PDS-Kooperationen kategorisch ablehnt.



T. RAUPACH

Schweriner Landtag: *Wie stark wird die Rechte?*

Doch im Gegensatz zu den Genossen im tiefschwarzen Sachsen könnte die SPD von Mecklenburg-Vorpommern demnächst die Qual der Wahl des Regierungspartners haben. Seit Ostern hält der Rot-Trend an: 38 Prozent der Befragten wollen nach der Umfrage des Berliner Instituts Infratest dimap zwei Wochen vor der Wahl SPD wählen, nur 30 Prozent CDU, 22 die PDS. Weder Bündnis 90/Die Grünen (3 Prozent) noch FDP (2 Prozent) würden danach den Einzug in den Landtag schaffen.

Zwar nähern sich die Koalitionspartner inzwischen wieder an (im Juni führte die SPD mit 43 Prozent gegenüber 24 für die CDU). Aber das Wahlverhalten ist im Osten insgesamt unberechenbarer als im Westen; wenn etwa der Bonner Justizminister Edzard Schmidt-Jortzig zehn Tage vor der Wahl die den Ossis heilige Bodenreform wieder als „Unrecht“ geißelt, muß seine FDP mit der Quittung rechnen.

Kopfschmerzen bereiten den Auguren auch die Rechtswähler: Zwei Wochen vor der Wahl bekennen sich zwar erst 3 Prozent der Küstenbewohner „sicher“ zu einer der braunen Parteien – DVU, NPD oder Republikaner. Umgekehrt sind sich aber nur 81 Prozent sicher, rechts nicht zu wählen. 8 Prozent „können es sich prinzipiell vorstellen“, 2 Prozent hadern mit sich: So fielen auch die letzten Umfragen vor dem DVU-Triumph in Sachsen-Anhalt aus. Wieder hat die Partei des Münchner Verlegers Gerhard Frey die beste Aussicht, die Fünf-Prozent-Hürde zu nehmen.

Profitieren dürften die Rechtsradikalen von der sozialen Misere: Mit 17,5 Prozent Arbeitslosen gehört das Agrarland nach Sachsen-Anhalt zu den Schlußlichtern der Republik. Entsprechend mies ist die Stimmung: 83 Prozent halten die wirtschaftliche Lage des Landes für relativ schlecht.

Schuld hat aus Bürgersicht die Regierung. Die Wut trifft den Seniorpartner der Koalition: 1994 hatte die CDU noch 37,7 Prozent geholt, die SPD nur 29,5. Die Stimmung ist gekippt. Sogar eine Rot-Rot-Regierung steht mit 46 Prozent gegenüber Rot-Schwarz (44 Prozent) höher im Kurs.

Die Zusammenarbeit im Schweriner Schloß, dem Sitz des Parlaments, war von Anfang an belastet. Ringstorff fühlte sich 1994 erneut um das höchste Amt betrogen. Bei der ersten Landtagswahl 1990 hatte die Mutterpartei statt seiner den Kieler Klaus Klingner ins Rennen geschickt; ein Überläufer aus den eigenen Reihen verhalf dann



A. SCHOELZEL



C. KETTLER / BILD ZEITUNG

Wahlkämpfer Ringstorff, Seite: *Angst vor der „Leck mich, ich wähl nicht“-Stimmung*

Werbeseite

Werbeseite

einer CDU/FDP-Koalition zum Sieg. Vier Jahre später pfiff die SPD-Zentrale Ringstorff zurück, als er trotz Wahlniederlage mit den roten Schmuddelkindern die Macht übernehmen wollte.

Aus seiner Abneigung gegen die ihm von der Baracke aufgezwungene Große Koalition hat der gebürtige Mecklenburger nie ein Hehl gemacht. In der Mitte der Legislaturperiode nutzte Ringstorff als Wirtschaftsminister die Werftenpleite, um eine Regierungskrise anzuzetteln. 850 Millionen Mark Fördergelder Ost waren im Bankrott des Bremer Vulkan versickert. Ringstorffs Vorwurf: Die CDU habe dem Land mit einem Drittel Anteil zuviel der fremdverschuldeten Schulden aufgebürdet und müsse abtreten.

Selbst Parteifreunde wie der SPD-Justizminister Rolf Eggert halten diese Version für geschönt: Ringstorff habe den Sündenfall der CDU „benutzen wollen, um das Ruder zu übernehmen“, so Eggert – und zwar mit der PDS. Eggerts „Güstrower Kreis“ konservativer Genossen, unterstützt von den Bonner Parteistrategen, brachte Ringstorff zur Räson. Statt erster SPD/PDS-Ministerpräsident in Deutschland zu werden, wurde „Harry“ zum Fraktionsvorsitzenden im Schweriner Schloß degradiert.

Dort stänkerte er weiter gegen die Zwangsehe mit der CDU, für deren Mitglieder Ringstorff wegen ihrer „Blockflötenvergangenheit“ stets Verachtung zur Schau trägt. Nicht einmal Ministerpräsident Berndt Seite, der erst 1990 der CDU beitrat, ist vor Ringstorffs Nachreden wegen angeblicher Nähe zu ehemaliger realsozialistischer Nomenklatura sicher.

Ringstorff selbst hat mit PDS-gewendeter DDR-Elite „keine Berührungsängste“, wie er sagt, schließlich habe die SED-Nachfolgepartei „im Gegensatz zur CDU Verantwortung bekannt für das, was an Unrecht geschehen ist“. Daß die PDS die Abschaffung der Behörde für Stasi-Unterlagen fordert, verdrängt Ringstorff.

Auch über die milliardenteuren Forderungen der PDS an eine mit ihr gebildete Regierung – Einstellung von Schulsozialarbeitern, längere Kinderbetreuung – schweigt der SPD-Chef sich aus. Sein Wahlkampfleiter Nikolaus Voss warnt die PDS, die Latte nicht zu hoch zu hängen, sie müsse „nach den Wahlen darüberspringen“.

Ringstorff setzt auf die Kompromißbereitschaft jener PDS-Politiker, die er für „lupenreine Sozialdemokraten“ hält. Vor allem der Landesvorsitzende Helmut Holter, einst SED-Parteisekretär, hat bei Ringstorff einen guten Stand. Wirtschaftsexperte Holter, der eine „antikapitalistische Marktwirtschaft“ für möglich hält, rühmt umgekehrt seinen Draht zum SPD-Chef.

Der smarte Ex-Apparatschik träumt von Ministerwürden. Der Oppositionscharme



T. HÄNTZSCHEL / NORDLICHT

PDS-Chef Holter: *Traum von Ministerwürden*

der PDS scheint sich abzunutzen, mit Sorge sieht auch die Berliner Zentrale, daß die 22,7 Prozent der PDS bei den Landtagswahlen 1994 in den Umfragen nicht erreicht werden; nur 15 Prozent der Mecklenburger wollen Umfragen zufolge die PDS in den Bundestag wählen. „In der Politik kommt es letztlich darauf an, wer das Geld verteilt“, sagt Holter betont lässig.

Spontaneität wirkt gewollt bei dem gelernten Betoningenieur. Auch das hat er gemein mit dem Chemiker Ringstorff, der heute schon übt, was er am Wahlabend in die Kameras sagen wird.

Den Umfragen traut der oft Gescheiterte nicht mehr. „Tellt' Gäus halt de Voß ok“, unkt Ringstorff – auch gezählte Gänse holt der Fuchs. Frei übersetzt: Was, wenn die guten SPD-Noten in den Umfragen nur Proteststimmen gegen „die Bonzen“ sind? Stimmen, die sich fast über Nacht in DVU-Prozente verwandeln und für böses Erwachen sorgen können – wie im April in Sachsen-Anhalt. Wie dort überflutet die DVU in den letzten Wochen vor der Wahl die Briefkästen der Bürger mit Pamphleten, die für ein neues Wahl-„Donnerwetter“ werben.

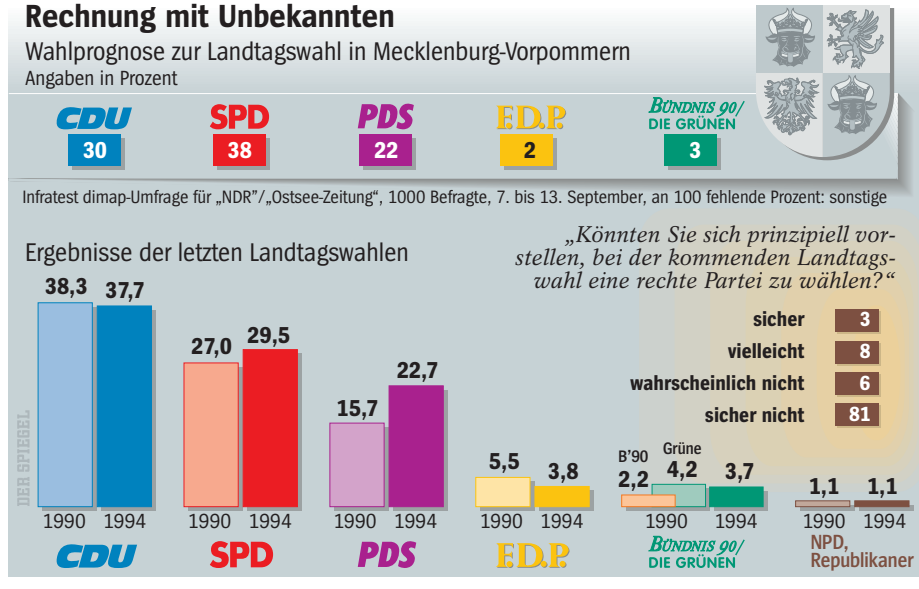
Ungewiß ist auch die Wahlbeteiligung, die 1994 bei 73 Prozent lag. Jeder fünfte weiß weder, wen er wählt – noch, ob er überhaupt wählt. „Hier herrscht LMAA-Stimmung“, sagt etwa der Sprecher der Stralsunder Volkswerft leise, während Ringstorff die tausendköpfige Belegschaft grüßt, „leck mich, ich wähl nicht“.

Eine „unterschwellig mäklige Stimmung“ will auch Ministerpräsident Seite bei seinen Reisen zu den Wählern ausgemacht haben. Die hat er mitverschuldet. Gut ein Fünftel seiner Bevölkerung sei „Bodensatz“, dozierte er bei einer USA-Reise vor Unternehmern. Die Arbeitslosen zu Hause fühlten sich angesprochen und tragen seither zu Demos Schilder mit der Parole „Der Bodensatz protestiert“.

Eckhardt Rehberg, Vorsitzender der CDU-Fraktion und Ringstorffs Intimfeind, hat die Partie so gut wie für verloren gegeben. Er hält eine SPD/PDS-Koalition schon für ausgemacht, und zwar auch dann, wenn die CDU stärkste Partei in Schwerin bleiben sollte. „Ringstorff will in die Geschichtsbücher“, höhnt er.

Gerhard Schröders Wahlhelfer in Bonn beobachten die Schweriner Planspiele mit Sorge. Ihre Befürchtung: Durch die Zusammenarbeit mit der PDS könnte das ohnehin schwache Eigenprofil der Sozialdemokraten im Osten weiter verschwimmen, eine hoffähige PDS verankere sie noch stärker im Volk. Zwar hat Müntefering mehrfach beteuert, das Magdeburger Tolerierungsmodell sei auch in Schwerin möglich. Die Vorstellung aber, die PDS könnte über den Bundesrat in Bonn mitregieren, ist den Ober-Genossen unerträglich.

Ob die Bonner Ringstorff auch diesmal im Griff behalten, bezweifeln Parteifreunde des Mecklenburger Querkopfs. In der Wahlbroschüre der SPD ist Ringstorff beim Armdrücken abgebildet. „Auch mit einem Kanzler Schröder könnte es mal zu einem Kräftemessen kommen“, steht daneben. Und Ringstorff, der als Schüler mal geboxt hat, „ahnt schon“, wessen Bizeps stärker ist – sein eigener. ◆



Werbeseite

Werbeseite

WELTAUSSTELLUNG

„Schreckliche Blamage“

Der Traum von der Expo ohne Schulden ist dahin. 600 Millionen Mark, schätzen Gutachter, wird die Super-Show den Steuerzahler kosten. Schuld sind Chaos und Mißwirtschaft.

Vielleicht sollte Generalkommissarin Birgit Breuel öfter auf jemanden wie Wolfgang Heuberger aus Wolfsburg hören. Der Mann ist Briefmarkensammler und hat seinen VW Käfer komplett mit Postwertzeichen beklebt. Deshalb stieg bei der Präsentation der ersten Expo-Briefmarke in Hannover sogar die Chefin in sein Gefährt ein.

Die Weltausstellung findet Heuberger „irgendwie gut für uns Deutsche“. Nur die dauernden Querelen um die Finanzen der Expo gehen dem Philatelisten zu weit: „Die sollen endlich sagen, was es den Steuerzahler kostet, und dann los.“

Doch so leicht mögen es sich Breuel und ihre 250 Expo-Mitarbeiter offenbar nicht machen. Jahrelang haben sie die Lebenslüge von der „schwarzen Null“ verbreitet: Die Expo werde die erste privat finanzierte Weltausstellung sein, Steuergelder würden nicht angetastet, am Ende stehe womöglich ein Gewinn ins Haus.

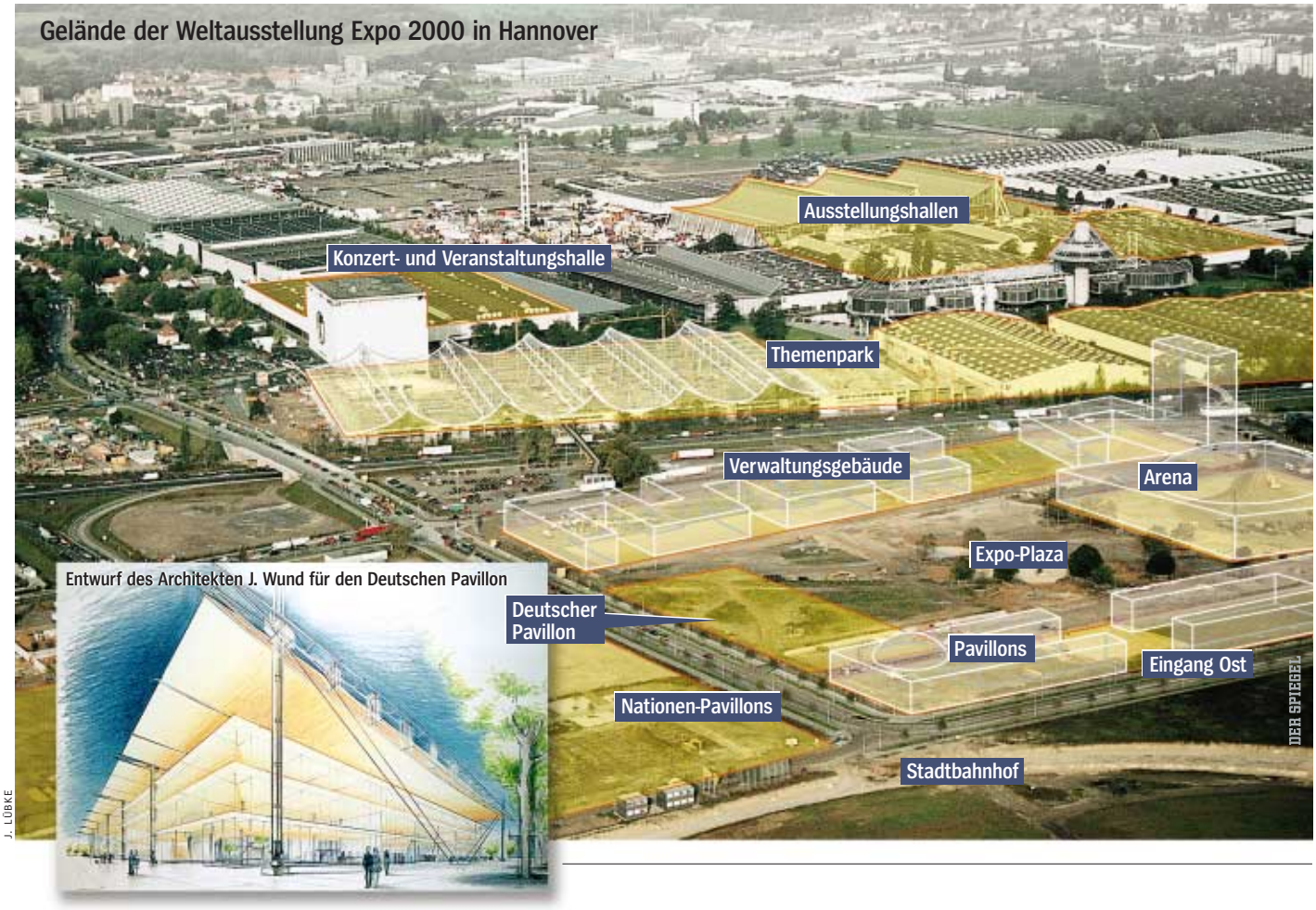
Jetzt hat sich die Generalkommissarin und Expo-Geschäftsführerin Breuel (CDU) von der Utopie losgesagt. „Wir haben eine schwierige Finanzsituation, wir brauchen 400 Millionen mehr.“ Das Geständnis komme „zu spät“, urteilt Karl Pröhl, Expo-Landesbeauftragter von Schleswig-Holstein, der Imageschaden sei kaum noch zu beheben. Allein Breuels jüngst gescheiterter Versuch, sich durch eine Mehrwertsteuerbefreiung um rund 300 Millionen Mark reicher zu rechnen, habe erneut Glaubwürdigkeit gekostet. Pröhl: „Eine schreckliche Blamage, die uns die Arbeit schwermacht.“

„Wir sind voll im Zeitplan“, hält die Expo-Chefin dagegen. Doch das Fazit ihrer Planer, knapp zwei Jahre vor der Eröffnung am 1. Juni 2000, ist verheerend. Das Kulturprogramm, mit dem angeblich 40 Millionen Besucher in die Provinz gelockt werden sollen, ist eine Mischung aus südamerikanischer Folklore, Dorfdisko und einer 17stündigen Faust-Inszenierung. „So etwas“, meint ein ARD-Intendant, „kann man nicht mal nachts auf 3Sat senden.“ Hubert Burda, Mitglied im Kulturrat der Expo, sekundiert: „Da muß man den Leuten ja noch Geld dazugeben.“



Hannoversche Expo-Chefin Breuel: *Mischung aus*

Um das Zentrum der Weltausstellung, den Themenpark mit dem Expo-Motto „Mensch, Natur, Technik“, ist es nach Meinung des Unternehmensberaters Roland Berger nicht besser bestellt. Der Komplex drohe eine leere Halle zu werden. Kaum ein Unternehmen hat sich bislang bereitgefunden, in den mit 250 Millionen Mark veranschlagten Pavillon zu investieren.





AP

Folklore und Dorfdisko

Dabei hatten die Expo-Macher einen einschlägig bekannten Künstler für das Themenparkkonzept gewinnen können: François Confino, der bereits für die letzte Weltausstellung in Sevilla geplant hat und derzeit auf der Expo in Lissabon mit einem „Pavillon der Utopie“ täglich 20 000 Menschen anzieht.

Doch mit der Umsetzung von Confinos Ideen hakt es seit mehr als einem Jahr. Inzwischen haben sich die Partner „getrennt“. Gewonnen ist damit nichts. Die Weltausstellung liege, heißt es in einem bislang unter Verschluß gehaltenen Bericht des Landesrechnungshofs, „hinter den eigenen Zielsetzungen weit zurück“.

Bewegung gibt es nur durch immer neue Geldforderungen. Ende vergangenen Jahres ließ sich Breuel die staatlichen Bürgschaften erstmals von 500 Millionen auf 970 Millionen Mark aufstocken. Gut 520 Millionen davon sind bereits in Anspruch genommen worden, das meiste für den Ausbau des Expo-Geländes.

In dieser Woche will die Geschäftsführung dem Aufsichtsrat erneut zwei aktualisierte Wirtschaftspläne vorlegen: Eine Sparversion sieht einen gestutzten Themenpark und ein stark reduziertes Kulturprogramm vor. Die zweite Variante kommt teuer: Zusätzliche Attraktionen sollen die angestrebten 40 Millionen Besucher nach Hannover locken. Bedingung: Die Gesellschafter, vor allem der Bund und die Länder, müßten sich von vornherein von 400 Millionen Mark an Bürgschaften verabschieden.

Die niedersächsische SPD-Landesregierung, selbst hoch verschuldet, hat bereits ihre Zustimmung angedeutet. Bundeswirtschaftsminister Günter Rexrodt (FDP) blockte ab: Die Expo solle gefälligst „mit den verfügbaren Mitteln eine anständige Weltausstellung machen“.

Das wird kaum gehen. Nach einem Gutachten des Unternehmensberaters Berger wird die Expo vielleicht nicht einmal 30 Millionen Besucher – statt der bisher ver-

anschlagten 40 Millionen – nach Hannover locken können. Die Folge: Der Schuldenberg könnte am Ende gar auf 600 Millionen Mark und mehr anwachsen.

Daß ausgerechnet Berger die Expo in neue Erklärungsnöte bringt, empört die Managerriege in Hannover. Schließlich war er es, der ihnen 1992 in einer Art Gründungsgutachten die verquere Struktur der Expo mit diversen unabhängig voneinander operierenden Gesellschaften eingebrockt hat. Berger setzte den Verantwortlichen auch den Floh mit 40 Millionen möglichen Besuchern ins Ohr – eine Zahl, die er jetzt als wenig realistisch kritisiert.

Das Dilemma der Expo-Macher: Bis kurz vor Eröffnung der Superschau können sie kaum eine Attraktion, einen fertigen Pavillon oder auch nur die Veranstaltungshalle „Arena“, präsentieren.

Selbst simple Werbegags, etwa Sympathiewerbung mit Prominenten, scheitern an der Behördenmentalität des Apparates. Sportgrößen wie Boris Becker und Steffi Graf sind längst bereit, für die Expo zu posieren. Doch die hannoversche Geschäftsführung wartet noch auf das Plazet des Bundeskanzlers, der den Promis den Titel eines „Expo-Botschafters“ verleihen soll. „Da verstreicht wertvolle Zeit“, so Pröhl, „die haben wir nicht.“



AFP / DPA

„Pavillon der Utopie“ in Lissabon

In ihrer Not hoffen die Verantwortlichen jetzt auf rund eine Milliarde Mark an Sponsorengeldern aus der deutschen Wirtschaft. Doch viele Konzernmanager bleiben lieber auf Distanz.

Zwar haben sich Firmen wie Siemens, Telekom und die Bahn AG schon mit insgesamt 340 Millionen Mark verpflichtet. Doch Unternehmen wie Bertelsmann oder Daimler-Benz bevorzugen eine Separat-Show auf dem Gelände – in eigenen Hallen und mit eigenem Management. Zu den Herzstücken der Expo, Themenpark und Deutscher Pavillon, halten sie jedoch Abstand.

Wie die Planer dieser Ausstellungselemente aus den Floskeln „Lösungsansätze für das nächste Jahrtausend“ oder „Zukunft der Arbeit“ da noch eine Schau fabrizieren sollen, die in zwei Jahren Millionen Menschen zum Staunen bringt, weiß im Moment niemand.

Einen Beleg für die Fähigkeit, Prestigeprojekte mit Anlauf gegen die Wand zu fahren, hat die sogenannte Trägergesellschaft Deutscher Pavillon (TDP) geliefert. Sie beauftragte zunächst in einem Wettbewerb den Nachwuchsarchitekten Florian Nagler mit einem Entwurf des 209 Millionen Mark teuren Pavillons – freilich ohne ihm zu verraten, daß in dem Gebäude ein Großkino mit 600 Sitzplätzen untergebracht werden soll. Die Folge: Der Architekt lieferte eine Halle, gespickt mit 28 Säulen, die rund der Hälfte der Kinobesucher jeden Blick auf die Leinwand verwehrt hätte. Auch Naglers Nachbesserungen wurden nicht akzeptiert. Inzwischen hat der Planer entnervt das Handtuch geworfen.

Für den geplanten Spatenstich im Herbst hat jetzt ein neues Architektenteam die Entwürfe mühsam umgemodelt – zu einem Bau, mit dem sich, so der Bund Deutscher Architekten, Deutschland weltweit als „baukulturelle Wüste“ darstellen könnte. Expo-Chefin Breuel tröstet sich mit der Einsicht, daß „architektonische Wahrzeichen wie der Eiffelturm“ ohnehin überholt „und nicht mehr finanzierbar“ seien.

Nicht minder chaotisch verfuhren die Planer bei der Präsentation von Bund und Ländern im Deutschen Pavillon. Entwürfe gingen teilweise erst einen Tag vor der Entscheidung in den Länderbüros ein. TDP-Chef Claus Groth wurde vor die Konferenz der Staatskanzleichefs zitiert. Der Vorwurf: Die Länder würden nicht genügend in die Entscheidungsfindung eingebunden.

Seitdem hat sich die Situation kaum gebessert. Zwar erhalten die Staatskanzleien ihre Berichte inzwischen rechtzeitig. Doch jede weitergehende Kooperation scheint in Hannover unerwünscht. So hatte sich Schleswig-Holstein bereit erklärt, bei der Suche nach Sponsoren vor Ort zu helfen. Das Angebot wurde barsch abgelehnt.

Folglich ziehen die meisten der Bundesländer lieber am eigenen Strang und lassen die Weltausstellung schon lange vor dem 1. Juni 2000 mit Dutzenden „externer Projekte“ in der ganzen Republik zerfasern. Ohnehin geplante Investitionen und Ausstellungen werden mit dem Prädikat „weltweite Expo-Projekte“ geadelt, etwa ein Klärwerk bei Peine, ein Behindertenheim in Chemnitz oder „multimediale Infosäulen“ im Lübecker Buddenbrook-Haus.

Für eine angemessene Präsentation in Hannover scheinen den Verantwortlichen in den Ländern dagegen schon im Vorfeld die Ideen auszugehen. So will Hamburg im Deutschen Pavillon täglich rund 100 000 Besucher mit einem Stück Papier aus dem Jahre 1189 begeistern, dem sogenannten Freibrief König Barbarossas. Und das Saarland möchte seine Gründungsurkunde aus dem Jahre 1957 mitbringen.

Auch Expo-Gastgeberland Niedersachsen wird seinem Ruf als Zentrum bodenständiger Langeweile gerecht. Sein Exponat: ein „Speer, 400 000 Jahre alt“. ◆

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Das deutsche Steuersystem ist leistungsfeindlich, kompliziert und zutiefst ungerecht. Politiker und Lobbygruppen mißbrauchen es als gigantische Umverteilungsmaschine – das fördert den Staatsverdruß der Deutschen und lähmt die Wirtschaft. Eine radikale Reform ist überfällig.

„Der ganze Schrott muß weg“

Sieht so ein Revolutionär aus? Braungebrannt, mit Hawaiihemd und Jeans, hockt Manfred Rose in seinem winzigen Zimmer im Alfred-Weber-Institut, einem Universitätsneubau in der Heidelberger Altstadt. Das Mobiliar ist antiquiert: ein überladener Holzschreibtisch, vollgestopfte Regale, ein abgesessenes Sofa. Die Wände sind kahl, abgesehen von einer Urkunde in kroatischer Schrift.

Sie kündet davon, daß Rose etwas wahrhaft Revolutionäres vollbracht haben muß. Er hat Kroatien vor vier Jahren ein völlig neues Steuersystem verpaßt, einfach, modern und fast ohne Schlupflöcher – das vielleicht fortschrittlichste der Welt. Und für diese Heldentat hat Staatspräsident Franjo Tudjman den Hochschullehrer mit dem kroatischen Staatsorden „Danica“ ausgezeichnet.

Erstaunlich genug war es ja, daß Theoretiker auf dem Reißbrett ein solches System austüfteln und in die Praxis umsetzen durften. Noch erstaunlicher: Was Rose gemeinsam mit seinem Würzburger Kollegen Ekkehard Wenger entwarf, funktioniert bislang bestens. Die Wirtschaft floriert, die Steuereinnahmen sprudeln. Und dies, obwohl die Sätze niedrig sind: Unternehmen zahlen 20 Prozent, für alle anderen gelten 20 und 35 Prozent.

Im Juli haben Rose und Wenger einen weiteren Gesetzentwurf losgeschickt, adressiert diesmal ans rumänische Finanzministerium. Anfang September standen sie der Regierung in Bukarest Rede und Antwort. Und in wenigen Tagen machen sich, wie schon in Kroatien, Beamte der Oberfinanzdirektion Karlsruhe auf, um die Feinarbeit zu erledigen.



M. DARCHINGER

Finanzminister Waigel: *Der Frust der Wähler wächst*

Bundesfinanzminister Theo Waigel will von den Ideen der beiden Reformer nichts wissen, und auch SPD, FDP und Grüne zeigen sich desinteressiert. „Die wollen“, klagt Rose, „einfach nichts Neues in ihre Köpfe hineinlassen.“

Visionäre haben es schwer im eigenen Land, zumal im Wahlkampf. Denn seit die große Steuerreform, von der Koalition als „Jahrhundertwerk“ propagiert, kläglich gescheitert ist, geht es eher um Schuldzuweisungen. Gebetsmühlenhaft verkündet die SPD, daß es an ihr nicht lag. Stur hält der Kanzler seinen Blockade-Vorwurf dagegen. Er will die Wahl zur „Volksabstimmung über die große Steuerreform“ machen.

Keine Frage: Das deutsche Steuersystem ist zum Nachteil im globalen Wettbewerb geworden, zur wichtigen Ursache der Massenarbeitslosigkeit. Es lähmt die Wirtschaft, es gibt den Märkten mit seinen wirren Regeln falsche Signale. Verschreckt wenden sich ausländische Investoren ab, und deutsche Existenzgründer verläßt der Mut.

Der nächsten Bundesregierung bleibt deshalb kaum eine Wahl. Im Zeitalter der Globalisierung kann sich die drittgrößte Wirtschaftsmacht der Erde schwerlich auf eine Insel der Glückseligen zurückziehen. Ob in den Niederlanden, in Großbritannien oder den USA – überall sind die Steuersätze gesunken. Und so strömt das Kapital dorthin, wo es nicht gleich vom Fiskus aufgesogen wird, entstehen die Jobs nicht an Rhein und Elbe, sondern anderswo.

Nach der Wahl, so versprechen es Kohl, Schröder, Westerwelle und Co. auf den Marktplätzen dieser Republik, soll alles besser werden, und es soll auch ganz schnell gehen – egal, wer regiert. Schon vor Wochen hat sich Gerhard Schröder für eine große Koalition der Steuerreformer stark gemacht, Theo Waigel wetteifert der-

weil mit den Sozialdemokraten darum, wie sich Teile der Reform bereits zum 1. Januar 1999 durchboxen lassen, notfalls auch rückwirkend. Es müssen, so mahnt Bundespräsident Roman Herzog an, „ganz schnell Entscheidungen getroffen werden“.

Und scheinbar wollen alle auch nur das eine: möglichst viele Schlupflöcher schließen, die Steuersätze irgendwie senken. Und doch plant jeder etwas anderes:

- Die Union will wieder ihre gescheiterten „Petersberger Beschlüsse“ im Bundestag einbringen. Ziel: eine Absenkung der Steuersätze für Spitzenverdiener von 53 auf 39 Prozent, für Geringverdiener von 25,9 auf 15 Prozent. Insgesamt plant die Union eine Nettoentlastung von 30 Milliarden Mark und zur Gegenfinanzierung des Restes eine Erhöhung der Mehrwertsteuer. So steht es in den Beschlüssen, so hat es Familienministerin Claudia Nolte vergangene Woche bestätigt – aber so soll es jetzt nicht mehr wahr sein, denn es ist Wahlkampf, und da mag die Union nicht von Steuererhöhungen reden.
- Die Sozialdemokraten wollen vor allem Familien entlasten, mit durchschnittlich 2500 Mark im Jahr, und soziale Vergünstigungen wie Kilometerpauschale und steuerfreie Schichtzuschläge nicht anrühren. Das Ziel ist klar: Die Massenkaufkraft stärken. Über den Spitzensatz gibt’s unterschiedliche Ansichten: 49 Prozent stehen im Programm; 45 oder 42 Prozent empfehlen manche SPD-Größen.
- Die Grünen plädieren für eine ökologisch-soziale Variante: Energiekosten rauf, Arbeitskosten runter. Beim Abbau von Vergünstigungen, aber auch beim Senken der Tarife sind sie mutiger als die SPD, doch sie haben ihr von Experten gelobtes Konzept durch plakative Forderungen wie den Benzinpreisbeschluß selber in den Hintergrund gedrängt.
- Die Liberalen streben den deutlichsten Schnitt an, einen Stufentarif mit nur noch drei Sätzen: 15, 25 und 35 Prozent. Solidaritätszuschlag und Gewerbeertragsteuer sollen verschwinden, und die bisherige Zinsbesteuerung soll durch eine Abgeltungssteuer von 25 Prozent ersetzt werden. Schleierhaft bleibt allerdings, wie die FDP das alles finanzieren will.

Vier Parteien, vier Konzepte. Endet alles wieder ohne Ergebnis? Gebiert die neue Regierung statt einer wirklichen Reform nur ein Reförmchen?

Schon beim ersten Anlauf hatten sich die Unterhändler in ein kleinkariertes Gezerre verstrickt. Zum Schluß ging es fast nur noch um Umverteilung und Gegenfinanzierung. Mineralölsteuer rauf? Oder doch lieber die Mehrwertsteuer? Ein Drehen an vielen Stellschräubchen – kein umfassender Kahlschlag mehr.

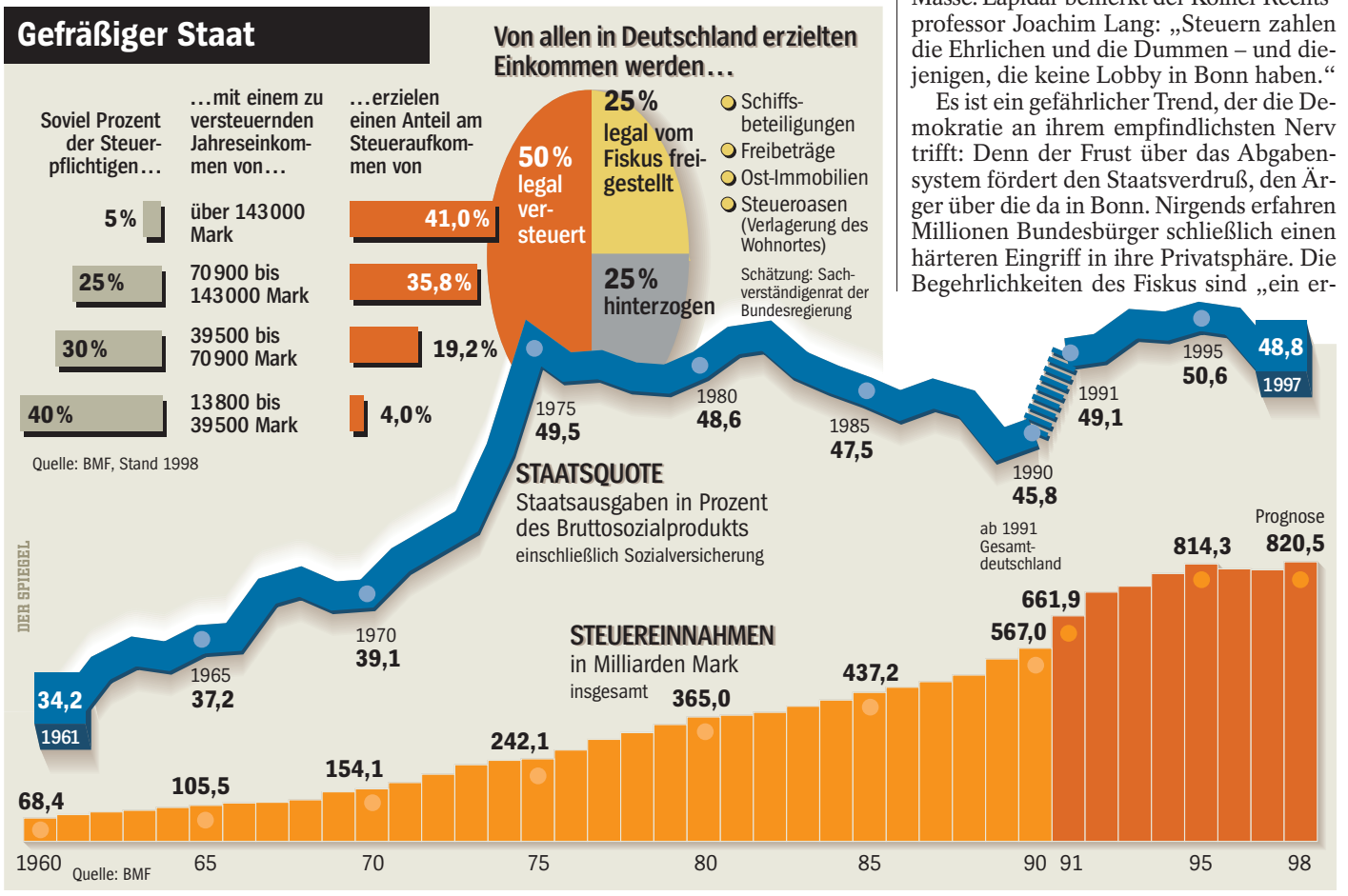
Genau der wäre dringend geboten. Nur eine radikale Lösung erlaubte es, die Steuersätze für alle Einkommensschichten massiv zu senken. Nur dann würde der kleine Mann in Berlin-Wedding oder Oberhausen wirklich profitieren, nur dann der millionenschwere Abschreibungskünstler an der Hamburger Elbchaussee, weil ihm seine Schlupflöcher abhanden kämen, am Ende mehr bezahlen als zuvor, selbst wenn der Spitzensteuersatz sinkt.

Statt dessen herrscht weiterhin Steuerchaos in dieser Republik, und der Frust der Wähler wächst. Immer mehr Deutsche empfinden ihr Steuerrecht als leistungsfeindlich, als zutiefst ungerecht und als kompliziert sowieso. Und immer häufiger verweigern viele ihren Obolus für das, was allen nützt: Schulen oder Universitäten, Polizei oder Straßen. So flüchten die Flicks nach Österreich, die Konzerne in die Dublin Docks und die Handwerker in die Schwarzarbeit.

Allein die Steuerflüchtlinge, die ihr Kapital bei Banken, etwa in Luxemburg oder Liechtenstein, bunkern, entziehen dem Fiskus 20 bis 30 Milliarden jährlich an Zinsertragsteuern, schätzt Dieter Ondracek, einst Steuerfahnder in Regensburg, heute Chef der Deutschen Steuergewerkschaft. Und die Boombranche schlechthin, die Schwarzarbeit, dürfte sogar rund 150 Milliarden Mark am Finanzamt vorbeischleusen.

Steuer-Deutschland ist verkommen zu einem Paradies für Trickser, Täuscher und Hinterzieher – und zu einem Strafgefangenenlager für alle anderen, für die große Masse. Lapidar bemerkt der Kölner Rechtsprofessor Joachim Lang: „Steuern zahlen die Ehrlichen und die Dummen – und diejenigen, die keine Lobby in Bonn haben.“

Es ist ein gefährlicher Trend, der die Demokratie an ihrem empfindlichsten Nerv trifft: Denn der Frust über das Abgabensystem fördert den Staatsverdruß, den Ärger über die da in Bonn. Nirgends erfahren Millionen Bundesbürger schließlich einen härteren Eingriff in ihre Privatsphäre. Die Begehrlichkeiten des Fiskus sind „ein er-



Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

laubter Raub“, wie der heilige Thomas von Aquin schon im 13. Jahrhundert bemerkte, aber eben ein Raub.

Allein 1997 sackten die staatlichen Abkassierer 797 Milliarden Mark ein. Hinter dem Marsch in die Steuerrepublik steckt dabei zweierlei: das übertriebene Anspruchsdenken von mächtigen Interessengruppen, die den Staat als unerschöpfliches Füllhorn ansehen. Und die Allmachtsphantasie einer Politik, die glaubt, alles regeln zu müssen. „Das Steuersystem“, stellt Manfred Rose fest, „ist immer auch ein Spiegelbild der Gesellschaft.“

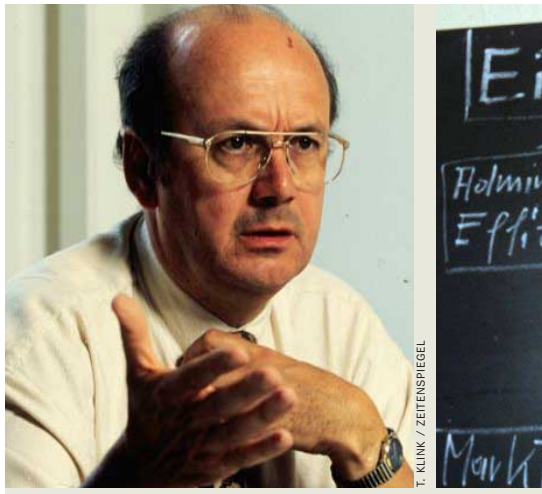
Wenn nach der Wahl die wichtigste Einnahmequelle des Finanzministers eine Generalüberholung erfahren soll, muß es deshalb um mehr gehen als um ein paar technische Details. In einer Republik, die durch Besitzstandsdenken gelähmt ist, muß eine grundlegende Debatte über das Staatsverständnis geführt werden: Welche Ansprüche von Bürgern und Unternehmen sind berechtigt, welche Subventionen und Sozialleistungen längst unsinnig? Was soll der Staat selbst leisten, wo soll er sich eher zurückziehen? Wieviel Geld darf der Fiskus dafür von seinen Bürgern einfordern und über seine Etats umverteilen?

Solange die Prioritäten nicht entschieden sind, doktern die Finanzpolitiker nur an den Symptomen herum: Schlanker Staat? Gern. Da applaudieren alle. Aber welche Konsequenzen hat das für die Betroffenen? Weniger Polizei? Weniger Schulen? Weniger Lehrer? Weniger Straßen? Wollen wir das wirklich?

Der Ruf nach weniger Staat ist jedenfalls wohlfeil, solange nicht klar ist, daß dies auch individuellen Verzicht bedeutet. „Der Bürger wünscht sich den Staat an seiner Seite, nicht vor seiner Nase“, sagt Gerhard Schröder. Hübsch formuliert. Doch allzugern mogeln sich alle, die Politiker, die Bürger, die Verbände, an den Wahrheiten vorbei, ohne klar zu definieren, welche Dienstleistungen sie vom Servicebetrieb Staat weiterhin einfordern und auf welche sie gut und gern verzichten können.

Bestimmte Aufgaben kann nur der Staat erledigen, den Schutz der Grenzen, die Bekämpfung der Kriminalität, die Bundeswehr. Da läßt sich nichts privatisieren. Aber muß der Bund am Rhein bei Oberwinter unbedingt einen Yachthafen betreiben? Oder in Madrid ein Reisebüro?

Und muß die staatliche Wirtschaftsförderung, zumal in einer Marktwirtschaft, alles und jeden alimentieren? Allein an Subventionen, so berechnete jüngst das Kieler Institut für Weltwirtschaft, flossen im vergangenen Jahr über 290 Milliarden Mark. Mit dicken Zuschüssen bedacht werden Landwirte in Bayern, Zechenbesitzer im Saarland, Stahlkonzerne am Rhein und Abschreibungsgesellschaften im ganzen Land, alles in allem fast dreimal soviel, wie die Bundesregierung in ihrem Subventionsbericht offiziell ausweist.



Bareis

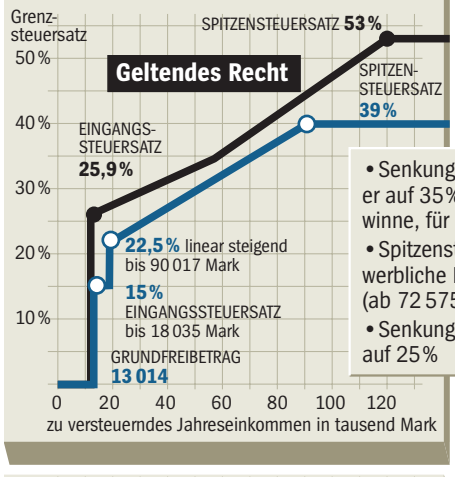
Die Radikalreformer

wollen im deutschen Steuerrecht gründlich aufräumen – oder es am liebsten gleich gegen ein neues System austauschen. Hans-Peter Bareis und Gunnar Uldall haben mit ihren Vorschlägen die Idee einer Steuerreform in Deutschland überhaupt erst populär gemacht, Man-

Trotz aller Privatisierungen und Sparanstrengungen für den Euro fließt immer noch fast jede zweite Mark, die in Deutschland erwirtschaftet wird, durch die Finger der öffentlichen Hand, und das läßt sich nicht bloß durch die gewaltigen Lasten der

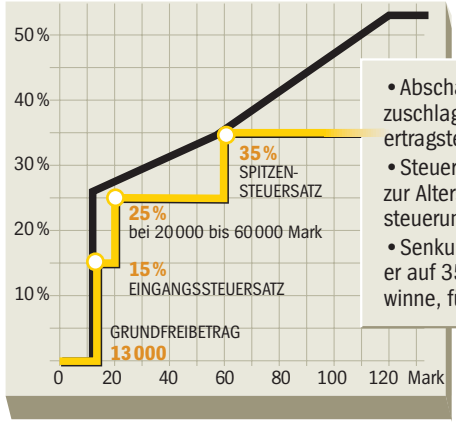
Senken, aber wie?

Steuerkonzepte der Parteien



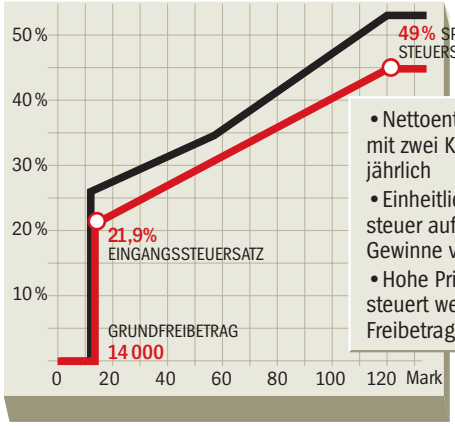
CDU/CSU

- Senkung der Körperschaftsteuer auf 35% für einbehaltene Gewinne, für ausgeschüttete: 25%
- Spitzensteuersatz für gewerbliche Einkünfte 35% (ab 72 575 Mark)
- Senkung des Zinsabschlages auf 25%



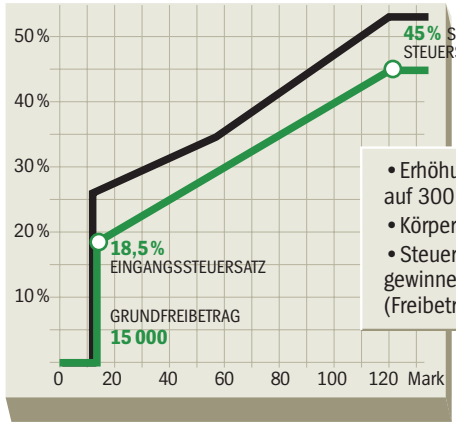
F.D.P.

- Abschaffung des Solidaritätszuschlags und der Gewerbeertragsteuer
- Steuerfreiheit für Beiträge zur Altersvorsorge, dafür Besteuerung von Alterseinkünften
- Senkung der Körperschaftsteuer auf 35% für einbehaltene Gewinne, für ausgeschüttete: 25%



SPD

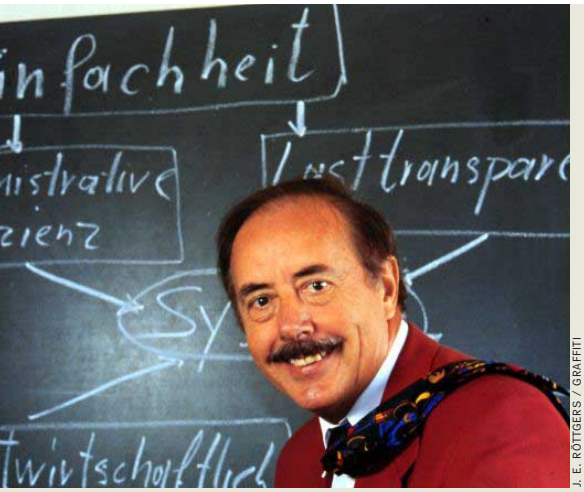
- Nettoentlastung für Familien mit zwei Kindern um 2500 Mark jährlich
- Einheitliche Unternehmensteuer auf ausgeschüttete Gewinne von 35%
- Hohe Privatvermögen sollen besteuert werden (Vermögensteuer); Freibetrag von einer Million Mark



BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

- Erhöhung des Kindergeldes auf 300 Mark
- Körperschaftsteuer 35%
- Steuer auf Veräußerungsgewinne aus Aktiengeschäften, (Freibetrag 1000 Mark jährlich)

DER SPIEGEL



J. E. ROTTGERS / GRAFFITI

Rose



L. CHAPERON / LASA

Uldall

fred Rose hat seine Ideen in Kroatien schon umgesetzt. Allen dreien gemeinsam ist das Ziel, möglichst alle Steuerschlupflöcher zu schließen – und zwar nicht nur für Abschreibungskünstler und Unternehmer, sondern auch für Normalverdiener, Pendler oder Schichtarbeiter. Denn nur ein einfaches, glasklares Steuerrecht ohne Ausnahmen, so lautet ihr Credo, ist wirklich gerecht.

deutschen Einheit erklären, die immer noch über 100 Milliarden Mark jährlich betragen. Acht Jahre nach der Wiedervereinigung geht die Staatsquote nur allmählich zurück – von 50,5 Prozent 1995 auf nun 48 Prozent. Noch in den Sechzigern waren es kaum mehr als 30 Prozent.

Auch jener Mann, der die große Steuerreform in Bonn überhaupt hoffähig gemacht hat, fordert deshalb mehr als „nur eine schlaglichtartige Debatte über Tarifverlauf und Gegenfinanzierung". Hans-Peter Bareis, Betriebswirtschaftsprofessor an der Universität Hohenheim, lieferte 1994 mit einer siebenköpfigen Expertengruppe jenes Papier ab, das Theo Waigel zunächst in Bausch und Bogen verdammte, um es später teilweise als Blaupause zu nutzen.

Das Original der Bareis-Kommission ist ein wagemutiges Konzept. Bareis will nicht nur Sonderabschreibungen für Mietshäuser oder Fabrikgebäude streichen, er greift auch Heiligtümer an. Nicht einmal Spenden sollen abzugsfähig bleiben. Auch Renten oder Krankengeld will er voll versteuern, ebenso Zuschläge für Sonntags- oder Nachtarbeit oder Veräußerungsgewinne reicher Immobilienbesitzer.

Für den Hochschullehrer steckt mehr dahinter als nur eine technische Anleitung. Und so gerät er, wenn er in seinem Zimmer in Schloß Hohenheim über die Schwierigkeiten der Bonner Steuerreformer nachdenkt, gelegentlich ins Philosophieren.

Dann sinniert er über jene hübsche Theorie, die der amerikanische Nobelpreisträger James Buchanan entwickelt hat. Sie handelt von Politikern, die wie gewinnsüchtige Unternehmer denken, von Gesetzgebern, die nichts anderes wollen, als ihren Vorteil zu maximieren, und von Steuerzahlern, die bis zum Verrecken geschröpft werden.

Die Denkwelt von Buchanan, das ist der Leviathan-Staat: ein macht- und geldgieriges Monstrum, dessen nimmersattes Wesen stets mehr verlangt. Automatisch maximieren die Polit-Unternehmer in diesem Land ihre Macht mit der Menge des Geldes, das sie ihren Steuerbürgern abnehmen; zugleich muß die politische Klasse aber jene Gruppen umgarnen, die ihre Wiederwahl sichern. Und schafft deshalb klammheimlich immer neue Schlupflöcher. Und erhöht, um die daraus entstehenden Finanzlöcher zu stopfen, anderswo die Steuern. Ein Teufelskreis, scheinbar ohne Ausweg. In stillen Momenten gibt Bareis zu, „daß ich als Politiker wohl ganz genauso handeln würde".

Auch das deutsche Steuerchaos ist das Ergebnis einer jahrzehntelangen Fummelei an einem veralteten System. Eigentlich nämlich sollten Steuern, so der historische Ursprung, dem Staat die nötigen Einnahmen verschaffen. Die Abgabenordnung definiert sie als „Geldleistungen, die nicht eine Gegenleistung für eine besondere Leistung darstellen" und „allen auferlegt" werden.

Doch allzu faszinierend erschien allen Bundesregierungen die Idee des Steuerns durch Steuern. Zumindest darin haben sie dem Standort Deutschland Weltgeltung verschafft. Da meinen die Parlamentarier, bestimmte Branchen fördern zu wollen, den Schiffbau im Norden etwa oder den

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Wohnungsbau im Osten. Nur sind die Effekte dieser kapitalistischen Planwirtschaft oft anders als gewünscht. In Leipzig oder Dresden lassen sich die Auswüchse der Sonderabschreibung Ost bestaunen, des größten Steuergeschenks aller Zeiten: Verwaiste Bürotürme und Wohnparks zeugen von dieser Fehl-Steuer Ost. Und dennoch war es für Tausende von (trick-)reichen Abschreibungskünstlern ein lohnendes Geschäft.

Es sind Menschen, wie sie Heinz Schleußer herausgefiltert hat. Über 600 Steuerakten ließ der sozialdemokratische Finanzminister von Nordrhein-Westfalen durchforsten, und so stieß er auf jenen Arzt, der zwar mit seiner Praxis 1,75 Millionen Mark verdiente, sich aber an einem ostdeutschen Einkaufszentrum beteiligt hatte und so seine Einkommensteuer von 500 000 Mark auf null drückte.

Was den Wirtschaftspolitikern recht ist, ist den Sozialpolitikern nur billig: Auch sie greifen, wo immer es geht, zum Steuerrecht, wollen lenken und steuern. Oft produzieren sie dabei genau das Gegenteil dessen, was sie anstreben: nicht mehr Gerechtigkeit, sondern weniger.

So bietet das deutsche Steuersystem Vergünstigungen für alles und jeden: für die Ballerina und den Musiker, für Millionen Pendler oder den geschaßten Fußballtrainer. Das System belohnt Eishockeyprofis, die nur sonntags spielen, Hundefreunde, die für ihren Tierverein spenden, und Ehepaare, die sich bloß an den Wochenenden sehen. Wer versteht noch diese wirre Logik von Last- und Gunstverteilung?

Da werden mit der Kilometerpauschale all jene belohnt, die billig auf dem Lande leben, täglich mit dem Auto in die Stadt pendeln und die Luft verpesten. Mit dem gleichen Recht könnten Innenstadtbewohner eine steuerliche Vergünstigung dafür verlangen, daß sie eine höhere Miete bezahlen und in ihrer Eckkneipe mehr für ein Glas Bier bezahlen.

Einen zweistelligen Milliardenbetrag kostet dieses Privileg den Fiskus, und ohnehin können die Finanzämter kaum nachprüfen, ob jemand allein oder ob in einer Fahrgemeinschaft fährt oder ob die errechnete Kilometerzahl stimmt. Klammheimlich, glaubt Dieter Ondracek, Chef der Deutschen Steuer-Gewerkschaft, „werden hier Milliarden hinterzogen“. Warum, so fragt er, muß der Staat eine private Entscheidung, nämlich die Wahl des Wohnsitzes, subventionieren?

Verzweifelt versucht der Gesetzgeber durch immer neue Sonderregeln, jedem Einzelfall gerecht zu werden. Doch allzu willkürlich erscheinen die Regelungen, allzu aufwendig sind die Gesetze, allzu widersprüchlich die Ergebnisse.

Wortreich preist Norbert Blüm immer wieder, wie sehr die Bundesregierung sich um die Vermögensbildung des kleinen Mannes müht. Dabei sind solche Gesetzesungetüme entstanden wie der Paragraph 19a des Einkommensteuergesetzes. Fast 2000 Wörter sind vonnöten, um einen Einkommensanteil von gerade mal 300 Mark jährlich von der Steuer zu befreien. Den bevorteilten Arbeitnehmern bringt das eine Steuerersparnis von etwa 60 Mark.

Als soziale Errungenschaft wurde Anfang 1997 auch das neue „Dienstmädchenprivileg“ gefeiert, wonach jedem für die Kosten von Haushaltshilfen ein Freibetrag von 18 000 Mark eingeräumt wird. Die Neuregelung sollte Zehntausende neue Putzfrauenjobs schaffen, nützte aber eher reichen Villenbesitzern: Weil deren Steuersatz besonders hoch ist, mindert der erhöhte Freibetrag ihre Steuerschuld weitaus stärker als bei jenen, die sich eine Putzfrau kaum leisten können.



J. CHRIST

Steuerfahndung*: *Trickser, Täuscher, Hinterzieher*

Daß zudem jedesmal, wenn einer Minderheit eine Vergünstigung gewährt wird, alle anderen Bundesbürger indirekt mitbezahlen müssen, das vergessen die steuerpolitischen Umverteiler geflissentlich. Und das verschweigen natürlich auch jene Lobbyisten, die diese Besitzstände irgendwann für ihre Klientel erkämpft haben.

Gleichzeitig ventilieren Politiker aller Couleur einen Wust neuer Steuern und Abgaben. Da fährt Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber auf eine Autobahnvignette ab oder Verkehrsminister Matthias Wissmann auf eine zusätzliche Flughafensteuer, um den neuen Flughafen in Berlin zu finanzieren. Nicht minder groß ist der Einfallsreichtum von Grünen und SPD, die von Devisensteuern, Kerosinsteuer oder Schwerverkehrsabgaben träumen.

Von Bonn inspiriert, suchen auch findige Lokalpolitiker nach immer neuen Einnahmequellen. Der Verwaltungsdirektor

* Am 15. Juni bei einer Filiale der Deutschen Bank in Frankfurt.

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

von Wursten, einer Samtgemeinde in Niedersachsen, hat jüngst eine Steuer erdacht, die kaum noch in eine Druckzeile paßt: die „Landschaftsbildbeeinträchtigungssteuer“. Sie soll für alle Windräder in seiner Gemeinde gelten, die mehr als 30 Meter in den Himmel ragen. Und weil eine spezielle Windenergiesteuer nicht erlaubt ist, wird die Abgabe natürlich für alle hohen Bauten fällig.

Angesichts solcher Flickschustereien schütteln Fachleute nur noch den Kopf. Und manch einer bezweifelt, daß sich das kaputte System überhaupt reparieren läßt. Der Kölner Steuerrechtler Joachim Lang plädiert dafür, die Gesetze vollkommen neu zu formulieren, weil dann alle Besitzstände auf den Prüfstand kämen. Ähnlich sieht dies der Karlsruher Verfassungsrichter Paul Kirchhof. Und auch Rose fordert: „Der ganze systemlose Schrott muß weg, alles andere ist Kosmetik.“

In Kroatien hat Rose jedenfalls ein Steuersystem installiert, das mit der herrschenden Steuerlehre nicht mehr viel zu tun hat – eine „marktorientierte Einkommensteuer“, wie es Wissenschaftler nennen. Dahinter steckt eine einfache Idee: Steuern sollen dem Staat zwar stete Einnahmen verschaffen, aber ansonsten den Marktmechanismus unberührt lassen. Deshalb hat Rose nicht nur fast alle verzerrenden Vergünstigungen gestrichen, sondern dafür gesorgt, daß das Sparen und Investieren – der Quell allen Wirtschaftswachstums – nicht mehr bestraft wird.

Den kroatischen Unternehmen gewährt das Zagreber Finanzministerium seither für alle Investitionen einen Schutzzins. Die Firmen müssen nur jenen Profit versteuern, der über den Zinssatz einer Staatsanleihe hinausgeht. Alle Abschreibungstricks werden damit sinnlos, denn sie reduzieren das Eigenkapital – und damit den Schutzzins.

Auch wer als Privatmann einen Teil seines Einkommens spart oder in Wertpapiere anlegt, muß die Zinsen nicht versteuern. Schließlich sei, so argumentiert Rose, das Einkommen bereits einmal der Steuer unterworfen worden. Die Doppelbesteuerung, wie in Deutschland, produziere bloß „eine gigantische Kapitalvernichtung“.

Bonner Finanzpolitiker halten dem üblicherweise entgegen, Zinsen seien ein erneutes Einkommen und der Staat dürfe deshalb wieder zulangen, doch der Heidelberger Hochschullehrer hält dies für falsch, ja sogar für gefährlich: „Wir können doch nicht wie im Mittelalter den fahrenden Kaufmann jedesmal ausnehmen, wenn er durch ein neues Fürstentum rollt.“

Sechs bis zehn Jahre Übergangszeit seien nötig, um sein Modell auch in Deutschland einzuführen, glaubt der Heidelberger Hochschullehrer. Doch die Lust auf etwas grundlegend Neues war in der deutschen Steuerpolitik noch nie groß. Zu stark ist das Beharrungsvermögen der Besitzstandwahrer, zu mächtig sind die Lobbys, zu



Steueroase Guernsey: *Das Kapital fließt häufig dorthin, wo es nicht gleich vom Fiskus*

Zweimal stark geschröpft

Die Steuerbelastung der Deutschen im EU-Vergleich

EINKOMMENSTEUER

Stand 1997

	Spitzensteuersatz	ab einem zu versteuernden Einkommen von … (in Mark)
Belgien	60,8 %	117 612
Dänemark	60,0 %	64 379
Niederlande	60,0 %	83 078
Frankreich	57,9 %	85 623
Deutschland	57,0 %	120 042
Schweden	56,0 %	46 546
Spanien	56,0 %	124 807
Finnland	55,5 %	99 720
Luxemburg	51,3 %	67 476
Italien	51,0 %	306 000
Österreich	50,0 %	99 610
Irland	48,0 %	24 346
Griechenland	45,0 %	93 795
Portugal	40,0 %	61 500
Großbritannien	40,0 %	71 145

KÖRPERSCHAFTSTEUER

auf Unternehmensgewinne, Stand 1997

Italien	53,2 %
Deutschland	48,4 %
Frankreich	41,7 %
Belgien	40,2 %
Irland	36,0 %
Portugal	36,0 %
Spanien	35,0 %
Niederlande	35,0 %
Griechenland	35,0 %
Dänemark	34,0 %
Österreich	34,0 %
Luxemburg	33,3 %
Großbritannien	31,0 %
Schweden	28,0 %
Finnland	28,0 %

Quelle: Finanzministerium

MEHRWERTSTEUER

Stand 1998

Dänemark	25,0 %
Schweden	25,0 %
Finnland	22,0 %
Belgien	21,0 %
Irland	21,0 %
Frankreich	20,6 %
Italien	20,0 %
Österreich	20,0 %
Griechenland	18,0 %
Großbritannien	17,5 %
Niederlande	17,5 %
Portugal	17,0 %
Deutschland	16,0 %
Spanien	16,0 %
Luxemburg	15,0 %

DER SPIEGEL



M. GRINDT / PLUS 49 / VISUM

aufgesogen wird

groß ist die Angst der Haushälter vor Änderungen im sensiblen Einnahmegefüge.

Fast alle 18 Kabinette seit 1949 sind mit dem Versprechen angetreten, das Recht einfacher und gerechter zu machen. Doch nie kam mehr als ein Reförmchen heraus – wenn überhaupt. Erst dem Bundesverfassungsgericht gelang es schließlich, die Steuerchaotiker zur Räson zu bringen. 1992 fällten die Karlsruher Richter ihr Urteil, wonach das Existenzminimum steuerfrei bleiben muß. Finanzminister Waigel schob die Lösung des Problems, weil Wahlen nahten, einer Expertenkommission zu. Doch die fühlte sich unter dem Vorsitz von Hans-Peter Bareis 1994 bemüßigt, gleich noch ein paar Grundsatzfragen zu klären, und forderte: weg mit den Ausnahmen.

Ausgerechnet Waigel, der das Bareis-Gutachten zuerst in den Papierkorb geworfen hatte, wurde, Ironie der Geschichte, unter dem Druck der Verhältnisse doch zum Reformer. Und ausgerechnet die SPD, die immer für Klarheit und Wahrheit im Steuerrecht plädiert hatte, stoppte das Werk im Bundesrat – absurde Steuerwelt.

Wer am Scheitern letztlich schuld war, mag selbst Bareis „nicht mit Inbrunst sagen". Waren es die irrigen Hoffnungen der Koalition? War es die Machttaktik von Oskar Lafontaine? Oder war es einfach der fehlende Wille beider Seiten, mächtigen Interessengruppen weh zu tun?

Daß es durchaus anders geht, daß selbst eine mutige Steuerreform von Regierung und Opposition gleichermaßen getragen werden kann, haben ausgerechnet die Amerikaner bewiesen.

Der republikanische Präsident Ronald Reagan brachte Ende 1984 die wohl gewaltigste Steuerreform auf den Weg, die ein westlicher Industriestaat bis dahin er-

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite


AP

Ökonom Laffer: *Irgendwann ist die Schmerzgrenze erreicht*

lebt hatte. Doch Reagan hätte sein Projekt nie durchgebracht, wenn die Demokraten auf dem Kapitolshügel sich die Idee nicht kurzerhand zu eigen gemacht hätten.

Dan Rostenkowski, demokratischer Chef des „Ways and Means Committee“, stieg damals zum vielleicht mächtigsten Steuerreformer in Washington auf. So brachte eine große Koalition von Republikanern und Demokraten, auch gegen massiven Widerstand in den eigenen Fraktionen und in Wirtschaftsverbänden, schließlich das Undenkbare zu Wege.

Amerika wurde dabei zu Beginn der achtziger Jahre nämlich von ähnlichen Problemen geschüttelt, wie sie Deutschland jetzt erlebt. Die Wirtschaft war erlahmt, und das lag nicht zuletzt an einem Steuersystem, das Spitzenverdienern bis zu 70 Prozent ihres Einkommens raubte. Der einzige Zweig, der unentwegt prosperierte, war die Abschreibungsbranche: Sie produzierte Wolkenkratzer oder Öltanker.

Schuld daran war vor allem Reagan selbst, dessen erste Steuerreform, der „Economic Recovery Tax Act“ von 1981, gründlich mißriet. Gleich nach seiner Wahl hatte er die Reichen und Begüterten mit einer Vielzahl von Vergünstigungen beglückt und so nur ein altes Übel des amerikanischen Steuersystems vergrößert.

Auch zahlten viele Konzerne, obwohl sie gewaltige Gewinne auswiesen, keinen Dollar Steuern. Die Top ten der Freibeuter, darunter AT&T oder Boeing, verbuchten binnen vier Jahren Bruttogewinne von fast 40 Milliarden Dollar, bekamen aber zugleich 1,5 Milliarden vom Fiskus zurück.

Fünf Jahre nach diesem Fehlgriff rissen Republikaner und Demokraten die Mauern vieler Steuerfluchtburgen wieder gnadenlos ein. Dafür hieß es im Gegenzug bei den Steuersätzen: senken, senken, senken.

Die wissenschaftliche Grundlage für diese radikale Maßnahme lieferte ein junger Ökonom namens Arthur Laffer von der University of Southern California. Seine simple Theorie: Wenn der Staat die Steuern erhöht, steigen normalerweise auch seine Einnahmen. Doch irgendwann ist die Schmerzgrenze von Bürgern und Unternehmen erreicht. Zieht die Regierung die Schraube noch weiter an, versiegt der Geldstrom, weil die Lust auf Arbeit erlahmt, immer mehr; bei einem Steuersatz von 100 Prozent muß er null sein.

Anfänglich überzeugte Laffer, von renommierten Kollegen verlacht, damit nur einen Kommentator des „Wall Street Journal“, doch der vermittelte ein Treffen mit einem Experten aus dem Weißen Haus. Das Dinner in einem Washingtoner Restaurant ging ins Geschichtsbuch ein: Weil der Reagan-Mann nicht verstand, griff Laffer zu einer Papierserviette und kritzelte eine glockenförmige Kurve hin, die den Zusammenhang von Staatseinnahmen und Steuersätzen beschrieb – die Laffer-Kurve, die mittlerweile in vielen Lehrbüchern beschrieben wird, war geboren.

Reagan ließ sich überzeugen. Viele Amerikaner zahlten fortan nur noch 15 Prozent Einkommensteuer, der Rest 28 bis 33 Prozent. Und der Höchstsatz für Unternehmen sank von 46 auf 34 Prozent.

Über eine „neue Welt der Fairneß und Einfachheit“ jubelte damals das US-Magazin „Newsweek“. Denn entlastet werden sollten, so sah es der Plan vor, vor allem Familien und Geringverdiener, während die Unternehmen – ganz entgegen der Reaganschen Doktrin der „supply-side economics“, der Angebotspolitik – binnen fünf Jahren rund 120 Milliarden Dollar mehr zahlen sollten. Es war ein erstaunliches Zugeständnis an die Demokraten.

Heute, zwölf Jahre später, fallen die Urteile über die Reform zwiespältig aus. Zweifellos hat sie mitgeholfen, eine neue Dynamik in der US-Wirtschaft zu entfes-

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

seln; und mancher Ökonom sieht darin gar die entscheidende Vorarbeit für jene gewaltigen Haushaltsüberschüsse, die Bill Clinton nun verbucht. Auch die Bonner Koalition verweist deshalb gern auf den „Selbstfinanzierungseffekt“, den eine milliardenschwere Entlastung bringen soll – durch weniger Schwarzarbeit, weniger Arbeitslosigkeit, mehr Wachstum.

Andererseits hat Reagan dafür gesorgt, daß die US-Schulden zunächst auf Rekordniveau stiegen. So hielt er etwa an kostspieligen Sternenkriegsprojekten fest. Der Präsident hintertrieb damit seine eigene Steuerrevolution. Angesichts enormer Haushaltslöcher stieg der Spitzensatz bald wieder auf 39,6 Prozent.

Ein weiteres Übel: Die amerikanischen Kongreßabgeordneten konnten, trotz relativ niedriger Steuersätze, nicht von ihrem Lieblingsspiel lassen – dem Drehen an den Vergünstigungsschrauben. Und so wucherte wieder das Paragraphen-Gestrüpp.

Längst fordern US-Politiker wie Jack Kemp, der sich anschickt, für die Republikaner bei den nächsten Präsidentschaftswahlen ins Rennen zu gehen, deshalb einen erneuten Umbau des Steuersystems. Und diesmal noch radikaler. Dabei präferiert Kemp, einst Förderer von Arthur Laffer, jenes „flat tax“-Modell, das vor zwei Jahren schon der Verleger Steve Forbes propagierte: ein einheitlicher Steuersatz von 17 Prozent auf alle Einkünfte.

Funktionieren kann dieser „flat tax“-Ansatz nur, wenn alle, aber wirklich auch alle Ausnahmen und Schlupflöcher verschwinden – auch jene, die aus scheinbar triftigen Gerechtigkeitsgründen Eingang ins Steuergesetz gefunden haben.

Es ist ein radikaler Ansatz, der auch in Deutschland einen heimlichen Anhänger gefunden hat: den Hamburger Unternehmensberater und CDU-Bundestagsabgeordneten Gunnar Uldall. Der Unionsparlamentarier glaubt, daß nur ein einfaches Steuerrecht ohne eine Ausnahme wirklich gerecht sei: „Jede Vergünstigung für eine Gruppe schreit sonst wieder nach einer Vergünstigung für eine andere Gruppe.“

Vor gut zwei Jahren hat Uldall mit seinen kessen Vorschlägen die Steuerdebatte in Bonn überhaupt erst richtig in Gang gebracht, heute verteidigt er, zumal im Wahlkampf, die „Petersberger Beschlüsse“ seiner Partei. Doch was ist schöner als eine Utopie? Keck bekennt er, daß er seine Vorschläge nach wie vor für besser hält. Und für mutiger.

Eine reine „flat tax“, das weiß Uldall, ist in der Bundesrepublik nicht möglich; dagegen spricht der Grundsatz, wonach jeder gemäß seiner „Leistungsfähigkeit“ zur Kasse gebeten wird, für Millionäre also ein höherer Satz gelten muß als für Stahlarbeiter. Doch den komplizierten linear-progressiven Tarif, an dem Deutschland als einziges OECD-Land festhält, möchte Uldall verbannen: „Es kann doch nicht sein, daß alle Welt doof ist, nur wir nicht.“

Den Ausweg sieht er in einem Stufenmodell: Bis 12 000 Mark sind keine Steuern fällig, darüber hinaus werden für jede verdiente Mark zunächst 8 Prozent fällig, für Einkommensanteile über 20 000 Mark sind es 18 Prozent und für jede Mark über 30 000 Mark 28 Prozent. Uldall würde dabei gern auch mit jenen Ausnahmen aufräumen, an die sich die Koalition nicht herangetraut hat. Er will allein Kinderfreibetrag, Ehegattensplitting und eine Werbungskostenpauschale belassen: „Wir brauchen einen Big Bang.“ Nur dann werde das Ausland aufhorchen.

Dem amerikanischen Ökonomen James Buchanan geht all dies noch nicht weit genug. Er hat angesichts der Schwierigkeiten, auf die alle Steuerreformbewegungen – egal, ob nun in den USA oder Europa – stoßen, die herkömmlichen Lösungsansätze längst verworfen. Hinter all den Versuchen, die Schlupflöcher zu stopfen, wittert er nur wieder den Leviathan-Staat. Und seine Gier nach noch mehr Geld.

Schnöde Gesetze, die sich schnell ändern lassen, reichen Buchanan deshalb nicht. Statt dessen plädiert er dafür, das äußerste Maß für die Steuerlast in der Verfassung festzuschreiben: eine klar definierte Regel, die besagt, wieviel Prozent sich der Staat maximal aneignen darf.

Als Vorbild dient dem Ökonomen dabei jene „Steuerrevolte“, die sich 1978 in Kalifornien zutrug. Damals rebellierten die Bewohner des US-Staates gegen eine übermäßige Grundsteuer, die das lokale Parlament einführen wollte. Der Lohn des Protests: Die Grundsteuer wurde per Verfassung auf maximal ein Prozent begrenzt, weitere neue Steuern dürfen nur noch mit Dreifünftel-Mehrheit eingeführt werden.

Allein ein Verfassungsgrundsatz könne dem steuerpolitischen Aktionismus ein Ende bereiten, glaubt Buchanan. Für den 78jährigen Ökonomen ist es jedenfalls „die einzige authentische Steuerreform, die einer ernsthaften Erwägung wert ist“. ◆



Steuerschlupfloch Schiffsbeteiligung: *Lohnendes Geschäft*



DPA

Steuerschlupfloch Ost-Immobilie (in Heiligendamm): *Das größte Geschenk aller Zeiten*

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

KRIMINALITÄT

Bloß die Lippen gespitzt

Die vom Bundestag beschlossene Gendatei zur Aufklärung von Schwerverbrechen droht ein Flop zu werden. Die Länder haben kein Geld.

Mit großen Worten kündigte der Bundesjustizminister im vergangenen Juni die Wende bei der Verbrechensbekämpfung an. Mit der Einrichtung einer bundesweiten Gendatei, tönte der Freidemokrat Edzard Schmidt-Jortzig, „vollenden wir ein zentrales Reformprojekt zum Schutz unserer Kinder".

Am vorvergangenen Freitag trat das hochgelobte „DNA-Identitätsfeststellungsgesetz" in Kraft. Doch ändern wird es an der kriminellen Wirklichkeit auf absehbare Zeit nur wenig: Den Ländern fehlt es noch an Geld und Personal, die Dateien aufzubauen. Damit droht nicht nur Innenminister Manfred Kanthers Versuch zu scheitern, ein neues, feinmaschiges Fangnetz aufzubauen, auch die ursprüngliche Absicht, mittels einer Zentralkartei Sexualstraftäter zu überführen, ist gefährdet.

Im April ließ er beim Bundeskriminalamt (BKA) per „Errichtungsanordnung" eine zentrale Datenbank erstellen, in der genetische Profile von Straftätern gespeichert werden. Nachdem der Bundestag im Juni das Gesetz beschlossen hat, dürfen Beschuldigten bei Sexualverbrechen sowie etwa bei gefährlicher Körperverletzung, schwerem Diebstahl oder Erpressung Körperzellen zur sogenannten DNA-Analyse entnommen werden; dabei werden die Zellen molekulartechnisch untersucht und gespeichert. Auch bereits verurteilte Straftäter müssen sich dem Gentest unterziehen.

Der kriminaltechnische Nutzen ist unumstritten. „Im Bereich der Sexual- und Gewaltkriminalität", sagt Christian Pfeifer, Direktor des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen in Hannover, „ist der Erfolg nachweisbar." Konrad Freiberg, Vizechef der Gewerkschaft der Polizei, sieht in der Gendatei „den größten Fortschritt seit der Entdeckung des Fingerabdrucks".

Doch Sinn bei der Fahndung macht die Datei nur, wenn in ihr die notierten DNA-Daten aller in Frage kommenden Verdächtigen möglichst lückenlos gespeichert werden – und daran wird es auf absehbare Zeit hapern. Die zuständigen Landeskriminalämter (LKA) sind aus finanziellen Gründen nicht in der Lage, die entsprechenden DNA-Daten in den BKA-Computer einzuspeisen.



M. HORACEK / BILDERBERG

Speichelprobe (in Ramsloh): *„Reformprojekt zum Schutz der Kinder"*

In Bremen, Baden-Württemberg und Bayern existieren vorerst nur Pläne für den Einstieg ins neue Computernetz. Auch Hamburg, Thüringen und das Saarland tun sich schwer, das gerade beschlossene Gesetz umzusetzen. „Wir müssen sehen, wie sich das Ganze entwickelt", sagt Sachsens



DPA

Bundesinnenminister Kanther*
Spott für die „Schaumschläger"

LKA-Sprecher Volker Lange, „wir können nicht auf einen Schlag fünf neue Leute einstellen."

Niedersachsen will demnächst immerhin 4 von insgesamt 16 vorgesehenen Planstellen besetzen. Dort hat der Erfolg des größten DNA-Massentests in der Geschichte der Bundesrepublik die Politiker erweicht, einen Teil der benötigten rund drei Millionen Mark lockerzumachen. Ein Erfolg, der damals nur möglich war, weil das LKA – teils mit Hilfe auswärtigen Personals – Tag und Nacht gearbeitet hatte.

Bei der Fahndung nach dem Mörder der elfjährigen Christina Nytsch aus dem niedersächsischen Strücklingen hatte die Polizei im April von insgesamt 12 400 Männern im Kreis Oldenburg Speichelproben entnommen – darunter die des Täters, Ronny Rieken.

Gut vorbereitet auf die Anforderungen der erweiterten Ermittlungsmöglichkeiten ist nur Rheinland-Pfalz: Die eineinhalb Millionen Mark Kosten sind eingeplant, neue Biologenstellen ausgeschrieben.

Wie viele Experten, technische Assistenten, Bürokräfte und Gerätschaften benötigt werden, weiß niemand genau. Das hängt davon ab, wie viele Proben die Gerichte anordnen werden. Rheinland-Pfalz rechnet mit einer Verdopplung der bisher durchgeführten Tests, Niedersachsen mit einer Verzehnfachung.

Weil sie vom Erfolg der neuen Methode überzeugt sind, arbeiten die Landeskriminalämter zwar, wie Bremens verantwortlicher Kripo-Mann Stefan Rusch sagt, „mit Leibeskräften" am Aufbau der neuen Datei. Aber die leeren Landeskassen verhindern auf absehbare Zeit ein komplettes Zentralregister im Wiesbadener BKA.

Für die Verantwortlichen haben die Fahnder nur Hohn. Man habe sich eben daran gewöhnt, meint der nordrhein-westfälische LKA-Sprecher Friedrich Holtkamp, „daß Politiker jede Woche eine neue Sau durchs Dorf treiben", doch nur in seltenen Fällen würde dem „Spitzen der Lippen auch ein Pfiff folgen". Und Polizist Freiberg spottet über die „Schaumschläger" in den Ministerien und Parlamenten.

Witold Walentowski, Leiter der Verbrechensbekämpfung im Erfurter Innenministerium, tröstet sich über die Diskrepanz zwischen Schein und Sein mit Zynismus hinweg: Thüringen liege wegen seines „ländlichen Erscheinungsbildes" in der Kriminalstatistik ohnehin „ziemlich weit hinten". ◆

* Mit Hermann Schmitter, Leiter des Fachbereichs Serologie beim Bundeskriminalamt, im April.

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

DEBATTE

Heilsame Arznei für den Senator

Generalsuperintendent Rolf Wischnath über die Abschiebepraxis des Berliner Innensenators Jörg Schönbohm und den Widerstand der Kirchen



M. TRIPPEL / IMAGES.DE

Nach dem Studium der Theologie in Göttingen, Groningen und Bonn war Rolf Wischnath, 50, lange Zeit Pfarrer in Westfalen und im Rheinland. Seit 1991 ist er Mitglied der EKD-Synode, vier Jahre später wurde er zum Generalsuperintendenten für das östliche und südliche Brandenburg und damit zu einem der Stellvertreter des Bischofs der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg gewählt.

Normalerweise gestalten sich hierzulande die Umgangsformen zwischen Politikern und kirchlichen Repräsentanten moderat. Da fällt es schon aus dem Rahmen, wenn zwei leitende Geistliche – in diesem Fall der evangelische Bischof von Berlin-Brandenburg, Wolfgang Huber, und der katholische Erzbischof von Berlin, Georg Kardinal Sterzinsky – zusammen einen Brief verfassen.

Jüngst schrieben beide Berlins Regierendem Bürgermeister Eberhard Diepgen „in gemeinsamer Sorge und wegen der grundsätzlichen Bedeutung des Themas“. Sie verwahrten sich gegen die Art und Weise der Abschiebung von zwei größeren Gruppen bosnischer Flüchtlinge Anfang Juli. Innensenator Jörg Schönbohm und seine Verwaltung hatten im Morgengrauen Wohnheime umstellen lassen. 74 Flüchtlinge wurden abgeholt, wie Schwerkriminelle in Sicherungsverwahrung gesteckt und ausgeflogen. Die Umstände dieser Abschiebung waren so unmenschlich, daß selbst besonnene Zeitgenossen wie Heiner Geißler, Christian Schwarz-Schilling, Hans Koschnick oder Inge Deutschkron („Gestapo-Methoden“) sich zu heftigen Protesten und Vergleichen veranlaßt sahen.

Natürlich schrieben die Berliner Bischöfe nicht in diesem Ton. Sie erinnern sachlich an die Analysen humanitärer Organisationen über die Zustände in den bosnischen Flüchtlingslagern, zitieren Rechtsdeklarationen, erwähnen „ernsthafte Vorwürfe gegen die Durchführung der Festnahme- und Abschiebeaktion“ und mahnen beim demokratischen Rechtsstaat an, daß er „unnötige Härten vermeidet“.

Aber unter Berlins Bären und Brandenburgs rotem Adler ist die Politik den Kirchen gegenüber robust. Vor allem müssen Wahlen gewonnen werden. Und im Blick auf Wahlentscheidungen, sagen Wahlforscher, sind Kirchenproteste kaum ausschlaggebend. So mögen die Bischöfe denn schreiben …

Solche Sturheit brachte den Kardinal aus der Fassung. Er protestierte gegen die Ausflüchte und Verharmlosungen, mit denen der Innensenator die Aktion schönredete. Es könne nicht angehen, erklärte Georg Sterzinsky, daß er die höflich geäußerten Vorwürfe lediglich pauschal zurückweise; diese Haltung sei „geradezu lächerlich“. Wer so Politik mache, werde den Menschen nicht gerecht: „Man darf sich nicht wundern, wenn dies sogar Konsequenzen für das Verhältnis von Staat und Kirche hat.“

In evangelischen Kreisen kursiert derweil das Predigtmanuskript Wolfgang Hubers aus dem Gedenkgottesdienst „Fünf Jahre neues Asylrecht“ in der Kreuzberger Kirche „Zum Heiligen Kreuz“. In dieser Predigt verweist unser Bischof darauf, daß das Verhältnis zu Ausländern und Flüchtlingen unmittelbar dem Gebot Gottes untersteht. Daran hängt also die Gottesbeziehung – mithin auch die eines Politikers. Unter Hinweis auf das Dritte Buch Mose („Du sollst den Fremdling lieben wie dich selbst … Denn ich bin der Herr, euer Gott“) konstatiert Huber: „Dieses knappe Gebot verbindet die Einzigkeit Gottes mit der Würde des Fremden. Wer Gott allein die Ehre gibt, der schließt den Fremden nicht von der gleichen Würde aller Menschen aus.“

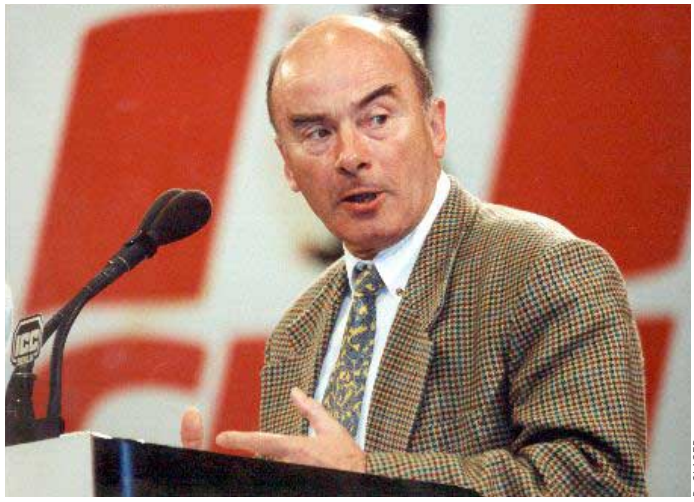
Als wären die bittenden und dringlichen Worte Schall und Rauch, droht Schönbohm den verbliebenen bosnischen Flüchtlingen, sollten sie nicht „freiwillig“ die gastliche Stadt verlassen: „Wir werden weiterhin von dem Mittel der zwangsweisen Rückführung Gebrauch machen.“ Auch die Nachdenklichkeit, die aus einem inzwischen verfaßten Antwortbrief des Leiters der Senatskanzlei an die Bischöfe spricht, läßt ihn unberührt.

An einem Sonntag spitzt er die Auseinandersetzung zu, indem er sich bei einer Veranstaltung seiner Partei in scharfer Kritik an den Kirchen ergeht und ankündigt, die Zahl der bosnischen Flüchtlinge in Berlin müsse bis Ende Dezember um 4000 bis 5000 abnehmen: „Die Zeit der Gastfreundschaft geht zu Ende.“ Weitere Abschiebungen könnten nicht „maßvoll und unbemerkt“ ablaufen, wie dies die SPD fordere. „Ich werde das als Innensenator auch durchstehen.“

Angesichts dieser Rigidität werden Fragen laut – auch an die Kirche. Könnt ihr nur Worte machen? Ist die Kirche zum Zusehen verurteilt, wenn Politiker wie Jörg Schönbohm und Bayerns Innenminister Günther Beckstein, die öffentlich ihre Zugehörigkeit zur evangelischen Kirche bekunden, sich durch eine menschenunwürdige Ausländerpolitik profilieren? Die Fragen treffen uns ins Mark – und berühren Grundfragen des Kirchenverständnisses

In der Tat ist die evangelische Kirche von ihrem Selbstverständnis her seit der Reformation eine „Kirche des Wortes“. Argumentieren, mahnen und „die rechte Verwaltung“ von Taufe und Abendmahl – das sind ihre Mittel auch im Verhältnis zum Staat und zu Christen, die den „politischen Gottesdienst“ (Luther) versehen. Schon weil die Kirche nicht selbstgerecht sein darf, hält sie an dem Grundsatz „sine vi, sed verbo“ (Ohne Gewalt, durchs Wort – allein!) fest.

Aber die Kirche *muß* auch für ihr Wort einstehen. Deswegen *muß* sie den Streit um Abschiebungen öffentlich führen. Deswe-



P. GLASER

Berliner Innensenator Schönbohm: *„Werde das durchstehen“*

Werbeseite

Werbeseite

gen macht sie Flüchtlingsarbeit. Deswegen *muß* sie widerstehen, wo die Menschenwürde verletzt wird.

Welche Wirkung Worte haben können, wurde mir erneut klar, als mich der SPIEGEL (35/1998) zu diesem Thema befragte und mit einem Satz zitierte: „Man müßte überlegen, ob man Jörg Schönbohm in Berlin und Brandenburg noch zum Abendmahl zulassen kann." Mein Nachsatz war: „Aber das praktizieren wir ja seit ein paar hundert Jahren nicht mehr. Und wen müßte man dann, bei uns selber anfangend, noch ausschließen?" Die Folge: helle Empörung, unablässige Anrufe, Kirchenaustrittsdrohungen, anonyme Briefe, ein Gespräch zwischen Bischof und Innensenator – aber auch Unterstützung durch Gemeindegruppen und Pfarrkonvente. Unversehens hat eine neue Diskussion über die Abendmahlsgemeinschaft und die Verbindlichkeit der Kirchenmitgliedschaft begonnen.

„Man müßte darüber nachdenken …" – ein Satz im Konjunktiv. Dies allerdings ist meine Überzeugung: Eine Kirche, die ihre eigenen Grundlagen ernst nimmt, hat über die Zusammenhänge von Abendmahl, Flüchtlingen, Gemeindezugehörigkeit und Umkehr nachzudenken. Im Berliner Dom, zu dessen Gemeinde Schönbohm nach öffentlichem Bekunden gehört, gilt als Bekenntnisgrundlage der Heidelberger Katechismus von 1563. In ihm ist die „Kirchenzucht" streng geregelt. Da heißt es, daß „nach dem Befehl Christi solche, die unter christlichem Namen unchristliche Lehre oder Wandel führen, nachdem sie etlichemal brüderlich vermahnt sind und von ihren Irrtümern oder Lastern nicht abstehen, der Kirche, oder denen, die von der Kirche dazu verordnet sind, angezeigt und, wenn sie sich an deren Vermahnung auch nicht kehren, von ihnen durch Verbietung der heiligen Sakramente aus der christlichen Gemeinde und von Gott selbst aus dem Reich Christi ausgeschlossen werden …"
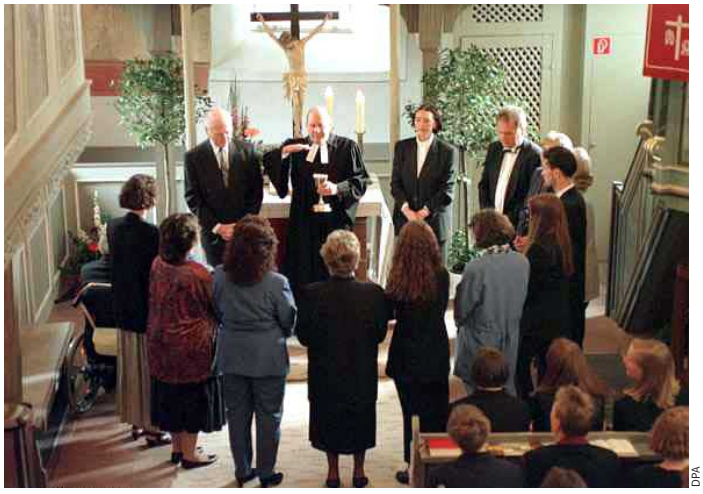
Voraufklärerisches Zeug? Die Kirche als moralische Gouvernante? Sachte: Es ging schon damals nicht um eine mittelalterliche Gruselpraxis, die an einzelnen „öffentlichen Sündern" ein Exempel statuieren, sie ächten und zum Teufel jagen will, wie das deutsche Wort „Kirchenzucht" vermuten läßt. Das Gegenteil bestimmt die Absicht:

Die „Disciplina" – so das lateinische Wort – ist nach evangelischem Bekenntnis eine inständig bittende Aktion. Christen werden auf ihr Christsein angesprochen. Schon nach der Theologie des Heidelberger Katechismus ist der „Abendmahlsausschluß" keine Strafe, sondern nichts anderes als die Feststellung eines Selbstausschlusses auf Grund eines beharrlichen Verhaltens, das mit der Abendmahlsgemeinschaft nicht vereinbar ist. Martin Luther nennt diesen „kleinen Bann" als äußerste Möglichkeit einer Gemeinde „eine heilsame Arznei, die uns vor dem Schlimmsten bewahren will".

Was aber hat eine unmenschliche Abschiebung von Kriegsflüchtlingen mit dem Abendmahl zu tun?

Im Abendmahl geschieht nach dem Verständnis aller Christen die lebendige Begegnung mit Jesus Christus. Und darum ist die Abendmahlsgemeinde keine geschlossene Gesellschaft und kein loser Haufen; sie ist vielmehr eine Gemeinschaft, die gerade diejenigen geringsten Brüder und Schwestern Jesu einbezieht, in denen Jesus uns begegnen will. Und Flüchtlinge sind nach biblischem Zeugnis nicht die nach monatlichen Planvorgaben Abzuschiebenden, sondern diejenigen, auf deren Seite Gott selber steht und von denen Christus sagt: „Was ihr einem unter diesen Geringsten meiner Brüder getan habt, das habt ihr mir getan."

Ein Abendmahlsgottesdienst symbolisiert die verheißene Einheit der Menschen in Gerechtigkeit und Gleichheit. Und so ergibt sich aus jedem Abendmahl eine besondere Verpflichtung gegenüber jenen, mit denen sich Christus identifiziert. Und das ist exakt der Kern des christlichen Menschenbildes, das christliche Demokraten ihrem eigenen Anspruch gemäß als Unterschei-



Evangelischer Abendmahlsgottesdienst: *„Kein loser Haufen“*

dungsmerkmal hervorheben und zum Maß für eine Politik in „Verantwortung vor Gott“ machen. Sie sollten sich danach auch befragen lassen.

In brennender Sorge muß jede christliche Gemeinde sein wegen der Gefährdung ihrer Abendmahlsgemeinschaft durch die Ablehnung und Abschiebung von Fremden. Denn bezüglich einer laxen Abendmahlspraxis wird im Neuen Testament die schärfste Warnung und Befürchtung für den Zusammenhalt der Gemeinde ausgesprochen. Der kürzlich verstorbene, international bekannte Neutestamentler Ernst Käsemann hat es einmal so zugespitzt: „Man kann an Jesu Tisch loben, beten, andächtig und doch ein Verräter wie Judas sein, welcher immerhin das Herrenmahl mitgefeiert hat.“ Weiter heißt es: „Im Aberglauben lebt jeder Jünger, der seinen Nächsten unversorgt und lieblos im irdischen Inferno läßt.“

Nach evangelischer Ordnung ist jede Art von Kirchenzucht nicht Sache der Bischöfe und Superintendenten, sondern immer Sache einer konkreten Kirchengemeinde. Und da gibt es in der Tat seit einigen hundert Jahren keine geregelten Verfahren mehr. Die Kirchenzucht ist hierzulande faktisch aufgegeben. Und die „heilsame Arznei“ wird auch anderswo kaum noch heilsam ausgeteilt.

Zu DDR-Zeiten hat es Ansätze gegeben, Kirchenzucht ausgerechnet im Blick auf Jugendliche wiederzubeleben: Viele, die an der atheistischen Jugendweihe teilgenommen hatten, wurden zumindest zeitweilig von der Konfirmation ausgeschlossen.

Und heute? Unverzichtbar ist die Einsicht, daß sich Christen mit einem öffentlich zum Skandal werdenden Fehlverhalten von Mitchristen nicht stillschweigend abfinden dürfen. Jede christliche Gemeinde muß darum für ein verbindliches Miteinanderreden sorgen, heute angesichts der wachsenden Ausländerfeindlichkeit besonders mit all denen, die sich ihr anpassen, menschenunwürdige Abschiebungen verantworten, rechtfertigen, durchführen oder ihnen gleichgültig gegenüberstehen. Das Ziel solcher Gespräche ist die Aufhebung des Skandals und die Wiederherstellung der Abendmahlsgemeinschaft.

An dem Mitchristen Jörg Schönbohm, der nicht nur in Berlin begeisterte Anhänger hat, hat sich exemplarisch eine pastorale Diskussion entzündet. Sie betrifft nicht nur ihn, sondern die Kirche insgesamt. Vor allem muß es dabei um die Flüchtlinge gehen, für deren Menschenwürde die Kirchen eintreten. Wahrscheinlich hat er die Stimmung in der Mehrheit der Bevölkerung zutreffend erfaßt, wenn er unter Beifall erklärt, er werde weitere Abschiebungen politisch „auch durchstehen“. Wie er sie als Christ besteht, steht auf einem anderen Blatt. ◆

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

ZEITGESCHICHTE

Dienstbare Geister

Verspätet beschäftigen sich die deutschen Historiker mit der Vergangenheit einiger Nachkriegsgrößen ihrer Zunft. Theodor Schieder, Werner Conze und Hermann Aubin bereiteten die Vertreibung von Polen und Juden am Schreibtisch vor.



Vertreibung polnischer Juden in Sieradz (1940): *„Herd gefährlicher Unruhe“*

Die drei erwiesen sich als willige Helfer. Sie waren ehrgeizige Wissenschaftler, und das NS-Regime interessierte sich für ihre Forschung. Der eine Nachwuchshistoriker schlug dem Reichsinnenministerium vor, Millionen Juden aus Polen zu vertreiben; der zweite plädierte für die „Entjudung von Städten und Marktflecken“; der dritte, älter als die beiden und schon Professor, bot an, „unsichere Elemente“ in den besetzten Gebieten zu ermitteln.

Theodor Schieder, Werner Conze und Hermann Aubin gehörten nach dem Zweiten Weltkrieg zur Elite der Historikerzunft. Sie machten erneut Karriere, bauten in Köln, Göttingen und Hamburg die Universitäten wieder mit auf und prägten das Geschichtsbild der jungen Bundesrepublik. Ihre Anfänge im Dienste des Dritten Reiches, ihren Beitrag zur Vertreibung von Polen und Juden behielten sie für sich.

Seit 50 Jahren versuchen ganze Heerscharen von Historikern herauszufinden, wie es zum Holocaust kam. Auf die Spuren der damals dienstbaren Geister in der eigenen Zunft sind sie mit großer Verspätung gestoßen – aus naheliegenden Gründen. Wer nach dem Zweiten Weltkrieg als Nachwuchshistoriker in der Vergangenheit der Lehrstuhlinhaber wühlte, gefährdete sein Fortkommen.

„Wie soll ein Schüler, der Karriere machen will, seine eigenen Lehrer belasten“, beschrieb der Vorsitzende des Historiker-Verbandes, Johannes Fried, 56, den Opportunismus seiner Generation. Auf dem Historikertag in Frankfurt vorvorige Woche forderte er zur „Selbstprüfung der eigenen Disziplin“ auf.

Die Selbsterforschung kommt spät genug, denn die Hauptverdächtigen sind mittlerweile tot. Ihre Werke verteidigen ihre akademischen Schüler, die wiederum von der nächsten Forschergeneration für soviel Verständnis kritisiert werden.

Conze, Schieder und Aubin gehörten zu jenen Geschichtswissenschaftlern und Archivaren, die während des Dritten Reiches für die sechs „Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften“ (VFG) arbeiteten, die einen geheimen Forschungsverbund bildeten. Wie Aktenfunde belegen, die von den Historikern Michael Fahlbusch und Ingo Haar ausgewertet wurden, griffen die SS und die Verwaltung in den annektierten Gebieten im Osten auf die Arbeiten der Wissenschaftler zurück**.

Knapp 1000 Historiker, Archivare, Soziologen, Geographen und Volkskundler erstellten Landkarten, die Dörfer mit mehr als zehn jüdischen Einwohnern auswiesen. Sie legten Personendateien an, deren sich die Gestapo bediente, und sie lieferten den Nazi-Behörden Gutachten, in denen sie ethnische Säuberungen befürworteten.

Die meisten Mitarbeiter der VFG hatten sich während der Weimarer Republik der Volkstumsforschung im Sinne einer nationalistischen Hilfswissenschaft verschrieben. Deutschland verlor nach dem Ersten Weltkrieg ein Siebtel seiner Fläche; Millionen Deutsche lebten fortan jenseits der heimatlichen Grenzen. Die Wissenschaft lieferte die Begründung für die Grenzrevision, die Hitler von Anfang an anstrebte.

Von den Nationalsozialisten hielten die jungen Wissenschaftler und Studenten



J. GUNTHER

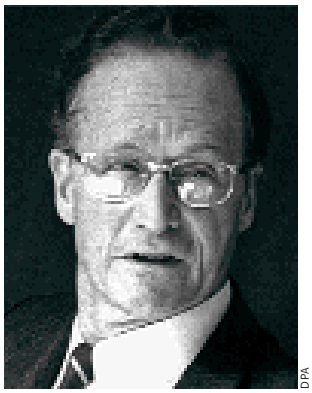
Historiker Aly, Fahlbusch*: *„Disziplin auf dem Prüfstand“*

* Auf dem Historikertag in Frankfurt vorvergangene Woche.
** Michael Fahlbusch: „Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik?“ Nomos Verlag, Baden-Baden; erscheint Ende 1998.



BUNDESBILDSTELLE

Oberländer, Adenauer (1958): *Minister mit Vergangenheit*



DPA



P. FISCHER

Historiker Conze, Schieder: *Dienstbare Geister*

zunächst wenig. Dem Historiker Schieder (1908 bis 1984) waren die braunen Horden zu unintellektuell; ihren Antisemitismus lehnte er ab. Schieder gehörte zum Kreis um den Königsberger Historiker Hans Rothfels (1891 bis 1976). Der konvertierte Jude, Frontoffizier des Ersten Weltkriegs, war so konservativ, daß die Studenten ihn nach den Farben des Kaiserreichs „Schwarz-Weiß-Rothfels“ nannten. Die Slawen hielt er für unfähig, eigene Staaten zu errichten. Rothfels träumte von einem europäischen Großreich unter deutscher Führung.

Die Nähe zu den Nationalsozialisten ergab sich erst, als Hitler an der Macht war. Das Dritte Reich, so Rothfels, habe den Vorteil, daß es die „Befreiung und Freihaltung des deutschen Bodens“ anstrebe. Dennoch verlor der Nationalkonservative 1934 seinen Lehrstuhl und emigrierte fünf Jahre später; er ging in die USA, kehrte 1951 nach Deutschland zurück und lehrte fortan in Tübingen.

Der Meister mußte auswandern, seine Schüler, auf der Suche nach Jobs und fasziniert von der Nähe zur Macht, dienten sich den neuen Herren an.

Die Nachkriegskoryphäe Conze (1910 bis 1986) stellte voller Genugtuung fest, daß in Weißrußland der Name des Führers „in die entlegensten Dörfer gedrungen ist, wegen seiner klaren Politik in der Judenfrage“. Schieder ließ nun in seine Reiseberichte, die er an das Auswärtige Amt schickte, antisemitische Phrasen einfließen.

Schieders und Conzes neuer Mentor wurde der Nationalsozialist Theodor Oberländer (1905 bis 1998), in der Nachkriegsrepublik Vertriebenenminister unter Konrad Adenauer. Der Königsberger Professor hatte schon 1923 an Hitlers Marsch zur Münchner Feldherrnhalle teilgenommen. Seine Schützlinge brachte er in der Nordostdeutschen Forschungsgemeinschaft (NOFG) unter; Schieder machte er zum Direktor eines neu gegründeten Instituts.

Die NOFG war eine der sechs Forschungsverbände, die sich mit dem Deutschtum weltweit beschäftigten. Die Ergebnisse sollten dem „Grenzkampf“ dienen.

Die Forschungsmethoden der hilfreichen Wissenschaftler waren so modern, daß Conze, Schieder und Aubin (1885 bis 1969) nach 1945 daran anknüpfen konnten. Anstatt mit den großen Männern der Geschichte beschäftigten sie sich mit dem Volk, benutzten erstmals Statistiken und betrieben Wahlforschung. In der Bundesrepublik entwickelte sich aus diesen Ansätzen die Sozialgeschichte, die bis heute Lehre und Forschung an den Universitäten dominiert.

Den Nationalsozialisten, die mit Hilfe deutscher Minderheiten Polen und die Tschechoslowakei destabilisieren wollten, kamen die Forschungsgemeinschaften gelegen. Deren Wissenschaftler unterbreiteten Hitler Karten und Daten über die deutschen Siedlungsgebiete im Sudetenland, als der Führer 1938 über die Annexion mit dem britischen Premierminister Chamberlain und seinem französischen Kollegen Daladier verhandelte. Im Spätsommer 1939 ließ sich die Gestapo Statistiken von der NOFG über die jüdische Bevölkerung in jenen Gebieten Polens anfertigen, die nach dem Hitler-Stalin-Pakt an das Reich fielen.

Die Wissenschaftler hielten Osteuropa für unregierbar, solange es dort Juden gab

In die Nähe zum Holocaust gerieten die Wissenschaftler, nachdem die deutsche

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Wehrmacht am 1. September 1939 Polen überfallen und die Hälfte des Landes vereinnahmt hatte. Hitler plante einen gigantischen Bevölkerungstransfer: Polen und Juden wollte er aus den annektierten Gebieten vertreiben; ihren Platz sollten die Deutschen einnehmen, die noch in Osteuropa lebten.

Die NOFG bot sofort ihre Hilfe an. Die Wissenschaft könne nicht warten, „bis sie gefragt wird“, befand Aubin, der an der Universität in Breslau lehrte, am 18. September 1939.

Albert Brackmann, Vorsitzender der NOFG, gab als Forschungsziel vor, „die gesamte Bevölkerungsschicht festzustellen und damit den Verwaltungsbehörden die Möglichkeit der richtigen Behandlung zu geben“. Mit sechs weiteren Kollegen verabredete Aubin eine Denkschrift über „Siedlungs- und Volkstumsfragen in den wiedergewonnenen Ostprovinzen“. Schieder übernahm die Ausarbeitung und empfahl „Bevölkerungsverschiebungen allergrößten Ausmaßes“, um einen „geschlossenen deutschen Volksboden zu schaffen“.

Die vertriebenen Polen sollten nach Übersee oder in das Generalgouvernement abgeschoben werden – so hieß jener Teil des eroberten Polen, den die Nazis ihrem Reich lose angliederten.

Schieder, Conze und ihre Kollegen hielten Osteuropa für unregierbar, solange es dort Menschen mosaischen Glaubens gab. Diese bildeten in den Städten meist die Mittelschicht der Handwerker und Kleinkaufleute. Die nichtjüdische Überbevölkerung auf dem Lande, so die verquaste Theorie der aufstrebenden Historiker, könne deshalb nicht in die Städte strömen und sei ein ständiger Unsicherheitsfaktor.

„Die Holländer sind brauchbar als Ersatz für das beseitigte Judentum in den Städten“

Conze und Schieder verlangten deshalb die „Entjudung“ der polnischen Städte; das betraf Millionen Menschen. Andernfalls, so Schieder in seiner Denkschrift, könne „die Zersetzung des polnischen Volkskörpers – besonders wenn das Judentum nicht restlos entfernt werden kann – zum Herd neuer gefährlicher Unruhe werden“.

Hitlers Siedlungsvorhaben und der Holocaust gehörten zusammen. Die Abschiebepläne scheiterten. 1941 begannen die Nazis mit der systematischen Ermordung der europäischen Juden.

Heute streiten die Historiker, ob die Propagandisten der Umsiedlung deshalb als „Vordenker der Vernichtung“ anzusehen sind, wie der Berliner Publizist Götz Aly, 51, behauptet. Sein Gegenspieler Jürgen Kocka, 57, der von Conze gefördert wurde und jetzt Geschichte an der Freien Universität in Berlin lehrt, hält die unmittelbare Wirkung seines einstigen Mentors für „relativ gering“.

Tatsächlich saßen Hitlers Umsiedlungsexperten, oftmals mit SS-Rang, im Vorstand der Forschungsgemeinschaften und erhielten deren Expertisen, darunter auch der Staatssekretär im Innenministerium Wilhelm Stuckart. Er nahm später an der Wannsee-Konferenz teil, die über die Ermordung der Juden beriet.

1943 übernahm die SS die Aufsicht über die Forschungsgemeinschaften. Brackmann behauptete, daß der Führer mehrfach seine Studien auf den Tisch bekommen habe.

Die meisten Historiker aus den Forschungsgemeinschaften mußten vom Holocaust wissen. Schieder half im Dezember 1939 bei der Beschlagnahmung von Archiven im ehemals polnischen Zichenau; dort hatten kurz zuvor ungeordnete Erschießungen von Juden begonnen. Zwei Jahre später bereiste er den nordostpolnischen Bezirk Bialystok und begrüßte hinterher, daß die „Juden nur noch in den Ghetti der Städte anzutreffen“ seien.

Aubin erörterte 1943 im Innenministerium, ob Holländer nach Osteuropa umgesiedelt werden sollten – eine Idee, die SS-Chef Heinrich Himmler verfolgte. „Die Holländer“, erzählte der Referent des Ministeriums den Historikern ganz offen, seien „brauchbar als Ersatz für das beseitigte Judentum in den Städten“.

Schieder wurde vom Wehrdienst freigestellt. 1944 setzte er sich aus Königsberg ins heimatliche Bayern ab. Als der Krieg vorbei war, ließ er sich vom Kurator der Königsberger Universität „innere Unabhängigkeit vom Nationalsozialismus“ bestätigen. Drei Jahre später war er Professor in Köln.

Conze war seit 1939 an der Front, habilitierte sich 1940. Gleich nach Kriegsende bekam er einen Lehrauftrag an der Universität Göttingen. Aubin erhielt im Herbst 1945 eine Professur in Göttingen, 1946 ging er nach Hamburg.

Ihren Forschungsschwerpunkt konnten Schieder und Conze in die neue Zeit retten. Anstatt mit Polen und Juden beschäftigten sich beide nun mit dem Schicksal der Deutschen, die von den Sowjets aus Osteuropa vertrieben worden waren. Schieder sammelte Material „gegen die unberechtigten slawischen Forderungen nach unserer Heimatprovinz“. 1951 wurde daraus die „Dokumentation der Vertreibung“.

Kanzler Adenauer sollte diese Sammlung von Zeugenaussagen bei eventuellen Friedensverhandlungen nutzen. Der aus dem Exil zurückgekehrte Hans Rothfels, Schieders und Conzes ehemaliger Lehrer, vermittelte das Projekt; ihr zweiter Mentor, der Vertriebenenminister Oberländer, bewilligte die Finanzierung. ◆

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

BAHN-UNGLÜCK

Heiße Spur nach München

Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Bahn-Mitarbeiter. Das gebrochene Rad – Ursache des Unglücks von Eschede, bei dem 101 Menschen starben – wies schon vor der Abfahrt des ICE in München Mängel auf, die auch registriert wurden. Doch niemand schlug Alarm.

Die Bilder von Eschede gingen um die Welt: Die Waggons des ICE „Wilhelm Conrad Röntgen“ hatten sich, riesigen Mikado-Stäben gleich, in der Nähe des niedersächsischen Dorfes unter einer Straßenbrücke zusammengeschoben.

Ein Billigteil warf den 50 Millionen Mark teuren Wunderzug am 3. Juni aus der Spur. An der dritten Achse des ersten Waggons brach bei Kilometerstein 55,1 ein sogenannter Radreifen und stellte eine von zwei Weichen um – der ICE raste mit Tempo 200 gegen die Brückenpfeiler.

In dem Haufen zerfetzten Stahls und zersplitterter Scheiben, vom Blut der Opfer rot gefärbt, starben 101 Menschen; 88 wurden zum Teil lebensgefährlich verletzt.

Den ICE mit der Nummer 884 wird es im deutschen Bahnverkehr nie wieder geben, auch den Namen des Physikers soll kein Zug mehr tragen. Die Bahn will die Erinnerung an das schwerste Unglück in der Geschichte der Hochgeschwindigkeitszüge tilgen.

Doch das Grauen von Eschede hat ein Aktenzeichen: 161 Js 12121/98. Das Verfahren wegen des Verdachts der fahrlässigen Körperverletzung und fahrlässigen Tötung hat sich in den gut drei Monaten seit der Katastrophe zu einer der aufwendigsten deutschen Strafsachen entwickelt.

In der Sonderkommission Eschede ermitteln 15 Kriminal- und Bundesgrenzschutzbeamte unter der Leitung von zwei Staatsanwälten. Weil die eigentlich zuständige Behörde in Celle zu klein ist, übernahm die Staatsanwaltschaft Lüneburg das Verfahren.

Aus der ganzen Republik gingen Anzeigen ein. Allein 47 der 104 Überlebenden aus dem ICE 884 haben Strafantrag gestellt. Auch etliche aus den oberen Rängen der Deutschen Bahn AG sind aufgrund der Anzeigen bei der Staatsanwaltschaft zumindest formal als Beschuldigte notiert.

Die Frage, ob die Bahn-Manager juristische Konsequenzen fürchten müssen, ist noch völlig offen. Die Soko Eschede ist zwar schon tief in die inneren Organisations- und Verantwortlichkeitsstrukturen des privatisierten Staatsunternehmens vorgedrungen, aber „sichere Schlüsse“, sagt Oberstaatsanwalt Jürgen Wigger, „sind noch in keine Richtung möglich“.

Die derzeit wichtigste Spur führt nach Bayern. Der gebrochene Radreifen, der auf die Radscheibe aufgezogen wurde wie ein Gummireifen auf eine Autofelge, wies schon bei der Abfahrt vom Münchner Hauptbahnhof Mängel auf. Sie waren bei der Überprüfung des Zuges in der Nacht vom Computer registriert worden. Doch Konsequenzen blieben aus – den Mitarbeitern erschien die Sache nicht gefährlich.

Die Fahnder lassen derzeit das gesamte System des Fortschrittlichkeitssymbols ICE pingelig durchchecken. Drei Gutachten wurden in Auftrag gegeben:

- Die Technische Universität Aachen untersucht die Konstruktion der High-Tech-Waggons, insbesondere die der Achsen und Räder;
- das Fraunhofer-Institut für Betriebsfestigkeit in Darmstadt analysiert die sichergestellten Reste des gebrochenen Radreifens;
- ein Sachverständiger der Technischen Universität Braunschweig prüft, ob bei Planung und Bau von Gleisen, Weichen und Brücke am Unglücksort in Eschede Fehler begangen wurden.

Frühestens Anfang nächsten Jahres sollen die Expertisen vorliegen. Erst dann



AFP / DPA



A. ZAND-VAKILI

Zerstörter Zug bei Eschede, Radüberprüfung im ICE-Werk München: *Bedenkliche Meßdaten auf dem Computerschirm*

Werbeseite

Werbeseite

wird feststehen, ob die Devise vom Tempo ohne Limit weiterhin Bestand hat.

Schon jetzt ist bei der Bahn nichts mehr, wie es vor Eschede war. Noch immer sind nicht alle 59 zur Überprüfung in die Werkshallen beorderten ICE-Züge der ersten Generation wieder auf der Schiene. Erst 43 ICE dürfen wieder fahren, einige davon allerdings nur mit acht statt zwölf Waggons. Was ursprünglich als eine Aktion weniger Tage angekündigt war, zieht sich nun schon seit Monaten hin – neu entdeckte Fehlerquellen machten einen zweiten Rückruf und aufwendige technische Veränderungen notwendig: Die Räder mit den problematischen Radreifen müssen durch sogenannte Monoblockräder ersetzt werden.

Wie sehr der Fall Eschede noch immer die Nation bewegt, zeigte sich am vergangenen Mittwoch: Um 13.19 Uhr meldete die Deutsche Presse-Agentur, der „Zugführer vom Escheder Katastrophenzug verübte Selbstmord“. Obwohl die Meldung schon 28 Minuten später zurückgezogen wurde, belagerten Journalisten und Kamerateams das Haus des Bahn-Angestellten in Langwedel. Seine Tochter mußte unter Polizeischutz gestellt werden, der angebliche Selbstmörder wanderte nichtsahnend mit seiner Frau im Erzgebirge.

Bei der Aufklärung des Debakels müht sich die Bahn um Kooperation. Eine renommierte Anwaltskanzlei koordiniert die Beantwortung der Fragen der Fahnder und die Herausgabe von Bahn-Dokumenten.

So erhielten die Ermittler auch die Computer-Datensätze der letzten Überprüfungen des ICE „Wilhelm Conrad Röntgen“. Im Wust der Meßdaten wurden sie fündig: Der gebrochene Radreifen, Auslöser des Unglücks, wies schon bei der Abfahrt des ICE 884 in München anormale Werte auf.

In der Nacht zuvor war der Schnellzug routinemäßig in der automatischen Radsatzdiagnoseanlage des Münchner ICE-Werks kontrolliert worden. Dabei passierte er mit etwa fünf Kilometern pro Stunde eine Meßstrecke von acht Metern Länge. 48 Sensoren maßen den sogenannten Körperschall, das zwischen Rad und Schiene entstehende Laufgeräusch.

Auf dem Computerschirm wurde jede Abweichung des Rades vom einprogrammierten Idealrad angezeigt. Gleichzeitig ertasteten zwölf optische Sensoren Werte, mit denen der Raddurchmesser bestimmt wird.

Für ein Rad an der dritten Achse des ersten Waggons annoncierten die Meßgeräte eine sogenannte „Unrundung“ erheblichen Ausmaßes. Bahnintern gilt für Unrundungen ein „Betriebsgrenzmaß“ von 0,6 Millimetern. Das Rad des Unglückszuges hatte den Wert um fast das Doppelte überschritten – 1,1 Millimeter.

Zwei Nächte zuvor war der Waggon schon einmal auffällig geworden: Dasselbe Rad wies eine Unrundung von 0,8 Millimetern auf. Nach nur knapp 1500 weiteren gefahrenen Kilometern hatte sich der Wert, der schon bei der vorherigen Prüfung über der Grenzmarke lag, also noch einmal drastisch verschlechtert. Doch niemand schlug Alarm.

In der vergangenen Woche erschienen Staatsanwälte und Kripobeamte im ICE-Werk an der Landsberger Straße. Zwei Tage lang ließen sie sich alle Arbeitsabläufe erklären und vernahmen Zeugen.

Die Beamten müssen die knifflige Frage klären, welche Bedeutung das „Betriebsgrenzmaß“ bahnintern tatsächlich hat – und welche strafrechtlichen Konsequenzen eine mögliche Nachlässigkeit bei der Wartung haben könnte.



DPA

Bergung der Opfer: *47 Strafanzeigen*

Die Bahn AG erklärt, daß Unrundungen an Rädern nur ein sogenanntes „Komfortproblem“ darstellen. Das Rütteln beeinträchtige die Fahrruhe; Kaffee oder Suppe im Bordrestaurant könnten schon mal überschwappen. Auch alle von der Staatsanwaltschaft bisher vernommenen Zeugen bestätigen das. Als Sicherheitsproblem, so die Bahner unisono, habe man die Unrundung nie angesehen.

Die Ermittler haben bis heute keine detaillierten Anweisungen der Bahn AG gefunden, wie das Prüfpersonal bei erkannten Unrundungen vorzugehen hat. Vor allem ist unklar, ob eine Abweichung jenseits des Betriebsgrenzmaßes einen Radaustausch zwingend vorschreibt.

Immerhin: Gegen die beiden Bahnmitarbeiter, die in den betreffenden Nächten den ICE 884 überprüft haben, hat die Staatsanwaltschaft Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der fahrlässigen Tötung eingeleitet. Sie hatten die Meßdaten auf ihrem Bildschirm.

Zunächst waren auch die Werkmeister unter Verdacht geraten. Diese Verfahren wurden jetzt eingestellt: Die Angestellten versicherten glaubhaft, sie hätten von den prekären Werten gar nichts erfahren.

Die Erklärung der Bahn scheint betriebsintern zumindest umstritten. Im Januar, fünf Monate vor dem ICE-Desaster, veröffentlichten zwei Experten im Fachblatt „Eisenbahningenieur“ ihre „Kenntnisse zu aktuellen Problemen am Eisenbahnrad“. Der Dresdner Professor Werner Mombrei und der Diplom-Ingenieur Walter Rode, bei der Bahn AG zuständig für Fragen der Laufwerkstechnik, schrieben:

Unrundheiten bedingen allgemein während der Fahrt die Entstehung von Schwingungen, die zunächst zu erheblichen Einschränkungen des Fahrkomforts und zu Lärmabstrahlungen des Fahrzeugs führen. Mit der Dauer der Wirkung der Schwingungen steigt die Wahrscheinlichkeit der Ausbildung von betriebsgefährdenden Ermüdungsbrüchen.

Ein solcher Bruch führte zur Katastrophe von Eschede.

Den Ermittlern gilt die Münchner Spur als vielversprechend. Aber auch die ursprüngliche Theorie, daß ein nicht erkannter Materialfehler – die zur Entdeckung solcher Schäden eingeführte Ultraschalluntersuchung war schon vor Jahren gestoppt worden – den Bruch des Radreifens verursacht haben könnte, wird weiter verfolgt. Endgültige Klarheit werden erst die Gutachten bringen.

Dann müssen die Staatsanwälte entscheiden, ob der Crash nur einer Verkettung unglücklicher Umstände zuzuschreiben ist – oder ob Fahrlässigkeit im Spiel war. Wenn die Unrundung auch nur teilweise das Desaster von Eschede verursacht hat, wird es auch für die Spitzen-Ingenieure der Bahn womöglich eng: Das Fehlen einer konkreten Anweisung, wie beim Überschreiten des Betriebsgrenzmaßes zu verfahren ist, könnte als „Organisationsverschulden“ bewertet werden.

Wegen der laufenden Ermittlungen verweigerte die Bahn AG in der vergangenen Woche gegenüber dem SPIEGEL jede Stellungnahme.

Ein Vorwurf, soviel ist sicher, ist schon heute nicht mehr aus der Welt zu schaffen: Wäre in der Nacht zum 3. Juni am ICE „Wilhelm Conrad Röntgen“ – für den Komfort der Fahrgäste – das Rad gewechselt worden, würden 101 Menschen noch leben. ◆

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

AUTOINDUSTRIE

Krach bei Lamborghini

Nach dem Einstieg des VW-Konzerns beim Sportwagenhersteller Lamborghini verprellte VW-Chef Ferdinand Piëch erst einmal die Konstrukteure. Die Italiener hatten bereits einen Nachfolger des 350 000 Mark teuren Sportwagens Diablo (500 PS) entwickelt, ehe Lamborghini im Juli unter das Dach der VW-Tochter Audi kam. Der neue Zwölfzylinder-Sportwagen sollte im Frühjahr präsentiert werden. Doch die Pläne wurden Makulatur, als Piëch jetzt den Prototyp inspizierte. Der bullige Zweisitzer, urteilte der VW-Chef, sei „zu weich“ und lasse die „männlichen Formen“ vermissen, die einen Lamborghini auszeichnen. Der Modellwechsel wird sich nun um Jahre verzögern. Audi läßt eine völlig neue Karosserieform entwickeln – unter strenger Aufsicht aus Wolfsburg. „Ich greif’ nur ein, wenn’s zu häßlich wird“, behauptet Piëch.



B. RAUH

Prototyp des geplanten Lamborghini-Modells

OTELO

Abschied von Iridium



Iridium-Handy

Bei den Telefonfirmen Otelo und E-Plus beginnen die Aufräumarbeiten: Aufgeschreckt von einem drohenden Zwei-Milliarden-Mark-Verlust, will sich Miteigentümer Veba von Randaktivitäten trennen. So soll die Beteiligung am Handy-Konsortium Iridium möglichst bald abgestoßen werden. Das Iridium-System, an dem Otelo mit neun Prozent beteiligt ist, galt bis vor kurzem als „Revolution im Telefonmarkt“, weil 66 Satelliten weltweite Erreichbarkeit garantieren. Das Kerngeschäft rund ums Telefon will die Veba dagegen stärken, Minderheitsgesellschafter stören da nur. Den 22-Prozent-Anteil der US-Firma Bell South an E-Plus würde Otelo deshalb gern übernehmen. Die Amerikaner verlangen nach Angaben von Insidern aber mindestens 1,4 Milliarden Mark. Neuer E-Plus-Chef soll RWE-Vorstand und Otelo-Chef Thomas Geitner werden, der dann drei Spitzenpositionen hält.

DRESDNER BANK

Mehr Geld für den Vorstand?

Leistungsgerechte Bezahlung – das fordern deutsche Manager, darunter auch die Vorstände der Dresdner Bank. Im Mai hatte das Geldinstitut deshalb ein Bonussystem für seine Spitzenkräfte eingeführt. Steigt der Aktienkurs stärker als der Bankenindex, erhalten 300 Führungskräfte, darunter der Vorstand, die Option, nach zwei Jahren eigene Aktien günstig zu kaufen. Zusätzlich, so berichten ein Mitglied des Aufsichtsrates und ein Vorstand dem SPIEGEL, gebe es nun einen Vorstoß, auch die festen Bezüge der Vorstände anzuheben. „Das entspricht nicht den Tatsachen“, sagt Vorstandssprecher Bernhard Walter. Seit 1990 sind die Durchschnittsbezüge der Dresdner-Bank-Vorstände um knapp 60 Prozent auf rund 1,8 Millionen Mark gestiegen. Das Tarifgehalt im Bereich Handel, Banken und Versicherungen legte dagegen nur um 20 Prozent zu, das mittlere Gehalt liegt heute bei rund 61 000 Mark.

RWE

Farnung muß gehen

Am Mittwoch dieser Woche will der Aufsichtsrat des Essener RWE-Konzerns die seit Monaten anhaltenden Spekulationen über einen Wechsel an der Vorstandsspitze beenden. Der Vertrag des amtierenden Vorstandsvorsitzenden Dietmar Kuhnt, 61, soll noch einmal bis Ende 2002 verlängert werden. Gleichzeitig wollen die Kontrolleure den Einfluß von Hartmut Mehdorn im Konzern verstärken. Der Vorstandsvorsitzende der RWE-Tochterfirmen Lahmeyer AG und Heidelberger Druckmaschinen AG soll als Chef für die Sparten Maschinen-, Anlagen- und Gerätebau in den Holding-Vorstand berufen werden. Dagegen dürfte die Karriere von Roland Farnung, Vorstandschef der RWE Energie AG, schon bald beendet sein. Die Aufsichtsräte wollen den Anfang 1999 auslaufenden Vertrag des umstrittenen Strom-Managers nicht verlängern.



D. HOPPE / NETZHAUT

Farnung

LUFTFAHRT

Zahlte Rühe Vorzugspreis?

Der Kauf von zwei Lufthansa-Maschinen, den Verteidigungsminister Volker Rühe im Frühsommer gegen den Willen des Bundesrechnungshofs durchdrückte, wird ein Nachspiel haben. Als Kaufpreis für die Gebrauchtjets des Typs Airbus A310, die von Mitte November an der Flugbereitschaft des Verteidigungsministeriums übergeben werden, waren knapp 135 Millionen Mark vereinbart worden. Fachleute halten den Preis für viel zu hoch. Jets dieses Typs gelten als schwer verkäuflich, da sie für ihre Reichweite relativ hohe Betriebs- und Wartungskosten verursachen. Die von Rühe gekauften A310 haben zudem eine geringere Ladekapazität als Standardmodelle, auch das drückt den Preis. Der Rechnungshof will den Deal deshalb erneut überprüfen. Als Grundlage dient den Kontrolleuren eine Übersicht des Branchendienstes „Aircraft Value Analysis“, die aktuelle Marktpreise für sämtliche Gebrauchtflugzeuge verzeichnet. Danach hätten die Jets nur rund 112 Millionen Mark kosten dürfen. Auch ein früheres Geschäft, bei dem die Lufthansa großzügig bedacht wurde, wollen die Rechnungsprüfer noch einmal aufrollen: 1995 hatte Rühe für zwei A310-Maschinen sogar 153 Millionen Mark bezahlt.

VERLAGE

Schnelles Handeln

Die überraschende Annäherung zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und dem Hamburger Verlagshaus Gruner + Jahr in den vergangenen Wochen war nicht zum Nulltarif zu haben. Verlagschef Gerd Schulte-Hillen leistete Vorarbeit, bevor Kohl zum Interview mit dem Ex-Vorstandsmitglied und „Capital"-Herausgeber Johannes Gross bereit war. Schritt eins: G + J überließ der CDU den Titel der einst erfolgreichsten Ostzeitschrift „Neue Berliner Illustrierte" („NBI") für eine Wahlkampfpostille. Entscheidend war Schritt zwei: Als der Verleger Dietrich von Boetticher, einst Partner von G + J und dann Prozeßgegner, die „NBI"-Namensrechte für sich reklamierte, lenkte Schulte-Hillen ein. Er verzichtete darauf, alte Forderungen gegen den früheren Partner einzuklagen, obwohl G + J gute Chancen sah, rund 500 000 Mark von Boetticher zu erstreiten. Der Münchner Verleger und Rechtsanwalt zog daraufhin die Ansprüche auf den „NBI"-Titel zurück, was der CDU im Osten reichlich Negativ-Schlagzeilen und vor allem einen Vertriebsstopp ersparte. Das schnelle Handeln imponierte dem Kanzler, dem schon lange angemeldeten Wunsch nach einem großen „Stern"-Interview stand nichts mehr im Wege. Das aktuelle „Stern"-Cover meldete schon Vollzug: „Bundeskanzler Kohl im Gespräch". Doch der Unionschef zog kurz nach dem Druck des Titelbildes und kurz vor dem Druck des eigentliches Heftes seine Zusage zurück. In einer Beilage hatte die Illustrierte ihm eine Nummer zuvor „das Format eines verbiesterten Kleinlichkeitskrämers" attestiert. Gross konnte den Kanzler dennoch zur Lage des Landes befragen, der Text erscheint im Novemberheft des G + J-Wirtschaftsmagazins „Capital".



„Stern"-Titelbild

PRESSE

Fromme und Stürmer für Springer

Mit zwei prominenten konservativen Galionsfiguren, die früher bei der „Frankfurter Allgemeinen" wirkten, will der Axel Springer Verlag der „Welt am Sonntag" („WamS") neues Profil verleihen. So engagierte der designierte „WamS"-Chefredakteur Kai Diekmann, der als Vertrauter von Kanzler Helmut Kohl gilt, den langjährigen „FAZ"-Innenpolitikchef Friedrich Karl Fromme, 68. Die „Institution im deutschen Journalismus" (CDU-Politiker Wolfgang Schäuble) war bei der „FAZ" 1997 aufgrund einer Altersregel „abgewickelt" worden, wie Fromme selbst befand, und soll nun bei der „WamS" exklusiv als wöchentlicher Kolumnist arbeiten. Zeitgleich mit Fromme bindet Springer den Historiker Michael Stürmer, 59, ans Haus. Der unionsnahe Wissenschaftler, der früher als Vorstandsmitglied der Konrad-Adenauer-Stiftung wirkte und für Helmut Kohl Reden verfaßte, bekommt ein eigenes Verlagsbüro. Stürmer, einst „FAZ"-Kolumnist, soll sowohl in der „WamS" als auch in der Tageszeitung „Die Welt" schreiben.


T. BAUSEN

Fromme

KONZERNE

Kirch setzt auf TV

Stärker auf das Fernsehen konzentriert der Medienunternehmer Leo Kirch seine Firmengruppe. So gibt Kirch nun das jahrelang gepflegte Videogeschäft aus dem Haus, die Tochterfirma Taurus Video verliert damit an Bedeutung. Es handele sich um einen „marginalen Geschäftszweig", sagt ein Firmensprecher. Für rund 70 Millionen Mark verkaufte TV-Stratege Kirch vergangene Woche die Rechte für Video und digitale Film-CD an immerhin rund 5000 Filmen. Nutznießer ist, für die lange Laufzeit von mindestens zehn Jahren, die noch kleine Kinowelt AG. Der Deal betrifft den Kern des Kirch-Imperiums, eine Bibliothek mit Filmen wie „Zwölf Uhr mittags" oder „Citizen Cane", an denen Kirch bisher alle Rechte gehalten hat. Der Münchner Kaufmann, der sich beim Digital-TV hoch verschuldet hat, setzt nun ganz aufs Fernsehen: Er steht kurz davor, die lange ersehnte Mehrheit beim Sender Sat 1 zu bekommen. Das Bundeskartellamt plant, Mitte Oktober seinen Widerstand gegen die beantragte Aufstockung des Kirch-Anteils von 43 auf 58 Prozent aufzugeben und die Übernahme zu genehmigen. Im Gegenzug will das Amt verbieten, daß Kirch seine Beteiligung am Pay-TV-Sender Premiere von 25 auf 50 Prozent erhöht.


PWE

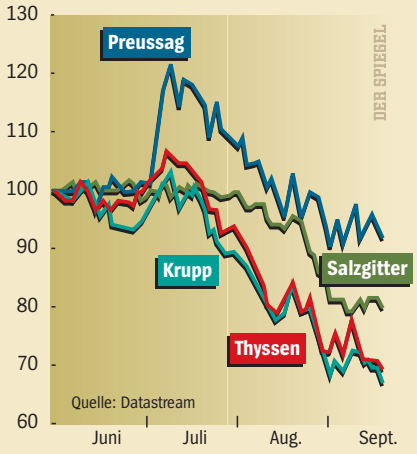
Szene aus „Zwölf Uhr mittags"

S-BAHN-ZEITUNG

Bauer-Tochter startet „Zugmieze"

Nach dem Erfolgsmodell der Stockholmer U-Bahn-Tageszeitung „Metro" startet in Hamburg der deutschlandweit erste Versuch einer Gratiszeitung (Arbeitstitel: „Zugmieze") in der S-Bahn. Die Neugründung des Hamburger Annoncen Avis Verlags, einer 50prozentigen Bauer-Tochter, soll vom 19. Oktober an jeweils montags und donnerstags in einer Auflage von 70 000 Stück an 54 Hamburger S-Bahn-Stationen ausliegen. „Es wird ein farbiges Magazin auf Zeitungspapier", sagt Verlagsgeschäftsführer Michael Bang. Statt auf Politik und Wirtschaft setzt Bang „auf Klatsch und Tratsch aus Hamburg sowie auf Tips für Ausflüge mit der S-Bahn". Die neue Zugzeitung soll sich ausschließlich über den Anzeigenverkauf finanzieren; die S-Bahn Hamburg GmbH wird in jeder Ausgabe eine kostenlose Seite erhalten.

Stahlaktien im Vergleich
2. Juli = 100



AKTIEN

Scheinprivatisierung bei Salzgitter?

Mit massiven Käufen an der Börse stützt die Nord/LB den Kurs der Salzgitter AG. Anfang Juni hatte die Bank zusammen mit dem Land Niedersachsen rund 60 Prozent der Salzgitter-Aktien an die Börse gebracht, schon zwei Tage später kaufte sie für rund 200 Millionen Mark Aktien der Stahlfirma zurück. Mittlerweile besitze das halbstaatliche Institut, so berichten Insider, mehr als 30 Prozent der frei verfügbaren Aktien des Stahlkochers. Viele institutionelle Investoren hätten die Tatsache ausgenutzt, daß der Börsengang ein Politikum war, meint Richard Schramm von der Düsseldorfer Privatbank Trinkaus & Burkhardt. SPD-Kanzlerkandidat Gerhard Schröder hatte dafür gesorgt, daß Niedersachsen Anfang 1998 den Stahlkonzern von der Preussag übernahm, um so den Einstieg eines ausländischen Investors zu verhindern. Der Salzgitter-Deal galt als Beleg für seine engagierte Wirtschaftspolitik. Kritiker sprechen nun wegen des starken Engagements der Nord/LB von „Scheinprivatisierung". Das unternehmerische Risiko liege wieder beim Land und den Kleinaktionären, die nicht rechtzeitig ausgestiegen sind.

AFFÄREN

Geringe Schuld

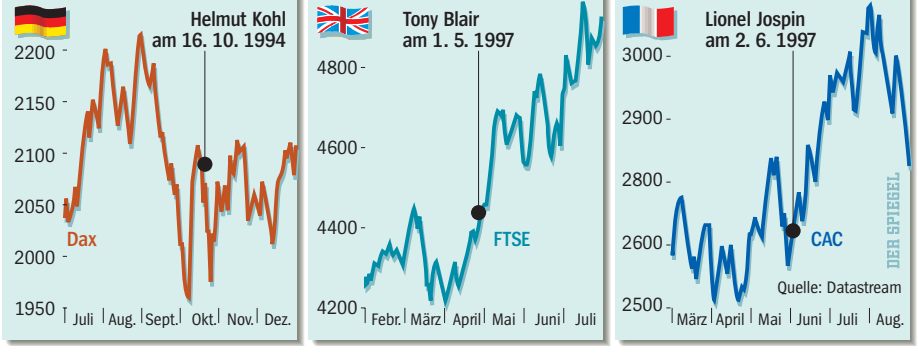
Die Frankfurter Staatsanwaltschaft hat die Ermittlungen gegen den Börsenmakler Holger Timm wegen verbotener Insidergeschäfte eingestellt. Der Chef der Berliner Freiverkehr AG hatte an einem Freitag vormittag 1000 Aktien der Mietwagenfirma Sixt zum Kurs von 173 Mark geordert. Der Makler, so der Verdacht, soll vorab informiert worden sein, daß der Börsenguru Egbert Prior diese Papiere in der abendlichen TV-Sendung „3Sat-Börse" einem breiten Publikum zum Kauf empfehlen würde. Als der Kurs am Montag nach der Prior-Empfehlung auf 230 Mark hochschnellte, verkaufte Timm die Aktien, seine Firma verbuchte 57 000 Mark Gewinn. Wegen „geringer Schuld" will der Staatsanwalt von einer Klage absehen, wenn Timm als „Wiedergutmachung" 150 000 Mark an Museen zahlt. Die Ermittlungen gegen Prior werden fortgesetzt.

BUNDESTAGSWAHL

„Andere Sorgen"

Geht es nach französischen oder englischen Vorgaben, könnte ein Wahlsieg von Gerhard Schröder die Finanzmärkte kurzfristig beflügeln. In Paris und London hatte der Regierungswechsel zu den Linken die Aktienkurse um jeweils mehr als zehn Prozent steigen lassen, Helmut Kohls Wiederwahl 1994 dagegen bremste die Börse erst einmal. „Die Finanzmärkte haben mit Rußland und Clinton wahrlich andere Sorgen", sagt Michael Klein von Sal. Oppenheim. Händler spotten: „Wir haben den Starr-Report gelesen – nicht aber die Parteiprogramme." Wenn eine Reaktion eintritt, könnte die Börse bei einem Sieg Kohls zunächst leicht steigen, bei Rot/Grün leicht fallen, vermuten Analysten, bei einer Großen Koalition sind sie geteilter Meinung. „Deutsche Unternehmen agieren heute weltweit", sagt Barbara Haas, Chefanalystin für deutsche Aktien bei Salomon Smith Barney, „lokale Faktoren wie die Bundestagswahl spielen, wenn überhaupt, nur eine sehr geringe Rolle."

BÖRSENKURSE UND WAHLGEWINNER



SAP

Vom Markt überrascht

Henning Kagermann, 51, Vorstandssprecher der SAP, über den Kurssturz der Aktie seines Unternehmens

SPIEGEL: Vergangene Woche ist der Kurs der SAP-Aktie auf den tiefsten Stand seit fünf Monaten gefallen. Steckt SAP in einer Krise?


dpa

Kagermann

Kagermann: Davon kann keine Rede sein. Aus unserer Sicht gibt es keinerlei Gründe für das überraschende Absacken des Kurses. Das einzige, was sich geändert hat, ist das Umfeld im gesamten Finanzmarkt.

SPIEGEL: Analysten führen den Kurssturz darauf zurück, daß die Geschäfte der SAP deutlich schlechter als erwartet verlaufen.

Kagermann: Wenn das der Fall wäre, hätten wir sofort eine Gewinnwarnung herausgegeben. Das ist gesetzlich vorgeschrieben, wenn wir erkennen, daß wir die zuletzt gegebene Prognose nicht einhalten können. Nach heutigem Stand gibt es aber keinen Grund, von unserer Vorhersage abzurücken, und die sah beim Umsatz ein Wachstum um 40 Prozent und beim Gewinn einen Zuwachs von 30 bis 35 Prozent vor.

SPIEGEL: Beunruhigt es Sie nicht, daß Oracle-Chef Larry Ellison droht, SAP in den nächsten fünf Jahren zu überholen?

Kagermann: Das nehmen wir gelassen. Schließlich hat Ellison schon 1996 behauptet, er werde uns in zwei Jahren überrunden. Wenn er jetzt sagt, er werde uns in fünf Jahren überholen, so ist das für ihn eher ein Armutszeugnis.



Treffen der Regierungschefs in Denver (1997): *Die Optimisten sind verstummt*

SIPA

WELTWIRTSCHAFT

Ein Gespenst kehrt zurück

Ratlos sieht die Politik zu, wie sich die weltweite Finanzkrise immer mehr zuspitzt. Schon warnen Ökonomen vor einer Deflation und fordern eine weltweite Zinssenkung. US-Präsident Bill Clinton will jetzt handeln. Aber wie?

Es war ein milder Junitag in Denver, der Hauptstadt des amerikanischen Bundesstaats Colorado. Die Führer der sieben mächtigsten Wirtschaftsnationen versammelten sich im großen Festsaal, eingeladen hatte Präsident Bill Clinton. Bundeskanzler Helmut Kohl war angereist, Japans Premier Ryotaro Hashimoto und als Extragast Rußlands kränkelnder Patriarch Boris Jelzin.

Die Stimmung war heiter, die Weltwirtschaft in glänzendem Aufschwung. Investoren aus den reichen Ländern pumpten Milliarden nach Asien und Südamerika, und selbst in Rußland schien sich die Marktwirtschaft endlich durchzusetzen. Der freie Welthandel florierte, die Aktienkurse brachen alle Rekorde, an der Wall Street, in Frankfurt und sogar in Moskau.

Das Vorbild für die neue Weltökonomie sei das Modell Amerika, prahlte der US-Präsident: Die global vernetzte freie Marktwirtschaft als Garantie für Wachstum, Vollbeschäftigung und einen ausgeglichenen Staatshaushalt.

Knapp 15 Monate später sind die großen Worte verklungen, die Optimisten verstummt. Wie ein Flächenbrand breitet sich die globale Finanzkrise aus und setzt eine Region nach der anderen in Brand – erst Asien, dann Rußland und jetzt Lateinamerika. Und niemand scheint zu wissen, wie das Feuer zu löschen ist.

„Von der größten finanzpolitischen Herausforderung, die die Welt im letzten halben Jahrhundert gesehen hat“, spricht nun Clinton. Vom „Modell Amerika“ ist nicht mehr die Rede, der Präsident will vielmehr



AFP / DPA

US-Notenbankchef Greenspan
Zinssenkung verweigert

ein Treffen der Finanzminister und Zentralbanker der wichtigsten Industrienationen und von bedeutenden Schwellenländern zusammenrufen, um über eine neue „internationale Finanzarchitektur“ nachzudenken.

Gesucht wird nach einem Weg, die regionalen Krisen rund um den Globus zu bekämpfen – und ein Übergreifen auf die USA und Europa zu verhindern.

Die Schreckensnachrichten nehmen kein Ende: Schon können die Russen nach den privaten Schulden auch ihre öffentlichen Verpflichtungen nicht mehr begleichen und stehen damit vor dem Staatsbankrott. Anstelle von Ende August fälligen 800 Millionen Mark Zinsen zahlten sie nur 50 Millionen an Deutschland – mehr ist auch in den nächsten Wochen nicht zu erwarten.

Brasilien, das wichtigste Wirtschaftsland Lateinamerikas, steht vor dem Kollaps. Weil sie das Vertrauen in die heimische Währung Real verloren haben, schaffen Brasilianer und Ausländer noch immer Geld im Gegenwert von bis zu 900 Millionen Dollar pro Tag außer Landes – tödlich für die angeschlagene Wirtschaft des größten Staates Südamerikas und eine neue Bedrohung für das Weltfinanzsystem.

Plötzlich taucht in der öffentlichen Diskussion ein Wort auf, das selbst Ökonomen eher aus den Geschichtsbüchern kennen: Deflation. Erinnerungen werden wach an die dreißiger Jahre, als die Welt nach dem Oktobercrash 1929 in jahrelange Depression rutschte.

Tatsächlich gibt es Parallelen: Die Rohstoffpreise rutschen bereits wie damals, die Werte von Gold, Kupfer und Öl verfallen, allerorten werden Vermögen vernichtet. Um 30 Prozent schrumpfte der Rohstoff-Preisindex in den vergangenen zwölf Monaten, die Preise für Industriematerial sind inflationsbereinigt auf dem niedrigsten Stand seit den dreißiger Jahren. Allein durch die stürzenden Aktienkurse wurden in den vergangenen zwei Monaten weltweit knapp vier Billionen Dollar Eigentum ausradiert.

In Deutschland sind die Großhandelspreise für Gemüse und andere Lebensmittel so stark gesunken wie seit zehn Jahren nicht mehr, weltweit geraten Bauern wegen der fallenden Getreidenotierungen in Not.

Die Politiker reagieren rat- und hilflos, und die Ökonomen sind sich wieder einmal nicht einig

Ein solcher Preisverfall kann für die Volkswirtschaft fatale Folgen haben – und im schlimmsten Fall zur gefürchteten Deflation führen, zum fortdauernden Verfall von Vermögen und Einkommen.

In diesem Schreckensszenario sinken zunächst Umsätze und Gewinne, der Verbrauch schrumpft. Den Unternehmen fehlt dann Geld zum Investieren, sie streichen immer mehr Jobs. Die Menschen horten ihr Geld, wie schon heute in Japan, was die Wirtschaft weiter abbremst – eine gefährliche Spirale, an deren Ende Konkurse, Bankenzusammenbrüche und massenhaftes Elend lauern.

So weit ist es noch lange nicht, und schon gar nicht in Europa und den USA. Aber schon 40 Prozent der Weltwirtschaft befinden sich in der Rezession. Der Internationale Währungsfonds reduzierte vergangene Woche seine Prognose für das globale Wachstum von über drei auf zwei Prozent. So langsam ging es zuletzt von 1981 bis 1982 voran, in der schlimmsten Rezession seit 1930.

US-Notenbankchef Alan Greenspan hat inzwischen „deflationäre Kräfte“ ausgemacht, und das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin warnte vor der „weltweiten Deflationsgefahr“.

Wie kann der Abwärtssog gestoppt werden? Die Politiker reagieren rat- und hilflos, und die Ökonomen sind sich wieder einmal nicht einig.

Der Krisenplan des US-Präsidenten Clinton, Anfang vergangener Woche vorgestellt, verspricht keine schnelle Abhilfe. Aufgeregt versuchten Bonner Regierungsbeamte daraufhin herauszufinden, was der amerikanische Präsident eigentlich genau im Sinn hatte – ohne Erfolg. Bis Ende der Woche war nur klar, daß das Weiße Haus auch ein gesondertes Treffen von Regierungschefs zu Weltwährungsfragen erwägt. Der Vorschlag wird von Bonner Finanzbeamten als wenig hilfreich angesehen, da die Kenntnisse der Staatslenker in Währungsfragen nicht sonderlich ausgeprägt sind.

Konkrete Maßnahmen dürfen von dem Treffen ohnehin nicht erwartet werden. Statt dessen sollen Arbeitsgruppen bis zum Jahresende Vorschläge zur Reform des Weltfinanzsystems erarbeiten – bis dahin nen Staaten Südamerikas und eine neue Bedrohung für das Weltfinanzsystem.

Plötzlich taucht in der öffentlichen Diskussion ein Wort auf, das selbst Ökonomen eher aus den Geschichtsbüchern kennen: Deflation. Erinnerungen werden wach an die dreißiger Jahre, als die Welt nach dem Oktobercrash 1929 in jahrelange Depression rutschte.

Tatsächlich gibt es Parallelen: Die Rohstoffpreise rutschen bereits wie damals, die Werte von Gold, Kupfer und Öl verfallen, allerorten werden Vermögen vernichtet. Um 30 Prozent schrumpfte der Rohstoff-Preisindex in den vergangenen zwölf Monaten, die Preise für Industriematerial sind inflationsbereinigt auf dem niedrigsten Stand seit den dreißiger Jahren. Allein durch die stürzenden Aktienkurse wurden in den vergangenen zwei Monaten weltweit knapp vier Billionen Dollar Eigentum ausradiert.

In Deutschland sind die Großhandelspreise für Gemüse und andere Lebensmittel so stark gesunken wie seit zehn Jahren nicht mehr, weltweit geraten Bauern wegen der fallenden Getreidenotierungen in Not.

Ein solcher Preisverfall kann für die Volkswirtschaft fatale Folgen haben – und im schlimmsten Fall zur gefürchteten Deflation führen, zum fortdauernden Verfall von Vermögen und Einkommen.

In diesem Schreckensszenario sinken zunächst Umsätze und Gewinne, der Verbrauch schrumpft. Den Unternehmen fehlt dann Geld zum Investieren, sie streichen immer mehr Jobs. Die Menschen horten ihr Geld, wie schon heute in Japan, was die Wirtschaft weiter abbremst – eine gefährliche Spirale, an deren Ende Konkurse, Bankenzusammenbrüche und massenhaftes Elend lauern.

So weit ist es noch lange nicht, und schon gar nicht in Europa und den USA. Aber schon 40 Prozent der Weltwirtschaft befinden sich in der Rezession. Der Internationale Währungsfonds reduzierte vergangene Woche seine Prognose für das globale Wachstum von über drei auf zwei Prozent. So langsam ging es zuletzt von 1981 bis 1982 voran, in der schlimmsten Rezession seit 1930.

US-Notenbankchef Alan Greenspan hat inzwischen „deflationäre Kräfte“ ausgemacht, und das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin warnte vor der „weltweiten Deflationsgefahr“.

Wie kann der Abwärtssog gestoppt werden? Die Politiker reagieren rat- und hilflos, und die Ökonomen sind sich wieder einmal nicht einig.

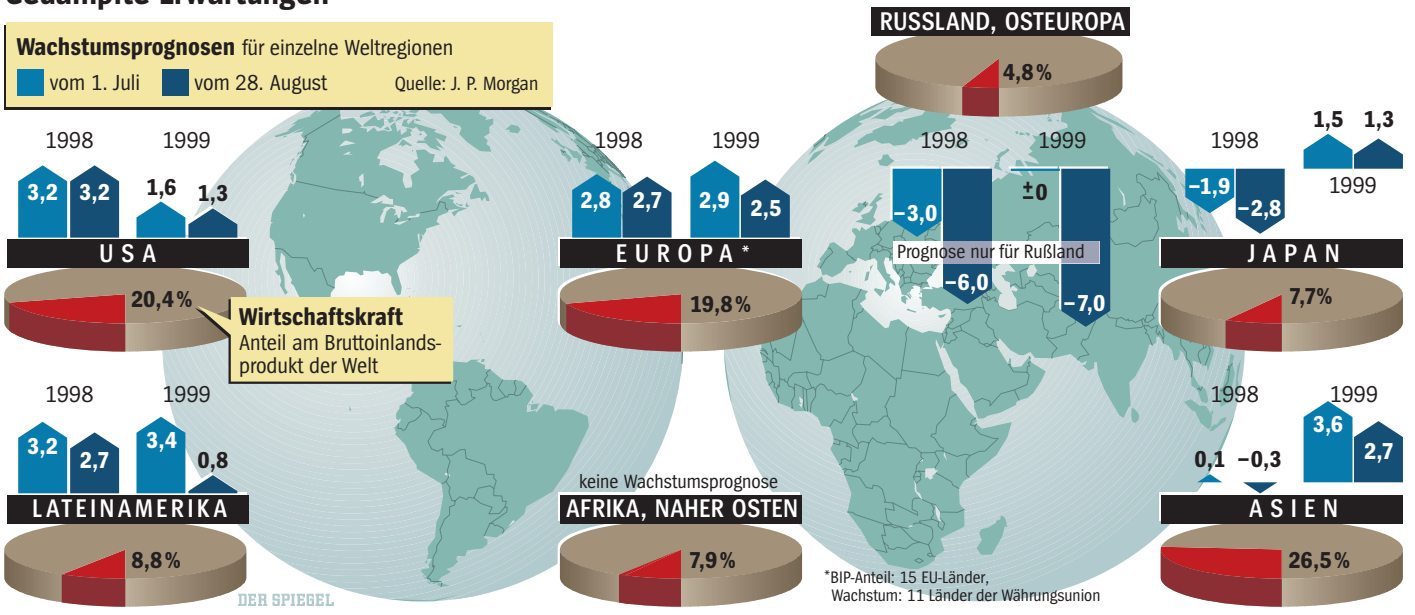
Der Krisenplan des US-Präsidenten Clinton, Anfang vergangener Woche vorgestellt, verspricht keine schnelle Abhilfe. Aufgeregt versuchten Bonner Regierungsbeamte daraufhin herauszufinden, was der amerikanische Präsident eigentlich genau im Sinn hatte – ohne Erfolg. Bis Ende der Woche war nur klar, daß das Weiße Haus auch ein gesondertes Treffen von Regierungschefs zu Weltwährungsfragen erwägt. Der Vorschlag wird von Bonner Finanzbeamten als wenig hilfreich angesehen, da die Kenntnisse der Staatslenker in Währungsfragen nicht sonderlich ausgeprägt sind.

Konkrete Maßnahmen dürfen von dem Treffen ohnehin nicht erwartet werden. Statt dessen sollen Arbeitsgruppen bis zum Jahresende Vorschläge zur Reform des Weltfinanzsystems erarbeiten – bis dahin kann es längst zu spät sein. Selbst engste Berater des US-Präsidenten murren mittlerweile, daß die Finanzkrise markigeres Handeln erfordert.

Obendrein blockiert der amerikanische Kongreß noch immer die Zahlung von 18 Milliarden Dollar, die das Land dem Internationalen Währungsfonds schuldet. Dessen verfügbare Reserven sind mittlerweile praktisch aufgebraucht – damit bestünde kaum noch eine Chance, einem Land wie Brasilien im Notfall beizustehen.

In Deutschland lähmt der Wahlkampf jede Aktion, zudem haben SPD und CDU völlig gegensätzliche Rezepte für den Umgang mit der Krise. Während Finanzminister Theo Waigel weiterhin flexible Wechselkurse befürwortet, möchte sein möglicher Nachfolger Oskar Lafontaine die

Gedämpfte Erwartungen





W. VOLZ / BILDERBERG

Ölproduktion (in Venezuela): *Die Rohstoffpreise rutschen wie in den dreißiger Jahren*

Wechselkurse von Yen, Dollar und Mark aneinanderkoppeln – ein zweifelhaftes Unterfangen.

Zum einen ist die gegenwärtige Krise nicht durch Schwankungen im Verhältnis Dollar, Yen und Mark begründet, sondern vor allem in dem dramatischen Kapitalabzug aus den Schwellenländern und der Unfähigkeit der Japaner, ihre Wirtschaft in Gang zu bringen. Zum anderen ist keineswegs sichergestellt, daß eine europäische Zentralbank oder die US-Notenbank ihre jeweilige Währung gegen die machtvollen Spekulationsströme auf den Kapitalmärkten verteidigen kann – dazu wären gigantische Währungsreserven nötig.

Etliche Ökonomen und Politiker regen neuerdings an, den freien Kapitalverkehr einzuschränken. Spekulanten, die ihre Dollar-Milliarden frei auf den Weltmärkten herumschwappen ließen, hatten in den vergangenen zwei Jahren das Finanzsystem zunehmend destabilisiert.

Als Vorbild für Gegenmaßnahmen galt bisher Chile, dessen Regierung schon früh mit einer Art Spekulationsabgabe allzu abrupte Geldtransfers über seine Grenzen hinweg vermieden hatte. Vergangene Woche jedoch entschied sich die chilenische Regierung zu einem dramatischen Schritt.

Die Politiker in Santiago schafften ihre wichtigste Spekulationsbremse ab, eine zehnprozentige Zwangseinlage bei der Zentralbank auf Kapital, das vom Ausland nach Chile transferiert wurde. Der Grund: Auch die chilenische Wirtschaft ist durch die Weltkrise beeinträchtigt. Um Wachstum und Investitionen zu fördern, sind die Chilenen auf jeden Dollar aus dem Ausland angewiesen. Dafür scheinen sie gewillt, sich der weltweiten Spekulation ein Stück weiter auszuliefern.

Die Schlüsselrolle im Kampf gegen das Schreckgespenst der Deflation spielen die Chefs der Notenbanken. Eine breite Allianz von amerikanischen Investmentbankern, Industriellen, Gewerkschaftern und Sozialdemokraten fordert, die Zinsen weltweit herabzusetzen. Ihr Argument: Nur durch billigeres Geld könne der zusammenbrechenden Weltwirtschaft die für einen Aufschwung notwendige Liquidität verschafft werden.

„Lange konnte ich mir nicht vorstellen, wie die weltweite Depression in den dreißiger Jahren möglich war“, schimpft der DIW-Konjunkturexperte Heiner Flassbeck, „wenn ich aber heute diese Ignoranten sehe, dann weiß ich, warum.“ Auch damals hätten die Zentralbanken in Deutschland und den USA viel zu lange die Zinsen hoch gehalten. „Hoffentlich machen die Herren diesen Fehler nicht noch einmal.“

Doch weder der Amerikaner Greenspan noch sein deutscher Kollege Hans Tietmeyer scheinen gewillt, dem Druck nachzugeben. Beide dementierten in der vergangenen Woche Pläne für eine weltweite Zinssenkungsrunde und lösten damit einen neuen Kursrutsch an den Börsen aus.

Die Notenbanker haben kein Interesse daran, durch frühzeitige Zinssignale die Aktienmärkte wieder nach oben zu treiben. Sie halten die derzeitige Korrektur an den Börsen eher für gesund – solange sie nicht auf die reale Wirtschaft überspringt.

Zu früh sollen die Zinsen deshalb nicht sinken – aber auch nicht zu spät, wie in den dreißiger Jahren. „Ich möchte mich dafür verbürgen: Diesen Fehler werden die Notenbanken nicht wiederholen“, sagt Otmar Issing, der Chefvolkswirt der Europäischen Zentralbank im SPIEGEL-Gespräch. „Das ist für die Weltwirtschaft eine wichtige Botschaft.“ ◆

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Wir sind vorbereitet“

Otmar Issing, Chefökonom der Europäischen Zentralbank, über die Gefahr einer Weltwirtschaftskrise, die Risiken der Globalisierung und die Vorteile des Euro

SPIEGEL: Herr Issing, erinnert Sie die heutige Situation an den Crash von 1929 und den Beginn der Weltwirtschaftskrise?

Issing: Der Vergleich mit 1929 ist unangebracht, einige vergleichbare Erscheinungen ergeben nicht das gleiche Gesamtbild. Wer zum Beispiel vom Börsencrash redet, sollte nicht vergessen, daß der deutsche Aktienindex immer noch deutlich über dem Stand von Ende letzten Jahres liegt.

SPIEGEL: Noch. Ist denn die Talfahrt schon zu Ende?

Issing: Ich gebe nicht vor, ein Börsenguru zu sein. Niemand weiß heute, wie die Kurse sich morgen verhalten werden. Aber man sollte die Kirche im Dorf lassen. Viele von denen, die jetzt das Wort Crash im Mund führen, haben noch vor kurzem immer neue Rekordstände prophezeit.

Issing: Es ist keine Frage, daß wir Probleme bekommen, wenn das ganze Umfeld schwächer wird. Wir leben nun mal in einer globalisierten Welt. Man sollte allerdings nicht übersehen, daß diese wichtigen Blöcke – Vereinigte Staaten, das Europa der Elf und darüber hinaus – nach wie vor in einer guten Verfassung sind.

SPIEGEL: Immerhin sind Clinton und Greenspan beunruhigt. Sie nicht?

Issing: Ich plädiere ja nicht dafür, daß wir uns einfach gelassen in gefährlicher Selbstzufriedenheit zurücklehnen. Einige Vorgänge sind bedrohlich, das ist gar keine Frage. Aber so, wie Sie in der Vergangenheit auf keine Konferenz gehen konnten, auf der nicht irgendein Experte aufgetreten ist und die Zukunft der Emerging Markets in den rosigsten Farben gemalt hat, so wenig fehlt dort jetzt ein Experte, der ein absolutes Doomsday-Szenario an die Wand malt.

SPIEGEL: Sie plädieren für Abwarten?

Issing: Zuallererst muß die Analyse stimmen, sonst kommt man zwangsläufig zu falschen Empfehlungen. So gibt es beispielsweise nicht wenige, die schlicht und einfach im freien Kapitalverkehr den Schurken ausgemacht haben.

SPIEGEL: Ist er es nicht?

Issing: Nennen Sie mir einen einzigen Fall, in dem ein Land, ohne begründeten Anlaß dafür zu geben, durch die Spekulation attackiert wurde und in unüberwindliche Probleme geraten ist. Die Spekulation übertreibt. Sie folgt teilweise, wie es scheint, irrationalen Mustern, aber sie beginnt nicht willkürlich, indem sich jemand auf der Landkarte einen Fall herauspickt und dort dann die Währung attackiert.

SPIEGEL: Das mag ja sein. Aber die Übertreibung führt dazu, daß die betroffenen Länder weit zurückgeworfen werden.

Issing: Das ist wahr. So wie vorher aus heutiger Sicht zuviel Kapital in bestimmte Länder geströmt ist und zur Finanzierung wahnwitziger Projekte beigetragen hat – denken Sie an die beiden Türme in Kuala Lumpur als signifikantes Beispiel für solche Übersteigerungen –, so fließt jetzt Kapital im Übermaß ab.

SPIEGEL: Mit verheerenden Folgen: Arbeitslosigkeit, Armut, soziale Unruhen. Da

SPIEGEL: Es sind ja nicht nur die Börsen, die Anlaß zur Sorge geben. US-Präsident Bill Clinton hat die aktuelle Lage als die „größte finanzpolitische Herausforderung für die Welt seit einem halben Jahrhundert“ bezeichnet.

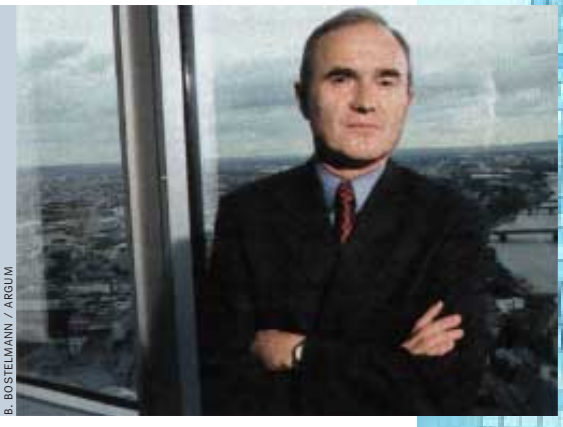
Issing: Ich bin der letzte, der die Situation schönreden will. Das würde niemandem helfen. Wir neigen weder zur Panik noch zur Schönfärberei. Noch ist Europa – ich spreche jetzt vom Europa der Elf, von „Euro Area“ – eine Insel der Stabilität in den weltweiten Turbulenzen. Noch gilt das auch für die Vereinigten Staaten.

SPIEGEL: US-Notenbankpräsident Alan Greenspan hat gewarnt, die USA könnten auf Dauer keine Oase des Wohlstands bleiben, wenn ringsum Turbulenzen herrschen.

Das Gespräch führten die Redakteure Armin Mahler, Heiko Martens und Joachim Preuss.

Otmar Issing

gilt als leidenschaftlicher Inflationsbekämpfer, seit er 1990 ins Direktorium der Deutschen Bundesbank berufen wurde. Im Frühjahr dieses Jahres wechselte Issing, 62, ins Direktorium der neuen Europäischen Zentralbank und übernahm dort, wie schon bei der Bundesbank, die volkswirtschaftliche Abteilung. Issing lehrte vor seiner Karriere als Zentralbanker Volkswirtschaft in Würzburg, zu seinen Vorbildern zählt der US-Ökonom Milton Friedman.



B. BOSTELMANN / ARGUM



T. EINBERGER / ARGUM

Europäische Zentralbank: *„Insel der Stabilität“*

muß man sich doch die Frage stellen, ob so etwas nicht vermieden werden kann.

Issing: Man muß die Extreme in beide Richtungen verhindern, weil das Ausschlagen nach unten eine Folge des Überschießens nach oben ist.

SPIEGEL: Aber wie?

Issing: In fast allen Ländern, die jetzt von der Kapitalflucht erfaßt sind, stimmen die internen Strukturen nicht, so hat zum Beispiel die Bankenaufsicht in einigen Fällen völlig versagt. Hier sind Reformen dringend geboten.

SPIEGEL: Muß das Weltwährungssystem reformiert werden?

Issing: Nach der gegenwärtigen Lage kann jedes Land das Wechselkurssystem wählen, das es für angemessen hält. Wo chaotische Verhältnisse im Inland herrschen, gibt es keine vernünftigen Alternativen zu flexiblen Wechselkursen.

SPIEGEL: Verstehen Sie nicht, daß viele nach neuen Regeln für diese chaotische Welt suchen?

Issing: Natürlich verstehe ich das. Die Frage ist nur, ob diese Absichten auch in eine vernünftige Politik umgesetzt werden. Ich bin der festen Überzeugung, daß jeder Versuch, den Trend der Globalisierung aufzuhalten, zum Scheitern verurteilt ist. Ein Land, das sich an diesem Versuch beteiligt, wird im Wettbewerb deutlich zurückgeworfen und muß dafür auf Dauer teuer bezahlen.

SPIEGEL: Dennoch überfordert der globale Wettbewerb viele Länder. War es nicht grenzenlos naiv, zum Beispiel in Rußland auf einen Schlag die Marktwirtschaft nach westlichem Vorbild einzuführen?

Issing: Märkte können nur im Rahmen einer stabilen Rechtsordnung befriedigend funktionieren. Als der Eiserne Vorhang aufging und die alten Strukturen zusammenbrachen, gab es sehr viele Experten, die mit sehr schnellen, alles lösenden Rezepten zur Stelle waren. Dabei ist das institutionelle Element stark vernachlässigt worden. Die Preise freizugeben, war aber meines Erachtens die einzig richtige Lösung.

SPIEGEL: Mußte von heute auf morgen eine konvertible Währung eingeführt werden?

Issing: Diese Frage kann man nicht so einfach mit Ja oder Nein beantworten. Ich bin grundsätzlich kein Anhänger von Beschränkungen und Kapitalverkehrskontrollen, weil sie in der Geschichte immer ein Alibi für Regierungen waren, die nötigen Maßnahmen nicht einzuleiten. Wenn man aber vorübergehende Konvertibilitätsbeschränkungen benutzt, um Reformen auf die Schiene zu setzen, mag diese temporäre Abschirmung nach außen hilfreich sein.

SPIEGEL: Was kann denn Clintons Gipfel überhaupt bewirken, wenn die Weltwirtschaft nach Ihrer Meinung gar keine neuen Regeln braucht?

Issing: Für mich ist nicht entscheidend, worauf man sich in einem Kommuniqué verständigt. Wir wissen alle, wie solche Kommuniqués entstehen. Entscheidend ist vielmehr, daß man in der richtigen Analyse der Probleme übereinstimmt.

SPIEGEL: Die Experten sind sich im Moment alles andere als einig. Viele sagen, wir haben es im Moment in Wahrheit mit einer verkappten Deflation zu tun. Teilen Sie diese Ansicht?

Issing: In „Euro Area“ haben wir gegenwärtig keine Deflation. Wir sehen auch keine Inflation. Für den Zustand der Preisstabilität haben die Europäer hart gearbeitet, wir sollten uns über den Erfolg freuen und nicht in Klagen ausbrechen. Die Bürger in Europa wissen den Wert stabilen Geldes wohl zu schätzen. Aber es gibt deflationäre Tendenzen in einigen Teilen der Welt. Man muß sorgfältig darauf achten, daß sich diese Entwicklung nicht zu einem Flächenbrand ausweitet.

SPIEGEL: Bei einer Inflation, das ist gesicherte Erkenntnis, müssen die Zinsen erhöht werden. Bei der Deflation müßte man eigentlich das Gegenteil machen. Ist das so schlicht?

Issing: Ebenso schlicht wie klug. Aber die Voraussetzung Deflation muß gegeben sein, und das ist in Europa nicht der Fall.

SPIEGEL: Die Deflation der dreißiger Jahre kam auch durch eine falsche Geldpolitik zustande. Kann es sein, daß die Europäische Zentralbank zu sehr auf die Inflation fixiert ist und damit möglicherweise für die Weltwirtschaft genau das Falsche tun wird.

Issing: Unsere Entscheidungen basieren auf einer Analyse der Realität. Die Realität ist: Inflationsgefahren sind zur Zeit in Europa nicht zu sehen. Der Maastricht-Vertrag verlangt Priorität für die Preisstabilität. Daran werden wir uns auftragsgemäß halten. Die gegenwärtige Preissteigerungsrate in „Euro Area“ entspricht nach unserer Auffassung dem, was der Vertrag verlangt, nämlich Preisstabilität.

SPIEGEL: Dann kann die Europäische Zentralbank die Welt ja auch mit einer Zinssenkung im Januar erfreuen.

Issing: Diese Frage ist zur gegebenen Zeit entsprechend der Einschätzung der Lage zu beantworten. Niemand will Inflationsgefahren bekämpfen, die es nicht gibt. Ihre Sorge, hier seien gewissermaßen Stabilitätsfanatiker am Werk, die aus lauter Angst vor Preissteigerungen, die nicht drohen, falsche Entscheidungen treffen, ist völlig unbegründet.

SPIEGEL: Nichtstun – also nicht die Zinsen senken – könnte auch falsch sein.

Issing: Wir sollten aus der Weltwirtschaftskrise von 1929 und den aus heutiger Sicht grotesken Fehlern, die die Geldpolitik seinerzeit gemacht hat, gelernt haben. Ich will jetzt nicht die Verantwortlichen von damals tadeln, die haben aus ihrer Einsicht gehandelt. Aber diese Erfahrungen haben wir hinter uns. Ich möchte mich dafür verbürgen: Diesen Fehler werden die Notenbanken nicht wiederholen. Sie sind auf solche Situationen vorbereitet. Das ist

Werbeseite

Werbeseite

für die Weltwirtschaft eine wichtige Botschaft.

SPIEGEL: Wenn es kracht, gibt es billiges Geld?

Issing: 1987 haben die Notenbanken schon einmal sehr rasch gehandelt.

SPIEGEL: Wie wirkt sich die derzeitige instabile Lage auf den Beginn der Währungsunion aus?

Issing: Das Projekt Währungsunion hat sich schon jetzt als spekulationsfest erwiesen. Niemand kommt auf die Idee, dagegen zu spekulieren – zu Recht, denn er würde sich nur eine blutige Nase holen. Dieses Vertrauen hat das Europa der Elf vor Riesenproblemen bewahrt. Man muß sich nur einmal einen Moment überlegen, was passiert wäre, wenn wir noch im alten System leben würden. Was hätten George Soros und andere dann angestellt?

SPIEGEL: Sie meinen, die Spekulanten dieser Erde hätten einzelne europäische Währungen angreifen können?

Issing: Damit hätte man rechnen müssen. Die Währungsunion entfaltet also schon vor Beginn segensreiche Wirkungen. Dieser Erfolg entbindet jedoch die Politik nicht von der Pflicht, die im Innern dringend notwendigen Reformen durchzusetzen. Und ab Januar werden dann der Euro und der Dollar gemeinsam zur Stabilität beitragen, der Yen fällt in dieser Rolle – jedenfalls zur Zeit – leider aus.

SPIEGEL: Macht es Sinn, daß sich die großen Währungen eng aneinanderbinden, so wie es Oskar Lafontaine vorgeschlagen hat?

Issing: Stabilität der Wechselkurse kann auf Dauer nur durch gute Politik im Innern gesichert werden. Dies gilt auch für das Verhältnis von Euro und Dollar. Eine künstliche Fixierung gegen die Einschätzung der Märkte wirkt dagegen wie eine Einladung an die Spekulation.

SPIEGEL: Es hat einmal erheblichen Widerstand gegen den Euro gegeben. Wo ist der eigentlich geblieben? Auch Sie galten als Skeptiker, nun preisen Sie den Euro.

Issing: Ich bin schon oft gefragt worden: Wieso haben Sie Ihre Meinung so plötzlich geändert? Ich habe immer die Ansicht vertreten, daß die Währungsunion für diese im Weltmaßstab kleinen Länder letztlich der logische Endpunkt der wirtschaftlichen und politischen Integration ist.



AKG

Arbeitslose in Berlin (1931): *„Aus heutiger Sicht groteske Fehler“*

SPIEGEL: Aber eben der logische Endpunkt.

Issing: Ja. Ich habe lange Zeit Bedenken geäußert, mit der Währungsunion sozusagen vorgezogen zu beginnen, weil ich das für ein riskantes Unternehmen gehalten habe. Ich meine nach wie vor, daß das ein Unternehmen mit großen Chancen, aber auch nicht zu vernachlässigenden Risiken ist.

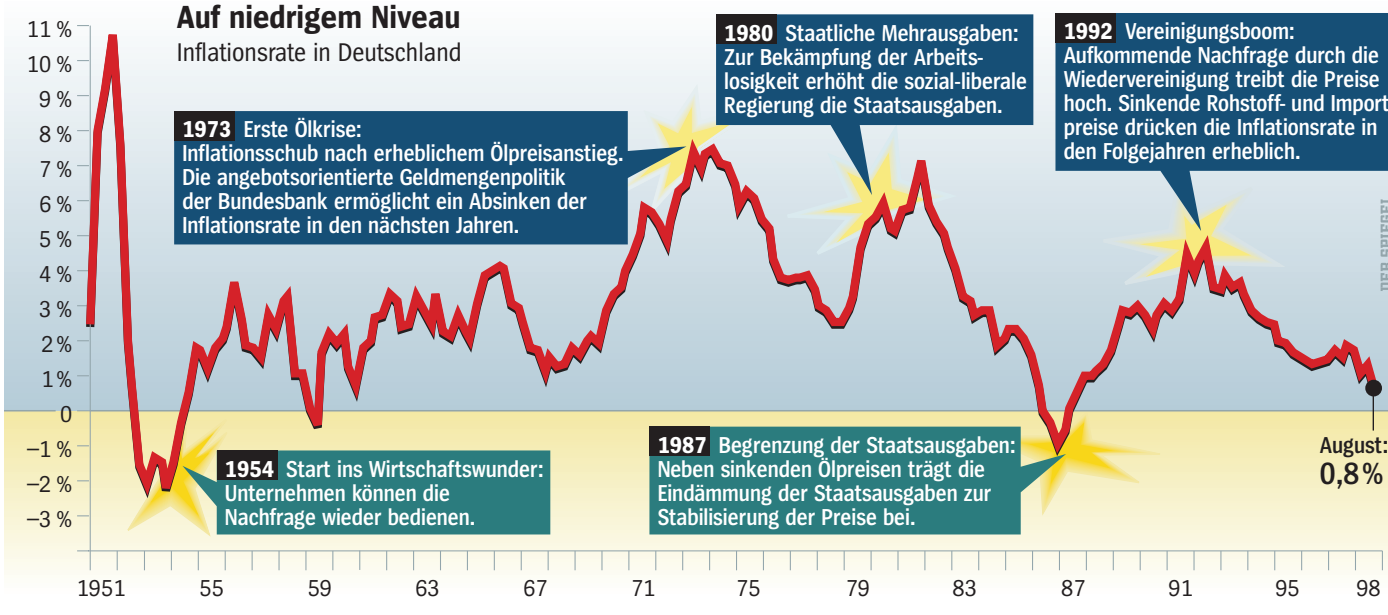
SPIEGEL: Aber heute beurteilen Sie die Chancen und Risiken anders?

Issing: Wenn die Umwelt sich verändert, muß man das zur Kenntnis nehmen. Erstens hielt ich es vor wenigen Jahren für fast unmöglich, daß die Europäische Währungsunion mit einer Preissteigerungsrate von wenig mehr als einem Prozent starten könnte. Die Entwicklung ist viel besser verlaufen als von uns erwartet. Damit wurde das Risiko des Starts der Währungsunion ganz erheblich verringert. Zweitens ist das bisherige Wechselkurssystem in dieser globalisierten Welt immer fragiler geworden. Beim kleinsten Anzeichen von Schwäche wird gegen die Währung spekuliert, und die Notenbank müßte im Falle enger Bandbreiten sofort intervenieren. Dieses System war nicht wirklich zukunftsfähig. Außerdem wäre es, je mehr wir uns dem 1. Januar 1999 genähert hätten, immer schwerer geworden, einfach weiterzumachen, ohne mit der Währungsreform zu beginnen.

SPIEGEL: Glauben Sie inzwischen, daß die Währungsunion ohne politische Integration funktionieren könnte?

Issing: Eine ebenso interessante wie schwierige Frage. Die Europäische Währungsunion ist ohne historisches Beispiel. Der Normalfall lautet: ein Land, eine Währung. Wir haben demnächst eine Währung, einen Markt und elf Länder. Meine Präferenz war immer: politische Union und parallel dazu die Währungsunion als logische Ergänzung. Jetzt läuft das einheitliche Geld voraus. Ich bin sicher, daß die Währungsunion in vielerlei Hinsicht die Defizite im Bereich der politischen Integration deutlich aufdecken wird. Die Politik muß darauf reagieren. Auf ihre Reaktion darf man gespannt sein.

SPIEGEL: Herr Issing, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

BERTELSMANN

Reichlich Arbeit

Bertelsmann-Chef Wössner legt seine letzte Bilanz vor: Sie enthält beides – Superlative und Schönheitsfehler. Der Rekordgewinn war nur durch Sonderverkäufe zu schaffen.

Jetzt verdienen wir erst mal Geld“, sagte Mark Wössner, als er 1983 Vorstandschef von Bertelsmann wurde. Der Konzern hatte zuvor an Größe gewonnen und an Ertragskraft verloren.

Der Mann hat Wort gehalten. Wenn Wössner, 59, Ende Oktober in den Aufsichtsrat wechselt, legt er eindrucksvolle Zahlen vor. Der Umsatz stieg seit Amtsantritt von sechs Milliarden auf 25,5 Milliarden Mark – plus 325 Prozent. Das Betriebsergebnis wuchs von 380 Millionen auf 1,73 Milliarden Mark – plus 355 Prozent.

Aus dem Gütersloher Printmedienhaus wurde „eine Art Weltreich“ („Süddeutsche Zeitung“). International sind nur die Konzerne Time Warner und Disney größer – aber nicht finanzstärker.

Alles scheint in bester Ordnung. Noch immer liegen die Gewinnwerte der Bertelsmänner weit über denen anderer deutscher Großunternehmen. „Die Wahrheit über Wössner in Zahlen: umwerfender Erfolg“, jubelt die zum Konzern gehörende „Berliner Zeitung“. Eine „systematische strategische Führung“ habe Bertelsmann an die Weltspitze gebracht, sagt Wössner über Wössner.

Und doch: Der erfolgverwöhnte Konzernherr, 1993 zum „Manager des Jahres“ gewählt, hätte sich seinen Abgang wohl etwas unbeschwerter vorgestellt. Die Bilanz, die er in dieser Woche präsentiert, weist auch Schönheitsfehler auf. Der Wandel vom Buch-, Presse- und Druckunternehmen zum Multimedia-Haus ist offenbar schwieriger als erwartet.

Wichtige Stammgeschäfte hängen durch, ihre Rentabilität sinkt. Andererseits kosten neue Geschäftsfelder, etwa die elektronischen Medien, erst mal viel Geld. Das gesamte TV-Engagement produziert unterm Strich nur Verluste.



F. HELLER / ARGUM

Konzernchef Mark Wössner: *300 Millionen Mark zuwenig*

Und so kann Wössner den ausgewiesenen Rekordgewinn, den er in der kommenden Woche in Gütersloh präsentieren will, nur durch Sonderverkäufe von Firmen und Beteiligungen schaffen. Aus internen Informationen, die dem SPIEGEL schriftlich vorliegen, geht hervor, daß im Geschäftsjahr 1997/98 allein durch fünf Verkaufstransaktionen 536 Millionen Mark in die Firmenkasse kamen.

Der Verkauf von Druckereien in den USA sowie einer Beteiligung an einer Spedition brachten etwa 210 Millionen Mark. 180 Millionen Mark erlöste Bertelsmann durch das Abstoßen eines Aktienpakets am Computerdienst America Online, 129 Millionen erzielte eine Papierfabrik am Gardasee. Die abgestoßenen Betriebsteile trugen jährlich weit über 100 Millionen Mark zum Betriebsergebnis bei.

Insgesamt beträgt das operative Betriebsergebnis des abgelaufenen Geschäftsjahres, so das interne Zahlenmaterial, also nur rund 1,3 Milliarden Mark und liegt damit auf dem Niveau des Jahres 1993. Der Rekordgewinn – das Ergebnis kunstvoller Bilanzierungstechnik?

Bertelsmann-Finanzvorstand Siegfried Luther weist diesen Verdacht zurück. Es handele sich bei der dem SPIEGEL vorliegenden Aufstellung um eine „punktuelle Analyse“ für den internen Gebrauch. Es sei aber „nicht sachgerecht“, die aufgeführten Summen sämtlich als außerordentliche Erlöse zu bilanzieren. Die Verkäufe seien „geplante strategische Bereinigungen, die uns natürlich auch guttun“, sagt der Bilanzexperte.

Die Manöver sind vor allem deshalb nötig, weil es in einem Hauptfeld des Konzerns seit Jahren kriselt: Das Geschäft der Buch AG, verantwortet von Wössners Bruder Frank, 57, läuft den internen Zahlen zufolge alles andere als optimal.

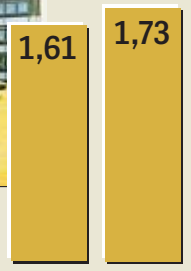
Hier brach im Geschäftsjahr 1997/98 der Betriebsgewinn von zuvor rund 550 Millionen Mark auf knapp 300 Millionen ein – ein Rückgang um fast 50 Prozent. Kernproblem sind die Buchclubs: Deren Gewinne schrumpften ebenfalls um die Hälfte, auf 50 Millionen Mark.

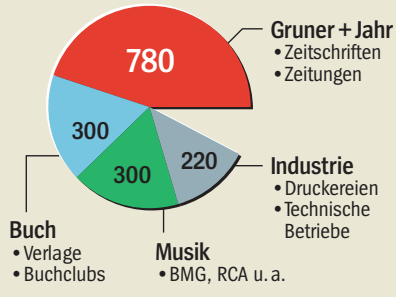
Unter Führung des ehemaligen Versicherungsmanagers Frank Wössner ist es bisher nicht gelungen, den Niedergang des Clubgeschäfts zu stoppen. In den Fünfzigern als „Lesering“ gegründet, waren sie die Keimzelle des Konzerns. Doch seit längerem schon sinkt die Zahl der Mitglieder – von sechs Millionen in 1992 auf mittlerweile nur noch vier Millionen. „Wie der Mitgliederschwund im deutschen Buchclub

Print gewinnt Betriebsergebnis bei Bertelsmann



Konzernzentrale in Gütersloh





DER SPIEGEL

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

von derzeit 300 000 Mitgliedern pro Jahr aufgehalten werden soll, weiß Frank Wössner nicht“, heißt es in dem Papier.

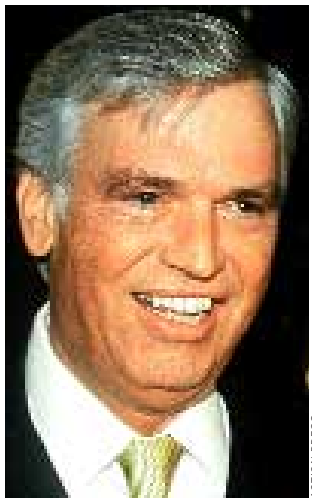
Der Betriebsgewinn der deutschen Clubs, 1996 noch bei 100 Millionen Mark, soll angeblich sogar gegen Null tendieren. „Alle Clubs machen Gewinn“, stellt Finanzchef Luther klar.

Die Probleme jedoch sind unverkennbar. Für viele Jüngere ist das Clubkonzept – günstige Bücher gegen Vorlage des Mitgliedsausweises – nicht mehr attraktiv. Und der Augsburger Weltbild-Verlag, eine Tochter-Gesellschaft der katholischen Kirche, macht mit einem Billigversand per Post kräftig Konkurrenz.

Erst seit kurzem steuert Bertelsmann entschieden dagegen: mit einem neuen Namen („Der Club“) und Exklusiv-Premieren von potentiellen Bestsellern nur für die Mitglieder. „Der Club verläßt das Getto“, meint der „Buchreport“.

Auch im Management werden nun Konsequenzen gezogen. Nicht alle Personalien sind im Konzern unumstritten: So darf in Paris, beim kränkelnden Club France Loisirs, der Jungmanager Marc-Oliver Sommer die Dinge richten, der Schwiegersohn von Vorstandschef Mark Wössner.

Die Neuakquisition des New Yorker Traditionsverlags Random House sowie der im Oktober verstärkt gepushte Online-Verkauf von Büchern sollen für neue Dynamik sorgen. Beides schob bereits der designierte Vorstandschef Thomas Middelhoff, 45, an. Als ehemaliger Strategievorstand kennt er die Schwachstellen im Traditionsgeschäft sehr genau.



ACTION PRESS

Buchchef Frank Wössner

Abgesehen von den Problemen beim Buch gebe es bei Bertelsmann „business as usual“, resümiert Finanzchef Luther. Einige der 300 Profit-Center des Hauses liefen besser als geplant, andere schlechter – das wiege einander auf, so der Spitzenmanager.

Die internen Zahlen enthüllen, daß zu den problematischen Geschäftsfeldern auch das Musikgeschäft von Vorstand Michael Dornemann, 52, zählt. Mit einem Betriebsergebnis von rund 300 Millionen Mark liegt es deutlich unter der Vorgabe von 400 Millionen.

Die Planabweichung ist eine Folge der Asienkrise: Ein Einbruch in Japan, unter dem alle Musikkonzerne leiden, beeinträchtigte den Verkauf von CDs. In Japan gab es bei Bertelsmann Music Group (BMG) sogar Entlassungen. Aber auch in Frankreich zeigt die Gewinnentwicklung von BMG nach unten. Hinzu kommt: Ein vor vier Jahren bei BMG Interactive begonnener Versuch, im Markt der Computerspiele zum wichtigen Player aufzusteigen, endete mit einer Bruchlandung. Nach 150 Millionen Mark Anlaufverlust wurde das Geschäft – in aller Stille – an eine amerikanische Softwarefirma abgegeben.

Auch wenn sich Dornemann im schwierigen Musikgeschäft, vor allem in Deutschland, nach Ansicht seiner Vorstandskollegen bravourös schlägt – die Kapitalrendite liegt mit zehn bis elf Prozent noch immer klar unter dem Konzernschnitt.

Eine Fusion mit dem Musikkonkurrenten EMI, die Dornemann vor zwei Jahren vorschlug, lehnten die Aktionäre des englischen Musikriesen zum Bedauern der Bertelsmänner ab. Nun soll BMG aus eigenen Kräften wachsen.

Für Unruhe in Gütersloh sorgt auch das Ergebnis des Luxemburger Fernsehablegers CLT-Ufa, an dem Bertelsmann 40 Prozent hält. CLT-Ufa machte 1997 rund 140 Millionen Mark Verlust, trotz des hochprofitablen Senders RTL. Allein der Start ins Digitalfernsehen verursachte beim Pay-TV-Sender Premiere ein Minus von 120 Millionen Mark. Insgesamt muß Gütersloh diesmal für die Fernsehaktivitäten einen Verlust von knapp 60 Millionen Mark verbuchen.

Auch die Zukunft sieht hier keineswegs rosig aus. Noch immer ist unklar, wie Bertelsmann zusammen mit dem Münchner Medienunternehmer Leo Kirch das teure Digital-TV rund um Premiere betreiben will. Denn Kirch betreibt parallel seinen Pay-Sender DF 1. Erst vergangene Woche sprachen die Manager beider Konzerne am Tegernsee in einer internen Klausur über das Dauerproblem. Eine Lösung gibt es noch nicht, Arbeitsgruppen sollen Strategien ausloten.

Möglicherweise steigen die Essener WAZ-Gruppe und die französische Mediengruppe Hachette als neue Gesellschafter bei Premiere ein. Doch auch der Ausstieg von Bertelsmann aus dem Pay-TV-Geschäft, das die Kartellbehörden zusätzlich erschweren, ist „nicht mehr ausgeschlossen“, so Wössner vergangene Woche.

„Besenrein“ wollte er den Konzern an seinen Nachfolger Middelhoff übergeben, hatte der Vorstandschef Ende 1996 intern den Führungskräften verkündet. Die Unternehmensberater von McKinsey halfen ihm bei den notwendigen Korrekturen.

Doch mittlerweile ist klar, daß trotzdem auf den Nachfolger noch reichlich Arbeit wartet.

Wössner sieht das mittlerweile genauso, er will die Lage gar nicht beschönigen: „Es führt kein Weg daran vorbei“, sagt er: „Die Ertragskraft ist in diesem Jahr um 200 bis 300 Millionen Mark zu niedrig.“ ◆



M. MATZEL / DAS FOTOARCHIV

Lilienthal-Villa in Bochum: *Vom Arbeitgeber für 320 000 Mark erworben*

AFFÄREN

Nichts ohne Bestechung

Die Veba-Affäre weitet sich aus: Wieder wurde ein hochrangiger Manager verhaftet, es geht um Schmiergelder und Untreue, um Scheinrechnungen und um Basilikum für die Gattin.

Nur gute Nachrichten hatte Veba-Chef Ulrich Hartmann zu verkünden, als er Mitte Mai vor die Presse trat: Der Konzern präsentiere sich „in Bestform“, Umsatz und Gewinn seien kräftig gestiegen.

Erfreulich schienen auch die Neuigkeiten aus dem Veba-Management. Das Ermittlungsverfahren gegen Ulrich Lilienthal, den ehemaligen Chef von Veba Immobilien, stehe kurz vor der Einstellung, so Hartmann. Unabhängige Gutachter hätten die Vorwürfe der Bochumer Staatsanwaltschaft gegen den Manager geprüft. Danach sei Lilienthal „nichts, aber auch gar nichts nachzuweisen“.

Von steigenden Gewinnen ist längst nicht mehr die Rede. Und auch in der Affäre Lilienthal kam alles anders.

Am vorigen Donnerstag wurde der einstige Immobilienchef der Veba in seiner Bochumer Villa verhaftet. Seit Juli 1997 sitzt er damit zum zweitenmal in U-Haft. Die Bochumer Staatsanwaltschaft verdächtigt Lilienthal der Beihilfe zur Bestechung und Steuerhinterziehung und der Untreue in zwei Fällen.

Die Bochumer Staatsanwaltschaft ermittelt gegen mehr als 50 Veba-Mitarbeiter und Vertragspartner. Sechs Lieferanten und Manager wurden bislang verurteilt, darunter auch Lilienthals Vorgänger Ludwig Staender. Seit Mai sitzt Heinz Gentz, der ehemalige Veba-Personalchef, in U-Haft. Ihm werden Untreue, Steuerhinterziehung und das unbefugte Führen eines Professorentitels zur Last gelegt.



J. DIETRICH / NETZHAUT

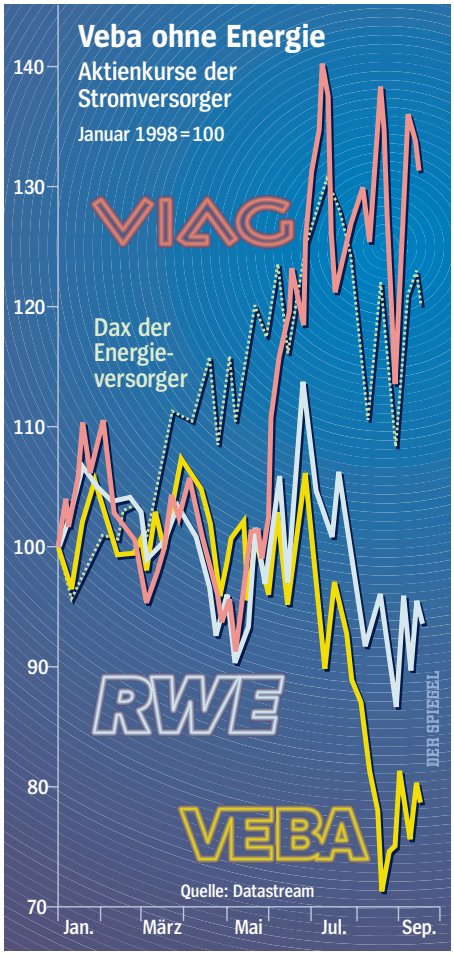
Veba-Manager Hartmann, Lilienthal (1985)
Trickreiche Verrechnungstechniken

Ursprünglich stand Lilienthal in dem Verdacht, für den Umbau seiner Villa von Lieferanten Vergünstigungen in Höhe von rund 40 000 Mark entgegengenommen zu haben. Das reichte den Ermittlern, ihn 1997 für einige Wochen in U-Haft zu stecken.

Die neuen Vorwürfe sind vielschichtiger. Es geht zum Beispiel darum, inwieweit Lilienthal in die Affäre des Erich Matthias Kuhns verstrickt ist. Der Ex-Chef der Kölner Veba-Tochter Lion Gesellschaft für Systementwicklung mbH war Mitte 1995 wegen Vorteilsgewährung, Betruges, Untreue und Steuerhinterziehung zu knapp fünf Jahren Haft verurteilt worden.

Kuhns wollte mit einem papierlosen, computergesteuerten Abrechnungssystem bei der Bundesbauverwaltung ins Geschäft kommen. Den zuständigen Abteilungsleiter Günther Krahwinkel, der kurz vor seiner Ernennung zum Präsidenten der Oberfinanzdirektion Magdeburg stand, schmierte Kuhns mit insgesamt 490 000 Mark, bar gezahlt in sieben Tranchen.

ANZEIGE



Zur Camouflage hatte sich Kuhns des später verurteilten Kölner Juristen, Psychologen und Unternehmensberaters Wolfgang Wegener bedient. Der hatte an Kuhns fingierte Rechnungen gestellt, das Inkasso versteuert und dann die Schmiergelder an Krahwinkel ausgezahlt. Kuhns hat nun Lilienthal schwer belastet. Er und mehrere Zeugen behaupten, daß Lilienthal en détail über das krumme Geschäft informiert war und es auch gebilligt habe.

Er habe eines Tages, so Kuhns, seinem Chef erklärt, daß bei der öffentlichen Auftragsvergabe nichts ohne Bestechung laufe. Lilienthal habe ihn gewarnt, er solle aufpassen, daß „der Mist nicht rauskommt“.

Der Untreue verdächtig ist Lilienthal im Fall eines Dortmunder Unternehmers. Der war Ende der siebziger Jahre bei der Veba-Immobilien-Tochter Westfälische Wohnstätten gut ins Geschäft gekommen. Dann spürte der Lieferant die Fesseln: „Nach und nach“ sei er immer abhängiger von der Veba geworden.

Als er gedroht habe, vor den Ermittlern über die unappetitlichen Geschäftspraktiken seines Auftraggebers auszupacken, habe ihn die Veba stillgestellt: Sie kaufte ihm die Firma für 3,5 Millionen Mark ab. Experten schätzten den Wert auf nur einige hunderttausend Mark. Verantwortlich für den Deal zeichneten Staender, Gentz und Lilienthal. Die gaben für den Kauf ausschließlich wirtschaftliche Gründe an.

Die Staatsanwälte sehen das anders.

Wußte der Unternehmer zuviel? Dessen Aufträge waren, vermuten die Ermittler, oft gekoppelt an kostenlose Arbeiten in den Häusern von Veba-Managern. Dadurch erhielt er Einblicke in die trickreichen Verrechnungstechniken bei der Veba.

Das Prinzip war relativ einfach: Für die Kosten in den Privathäusern wurden andere Veba-Bauprojekte belastet. So bekam der Lieferant nach seiner Aussage schon mal Aufträge, die er nicht ausführen mußte. Doch das Geld dafür wurde ihm gutgeschrieben – als Bezahlung für die heimlichen Arbeiten bei den Managern.

Neue Vorwürfe gegen Lilienthal erheben die Ermittler auch in der Affäre um seine Jugendstilvilla in Bochum, die er samt Grundstück von rund tausend Quadratmetern vor Jahren von seinem Arbeitgeber zum Preis von 320 000 Mark erworben hatte. Belastet wird der Spitzenmanager vor allem von Werner Dübbers, einem ehemaligen Prokuristen von Veba Immobilien, der sich mehrere Jahre lang um die Betreuung des Gartens seines Chefs kümmerte.

Nach Aussagen Dübbers habe ihn meistens Frau Lilienthal angefordert. Sie habe die Pflanzen ausgesucht, die dann durch eine Gartenbaufirma eingepflanzt worden seien. Deren Rechnungen habe er immer persönlich entgegengenommen. „Sie gelangten“, so Dübbers, „niemals in den normalen Geschäftsverlauf.“ Dübbers war ein Mann für alle Fälle. So bekam er nach eigenen Angaben auch schon mal einen Anruf von Frau Lilienthal, die ein Töpfchen Basilikum benötigte. Dübbers machte sich dann auf den Weg und brachte es vorbei.

Ende April 1997 will Dübbers von seinem Chef „massiv angehalten“ worden sein, ihm „stehenden Fußes“ für die Betreuungsarbeiten auf dem Grundstück in den zurückliegenden drei bis vier Jahren eine Pauschalrechnung auszustellen. Er habe ferner, so Dübbers, für Lilienthal einen rückwirkenden Betreuungsvertrag für die Gartenarbeiten im laufenden Jahr erstellen müssen.

Gegenüber dem SPIEGEL beteuerte Lilienthal in allen Punkten seine Unschuld: Er habe nichts Unrechtes getan, es habe keine unkorrekten Abrechnungen und keinen rückwirkenden Betreuungsvertrag gegeben. Über Schmiergeldzahlungen sei er nicht informiert gewesen.

Er sei sehr zuversichtlich, so Lilienthal vor seiner abermaligen Verhaftung, daß sich dies nach Beendigung der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen bestätigen wird. Wenn nicht, muß er mit einer mehrjährigen Haftstrafe rechnen.

Um den Imageschaden zu begrenzen, war Lilienthal bei der Veba seit einiger Zeit nur noch als Berater aktiv – mit einem Büro im Erdgeschoß der Düsseldorfer Konzernzentrale, weitab vom Vorstand. ◆

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

EUROPA

„Das ist der Ernstfall“

Die EU-Kommission ist in einen Betrugsskandal verwickelt, der exemplarisch ist für das Finanzgebaren in Brüssel: Dort werden ohne Kontrolle gewaltige Summen bewegt – und nicht alles Geld landet da, wo es hin soll.

Das waren keine schönen Szenen im sonst so würdevollen Kollegium der Europäischen Kommission. In der Routinesitzung in Straßburg am vorigen Mittwoch fetzten sich Kommissar Manuel Marin, ein spanischer Sozialist, und die Kommissarin Anita Gradin, eine Sozialdemokratin aus Schweden.

Wechselseitig schoben sich die beiden Europapolitiker die Schuld dafür zu, daß die Kommission, die Quasi-Regierung Europas, erneut in einen Betrugsskandal von womöglich gewaltiger Dimension verstrickt ist. Bis zu 800 Millionen Mark Steuergelder der EU-Bürger könnten spurlos verschwunden sein.



W. V. CHAPPELLEN / REPORTERS

Sitz der EU-Kommission in Straßburg: *„Die Zustände sind verworren, milde gesagt“*

Der Spanier hielt der Schwedin vor, die ihr unterstehende Anti-Betrugseinheit UCLAF habe einen vertraulichen Bericht an die Öffentlichkeit gespielt, in dem er ins Zwielicht gerückt werde. Die Kommissarin fauchte zurück, es gehe um die Interessen der gesamten Kommission. Sie müsse sich noch fähig zeigen, die Unregelmäßigkeiten in ihrer eigenen Verwaltung aufzudecken und, soweit möglich, straf- und disziplinarrechtlich ahnden zu lassen.

Die Runde der 20 Kommissare aus den 15 Mitgliedstaaten der Union war sich, so schilderte einer der Teilnehmer die Atmosphäre, „voll bewußt, das ist der Ernstfall“. Zumal auch die Befunde eines 400-Seiten-Berichts der internen Finanzkontrolle zur Sprache kamen. Danach sind die Zustände in der Kommission beim Umgang mit Geld, so einer der Kommissare, „verworren, milde gesagt“.

Immer neue Einzelheiten werden im Zusammenhang mit der unrechtmäßigen Verwendung von rund fünf Millionen Mark bekannt, die eigentlich für humanitäre Zwecke in Ex-Jugoslawien und Afrika vorgesehen waren, durch das Amt für humanitäre Hilfe (ECHO) jedoch für Personalverträge ausgegeben wurden.

Marin steht unter dem Verdacht, durch Wegsehen und Vertuschen über Jahre hinweg betrügerischen Manipulationen von landsmannschaftlich und politisch eng mit ihm verbundenen Beamten Vorschub geleistet zu haben. Erhärtet sich der Verdacht, könnte das Europäische Parlament seinen Rücktritt verlangen. Bei der gegebenen Rechtslage wäre dies nur über den Sturz der gesamten Kommission unter Jacques Santer zu erzwingen.

Die Abgeordneten hatten bereits in diesem Frühjahr der Kommission keine Entlastung für die ordnungsgemäße Ausführung des EU-Gesamthaushalts 1996 in Höhe von 165 Milliarden Mark erteilen wollen. Wegen des Verdachts schwerer finanzieller Verfehlungen war die Entlastung bis in den Herbst aufgeschoben worden. „Mangelnde demokratische Rechenschaftspflicht bei der Betrugsbekämpfung innerhalb der europäischen Institutionen“, lautete der Hauptvorwurf des Haushalts-Kontrollausschusses des Europäischen Parlaments.

Ins Visier der Kontrolleure war im Frühjahr der spanische Kommissar Marin gera-



Marin



REUTERS

Bonino



H. WAGNER

Gradin

EU-Kommissare
Wechselseitige Schuldzuweisungen

ten. In dessen Zuständigkeit fallen die millionenschweren MED-Hilfsprogramme der EU für den mediterranen Raum. Im Bericht des Kontrollausschusses ist die Rede vom Verdacht „strafrechtlich relevanter Interessen-Verquickung“ über mehrere Jahre hinweg. Marin habe es unterlassen, Disziplinarverfahren gegen die verantwortlichen Beamten einzuleiten.

Der deutsche CDU-Europaabgeordnete Reimer Böge drohte am vorigen Mittwoch: „Entweder jetzt kommt alles auf den Tisch, oder die Kommission ist reif für einen Untersuchungsausschuß.“ Beim vertraulichen Treffen zwischen vier Kommissaren und Mitgliedern des Haushaltskontrollausschusses wurden erste Strafmaßnahmen in Aussicht gestellt. Sollte die Kommission nicht mit umfassenden Informationen über ihre Affären aufwarten, würden ihr im Haushalt des nächsten Jahres 50 Prozent ihrer Reisekosten gesperrt, ihre Handlungsfähigkeit empfindlich eingeschränkt.

Der Abgeordnete Elmar Brok (CDU) ging noch weiter: „Ist einem Kommissar nachzuweisen, daß er Kenntnis hatte von den Schweinereien und untätig geblieben ist, muß er weg.“

Kann oder will die Kommission die Vorwürfe gegen ihre Institution und speziell gegen Marin nicht entkräften und lehnt das Parlament endgültig die Entlastung beim Haushalt 1996 ab, ist das Ende da. Anders als bei einem förmlichen Mißtrauensantrag gegen die Kommission, für dessen Annahme eine modifizierte Zweidrittelmehrheit vorgeschrieben ist, kann das Parlament die Haushaltsentlastung bereits mit der Mehrheit seiner Mitglieder verweigern. Unausweichliche politische Folge: Die Kommission müßte zurücktreten.

Der jüngste Betrugsskandal ist exemplarisch für ein System, das ohne eine durchgreifende Kontrolle der Geldausgaben in den vergangenen 40 Jahren in Brüssel hatte wuchern können.

So ließ die Kommission seit zwei Jahrzehnten für die Dienste eines in Luxemburg ansässigen Unternehmers namens Claude Perry viel Geld springen. Perrys Service reichte von der Wartung der Computer in den Beamtenstuben bis hin zur Versorgung der Kommission mit Personal.

Der Jaguar-Fahrer mit einem Faible für Goldkettchen stand auch zu Dienstleistungen etwas außerhalb der Legalität bereit, etwa bei der Versorgung mit sogenannten U-Booten. So hießen im Brüsseler Jargon jene Beschäftigten außer- und innerhalb der Kommissionsverwaltung, die bis 1995 vorschriftswidrig nicht aus dem Personal-Etat, sondern, vorbei an der internen Finanzkontrolle, aus operativen Mitteln, den „Mini-Budgets“, entlohnt wurden.

Auch ECHO, das 1992 gegründete EU-Amt für humanitäre Hilfe, arbeitete mit diesen Tricks. Angeblich, weil das reguläre Personal beim Verteilen der EU-Milliarden – die Union ist mit Abstand größter Geber der Welt – nicht ausreichte. Perry half.

Mit zwei irischen Tochter-Gesellschaften der Consulting-Firma Perry-LUX wurden laut UCLAF vier Scheinverträge für humanitäre Hilfe in Jugoslawien und in Ruanda sowie in Burundi geschlossen, es seien umfangreiche falsche Berichte über die Abwicklung der Hilfsprogramme verfaßt und bei der Kommission abgeliefert worden. Doch nicht eine der rund fünf Millionen Mark, die zwischen 1993 und 1995 aus dem EU-Haushalt an Perrys Firmen gezahlt wurden, gelangte in jene Notgebiete.

Das Geld wurde ausgegeben für Provisionen an Perry und die Beschäftigung von rund 30 Leuten, davon 12 in einer „externen Zelle“ des ECHO-Amtes in einem aus-

Werbeseite

Werbeseite

gelagerten Büro in der Brüsseler Rue Bitlan. Jobs erhielten, so der Stand der Ermittlungen, auch die Ehefrau des für Jugoslawien und Afrika zuständigen ECHO-Abteilungsleiters Hubert Onidi und zwei Londoner Studienfreunde seines Sohnes Oliver Onidi, der im Kabinett der Kommissarin Edith Cresson beschäftigt ist.

Nach Interventionen des damals für Personalangelegenheiten zuständigen Kommissars Karel Van Miert im Februar 1994 wies der verantwortliche Kommissar Marin zwar den ECHO-Direktor, den Spanier Santiago Gomez Reino, an, der U-Boot-Praxis ein Ende zu machen. Dennoch sollen auch in den Monaten danach weitere Verträge dieser Art abgeschlossen worden sein. Die jetzt für ECHO zuständige Kommissarin Emma Bonino wurde bereits 1995 von Marin und Gomez Reino über die im Amt vorhandenen U-Boote informiert.

Unruhe löste in der Kommissionssitzung auch die Frage aus, was diese U-Boote eigentlich getrieben haben. Sämtliche Unterlagen und Computerdisketten der externen Zelle seien, das hatte die Kommission bereits am 11. September 1998 in einer Stellungnahme zugeben müssen, vor der Auflösung der Zelle an ECHO zurückgegeben worden, jedoch „nicht mehr auffindbar“. Die Akten wurden offenkundig beiseite geschafft. Auch Perry behauptet, keine Unterlagen mehr zu besitzen.

Fest steht nur, daß Perrys „submarins“ bei ECHO 1993 und 1994 an der Abwicklung von 2063 Verträgen über Hilfsleistungen im Wert von 2,7 Milliarden Mark beteiligt waren. Eine Untersuchung der internen Finanzkontrolle der Kommission bei ECHO im Jahre 1996 hatte alarmierende Ergebnisse gebracht: Bei Ausschreibungen sei es nicht korrekt zugegangen, man habe Kontrakte mit unqualifizierten Partnern abgeschlossen und Abschluß-Finanzberichte ohne beigefügte Rechnungen akzeptiert. Hunderte von Millionen Mark könnten auf diese Weise, so wurden Befürchtungen in der Kommissionssitzung laut, durch betrügerische Manipulationen abhanden gekommen sein.

Bisher weigert sich die Kommission, die vertraulichen Befunde ihrer Finanzkontrolle dem Parlament zu übergeben. Zwar wurde inzwischen die Staatsanwaltschaft in Luxemburg gegen Claude Perry in Gang gesetzt. Der revanchierte sich mit einer Klage gegen die Kommission wegen Ruf- und Geschäftsschädigung.

Von den ECHO-Verantwortlichen aber hat es bisher nur einen erwischt. Allein gegen Hubert Onidi wurde ein Disziplinarverfahren eröffnet, und dies, obwohl im vertraulichen Bericht der Anti-Betrugs-Einheit UCLAF vom Frühjahr 1998 massive Anschuldigungen gegen andere festgehalten sind. So wird aus der Befragung Onidis zitiert, daß auch der damalige ECHO-Chef Gomez Reino, dessen für Personal- und Haushaltsangelegenheiten zuständige Assistentin Chantal Graykowski und Fortunato Buda, der Finanzabteilungsleiter, über die Scheinverträge mit Perry-LUX genau Bescheid gewußt hätten. Frau Graykowski und Buda hätten, schreibt die UCLAF weiter, in ihren Befragungen bestätigt, daß ECHO-Direktor Gomez Reino „über die Operationen voll im Bilde war“.





FOTOS: H. GUTMANN / LAIF

Perry-Firmen in Luxemburg
Klage wegen Rufschädigung

Der Spanier jedoch stritt in seiner UCLAF-Vernehmung alles ab. In ihrem Bericht konterkariert die Anti-Betrugseinheit seine Aussage mit mehreren von ihm unterzeichneten Schreiben. Darunter befindet sich auch ein Brief des ECHO-Chefs an den Kabinettschef des Kommissars Marin vom 18. Februar 1994, in dem Gomez Reino einräumt, bei ECHO würden elf Personen beschäftigt, „als U-Boote, bezahlt aus operativen Mitteln“.

Gomez Reino wurde nicht belangt, sondern befördert. Noch peinlicher könnte es werden, wenn jener Mann, dessen Firma von der Kommission mit mindestens 50 Millionen Mark bezahlt wurde, nun zu plaudern beginnt. Erste Andeutungen hat Perry bereits gemacht: Er habe auch einen engen Freund der Kommissarin Cresson, den Zahnarzt René Berthelot, 1995 auf seiner Pay-role gehabt – für 10 000 Mark monatlich plus Wohnung und Dienstwagen. ◆

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

KARRIEREN

Alles ist möglich

Richard Branson, Großbritanniens schillerndster Unternehmer, rächt sich in seinen Memoiren an allen, die ihn fast um seinen Erfolg gebracht hätten.

Diana machte den Anfang. Ihre Ernennung zur „Volksprinzessin“ markierte den Aufbruch Großbritanniens in eine veritable Volksdemokratie. Sogar die Queen bat anläßlich ihrer goldenen Hochzeit zum Empfang in ein Restaurant namens „Volkspalast“. Längst arbeitet Premier Tony Blair weit vorausblickend an einem „Volkseuropa“.

Höchste Zeit also, daß sich auch einmal ein richtiger Volkskapitalist zeigt, ein Unternehmer mit dem Herz auf dem rechten Fleck, ein tapferer Streiter gegen Monopole und die Macht der Banken, einer, der mit Taxifahrern besser kann als mit Lords. Kurz, es wurde Zeit, daß Richard Branson, 48, seine Memoiren vorlegt und enthüllt, auf welch unkonventionelle Art er zum Sterling-Milliardär wurde**.

Der Multi-Unternehmer, der unter seinem Virgin-Label Flugzeuge und Eisenbahnen, Hotels, Kinos und eine Bank betreibt, der Designerklamotten und Rentenversicherungen, Wodka, Limonade, Urlaubsreisen und Parfum verkauft (und unter anderem Namen auch Kondome), will loswerden, was er zu sagen hat, solange er sich „noch so gut an die Details erinnern“ kann. Im übrigen ist nicht einmal der Risikoliebhaber Branson unsterblich: „Der Wagen könnte sich überschlagen, der Ballon könnte platzen, alles ist möglich.“

Letzteres scheint die Devise für alle Lebenslagen zu sein. Für den Atlantiküberquerer, der sein Speedboot nah am Ziel vor den Scilly Islands versinken sah, für den Ballonfahrer, der seinen Traum von einer Weltumrundung nach einer lebensgefährlichen Notlandung in der Sahara vorerst aufschieben mußte, für den Unternehmer, der mehr als einmal befürchten mußte, seine Firmen unter einem Schuldenberg zu verlieren, war Aufgeben einfach keine Option. Mit einem beherzten „oh, screw it, let’s do it“ hat er sich bislang noch immer wieder aufgerappelt.

Wie das geschah, ist unbestreitbar spannende Lektüre. Der im Titel beklagte Verlust seiner Jungfräulichkeit bezieht sich zumindest nicht primär auf eine sexuelle Erfahrung. (Die wird zwar auch geschildert, verlief aber nicht besonders egobildend, weil sich herausstellte, daß seine nach Luft schnappende Partnerin die Atemnot nicht seinen Kopulationskünsten, sondern einem Asthmaanfall verdankte.)

Der Verlust, den Branson angeblich noch immer ein wenig betrauert, ist vielmehr der erzwungene Verkauf seiner Plattenfirma, dem ersten Unternehmen unter dem Namen Virgin. Zwar nehmen ihm Rockliebhaber noch heute übel, daß er auch Mike Oldfield und Phil Collins zu Millionären gemacht hat. Immerhin, Branson entdeckte auch die Sex Pistols und nahm die Rolling Stones unter Vertrag.

Erst als er sich 1984 bei Boeing einen Jumbo leaste, begann Bransons eigentlicher Kampf mit dem Finanzestablishment der Londoner City und gegen den Giganten British Airways, welcher der winzigen Fluglinie später die Luft abdrehen wollte.

Virgin Atlantic Airways ist eine typische Branson-Gründung: Die Firma ist immer knapp an Kapital, greift gleichwohl waghalsig einen finanzstarken Monopolisten an. Branson ist sich für keinen Publicity-Stunt zu schade, wenn er nur ihn und seine Gesellschaft auf die Titelseiten der Zeitungen bringt. Seine Fluggesellschaft will nicht viel billiger sein als die Konkurrenz, wohl aber mit einem besseren Service mehr Gegenwert für die Kunden bieten. Mit dieser Philosophie, die wenig Rücksicht auf die Aktionäre nimmt, wurde 1986 ein früher Börsengang von Virgin Records zum Reinfall.

Anleger sahen nur eine chaotisch geführte Gesellschaft, die Kurse sanken. Branson dagegen akzeptierte nicht, daß eine Aktiengesellschaft zunächst „die Aktionäre zufriedenstellen muß, dann die Kunden und zuletzt die Angestellten“.

Branson kaufte die Virgin-Aktien zurück. Den Kampf gegen British Airways, deren Manager den unliebsamen Konkurrenten bei Banken und Medien anschwärzten, gewann er dagegen, wenngleich um einen hohen Preis: Weil seine Hausbank trotz glänzender Geschäfte den Kreditrahmen nicht erweitern wollte, mußte er 1992 Virgin Music für 560 Millionen Pfund an den Mitbewerber EMI verkaufen. Nachdem er seine Tränen getrocknet und den Scheck kassiert hatte, stellte Branson fest, daß „wir über mehr Cash verfügten als British Airways“.

Das war vor sechs Jahren, und der Besitzer einer privaten Karibik-Insel muß aufpassen, daß der angekündigte zweite Teil seiner Memoiren nicht zu schildern hat, wie all die vielen Pfund-Noten wieder zum Fenster hinaussegelten. Nicht ohne Schadenfreude spekulieren Experten in der Londoner City derzeit, ob sich Branson nicht doch noch übernommen hat.

Virgin-Wodka und Virgin-Cola sind Ladenhüter, der angekündigte Versuch, Musik über das Internet zu vertreiben, mußte aufgeschoben werden. Branson selbst bestätigt, daß die aus Staatsbesitz übernommene Eisenbahngesellschaft ihm am meisten Probleme bereitet, weil ihr Ansehen, ganz anders als sein eigenes, kaum schlechter sein könnte. Der renommierte „Economist“ mutmaßte sogar, Branson werde Virgin Atlantic verkaufen müssen, wenn er wirklich Virgin Rail sanieren wolle.

Gordon McCallum, Bransons neuer Chefstratege, der das bunt zusammengewürfelte Imperium in etwas geregeltere Bahnen lenken soll, bleibt dennoch mit Blick auf die bewegte Firmengeschichte Optimist. „Kurzfristig gibt es eine Menge Frust, sogar unser Ansehen hat gelitten. Langfristig macht uns das nur stärker.“ ◆



SYGMA

Aufsteiger Branson, „Baywatch“-Stars*: *„Der Ballon könnte platzen“*

* Alexandra Paul, Pamela Anderson, Yasmine Bleeth.
** Richard Branson: „Losing my Virginity“. Virgin Publishing, London; 488 Seiten; 20 Pfund.

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

WERBUNG

Schiefes Weltbild

Als „außergewöhnliche Retrospektive“ feiert der katholische Weltbild-Versand mit Sitz in Augsburg in seinem Katalog die Loseblattsammlung „Deutschland im 20. Jahrhundert“. Um das „Zeitkolorit deutscher Epochen wieder lebendig werden“ zu lassen, sind außergewöhnliche Maßnahmen nötig: In einer Zeitleiste mit den Konterfeis der „bedeutendsten deutschen Kanzler des 20. Jahrhunderts“ ist neben Konrad Adenauer auch Adolf Hitler abgebildet. Schließlich geht es ja auch um „eine Zeit, in der Deutschland im Brennpunkt der Weltgeschichte stand“. Wer sich für die „Original-Replikate seltener Dokumente in größter Detailtreue“ dann noch immer nicht erwärmen kann, bei dem springt der Funke vielleicht über, wenn er – ebenfalls in der Fotoleiste – entdeckt, daß Konrad Adenauer bereits in der Weimarer Republik unter dem Namen Brüning Kanzler war. Das schüfe ein ganz neues Weltbild: Adenauer-Enkel Kohl wäre dann nicht der Kanzler mit der längsten Regierungszeit.



PSYCHOLOGIE

Klug und traurig

Vor 30 Jahren begannen zwei kalifornische Psychologen eine Langzeitstudie mit 52 Mädchen und 49 Jungen, damals drei Jahre alt. Die Forscher wollten herausfinden, ob es schon bei Kleinkindern Anzeichen für spätere, im Erwachsenenalter auftauchende psychische Störungen gibt. Nun haben sich zwei Wissenschaftler der University of Santa Cruz die alten Daten noch einmal vorgenommen, um die Vorhersagbarkeit von Depressionen zu untersuchen. Sie stellten fest, daß der IQ ein Indiz für das Seelenheil ist: Intelligente Mädchen neigen als Erwachsene zu Depressionen. Bei Jungen ist es allerdings umgekehrt: je dümmer, desto trauriger.



A. SIEBMANN

Schürze von Comme des Garçons

MODE

Raus aus der Küche, rauf auf den Laufsteg

Von Wilhelm Busch stammt die schöne Weisheit: „Doch jeder Jüngling hat wohl mal ’n Hang zum Küchenpersonal.“ Trotzdem wurde die erotisch-modische Bedeutung von Küchenschürzen bislang unterschätzt: Schnell umgebunden, taten sie ihre Arbeit als Spritzschutz für Kleid oder Pullover, und ihr Design war meistens so häßlich, daß Soßenflecken auch keinen Schaden mehr anrichten konnten. Nun haben mehrere Modemacher das Potential der Schürze entdeckt und sie zu einem vorzeigbaren Kleidungsstück umgeschneidert. Für Comme des Garçons entwarf Rei Kawakubo mehrere Modelle, die mal umgebunden, mal umgehängt werden und mit Leggings, Hosen oder Röcken zu kombinieren sind. Auch die Modeschöpfer Paco Rabanne, Ann Demeulemeester und Kostas Murkudis nahmen Seiden- und Satinschürzen in ihre Kollektionen auf. Die sind natürlich so edel, daß man beim Kochen die häßliche alte Küchenschürze drüberziehen muß.

ASTROLOGIE

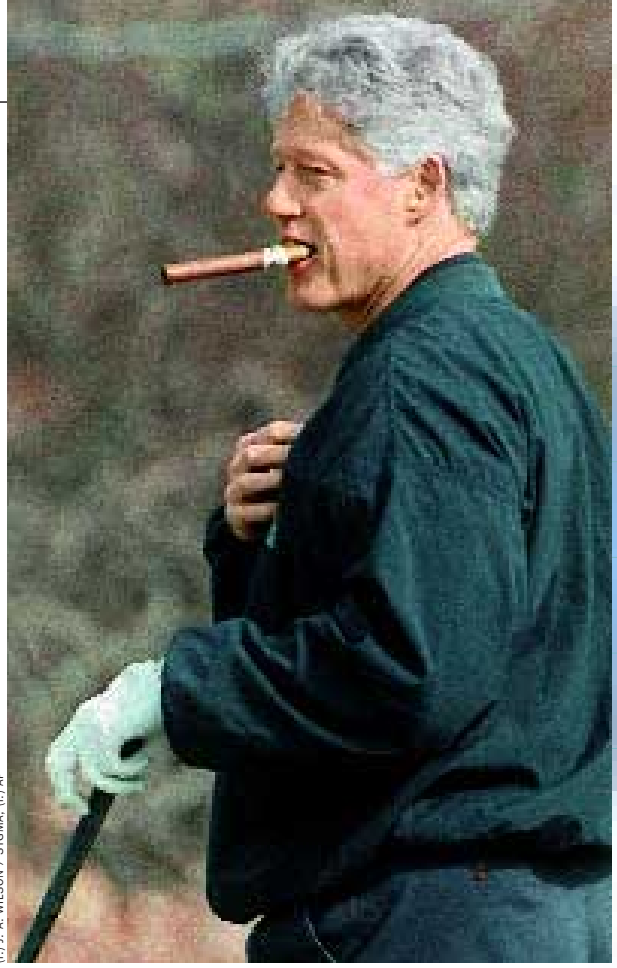
Das Horoskop als Waffe

Auf der Suche nach verläßlichen Ratgebern landen die großen Lenker und Denker immer wieder beim Astrologen. Das war beim ehemaligen US-Präsidenten Ronald Reagan kaum anders als zu Martin Luthers Zeiten. Der wurde gleich mit einer Vielzahl von Horoskopen eingedeckt, ganz nach Interessenlage der Auftraggeber: Um einer weitverbreiteten Wahrsagerei entgegenzutreten, Luther sei der neue Messias, verpaßte ihm ein päpstlicher Astrologe ein Horoskop, das ihn als Antichrist ausweisen sollte – ein klarer Fall von Astro-Mobbing. Die Protestanten, allen voran Luthers Weggefährte Melanchthon, bogen dessen Sternendaten so zurecht, daß er als guter Mensch und leuchtendes Vorbild dastand. Als Gegenpart wurde Faust aufgebaut – als Inbegriff jenes Astrologen, der mit den Mächten des Bösen paktierte. Das Welt- und vor allem Sternbild von Luther, Melanchthon, Faust und Zeitgenossen zeigt die Ausstellung „Astrologie der Reformationszeit“, die am Freitag dieser Woche im Faust-Museum in Knittlingen bei Karlsruhe eröffnet wird (bis 31. Dezember). Jürgen Hoppmann, 41, selbst Astrologe, hat dafür zahlreiche Exponate astrologischer Kunst des 16. Jahrhunderts, alte Bücher und astronomische Gegenstände zusammengetragen – etwa „Astrolabien“, drehbare Sternscheiben, wie sie arabische Astrologen gebrauchten.

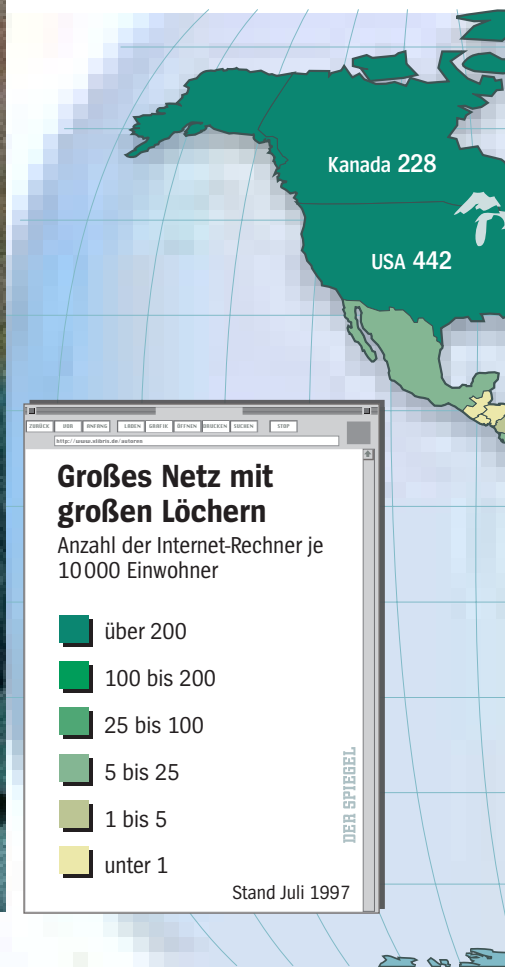


Faust-Darstellung (1693)





(l.) J. A. WILSON / SYGMA; (r.) AP



Internet-Objekte Lewinsky, Clinton: *Hilfloses Zappeln im Datennetz*

INTERNET

Am Pranger der Welt

Die öffentliche Bloßstellung des amerikanischen Präsidenten im Internet rüttelt an den Spielregeln der Demokratie. Das Datennetz wurde zur politischen Schaubühne. Kündigt sich damit das Ende aller Tabus an – oder eine neue Form von elektronischer Republik?

Wer ist das „Mystery Girl“? Millionenfach flimmert ihr in grobe Pixel aufgelöstes Bild aus dem Internet auf die Monitore. Warum tupft sie dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika nach dem Joggen den Schweiß von der Stirn? Warum gewährt der mächtige Mann ihr Zutritt zum Privatgemach neben dem Oval Office? Und, o Gott, läßt der Präsident da nicht die Tür einen Spalt offenstehen, genau wie beim Techtelmechtel mit Monica Lewinsky?

Matt Drudge war wieder der erste: Unbekannte hätten ihm ein „schockierendes Video“ zugespielt, verkündete der Internetreporter, der einst mit Indiskretionen aus der Untersuchung des Sonderermittlers Kenneth Starr die Wühlarbeit des Fahnders in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt hatte.

Schon bald seien neue Enthüllungen zu erwarten, sprach das Orakel mit Schlapphut (siehe Seite 154). Wenig später war das Video bereits im Fernsehen zu sehen.

Vergeblich beteuerte ein Sprecher des Weißen Hauses, das Video, aufgenommen im August 1993, zeige nur eine alte Freundin der Familie aus Arkansas. Egal, wen es zeigt, die unscharfe Sequenz wird in vielfacher Ausfertigung auf jenen Datenberg geschüttet, der schon jetzt zum Stichwort „Clinton“ mehr als eine Million Dateiverweise auf über 100000 Computern im Internet umfaßt. Noch nie hat ein Opfer so ausweglos im Datennetz gezappelt wie jetzt das amerikanische Staatsoberhaupt.

Mit einem Schlag war das Internet zur politischen Weltbühne geworden, als der US-Kongreß vorletzte Woche beschloß, den Bericht des Sonderermittlers gegen



FOTOS: AP

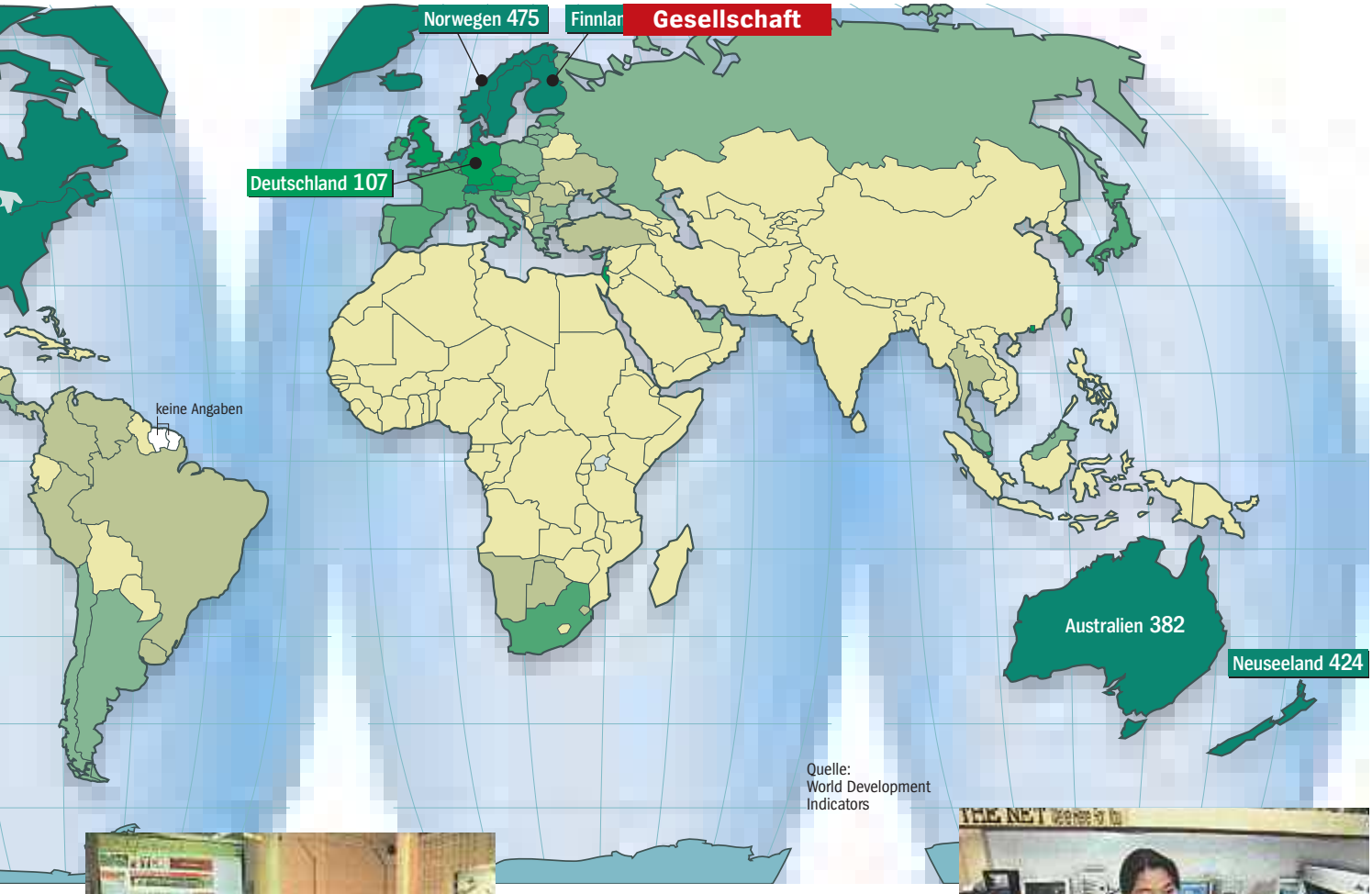
Internet-Nutzer in New Jersey

Präsident Clinton mit allen schlüpfrigen Details unzensiert ins Netz zu speisen, damit sich das Volk seine eigene Meinung bilden könne – eine Idee, die noch letztes Jahr als weltfremde Utopie von Technikfetischisten abgetan worden wäre.

Das Publikum kommt kaum mehr mit, so eilfertig wird es in diesen Tagen mit Originaldokumenten bedient. Am vergangenen Freitag beschloß der Kongreß, daß auch die vierstündige Video-Aufnahme von Clintons Vernehmung durch die Grand Jury vor die Weltöffentlichkeit gehöre. Damals, am 17. August, hatte der Präsident noch eine sexuelle Beziehung zu Lewinsky mehrmals empört zurückgewiesen.

Außerdem sollen weitere 2800 Seiten aus dem Starr-Report im Internet zugänglich gemacht werden.

Bricht nun ein neues Demokratiezeitalter an, wie es die Gurus des Internet der Welt einst versprochen haben? Oder ist die





In Paris



In London



In Manila

öffentliche Bloßstellung des mächtigsten Mannes der Welt als beschränkt steuerungsfähiger Lüstling der äußerste Tabubruch, nach dem es nur noch abwärts gehen kann?

Die Anfahrt der streng bewachten Lieferwagen vor dem Kapitol, von denen unter den Augen der Fernsehöffentlichkeit die 36 Kisten mit Starrs gesammelten Anschuldigungen entladen wurden, war kaum mehr als ein inhaltsleeres Ritual. Auf den Fernsehschirmen war das, worauf es ankam, nicht einmal zu sehen: ein weißer Briefumschlag mit einer Diskette, auf welcher der vorausschauende Ermittler den Report als digitale Vorlage im Dateiformat Word Perfect 6.1 gespeichert hatte. Techniker kopierten innerhalb von Minuten den Inhalt auf CD-Roms, die dann per Boten verschiedenen Regierungsbehörden und Nachrichtenagenturen übergeben wurden.

Die Empfänger spielten den Text fast gleichzeitig auf ihre Internet-Server. Im Technikzentrum von AOL, dem weltgrößten Internet-Anbieter, habe es an jenem Freitag ausgesehen „wie beim Countdown für einen Flug zum Mond“, berichtet das amerikanische „Wall Street Journal“: ein abgedunkelter Kontrollraum, in dem Techniker, über Monitore gebeugt, Kommandos in ihre Funksprechgarnituren flüstern.

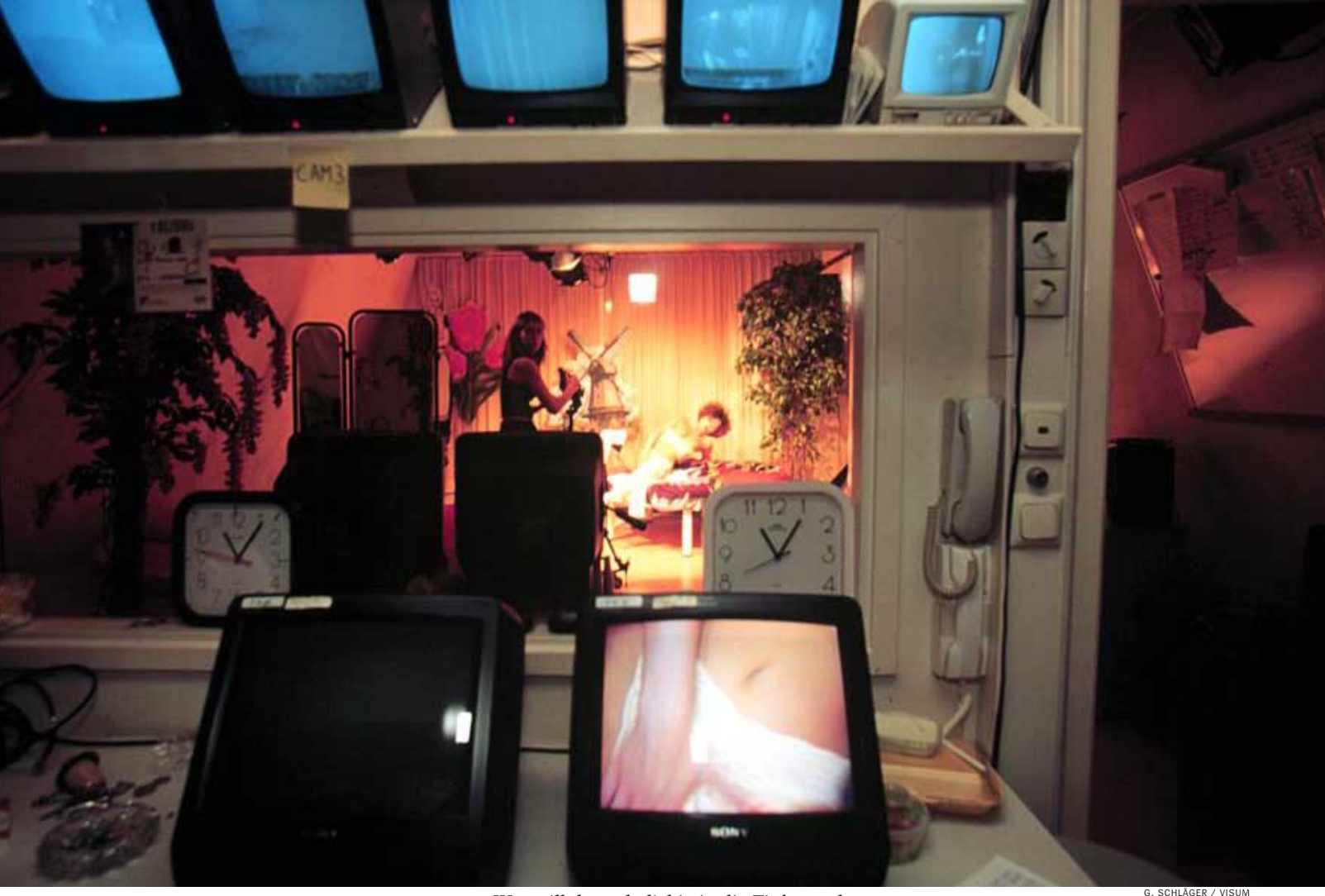
Kurz vor drei Uhr nachmittags traf die CD-Rom ein, wenig später erschien auf den Bildschirmen der Report. Von dieser Sekunde an hatten alle Kunden von AOL Zugriff. In den folgenden 24 Stunden fand der Bericht den Weg auf die Festplatten von 750 000 PC in aller Welt.

Auch an den anderen Stellen im Netz, an denen der Report auslag, kam es zu gewaltigen Aufläufen. Die Internet-Filiale der Nachrichtenagentur AP zählte 20mal so viele Besucher wie sonst. Der Online-Nachrichtenservice MSNBC hatte, um den Ansturm zu bewältigen, gleich 26 Netzrechner parallel in Betrieb genommen. Im Laufe des Tages mußten noch weitere hinzugeschaltet werden. Am Ende hatten sich rund 2,1 Millionen Besucher eingewählt.

Scott Woelfel, Chef der Online-Ausgabe von CNN, sprach vorletzte Woche von einem „Meilenstein“ auf dem Weg des Internet zum Massenmedium. Selbst die Kollegen vom Fernsehen, sonst die ersten bei jedem Spektakel, mußten für Stunden dem jüngeren Medium Platz machen: Auf vielen Fernsehkanälen waren Bilder von Reportern zu sehen, die aufgeregt auf Computermonitore deuteten, auf denen der Starr-Bericht flimmerte.

Ein Infoblitz hatte im Internet eingeschlagen. Früher wäre der Report der Reihe nach durch die befugten Gremien gewandert, demokratisch bestimmte Vertreter hätten ihn gewürdigt und am Ende Entscheidungen gefällt. Doch der Kongreß hat die langwierige Prozedur kurzerhand übersprungen, als sei nach all den Monaten des Mutmaßens und Argwöhnens eine rituelle Reinigung nötig, ein Purgatorium.

Erstaunt sahen die Abgeordneten dem Spektakel zu, das sie mit ihrer Entscheidung ausgelöst hatten. Viele flohen aus der



G. SCHLÄGER / VISUM

Porno-Produktion fürs Internet (in Amsterdam): *Wer will, kann beliebig in die Tiefe tauchen*

Hauptstadt, um in den Wahlkreisen die Stimmung im Volk zu testen. An ein sachliches Verfahren, eine wohlabgewogene juristische Analyse von Starrs Ermittlungen, ist kaum noch zu denken. Die Schweizer Zeitung „Le Temps“ verglich das Treiben gar mit einem „stalinistischen Prozeß“.

Auch Clintons Verteidigung wurde im Internet publik, doch sie fand ungleich weniger Zuspruch. Die Firma Relevant Knowledge ermittelte, daß nach zwei Tagen 5,9 Millionen Menschen in Starrs Report gestöbert hatten; nur ein gutes Zehntel davon nahm die Entgegnung des Präsidenten zur Kenntnis.



„Time“-Titel

Auf Bali wie in der Schweiz können die Netzflaneure sich an der Vorstellung weiden, wie Bill Clinton seines schlimmen Rückens wegen an der Tür lehnte, während er sich von der Praktikantin Lewinsky bedienen ließ. Und in den Plauderecken der Netzwelt spötteln die Leute über den Weltpolitiker, der nie wieder werde eine Zigarre paffen können, ohne sich seiner Schmach zu erinnern.

An demselben historischen Freitag fand, weitgehend unbeachtet, ein weiteres Ereignis statt, das wie ein sarkastischer Kommentar wirken muß: Ein Unterausschuß des US-Kongresses erörterte die Frage, wie Kinder besser vor den Obszönitäten bewahrt werden können, die im Datennetz zirkulieren.

Das Thema bewegt die Volksvertreter schon länger. Anfang 1996 hatten sie ein damals heftig umstrittenes Gesetz verabschiedet („Communications Decency Act“), das die Verbreitung von Pornographie im Internet unter Strafe stellte. Das Oberste Gericht hob im vergangenen Jahr das Gesetz als verfassungswidrig auf. Seitdem suchen die Abgeordneten nach neuen Wegen, den Schweinkram im Netz einzudämmen.

Das amerikanische Nachrichtenmagazin „Newsweek“ beriet unterdessen die Eltern unter seinen Lesern, wie sie ihrem Nachwuchs den Ansturm anstößiger Vokabeln in den Medien begreiflich machen könnten: Was sag’ ich meinem Kind, wenn es fragt, „Mami, was ist Oralsex?“

Alle großen Nachrichten-Zentren von ABCnews.com bis CNN.com bieten ausführliche Analysen des peinlichen Traktats, dazu frühere Berichte und Sammlungen von Zeugenaussagen nebst der Zusammensetzung der Grand Jury – genug für wochenlanges Quellenstudium. Besonders eifrige Spürnasen finden bei der „Washington Post“ sogar eine Datenbank mit allen rund 9000 Menschen, die bislang für Clintons Verteidigungsfonds gespendet haben.

Das neue Medium hat Platz für alles. Die jeweils neuesten Nachrichten schwimmen nur obenauf. Wer will, kann beliebig in die Tiefe tauchen.

Vor allem kann sich Hans und Franz an Ort und Stelle dazu äußern. In den Dis-

Wellen der Schaulust

Aufrufe der CNN-Web-Seiten in Millionen, pro Tag



kussionsforen jagen einander die Wortmeldungen zu Tausenden. Allein an den digitalen Pinnwänden bei MSNBC hingen am Freitag vorletzter Woche mehr als 10 000 Anschläge aus, in den Plauderecken versammelten sich bis zu 7000 Diskutanten.

Findet hier die demokratische Willensbildung ein neues Fundament, oder zerreißen sich nur Schaulustige das Maul? Das sei keine internetspezifische Frage, findet der Politologe Claus Leggewie, auch sonst sei „jede demokratische Kommunikation immer ‚bloß' Unterhaltung". Gänzlich unpolitisch sei nur das Schweigen. Oder, wie Robert Mitchum es in dem Film „Spiel zu zweit" ausdrückte: „Woher soll ich denn wissen, was ich denke, bevor ich nicht höre, was ich sage?"

Der gescheiterte Präsidentschaftskandidat Ross Perot sieht im Internet „eine gigantische Stadtversammlung". Lawrence Grossman, ehemals Chef von NBC News, entwickelt in seinem Buch „The Electronic Republic" schon die Vision von Amerikanern, die vor vernetzten Fernsehern sitzen und mit der Fernbedienung abstimmen.

Wissenschaftler in Athen begannen 1990 mit der Entwicklung des „Perikles Network": Bis zur Jahrtausendwende sollte ein funktionsfähiges System der elektronischen Basisdemokratie nach antikem Vorbild entwickelt sein, in dem Bürger an virtuellen Informationskiosken Beschlußvorlagen einsehen und – mit persönlichem Geheimcode – ihr Plazet bekunden.

Doch über das Stadium eines Prototypen im Medienlabor der Universität ist das Projekt bisher nicht hinausgekommen. Die Fähigkeit zu gesellschaftlichem Konsens hat die Netzgemeinde bisher noch nicht erkennen lassen.

Am Rohstoff Information mangelt es nicht: Die als vorbildlich geltende Thomas-Datenbank der US-Kongreßbibliothek hortet Gesetzestexte und Beratungsprotokolle des Parlaments. Fast jeder Abgeordnete hat eine Niederlassung im Internet errichtet. Ende April veröffentlichte die Volksvertretung beispielsweise 39 000 Geheimdokumente der Tabakindustrie;



DPA

CNN-Senderaum: *Bomben pünktlich zur Prime Time*

sie wurden binnen zweier Wochen fast eine halbe Million mal abgerufen.

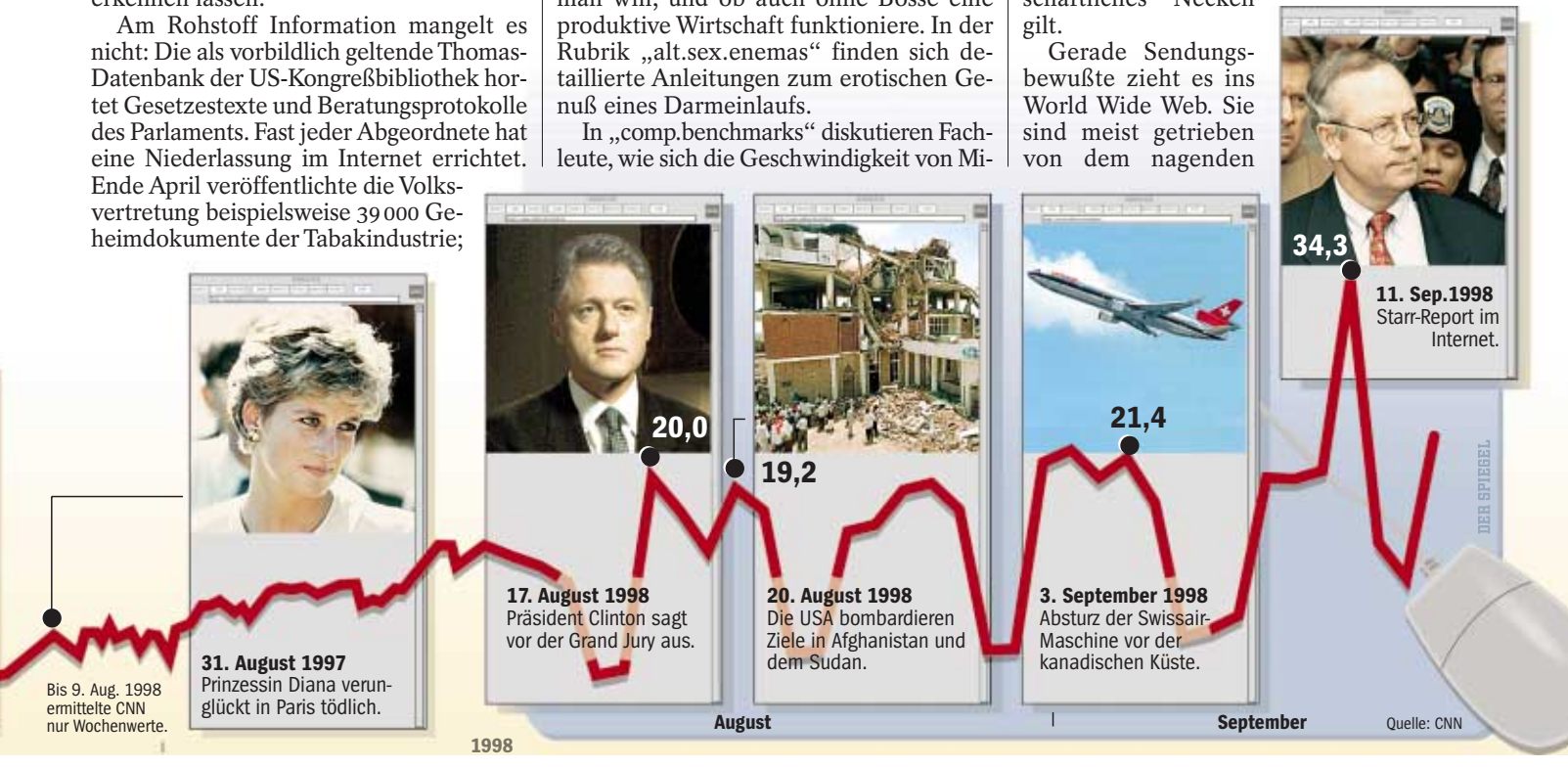
Doch die Diskussionskultur im Internet fördert eher eigenbrötlerisches Sektierertum als überregionalen Gemeinsinn. Die Debattierclubs der Internet-Gründerzeit, die sogenannten Newsgroups, haben sich inzwischen in über 30 000 Diskussionszirkel zersplittert. Jeder findet irgendwo Gleichgesinnte. Der Meinungsaustausch über Gruppengrenzen hinweg, das sogenannte crossposting, gilt indessen als impertinent und ist verpönt.

In der Gruppe „alt.anarchism" etwa wogt seit längerem die Grundsatzdebatte, ob Glück darin bestehe, nur das zu tun, was man will, und ob auch ohne Bosse eine produktive Wirtschaft funktioniere. In der Rubrik „alt.sex.enemas" finden sich detaillierte Anleitungen zum erotischen Genuß eines Darmeinlaufs.

In „comp.benchmarks" diskutieren Fachleute, wie sich die Geschwindigkeit von Mikroprozessoren am besten messen läßt. In der Newsgroup „rec.animals.wildlife" beharken sich Jäger und Naturschützer, wer von ihnen der Flora und der Fauna besser gesonnen sei. Hier kann man die Frage stellen, was ein Eichhörnchen-Baby frißt, und bekommt prompt ein langes Traktat darüber zurück, daß man die possierlichen Nager nicht als Kuscheltiere mißbrauchen dürfe.

Gerade in vermeintlich anarchischen Gruppen ist der Umgangston oft ätzend und intolerant. Wer sich als „Newby", als unerfahrener Neuling, outet, wird von denen, die schon immer da waren, mit „Flames" abgestraft, flammenden Haßtiraden, in denen „Hirnloser Idiot" noch als freundschaftliches Necken gilt.

Gerade Sendungsbewußte zieht es ins World Wide Web. Sie sind meist getrieben von dem nagenden



Goldmine im Mülleimer

Matt Drudge, der sich „Reporter“ nennt, stellt Nachrichten und Klatschgeschichten ins Internet. Ob sie stimmen oder nicht, ist ihm egal.

Er verbreitet Gerüchte und Unfug wie der Blitz. Aber seit der Internet-Reporter Matt Drudge die Lewinsky-Affäre enthüllt hat, wirbelt er die US-Medien durcheinander.

Normale Kinder träumen davon, Pilot zu werden, Entdecker, Präsident oder sonstwas Vernünftiges. Doch Matt Drudge hatte andere Pläne.

Er wollte Journalist werden, träumte davon, Geschichten hinterherzujagen, Schlagzeilen zu machen. Und immer wenn er durch die Straßen seiner Heimatstadt Washington stromerte, packte ihn der Neid: „Dann starrte ich hoch zur Redaktion der ‚Washington Post‘, voller Sehnsucht. Ich wußte, da würde ich niemals reinkommen – ich ging nicht auf die richtigen Schulen, kam nicht aus einer angesehenen Familie und hatte nicht einmal entfernte Kontakte zu einer Verleger-Dynastie.“

Doch die Sehnsucht hat ausgereicht; alles andere hat er nicht gebraucht: Heute gilt Drudge, 31, als Star der Branche, dabei hat er wenig mehr als einen veralteten Computer mit 486er-Prozessor und einen Internet-Anschluß.

Damit betreibt der böse Bube des amerikanischen Journalismus die wohl heißeste Gerüchteküche im weltweiten Datennetz: den „Drudge-Report“. Neben seiner elektronischen Zeitung (www.drudgereport.com) nehmen sich rabiateste und schnellste Boulevard-Blätter aus wie Postkutschen neben einem Porsche.

Drudge schießt Nachrichten, Gerüchte und üble Verleumdungen um den Globus, unredigiert, ungeprüft, von keinem Chefredakteur gebändigt, von keinem Verleger gebremst. Anfangs verlachten ihn seriöse Journalisten nur, schon weil seine Rechtschreibung und Grammatik verbesserungsfähig sind. Doch seit der Einzelkämpfer im Cyberspace als erster die Lewinsky-Affäre hinausposaunt hat, versuchen sie atemlos, ihm hinterherzuschreiben.

Reporter Drudge sei das „größte Talent im Journalismus unserer Zeit“, schrieb das Magazin „Newsweek“. Der Mann sei das „Top-Ärgernis der Nation“, meint hingegen Doug Harbrecht, Präsident des National Press Club in Washington, aber: „Er steht an der Spitze einer Revolution in unserem Geschäft.“



K. COOPER / GAMMA / STUDIO X

Internet-Reporter Drudge, Paula Jones: *6,5 Millionen Leser pro Monat*

Der Reporter wird porträtiert, wird in Talkshows herumgereicht und zu Debatten eingeladen wie kürzlich im feinen Harvard, wo es, so Drudge, um „Internet und die Gesellschaft und andere Wörter ging, die ich nicht einmal aussprechen kann“.

Ganz lässig vergleicht er sich bei solchen Auftritten mit Albert Einstein und Thomas Edison und nimmt den Mund auch sonst ziemlich voll. „Ich habe pro Tag mehr Leser, als das Nachrichtenmagazin ‚Time‘ pro Woche Hefte verkauft“, brüstet er sich, auch wenn es – wie bei ihm üblich – nicht so ganz stimmt. Immerhin: 6,5 Millionen Menschen pro Monat lesen seinen Report, eine stolze Zahl für einen einzigen Mann.

„Die Leute hungern nach ungefilterter Information – kein Mittler, kein Big Brother“

Trotzdem, sagt Drudge, hätten viele der traditionellen Kollegen „noch keine Ahnung, was dieses Internet anrichten wird. Jeder Bürger kann ein Reporter sein. Wir werden alle die gleichen Rechte haben“.

Das Rebellen-Image pflegt Drudge, so gut er kann. Taucht irgendwo ein Fotograf auf, posiert er mit Freude im typischen Drudge-Look, nach Art eines Gossenreporters aus einem Film noir der dreißiger Jahre: den Panama-Hut verbeult auf dem Kopf, mit Fliege oder dem Krawattenknoten auf Halbmast, die Hände meist in den Hosentaschen.

Mit seiner Katze haust er in einem zugemüllten, nur 600 Dollar teuren Zweizimmer-Apartment, nicht weit von jenem heruntergekommenen Teil des Hollywood Boulevard entfernt, wo Los Angeles nach Armut riecht. 3000 Dollar zahle der Online-Dienst AOL für seine Zugpferdrolle pro Monat, sagt Drudge, mehr komme durch den werbefreien Report nicht rein.

An die Westküste hatte sich Drudge geflüchtet, nachdem er sich mehrere Jahre lang ziemlich erbärmlich als Verkäufer in New York und Washington durchschlagen mußte. In Los Angeles fand er

schließlich einen Job bei CBS – nicht in der Redaktion, sondern im Andenkenladen des Fernsehsenders. „Ich faltete T-Shirts, staubte Tassen ab“ – doch nebenbei fing er an herumzustöbern, vor allem in der CBS-Poststelle. „Ich stieß auf eine Goldmine, als ich sah, daß die Mülleimer im Kopier-Raum jeden Morgen überquollen vor lauter Zetteln, auf denen die Einschaltquoten vom Abend zuvor standen.“

Erst wußte er nicht so recht, was damit anzufangen sei. Doch dann kam sein Vater zu Besuch. Der alte Mann machte sich Sorgen um den ziellosen Filius und dessen Karriere, die keine war. Als der Senior mit Drudge zum Flughafen fuhr, kam er plötzlich auf die Idee, seinem Sohn einen Computer zu kaufen, auch wenn der noch kaum Ahnung hatte, wie damit umzugehen sei.

„Doch ich lernte schnell“, sagt Drudge. Alles, was er von nun an aufschnappte und aus den Papierkörben zog, teilte er per E-Mail unverzüglich Freunden und Fremden mit.

Aus fünf Lesern wurden fünftausend, bald Hunderttausende, seit 1995 bedient er Millionen mit einer regulären Internet-Zeitung. Denn die Leute, sagt Drudge, „hungern nach ungefilterter Information. Kein Mittler, kein Big Brother“. Und sie revanchieren sich: Informanten aus dem ganzen Land, viele davon selbst Journalisten, schicken ihm E-Mails, die Drudge dann kurzerhand verwurstet – oft ohne sie zu checken. „Laß die Leser doch selber entscheiden, was sie glauben wollen“, sagt er.

Immerhin sei an 80 Prozent seiner Geschichten sogar was dran, schätzt Drudge. Selbst die falschen Artikel seien nur „zutreffende Berichte über nicht zutreffende Gerüchte“. So meldete er etwa, Bill Clinton habe sich einen Adler unter die Gürtellinie tätowieren lassen und die Softwarefirmen Netscape und Microsoft würden sich zusammenschließen. Alles Unsinn.

Der womöglich teuerste Fehler: Einem Berater im Weißen Haus warf der Kalifornier vor, er schlage seine Frau. Drudge mußte die Geschichte zurückziehen, die Verleumdungsklage gegen ihn ist noch vor Gericht anhängig. Der Politiker fordert über 50 Millionen Mark Schmerzensgeld. Vom Weißen Haus verklagt zu werden sei phantastische Werbung, sagt Drudge unbekümmert: „So hohe Reklametafeln hätte ich niemals mieten können.“

Doch landete Drudge auch einige Treffer. Er meldete als erster, wen sich der ehemalige Präsidentschaftskandidat Bob Dole als Vize ausgesucht hatte, erster war er auch beim Tod von Prinzessin Diana (fünf Minuten vor den US-Fernsehstationen).

Richtig berühmt wurde er aber erst, als ihm im Januar ein „Newsweek“-Mitarbeiter steckte, der Enthüllungsreporter Michael Isikoff habe eine ganz scharfe Geschichte auf Lager. Im Manuskript stehe, Präsident Bill Clinton habe sich eine junge Freundin namens Monica Lewinsky angelacht. Doch die „Newsweek“-Ressortleiter würden sich weigern, den Artikel ohne weitere Beweise zu drucken.

Solche Skrupel sind dem Republikaner Drudge völlig fremd. Am 17. Januar, das war ein Samstag, setzte er den Text ab: eine Story über eine Story, die er nicht kannte, über deren Quellen er so gut wie nichts wußte und die er auch nicht prüfen konnte: „Als ich die Enter-Taste drückte, war mir klar, daß mein Leben danach nicht mehr dasselbe sein würde.“

Zwei Tage dauerte es, bis reguläre Zeitungen sich trauten, dem Schmuddelkind zu folgen. Die Kollegen von der „Washington Post“ waren die ersten, und dann brachen auch gleich alle Dämme.

In den Wochen darauf überschlugen sich die Redaktionen, verbreiteten hübschen Unsinn als Tatsache, alles getreu der Devise, daß oft nur das exklusiv ist, was man erfunden hat. Alle trieb die Angst, wie „Newsweek“ per Internet abgehängt zu werden. „Das Internet hat diese Story gemacht“, so Michael Kinsley, Chefredakteur des Microsoft-Cybermagazins „Slate“, „und diese Story bedeutet den Erfolg des Internets.“

Sein frischer Ruhm hat Drudge jüngst noch einmal in seine Heimatstadt Washington gebracht. Der ehrwürdige National Press Club, einen Block vom Weißen Haus entfernt, hatte den Internet-Promi eingeladen. 200 seriösen Reportern sollte er erklären, wie der Journalismus der Zukunft seiner Meinung nach aussehen wird.

Den Abend zuvor hatte Drudge genutzt, um noch einmal durch die Straßen der Hauptstadt zu strolchen, wie einst als Kind. „Ich stand auf einmal wieder vor dem Gebäude der ‚Washington Post‘. Und wieder hab’ ich hochgeguckt“, sagt Drudge, „aber diesmal nicht voller Sehnsucht. Diesmal hab’ ich gelacht. Laßt die Zukunft beginnen.“



Drudge-Video vom „Mystery Girl“
Alte Freundin der Familie?

Gefühl, daß ihnen trotz der unermeßlichen Datenfülle das wirklich Wichtige vorenthalten wird. Nun können sie endlich mitteilen, was ihrer Meinung nach jeder wissen sollte.

Ufologen „dokumentieren“ minutiös Entführungen und peinliche Untersuchungen von Erdlingen durch Außerirdische. Freizeit-Ermittler wollen herausgefunden haben, wie die letzten Minuten im 1986 abgestürzten Spaceshuttle Challenger verliefen – im Netz kursiert die Transkription eines angeblichen Tonbandmitschnitts.

Betend rast da die Crew dem Tod entgegen – auch wenn die Nasa noch so viele technische Argumente vorbringt, warum die Recorder an Bord nach der Explosion nicht mehr funktionieren konnten.

Unzählige Webseiten versuchen nachzuweisen, daß Prinzessin Diana von Geheimdiensten, der Royal Family oder sonstigen finsteren Mächten ermordet wurde. Auch Mohamed Al Fayed, der Vater von Dianas Geliebtem Dodi, eröffnete zum Jahrestag des Unfalls eine digitale Gedenkstätte; das Inhaltsverzeichnis verspricht, bald werde man sich mit „offenen Fragen“ im Zusammenhang mit dem Tod des Traumpaares befassen.

Im World Wide Web ist alles mit allem verbunden. Sogenannte Hyperlinks führen von einer beliebigen Textstelle auf Mausklick zu Dokumenten am anderen Ende der Welt. Ein solches Netz ist idealer Nährboden für Eiferer und Verschwörungstheoretiker. Kaum war der Starr-Report online, machten sich selbsternannte Forscher und Experten daran, die „wahren Hintergründe“ zu erkunden.

Ein Alan Weberman zum Beispiel will herausgefunden haben, daß alle handelnden Personen der Lewinsky-Affäre Verbindungen zum US-Geheimdienst CIA haben. Aus Zitaten von Starrs Vernehmungen und Material seines Buches „Coup d’Etat

Werbeseite

Werbeseite



Porno-Angebote im Internet: *„Mami, was ist Oralsex?“*

in America“ bastelt Weberman die vermeintliche Innenansicht eines „Putsches ohne Blutvergießen“ zusammen – bei der Lewinsky-Affäre habe der Geheimdienst nur das eine Ziel verfolgt: Clinton als Präsidenten loszuwerden.

Nur wenige Klicks entfernt finden sich Webermans „Beweise“ dafür, daß die CIA auch den Mord an JFK geplant habe – dazu gehören mehr als hundert angeblich belegträchtige Fotos, unter anderem vom Adreßbuch des Kennedy-Attentäters Lee Harvey Oswald. Das Web eignet sich wie kein anders Medium, ausladende Wahnwelten aufzubauen.

Kann man in der Datenwelt niemandem trauen? Oder hilft das Internet durch seine prinzipielle Unzensierbarkeit dem vormals unmündigen Bürger, finstere Machenschaften aufzudecken, weil die Mächtigen nun ihres Informationsmonopols beraubt sind?

Esther Dyson, einer der ganz wenigen weiblichen Gurus des Cyberspace, schwärmt unbeirrt, das Internet könne den Massenmedien „einen Teil ihrer Macht entwinden und sie den Individuen verleihen“. Denn jeder einzelne, so schreibt sie in ihrem Kultbuch „Release 2.0“, habe nun die Möglichkeit, sich jederzeit und überall „Informationen über fast alles“ zu verschaffen.

Clifford Stoll, Astrophysiker und Computerspezialist im Silicon Valley, teilte einst Dysons Enthusiasmus, mit dem Web könne es gelingen, „das Medien-Establishment zu umgehen“ – doch dann mutierte er zu einem der heftigsten Kritiker des Datennetzes.

In der „Zeige-und-Klick-Demokratie“, so Stoll, nehme die scheinbare Aktualität der Information den Konsumenten so sehr gefangen, daß ihm jede Zeit fehle, darüber nachzudenken. Niemand lese am Bildschirm die Texte wirklich durch, jeder picke nur möglichst rasch die interessanten „Stellen“ heraus. Die 445 Seiten des Starr-Reports schnurren so, während sie über die Monitore flimmern, auf ein Potpourri von geöffneten BHs, befleckter Kleidung und zweckentfremdeten Tabakwaren zusammen.

„Das Netz fing an, mein Leben zu diktieren“, findet Stoll heute, der inzwischen sogar den Fernseher aus seinem Haus verbannt hat, und fällt ein vernichtendes Urteil über die globale Datengrube: „Eine tolle Art, Zeit zu verschwenden und ein Bedürfnis nach Wissen zu befriedigen, ohne etwas zu lernen.“

So betrachtet, ist das Internet gar keine Konkurrenz zu den klassischen Medien, sondern nur eine aufgemotzte Variante des 500-Kanäle-TV, das immer noch als Zielvorstellung in den Köpfen von Machern elektronischer Medien geistert.

Die 445 Seiten des Reports schnurren auf ein Potpourri von pikanten Stellen zusammen

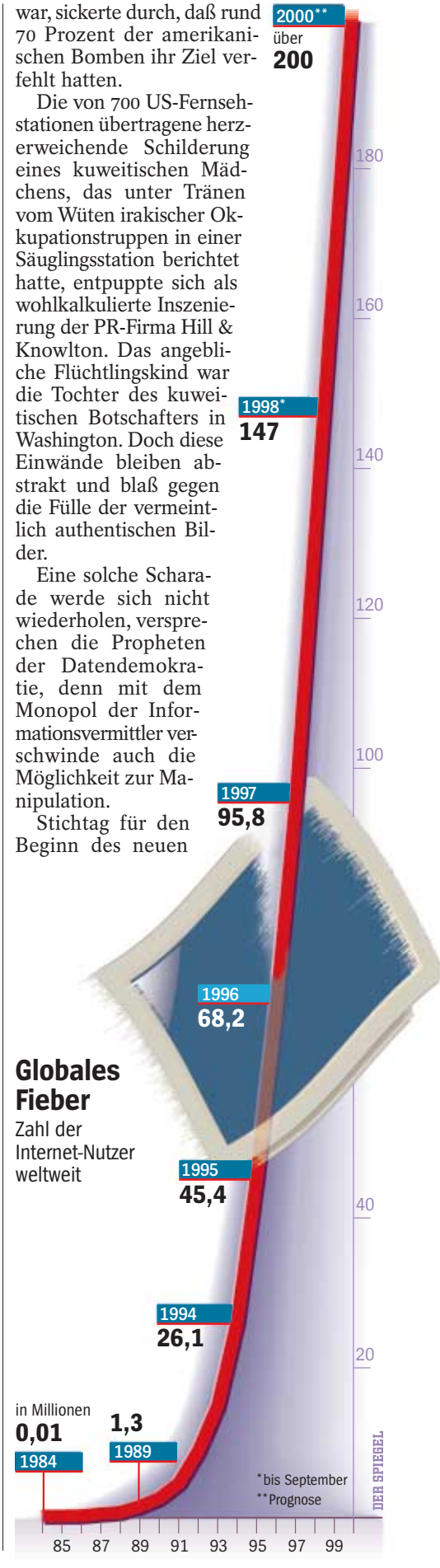
Während des Golfkriegs zeigte sich zum erstenmal, wie sich mit einem Berg von Informationen der Blick auf die Realität verstellen läßt. Eine halbe Stunde bevor der Sprecher des Weißen Hauses, Marlin Fitzwater, am 16. Januar 1991 vor die Öffentlichkeit trat, hatte der Nachrichtensender CNN schon die Kunde vom Angriff der Supermacht auf Diktator Saddam Hussein in die Wohnzimmer getragen.

Präzise zur Prime Time des amerikanischen Fernsehens detonierten in Bagdad die ersten Sprengköpfe, und die elektronisch versorgte Öffentlichkeit durfte sich in der Illusion wiegen, hautnah dabeizusein. „Es ist das größte Feuerwerk, das ich je gesehen habe“, hechelte ABC-Korrespondent Gary Shephard live aus der irakischen Hauptstadt. Der Zuschauer wurde Augenzeuge, wie amerikanische Präzisionswaffen scheinbar punktgenau in Luftschächte plumpsten und in genau abgestimmter Schlagfolge gut verbunkerte Waffenarsenale der Saddam-Armee zerstörten. Sogar Mitglieder der US-Regierung orientierten sich an CNN-Bildern, als sie den Erfolg der Operation „Desert Storm“ priesen. Erst nachdem der Waffengang lange beendet war, sickerte durch, daß rund 70 Prozent der amerikanischen Bomben ihr Ziel verfehlt hatten.

Die von 700 US-Fernsehstationen übertragene herzerweichende Schilderung eines kuweitischen Mädchens, das unter Tränen vom Wüten irakischer Okkupationstruppen in einer Säuglingsstation berichtet hatte, entpuppte sich als wohlkalkulierte Inszenierung der PR-Firma Hill & Knowlton. Das angebliche Flüchtlingskind war die Tochter des kuweitischen Botschafters in Washington. Doch diese Einwände bleiben abstrakt und blaß gegen die Fülle der vermeintlich authentischen Bilder.

Eine solche Schararade werde sich nicht wiederholen, versprechen die Propheten der Datendemokratie, denn mit dem Monopol der Informationsvermittler verschwinde auch die Möglichkeit zur Manipulation.

Stichtag für den Beginn des neuen



Werbeseite

Werbeseite

Zeitalters der Öffentlichmachung hätte der Prozeß gegen Footballstar und Schauspieler O. J. Simpson vor vier Jahren werden können. Fast jede Minute der 13 Monate langen Gerichtsverhandlung gegen den mutmaßlichen Mörder spielte sich vor den Augen der Öffentlichkeit ab, da der Richter erstmals Fernsehkameras im Gerichtssaal zugelassen hatte.

In einem wahren Heerlager kampierten die TV-Crews vor dem Justizgebäude, über Monate blieb keine Zeugenaussage unkommentiert, genetische Fingerabdrücke, die Simpson überführten, und Computersimulationen des Tathergangs wurden im Internet dokumentiert. Und doch gelang es der hochbezahlten Verteidigung, eine Diskussion um Rassismus bei der Polizei und angeblich schlampige Ermittler zum Dreh- und Angelpunkt zu machen. Ausgelaugt von der Materialschlacht vor Gericht und gequält von der Sorge, bei einem Schuldspruch könnten Rassenunruhen das Land erschüttern, sprachen die Juroren Simpson frei.

Den nachfolgenden Zivilprozeß, in dem Simpson aufgrund derselben Beweise zur Zahlung von Schadensersatz verurteilt wurde, nahm die Medienöffentlichkeit kaum noch wahr.

Der US-Fernsehsender „Court TV“ versteht sich denn auch eher als Quelle der Unterhaltung. Tag für Tag überträgt er Verhandlungen aus dem ganzen Land. Im Internet sind die „berühmtesten Fälle“ abrufbar. Samstags und sonntags läuft die Kindershow „Wie lautet das Urteil?“, in der Teenager mit echten Fällen Gericht spielen dürfen. Als Höhepunkt wird das Urteil der Nachwuchsrichter mit jenem der erwachsenen Richter verglichen.

Noch sind die Möglichkeiten des Internet längst nicht ausgeschöpft. Auf der Jagd nach dem Authentischen sind die bunten Textseiten allenfalls ein Zwischenstadium. Alles wissen heißt alles sehen, verspricht das Netz.

Seit Mitte Juni beobachtet eine Kamera, genannt MonicaCam, Tag und Nacht den Eingang zum Büro von Monica Lewinskys Anwälten in Washington. Sie ist ans Internet angeschlossen; wer will, kann jederzeit versuchen, einen Blick auf die vielgejagte Hauptfigur zu erhaschen.

Solche Live-Kameras sind im Web weit verbreitet. Die junge Amerikanerin Jennifer Ringley lebt seit einiger Zeit davon, daß sie ihr gesamtes häusliches Leben vor der Web-Kamera abspult. Ihre Kunden zahlen 15 Dollar pro Jahr, um auf der schon legendären JenniCam zu sehen, wie sie ihre Katze streichelt, sich am Knie kratzt und abends unter die Decke kriecht; manchmal erhaschen sie vielleicht sogar einen Blick auf ein Bein der Schlafenden, das aus dem Bett hängt.



D. OTTINOWSKI

Internet-Kamera (Kreis) im Kindergarten: *„Voyeurismus im Weltmaßstab“*

Die Pendler in Silicon Valley nutzen die gleiche Technik für einen seriöseren Zweck: Kameras mit Internetanschluß liefern kontinuierlich Zustandsbilder von Highway-Auffahrten und Straßenkreuzungen. Ähnlich können sich amerikanische Eltern von zu Hause beim Kindergarten einwählen und ihren Kleinen beim Spielen zusehen.

Von einem „Voyeurismus im Weltmaßstab“ spricht der französische Medienphilosoph Paul Virilio. „Da ist selbst CNN überholt.“ Die Perspektive, die das Internet eröffne, sagt er, laufe womöglich auf Millionen von billigen Kameras hinaus, mit denen alle alles bespähen dürfen.

Das Publikum hat es dann nicht mehr nötig, dem üblichen Takt der Fernsehnachrichten zu folgen. Es klickt einfach



ACTION PRESS

Sonderermittler Starr, Reporter: *Wie ein Countdown für den Flug zum Mond*

auf eine der zahllosen Kameras, die in Echtzeit den direkten Blick auf Brennpunkte in aller Welt eröffnen. Wo gerade etwas los ist, erfährt der Benutzer automatisch per E-Mail.

Seit das Internet populär ist, geht die Sorge um, das Medium könne den Menschen vollends zum teilnahmslosen Glotzer verkümmern lassen, weil es Zugang zu allem bietet.

Daß man im Netz ständig über Pornos stolpert, gilt ohnehin als ausgemacht. Gerade an diesem Thema aber zeigte sich, daß das Internet gelegentlich als wirksame Gegenöffentlichkeit funktionieren kann.

Im Sommer 1995 brachte das amerikanische Nachrichtenmagazin „Time“ eine Titelgeschichte, die das Datennetz anprangerte als einen Pfuhl voll von pornographischen Bildern, Texten und Geräuschen. Das Magazin berief sich dabei auf eine Studie der Carnegie-Mellon University in Pittsburgh.

Die Netzgemeinde war empört. Tausende verfaßten Beiträge für die Diskussionsforen. Schon nach wenigen Tagen zirkulierte eine vernichtende Analyse der Studie.

Nach einer Woche hatten die Kritiker in gemeinsamer Recherche auch noch peinliche Details über den Autor, einen Studenten namens Martin Rimm, zutage gefördert: Er hatte zuvor ein Handbuch für Porno-Anbieter im Netz verfaßt. Nach drei Wochen bekannte das mächtige Magazin, wenn auch höchst gewunden, es seien Fehler gemacht worden, und leistete Abbitte.

Noch ist ungewiß, ob dieses Beispiel eine seltene Ausnahme bleibt oder ob sich die Gemeinde der Internetnutzer zukünftig tatsächlich zu einer nicht nur mächtigen, sondern auch kompetenten demokratischen Kontrollinstanz formieren wird.

Jeder darf von der Quelle des Wissens trinken, doch keiner weiß, woher sie sich speist

Bisher läßt sich die kurze Geschichte des Datennetzes deuten als eine Abfolge von Informationsfluten und immer neuen Versuchen, sie einzudämmen, zu bündeln und sinnvoll zu ordnen. Suchmaschinen dienen als Pfadfinder durch den Datendschungel, digitale Filter dienen dazu, den Bildschirm von Sex, Pornographie und Gewalt zu säubern.

Doch alle Filter versagen, wenn es darum geht, wesentliches von unwesentlichem zu unterscheiden und Informationen zu bewerten. Gerade dies ist die Aufgabe der herkömmlichen Medien: Ein Heer von Journalisten, Wissenschaftlern und Archivaren sichtet ein Dickicht von Informationen, wählt Wichtiges aus und beglaubigt, was der Überprüfung standhält.

Diese Instanz fehlt in der anarchischen Welt des Netzes: Alle können nun alles erfahren, hören und sehen. Jeder darf von der unerschöpflichen Quelle des Wissens trinken. Woher er sich speist und ob er sauberes oder infiziertes Wasser trinkt, muß er selbst herausfinden. Auch bleibt ihm überlassen, was er mit all seinen Informationen macht.

Eine verblüffende Folge der neuen Form, Informationen zu verdauen, offenbarte sich nach der Veröffentlichung des Starr-Reports: Sie blieb für die öffentliche Meinung einstweilen folgenlos.

Während große US-Zeitungen und Kongreßabgeordnete von wachsender Empörung ergriffen sind und immer dringlicher Clintons Rücktritt fordern, blieb das Staatsvolk, nachdem sein Hunger nach sexuellen Details einmal gestillt war, erstaunlich gelassen: Auch eine Woche nach der Enthüllung genoß Clinton das Vertrauen der meisten Bürger. Mit großer Mehrheit bekundeten die Amerikaner: Politisch macht der Präsident seine Arbeit gut.

Damit nähert sich die Geschichte der Skandale und Enthüllungen einem Wendepunkt. Clinton ist nicht nur der erste Präsident der Geschichte, dessen pikantes Privatleben vor aller Welt ausgebreitet wird. Er ist auch der erste, der diese Schmach überstehen könnte. ◆

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

FERNSEHEN

„Danke, Anke!“

In Zeiten gelackter Fernsehgesichter fällt der Comedystar Anke Engelke überraschend auf – durch komödiantische Schauspielkunst und charmante Frechheiten. *Von Reinhard Mohr*

Die streng dreinblickende junge Dame mit dem hochgesteckten Haar macht keine Umschweife: „Ich sag’ das jetzt mal so: Sie sehen scheiße aus!“ Kurz darauf blickt die Moderatorin der fiktiven Sendung „Ihr gutes Recht“ den verunsicherten Studiogast noch etwas dominahafter an und schleudert dem Rechtshilfesuchenden eiskalt entgegen: „In meiner Sendung wird nicht rumgeschwuchtelt.“ Zurück in die Sendezentrale: „Danke, Anke!“ sagt der coole Anchorman.

Tatsächlich wird in der Sendung regelmäßig rumgeschwuchtelt, bis die Studiowände schwitzen – doch das juristische Ratgeberprogramm ist eine Parodie, Teil der satirischen Sat-1-„Wochenshow – Die witzigsten Nachrichten der Welt“. Jeden Samstagabend präsentiert der Privatsender die zur Zeit erfolgreichste deutsche Comedyshow, die bis zu vier Millionen Zuschauer erreicht und gerade für den deutschen Fernsehpreis „Der Goldene Löwe 1998“ nominiert wurde.



K. GERDES

Comedystar Engelke
„Aufpassen in Bottrop! Wetter wird scheiße!“

Drei Männer und eine Frau haben der einstigen Kultsendung „RTL Samstag Nacht“ und deren Star Wigald Boning die satirische Pole-Position im deutschen Fernsehen abgejagt. Neben Ingolf Lück, Marco Rima und Bastian Pastewka ist Anke Engelke zum heimlichen Star der „Wochenshow“ avanciert. Sie ist unverschämter als Esther Schweins, das langbeinige Vorzeigestück der verflossenen „RTL Samstag Nacht“-Truppe; und sie verfügt – das unterscheidet sie von den meisten Stars der neuen deutschen Blödelkultur, die sich oft nur selbst witzig finden – tatsächlich über komödiantisches Naturtalent, Leidenschaft und eine subtile Differenzierung von Mimik und Gestik.

Ob als breitbeinig hingefläzte Bordellköchin aus Essen, die in „Sex TV“ aufs ordinärste über „Hühnerfickassee“, „Lümeltütensuppe“ und „Königsberger Möpse“ schwadroniert, als Parodistin des hemmungslosen Teenie-Schwachsinns im extremkurzen Plastik-Mini („Ricky’s Popsofa“) oder als exzentrische Wetterfee – „Aufpassen in Bottrop! Wetter wird scheiße!“ – Anke Engelke ist ein scharfer Feger.

Äußerliche Attraktivität und der Geist der Satire, seit Karl Valentin und Liesl Karlstadt eher Antipoden, sorgen bei ihr für humoristische Synergieeffekte. Wenn sie bei der fiktiven TV-Talkrunde „Vier um zehn“ die lesbische Post-68er-Emanze spielt, die im beleidigten Dauerton der antipatriarchalischen Kulturkritik den Vorwurf als misanthropisches Lebenselixier zelebriert, dann triumphiert nicht nur das Klischee vom eingeschrumpften Spätfeminismus – vor allem ist es zum Schreien komisch.

Doch schon die Persiflage auf die Babymasche der strafunmündigen Jugendkultur zwischen Bubi Ofarim und Blümchen, in der ein „endgeiles Tattoo“ tausendmal wichtiger ist als die Venus von Milo, zeigt, daß es hier nicht um ideologisches Draufhauen geht – oder doch, aber andersherum: darum, Ideologien zu zersetzen, indem man sie vorführt und dem Lachen preisgibt.

Deshalb ist Anke Engelke auch kein spätes Girlie, das in der allgegenwärtigen „Fernsehutopie der Infantilgesellschaft“ („Neue Zürcher Zeitung“) ihr modisches Unwesen treibt, sondern eine ausgewachsene satirische Begabung, wie es, jedenfalls unter Frauen, wenige gibt in Deutschland.

Dabei wäre ihr die Rolle der pseudoschrillen Medientussi fast in die Wiege gelegt worden. In Kanada geboren und bis zum fünften Lebensjahr dreisprachig – deutsch, englisch, französisch – aufgewachsen, stand sie schon mit 13 Jahren vor der Fernsehkamera: Von 1979 bis 1985 moderierte sie neben Désirée Nosbusch den „Spielexpress“ von der Berliner Funkausstellung und das zehnwöchige Sommerferienprogramm für Kinder im ZDF.

1986 wechselte sie – inzwischen 20 – zum Hörfunkprogramm SWF 3 nach Baden-Baden, damals die Radio-Avantgarde der intelligent-witzigen Popkultur. Für Engelke, den weiblichen Jungspund unter all den ausgebufften männlichen Radioprofis, war es „die vielleicht härteste Schule meines Lebens“. Oft sei sie weinend aus den berüchtigten Abhör-Konferenzen gelaufen, in denen ausgewählte Programmbeispiele gnadenloser Kritik unterzogen wurden. Nicht selten habe sie sich mit Shakespeare und Faulkner auf der Toilette verbarrikadiert, um sich ein Stück eigenen Terrains in der übermächtigen Männerradiowelt zu retten.

Natürlich ging die Geschichte gut aus, und mit Ende 20 war sie schon aktives Mitglied der „SWF 3 Gagtory“, jener mikrofonerprobten Satiremannschaft des Senders, die auch in den Mehrzweckhallen des deutschen Südwestens für Spaß und gute Laune sorgte.

Den Charme eines großen Mädchens hat sich Engelke, heute 32, erhalten. Wenn sie durch die große Lichthalle eines Kölner Hotels zum Interview herbeihampelt, die mit mehreren dekorativen Einrissen versehene schwarze Lieblingslederhose munter herumschlackernd, dann wirkt das, als hüpfe sie nach den Regeln eines imaginären Gummi-Twists. Doch kaum hat sie sich am Tisch niedergelassen, verfällt sie in professionelle Hyperpräsenz. Die Frau spricht schneller, als der Notizblock erlaubt.

Der nicht ganz so diskrete Charme ihrer durchaus widersprüchlichen Persönlichkeit macht vor kaum einer Klatschgeschichte halt. Ungeniert erzählt sie, wie einige ihrer Radio-Idole sich seinerzeit beim Praxistest eher als Schlappschwänze erwiesen hätten – auch dies eine legitime

Form aktiver Entzauberungsarbeit am Mythos Männlichkeit.

Ihren Ehemann, Vater der gemeinsamen, eineinhalbjährigen Tochter, lernte sie vor zehn Jahren kennen, als sie sich – in der Clinton/Starr-Ära sei das Zitat gestattet – gemeinsam mit ihrer Schwester „in seine Band gefickt“ habe. Seit Jahren singt Anke Engelke, einst Mitglied im Kinderchor des WDR, selbst in der Kölner Combo namens „Fred Kellner“.

Mitunter scheint es, als sei ihr burschikoses Auftreten auch eine Fassade, hinter der sich „meine Tendenzen zur Selbstzerstörung“, so Engelke, und eine festgefügte Über-Ich-Moral verbergen. Weil sie weder eine journalistische noch eine schauspielerische Ausbildung habe, befielen sie immer wieder Selbstzweifel angesichts eines Erfolgs, der hier und da die unheimlichen Seiten des eigenen Charakters offenbart.

Noch heute schämt sie sich dafür, daß sie gerade mal zehn Tage nach der Geburt ihrer kleinen Tochter 1996 wieder vor die Kamera geeilt war – aus Angst vor dem Verlust ihres Jobs. Berufliche Fahrten in der ersten Klasse sind ihr immer noch so genant wie Spesenrittertum und Partyrummel, und trotz der zunehmenden



R. JUERGENS

„Wochenshow“-Darsteller Engelke, Rima
Scharfer Feger

Zahl von Film- und Fernsehangeboten bleibt sie zurückhaltend: „Ich bin keine Kabarettistin, bloß Darstellerin. Ohne Perücke und Make-up bin ich nicht lustig.“

Dafür tobt sie sich in all den „Wochenshow“-Figuren aus, die sich sieben Autoren und zwei Redakteure, Regisseur und Produzent ausdenken. Wenn Marco Rima als „Brisko Schneider“ seine Zuschauer von „Sex TV“ mit den Worten „Hallo, liebe Liebenden!“ begrüßt und dabei jede Silbe so butterweich betont, daß auch dem letzten Hetero noch Schauer der Erregung über den Rücken laufen, dann hat es die Bordellköchin aus Essen auch nicht mehr so schwer, ihre erotische Speisenfolge zu offenbaren: „Da habe ich dann überhaupt keine Hemmungen“, sagt sie, „da kann ich richtig ordinär sein.“

Wir sagen das jetzt mal so: Danke, Anke! ◆

Werbeseite

Werbeseite

FRANKREICH

„Schreckliche Person“

Monicagate“ hat dem Ansehen des US-Präsidenten Bill Clinton in Frankreich nicht geschadet, im Gegenteil: Das Land der Liebe verteidigt beherzt „die Intimität des Privatlebens“ („Le Monde“) gegen die „Rückkehr der Inquisition“ („Le Nouvel Observateur“). Staatspräsident Jacques Chirac, wie schon sein verstorbener Vorgänger François Mitterrand als „homme à femmes“ bewundert, übermittelte dem bedrängten Freund im Weißen Haus telefonisch seine „Wertschätzung und Freundschaft in einer persönlichen Prüfung“. Geballte Verachtung trifft dafür den Clinton-Häscher Kenneth Starr. Die rechte Ex-Gesundheitsministerin Simone Veil, Mitglied des Verfassungs-



AFP / DPA

Aubry



Y. FORESTIER / SYGMA

Chirac

rats, nennt den Eiferer eine „schreckliche Person“, wahrscheinlich „nicht nur ein Voyeur, sondern ein sexuell Besessener“. Die linke Arbeitsministerin Martine Aubry kann nicht fassen, wie Starr „die Demokratie in Gefahr“ bringe, nur weil „zwei Erwachsene im gegenseitigen Einvernehmen“ Sex hatten. Sogar der selbsternannte Wächter familiärer Werte, der Rechtsradikale Jean-Marie Le Pen, zeigt Verständnis: Clinton habe sich wie ein „Purzelbaum schlagender Lausejunge“ verhalten.

INDONESIEN

Wo sind Suhartos Milliarden?

Während die indonesische Wirtschaftskrise mit Plünderungen und Übergriffen auf chinesischstämmige Händler eskaliert, sind die Kinder und Enkel des im Mai zurückgetretenen Präsidenten Suharto bemüht, ihre über Jahrzehnte angehäuften Reichtümer zu retten. Wenigstens einen Teil ihres Vermögens wollten die Mitglieder des Suharto-Clans in den vergangenen Wochen auf Umwegen ins Ausland schleusen, berichten Bürgerrechtler in Jakarta, die dem weitverzweigten Besitz der ehemaligen Präsidentenfamilie nachspüren. Viele ihrer Firmen haben – zur Tarnung – neue Namen erhalten. Das US-Wirtschaftsmagazin „Forbes“ veranschlagte den ganzen Clan im Juli „auf wenigstens vier Milliarden Dollar“. Suharto selbst beteuert hingegen, er besitze „keinen Cent“. Mit dieser Behauptung brachte der 77jährige sogar seinen Nachfolger Jusuf Habibie gegen sich auf: Auf Geheiß des Präsidenten werden jetzt die undurchsichtigen Vermögensverhältnisse des Ex-Diktators genau untersucht.



Präsident Suharto, Schwiegertochter Tata (1997)

SCHWEIZ

Mobilmachung gegen Europa

Die Schweizer Volksabstimmung am kommenden Wochenende über eine Lkw-Steuer wird zum Europa-Plebiszit: Die sogenannte leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe, die vom Jahr 2001 an ausländischer Transitverkehr und einheimischer Lkw-Verkehr berappen sollen, wird von Regierungsparteien, Wirtschaftsverbänden und der Mehrheit des Parlaments gestützt. Von der Lkw-Lobby und rechtskonservativen Europa-Gegnern wird die Brummi-Steuer, die dazu beitragen soll, Güterverkehr von den belasteten Alpenstraßen auf neue Eisenbahnverbindungen umzuleiten, bekämpft. Der Rechtspopulist Christoph Blocher will mit der Mobilmachung gegen die Lastwagensteuer ein umfangreiches Abkommen zwischen der Schweiz und der EU torpedieren. Tatsache ist: Ohne die Lkw-Steuer kippt das gesamte Vertragspaket.

BASKENLAND

Waffenruhe eine Falle?

Eta-Terroristen betreiben mit der Ankündigung eines unbefristeten Waffenstillstands nur 40 Tage vor den Wahlen zum baskischen Regionalparlament Wahlhilfe für die linksradikale Separatistenpartei Herri Batasuna. Weil Eta aber vorläufig nicht die Waffen niederlegen will, lehnt die Regierung in Madrid einen Verzicht auf die Verfolgung der Eta-Attentäter ab. Innenminister Jaime Mayor Oreja warnte sogar vor „einer geschickt inszenierten Falle“. Eta hatte mehrfach einen Waffenstillstand angekündigt, später aber den Kampf wiederaufgenommen. Regierungschef José María Aznar, der 1995 einen Bombenanschlag überlebte, will Verhandlungen erst mit allen demokratischen Parteien abstimmen. Seit Jahresbeginn waren vier Politiker seiner Volkspartei Eta-Attentaten zum Opfer gefallen.



SIPA

Eta-Anschlag auf Regierungschef Aznar im April 1995



In Brand gesteckte Autos im Stadtzentrum von Tirana: *Das gefährlichste Pulverfaß auf dem Balkan*

FOTOS: AP

ALBANIEN

„Wir sind so stark wie nie“

In Tirana werden die Richtlinien der Politik wieder mit Maschinenpistolen ausgeschossen. Der Staatsstreich von Oppositionschef Berisha ist zwar gescheitert. Doch nun droht das Land in zwei Hälften auseinanderzubrechen.

Lichterloh brannten die Autos vor dem Regierungsgebäude. Die beinahe pausenlos ratternden MGs machten an diesem Tag für die Passanten jede Ecke, jede Straßenkreuzung von Tirana zur Todesfalle. Einige wenige Polizeifahrzeuge rasten scheinbar ziellos mit Blaulicht durch die Stadt, das Gros der Polizisten hatte längst das Weite gesucht.

„Wir haben den Sender übernommen“, verkündete gegen 13 Uhr ein Sprecher der Demokratischen Partei des im vergangenen Jahr entmachteten Ex-Präsidenten Sali Berisha übers Fernsehen. Die Besatzer griffen auch sofort gestalterisch in das laufende Programm ein. Nach der Übernahmeproklamation konnten die Zuschauer den Triumphzug dreier Panzer auf dem Bildschirm verfolgen, die die Demonstranten in ihre Gewalt gebracht hatten und die nun ganz langsam durch die Straßen Tiranas rollten – besetzt und umringt von johlenden Anhängern.

Dem Parlamentssprecher Skender Gjinushi blieb am Montag abend vergangener Woche nur noch das resignierte Resümee: „Die Situation ist außer Kontrolle.“ Bilanz: 7 Tote, 76 Verwundete.

Bilder und Szenen aus Tirana, die an die dramatischen Ereignisse vom März 1997 erinnerten, als Albanien in Anarchie und Chaos versank. Damals raubten Zivilisten über 650 000 Waffen aus Militärdepots. Nur zehn Prozent davon wurden zurückgegeben. Ein beträchtlicher Teil der Feuerwaffen wurde ins Ausland verschoben, vor allem an die Brüder im benachbarten Kosovo, die für ihren Sezessionskrieg gegen Belgrad dringend Waffennachschub benötigen. Erst eine internationale Eingreiftruppe konnte die Unruhen, bei denen über tausend Menschen starben, beenden.

Bei den folgenden Wahlen im Juli 1997 wurde die regierende Demokratische Partei mit einer katastrophalen Niederlage bestraft. Die Sozialisten – viele von ihnen Altkommunisten – siegten mit 52 Prozent der Stimmen. Der neue Premier, Fatos Nano, 45, im März aus dem Gefängnis entlassen, war der letzte kommunistische Regierungschef gewesen und 1991 unter Präsident Berisha verhaftet worden.

Die spektakuläre Ermordung des Vizevorsitzenden der Demokratischen Partei Azem Hajdari am 12. September hatte auf dem „Boulevard der Märtyrer“ die neuen Unruhen ausgelöst. Hajdari war direkt vor der Parteizentrale erschossen worden. Fünf vorangegangene Mordversuche hatte er überlebt. Doch die Regierung lehnte es ab, ihm offiziellen Schutz zu gewähren. Weil sie ihn selbst liquidieren wollte, wie seine Parteigänger meinen?

Berisha sagt über seinen ermordeten Freund: „Hajdari war ein politisches Tier. Wenn es um die Gerechtigkeit ging, war ihm kein Preis zu hoch.“ Wohl auch nicht der Preis von Mord und Brandstiftung. Der Politiker Hajdari war auch nicht zimperlich in der Wahl seiner Mittel.

Trauergäste und wütende Parteifreunde, die am Montag den Sarg durch die Stadt geleiteten, erwiesen dem Verstorbenen mit Schlachtrufen wie „Hajdari lebt“ und „Blut für Blut“ die letzte Ehre. Dann wurde das Regierungsgebäude gestürmt, ein Teil davon ging in Flammen auf, über Tirana fegte bis in die späten Abendstunden ein Kugelhagel ohne Ende.

Erst am Abend, nachdem Berisha auf Intervention des ehemaligen US-Verteidigungsministers William Perry seine Anhänger über den besetzten Fernsehsender zum Gewaltverzicht aufgerufen hatte, zogen sich die Belagerer zurück.

Ausländische Regierungen suchten in der Zwischenzeit vergebens nach Fatos Nano, um mit ihm die Lage zu beraten. Auch Präsident Rexhep Mejdani konnte ihn nicht finden, wie er der verwirrten Nation vor laufenden Kameras gestand. Zeugen wollen den Regierungschef allerdings gesehen haben, wie er gleich zu Beginn der Unruhen aus der Hauptstadt flüchtete. Mit seinem Mobiltelefon, so erklärte er später, habe er während seiner 24stündigen Abwesenheit die Staatsgeschäfte weitergeführt.

Von einem Rücktritt wurde Nano allseits dringend abgeraten. Vor allem die westlichen Regierungen hatten Angst, ein Regierungsvakuum werde geradewegs in ein neues Chaos führen, das der Westen dann wieder in diplomatischen Feuerwehraktionen und kostspieligen Nato-Einsätzen auflösen müsse.



REUTERS

Von Aufständischen erbeuteter Panzer: *Drohender Kollaps von Recht und Ordnung*

Die Sorge der internationalen Gemeinschaft über einen drohenden Kollaps von Recht und Ordnung in Albanien scheint nicht unbegründet. Albanien ist nicht nur das Armenhaus Europas geblieben, sondern auch das gefährlichste Pulverfaß auf dem ohnehin nicht eben stabilen Balkan.



Ministerpräsident Nano: *„Wir schießen ohne Warnung“*

Auf Albanien lasten immer noch die Schatten der Vergangenheit. Vier Jahrzehnte lang hatte der stalinistische Führer Enver Hodscha das Land der Skipetaren und Adlersöhne von der Welt isoliert. 1991, beim Übergang vom Kommunismus zum Mehrparteiensystem, blieb das prophezeite Blutbad zwar aus, doch die demokratisch gewählten Politiker klammerten sich weiter an die bewährten Methoden kommunistischer Machterhaltung: Bestechung, Mord, Terror.

Das albanische Volk ist der mutmaßlich korruptesten Bürokratie Europas ausgeliefert und einer räuberischen Marktwirtschaft, die weitgehend auf Schieberei und Betrug basiert. Als Haupteinnahmequelle gilt der Schmuggel von Autos, Menschen, Zigaretten, Waffen und Drogen. Hunderte von Bootsbesitzern machen mit illegalen Emigrantentransfers übers Meer nach Italien bombige Geschäfte.

Besserung ist nicht in Sicht. Das Dauerchaos macht jeden Ansatz zur Sanierung kaputt. Ausländische Firmen haben das Risiko-Land Albanien aus ihren Investitionslisten gestrichen. Niemand will da Fabriken bauen, wo er nicht sicher sein kann, daß sie nicht wieder von Demonstranten niedergebrannt werden.

Morsch wie die Wirtschaft präsentiert sich auch das Sicherheitssystem der Republik. Die meisten der 1997 für Fatos Nano demonstrierenden Rebellen im Süden Albaniens wurden nach dessen Machtübernahme in den Polizeidienst übernommen. Als Ordnungsfaktor spielen sie aber kaum eine Rolle. Weil sie vorige Woche fast alle verschwanden, mußte Innenminister Perikli Teta erst 4500 Milizionäre aus dem Süden des Landes zu Hilfe rufen, bevor er der Opposition drohen konnte: „Wir schießen ohne Warnung und verhaften jeden, wenn es sein muß, selbst den Präsidenten.“

Der Kodex der Blutrache hat hier mehr Gewicht als alle staatlichen Gesetze

Immer deutlicher zeichnet sich eine politische Teilung des Landes ab. Der Süden sympathisiert mit Nano, der Norden mit Sali Berisha. Im Norden herrschen lokale Clans. Der Kodex der Blutrache hat hier mehr Gewicht als alle staatlichen Gesetze. Einig sind sich die Bewohner meist nur in ihrer abgrundtiefen Abneigung gegen Fatos Nano und seine Gefolgschaft.

Premierminister Nano sieht keine Möglichkeit zum Kompromiß. Für ihn ist der Führer der Demokratischen Partei der „Kopf eines organisierten Umsturzver-

„Diktatur der Kriminalität“

Oppositionsführer Sali Berisha über seine Umsturzpläne

SPIEGEL: Nach einem Bürgerkrieg, der über tausend Menschenleben kostete, haben Sie letztes Jahr die Macht verloren. Wollen Sie die jetzt mit Waffengewalt zurückgewinnen?

Berisha: Lächerlich. Die sozialistische Regierung ist für die Unruhen verantwortlich. Während des Trauerzugs für Azem Hajdari, den Vizepräsidenten unserer Demokratischen Partei, wurden die ersten Schüsse vom Regierungsgebäude auf die Menge abgefeuert. Danach geriet die Situation außer Kontrolle.

SPIEGEL: Haben Sie keine Angst, daß Sie Ihr Parteibüro bald mit einer Gefängniszelle vertauschen müssen?

Berisha: Alles möglich. Premier Fatos Nano will Stärke demonstrieren, denn das Vertrauen der Bevölkerung in seine Regierungsfähigkeit ist drastisch gesunken. Seine Banden haben auch Hajdari ermordet.

SPIEGEL: Wollen Sie weiterhin den Sturz der Regierung mit allen Mitteln betreiben?

Berisha: Wir werden unser Ziel friedlich durchsetzen. Die Zahl der Demonstranten wird sich vervielfachen. Denn wir kämpfen gegen ein Terrorregime. Unter dem ehemaligen Diktator Enver Hodscha wurden wenigstens noch gewisse Regeln eingehalten. Jetzt haben wir eine Diktatur der Kriminalität.



AFP / DPA

Ex-Premier Berisha

SPIEGEL: Fatos Nano hat die Wahlen im vergangenen Jahr mit überwältigender Mehrheit gewonnen. Er ist der legale Regierungschef.

Berisha: Warum hat er denn gewonnen? Weil er ein Jasager ist. Sogar unsere albanischen Brüder im Kosovo verrät er, um Serbiens Milošević zu gefallen.

SPIEGEL: Während Ihre Partei den Kosovo-Krieg schürt.

Berisha: Ich unterstütze die Befreiungsbewegung UÇK, weil sie gegen den Terror des serbischen Regimes kämpft.

SPIEGEL: Würde die Demokratische Partei bei neuen blutigen Unruhen hinter Ihnen stehen?

Berisha: Hundertprozentig – wenn diese Unruhen durch die Sozialisten provoziert werden. Hier haben zwei von zehn Leuten eine Waffe in der Tasche. Wenn man auf sie schießt, werden sie sich verteidigen. Hier gibt es keine öffentliche Ordnung mehr.

SPIEGEL: Die gab es noch weniger während Ihrer Präsidentschaft. Vor anderthalb Jahren plünderte die Bevölkerung landesweit die Waffenmagazine der Armee, und das Land versank im Chaos.

Berisha: Der ganze Westen hatte mich damals aufgefordert, gewaltsam durchzugreifen. Das habe ich abgelehnt. Die Menschen waren damals zu Recht wütend, denn sie hatten ihre Ersparnisse in Pyramidenspielen verloren.

SPIEGEL: Ihre Regierung hatte die betrügerischen Firmen nicht rechtzeitig gestoppt.

Berisha: Wir haben große Fehler gemacht, ich habe deshalb die albanische Bevölkerung um Verzeihung gebeten. Ich werde so lange Geduld haben, bis das Volk begreift, daß unser Programm besser ist als das der Sozialisten.

SPIEGEL: Es sind die Politiker der rivalisierenden Parteien, die die Bevölkerung zum Bürgerkrieg aufstacheln. Könnte eine große Koalition das Land stabilisieren?

Berisha: Mit den Sozialisten ohne Fatos Nano wäre ein Bündnis denkbar. Doch unser Ziel ist zuerst eine technische Regierung, zusammengesetzt aus Experten. Das könnten wir für sechs bis neun Monate akzeptieren. Danach müßten Neuwahlen stattfinden.

SPIEGEL: Glauben Sie, daß Sie noch einmal eine Chance erhalten, Präsident zu werden?

Berisha: Ich lehne kein Amt ab. Mein ermordeter Parteifreund Hajdari sagte mir kurz vor seinem Tod: Endlich hast du deine Präsidentenmanieren abgelegt und bist das geworden, was du sein solltest: ein Kämpfer. Ich werde ihn nicht enttäuschen.

suchs“ und sonst gar nichts. Dafür soll er vor Gericht gestellt werden. Ein erster Schritt ist schon getan. Berishas Immunität wurde letzten Freitag vom Parlament aufgehoben.

Der Westen hat Nano aber vor einer Verhaftung Berishas gewarnt. Sie würde nicht nur dessen Popularität fördern, sondern seine Anhänger unweigerlich auch zu unkontrollierten Racheakten provozieren.

Fatos Nano hofft, daß er durch kleinere Zugeständnisse die westlichen Forderungen nach tiefgreifenden politischen Reformen umgehen kann. Er sei bereit, so hieß es, einige Minister zu opfern. Der Finanzminister trat dann auch letzte Woche freiwillig zurück.

Eine von der Opposition angestrebte „technische Regierung“ aus Experten wird von der Regierungskoalition aber abgelehnt. Denn einer solchen Übergangslösung müßten zwangsläufig Neuwahlen folgen, in denen die Sozialisten ihre absolute Mehrheit kaum halten können.

Berisha hat inzwischen schon mit dem Wahlkampf begonnen: Mit heiserer Stimme putscht er täglich vom Balkon seiner Parteizentrale die versammelten Anhänger mit polemischen Parolen auf. Er beschimpft die Sozialisten als Kommunistenbande und Nano als Landesverräter, Diktator und Pseudo-Albaner.

Einmal am Tag zieht Berisha mit den Demonstranten durch die Stadt, vorbei an dem von Blumen geschmückten Mahnmal, an dem sein Parteifreund Hajdari von Schüssen durchsiebt wurde. Dann verkündet er siegesgewiß: „Wir sind so stark wie nie, unser Widerstand ist nicht mehr zu brechen.“ Er beteuert, daß er wirklich nur mit friedlichen Mitteln wieder an die Macht kommen will. Für alle Fälle hat er vor dem Gebäude der Demokratischen Partei allerdings schon mal Sandsackbarrikaden mit Schießscharten errichten lassen.

Renate Flottau



AP

Demonstration für Mordopfer Hajdari: *„Kein Preis zu hoch“*

USA

In den Fängen der Ehrenmänner

Mit immer neuen Enthüllungen wollen die Republikaner Präsident Clinton in der Öffentlichkeit weiter demontieren. Über das Schicksal des erniedrigten Chefs der Weltmacht entscheidet nun der Justizausschuß des Repräsentantenhauses mit seiner konservativen Mehrheit.

In den Ohren des Präsidenten müssen die Lobeshymnen auf den großen Vorsitzenden wie Alarmsirenen klingen: Henry Hyde, weißhaariger Kopf des Rechtsausschusses im Repräsentantenhaus, gilt als ehrenwertester aller Konservativen. Demokraten preisen Klugheit und Integrität des 1,98 Meter großen, 74 Jahre alten Republikaners; ein echter Gentleman sei er, der seine persönlichen Überzeugungen notfalls über die seiner Partei stelle. Selbst Hillary Clinton soll den Juristen aus Illinois schätzen; vor ihrer Ehe lebte sie in Hydes Wahlkreis bei Chicago.



AFP / DPA

Ehepaar Clinton: *„Legalistische Haarspalterei“*

Genau so einem Charakter indes hat Bill Clinton die schwerste Krise seiner Präsidentschaft zu verdanken. Vor über vier Jahren wurde Kenneth Starr als Sonderermittler mit fast gleichen Worten willkommen geheißen – auch vom Weißen Haus.

Nun hat der inzwischen von Clintons Helfern als widerwärtiger Schlüsselloch-Späher verschriene Starr seinen detailverliebten Skandalbericht über das präsidiale Sexleben beim Ehrenmann Hyde abgeliefert. Der Ausschuß muß beurteilen, ob Clinton wegen Meineid, Amtsmißbrauch, Zeugenbeeinflussung und Behinderung der Justiz aus dem Amt gejagt werden kann. Über die Empfehlung des Ausschusses stimmt anschließend das gesamte Repräsentantenhaus ab.

Anfänglich war Hyde die pornographische Lektüre nicht ganz geheuer. Der Katholik beschwor seine 36 Komiteekollegen, angesichts der nationalen Bedeutung ihrer Aufgabe von parteipolitischen Ränkespielen abzusehen: „Bei einer politischen Hetzjagd auf den Präsidenten mache ich nicht mit.“

Kurz darauf war sein Versuch, der peinlichen Staatsangelegenheit einen Hauch von Würde zu verleihen, gescheitert. Seit Starrs Bericht für alle Welt lesbar im Internet steht, steuert alles auf einen „richtigen Krieg“ zwischen den 16 Demokraten und 21 Republikanern im Rechtsausschuß zu, so der Abgeordnete Melvin Watt.

Daran ist der Präsident selbst nicht unschuldig. Clintons ganze Energie richtet sich nur noch auf ein Ziel: sein politisches Überleben. Und das bedeutet Kampf bis zum Äußersten. Während er selbst bei jeder Gelegenheit mal den zerknirschten Sünder, mal den verantwortungsvollen Staatsmann spielt, schickt er seine Anwälte in die Fernseh-Talkshows und läßt sie dort mit juristischer Begriffsakrobatik bestreiten, daß er jemals einen Meineid geleistet habe. Für die „legalistische Haarspalterei“ wurde er sogar von Demokraten gerügt.

Um Clintons doppelbödige Verteidigung (moralische Schuld ja, Gesetzesverstöße nein) zu durchbrechen, wies Newt Gingrich, Vormann der Republikaner im Repräsentantenhaus, seine Gefolgsleute an: „Stellt sicher, daß die Wahrheit ans Licht kommt.“ Sofort forderte Hyde, ähnlich wie zuvor Sonderermittler Starr, weitergehende Machtbefugnisse; der Republikaner erwägt, den Präsidenten zur neuerlichen Vernehmung vorzuladen.

Zur Strafe machte das Internet-Magazin „Salon“ am vergangenen Mittwoch eine außereheliche Affäre des ach so honorigen Hyde publik: Er, der Moralist, hatte ein Verhältnis mit einer verheirateten Frau – vor 30 Jahren zwar, aber im Washingtoner Nahkampf ist derzeit kein Messer zu schartig.

„In der Hauptstadt herrscht Blutstimmung“, kommentierte ein Volksvertreter. In harten Worten verurteilten Mitglieder des Repräsentantenhauses den Angriff auf Hyde als einen „neuen Tiefpunkt“. Ein Abgeordneter beschuldigte das Weiße Haus, hinter der Enthüllung zu stehen.

Der Verdacht liegt nahe, doch Beweise gibt es nicht, und Clintons Stabschef



AP

Protest gegen den Starr-Report: *„Blutstimmung in der Hauptstadt“*

Werbeseite

Werbeseite

Erskine Bowles stritt alles ab. Eigenfüßig würde er jeden Mitarbeiter, der an dem Tiefschlag mitgewirkt hätte, mit einem Tritt in den Hintern aus dem Regierungssitz befördern, beteuerte er. Aber in Washington, so scheint es, zerbrechen allmählich die Regeln des demokratischen Fair play. Jede Partei traut der anderen alles zu und tut deshalb selbst alles, um dem Gegner zuvorzukommen.

Längst hat sich das Rechtsgremium, das mit staatsmännischer Vernunft über das Schicksal des US-Präsidenten und damit über die Zukunft des Landes beraten sollte, im Trakt H2-186 des Repräsentantenhauses zwischen dem 2600 Seiten umfassenden Beweismaterial in parteipolitische Machtkämpfe verstrickt. Schulter an Schulter sitzen die Ausschußmitglieder rund um das streng bewachte Zimmer mit Starrs Wunderkisten und sichten nach und nach den Inhalt, dessen komplette Veröffentlichung sie vorigen Freitag beschlossen.

Sosehr die Demokraten verhindern wollten, daß noch mehr Intimitäten ans Licht kommen, sosehr drängten die Republikaner auf rückhaltlose Anprangerung des Präsidenten. Denn ihre Enttäuschung über die Wirkung des Starr-Berichts war riesig: Das angeblich so prüde amerikanische Volk findet zwar mit überwältigender Mehrheit, daß Clintons Verhalten in eklatantem Widerspruch zu seinen eigenen moralischen Werten steht. Aber eine kaum minder beträchtliche Mehrheit – 63 Prozent – neigt dazu, ihn im Amt zu belassen.

Daß der Präsident falsche Eide geschworen hat, scheint den Amerikanern zwar erwiesen, aber es ging ja um Sex, also im Volksempfinden um eine läßliche Form des Meineids. Deshalb herrscht die Meinung vor, der Kongreß solle dem unanständigen Staatschef eine (in der Verfassung nicht vorgesehene) offizielle Rüge erteilen und damit die leidige Geschichte beilegen.

Falls Clinton also doch bis zum Januar 2001 im Weißen Haus bleiben sollte, dann möchten die Republikaner wenigstens dafür sorgen, daß er nicht wie früher als politisches Stehaufmännchen, als fröhlich grinsendes „Comeback Kid“ dasteht, sondern als ohnmächtige, würdelose Spottfigur, die jede Demütigung ertragen muß.

Aus diesem Grund entschieden sie, die viereinhalbstündige Videoaufnahme, die den Präsidenten bei seiner Aussage vor der Grand Jury zeigt, im Fernsehen zu senden. Darauf soll der Weltmachtführer nämlich einen derart erbärmlichen Eindruck machen, daß auch der letzte Respekt vor ihm weichen müßte. Die Bänder enthüllen, wie Clinton sich windet, die Wahrheit verdreht, die Beherrschung verliert und an skurrilen, dem gesunden Menschenverstand hohnsprechenden Definitionen von Sex drechselt – kurzum: „Slick Willie“ at his best. Anders als bei den schriftlichen Wiedergaben der Techtelmechtel im Oval Office, hoffen Clintons Gegner diesmal auf die entzaubernde Wirkung der bewegten Bilder.

Sofort balgten sich die großen TV-Stationen um die Vollzeit-Übertragung – spätabends, wenn die Kinder im Bett sind. Daß die eigentlich geheime Aussage überhaupt gesendet werden darf, dafür hatte Starr bereits im Juli in aller Heimlichkeit vorgesorgt; er holte sich eine Sondergenehmigung des Washingtoner Bundes-Berufungsgerichts, die ihm erlaubte, sein gesammeltes Grand-Jury-Material dem Rechtsausschuß zugänglich zu machen. Clintons Anwälte ahnten davon nichts. Gutgläubig hofften sie darauf, daß die Aufzeichnung tatsächlich nur für die Jurymitglieder bestimmt sei, die Clintons Aussage im Weißen Haus am 17. August über Video verfolgten.

Verzweifelt hatten die Demokraten versucht, die Ausstrahlung des Videos zu verhindern

Verzweifelt hatten die Demokraten versucht, die Ausstrahlung zu verhindern; sie diene einzig und allein der weiteren Erniedrigung des Präsidenten. Dessen Verhalten sei zwar unentschuldbar, widerlich und geschmacklos, aber kein Staatsver-



R. GIROUX / GAMMA / STUDIO X

Gegenspieler Conyers, Hyde: *Quälende Zerreißprobe im Interesse der Nation*

brechen und mithin kein Grund zur Amtsenthebung. Doch noch während sie protestierten, bestellte Hyde ein weiteres Band: Nun könnte auch Clintons Aussage beim Paula-Jones-Prozeß dem Fernsehvolk vorgeführt werden.

Hydes Gegenspieler John Conyers, Anführer der demokratischen Minderheit im Rechtsausschuß, wollte wenigstens Zeit gewinnen, am besten bis nach den Kongreßwahlen im November. Der Liberale, seit fast 34 Jahren im Repräsentantenhaus, gilt als erfahrener Kämpfer, er saß schon 1974 im Rechtsausschuß und stimmte nach dem Watergate-Skandal für ein Impeachment-Verfahren gegen Richard Nixon. 16mal ist der 69jährige wiedergewählt worden, er setzt sich besonders für die Rechte von Schwarzen und wirtschaftlich Unterprivilegierten ein, unterstützte einst Martin Luther King Jr., distanzierte sich vom demokratischen Präsidenten Lyndon B. Johnson wegen dessen Rolle im Vietnamkrieg und nannte Präsident Jimmy Carter einen „hoffnungslos verblödeten, ehrlichen, wohlmeinenden Trottel".

Diese Eigenwilligkeit zeigt, daß Conyers keineswegs in Treue fest zum Präsidenten stehen wird, komme, was wolle. Auch sein enger Mitstreiter Barney Frank, der Bruder der Kommunikationschefin des Weißen Hauses, ist berühmt für seine messerscharfen Bemerkungen – selbst über Clinton: „Ich wünschte, er würde merken, daß jeder die Nummer ‚Ich habe nicht inhaliert' durchschaut. Er ist kein 14jähriger mehr, der versucht, mit den Regeln zu tricksen", wies er den Präsidenten öffentlich zurecht.

Hydes Gefährten sind erzkonservative, traditionelle Juristen: Bill McCollum und Charles Canady beispielsweise, beide fest entschlossen, ein Amtsenthebungsverfahren einzuleiten, wenn Clinton nachweislich einen Meineid geleistet hat. Ihr schriller Kollege Bob Barr verlangte schon im November, noch vor der Lewinsky-Affäre, Clinton möge zurücktreten. Obwohl zweimal geschieden, hat der Mann aus Georgia den Erhalt der Familie zu seinem Lieblingsthema gemacht und die Anerkennung gleichgeschlechtlicher Ehen verhindert.

So entspringt es wohl eher Wunschdenken, wenn Hyde meint, die quälende Zerreißprobe werde im Interesse der Nation das Beste aus seinen Kollegen herausholen. „Wenn wir unsere Sache gut machen, wird das Repräsentantenhaus bereichert und gestärkt, und unser Land wird stolz sein auf diese Institution", sagt er. „Wenn wir unsere Sache nicht gut machen, wenn wir in parteipolitischen Zank verfallen, entehren wir die Institution. Und das werden wir nicht tun, so Gott will."

Ähnlich respektvoll hatte auch Sonderermittler Kenneth Starr über die Institution der Präsidentschaft gesprochen, bevor er sie voller Diensteifer schwer beschädigte. ◆



M. RIEDLER / GEPA



E. N. FIEGEL

Minister Farnleitner: *Wirklich entsetzt*



DPA

Unglückskrater in Lassing, geretteter Bergmann Hainzl: *„Da wird noch manche Sauerei ans Licht kommen“*

ÖSTERREICH

Nur ein Loch im Berg

Tödliche Schlamperei: Das Grubenunglück im steirischen Lassing, bei dem im Juli zehn Kumpel starben, wurde vermutlich durch einen illegalen Stollen ausgelöst.

Lassing ein Riesenskandal? Das war schon vor zwei Monaten klar. Aber in Wirklichkeit war es noch schlimmer. Es gibt guten Grund zu dem Verdacht, daß zehn Bergleute, die am 17. Juli auf der Suche nach einem unter Tage eingeschlossenen Kumpel in der steirischen Lassing-Grube verschüttet wurden, starben, weil die Naintscher Mineralwerke Profit über Menschlichkeit stellten. Es ist eine zutiefst österreichische Affäre.

Der für den Bergbau zuständige Wirtschaftsminister Hannes Farnleitner trat vorigen Mittwoch vors Fernsehpublikum und erklärte, mit eindrucksvoller Betroffenheit, ja, es sei wahr, in einem Stollen der Grube sei ohne Genehmigung der Bergbehörde Talk abgebaut worden. Talk ist ein weicher Rohstoff, der für die Herstellung von Puder, Schminke und feuerfesten Geräten benötigt wird.

Der Stollen lag direkt unter dem Krater, in dem am 17. Juli das Haus der Familie Mayer versank, und direkt über jenem unterirdischen Jausenraum, aus dem der eingeschlossene Bergmann Georg Hainzl neun Tage später gerettet wurde. Und es deute einiges darauf hin, sagte der Minister, „daß dieser Abbau ursächlich für das Bergwerksunglück sein könnte“.

Die Beweise hatte Farnleitner mitgebracht: die Pläne eines illegalen Stollensystems, das in den bergamtlichen Plänen nicht verzeichnet war. Sie waren den Rettungstrupps seinerzeit auch nicht vorgelegt worden. Sie wußten deshalb nichts von Scheibe 1 A, wie der Stollen genannt wird. Der technische Einsatzleiter des Landes Steiermark, Bruno Sauer, der dabei war, sagt: „Für uns war immer klar, daß der Jausenraum die oberste Ebene war. Ich bin aus allen Wolken gefallen, als ich hörte, daß es darüber noch einen Stollen gab.“

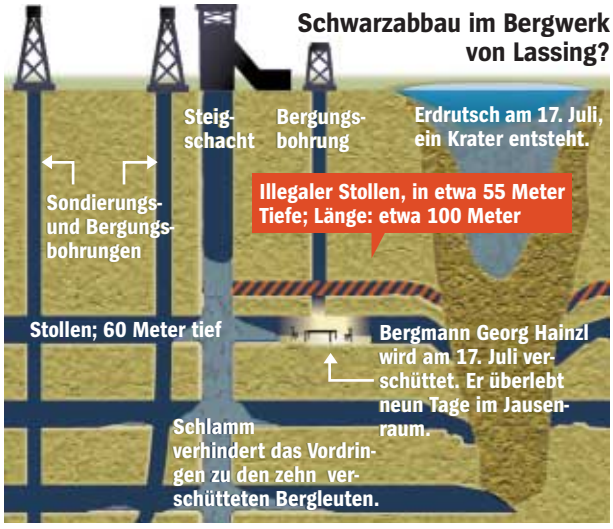
Der Minister erklärte, er sei wirklich entsetzt. Aber was hätte er denn machen sollen? Er habe die schlimme Botschaft ja selbst gerade erst erfahren.

Das wäre, wenn es stimmt, ein Armutszeugnis erster Klasse. Professor Johann Goiser von der Geo Consult jedenfalls sagt, ihm sei die Existenz des Stollens schon seit vielen Wochen bekannt gewesen.

Die Naintscher Mineralwerke, die zur Minengruppe Rio Tinto gehören, haben ein reines Gewissen. Ihr Sprecher sagte: „Ein nicht bewilligter Abbau läßt sich aus unseren Dokumenten nicht ableiten.“ Er ließ aber offen, über welche Dokumente die Firma denn verfügt und über welche sie nicht verfügt. Wenn überhaupt etwas schiefgegangen sei, dann ist es nach firmenamtlicher Lesart „ein Formfehler“ gewesen. „Die Ethik in Sachen Sicherheit“, so hatte Werksleiter Walter Engelhardt immer wieder beteuert, sei „in Lassing besonders ausgeprägt gewesen“.

Nach Aktenlage stellt sich das nun ganz anders dar. Im kritischen Bereich war bis 1997 legal und mit Wissen der Bergbehörde Talk abgebaut worden. Der Abbau wurde dann „planmäßig abgeschlossen“, insgeheim aber weiterbetrieben. Und zwar ziemlich dicht unter der Erdoberfläche, wo die Talkschicht besonders dick und fett war.

Der Stollen wurde immer wieder mit Gestein verfüllt und dann weitergetrieben. Das letzte 14 Meter



lange, fünf Meter breite und dreieinhalb Meter hohe Stück blieb hohl. Es war, wie ein Mitarbeiter meint, schlicht „ein Loch im Berg“.

Vizebürgermeister Fritz Stangl hat es schon damals vorausgesagt: „Da wird noch manche Sauerei ans Licht kommen.“ Die Werksleitung habe mehr gewußt, als sie zugab, bis zuletzt „beinhart gelogen“. Und man müsse sich fragen, ob die zehn Bergleute wirklich Georg Hainzl hätten retten oder nicht vielleicht die Spuren des illegalen Talkabbaus hätten verwischen sollen.

Die Lassinger wußten, daß bei Naintsch schwarzgefördert wurde. Sie sahen ja auch die verräterischen Risse im Boden. Aber keiner traute sich, was zu sagen. Vor allem die Kumpel nicht, einfach weil sie Angst um ihren Job hatten.

Die Bergbehörde wußte wohl viel mehr, als sie Farnleitner erzählte. Als „Staat im Staate“ (so Gerhard Heilingbrunner vom Umwelt-Dachverband ÖGNU) nimmt sie sich das Recht, in allen Bergbauangelegenheiten weitgehend eigenständig zu entscheiden, ohne ihrem Minister Rechenschaft zu geben.

So, wie sie agieren, ist anzunehmen, daß sich die 110 Beamten der Bergbaubehörde den Minenbaronen stärker verpflichtet fühlen als den Bürgern der Alpenrepublik, von denen sie bezahlt werden. Selbst Farnleitner hätte auffallen können, daß sich die Behörde, die ihm offiziell unterstellt ist, „durch Arroganz, Zynismus und obrigkeitsstaatliches Gehabe auszeichnet“ (Heilingbrunner). Nur, warum hat er nie etwas dagegen getan? Er war doch der Boß.

Die Lassing-Affäre rückt auch den Mutterkonzern Rio Tinto (51 000 Mitarbeiter in 40 Ländern) wieder ins Blickfeld. Sein Ruf war vorher schon nicht gerade fleckenlos. Die Geschichte der Klagen über Rio Tinto liest sich streckenweise wie eine Tirade auf den häßlichen Multi: Mauschelei mit Diktatoren, Verstöße gegen Kartellrecht und Uno-Resolutionen.

Die neuen Erkenntnisse werfen ein neues Licht auch auf die Weigerung von Georg Hainzl, seine Story an eine Illustrierte zu verkaufen. Eine Million Schilling (130 000 Mark) waren geboten, aber Hainzl sagte nein, obwohl er ein paar Schilling extra ganz gut hätte gebrauchen können. Warum also hat er darauf verzichtet?

Die FPÖ und das Liberale Forum haben das Parlament aufgefordert, die offenen Fragen im Fall Lassing von einem Untersuchungsausschuß klären zu lassen. Aber die zwei Koalitionsparteien SPÖ und ÖVP wiesen die Forderung übereinstimmend zurück.

Der Glanz der österreichischen EU-Präsidentschaft soll doch nicht von so uncharmanten Geschichten getrübt werden. Nein, nein, vielleicht später mal. Wien bleibt Wien. ◆

RUSSLAND

„Wir transportieren nur Luft“

In St. Petersburg gehen die Lichter aus: Lebensmittelläden sind leer, viele Betriebe geben auf, Spitzenverdiener müssen sich in das graue Heer der Arbeitslosen einreihen.

Punkt zwölf, kaum ist der tägliche Kanonenschuß aus der alten Petersburger Festung verhallt, läßt Unternehmer Anatolij Bolotow die Maschine stoppen: Noch ein kurzes Zischen, eine Wolke aus Wasserdampf, dann spuckt die altersschwache Presse in der Mitte der Werkhalle zum letztenmal vier Kubikmeter weißen Schaumstoff aus, ein Würfel Polystyrol.

Bolotow ist am Ende. Mit neun Mann, einem alten Ofen und der in Belorußland erbettelten Presse hat er zwei Jahre lang in einem Schuppen am Stadtrand Wärmedämmplatten produziert. Jetzt sind die Jutesäcke mit den Schaumstoffkügelchen leer, und mit Nachschub ist nicht zu rechnen, denn nach dem Rubelkollaps vor fünf Wochen hat Bolotows Bank sämtliche Überweisungen an die Lieferanten eingestellt.

Bolotows in Dollar angelegte Krisenreserve ist aufgebraucht. Kredit geben die St. Petersburger Bankhäuser schon seit Wochen nicht mehr, sie kämpfen ums eigene Überleben. Doch selbst wenn er Geld bekäme – der Preis des Granulats ist seit Beginn der Rubelkrise auf fast das Doppelte gestiegen, Bolotows Produkte sind zu solchen Preisen nicht mehr abzusetzen.

Zum drittenmal steht Bolotow am Abgrund. 1995 hat er durch die Pleite der örtlichen ABI-Bank 10 000 Dollar verloren. Zwei Jahre darauf büßte er rund das Vierfache ein, als die Mafia eine schon bezahlte Warenlieferung aus Finnland unterwegs raubte. Zweimal konnte er sich wieder sanieren. Aber jetzt …

In den letzten 18 Monaten hat Bolotow nur noch gearbeitet, um 60 000 Dollar Zinsen zu zahlen – für einen Bankkredit, der halb so hoch war. „Es ist vorbei mit dem Unternehmertum“, sagt Bolotow. Er wird versuchen, die Maschinen und seinen schneeweißen Volvo zu verkaufen. Was danach kommt, das weiß er nicht. Zum erstenmal seit vielen Jahren ist Bolotow ratlos.

Gouverneur Wladimir Jakowlew sagt, Leute wie Bolotow seien gefährliche Panikmacher. St. Petersburg, die geistige Hauptstadt des neuen Rußland mit all ihrer leidvollen Kriegs- und Blockadeerfahrung, werde sich von der unverschuldeten Notlage nicht erschüttern lassen. Weder drohe eine Hungersnot noch eine Energiekrise, auch die Renten und die Gehälter der Stadtbediensteten würden weiterhin pünktlich gezahlt.



AP

Russische Zigarettenhändler: *„Es ist vorbei …*



O. IVANOV

… mit dem Unternehmertum“: **Luxusladen Jelissejew**



Winterpalast in St. Petersburg: *„Die Roten werden*

Um ein Zeichen zu setzen, hat Jakowlew, ganz wie seine Vorgänger zur Sowjetzeit, Schulklassen und Soldaten zum kollektiven Ernteeinsatz auf die Felder rund um St. Petersburg abkommandiert. Er ließ Eier, Zucker und Öl aus der Provinz herbeischaffen und zu Vorzugspreisen direkt vom Lastwagen herunter an die Bevölkerung verkaufen.

Lebensmitteltransporte in die umgekehrte Richtung dagegen stoppt die Polizei am Stadtrand. Das alles sieht nicht nach sicherer Versorgungslage aus.

Dem Einzelhandel hat Jakowlew eine Gewinnspanne von maximal 15 Prozent verordnet, um Spekulanten das Handwerk zu legen, wie es heißt. Die Bäckereien haben sich der Kommandowirtschaft aber nicht gebeugt und trotzdem die Brotpreise erhöht.

Die Medien sind angewiesen, die Bevölkerung ruhigzustellen, so gut es geht. In Streßzeiten, so warnt der populäre „St. Petersburger Anzeiger“, sei der Verstand zuweilen regelrecht blockiert und der Blick auf die Wirklichkeit drastisch eingeengt: „Glauben Sie keinen Gerüchten, fassen Sie vor allem keine voreiligen Beschlüsse, lassen Sie sich zu keinen Hamsterkäufen hinreißen.“

Die Warnungen kommen zu spät. Die Russen und speziell die St. Petersburger wissen aus Erfahrung, daß sie in schlechten Zeiten auf sich allein gestellt sind und von der Obrigkeit keinerlei Hilfe erwarten können. Das Volk hat mit seinen letzten Rubel die Regale der billigeren Lebensmittelgeschäfte leergeräumt.

Es ist nicht mehr strittig: In St. Petersburg gehen die Lichter aus. Der prachtvolle Newski-Prospekt, die Flaniermeile zwischen Moskauer Bahnhof und Admiralität, hat nach außen hin zwar seine Eleganz be-



V. SHONE / GAMMA / STUDIO X

wie im Revolutionsjahr 1917 uns wieder an den Kragen gehen“

wahrt. Doch hinter den pompösen Jugendstilfassaden der Bankhäuser, Handelskontore und Boutiquen regiert die Panik.

Nach dem Zusammenbruch vieler Banken müssen sich Kaufleute, Fonds-Manager, Computerdesigner, Werbefachleute und Zeitungsmacher in das graue Heer der Arbeitslosen einreihen. St. Petersburger Privatfirmen haben bis zu 80 Prozent ihrer Mitarbeiter – von denen einige bis zu 5000 Dollar im Monat verdienen – entlassen oder für vorerst vier Monate in unbezahlten Urlaub geschickt.

Die mondänen Restaurants auf dem Boulevard sind leer. Die Vitrinen im Delikatessenladen der Gebrüder Jelissejew sind noch gut gefüllt, doch seit die 118-Gramm-Dose Astrachaner Kaviar 490 Rubel kostet – also eine durchschnittliche russische Monatsrente –, bleiben sogar die betuchten Stammkunden weg.

Die einzigen Etablissements, die von dem Währungsverfall profitieren, sind das Kasino „Premier“ und der Hollywood-Club. Die Verlierer der letzten Wochen möchten an den Spieltischen das Blatt noch einmal wenden. Aber auch hier sind die Tage der feinen Lebensart gezählt.

„Kaufen Sie jetzt – wir halten den früheren Rubelkurs“, wirbt die Luxusboutique Disegni an ihren Schaufenstern. Die Baltiiskaja Gruppa, einer der größten Lebensmittelimporteure der Stadt, macht seit dem Crash wöchentlich 700 000 Mark Verlust. Marvel, die Computerfirma des schnieken Jungunternehmers Sergej Girdin (Jahresumsatz: 50 Millionen Dollar), sitzt auf Halden von Siemens- und IBM-Rechnern.

Die Reisebüros werben für Butterfahrten nach Kotka, der ersten finnischen Stadt hinter der nahen Grenze. „Das geht bestenfalls noch einen Monat gut“, glaubt Wiktor Petrow, Vizepräsident der Firma Solwex Tournee. Dann ist das Geld alle.

Der Zwei-Wochen-Trip nach Zypern war im August bei Solwex Tournee noch für 9000 Rubel zu haben. Jetzt kostet er das Doppelte.

Doch nach Urlaub steht sowieso kaum jemandem der Sinn. Die Agentur habe die Charterflüge nach Spanien, Sizilien und an die Côte d’Azur auf Wochen im voraus bezahlen müssen, barmt Petrow, „dabei transportieren wir nur noch Luft“.



O. IVANOV

Baumarkt-Direktor Lebedew

Überall Untergangsstimmung. Der Ökonom Jewgenij Lebedew, 27, hat mit seinem Bruder Jurij in den Ruinen einer Metallfabrik an der Rybinsker Straße einen Baumarkt nach westlichem Muster gegründet. Seine Firma besitzt Läden in noch 20 weiteren russischen Großstädten.

Das Geschäft lief jahrelang bombig. Als der Rubel einbrach, hatte Lebedew gerade eine Bahnladung deutschen Gipskarton in Richtung Samara an

der Wolga auf die Reise geschickt. Er ließ die Waggons unverzüglich stoppen und zurückbeordern. „Lieber noch einmal 18 000 Rubel pro Waggon für den Rücktransport an die Eisenbahn zahlen, als zehn Millionen Rubel aus Samara kassieren, die bei der Ankunft in St. Petersburg nur noch halb soviel oder weniger wert sind."

Lebedew hat die Hälfte seiner 300 Mitarbeiter bereits entlassen. Seine ausländischen Lieferanten haben zwar zugesagt, ihm bei der Umschuldung zu helfen, doch es fehlt ihm langfristig an Kapital, um den Betrieb fortzuführen.

Daß die großen Containerterminals im Frachthafen plötzlich wie leergefegt und die früher notorisch verstopften Grenzübergänge nach Finnland über Nacht verwaist sind, das ist für Lebedew ein böses Omen: „St. Petersburg war immer Rußlands Fenster nach Westeuropa, jetzt ist das Fenster zugeschlagen."

Der neue Unternehmerstand, so hatte Präsident Boris Jelzin noch im Frühjahr frohgemut in Moskau erklärt, sei der Motor der neuen Wirtschaft, „die Grundlage für Rußlands Stabilität" und das „sicherste Bollwerk gegen alle revolutionären Erschütterungen". Wenn das so stimmt, dann ist es um Rußlands Zukunft schlecht bestellt.

Zuverlässiges Signal für kommendes Ungemach: Viele jüdische Unternehmer haben ihre Läden und Firmen – zum Teil zu Ramschpreisen – verkauft, um sich ins Ausland abzusetzen. Der Regierungswechsel in Moskau sei „wie die ersten Monate des Revolutionsjahres 1917", menetekelt ein bekannter Kaufmann, „die Roten werden uns wieder an den Kragen gehen".

Der akademische Teil der St. Petersburger Mittelschicht dagegen fühlt sich indes unter der neuen Moskauer Führung ganz gut aufgehoben. Die alte Intelligenzija, die sich unter den Jelzin-Reformern verarmt und zu Proletariern herabgestuft fühlte, sieht in dem neuen Ministerpräsidenten, dem Professor Jewgenij Primakow, einen der Ihren.

Die Bildungsbürger bewerten den Premier nach ihren eigenen Kriterien. „Endlich ein Regierungschef, der ein sauberes und vornehmes Russisch spricht", sagt Galina Ossinskaja, Abteilungsleiterin im Russischen Museum. Sie hofft, daß die klassischen architektonischen Schönheiten von St. Petersburg, die seit der Wende doch sichtbar verkommen sind, wieder die Förderung erfahren werden, die sie früher mal bekamen.

Sonst hat sie angeblich keine Sorgen. „Ich mache es wie unser Vater. 1941, bei Ausbruch des Krieges, haben die St. Petersburger Nudeln, Salz und Zucker gehortet, nur mein Vater nicht. Als er sich endlich zum Einkauf entschloß, waren die Läden leer. Nur Schokolade war noch zu haben, die hat er dann komplett aufgekauft." Auch jetzt gibt's noch Schokolade zu kaufen, nur doppelt so teuer wie vorher. ◆

TÜRKEI

Sei nicht stur

Obwohl sie wußte, daß sie sich dafür eine drakonische Strafe einhandeln würde, bekannte sich eine deutsche PKK-Aktivistin zum kurdischen Widerstand.

Der Ablauf ist immer der gleiche: Alle sechs bis acht Wochen, meistens dienstags früh, findet sich Doris Juhnke aus Hamburg vor dem Stahltor des Gefängnisses in der osttürkischen Stadt Muş ein. Sie wartet, bis sie aufgerufen wird, läßt sich zwei Stempel auf den Unterarm drücken und wird dann von einem Beamten in den Besucherraum geführt. Dort trifft sie, in einer grobmaschig vergitterten Koje, ihre Tochter, die gelernte Altenpflegerin Eva Juhnke, 33.

Das Gespräch findet im Stehen statt, das Gitter reicht bis in Kniehöhe. „Berühren kann man sich nicht", sagt Doris Juhnke, „aber dafür kommt im Frauentrakt wenigstens Tageslicht durch die Fenster." Seit Anfang des Jahres hat sie ihre Tochter sechsmal besucht. Ihre Begegnungen werden seltener werden – weil sie die Reisekosten nicht mehr bezahlen kann.

Am Donnerstag vergangener Woche wurde Eva Juhnke vom Staatssicherheitsgericht in Van, 230 Kilometer östlich von Muş, wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung zu 15 Jahren Haft verurteilt. Der Schuldspruch folgte dem

* Mit einem Bild von PKK-Führer Öcalan.



Kurdische Guerrilla im Nordirak*: *„Es lebe der*



Inhaftierte Juhnke: *Zum Jungfrauentest gezwungen*

Antrag der Staatsanwaltschaft. Nach dem Strafgesetzbuch beträgt die Haftzeit in solchen Fällen mindestens zehn Jahre. Da die Zugehörigkeit zur verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) aber als „Verbrechen gegen den Staat“ gewertet wird, gab das Gericht noch mal fünf Jahre dazu.

Weder die Angeklagte noch ihre Anwälte waren zur Verhandlung erschienen; sie boykottieren, wie einige hundert politische Häftlinge und deren Rechtsvertreter im ganzen Land, seit Anfang September die Staatssicherheitsgerichte.

Eva Juhnke bekennt sich seit ihrer Festnahme im Kampfgebiet an der türkisch-irakischen Grenze im Herbst letzten Jahres offen zur PKK. Eine mehrseitige Prozeßerklärung, die sie dem Gericht am 19. März, unmittelbar vor dem höchsten kurdischen Feiertag, übergab, schloß sie mit der Bitte, „dem Genossen Vorsitzenden Abdullah Öcalan anläßlich des Newroz-



J. WALKER / GAMMA / STUDIO X

nationale Befreiungskampf“

festes meine hochachtungsvollsten und revolutionären Grüße auszurichten“. Und: „Es lebe der nationale Befreiungskampf des kurdischen Volkes.“

Was die Angeklagte tatsächlich getan hat, seit sie im Mai 1993 in die kurdischen Berge zog, ob sie selbst mitgeschossen hatte, das kam im Prozeß nie zur Sprache – dem Staatsanwalt reichte der Nachweis der PKK-Mitgliedschaft.

„Eine Kompromißlosigkeit wie bei Eva Juhnke kommt extrem selten vor“, sagt Helmut Oberdiek, Türkei-Experte von Amnesty International, „ein Fall wie sie schafft selbst für uns Probleme.“ Amnesty verwendet sich laut Satzung nur für die Freilassung von Häftlingen, die Gewalt als politisches Mittel ablehnen. Juhnkes Prozeßerklärung ließ aber Gewaltbereitschaft erkennen: „Wo nicht das Wort spricht“, sagte sie, „da sprechen die Waffen.“

Die Anwälte wollen jetzt vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg die grundsätzliche Legitimität der türkischen Staatssicherheitsgerichte anfechten. Die 17 Sondergerichtshöfe, die nach dem Militärputsch von 1971 eingerichtet, vorübergehend wieder aufgelöst und erst 1982 in der Verfassung verankert wurden, sind ein finsteres Relikt des Totalitarismus. Sie haben so gut wie alle politischen Skandalurteile der jüngeren türkischen Rechtsgeschichte gesprochen.

Mit einer Entscheidung zur Unabhängigkeit des Staatssicherheitsgerichtes Van im Fall Juhnke ist auf europäischer Ebene in frühestens fünf Jahren zu rechnen. Und ob sich Ankara an das Verdikt aus Straßburg halten wird, ist noch völlig offen.

Eva Juhnke hat berichtet, sie sei im Gefängnis mißhandelt worden. Einmal wurde ihr gedroht, man werde sie aus einem fliegenden Hubschrauber werfen. Unmittelbar nach ihrer Festnahme sei sie im Krankenhaus von Hakkari einem sogenannten Jungfrauentest unterzogen worden. Sechs oder sieben Gendarmen hätten sie nackt ausgezogen und sie während der Untersuchung durch einen Arzt festgehalten. Auf ihren Protest habe einer gesagt: „Sei nicht stur, hier ist nicht Deutschland, hier ist die Türkei.“

Staatsanwaltschaft und Gericht in Van weigerten sich jedoch, Ermittlungen gegen den Arzt und die Sicherheitskräfte aufzunehmen. Bei politischen Gefangenen, so erklärte Staatsanwalt Ali Sarisoy, würden stets routinemäßig Jungfrauentests durchgeführt.

„Auf diese Weise schützen wir uns gegen den Vorwurf, die Gefangene sei nach ihrer Festnahme vergewaltigt worden.“ Daß Eva Juhnke bis 1989 verheiratet war, spielte für die türkische Justiz keine Rolle. ◆

IRAN/AFGHANISTAN

Riesig und sehr nah

Häßliches Säbelrasseln in Kabul und Teheran. Aber ein Krieg wäre für beide Seiten verheerend.

Seit frühislamischer Zeit gilt das Schwert „Solfaghar“, mit dem Ali Ibn Abi Talib, der Schwiegersohn Mohammeds und erster Imam der Schiiten, seine Feinde erschlug, als Symbol der Unbesiegbarkeit – und Ali für die Schiiten als Inbegriff des ritterlichen Streiters für die Schwachen und die Unterdrückten.

Frommen Schiiten kann es daher nicht gleichgültig sein, daß die iranische Regierung den politisch dubiosen Aufmarsch einer Viertelmillion Soldaten an der Grenze zu Afghanistan zur „Operation Solfaghar“ hochstilisiert. Denn der drohende Waffengang wäre alles andere als ritterlich. Religionsführer in Teheran fordern blutige Rache für die Ermordung von mindestens acht iranischen Diplomaten bei der Eroberung der afghanischen Stadt Masar-i-Scharif durch afghanische Taliban-Krieger.

Die Gefahr eines bewaffneten Konflikts sei „riesig und sehr nah“, menetekelte Ajatollah Ali Chamenei, religiöses Oberhaupt und Nachfolger von Revolutionsführer Chomeini. Selbst der sonst eher gemäßigte Staatspräsident Mohammed Chatami warnte die Taliban vor weiterem „Völkermord im Namen des Islam“. Die Taliban verstärkten im Gegenzug ihre Streitkräfte im Grenzgebiet auf 25 000 Mann und rüsteten Tausende Zivilisten mit Maschinengewehren und Granatwerfern aus.

Das iranische Säbelrasseln ist auch eine Antwort auf den grandiosen Siegeszug der Gotteskrieger, einer radikalislamischen Sammlungsbewegung grimmiger Zeloten vom Volk der Paschtunen. Gegen die archaische Weltsicht der Fundamentalisten in Kabul ist das Glaubensverständnis in Iran schon fast salopp. Die Koranschüler, wie sie sich nennen, haben Fernsehen und Unterhaltungsmusik verboten, sie dulden keine berufstätigen Frauen und keine bartlosen Männer, öffentliche Auspeitschungen und Hinrichtungen sollen Zucht und Ordnung festigen.

Finanziert und munitioniert werden die Steinzeit-Islamisten vor allem von zwei Mächten, mit denen Teheran um den Einfluß in der Region ringt: Saudi-Arabien und Pakistan. Iran dagegen steht auf der Seite der afghanischen Regierung unter Präsident Rabbani, die vor zwei Jahren samt ihren Milizen aus der Hauptstadt Kabul in die Nordprovinzen an der Grenze nach Usbekistan und Tadschikistan vertrieben wurde.

Anfang August eroberten die Koranschüler Masar-i-Scharif, die Hochburg der „Nordallianz“ unter General Abdul Raschid Dostam und Militärführer Achmed Schah Massud, die gleichfalls von den iranischen Mullahs unterstützt werden.

Am vorletzten Wochenende fiel die Provinzhauptstadt Bamian, eines der Zentren der afghanischen Schiiten, an die Taliban. Dabei kam es nach Informationen des iranischen Staatsfernsehens zu Massakern an Tausenden von Zivilisten.

In Teheran stürmten letzte Woche Revolutionsgardisten und Bassidsch, die todesmutigen Märtyrertruppen des Regimes, durch die Straßen und schworen Rache. Als die fahnengeschmückten Särge der ermordeten Diplomaten auf dem Flughafen von Präsident Chatami empfangen wurden, skandierten Demonstranten „Tod den Taliban“. Anläßlich der Beisetzung der Opfer am vergangenen Freitag demonstrierten Hunderttausende gegen die Taliban.

Doch die Bilder täuschen, die Mehrheit der Bevölkerung ist kriegsmüde. Von dem achtjährigen Waffengang mit dem Irak von 1980 bis 1988, der Hunderttausende Iraner das Leben kostete, hat sich das Land bis heute nicht erholt. Ein Krieg mit Afghanistan würde auch eine vorsichtige Annäherung an den Westen torpedieren, die von Chatami favorisiert wird. Der vergleichsweise liberale Geistliche will sein Land diese Woche mit einer Rede vor der Uno-Vollversammlung in New York wieder ein Stück aus der Isolation herausführen. Von einem Feldherrn Chatami aber würden sich die USA wieder abwenden. Damit würde sich auch die Aufhebung des Iran-Embargos erledigen, über die in Washington nachgedacht wird.

Tatsache ist aber auch: Die etwa 35 000 bis 50 000 Barfuß-Kämpfer der Taliban hätten, wenn es zum Schlagabtausch käme, militärisch keine Chance gegen die iranische Übermacht. Sie würden zugleich Rückschläge an anderen Fronten riskieren. Die Nordallianz hätte dann gute Aussichten, verlorenes Terrain zurückzuerobern.

Ein iranisch-afghanischer Krieg würde auch die Pipeline-Projekte in Afghanistan unterlaufen, die es der amerikanischen Wirtschaft ermöglichen sollen, die Erdgas- und Ölvorkommen in den zentralasiatischen GUS-Republiken auszubeuten. Weil Teheran immer noch als Terrorstaat geächtet ist, hatte Washington, unbeschadet weltweiter Abscheu vor deren Menschenrechtsverletzungen, auf die Befriedung des Landes durch die afghanischen Islamisten gesetzt. Die Taliban sollten – egal wie – Stabilität schaffen, die Amerika braucht, um seine wirtschaftlichen Pläne umzusetzen. Ein Krieg würde dieses wacklige Kalkül endgültig zerstören.

Mag sein, daß die Iraner ihr Revancheproblem so lösen, wie es ihnen der „große Satan“ Amerika nach den Attentaten in Nairobi und Daressalam vorgemacht hat: mit einem schnellen und massiven Luftangriff auf ein afghanisches Ziel. ◆



AP

Iranische Soldaten im Manöver an der afghanischen Grenze: *Warten auf den Einsatzbefehl aus Teheran*

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite



REUTERS

Öffentliche Auspeitschung: *„Es geht nicht um den Islam, sondern um die Macht“*

PAKISTAN

Koran als Waffe

Die Regierung will einen rein islamischen Staat durchsetzen – zu Lasten von Frauen und religiösen Minderheiten.

Es hat schon Tradition in Pakistan: In Krisenzeiten suchen die Politiker Zuflucht bei Allah und seinem Propheten. So auch jetzt Ministerpräsident Nawas Sharif. In einer Fernsehansprache an die Nation verkündete er, die Rechtsprechung solle künftig nach den Gesetzen der islamischen Scharia erfolgen, Pakistan auf der Grundlage des Koran regiert werden. Inklusive Steinigen und Handabhacken.

Dann, so Sharif, werde die Korruption ein für allemal besiegt, und es breche eine glänzende Zeit sozialer und wirtschaftlicher Gerechtigkeit für alle Bürger an. Man werde eine Gesellschaft schaffen, „in der Selbstbereicherung und Mißwirtschaft mit Stumpf und Stil ausgerottet sein werden“.

Doch selbst islamistische Fundamentalisten sind überzeugt, daß der Premier den Koran als Waffe gegen seine politischen Gegner mißbraucht, daß er durch die Talibanisierung der Verhältnisse nur seine eigene Macht festigen will. Eine unabhängige Justiz gäbe es dann nicht mehr, Presse und Opposition ließen sich völlig legal mundtot machen. Sharif würde auch die föderalen Strukturen zerschlagen, die jetzt seine Macht beschränken.

Noch ein fundamentalistischer Gottesstaat nach Iran, Saudi-Arabien und Afghanistan? „Wir sind doch nicht mit den afghanischen Taliban vergleichbar“, sagt Informationsminister Mushahid Hussain. Aber die schwächsten Glieder der pakistanischen Gesellschaft haben Grund zur Sorge: Religiöse Minderheiten und die Frauen müssen fürchten, daß sie die ersten Opfer der geplanten Islamisierung werden.

Die Christen bekamen in letzter Zeit häufig die volle Härte des „Blasphemie-Gesetzes“ zu spüren; es stammt noch aus Zeiten des früheren Präsidenten Zia ul-Haq und kann willkürlich gegen „Ungläubige“ eingesetzt werden. Ein Christ wurde am 27. April zum Tode verurteilt, ein Bischof beging aus Protest Selbstmord.

„Natürlich hat die geplante Verfassungsänderung die Unsicherheit unter Frauen und Minderheiten verstärkt“, sagt die Anwältin und Menschenrechtlerin Asma Jehangir. Sie verweist auf die guten Beziehungen des Premiers zu dem ultrakonservativen Präsidenten Rafiq Tarar, der die umstrittene Reform mitträgt. „Wir haben einen Präsidenten, der keinerlei Respekt vor Minderheiten hat, und wir haben einen Premier, der den Pakistanern nicht einmal das Existenzminimum garantieren kann.“



AFP / DPA

Mädchen beim Koranstudium: *„Schritt zurück“*

Tatsächlich treibt Sharif ein gefährliches Spiel. Pakistan wurde seit der Staatsgründung vor 51 Jahren immer wieder von politischer und religiöser Gewalt erschüttert. Diesmal könnte die Spirale der Gewalt außer Kontrolle geraten.

Schon vergessen ist der Begeisterungstaumel, mit dem die Pakistaner im Mai den Aufstieg zur Atommacht feierten. Jetzt protestieren die Massen gegen Korruption, Kriminalität, Vetternwirtschaft und Behördenwillkür.

Auch wirtschaftlich geht es rasant bergab. Landbesitzer und Unternehmer weigern sich, Bankdarlehen zurückzuzahlen, nur ein Prozent aller Bürger zahlt Einkommensteuern. Mehr als zwei Drittel der Staatsausgaben gehen für Militär und Schuldendienst drauf; Pakistans Außenstände summieren sich auf über 30 Milliarden Dollar, das Land steht praktisch vor dem Bankrott.

Die Preise sind explodiert. Seit dem Beginn der Sanktionen, die Amerika im Mai wegen der Nuklearversuche gegen Pakistan verhängte, hat die Rupie über 40 Prozent ihres Wertes gegenüber dem Dollar eingebüßt. Die Muslimliga von Ministerpräsident Sharif stellt sich zwar als Verfechter der Volksinteressen dar, bedient aber vor allem die Interessen der schmalen Oberschicht. Wie zum Hohn hat der Premier seine Landsleute dazu aufgerufen, sparsamer zu sein und nur noch zwei statt drei Tassen Tee täglich zu trinken.

„Diese Verfassungsänderung stellt das Grundgesetz auf den Kopf“, sagt Maleeha Lodhi, früher Botschafterin in den USA, „denn hier geht es nicht um den Islam, sondern um Macht; in Pakistan gab es nie einen Mangel an Religiosität.“ Sie fürchtet, daß der Premier die von ihm entfesselten Geister bald nicht mehr kontrollieren könne. Die Islamisten würden nur zu immer maßloseren Forderungen angestachelt.

Geriete Pakistan in die Hände der Fundamentalisten, würde sich unweigerlich der Konflikt mit dem Erzfeind Indien verschärfen, der selbst Heimat von 134 Millionen Muslimen (14 Prozent der Bevölkerung) ist. In Neu-Delhi warnte folgerichtig Ministerpräsident Atal Behari Vajpayee von der nationalistischen Hindupartei BJP, der Nachbar Pakistan mache einen „Schritt zurück“. Vielleicht empfindet er aber auch klammheimliche Genugtuung, denn seine Parteifreunde könnten sich zu radikalem Vorgehen gegen die indischen Muslime nun erst recht ermutigt fühlen.

„Der Fundamentalismus der einen Seite“, sagt die Menschenrechtlerin Asma Jehangir, „hat noch jedesmal den Fundamentalismus der anderen Seite genährt.“ ◆

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

IRLAND

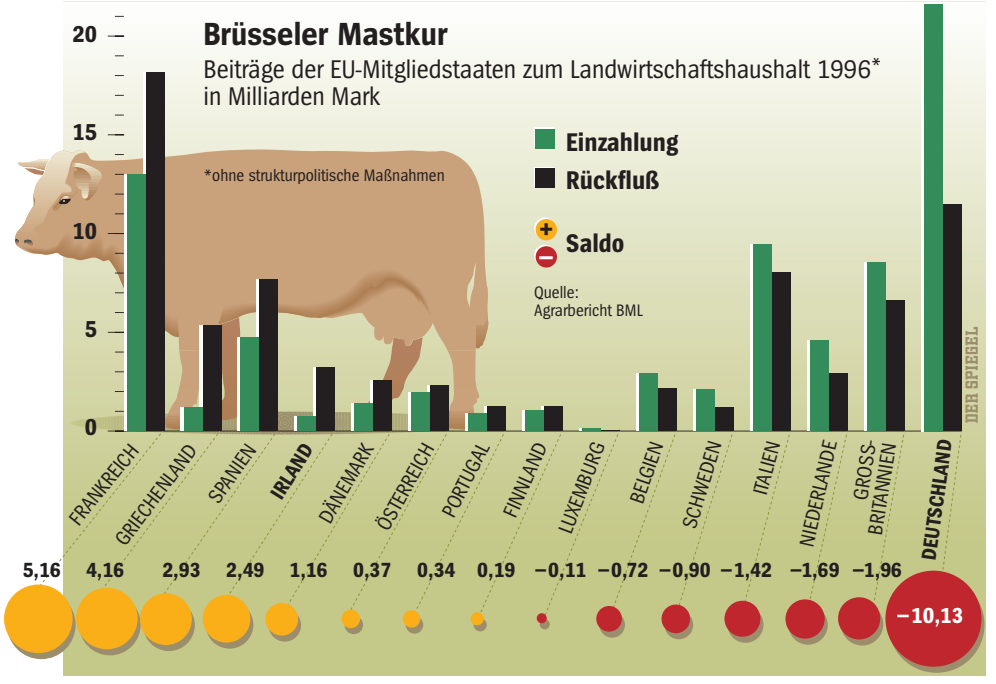
„Brüssel ist wirklich Klasse“

Kein Bauernvolk versteht sich so meisterhaft auf das Absahnen von EU-Subventionen wie das der Iren. Auf der internen „Neidtabelle“ des Bonner Landwirtschaftsministeriums steht es weit oben.



DER SPIEGEL

Viehfarmer Cronin: *„Auf dem Hintern sitzen und den Tieren zusehen“*



Irland ist eine Insel der Wunder. Bunt bemalte Muttergottes-Figuren aus Beton werden zuweilen, zuletzt im Mai in Ballinspittle in der Grafschaft Cork, dabei beobachtet, wie sie das Haupt gütig neigen. Die „moving statues“ ziehen die Gläubigen zu Hunderttausenden an. Steinbrocken, die „moving rocks“, springen nachts die Autos harmloser Farmer auf der Heimfahrt vom Pub an und verbeulen ihnen die Kotflügel.

Dann ist da noch die wundersame Geldvermehrung. „Jesus, der Zaster strömt einem in die Taschen, und man braucht nichts dafür zu tun“, sagte Kapitän Laurence Cronin auf Toehead bei Skibbereen Anfang September nach dem Besuch eines staatlichen Farmberaters.

Captain Cronin, der in langen, harten Jahren auf Containerschiffen die Welt kennengelernt und nun im Ruhestand mit der Viehwirtschaft angefangen hat, staunt, mit welch lockerer Hand ihm das Geld nachgeworfen wird.

Auf einigen geerbten und zugepachteten Weiden an der Küste hält er 12 Kühe und 23 Schafe. Um zuschußberechtigter Farmer zu werden, hat er sich vom Staat eine Herdennummer zuteilen lassen. Das ging leicht. Ohne auch nur ein Kalb, ein Lamm oder einen Liter Milch zu verkaufen, bezieht er seither im Jahr ein paar tausend Pfund an Beihilfen aus Brüssel. „Eigentlich nur dafür, daß ich auf meinem Hintern sitze und den Tieren zusehe.“ Er legt zwei Finger der rechten Hand salutierend an die Kappe: „Brüssel ist wirklich Klasse.“

„Früher haben wir unser Geld mit der Produktion von Nahrungsmitteln gemacht“, sagt Martin O’Donovan aus Castletownshend. „Heute verdienen wir es mit dem Ausfüllen von Subventionsformularen.“ Es sei dabei das größte Problem, sich über den jeweils neuesten Stand der EU-Zuwendungen auf dem laufenden zu halten.

1997 haben die rund 150 000 irischen Farmer 940 Millionen Pfund – 2,3 Milliarden Mark – allein an Direktzahlungen aus Brüssel erhalten. Dazu kommen Hunderte von Millionen für den Verkauf ihrer Produkte zu garantierten Preisen.

O’Donovan bewirtschaftet knapp hundert Hektar eigenes und gepachtetes Land. Seine Milchquote, die durch die EU genehmigte Produktionsmenge von jährlich 70 000 Gallons (318 000 Liter), sichert ihm, nach Abzug der Kosten, ein Einkommen von 88 000 Mark.

Donovan, 41, hätte noch mehr kassieren können. Neulich hat ihm ein EU-Inspektor eröffnet, daß die Farm in einer Gegend liegt, die vor fünf Jahren von den Behörden zum „stärker benachteiligten Gebiet“ erklärt worden war. Aber wie hätte ihm das auch auffallen sollen. Die Weiden sind genauso fett und grün wie eh und je. 7200 Mark pro Jahr sind ihm allein bei den Rindern an sogenannter Kopfprämie durch die Lappen gegangen.

Dazu hätte sich O’Donovan noch ein paar Pferde, Schafe oder Ziegen hinstellen müssen. Jedes Tier bringt Geld. Einfach so,

Werbeseite

Werbeseite

nur weil es auf einer Farm in einer „benachteiligten Gegend“ steht. Ein Rind schlägt mit 210 Mark, ein Pferd mit 175 Mark, ein Schaf oder eine Ziege mit 25 Mark zu Buche.

Geld bringen die Tiere dann auch beim Verkauf, wiederum zu EU-Garantie-Preisen, ein zweijähriges Kalb zum Beispiel rund 1500 Mark. Beim Schlachten setzt es wiederum Prämien. Verkauft man seine Jungochsen nicht, wie üblich, im November, sondern hält sie zwecks Marktentlastung bis zum Januar, sind wieder 150 Mark je Tier fällig.

Aber der Bauer kann sich auch jegliche Arbeit ersparen. Dann liefert er eben die neugeborenen männlichen Kälbchen vor ihrem 20. Lebenstag zum Töten ab. Dafür sackt er die sogenannte Herodes-Prämie ein: 225 Mark je Kälbchen.

Und mit 55 Jahren darf er sich dann auf Kosten der EU zur Ruhe setzen. Ohne Eigenleistung bringt ihm das bäuerliche Vorruhestandsprogramm zehn Jahre lang bis zu 2300 Mark im Monat.

Die irischen Farmer ziehen ihren Vorteil aus Bestimmungen, die sie natürlich nicht gemacht haben, die aber wie gemacht für sie erscheinen. Daß die Bauern aus

Das Sparprogramm macht die EU-Agrarpolitik nicht billiger, sondern teurer

den anderen EU-Staaten voll Neid auf die irischen Kollegen blicken, ist kein Wunder.

In der Theorie soll kein EU-Staat bei der Vergabe der Brüsseler Direktzahlungen benachteiligt werden. Die Praxis sieht aber anders aus. Intern hat das Bonner Landwirtschaftsministerium eine sogenannte Neidtabelle aufgestellt, auf der beispielsweise 1996 die Unterschiede bei den Prämien für die Produktion von Rindfleisch aufgelistet sind.

Danach greift der irische Farmer 1,78 Mark, der deutsche Landwirt ganze 45 Pfennig pro Kilogramm ab. Die kleine grüne Insel lag 1997 mit rund 2,3 Milliarden Mark allein für Rindfleisch deutlich vor Deutschland mit 1,9 Milliarden Mark. Und bei Milcherzeugnissen kassierten die Paddys 565 Millionen Mark zusätzlich, 200 Millionen weniger als die Deutschen.

Der EU-Landwirtschaftshaushalt macht das Mißverhältnis von Zahlungen und Rückflüssen deutlich: Bonn überweist knapp 22 Milliarden Mark nach Brüssel und erhält 11,5 Milliarden – ein Nettosaldo von minus 10,1 Milliarden Mark. Die Iren hingegen zahlen 743 Millionen Mark und bekommen knapp 3,3 Milliarden Mark – unterm Strich ein sattes Plus von über 2,4 Milliarden Mark. Dabei bestreiten die Deutschen 29,2 Prozent des EU-Gesamtetats von 162,8 Milliarden Mark, die Iren etwa ein Prozent. So soll es bleiben, auch nach der anstehenden großen Reform der Agrarpolitik, über die der Rat der Landwirtschaftsminister beim informellen Treffen in Österreich am 20. September die Feindseligkeiten eröffnet hat.

Grundlage ist der Vorschlag der EU-Kommission, zwecks Kostenersparnis, auch wegen der Osterweiterung, die garantierten Abnahmepreise für Rindfleisch um 30 Prozent, für Getreide um 20 Prozent und für Milch um 15 Prozent zu senken, zum Ausgleich aber die Direktzahlungen an die Bauern drastisch zu erhöhen.

Dublins Landwirtschaftsminister Joe Walsh hat vorsichtshalber schon mal schärfstens protestiert. Sein Land werde durch die Neuregelung ernstlich und unangemessen benachteiligt. „Keine irische Regierung, kein irischer Agrarminister kann diese Vorschläge akzeptieren“, rief Walsh den Ratskollegen in Brüssel zu. So steht heute schon fest: Durch die Reform wird die EU-Agrarpolitik nicht billiger, sondern teurer.

Zum eisern verteidigten Besitzstand der Iren gehört seit 1993 auch das Mutterkuh-Programm. Es wurde zu dem Zwecke erfunden, die Milchproduktion zu drosseln. Sie ist allerdings auf jene Farmen mit der relativ niedrigen Milchquote von unter 115 000 Liter beschränkt. Trotzdem können Milch-Großproduzenten tüchtig absahnen.

Sie pachten unter dem Namen von Freunden oder Verwandten Land, kaufen einem Nachbarn, der in Ruhestand gehen will, die Mutterkuh-Quote ab, und schon fließt Bares über den Strohmann in die Taschen des Großen.

Jedes einzelne Paar Kuh/Kalb wirft pro Jahr 350 Mark Mutterkuh-Prämie ab – plus 210 Mark Rindfleisch-Prämie in benachteiligten Gebieten plus 225 Mark Sonderrindfleisch-Prämie für kastrierte männliche Kälber plus 83 Mark Kopfprämie fürs Kalb in benachteiligten Gebieten plus 75 Mark Extensivierungsprämie für die Kuh plus 75 Mark Extensivierungsprämie fürs Kalb, zusammen 1018 Mark. Eine bessere Verzinsung gibt es bei keiner Bank. Die Mutterkuh kostet auf dem Viehmarkt kaum mehr als 2000 Mark.

Für das Oberhaupt der Herde fällt auch noch was ab, allerdings nur einmal im Leben eines Stieres – nämlich 280 Mark „Spezial-Bullenprämie". Brüssel zahlt auch für virtuelle Kühe. Dem extensiv wirtschaftenden Bauern werden 33 Mark je Kuh überwiesen, die er bis zu seinem Limit auf den Weiden hätte halten dürfen, aber nicht hält.

Ein Muß für den bequemen Farmer sind Schafe. Ein wenig Land hat fast jeder übrig für die genügsamen Woll- und Kotelett-Tiere. Überall in Irland beträgt der Zuschuß 45 Mark je Mutterschaf im Jahr und in „benachteiligten Gebieten" noch mal 26 Mark extra.

Es gibt noch andere Möglichkeiten, das „Programm zum Schutz der ländlichen Umwelt" zum Beispiel. Jeder irische Bauer, der die typischen Steinmauern um seine Weiden nicht beseitigt, bekommt dafür Geld aus Brüssel – 312 Mark pro Hektar. Natürlich würde er nicht mal im Traum daran gedacht haben, die von den Vorvätern mühsam aufgehäuften Wälle abzuräumen. Er müßte sonst ja Geld für teure Zäune ausgeben. Zusätzlich 375 Mark Zuschuß pro Hektar stehen an, wenn der Bauer sich zur Umwandlung seiner Felder in organisches Farmland entschließt.

Außer der legalen gibt es selbstverständlich auch illegale Abzockerei. Zu deren Bekämpfung hält sich die EU eine kleine Truppe von 70 Agrarkontrolleuren in Irland. Aber sie kämpft überwiegend auf verlorenem Posten. Denn die irischen Bauern sind sich einig, daß die EU zwar die Pflicht hat, sie zu alimentieren, daß sie aber nicht das Recht hat, sie zu kontrollieren.

Aus diesem Grund leben Leute wie der Agrarinspektor Pat Mullihan* so gefährlich. Pat muß im Dienst immer mit Prügeln rechnen. Es ist auch schon vorgekommen, daß ihn ein erboster Bauer mit der Schrotflinte vom Hof gejagt hat. Deshalb steht er nicht im Telefonbuch, und deshalb ist seine Anschrift geheim.

Bauern, die Brüssel um Subventionen betrügen, riskieren nicht viel

Für die ganze Aufregung gibt's 55 000 Mark brutto im Jahr plus Fahrtspesen. Pat klappert in seinem alten Nissan die nach dem Zufallsprinzip ausgesuchten Bauernhöfe ab, prüft Bestände und vergleicht die Ohrmarken der Rinder mit den Angaben auf den Formularen. Gerade zehn Prozent der Farmen werden kontrolliert. Wird einer erwischt, ist das für ihn meist auch kein Problem. EU-Subventionsbetrug ist im nationalen Recht Irlands noch unbekannt.

Zu spät wie meistens, so Mullihan, sei man hinter das Geheimnis einer 500köpfigen Schafherde gekommen. Die Herde sei bei Inspektionen auf drei verschiedenen Bauernhöfen immer aufs neue zum Nachweis der Subventionsberechtigung vorbeigetrieben worden.

Oder der Fall mit den Fischerbooten, die ganze Schafherden zwischen Wales und der irischen Grafschaft Wexford hin- und hertransportieren, um hüben die Prämie für Mutterschafe und drüben die Prämie für Lämmer abzuschöpfen. Pat zwackt seither den inspizierten Tieren mit einer kleinen Zange ein Stückchen Ohr ab – jedes Jahr an einer anderen Stelle. ◆

* Name von der Redaktion geändert.

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

ARGENTINIEN

Triumph der Großmütter

230 alte Damen suchen ihre Enkel, die als Kleinkinder verschwanden und teilweise zwangsadoptiert wurden.

Ex-Diktator Reynaldo Bigone freute sich auf eine Runde Golf im Kreise alter Kameraden. Aber die „Hijos“ waren ihm auf der Spur. Als er im Jockey-Club von Rosario seine Bälle schlug, versammelten sich draußen Dutzende von Demonstranten. Sie riefen: „Asesino, asesino“ – Mörder, Mörder!

In der Organisation „Hijos“ (Kinder) haben sich Söhne und Töchter von Opfern der Militärherrschaft zusammengeschlossen. Sie kundschaften den Wohnort, die Lieblingsrestaurants und die Treffpunkte von Folterern und Verantwortlichen aus den Zeiten der Militärdiktatur aus, alarmieren dann Freunde und Medien und rauben mit Dauerklingeln, Töpfeklappern und Sprechchören den Mächtigen von gestern die Ruhe. „Wir wollen die Mörder unserer Eltern aus der Anonymität reißen“, sagt Hugo Ginzburg, 22, einer der Anführer von Hijos. „Wenn sie sich schon nicht vor Gericht verantworten müssen, dann sollen sie wenigstens sozial geächtet werden.“

Besonderes Aufsehen erregten die Mobbing-Spezialisten mit Aufmärschen vor der Wohnung des Altdiktators Jorge Videla in einem vornehmen Stadtteil von Buenos Aires. Der General war im Juni verhaftet worden und steht inzwischen unter Hausarrest. Er kann dem Amnestiegesetz von 1990 nach zwar nicht mehr für seine politischen Taten belangt werden, möglicherweise aber noch für den Raub der neugeborenen Kinder von Frauen, die in der Gefangenschaft niedergekommen waren.

Die Mütter waren nach der Geburt meist umgebracht worden, ihre Söhne und Töchter wurden von kinderlosen Günstlingen und Offizieren adoptiert. Erst heute, im Alter von 19 oder 20 Jahren, erfahren viele der Zwangsadoptierten, was mit ihren wirklichen Eltern geschah.



REUTERS

Ex-Diktator Videla

Das ist vor allem ein Verdienst der rund 230 „Großmütter der Plaza de Mayo“, die nach ihren verschollenen Enkeln suchen. Die rührigen alten Damen, von denen einige über 80 sind, feiern Videlas Festnahme als späten Triumph.

Die Regierung zahlt inzwischen für jeden Verschwundenen bis zu 250 000 US-Dollar an die Hinterbliebenen. „Damit gesteht der Staat seine Schuld ein“, sagt Rosa Roisinblit, 79, Vizechefin der Großmütter-Organisation. Ihre Tochter war im achten Monat schwanger, als sie 1978 festgenommen wurde. Zeugen berichteten, daß sie in der Mechanikerschule der Marine einen Jungen gebar, bevor sie spurlos verschwand. „Ich habe keine Hoffnung mehr, meine Tochter noch lebend anzutreffen“, sagt Roisinblit. „Aber mein Enkel lebt.“

Die Großmütter überprüfen Geburtsregister und Polizeiarchive auf der Suche nach ihren in Gefangenschaft geborenen Enkeln. Sie beschäftigen Gerichtsmediziner und haben eine Datenbank mit den Gendaten verschwundener Kinder eingerichtet. 59 Söhne und Töchter von Verschwundenen haben sie bislang identifiziert. Sie schätzen, daß in den Jahren nach dem Militärputsch von 1976 bis zu 400 Neugeborene von den Militärs entwendet wurden.

Die jungen Leute werden oft depressiv, wenn sie die Wahrheit erfahren. Die Großmütter beschäftigen deshalb fünf Psychologenteams, die den Enkeln beistehen. Auch wer nicht zu seiner leiblichen Familie möchte, wird von der Justiz gezwungen, den Namen seiner Eltern anzunehmen.

Claudio Novoa, 22, eines der Opfer, hat sich Hijos angeschlossen. Er war vier Monate alt, als Polizisten seine Mutter ermordeten. Sie brachten das Baby ins Krankenhaus, nach einigen Wochen gab es der Jugendrichter dann zur Adoption frei. Ein Ehepaar, das seine Herkunft nicht kannte, zog den Jungen auf.

Unterdessen forschte Claudios leibliche Oma Matilde Pérez nach ihrem verschollenen Enkel. Sie überprüfte die Geburtsregister von Krankenhäusern, studierte Polizeiakten und fand schließlich das Haus, in dem ihre Tochter gestorben war. Im Archiv des Jugendrichters von San Nicolás stieß sie auf ein Dokument, das sie auf die richtige Spur führte.

Ein Gerichtsmediziner nahm Claudio Novoa eine Blutprobe ab. „Der DNS-Test war positiv“, sagt Claudio. „Plötzlich hatte ich zwei Familien.“ Seit er die Geschichte seiner Eltern kennt, macht Claudio Novoa bei Hijos mit: „Es schmerzt zwar, die alten Wunden aufzureißen, aber es ist nötig, damit die Wahrheit ans Licht kommt.“

Ohne die Hartnäckigkeit der Menschenrechtsgruppen hätte Claudio wahrscheinlich niemals erfahren, daß er viele Jahre mit seiner verlorenen Familie Kontakt hatte, ohne es zu wissen. Schon als Teenager schwärmte er für die Rockband „Los Pitucos“. Er kaufte alle Platten und besuchte jedes Konzert der Gruppe.

Seitdem er seine echte Identität wieder hat, kriegt er Freikarten für die Auftritte von „Los Pitucos“: Der Gitarrist ist nämlich sein Bruder. ◆



AFP / DPA

Demonstrierende Mütter und Großmütter in Buenos Aires: *Mobbing gegen die Mächtigen von gestern*

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

SLOWAKEI

Schwarzes Loch vor Wien

Ministerpräsident Mečiar führt sein Land zielstrebig in die außenpolitische Isolation.

Über dem Mount Everest weht seit einem Vierteljahr die Fahne der „Bewegung für eine Demokratische Slowakei“ (HZDS). Ministerpräsident Vladimír Mečiar hat sie dort hinbringen und aufpflanzen lassen, um der slowakischen Nation zu zeigen, daß seine Partei ganz obenauf ist und daß es deshalb keinen Sinn macht, ihr bei den Parlamentswahlen am Freitag und Samstag dieser Woche eine Erneuerung des Mandats als Regierungspartei zu verweigern.

Was von den Bergsteigern, die an der Aktion beteiligt waren, als befremdlich empfunden wird: Sie erfuhren erst im letzten Moment, was in dem Paket war, das sie auf den höchsten Berg der Welt brachten. Kein Wunder, daß sie sich mißbraucht vorkommen. Denn so, wie Mečiar mit der Republik umspringt, gilt es im allgemeinen nicht als Ehre, ihm nahezustehen.

Der ehemalige Präsident Michal Kováč sagt: „Der Mann hat kein Gewissen und keine Skrupel, er führt die Slowakei in eine Sackgasse.“ Als Staatsoberhaupt hatte er sich den Machtgelüsten seines Premiers stets entgegengestemmt. Doch Anfang März lief seine Amtszeit aus – und Mečiar übernahm kurzerhand Befugnisse des Präsidenten. Seitdem blockiert er mit seiner Parlamentsmehrheit die Wahl eines Nachfolgers.

In seiner ersten Amtshandlung in der Doppelrolle amnestierte Mečiar straffällig gewordene Gefolgsleute und ließ die Untersuchungen im Fall Michal Kováč junior einstellen, der vor drei Jahren, wahrscheinlich vom slowakischen Geheimdienst, gekidnappt und später wieder freigelassen worden war.

„Mečiar hat in der Slowakei eine Demokratie karpatischen Typs aufgebaut“, sagt Ernest Valko, der letzte Vorsitzende des tschechoslowakischen Verfassungsgerichts. „Die Verfassung ist für ihn wie ein Abreißkalender, er stellt sich über das Gesetz und kommt damit auch noch durch.“



AFP / DPA

Gaststar Schiffer, Premier Mečiar*: *„Demokratie karpatischen Typs“*

So hat der Regierungschef 1997 und 1998 ein Referendum über die Direktwahl des Präsidenten verhindert, obwohl genug Unterschriften vorlagen. Im Mai brachte er ein neues Wahlgesetz ein, das ganz unverhohlen seine Partei begünstigt. Vor vier Wochen ernannte er einen neuen Generalstabschef der Armee, obwohl er den alten nach der Verfassung gar nicht hätte entlassen dürfen.

Der Opposition steht zwar der Klageweg offen. Aber Gesetze sind so lange bindend, bis sie vom Verfassungsgericht aufgehoben werden. Und dann ist es meist schon zu spät.

Nach diesem Muster wurde auch die Wirtschaft privatisiert. Der Nationale Eigentumsfonds verkaufte Staatsbesitz im Wert von 150 Milliarden Kronen (rund 8 Milliarden Mark), vorzugsweise an Parteifreunde und ihre Verwandten sowie an zwei ehemalige Freundinnen des Premiers. Der HZDS-Minister Alexander Rezeš erwarb die Stahlwerke im ostslowakischen Košice für ein Viertel des Verkehrswertes. Der Ölgigant Nafta Gbely ging für 150 Millionen Kronen weg – dabei brachte er im selben Jahr einen Gewinn von rund einer Milliarde Kronen.

Das Ergebnis ist für die Slowakei verheerend: Die Staatskasse ist leer, und die neuen Besitzer betrachten die Betriebe als Selbstbedienungsläden. Jedes zweite slowakische Unternehmen macht inzwischen Verluste, die Arbeitslosigkeit liegt bei 14 Prozent.

Mečiar hält alle Schlüsselpositionen im Staate besetzt: Er kontrolliert das Parlament und die Polizei, die regionale Verwaltung, den Staatssicherheitsdienst und die elektronischen Medien. „Die Opposition hat keinen Zugang zum staatlichen Fernsehen“, klagt Rudolf Schuster, Bürgermeister von Košice und Vorsitzender der Partei der Bürgerlichen Einheit.

Bei den Parlamentswahlen geht es auch um eine Entscheidung für oder gegen die Demokratie und für oder gegen Europa. „Unter Mečiar sind wir zu einem Paria geworden, zum schwarzen Loch direkt vor den Toren von Wien“, sagt Martin Šimečka, Chefredakteur des oppositionellen „Domino-Forums“.

Im Wahlkampf warb die HZDS nicht nur wie vorletzten Donnerstag mit einem Gastauftritt des deutschen Topmodels Claudia Schiffer, sondern auch mit dem umstrittenen Atomkraftwerk in Mochovce, das trotz internationaler Proteste und persönlicher Interventionen des österreichischen Bundeskanzlers im Juni angefahren wurde. „Damit sagt Mečiar: Verpiß dich, Europa“, so Šimečka. „Er spielt sich als Verteidiger nationaler Interessen auf, als unbeugsamer Kämpfer gegen die dunklen Machenschaften des Auslands.“

Die Folge dieser Politik der distanzierten Nachbarschaft: Die Slowakei, 1993 neben Polen, Tschechien und Ungarn noch sicherer Kandidat für den Beitritt zu Nato und EU, steht nun allein da. „Mit Mečiar werden wir nie in die Nato aufgenommen“, meint der alte Generalstabschef Jozef Tuchyňa. Dafür hat die Regierung in Bratislava in den vergangenen Jahren mehrere Dutzend Verträge über Freundschaft und Zusammenarbeit mit Rußland geschlossen. ◆

* Bei der Eröffnung eines Autobahnteilstücks.

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

TIBET

Zum Siegen bestimmt

Ist das Rätsel des Yeti gelöst? Ein neues Buch präsentiert authentische Fotos vom Schneemenschen im Himalaja.

Dunkle Strähnen hängen dem Wesen im Gesicht. Urgewaltig bleckt es sein Gebiß. In der Antarktis und auf den Gipfeln des Himalaja wurde es gesichtet. Behende läuft es auf drei Zehen, und wenn es Laute von sich gibt, klingt es fast wie Hochdeutsch. Richtig – das ist der Reinhold Messner, 54.

Ex-Mathematiklehrer, Träger des „Königlichen Ordens Nepal“, Freund des Dalai Lama: Messner, das ist Pathos und Dauerringkampf mit dem Ökotop, ein bißchen Heidegger, ein bißchen Armin Dahl. Alle Achttausender des Erdenrunds hat der begnadete Kletterer bezwungen. Sieben Zehen nahm ihm der Berg. Und er gab ihm Worte für 39 Bücher. Das vierzigste erscheint am 2. Oktober, es wird sein verblüffendstes sein.

Messner, den nach Ansicht von Spöttern nur noch das Durchqueren der Sahara in Stöckelschuhen herausfordern könnte, der Mann, „der mit dem Schlafsack tanzt“ („taz“), hat endlich seinen Widerpart in der Natur gefunden: knorrig und legendär, wie er selber es ist. Messner ist einem Phantom auf der Spur – der Bergsteiger sah den Yeti.



INHOEGER / AGENTUR FOCUS

Yeti-Heimat Himalaja: *Jagd auf ein Phantom*

Das erste Treffen zwischen beiden liegt lange zurück. Bereits 1986 war Messner („Mir stockte der Atem“) dem scheuen Schneemenschen begegnet, wie der in Tibet aus dem Gebüsch lugte. Weitere Begegnungen folgten. Mal stakste der Südtiroler dem haarigen Schrat mit dem Fernglas hinterher. Dann wieder entdeckte er ein ausgestopftes Exemplar in einem abgelegenen Lama-Kloster in Osttibet.

Rechtzeitig zur Buchmesse wird der Alpinist seine gesammelten Erfahrungen vorstellen. 64 Bildseiten enthält Messners Yeti-Buch, das, so der Autor, den untrüglichen „Beweis“ für die Existenz des Frostwesens birgt*. Die „Bunte“ sicherte sich die Fotorechte.

Die Erforscher verborgener Arten („Kryptozoologen“) sind von der Ankündigung wie elektrisiert. Seit Jahrzehnten fahnden sie nach jener Spukgestalt, die auf zwei Beinen herumstapft und in den Sherpa-Legenden des Himalaja als unheilbringendes Zotteltier umhergeistert. Höchstens 2,50 Meter soll der grimme Bursche groß sein und Schuhgröße 60 tragen.

Bei Sichtungen erwies sich die Spezies, auch Troglodyt oder Klik-Adam genannt, als ausgesprochen kamerascheu. In Nordamerika („Bigfoot“) und Rußland („Schneemann“) sollen sich Verwandte rumtreiben. Einige Experten wähnen den Auslöser des Mythos in dem drei Meter großen ausgestorbenen Riesenaffen Gigantopithecus, der womöglich als Restpopulation noch existiere.

Handfeste Zeugnisse hinterließ der unheimliche Fremde nie. Es gibt einen Fußabdruck aus dem Jahr 1951 – er wurde nie anerkannt. Vor drei Jahren machten sich chinesische Paläoanthropologen mit Hubschraubern auf die Suche – vergebens. Auch der russische Spürtrupp, der Ende 1990 ins mittelasiatische Hochgebirge Tienschan auszog, fand nichts als Fußstapfen einer 250 Kilo schweren Kreatur.



D. J. COX / WILDLIFE

Braunbär
„Zottige Riesen in Menschengestalt“

Messner weiß jetzt mehr. 20 000 Kilometer weit, quer durch Tibet, Bhutan und Nepal hat er die raren Gesellen gehetzt. Letztes Jahr kam es zu einer dramatischen Begegnung im fast menschenleeren Ladakh-Gebiet in Kaschmir. In einer waldlosen Gegend pirschte sich der Alpinist im Gegenwind an einen Yeti heran. „Ich hätte ihn greifen können“, sagt er, „wenn Sie das Tier sehen, kriegen Sie einen Riesenschreck.“

Messner behielt die Nerven, schoß „gestochen scharfe“ Bilder und verschloß sie auf seiner Burg Juval in Südtirol. Über das Erblickte verlautbarte er sich fortan nur in Chiffren, etwa, daß Yeti – wie im Rätsel der Sphinx – „mal auf zwei, mal auf vier Bei-



T. ERNSTING / BILDERBERG

Gigantopithecus (Rekonstruktion): *„Wenn Sie ihn sehen, kriegen Sie einen Riesenschreck“*

* Reinhold Messner: „Yeti – Legende und Wirklichkeit“. S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main; 256 Seiten; 39,80 Mark.

nen“ gehe und ein „Allesfresser“ sei. Wenige Eingeweihte, darunter die Firmenchefs Jürgen Schrempp (Daimler-Benz) und Jürgen Weber (Lufthansa) durften die Fotodokumente sehen.

Nun ist das Warten endlich vorbei. Eine „handverlesene Journalistengruppe“ wurde für kommenden Freitag zum „Apero beim Schloßwirt“ in Juval eingeladen. Beim Yak-Menü will der Autor sein Bilderbuch öffnen und das Incognito vom Schneemann lüften.



SVEN SIMON

Autor Messner

Das Meeting dürfte mit Ernüchterung enden. Weder Monstren noch eine unbekannte Spezies wird Messner präsentieren. „Alle werden enttäuscht sein“, sagt sein Bergkamerad Hans Kammerlander, „auf Messners Bildern sind ganz normale Bären zu sehen.“

Einen urweltlichen Hominiden hätten die Sagenfreunde sich vielleicht erwartet, einen gräßlichen Neandertaler mit gewaltigen Darmwinden, oder zumindest einen kleinen King Kong. Aber Meister Petz? Auch Messners Text soll sich in nüchternen Zoologismen ergehen. Gelehrt, so sickerte durch, fabuliere der Autor über Ursus arctos, den Braunbär, der in Restpopulationen das Himalaja-Gebiet bewohnt.

Originell ist das nicht. Bereits 1935 bereiste der Nazi-Forscher und Untersturmführer Ernst Schäfer das Quellgebiet des Jangtsekiang. „Dort erlegte ich zahlreiche Yetis und zwar in Gestalt der mächtigen Tibetbären“, notierte er rückblickend. „In verblüffender Menschengestalt attackierten sie uns, führten laut brüllend Scheinangriffe aus, stellten sich auf die Hinterpranken, um uns, wild schnaubend wie zottige Riesen, aus ihrem Reich zu vertreiben.“

Daß der Bär Auslöser der Yeti-Legenden sei, wird auch von einigen US-Forschern vermutet. Für sie ist Bigfoot nichts anderes als ein Grizzly. In allen Gebieten, in denen es Yeti-Volkssagen gibt, leben auch Bären. Die Chinesen nennen das furchterregende Tier „starker Mann“ oder „wildhaariger Bergmensch“. Über die Bestände in Burma, Tibet und Westchina, so die Säugetier-Enzyklopädie von Bernhard Grzimek, „ist wenig bekannt“.

Diese Klamotte hat Messner nun offensichtlich unter dem Stichwort „Yeti“ recycelt. Das weist den Kraxler aufs neue als trendsicheren Marketing-Gipfelstürmer aus. Vinciturus vincero („Zum Siegen bestimmt, werde ich siegen“) steht auf einem Balken in Messners Burg.

Der S. Fischer Verlag siegt diesmal mit. Die geschickt geschürte Neugier dürfte das Yeti-Buch zum Bestseller werden lassen. Die Startauflage liegt bei 50 000 Exemplaren. ◆

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

FORMEL 1

Phantom und Feuerkopf

Punktgleich im Kampf um die Weltmeisterschaft treffen Michael Schumacher und Mika Häkkinen am Sonntag auf dem Nürburgring zum vorletzten Grand Prix aufeinander. Außerhalb des Rennwagens trennen den Deutschen und den Finnen Welten, hinter dem Lenkrad sind sie sich ähnlicher, als es Schumacher lieb sein kann.





(l.) A. HASSENSTEIN / BONGARTS; (r.) H. RAUCHENSTEINER

Weltmeisterschaftskonkurrenten Häkkinen, Schumacher: *„Ein Übermaß an Selbstbewußtsein“*

Zwei McLaren-Angestellte auf der Suche nach der Zeit. Im cremefarbenen, feuerfesten Unterhemd, die Ärmel seines Overalls um die Hüften gewickelt, hockt der Rennfahrer Mika Häkkinen in einem zur rollenden Werkstatt ausgebauten Mercedes-Lkw. Unter ihm, in den Apothekerschränken, lagern blankpolierte Ersatzteile, Titanschrauben und andere edle Materialien; neben ihm fährt ein Ingenieur, die Kopfhörer um den Hals baumelnd, mit dem Zeigefinger auf einem Datenblatt wirre Kurven nach.

Die beiden Männer betrachten die Herztöne und andere lebenswichtige Funktionen des Mercedes-Motors; bei jedem Gangwechsel fallen die Amplituden wie zuletzt die Börsenkurse an der Wall Street. Es geht um Momente so kurz wie Wimpernschläge.

Vor der Saison, wenn die Leistung der Rennwagen noch nicht ausgereizt ist, fahnden die Teams bei den Tests nach Sekunden; während des Grand-Prix-Jahres freuen sie sich über Zehntelsekunden; und jetzt, im Herbst, klauben sie sich die Hundertstel zusammen – durch eine winzige Formänderung des Frontflügels, einen neu justierten Stoßdämpfer oder eine umprogrammierte Motorelektronik. Vorige Woche, nach drei Tagen im französischen Magny-Cours, hatte die McLaren-Crew wieder ein paar Zeitsplitter eingesammelt. Aber ob die reichen? „Wer weiß, was die anderen gefunden haben“, sagt Häkkinen. Mit den anderen meint er die Ferrari-Mannschaft, die zeitgleich in Mugello testet.

Es ist eng geworden im Kampf um den Weltmeistertitel. Der kommode Punktevorsprung des Finnen ist nach Michael Schumachers Sieg von Monza aufgebraucht. Kopf an Kopf gehen die Kontrahenten ins vorletzte Rennen am Sonntag auf dem Nürburgring. Der Kerpener habe offenbar die besseren Nerven, unken bereits die Medien.

Häkkinen könnte entgegnen, daß die Mär vom unterlegenen Ferrari längst nicht mehr stimme; daß die Technik seines Autos ihn zuletzt häufig im Stich gelassen habe. Aber solche Gedanken behält er für sich: „Der Fight geht weiter.“

Häkkinen, 29, gilt in der Formel 1 als begnadeter Schweiger. Ein Mann, der in acht Jahren als Formel-1-Fahrer nie in einen Skandal verwickelt wurde, einer, von dem es nicht mal kauzige Anekdoten gibt. Ein Typ, den in der Branche alle schätzen, obwohl ihn kaum einer einschätzen kann.

Damit ist der Finne das Gegenteil des polarisierenden Schumacher. Doch hinter dem Lenkrad, wo Talent, Beharrungsvermögen und Selbstvertrauen entscheiden, sind sich die beiden Rivalen ähnlicher, als es dem Deutschen so kurz vor dem WM-Showdown lieb sein kann.

Schon früh kreuzten sich die Wege der Titelaspiranten. Es muß irgendwann im Jahre 1983, irgendwo in Europa auf einer Kartbahn gewesen sein, daß sich der damals 14jährige Häkkinen und der drei Monate jüngere Schumacher begegneten. Fast parallel durchliefen sie die Nachwuchsklassen; beiden gelang 1991 der Sprung in die Formel 1, beide zogen wenig später nach Monaco.

Ein privates Verhältnis erwuchs daraus nie. Schumacher mag Häkkinen nicht, was er bei öffentlichen Anlässen dokumentiert, wenn er dem Rivalen lasch und ohne Blickkontakt die Hand zum Gruß gibt. Zu For-

mel-3-Zeiten hat ihm der Finne mal auf deutschem Terrain eine empfindliche Niederlage zugefügt – der Kerpener rollte mit einer halben Runde Rückstand ins Ziel. Wochen später drängte Schumacher in Macao Häkkinen in die Leitplanken.

Der Mann aus Vantaa, einem ländlichen Vorort von Helsinki, weiß mit Schumacher nichts anzufangen. Er könnte sagen, daß das prononcierte Oxford-Englisch, die herausfordernde Körperhaltung und die zuweilen scheinheilige Art des Rheinländers in seiner Heimat als Arroganz ankommen. Doch der McLaren-Pilot faltet seine Hände, führt sie ans Kinn, als wolle er die Handknöchel besprechen, und sinniert. Dann sagt er: „Ich habe großen Respekt vor den Fähigkeiten etlicher Kollegen." Schumacher gehört dazu, immerhin.

Beide gelten als Instinktfahrer von hohen Gnaden und als die beiden derzeit Besten im Grand-Prix-Zirkus. McLaren-Konstrukteur Adrian Newey rätselt darüber, warum Häkkinen „in einem ungehorsamen Auto schnell und in einem gutmütigen langsam" sei. Auch Schumacher bevorzugt Rennwagen, die Kollegen für unfahrbar halten. Experten wie Ex-Weltmeister Jackie Stewart werten diese Vorliebe als „Indiz für ein Übermaß an Selbstbewußtsein".

Beider Talent wurde früh gefördert. Aus den Entbehrungen, die sowohl Häkkinens als auch Schumachers Eltern für die sich anbahnenden Karrieren hinnahmen, entwickelte sich Ernsthaftigkeit und Disziplin. Häkkinens Vater, ein Beamter beim finnischen Seefunk, jobbte nebenher, um die Reisen zu finanzieren. Schumachers Vater bewirtschaftete die Kerpener Kartbahn; das Geld war so knapp, daß der Sohn die abgefahrenen Reifen der Konkurrenten aus der Mülltonne barg, um weitertrainieren zu können.

Gepaart mit der Eigenart, nie verlieren zu wollen, nicht mal am Billardtisch, entwickelte Schumacher eine Arbeitsethik, die bislang jedes Rennstall-Team erst in die Verzweiflung und dann zum Erfolg trieb: In Fiorano, auf der Ferrari-Hausstrecke, ließ sich der Deutsche schon mal Scheinwerfer an seinen Boliden montieren – um die Probefahrten auch in der Dämmerung fortsetzen zu können.

Der zweimalige Weltmeister hat der Ferrari-Equipe, die dereinst nicht mal einen simplen Reifenwechsel unfallfrei auszuführen vermochte, die Nonchalance ausgetrieben. In diesem Jahr haben die Italiener jenen Grad an Zuverlässigkeit erreicht, den man eigentlich von der pingeligen McLaren-Truppe erwartet hatte.

Häkkinen hingegen kam als Lehrling zu dem englischen Rennstall. Nach zwei Jahren in einem hoffnungslos unterlegenen Lotus, in dem der Finne nicht mehr als seinen Willen und seine Unerschrockenheit hatte beweisen können, lernte er im straffen Apparat von Teamchef Ron Dennis, „langfristig und konzentriert auf ein Ziel hinzuarbeiten". Seine Defizite im Verstehen der Technik holte er rasch auf – für ihn war das wie Hausaufgaben machen.

Die Anpassung an das Dennis-Regime, in dem der Star nichts und das Kollektiv alles zählt, fiel Häkkinen leicht. Er gehört nicht zu den Lustfahrern der Formel 1 wie Jacques Villeneuve, Heinz-Harald Frentzen oder Jean Alesi, die sich an dem Gefühl berauschen können, „wie auf einer Rasierklinge zu reiten" (Villeneuve). Das schnelle Autofahren ist für Häkkinen kein Wert an sich: „Ich bleibe im Cockpit dieselbe Person, ich werde da nicht zum Teufel."

Wenn Häkkinen seine Tätigkeit, für die er mit rund 3,5 Millionen Dollar im Jahr entlohnt wird, beschreiben soll, fällt der sonst so Schüchterne plötzlich in einen langen Monolog. Er berichtet in seinem harten, kehligen Englisch von „psychischer Balance", die er im Auto finden müsse, von der Faszination, wie „unglaublich präzise im Teamwork ein Rädchen ins andere greifen müsse" – und immer wieder führt er das Wort „Arbeit" im Munde: „Glauben Sie mir, die Arbeit mit einem Formel-1-Auto ist ziemlich schwierig." Man kenne die Limits, die Risiken, „das ist nicht immer ein Vergnügen".

Anders als Schumacher hat der Finne bereits einen schweren Unfall erlebt. Im November 1995 krachte er beim Training zum Großen Preis von Australien mit 170 Stundenkilometern in eine Mauer. Ein Luftröhrenschnitt – unmittelbar neben dem Wrack vorgenommen – rettete ihm das Leben. Ein Schädelbasisbruch hatte Nerven verletzt, ein halbes Jahr litt die linke Gesichtshälfte unter Lähmungserscheinungen. Er mied die Öffentlichkeit, aus Angst, angestarrt und ausgefragt zu werden.

Die meisten Piloten haben nach vergleichbaren Unglücken nie mehr ihr altes Leistungsvermögen erreicht. Niki Lauda zählt zu den Ausnahmen. Daß Häkkinen heute stärker ist als vor der Katastrophe,

* Am 30. August.



PANDIS

Massenkarambolage in Spa-Francorchamps*: *„Glauben Sie mir, die Arbeit in einem Formel-1-Auto ist ziemlich schwierig"*



H. RAUCHENSTEINER

Titelverteidiger Villeneuve: *Lust auf Lila*

erklären alte Wegbegleiter mit einer angeblich typisch finnischen Eigenschaft: Das Unmögliche möglich machen, mit dem Kopf durch die Wand gelangen, unter Schweiß und Tränen zum Erfolg kommen, das heißt in Finnland „sisu“.

Der Perfektionsdrang von McLaren-Mercedes und Häkkinens Überdosis Sisu haben zu einer Musterbeziehung geführt. „Die sechs Jahre bei McLaren haben ihn sicher geprägt“, sagt Häkkinens Manager Keke Rosberg und hält das für einen Vorzug. Seit zehn Jahren betreut der Formel-1-Weltmeister von 1982 seinen Landsmann. Die Maxime heißt dabei, das „clean Image“ zu bewahren. Rosberg: „Mika ist ein feiner Mensch und hinterläßt weniger Flurschaden als Schumacher.“

Was in der Formel 1 zählt, kann kein Manager besser nachvollziehen als Rosberg. Häkkinens Kollegen werden von ehemaligen Internatslehrern, Teppichhändlern oder, wie Schumacher, von einem früheren Gastronomen beraten. Rosberg fuhr 114 Große Preise, im Abschiedsjahr, 1986, für McLaren. Und nichts fürchtete der Finne mit Wohnsitz Monte Carlo neulich mehr, als daß sich sein Schützling nach der Schumacher-Kollision mit McLaren-Fahrer David Coulthard zu einem Statement hinreißen ließ. Häkkinen gab sich – feiner Mika – geschmeidig wortkarg.

So ist mit der Zeit ein Sportler herangewachsen, dessen Image dem des Tennisprofis Pete Sampras nahekommt. Seriös, sauber, siegesgewiß. In der Warenwelt der Formel 1 ist das ideal. Häkkinen soll schließlich Konzerne wie Mercedes und West, Mobil Oil und Boss repräsentieren.

Auch Schumacher war mal ein braver Sendbote für Benetton, Dekra, Shell und so weiter. Über die Jahre hat er sich eine Menge Unbotmäßiges erlaubt, Konkurrenten von der Piste geschossen, Flaggenzeichen übersehen und im Stammtischton über Hooligans räsoniert („Ich weiß nicht, ob man die auch Menschen nennen darf – also bei einem Tier geht man hin und schläfert es ein“). Die Schumi-kritische Presse wähnt den Feuerkopf längst als unangreifbar. Der Mann kenne kein Limit, bedauert die „Süddeutsche Zeitung“, „und es gibt auch keinen, der es ihm zeigt“.

Daß Schumachers Attacke im WM-Finale 1997 gegen Villeneuve beim Publikum Kredit gekostet hat, steht außer Zweifel. Als das Fachmagazin „Auto, Motor und Sport“ im Vorjahr seine Leser fragte, welcher Rennfahrer ihnen „besonders sympathisch“ sei, nannten 54 Prozent Schumacher. Diesen Sommer sackte der Wert auf 35 Prozent. Häkkinen folgt unmittelbar mit 34 Prozent der Stimmen.

Ein Wert, der vor allem mit den Mercedes-Fernsehspots zu erklären ist. Normalerweise heuert die Werbewirtschaft berühmte Sportler an, um ein Produkt bekannt zu machen. Bei Häkkinen funktionierte es umgekehrt. TV-Reklame für eine Marke, die eh jeder kennt, machte das freundliche Phantom populär.

Weil Häkkinen nicht nur werbegerecht, sondern auch noch flott unterwegs war, sah McLaren-Mercedes auch vom Perso-

nalwechsel ab. Größen wie Schumacher oder der amtierende Weltmeister Villeneuve hätten die Gefahr mit sich gebracht, daß sich das Licht auf den Fahrer gebündelt hätte – und die Silberpfeile etwas matter erschienen wären.

Vor allem aber taten sich McLaren-Chef Dennis und Mercedes-Vorstand Jürgen Hubbert schwer, die finanziellen Wünsche und die habituellen Gewohnheiten der Stars hinzunehmen. Schumachers Verpflichtung scheiterte, so Hubbert, „an den extremen Forderungen“, zu denen neben einer Gage in Ferrari-Dimension (30 Millionen Dollar) der uneingeschränkte Nummer-eins-Status im Team und weitgehende Vermarktungsrechte gehören.

Kurz dachte die schwäbisch-britische Allianz auch über Villeneuve nach. Doch dessen Vorliebe für Jeans-Latzhosen in Übergröße paßt kaum zur eleganten Erscheinung einer Firma, die sogar den Werkschutz an der Rennstrecke in blauen Zweireihern mit Krawatte patrouillieren läßt.

Für Unruhe unter den Sponsoren sorgt zudem Villeneuves Macke, bei fast jedem Grand Prix mit neuer Haarfarbe zu erscheinen. Werbekampagnen sind zu teuer, als daß sie so rasch alt wirken dürfen, nur weil den Hero die Lust auf Lila treibt.

Häkkinen trägt Blond von Geburt. Der Scheitel, wie von Mechanikerhand korrekt



A. PUSKALA

Ehepaar Häkkinen: *Geschmeidig wortkarg*

ausgerichtet, ist seit dem Formel-1-Debüt unverändert.

Das Management hält Häkkinens öffentliche Präsenz knapp. „Unsere Philosophie ist“, sagt Rosberg, „nicht für jeden Teebeutel zu werben.“ Im Gegensatz zu Schumacher, der „auf Volumen zielt“, setze der Finne „auf multinationale Qualität – und so was schließt man nicht alle 14 Tage ab“.

So kommt es, daß Schumacher zuletzt mal wieder vom Vertragspartner RTL gedrängt wurde, mit der Promi-Sirene des Senders, Frauke Ludowig, in deren Star-Magazin „Exclusiv“ über Privates zu plaudern.

Der jungvermählte Häkkinen und seine Ehefrau Erja Honkanen, eine Fernsehjournalistin, sind für derlei Propaganda kaum zu haben. Das Paar erscheint nicht in Klatschblättern, besucht selten Partys, und auf Reisen bestellt es sich das Dinner am liebsten aufs Hotelzimmer. Selbst wenn der Rennfahrer für seine Arbeitgeber die Honneurs machen soll, etwa bei einem Besuch des Mercedes-Werks in Untertürkheim oder bei einer Modenschau des Sponsors Boss, wirkt er verhuscht und ungelenk.

In der Anonymität einer menschenleeren Hotelbar, vor Kameraobjektiven und Kritikerblicken sicher, lehnt sich Häkkinen entspannt in die Polster. Daß er manchen als gesichtsloser Statist erscheint, kontert er mit einem überlegenen Grinsen: Erstens, sagt er, „versuche ich, meine Situation nicht komplizierter als nötig zu machen“. Zweitens gewänne man durch Reden keine Rennen. Und drittens passiere in der Formel 1 soviel, „da ist es manchmal besser, zur Seite zu schauen und das eigentliche Leben zu betrachten“. ◆

Werbeseite

Werbeseite

BASKETBALL

Noch Muckis zulegen

Niemals zuvor wurde ein deutscher Zweitligaspieler von der US-Profiliga verpflichtet. Dirk Nowitzki wagt den riskanten Sprung nach Dallas.

Der Aufbruch in die Neue Welt wird hektisch. Denn jeden Augenblick muß der Würzburger Basketball-Profi Dirk Nowitzki, 20, mit einem Fax seines neuen Arbeitgebers rechnen: „Ankunft in Texas, morgen um sieben."

Die Dallas Mavericks, ein renommiertes Team der National Basketball Association (NBA), haben Nowitzki für drei Jahre verpflichtet. Doch solange ein Arbeitskampf („lock-out") zwischen Clubbesitzern und Spielern die Geschäfte in der nordamerikanischen Glitzerliga lähmt, hält sich der Jungstar in seiner Heimat auf Trab: Er punktet auf Abruf für seinen Stammverein DJK Würzburg.

Mit Nowitzki, und vor allem wegen ihm, stiegen die Franken in die erste Liga auf. Ohne ihn, so schwant DJK-Basketball-Chef Wolfgang Malisch, „wird es schwer, fürchterlich schwer". Und so danken die Würzburger Fans für jede Woche, in der sich die NBA-Unterhändler noch über Millionengagen streiten.

Daß die NBA-Scouts den 2,11-Meter-Mann überhaupt aufgespürt haben, gilt in der Szene als große Überraschung. Nowitzki ist erst der vierte deutsche Spieler, der sich über die „drafts", eine Art Athletenbörse für Clubs, in die US-Profiliga vorwagt. Und anders als seine Vorgänger aus Deutschland, die vor ihrem NBA-Debüt die rauhen Sitten des amerikanischen Sports in College-Teams verinnerlichten, kennt Nowitzki bisher nur das heimelige Frankenland: Er hat immer in Würzburg gespielt und dort noch zuletzt im Unteren Katzenbergweg gelebt – im Hause seiner Eltern.

Schon melden sich die Bedenkenträger zu Wort. Svetislav Pesic, Trainer des deutschen Meisters Alba Berlin, zweifelt: „Dirk muß noch geschliffen werden. Den NBA-Coaches traue ich das nicht zu." Und Albas ehemaliger Manager Marco Baldi, der Nowitzki als „eines der größten Talente, das der Basketball hierzulande jemals hervorgebracht hat" preist, hätte einen behutsameren Karrieresprung empfohlen: „Noch zwei Jahre in einem europäischen Spitzenteam würden ihm garantiert bessertun."

An Gelegenheiten zu einem Wechsel mangelte es nicht. Holger Geschwindner, bei den Olympischen Spielen 1972 Kapitän der deutschen Basketball-Equipe und seit drei Jahren Nowitzkis zusätzlicher Privattrainer, zieht unter einer Ablage eine Liste hervor und zählt vergnüglich die Millionenofferten der kontinentalen Spitzenvereine auf.

Nowitzki hat sie alle abgelehnt. Denn bis zu diesem Sommer plädierte Mentor Geschwindner für die bodenständige Variante: Taktische Erfahrung sollte der Hochbegabte weiterhin als Antreiber in Würzburg sammeln, und den technischen Feinschliff würde ihm der Ex-Profi höchstselbst in den Sonderschichten zur Mittagszeit verpassen – in der Turnhalle von Rattelsdorf.



H. R. SAUER

Basketballer Nowitzki: *Kürzester Weg nach Übersee*



C. HERFTER / NBA PHOTOS

Nowitzki, Cheftrainer Nelson (M.)*
„The German Wunderkind"

Unbeabsichtigt war dies, so scheint es, der kürzeste Weg nach Übersee. Denn die Option, die die Dallas Mavericks trotz hochklassiger Konkurrenten auf Nowitzki erwarben, haben sie sofort eingelöst. Sie umgarnten ihn, als sei er bereits ein Superstar.

Zwei Tage nach dem „drafting" tauchte der Immobilienhändler und Multimillionär Ross Perot Jr., Sohn des ehemaligen US-Präsidentschaftskandidaten und Eigner der Mavericks, mit einem Leibwächter und mit Cheftrainer Don Nelson im mittelalterlichen Anwesen Geschwindners auf. Nowitzki sollte gleich nach Dallas mitkommen.

Dort war alles bestens präpariert. Auf dem Flughafen bestürmten ihn zwölf Kamerateams; in einer Zeitung vor Ort wurde er mit einer netten Schlagzeile begrüßt: „The German Wunderkind"; Mitarbeiter eines Radiosenders schleppten beim Interview Leckereien aus deutschen Landen ins Studio; und in einem Jugendzentrum feuerten ihn Kinder mit Sprechchören an.

Nachdem er eine Nacht „über das ganze Gedöns geschlafen hatte", sagte Nowitzki dem Vertragswerk zu: drei Millionen Dollar für drei Jahre – in Würzburg kassierte er knapp 2000 Mark pro Monat.

Doch Zweifel bleiben. Der Basketball-Profi ahnt, daß das erste Jahr „knüppelhart" wird: „In der Abwehr und unter dem Korb fehlt es mir." Mit seinen 107 Kilogramm sei er „ein Würstchen", woraus Nowitzki folgert: „Ich muß noch Muckis zulegen."

Mit Körperkraft allein wird Nowitzki nicht geholfen sein, das darwinistische Auswahlverfahren des US-Profisports ist nichts für zarte Seelen. Hansi Gnad scheiterte einst beim Probetraining in Miami knapp: „Es ist die Hölle." Henning Harnisch mokierte sich über einen „fast militärischen Führungsstil" auf dem College – und buchte nach zwei Wochen seinen Rückflug.

Selbst Detlef Schrempf, der sich als einziger Deutscher im egomanischen Betriebsklima der NBA wirklich durchsetzen konnte, erinnert sich nur ungern an seinen Start. Vier bittere Lehrjahre brachte er – ebenfalls in Dallas – hinter sich. Immer dann, wenn er in den Schlußminuten eines längst gewonnenen Spiels aufs Feld durfte, paßten die Kollegen die Bälle haarscharf an ihm vorbei.

Schrempf war schnell klar: „Du versuchst nun mal, einem anderen den Job wegzunehmen." ◆

* Nach der Zusage bei den Dallas Mavericks im Juni, rechts Mannschaftskollege Steve Nash.

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite



BILDER: VG BILD-KUNST, BONN 1998

Picasso-Bilder mit dem Titel „Der Maler“ (aus den Jahren 1930, 1963, 1963, 1964)

KUNST-VERLUST

Picasso in den Wogen

Ein Großmeister-Werk liegt, zerfetzt vermutlich, auf dem Meeresgrund. Doch welches, das bleibt verschwommen. Als die Swissair vorige Woche bekanntgab, beim Flugzeugabsturz vom 2. September sei auch ein Picasso-Gemälde mit dem Titel „Der Maler“ vor der kanadischen Küste untergegangen, schlugen Nachrichtenredakteure ihre Kunstbücher auf – und wurden alsbald fündig. Nicht jeder bedachte offenbar, daß Picasso sich dem Thema dutzendfach gewidmet hat und daß diese Bilder großenteils in Privatbesitz verborgen sind. Es wogen willkürliche Annahmen: „Bild“ präsentierte eine bunte Szene von 1963, die Münchner „Abendzeitung“ griff zu einer Grisaille aus dem folgenden Jahr. Die „New York Times“ erwog ein weiteres, 1996 bei Sotheby's versteigertes Werk von 1963. Den originellsten Tip gab die römische „Repubblica“: Es handele sich um ein Bild von 1930, das vor fünf Jahren aus dem Stockholmer Moderna Museet gestohlen wurde und bald wieder auftauchte. Nachteil der Story: Dieser „Maler“ hat seinen Platz seither nicht mehr verlassen. Das bei der Swissair notierte (Hoch-)Format des auf 2,5 Millionen Mark versicherten Wertstücks, 92 mal 65 Zentimeter mit oder ohne Rahmen, will auf keines der ins Gespräch gebrachten Bilder so richtig passen.

LITERATUR

Das Alter wurmt

Chantal und Jean-Marc sind ein glückliches Paar, jedenfalls glauben sie das. Chantal ist intelligent, aber fühlt sich in der Welt verloren und braucht die emotionale Bestätigung des fünf Jahre jüngeren Jean-Marc; ihm wiederum kommt seine Existenz weniger mickrig vor, wenn er für sie dasein kann – so geben sie sich gegenseitig Halt.



Aber an einem Samstagabend in der Normandie verliert die Beziehung ihr Gleichgewicht. Der Erfolgsautor Milan Kundera, 69, läßt seinen neuen Roman „Die Identität“ damit beginnen, daß Chantal, verängstigt von den Hitzeanfällen der beginnenden Wechseljahre, über ihre schwindende Attraktivität nachsinnt: „Die Männer, sie drehen sich nicht mehr nach mir um“, sagt sie zu Jean-Marc. Der reagiert befremdet: „Ihr Gesicht, gleichsam böse, gleichsam gealtert, ähnelte ihr auch nicht.“ Ist Chantal noch die Frau, die er liebt? Der Gedanke setzt sich in ihm fest, daß sie nur die Bestätigung ihrer Weiblichkeit braucht, um wieder zu sich zu finden, einen Liebhaber vielleicht oder zumindest einen Verehrer. Eines Tages meldet sich tatsächlich ein Bewunderer mit einem anonymen Brief. Chantal versteckt den Zettel und versucht irritiert, den Absender auszumachen. Als sie zu ahnen beginnt, wer ihr die Umschläge schickt, lösen sich alle inneren Gewißheiten über die eigene Identität und die des anderen auf. Plötzlich ist überhaupt nichts mehr sicher, und parallel dazu driftet der Roman ins Surreale ab. Und ins Peinliche: Bei einer – vielleicht nur phantasierten – Sexparty ist Chantal angeekelt „von ihrer eigenen Erregung, die ihr klarmacht, daß ihr Körper nicht ihr gehört, sondern diesem schlammigen Feld, diesem Feld voll Würmer und Schlangen“. Zwar schildert Kundera anfangs den schleichenden Prozeß der Selbstentfremdung und die zunehmende Irritation der Zweierbeziehung präzise und intelligent, aber dann vermatschen seine Beobachtungen im Handlungsbrei. Was wirklich ist in diesem Buch und was nur halluziniert, ist zunehmend schwer zu entwirren – und schließlich ganz und gar egal.

Milan Kundera: „Die Identität“. Aus dem Französischen von Uli Aumüller. Hanser Verlag, München; 168 Seiten; 29,80 Mark.

MUSIKTHEATER

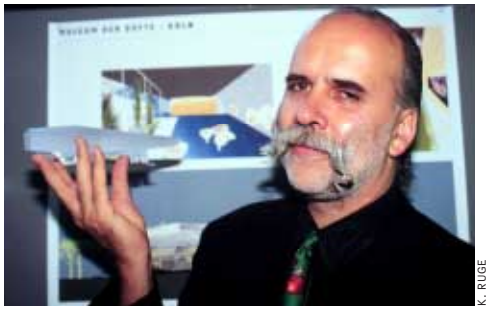
Neue Töne für den Alten Fritz

Majestät entschied gnadenlos. Es sei besser, der Übeltäter stürbe, „als daß die Justiz aus der Welt käme“, urteilte Preußens Soldatenkönig Friedrich Wilhelm I. am 6. November 1730 und ließ den 26jährigen Leutnant Hans Hermann von Katte hinrichten. Die Exekution sollte vor allem den Sohn des Monarchen zur Raison bringen. Der nämlich hatte sich in den jungen Offizier verliebt; gemeinsam pflegten sie der Musik und Dichtkunst, beide haßten militärischen Drill. Verlauf und Folgen des sogenannten Kronprinzenprozesses sind jetzt musikdramatisch aufbereitet worden: Am 24. September wird die Kammeroper „Friedrich und Katte“ im Stadttheater Minden uraufgeführt. Der Librettist Holger Müller-Brandes hat französische Lyrik, Gerichtsprotokolle und modernes Umgangsdeutsch gemischt, der Hamburger Komponist Wolfgang Knuth den 21 Instrumentalisten und dem sechsstimmigen Chor „eine große Bandbreite individueller Interpretationsmöglichkeiten“ verschafft. Demnächst wird das Mindener Auftragswerk auch an historischer Stätte dargeboten: bei den Schloßfestspielen Sanssouci in Potsdam.

MUSEEN

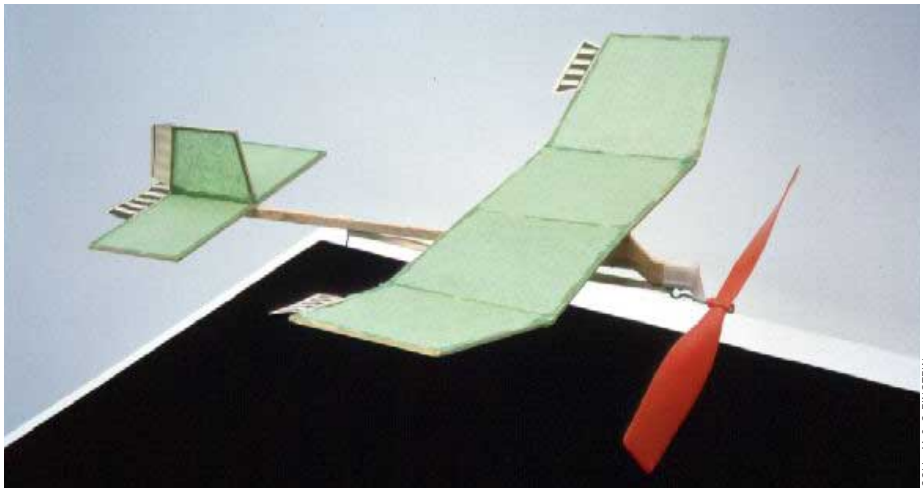
Stunk in der Duftröhre

Zur Jahrtausendwende soll in Köln das erste Duftmuseum der Welt stehen. An der Deutzer Rheinbrücke will der gelernte Drogist und Parfümeur Georg Ortner für 21 Millionen Mark eine rund 120 Meter lange Superröhre in Form eines bizarren Bergkristalls bauen und dort auf 2500 Quadratmetern innerhalb von eineinhalb Stunden rund 100 verschiedene Düfte verströmen lassen. Während die Stadt von der neuen „Dufterlebniswelt“ (Ortner) und deren erhofften 300 000 Besuchern pro Jahr begeistert ist, sorgt Kölns führende Parfümfabrik, die zum Kosmetik-Riesen Wella gehörende Muelhens KG (4711, Tosca), für ersten Stunk. Ortner und der 4711-Konzern sind seit Jahren wegen der Rechte an einem Duftzerstäuber in Kuli-Form über Kreuz. Nun will die Konkurrenz im firmeneigenen Kölner Traditionshaus eine Dauerausstellung mit Exponaten rund um die Nase einrichten. Ortner glaubt den Braten zu riechen: „Die wollen mir zum zweitenmal die Show stehlen und erst meine Idee und dann mich kaputtmachen.“



K. RUGE

Ortner, Museumsmodell



COLL. M. & C. EINSTEIN

Burden-Objekt „C. B. T. V. to Einstein“ (1977)

AUSSTELLUNGEN

Tempo, Tempo!



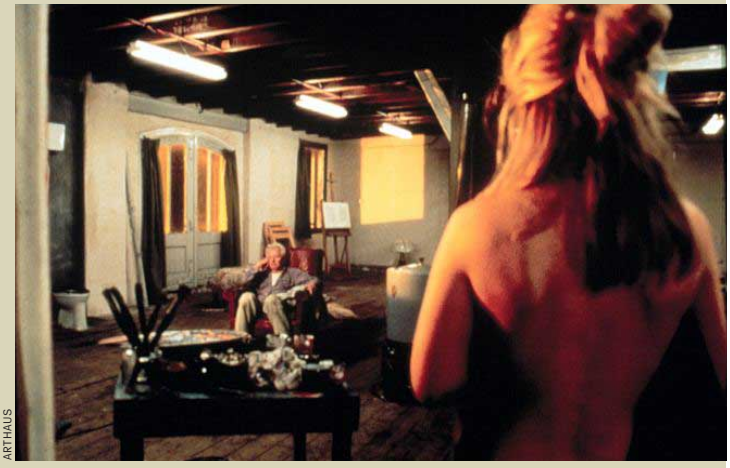
TATE GALLERY, LONDON

Boccioni-Skulptur (1913)

Die italienischen Futuristen verfielen dem Rausch der Geschwindigkeit. Um 1910 propagierten sie das Rennen in die Zukunft per Auto, Flugzeug, Rakete: eine schnellere Welt als eine bessere Welt. Ihre Nachfolger sehen die Beschleunigung des Lebens kritischer: einer schnelleren Welt geht auch schon mal die Puste aus. In London untersucht jetzt die rasante Doppelausstellung „Speed“ das Verhältnis der Kunst dieses Jahrhunderts zu Tempo, Technologie und Fortschrittsglauben. In der Whitechapel Art Gallery sind Malerei und Skulptur zu sehen (bis 22. November), in der Photographers’ Gallery Fotografien, Filme und Videos (bis 14. November). Die Themenschau versammelt Arbeiten von so unterschiedlichen Künstlern wie Umberto Boccioni, Joseph Beuys, Fernand Léger, Naum Gabo, Jackson Pollock, Richard Hamilton und Chris Burden. Fehlen darf auch nicht Andy Warhol, der seine eigene Auffassung zum Thema Schnelligkeit hatte: „Jedes Gemälde, dessen Herstellung mehr als fünf Minuten dauert, ist ein schlechtes Gemälde.“

Kino in Kürze

„Das geheimnisvolle Kleid“. Wer bei jeder Gelegenheit „Ich bin normal, ich bin normal!“ ruft, weckt allerschwerste Zweifel an eben dieser Normalität. Der Rufer, ein Zugschaffner namens de Smet, ist fixiert auf ein dünnes blaues Sommerkleid, dem er bis ans Ende der Welt folgen würde – oder auch bis ins Bett der jeweiligen Trägerin. Nur daß die Damen (das Kleid wechselt mehrfach die Besitzerin) dort lieber allein wären. In den Filmen des Niederländers Alex van Warmerdam, 46, die sich geschickt als Geschlechterfarcen tarnen, gerät die Normalität stets heftig ins Taumeln. Vor den schnurgeraden Horizonten seiner nüchtern-ordentlichen Heimat inszeniert van Warmerdam schwindelerregende sexuelle Verwirrungen und bizarre Katastrophen: ein Klein-Fellini des platten Landes. In „De Jurk“ (Originaltitel) von 1996 erfindet er die Biographie eines Kleides, das seinen Trägerinnen Unglück oder gar den Tod bringt – und den armen, normalen, irren Schaffner (van Warmerdam selbst) in Polizeigewahrsam.



ARTHAUS

Warmerdam-Film „Das geheimnisvolle Kleid“

RECHTSCHREIBUNG

„Die Minister ließen sich leimen“

Christian Meier, 69, Präsident der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung und Professor in München, über die Belastungen für den Öffentlichen Dienst durch die Rechtschreibreform

SPIEGEL: Herr Professor Meier, als leidenschaftlicher Gegner der Rechtschreibreform bekämpfen Sie nun die Neuerung auch noch als Verschwendung und deutsches Erbübel. Wieso?

Meier: Anscheinend findet bislang keiner etwas dabei, daß von der Sekretärin bis zum Staatssekretär alle Beamten und Angestellten durch die Innenminister dazu verpflichtet werden sollen – es in einigen Ländern sogar schon sind – , sich auf die Schulbank zu setzen und den einstweilig gültigen Unsinn auch noch zu lernen. Eine unglaubliche Anmaßung.



DPA

Meier

SPIEGEL: Pennäler und Lehrer müssen das doch auch.

Meier: In der Schule ist man es seit mehr als 30 Jahren gewohnt, zu allen möglichen Experimenten verdonnert zu werden. Aber die anderen Staatsdiener, Bundeswehr, Finanzverwaltung, Außenamt, Justiz und was auch immer, sollten doch eigentlich genug mit den Aufgaben zu tun haben, für die sie bezahlt werden.

SPIEGEL: Nach österreichischen Erfahrungen braucht die Umschulung gerade mal 20 Stunden.

Meier: Selbst wenn es nur 15 sind, ist das eine Groteske. Ich frage mich: Warum wurde kein Aufschrei laut? Sind wir noch immer oder schon wieder so untertänig, daß unsere Ämter und Gerichte sich dergleichen verordnen lassen?

SPIEGEL: Hatten Sie den deutschen Bückling tot geglaubt?

Meier: Ich hatte ihn tot gehofft. Rechtschreibung ist nicht weltbewegend. Aber als Indiz sind die Vorgänge um diese sogenannte Reform aufschlußreich, für den Hang zum vorauseilenden Gehorsam, von dem man in Deutschland offenbar immer noch nicht genug hat, auch für den Umgang der Regierenden mit Schriftstellern und mit einer ganzen, zuständigen Wissenschaft, deren kompetenteste Vertreter allesamt gegen die Reform sind.

SPIEGEL: Empfehlen Sie den nunmehr Betroffenen den passiven Widerstand?

Meier: Schön wär’s. Und möglich müßte es sein in einer Sache, von der die Vorgesetzten der Beamten in aller Regel nichts verstehen. Selbst die Kultusminister und, ihnen folgend, das Bundesverfassungsgericht haben sich ja in mancher Hinsicht leimen lassen. Die Sache selbst ist widerständig. Die Feder sträubt sich.

POP

Bombastische Gitarren



Rockband Manic Street Preachers

Zwei Dinge habe die Musik der neunziger Jahre den Manic Street Preachers zu verdanken, behauptet James Dean Bradfield, Sänger und Gitarrist der Band: die wiederentdeckte Poesie von Songtexten und die Rückkehr des Gitarrensolos. Vor zwei Jahren kürte fast jedes Popmagazin die „Everything Must Go“-CD des Trios zum Album des Jahres. Damals stammten die Texte zum großen Teil noch aus der Hinterlassenschaft des psychisch labilen Rhythmus-Gitarristen Richey James Edwards, der ein Jahr zuvor von einem auf den anderen Tag verschwunden war und seitdem nie mehr gesehen wurde. Nun haben die Manic Street Preachers ein neues Album vorgelegt: „This Is My Truth Tell Me Yours“, heißt es. Diesmal hat der Bassist Nicky Wire getextet, über den Spanischen Bürgerkrieg und seine walisische Heimat zum Beispiel. Wires Bandkumpane haben dazu bombastischen und melodiösen Gitarrenrock komponiert, und so stehen die Chancen gut, daß die Briten diesmal nicht bloß die Kritiker verzücken, sondern auch das kaufende Publikum.

Am Rande

Amadeus ahoi!



Infos, in denen die Schallplattenfirmen Kunde geben von ihrem Dienst an der Kunst, sind meist Lobeshymnen in eigener Sache: Ein neuer Piano-Star habe zugeschlagen, eine junge Goldkehle sei aufgetan worden, oder der selige Karajan laufe wie geschmiert. Ungleich Erregenderes bietet ein Schreiben der Deutschen Grammophon: Das angesehene (wiewohl konjunkturell angeschlagene) Unternehmen teilte mit, sich mit zwei Nobelmarken zu einem futuristischen Trio verbandelt zu haben. Topp! Der erste Partner, die dänischen Hi-Fi-Designer Bang & Olufsen, paßt ja durchaus ins audiovisuelle Metier. Was aber soll der dritte im Bunde, die global schippernde Seabourn Cruise Line? Ganz einfach: die Klassik neu aufschäumen. Denn die Kreuzfahrer verschiffen eine noble Klientel, diese pflegt den schöngeistigen Müßiggang, und dieser wiederum öffnet Herz, Ohr und Börse für all die Preziosen, die die Grammo in petto hat.

Schon wird für April 1999 eine „musikalisch gestimmte Kreuzfahrt“ annonciert, bei der eine Grammo-Pianistin in die Tasten greifen und ein Topmanager des Gelb-Etiketts die Hausphilosophie erläutern soll. Ab 2000 wird fortissimo in See gestochen. Daniel Barenboim könnte dann mit den Berliner Philharmonikern zum Tango aufspielen oder Mstislaw Rostropowitsch den Passagieren auf Deck einen zünftigen Bach kniegeigen. Und vorn am Bug werden sich – windzerzaust, doch glückselig – Anne-Sophie Mutter und Ivo Pogorelich, die schönsten unter den Grammo-Artisten, die Hände reichen wie weiland Kate Winslet und Leonardo DiCaprio. Aber weniger aus Lust und Liebe als zum Crossover von Mozart, Mammon und Meeresrauschen. Die Klassik macht Knoten. Mozart ahoi!



R. SCHÄFER

Großbaustelle Potsdamer Platz in Berlin: *Die Gemeinde hat eine ihrer vornehmsten Aufgaben privatisiert – den Städtebau*

ARCHITEKTUR

Daimler Town gegen Sony City

Nach dem Willen der Hauptstädter sollten die Bauherren am Potsdamer Platz ein Viertel nach dem Vorbild der „europäischen Stadt“ errichten. Herausgekommen sind zwei schroff gegeneinander auftrumpfende Quartiere ohne jeden Bezug auf Berlin. *Von Jürgen Neffe*

Wer fortgesetzt Mythen beschwört und an das Gedächtnis einer Stadt appelliert, wird sich, zumal in Berlin, an seinen Beschwörungen und Appellen messen lassen müssen. Wenn am 2. Oktober auf dem Daimler-Baugelände am Potsdamer Platz die Hüllen fallen, wenn sich an den Fassaden der neuen Gebäude 170 Kletterer mit den 22 dort aufgespannten „Hanging Pictures“ abseilen, riesigen Schwarzweißfotos von Stationen der wechselvollen Geschichte des Platzes und der Stadt, wenn das Gesicht des Quartiers schließlich vor den Augen des Bundespräsidenten, des Regierenden Bürgermeisters und des Konzernvorstands entblößt ist, dann spätestens wird sich Wahrheit von Dichtung trennen.

Das ganze Gerede vom „Anknüpfen an Traditionen“, von der „europäischen Stadt des 21. Jahrhunderts“ in der „neuen Mitte“ und dem „Scharnier zwischen Ost und West“ könnte noch im Jubel und Geböller des nächtlichen Feuerwerks verpuffen. Denn inzwischen läßt sich nicht mehr übersehen, daß da eine isolierte Stadt in der Stadt entstanden ist, die kaum Kontakt aufnimmt zu ihrer Umgebung. Im Gegenteil: Sie versagt sich, einer urbanen Insel gleich, dem Kontext ihrer innerstädtischen Lage und schiebt sich als neue Möchtegernmitte in das ohnehin schon zur Unwucht neigende Kraftfeld zwischen den zwei alten Zentren Berlins, Alexanderplatz und Kurfürstendamm.

Der namensgebenden Straßenkreuzung, dem in den zwanziger Jahren „verkehrsreichsten Platz Europas“, kehrt die ökologisch korrekte High-Tech-Siedlung lustlos




C. WEINROTHER / BPK

Potsdamer Platz (1930)
Belebt, beliebt und voller „Amüsemang“



SONY (MODELL)

Sony Center (Computersimulation)
„Visit Tomorrowland“


J.-P. BÖNING / ZENIT

Atrium in der Debis-Zentrale
„Städte werden von der Zeit gemacht“

den Rücken. Sie wendet sich ihrem Innern zu, wo sich die einstige Reichsstraße 1 zwischen Königsberg und Aachen nun im Showroom von Mercedes-Benz verläuft. Wenn Daimler-Finanzvorstand Manfred Gentz wieder und wieder von einem „Stück Großstadt als Experiment“ spricht, dessen Ergebnis man erst in 30 Jahren kenne, dann schließt er, so ist das bei Versuch und Irrtum, die Möglichkeit des Scheiterns ausdrücklich nicht aus. Das sehen die Fachleute ähnlich.

Die „Neue Zürcher Zeitung“ will eine „durch und durch synthetische Vorstellung von Stadt“ ausgemacht haben, die „Berliner Zeitung“ eine „kommerzielle Spielzeugstadt im Maßstab eins zu eins“, und die „Tageszeitung“ erkannte auf das „Stadtfeindlichste, was man bauen kann“. So reagieren die Enttäuschten auf das nicht erfüllte, wohl auch unerfüllbare Versprechen, das sich allein mit dem Namen des Ortes verbindet.

Bei genauer Betrachtung bleibt der Mythos ohnehin im Mystischen: Ein eigenes Zentrum ist die Gegend am Potsdamer Platz nie gewesen, sondern ein weltstädtischer Treffpunkt von modernen Verkehrs- und Menschenströmen, belebt und beliebt und voller „Amüsemang“. Der Rückgriff auf das alte Straßenraster allein vermag das Andenken der einst metropolitanen Stätte nicht zum Leben zu erwecken.

Daraus kann niemandem ein Vorwurf gemacht werden, schon gar nicht dem Spiritus rector der Daimler-Stadt, Renzo Piano, der den Masterplan für die neue Siedlung gezeichnet hat. Im Gegenteil: Der italienische Baukünstler hat sich hier zwar nicht an der Quadratur des Kreises, aber immerhin an einer Art Einzirkelung des Rechtecks versucht – das ihm in Form mehr oder weniger gleichförmiger Blöcke aus dem ersten städtebaulichen Ideenwettbewerb 1991 vorgegeben war.

Diese Konkurrenz unter nur 16 eingeladenen Architekten, gewonnen vom Münchner Team Heinz Hilmer und Christoph Sattler, zog seinerzeit einen deftigen Eklat nach sich: Die Sieger hatten sich bei ihrem recht konventionellen Entwurf eng an die Vorgabe von Hans Stimmann gehalten, dem damaligen Berliner Senatsbaudirektor. Der propagierte eine „kritische Rekonstruktion“ Berlins nach dem Vorbild der „europäischen Stadt“ des 19. Jahrhunderts – mit durchgehender Blockbebauung und einheitlicher Traufhöhe.

Daimler-Sprecher Matthias Kleinert kanzelte das Ergebnis öffentlich ab und siedelte die vorgeschlagene Lösung „irgendwo zwischen Berlin und Posemuckel“ an. Der Konzern präsentierte einen eigenen, beim britischen Stararchitekten Richard Rogers bestellten Entwurf. Rogers hatte sich vor allem durch das Lloyd's-Gebäude in der Londoner City und das zusammen mit Renzo Piano verwirklichte Centre Pompidou in Paris hervorgetan. Zur Grundlage einer Bebauung konnte dieser außer Konkurrenz laufende Entwurf natürlich nicht werden.

Nach dem Knall dauerte es eine Weile, bis sich Bauherren, Politik und vergrätzte Verwaltung wieder zusammenrauften und schließlich – und zwar weiterhin auf Basis der Vorschläge von Hilmer und Sattler – Realisierungswettbewerbe ausgerufen werden konnten, nun aber für die einzelnen Areale. Beim Daimler-Nachbarn, dem japanischen Großkonzern Sony, entschied sich die zuständige Jury 1992 für dessen Wunschpartner, den Amerikaner Helmut Jahn, der in seiner Heimat Deutschland besonders durch den Frankfurter Messeturm aufgefallen ist.

Im Fall des Daimler-Geländes fiel die Wahl auf Piano, der gemeinsam mit seinem deutschen Partner Christoph Kohlbecker auch 8 der 19 Bauten selber ausführt. Für die übrigen Gebäude wurden internationale Stars verpflichtet, neben dem Piano-Freund Rogers der Spanier José Rafael Moneo, der Japaner Arata Isozaki, Hans Kollhoff aus Berlin sowie, als einziges weniger etabliertes Büro, die jungen deutschen Architekten Ulrike Lauber und Wolfram Wöhr.

„Die größte Gefahr bei solch einem Projekt, wo alles neu ist“, sagt Piano beim In-

spektionsgang durch sein Reich der Mitte zwischen West und Ost, „ist, alles vorhersehbar und perfekt zu machen."

Wie auch Rogers, der drei von Glas und Metall geprägte Bauten an der östlich des Areals gelegenen Linkstraße realisiert, hat Piano phantasievoll gegen die drohende Langeweile angeplant. Überall wartet er mit Überraschungen auf, mit Winkeln und Durchblicken und südländisch verspielten Treppen, mit lebendigen Innenhöfen, kleinen Plätzen, ausladenden Atrien und, gleichsam als Krönung, einer mächtigen blauen Kuppel, die fett über dem Imax-Lichtspielhaus thront.



FOTOS: P. LANGROCK / ZENIT

Debis-Zentrale, Architekt Piano
Spitzbübische Auflehnung



„Wir haben die Logik des Blockes akzeptiert", erklärt Piano spitzbübisch, „und dann haben wir es genossen, sie zu durchbrechen."

Die ausgeklügelt zusammengestellten, höhenverschiedenen Baukörper der Debis-Zentrale, die nach Ansicht des Berliner Kritikers Michael Mönninger „zum Elegantesten gehört, was die europäische Büroarchitektur seit langem hervorgebracht hat", erheben sich allmählich aus der Blockbebauung und enden südlich in einer 85 Meter hohen Turmstele.

Das Areal beherrscht wie ein auf den Kopf gestelltes Ausrufezeichen ein schlanker, gelber kaminartiger Turm. Er überragt das Gebäude von Debis mit dessen quadratisch-praktisch-grünem, bei Nacht hell über Berlin leuchtenden Logo auf der Spitze und ist ansonsten genau das, was er zu sein scheint: ein Schornstein, genauer gesagt der Abluftschacht aus dem Autotunnel unter dem Gelände.

So übernimmt die Dienstleistungstochter des Automobilkonzerns sinnbildlich die Aufgabe, der Berliner Luft die aufsteigenden Abgase der gedeckelten Mobilität zuzuführen.

Seine Schauseite richtet das Haus gen Westen. Dem Osten zeigt sich „Daimlers schwäbisches Kleinstädtchen" („Zitty") als eine fast undurchdringliche Mauer aus massiven, blockgroßen Solitären mit relativ schmalen Gassen dazwischen. Gebaute Geschichtsflucht?

Piano spielt mit den Elementen auflockernd dagegen an. Wasser, Luft und Licht, sagt er, seien hervorragende, weil unvorhersehbare Baustoffe. Durch feingliedrige Tonziegelfassaden gelingt es ihm an den meisten Stellen tatsächlich, wie er fordert, „die Masse zu entmystifizieren". Diese Terrakotta-Lisenen fügen sich zu zarten Lamellen, die mit ihren warmen Farben aus der Ferne beinahe hölzern erscheinen. Nächtens macht das eiskalte Licht der Energiesparlampen in den Straßenlaternen diesen Effekt allerdings weitgehend zunichte.





(kl.) J.-P. BÖNING / ZENIT; (gr.) SONY (COMPUTERSIMULATION)

Sony Center (Modell), Architekt Jahn: *Berlin-Identität ignoriert*

Bauen bedeutet immer auch Kompromiß – was im Resultat dann mitunter mutlos oder halbgar erscheint. Pianos glasüberdachte „Potsdamer Platz Arkaden" können sich nicht so recht zwischen Einkaufsstraße und Shopping-Mall entscheiden. Und zum Debis-Atrium mit seinen der Kathedrale von Notre-Dame vergleichbaren Innenmaßen führen nur unscheinbare Eingänge, die der vorbeiflanierenden Öffentlichkeit nicht gerade einladende Offenheit vermitteln.

Insgesamt wird sich die im Viertel an den Außenflächen vorherrschende Keramik aber bei aller Gefahr der Monotonie als Glücksgriff erweisen. Der gebrannte Ton kann würdig und mit Patina altern – statt wie Putz oder roher Beton nur schäbig zu werden mit der Zeit. Verstellbare Glaslamellen vor den Fassaden erlauben überdies auch in windigen Höhen eine weitgehend natürliche Klimatisierung und senken deutlich den Energieverbrauch.

Und doch kann Renzo Piano ein leises Unbehagen nicht verheimlichen, wenn er schöpferstolz die Weiten und Engen seiner Baustelle abschreitet. Es steckt, der Mann ist schließlich aus Genua, in seinen Gesten, scheint aber auch zwischen seinen Worten durch. „Die Vergangenheit zu lieben", sagt er, „kann doch nicht bedeuten, von ihr gelähmt zu sein." Die „gefälschte Wiederherstellung" des Gewesenen sei schlicht „lächerlich".

Von der ursprünglichen „kritischen Rekonstruktion der europäischen Stadt" eines Baudirektors Stimmann kann hier längst keine Rede mehr sein. Am Ende war auch den schwäbischen Bauherren das Maximieren ihrer Rendite wichtiger als Traufkante und Tradition. Im Kampf um GFZ und BGF, um Geschoßflächenzahl (wievielfach wird Grundfläche mit Geschoßfläche überbaut, zuletzt erlaubte Berlin Daimler rekordverdächtige 5,0) und Bruttogeschoßfläche (wieviel Fläche darf insgesamt gebaut werden), fielen die Vorgaben von Hilmer und Sattler in sich zusammen. Bei den Traufkanten wurde tüchtig draufgesattelt und selbst darüber weiter geschichtet mit Satteldachkronen oder zurückversetzten Stockwerken.

Als das monolithisch wirkende zweispangige Gebäude des Japaners Isozaki, von Pianos luftig leichtem Debis-Haus nur durch eine enge, unten dunkle Gasse getrennt, im Mai dieses Jahres eingeweiht wurde, klagte der „Tagesspiegel": „So haben wir uns die europäische Stadt nicht vorgestellt." Die „technisch makellose Einhausung", inzwischen von der Berliner Volksbank erworben, sei nichts als „eine Baumaßnahme zum Geldverdienen".

„Städte sind schön, weil sie langsam erschaffen werden; sie werden von der Zeit gemacht", skizziert Piano auf seiner Web-Seite im Internet die Dimension des Dilemmas. „Es dauert 500 Jahre, eine Stadt zu errichten, und 50, ein Viertel zu erbauen. Wir", fügt er wie zur Entschuldigung hinzu, „sind gebeten worden, ein beträchtliches Stück Berlin innerhalb von fünf Jahren wiederaufzubauen."

Worauf, fragt er im Rückblick, sollen Architekten sich in Berlin denn beziehen? „Die alten Referenzen sind doch aus der Zeit, aus vergangenen Jahrhunderten, und die neuen sind nicht brauchbar."

Daß sein Entwurf beim Realisierungswettbewerb zur Bebauung der „Wüste",

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

wie er sie nennt, 1992 als klarer Sieger hervorging, verdankt er vor allem der Tatsache, daß er nichtsdestotrotz einen Bezug gesucht und gefunden hat: Statt wie seine Kollegen die Staatsbibliothek einfach zu ignorieren, integrierte er sie und schuf so eine lose Anbindung an das im Berliner Spott „Elefantenwiese“ genannte Kulturforum – jene disparate Ansammlung massiger Baukörper, die nie wirklich zum Forum zusammenfanden.

Dem „güldenen Bücherbuckel“, vom Berliner Baumeister Hans Scharoun vor einem Vierteljahrhundert bar jeden Glaubens an Wiedervereinigung oder gar an ein Revival des Potsdamer Platzes quer über die alte Reichsstraße 1 gestellt, gesellte er, Backe an Backe, ein in Farben- und Formenvokabular korrespondierendes Gebäudeduo hinzu, in dem Musical-Theater und Spielcasino unterkommen werden.

Die noch zu großen Teilen erhaltene Lindenallee der Alten Potsdamer Straße, neben dem Weinhaus Huth einziges Relikt aus vergangenen Zeiten, endet nun nicht mehr im Rücken des Scharounschen Schachtelklotzes, sondern auf dem Marlene-Dietrich-Platz, einer Piano-Piazza italienischen Zuschnitts. Mit einer Reihe von Restaurants, gleich vorne am Platz steht McDonald’s, und dem – äußerlich ziemlich mißratenen – Grand Hyatt Hotel des Spaniers Moneo, mit Musical, Spielbank und Imax-Kino soll sich die Piazza schon bald zu einem Magneten für Menschen entwickeln, wie einst der Potsdamer Platz einer war. Dieser „Platz“ aber, der gar keiner ist, wird am Rande des Viertels stiefmütterlich sich selbst und dem Verkehr überlassen.

Vergleiche mit dem New Yorker Times Square, mit denen Eberhard Diepgen gern seine Reden schmückt, werden dadurch nicht sinnvoller, daß man sie ständig wiederholt. Die hohe Bebauungsdichte und das unberlinisch große Verhältnis zwischen Fassadenhöhe und Straßenbreite lassen an manchen Ecken zwar in der Tat den Hauch eines New-York-Gefühls aufkommen – wenn in der windigen City die Böen um Ecken und durch schmale Schluchten rasen, wenn Dachkanten aufeinander zu zu fallen scheinen und das Himmelslicht scharf abgeschnitten in Streifen aufscheint. Doch die für Berlin „verheerend hohe Nutzungsdichte“ („Tagesspiegel“) wird am Hudson noch um ein Vielfaches übertroffen, was erst zu dem unvergleichlichen Manhattan-Feeling führt.

Die städtebauliche Situation an der berühmten Kreuzung wird durch eine bizarre Konkurrenz bestimmt: Da baut nicht nur einer, da bauen zwei Weltkonzerne vollkommen zusammenhanglos nebeneinander her – im kaum verheimlichten Wettstreit um die bessere Selbstdarstellung.

Die beiden Seiten scheinen sich nicht einmal bei dem in allen Konzepten so treuherzig hervorgehobenen „Nutzungsmix“ irgendwann abgesprochen zu haben. Bislang mußte Berlin ohne die Errungenschaft eines Imax-Kinos auskommen. Demnächst hat es gleich zwei in einem Abstand von rund einem viertel Kilometer. Und als seien der Kinos mit 19 Sälen im Cinemaxx der Daimler Town nicht genug, entstehen in Sony City acht weitere Lichtspieltheater. Immerhin: Im Jahr 2000 ziehen die Filmfestspiele in das neue Quartier. Einrichtungen jedoch, die sich die Hochpreismieten nicht leisten können, wie zum Beispiel Kindertagesstätten, werden die Mütter und Väter unter den rund 14 000 allein auf diesen beiden Arealen erwarteten Arbeitnehmern vergebens suchen.

Angesichts der Milliarden, die in ihre Stadt fließen und der Bauwirtschaft einen kräftigen Schub geben, und gewiß auch mit der Aussicht, auf der Brache an der Mauer eine blühende Metropolis entstehen zu



P. LANGROCK / ZENIT

Mauer und Todesstreifen (1987): *Statt Wüste eine blühende Metropolis*

Realkapitalistischer Proletkult

Für das Milliarden-Quartier am Potsdamer Platz inszenierte Daimler-Benz eine Werbeschlacht. Die Eröffnungsshow am 2. Oktober soll die Berliner endgültig verzücken.

Der West-Eingang der Baustelle am Potsdamer Platz gleicht dem Tor einer großen Fabrik. Hunderte von Arbeitern aus allen Ländern Europas marschieren nach der Mittagspause in die schmalen Straßenschluchten ein. Gabelstapler fahren hektisch zwischen Materialbergen Slalom. Das Kreischen der Sägen, Dröhnen der Preßlufthämmer und das Brüllen der Poliere vereinen sich zu einer nervtötenden Baustellen-Sinfonie.

Das mit einem Finanzvolumen von vier Milliarden Mark größte private Bauprojekt in der Hauptstadt steht kurz vor seiner Vollendung. 93 von Daimler verpflichtete Firmen, die wiederum 365 Subunternehmer angeheuert haben, sind mit mindestens 4000 Arbeitern beim Endspurt dabei. „Es ist eine aberwitzige Anstrengung“, sagt einer der Sicherheitskoordinatoren, „aber es kann klappen. Und es wird irgendwie klappen.“



H.-P. STIEBING / ZENIT

Baustellentaucher: *Die Helden des neuen Berlin*

Tempo, Tempo – schließlich ist das Programm der Eröffnung schon bis ins kleinste Detail ausgefeilt. Am 2. Oktober um 12.03 Uhr wird Roman Herzog vor 3500 geladenen Gästen ein Band zerschneiden und die innerhalb von vier Jahren gebaute Daimler-Stadt mit 10 kleinen Straßen, 19 Gebäuden, 30 Kneipen, 110 Geschäften und 620 Wohnungen der Öffentlichkeit übergeben.

Zuvor soll Hildegard Knef mit einem Gedicht von Sarah Kirsch über den Potsdamer Platz die obligatorischen Festreden auflockern. Abends gibt es – umsonst und für alle – leichtere Kost: Feuerwerk, Lasershow und Rockmusik. Und vor allem darf und soll gekauft werden. Die Geschäfte haben drei Tage lang bis Mitternacht geöffnet.

Am 2. Oktober gehen die Spielbank und ein virtuelle Realitäten simulierendes 3-D-Kino an den Start. Das Cinemaxx, mit 19 Vorführräumen der größte Lichtspielkomplex Deutschlands, lockt bereits seit Anfang September täglich Tausende an.

Das Prädikat „Eröffnung“ ist irreführend. Das Debis-Hochhaus wurde schon im vergangenen Jahr bezogen, die beiden Hochhäuser direkt am Potsdamer Platz werden dagegen erst im Sommer nächsten Jahres fertig sein. Und beim benachbarten Sony-Projekt wurde gerade das Richtfest gefeiert.

Auch der Autotunnel, der auf dem Daimler-Areal beginnt und unter dem gesamten Regierungsviertel nach Norden führt, geht vielleicht in drei Jahren in Betrieb – noch später der Regionalbahnhof unter dem Daimler-Gelände.

Der an den Potsdamer Platz angrenzende Leipziger Platz wird erst in zehn Jahren vollständig bebaut sein. Bis dahin bleibt die Daimler-Stadt durch Brachen und Baustellen vom alten Stadtzentrum in Berlin-Mitte getrennt.

Die „Maultaschen“ aus Stuttgart wurden 1990 nicht durchweg freundlich empfangen. Autonome besetzten den Bauplatz, um gegen die Landnahme des „größten europäischen Rüstungskonzerns“ zu protestieren. Die Grünen erregten sich darüber, daß Daimler das mehr als sechs Hektar große Filetgrundstück für nur 1505 Mark pro Quadratmeter vom Land Berlin bekam.

Manfred Gentz, Ex-Vorstandsvorsitzender der mit dem Bau betrauten Daimler-Tochter Debis und heutiger Finanzvorstand der Daimler-Benz AG, schaffte es, das Projekt in Stuttgart gegen firmeninterne Gegner zu verteidigen und in Berlin populärer zu machen. Um die notorisch kritischen Hauptstädter zu gewinnen, holte er einen kochkarätig besetzten Beirat von Kulturschaffenden zusammen. Bald gab es Ballett auf der Baustelle, später dirigierte Daniel Barenboim keine Tänzer mehr, sondern 19 Kräne, die zu Beethovens 9. Symphonie harmonisch ihre Ausleger schwenkten.

Die leuchtend rote Info-Box, in deren Inneren die künftige Gestalt des neuen Stadtzentrums simuliert wird und von deren Dachterrasse aus sich das Panorama der größten innerstädtischen Baustelle Europas entrollt, inszenierte für mittlerweile fünf Millionen Besucher das Bauen selbst als Ereignis. Die Besucher fühlen sich als Zeugen einer epochalen Tat – der Schöpfung einer neuen Stadt mit den modernsten Mitteln.

Die Taucher, die bis in 20 Meter Tiefe in den Grundwasserseen die Sohlen der Baugruben betonierten, avancierten zu Helden des neuen Berlin. Ein Boulevard-Blatt suchte den „Schönsten Bauarbeiter“ vom Potsdamer Platz, die stets jubelbereite Lokalpresse schuf einen realkapitalistischen Proletkult.

Die Public Relations waren exzellent, doch die beste Werbung hilft nichts, wenn das Produkt nicht ebenfalls überzeugt. „Die letztendliche Entscheidung“, weiß auch Manfred Gentz, „liegt bei den Nutzern.“

In jedem Fall wird der Potsdamer Platz, der täglich mindestens 50 000 konsumierende Menschen anlocken muß, keine Luxusmeile.

„Die Geschäfte entsprechen dem Berliner Lebenshaltungsniveau“, sagt die Debis-Sprecherin Ute Wüest von Vellberg. Folgerichtig findet sich in den glasüberdachten dreigeschossigen Arkaden neben einigen Edelshops und den landläufigen Ketten von Benetton bis Hennes & Mauritz auch eine der größten Aldi-Filialen der Stadt.

sehen, scheint den Verantwortlichen das Beispiellose an dieser Entwicklung überhaupt nicht mehr aufzufallen: Die Gemeinde hat in nie gekanntem Maß eine ihrer vornehmsten Aufgaben privatisiert, den Städtebau – und zwar im Zentrum an einem ihrer begehrtesten Orte. Nicht mehr die Bürger bauen ihre Stadt, sie wird ihnen von Investoren gebrauchsfertig hingestellt. Und die machen, was sie wollen.

Während bei Renzo Piano der Plan von Hilmer und Sattler, immerhin von demokratisch gewählten Vertretern beschlossen, zumindest noch ansatzweise durchscheint, hat sich Helmut Jahn von Anfang an arrogant darüber hinweggesetzt. Der Baumeister aus Chicago hat einen mächtigen Gebäudekomplex geplant, der sich um die viel beschworene Berlin-Identität nicht im geringsten schert.

Seine „Begegnungsstätte und moderne Erlebniswelt“ (Sony-PR) hat auch weniger mit typisch amerikanischer Baukunst zu tun, sondern vielmehr mit jenem bildlosen Typus entnationalisierter Airport-Architektur, die sich überall auf dem Globus aufstellen läßt: Virtuelle Welten, die autistisch auf das Stadtumfeld verzichten – Potsdamer Platz, pp.com.

„Visit Tomorrowland“: Der Konzern aus dem fernen Morgen-Land lädt ein in seine heile Sony-Welt mit der Software-Seele eines Entwurfscomputers, der menschliche Schwächen nicht kennt. Die Idee der Blockbebauung hat Jahn als großstädtische Spielart des Reihenhausdenkens lächerlich gemacht und den konservativen Stadtnostalgikern, die nicht über den Tellerrand ihrer Traufkante hinwegsehen wollten, seine voll kommerzialisierte Bürostadt aus einem monotonen Guß mit einem 103 Meter hohen, graugrün verglasten Aquarium am Eingang vor die Nasen gesetzt. Aus dem öffentlichen Platz wird der öffentlich zugängliche Platz mit seiner eigenen, sauberen und kontrollierten Öffentlichkeit.

Sowohl Sony als auch Daimler haben sich verschanzt hinter der baulichen Chiffre der „Stadt des 21. Jahrhunderts“. Und sie haben bekommen, was sie verlangten. Die Stadt aber, die aufs Ganze gehen wollte, bleibt wieder einmal im Halben stecken – Kompromiß statt Konsens: Statt ganzer Hochhäuser verbinden nun Halbhochhäuser halbherzig die beiden Halbstädte.

Hoch genug allerdings sind sie, daß die demnächst hier Regierenden aus ihren traufhöhentreuen Flachbauten auf die stolzen Konzernzentralen blicken können. Und die Besucher des Holocaust-Mahnmals, sollte es denn am Brandenburger Tor entstehen, werden zwischen den Steinplatten in der Ferne die riesigen Firmen-Logos leuchten sehen. Manchmal wäre es bei der Stadtplanung nicht schlecht, auch auf den Stadtplan zu schauen.

Bei beiden städtebaulichen Wettbewerben hatte es Vorschläge gegeben, die solche Halbheiten zu vermeiden suchten. Die



P. LANGROCK / ZENIT

Debis-Zentrale, Sony-Baustelle: *Wettstreit um bessere Selbstdarstellung*

überzeugendsten stammten aus der Feder des Berliner Architekten Hans Kollhoff, der sich zu beiden Extremen äußerte: Sein 1991 glatt durchgefallener Entwurf sah sieben bis zu 288 Meter hohe Türme vor, die unübersehbar und ehrlich ihre Funktion als Symbole geballter wirtschaftlicher Potenz demonstriert hätten.

Im Jahr darauf entschied sich Kollhoff gegen jegliche hohe Bebauung. Sein Entwurf strahlte eine Ruhe und Klarheit aus, die dem neuen Quartier tatsächlich wieder so etwas wie internationales Ansehen als Teil einer europäischen Stadt hätte geben können. Gleichsam als Trostpreis darf er nun im Daimler-Bereich als Kopfbau zum Potsdamer Platz eine fast 100 Meter hohe Paraphrase des Hamburger Chile-Hauses aufstellen.

Bei Daimler die Piazza, bei Sony die Plaza, dazu jede Menge schön klingender Plätze und Passagen, die alle Forum heißen oder Atrium, Arkaden ohne Ende – fehlen nur noch die Menschen, die sie, so das Homo-Faber-Wort, „bespielen“. Da in Deutschland nicht zuletzt Ladenschlußgesetze über Urbanität entscheiden, so daß selbst die tagsüber inzwischen recht lebendige Friedrichstraße in Berlin-Mitte bei Nacht wie evakuiert wirkt, erhoffen sich die neuen privaten Stadtväter durch ihren Nutzungsmix eine „Rund-um-die-Uhr-Bespielung“.

Die Hauptstädter sind notorisch neugierig und süchtig nach Licht und Eleganz. Sie werden schon kommen in Scharen und staunen über diesen Fremdkörper in ihrem Gemeinwesen, werden sich kulturell berieseln und kommerziell einstimmen lassen. Es wäre ja nicht das erste Mal, daß die Berliner und ihre Gäste ein Quartier nicht wegen, sondern trotz seiner Architektur annehmen.

Der Berliner Stadthistoriker Michael Cullen allerdings empfiehlt, die Baustelle noch vor dem Abräumen der Kräne und Gerüste zu besuchen: „So spannend wie jetzt“, sagt er, „wird es nie wieder.“ ◆

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite



TOBIS

„Fear and Loathing“-Star Depp: *Die Dämonen im Kopf verwandeln Teppichmuster in Schlingpflanzen und Hotelgäste in Eidechsen*

KINO

Weißer Hase, Weißes Haus

Der Regisseur Terry Gilliam hat sich das Drogen-Buch „Fear and Loathing in Las Vegas“ vorgenommen – und daraus einen bizarren Film gemacht.

Im Jahr 1971 arbeiten viele Menschen an ihrem Ruhm: Bill Clinton zieht mit seiner Hillary zusammen, Mick Jagger heiratet in St. Tropez, Doors-Sänger Jim Morrison haucht 27jährig in einer Badewanne sein Leben aus. Und der Journalist Hunter S. Thompson fährt nach Las Vegas.

Eigentlich sollte er dort von einem Motorradrennen berichten, doch dann schrieb er lieber über die Drogen, die er dabei ausprobiert hatte, über den paranoiden Anwalt, der ihn begleitete, und über das Ende des amerikanischen Traums. „Fear and Loathing in Las Vegas“ („Angst und Schrecken in Las Vegas“) nannte Thompson seinen Text für die Zeitschrift „Rolling Stone“, der später auch als Buch erschien: ein literarischer Trip; viele Leser wurden süchtig danach.

In England mischten zu jener Zeit fünf ehemalige Oxford- und Cambridge-Studenten sowie ein Ex-Werbegrafiker aus Minnesota/USA das biedere BBC-Programm auf: „Monty Python's Flying Circus“ verspottete alles, was den Briten heilig war: die Queen, die Armee und den Fünfuhrtee. John Cleese, Michael Palin und ihre Kumpane spielten randalierende Hausfrauen, behinderte Minister und debile Philosophen. Und wenn bei einem Sketch im Hintergrund etwa ein buckliger Irrer durchs Bild laufen mußte, dann war das Terry Gilliam, der Amerikaner. Doch lieber zeichnete er die Comic-Sequenzen für den „Flying Circus“: zum Beispiel eine Oma, die am Straßenrand auf den Bus wartet. Weil alle an ihr vorbeifahren, streckt sie plötzlich ihren Fuß vor – der nächste Bus überschlägt sich.

Auch später, als Monty Python Geschichte war und Terry Gilliam längst Regisseur, liebte er die sanfte Anarchie – nicht nur, was die Stoffe, sondern auch was den Umgang mit Produzenten und deren Geld anging: Bei „Brazil“ (1985) wehrte er sich erfolgreich gegen ein Happy-End, 1988 zerstörte er für 40 Millionen Dollar den „Münchhausen“-Mythos und machte 1991 sogar aus dem „König der Fischer“ einen surreal-witzigen Film – trotz des eher rührseligen Drehbuchs und des penetrant kauzigen Hauptdarstellers Robin Williams.

So war es nur konsequent, daß Gilliam als Regisseur für den Film „Fear and Loathing in Las Vegas“ ausgesucht wurde, der diese Woche in die deutschen Kinos kommt. Entspannt wie ein alter Indianer, die Haare schulterlang, sitzt Gilliam, 57, in seiner Hotelsuite, fummelt an der Stereoanlage herum und hat gute Laune. Nein, sagt er, Drogen hätten sie damals nicht genommen bei Monty Python, „das war nicht nötig“.

Dafür taumelt jetzt Johnny Depp als Thompsons Alter ego Raoul Duke durch die Hotelzimmer und Spielhöllen von Las Vegas – und bewegt sich wie einst John Cleese im Python-Sketch vom „Ministerium für verrücktes Gehen“. Immer eine Zigarette im Mundwinkel, meistens LSD im Blut, irrt Duke auf weißen Socken durch eine Geschichte, die keine ist. Nur eine einzige Orgie, in der Anhalter bedroht, Hotelzimmer verwüstet und Touristen terrorisiert werden. Ein Bilder-Rausch, gegen den „Trainspotting“ ins Kinderprogramm gehört. Ein Trip, der Duke und seinen Begleiter, den Anwalt Dr. Gonzo (Benicio Del Toro), an den Rand des Wahnsinns bringt und fast ins Gefängnis: In Nevada drohen ihnen allein schon wegen des Besitzes von Marihuana 20 Jahre Knast, und Duke und Gonzo tun so ziemlich alles, damit es noch ein paar Jahre mehr werden.

Gilliam hat sich eng an die Buchvorlage gehalten – also gibt es so gut wie keine Handlung im konventionellen Sinn. Am Anfang versucht Duke zwar noch, für seine Motorradrennen-Geschichte zu recherchieren, doch schon bald ist er nur noch damit beschäftigt, seinen marodierenden Begleiter unter Kontrolle zu bekommen – und die Dämonen in seinem Kopf: Bunte Pillen verwandeln sich in dunkle Gestalten, Teppichmuster in Schlingpflanzen, Hotelgäste in Eidechsen. Orientierung bietet nur die US-Flagge, die in fast jeder Szene zu sehen ist. God bless America!

Doch immer, wenn sich der Zuschauer fragt, was er eigentlich nüchtern auf dieser cineastischen Drogenparty zu suchen habe, wird er den wahren Exzessen ausgeliefert: Dukes Hotelfernseher zeigt Berichte vom Vietnamkrieg, dazu einen gutgelaunten Richard Nixon. „Mach den verdammten Mist aus“, sagt dann Dr. Gonzo.

In den USA war der 19-Millionen-Dollar-Film ein Flop, vielleicht auch deshalb, weil selbst die liberale „New York Times“ meinte ihre Leser warnen zu müssen, schließlich enthalte der Film, o Wunder, „Szenen mit Drogeneinnahme und eine drastische Sprache“; dabei bedient die Abteilung Schmutz & Schund in den USA doch zur Zeit das Weiße Haus. Dort wohnt einer, von dem die Welt gelernt hat, daß man Joints allenfalls rauchen darf, aber nicht inhalieren, wenn man es zu etwas bringen will.

Der Film ist da ehrlicher: Wenn Dr. Gonzo, zugedröhnt bis zum Anschlag, mit seinen Klamotten im kotzgrünen Badewannenwasser sitzt und nur noch „White Rabbit“ von Jefferson Airplane hören und dann sterben will, wirkt er fast so erbärmlich wie die Drogensüchtigen aus Hamburg-St. Georg. Wer diese Szene aushält, amüsiert sich anschließend oft bestens.

Mit diesem Film, sagt Gilliam, wolle er den Leuten „die politische Korrektheit austreiben“. Kaum zu schaffen – dafür hat er mit seinem ebenso wüsten wie riskanten Film, ganz nebenbei, ein bißchen an seinem Ruhm gearbeitet. *Martin Wolf*

Werbeseite

Werbeseite

LITERATUR

Liebe ist nur ein Sport

Berühmt wurde er mit Büchern über Männer, die sich weigern, erwachsen zu werden. In seinem neuen Roman beschreibt der Brite Nick Hornby jenen Ernst des Lebens, der ihn auch privat eingeholt hat. *Von Lothar Gorris*

Tore wollte er schießen. Sich in Wembley vor hunderttausend Menschen das Trikot vom Leib reißen und den Ovationen hingeben. Fucking great goal, Nick.

Oder als Rockstar die Gitarre schwingen. Zusehen, wie Mädchen ihre Höschen auf die Bühne werfen, seinen Namen beten, seine Lieder singen. Fucking great song, Nick.

Doch als Fußballer hat es für Nick Hornby, 41, nur zu ein paar Spielen in der dritten Universitätsmannschaft von Cambridge gereicht. Und statt auf einer Bühne steht der Brite heute vor seiner Hi-Fi-Anlage, um Kassetten mit seinen Lieblingssongs aufzunehmen. Mit seinem rötlichen Gesicht und der glänzenden Glatze, den Segelohren und dem Bierbauch hätte er sich nur als Phil-Collins-Double versuchen können. Ein gräßlicher Gedanke.

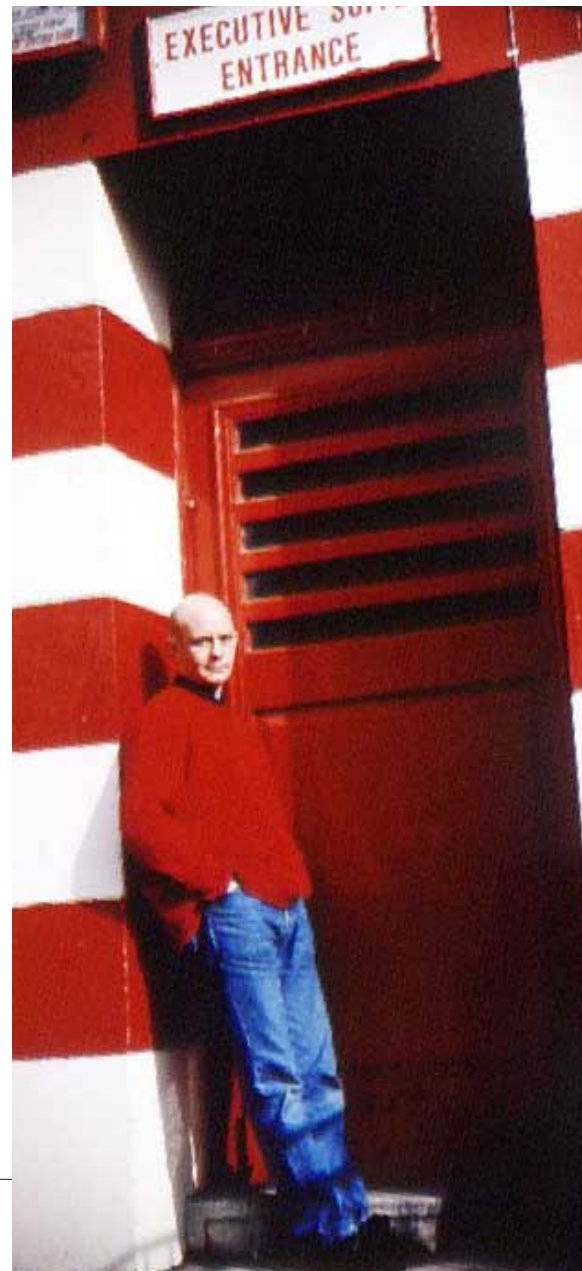
Schriftsteller also. Dritte Wahl. Viel Einsamkeit, wenig Rampenlicht. Aber dann, sein erstes Buch war gerade veröffentlicht und sein Foto in allen Zeitungen, geschah es eines Tages in einer Filiale von „Kentucky Fried Chicken“, daß ein Jugendtraum wahr wurde. Ein Bursche vor ihm in der Schlange drehte sich um und sagte: „Fucking great book, Nick.“

Inzwischen ist Hornby in seiner Heimat für die Literatur das, was Nationalstürmer Alan Shearer für den Fußball und Oasis für den Pop sind. In „Fever Pitch“, einer Autobiographie, beschrieb er sein manisch-depressives Leben als Fan des Fußballvereins Arsenal, und die Kritiker lobten es als bestes Buch, das je über Fußball geschrieben wurde. In dem Roman „High Fidelity“ erzählte er die Geschichte des Versagers Rob, Besitzer eines schlechtgehenden Schallplattenladens, der nur in der Popmusik das wahre Leben sucht – die Freundin gibt ihm zum Abschied den Rat, endlich erwachsen zu werden.

Über zweimillionenmal hat Hornby diese Bücher weltweit verkauft, und britische Kritiker feiern ihn als Helden – und vor allem dafür, daß er den Humor zurückgebracht habe in die britische Gegenwartsliteratur. Hornby, so urteilte die britische Presse, sei schuld daran, daß die Mittelschicht den Fußball entdeckt habe, und auch daran, daß die neuen Männer im New Britain ein neues Selbstbewußtsein gefunden hätten. Es ist in Ordnung, Fußball, Pop und auch Frauen zu lieben – man muß nur Prioritäten setzen.

Nun hat er seinen zweiten Roman „About a Boy“ vorgelegt, und Hornby fühlt sich wie ein Popstar, der beweisen muß, daß mehr in ihm steckt als ein One-hit-Wonder*. Oder wie ein Fußballverein in der zweiten Saison nach dem Aufstieg.

Will Freeman, eine der beiden Hauptfiguren in diesem Roman und wie immer auch ein Alter ego Hornbys, ist ein besonders lässiger Bursche. Er kennt die Spieler von Manchester United, hört HipHop und Nirvana, liest Männermagazine – und deren Psychotests („Sind Sie wirklich cool?“) besteht er mit Bravour: Er hat seine Springsteen-Platten verkauft, in seinem Kleiderschrank hängt ein 750-Mark-Jackett, und er hat sogar in einem dieser In-Restaurants Polenta mit gehobeltem Parmesan gegessen. Will ist 36 und so cool, daß er eigentlich an Unterkühlung sterben müßte.



H. BORDEN / AGENTUR FOCUS

Schriftsteller Hornby
Zu alt fürs wilde Popleben

Nur die Frauen sind ewig süßes Rätsel und täglich bitteres Dilemma: Er hat Angst vor ihnen, Angst vor den nächtlichen Beziehungsgesprächen, vor den Trennungsdramen und davor, daß sie ihm zu sehr auf die Pelle rücken.

Freeman beschließt, fortan Affären mit alleinerziehenden Müttern zu suchen. Sex ohne Langeweile, Vaterschaft ohne Verantwortung, Trennung ohne Tränen – Will wittert das Single-Paradies. Denn sogar die unerreichbar schönsten Frauen werden plötzlich nahbar, sobald sie das Stigma „alleinerziehend“ tragen. Sitzengelassene Mütter, intelligent, attraktiv, willig – sie „waren die beste Erfindung, von der Will je gehört hatte“.

Theoretisch. Aber dann lernt Freeman den zwölfjährigen Marcus und dessen Mutter kennen, und die Theorie hält der Praxis nicht stand. Die Frau ist selbstmordgefährdet, was sie nicht unbedingt attraktiver macht, und ihr Sohn glaubt in ihm einen Ersatzvater gefunden zu haben, der ihm beibringt, endlich ein richtiger Teenager zu sein. Denn Marcus hört die falsche Musik, trägt die falschen T-Shirts und die falschen Schuhe. Weil er sich nicht dafür interessiert, wie Manchester United gespielt hat, und Kurt Cobain nicht kennt, ist er an

* Nick Hornby: „About a Boy“. Deutsch von Clara Drechsler und Harald Hellmann. Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln; 320 Seiten; 39,80 Mark.

Werbeseite

Werbeseite

der Schule ein Außenseiter, den alle fertigmachen.

Die beiden Geschlechtsgenossen finden schließlich zueinander. Der Alte, der viel zu jung ist, und der Junge, der viel zu alt ist, und auf der letzten Seite stimmt die Welt auch in diesem Hornby-Roman ein bißchen mehr als auf der ersten: Will hat eine richtige Freundin, Marcus war endlich beim Friseur.

Mit „About a Boy“ hat Hornby zum drittenmal eine éducation sentimentale über das Elend der modernen Großstadt-Männer geschrieben, die mit Pop und Fußball statt mit Shakespeare und Latinum großgeworden sind. In knappen Sätzen und lakonischen Pointen berichtet er aus dem Seelenleben des unverstandenen Geschlechts, das die Postadoleszenz für immer gegen die erwachsene Wirklichkeit verteidigen will. Doch schon in „High Fidelity“ zwingt der Tod des Fast-Schwiegervaters Rob in die Realität, und in „About a Boy“ kollabiert Wills Single-System nach dem versuchten Selbstmord von Marcus' Mutter. „Mein bestes Buch“, sagt Hornby, „weil es mein literarischstes ist.“

Tatsächlich ist ihm mit Marcus erstmals eine Figur jenseits aller eigenen Erfahrungen gelungen. Abgeklärt und staunend läßt er ihn aus einer Welt berichten, in der es keine Familien gibt und keinen Lebenssinn – eine Erwachsenenwelt, in der er kaum etwas zu sagen hat und die er nicht versteht.

Wochenlang konkurrierte Hornby mit dem amerikanischen Bestseller-Giganten John Grisham um Platz eins in den britischen Bestsellerlisten, und schon lange, bevor das Buch überhaupt auf den Markt kam, hatte Hollywood sich wegen der Filmrechte gemeldet. 41 Anfragen sammelten sich in nur drei Tagen bei seiner Agentin. Robert De Niros Produktionsfirma erhielt schließlich den Zuschlag. Daß Hornby drei Millionen Dollar reicher war, erfuhr er auf der Hochzeit eines Freundes. Er betrank sich. Sein Glück kann er bis heute nicht fassen. „Keine Ahnung“, sagt er, „warum die Amerikaner so scharf auf das Buch sind.“

Nun ist Hornby, der Englischlehrer ohne Hoffnung und depressive Fast-Versager, ein reicher Mann. Es wäre an der Zeit, daß er Ernst macht mit seinen Träumen vom Rock'n'Roll, mit Fotomodellen ausgeht und ein öffentliches Leben führt. „Dafür bin ich zum Glück zu alt“, sagt er.

Statt dessen hat der „Protokollant unserer Mittelmäßigkeit“ („FAZ“), der sich längst aus dem Mittelmaß herausgeschrieben hat, beschlossen, sich Sorgen zu machen. Und seine größte Sorge ist es, nicht mehr repräsentativ zu sein. „Weil Bücher nur dann gut sind, wenn sich die Leser darin selbst entdecken“, sagt er.

Deswegen versucht Hornby, das Leben seiner Romanfiguren weiterzuführen. Wie sie lebt er in Highbury, einem Stadtteil im Norden Londons, wo sich Stadthäuser endlos aneinanderreihen. Einmal in der Woche geht er in den Plattenladen, dorthin, wo Rob in „High Fidelity“ das Scheitern lernt, und immer noch organisiert er sein Leben nach den Arsenal-Heimspielen. Tapfer ignoriert er Ruhm und Reichtum. Er verzichtet sogar auf einen Ehrenplatz im Stadion.

Doch seine Strategien zur Kindheitsverteidigung sind fehlgeschlagen. Wie

Bestseller

Belletristik



Nicht so fein: mysteriöse Morde in Kirchenkreisen

1 (1) **Donna Leon**
Sanft entschlafen
Diogenes; 39 Mark

2 (2) **Ingrid Noll** Röslein rot
Diogenes, 39 Mark

3 (3) **Marianne Fredriksson**
Hannas Töchter *W. Krüger; 39,80 Mark*

4 (5) **Marianne Fredriksson**
Simon *W. Krüger; 39,80 Mark*

5 (6) **John Grisham** Der Partner
Hoffmann und Campe; 48 Mark

6 (4) **Martin Walser**
Ein springender Brunnen
Suhrkamp; 49,80 Mark

7 (7) **Ken Follett** Der dritte Zwilling
Lübbe; 46 Mark

8 (10) **Arthur Golden** Die Geisha
C. Bertelsmann; 46,90 Mark

9 (8) **Richard Preston** Cobra
Droemer; 39,90 Mark

10 (9) **Benoîte Groult**
Leben heißt frei sein
Droemer; 39,90 Mark

11 (12) **Christian Jacq**
Ramses – Die Herrin von Abu Simbel
Wunderlich; 42 Mark

12 (14) **Catherine Clément** Theos Reise
Hanser; 39,80 Mark

13 (13) **Diana Gabaldon**
Der Ruf der Trommel *Blanvalet; 49,90 Mark*

14 (11) **Peter Mayle** Cézanne gesucht!
Blessing; 39,90 Mark

15 (15) **Nicholas Sparks**
Weit wie das Meer *Heyne; 32 Mark*

bei seinen Romanfiguren ist auch bei Hornby die Wirklichkeit in die Männeridylle geplatzt: Vor fünf Jahren wurde er Vater eines Sohnes, und seit zwei Jahren weiß er, daß Danny Autist ist. „Von einem Tag auf den anderen konnte er kein Wort mehr sprechen. Als ob ein Computer abstürzt."

Seitdem lebt Danny in seiner eigenen Welt. Kleine Fortschritte müssen teuer erkauft werden: Jede Woche 33 Therapiestunden, viermal im Jahr fliegt ein Spezialist aus den USA ein. „Er wird sein Leben lang Autist sein", sagt Hornby. „Neulich habe ich ihm die Windeln gewechselt: Die größte Babygröße war ihm zu klein geworden, nun trägt er Erwachsenenwindeln. Die Symbolik traf mich wie ein Schlag: Danny ist kein Baby mehr, sondern ein behinderter Junge, dessen Windeln immer größer werden."

Manchmal dachte Hornby in den vergangenen Jahren an Flucht – daran, Dannys Mutter Geld zu geben und abzuhauen. „Natürlich gab es solche Phantasien. Aber ich hätte mich nie getraut, weil ich kein



J. GASTON / FSP

Autor Hornby, Sohn Danny
„Als ob ein Computer abstürzt"

schlechter Mensch sein möchte. Heute stellt sich die Frage nicht mehr: Ich verstehe ihn besser, als ich jemals gedacht hätte. Er ist mein Kind. Ich liebe ihn."

Inzwischen haben sich Hornby und seine Frau getrennt, geflohen aber ist keiner von beiden. Sie wohnt mit dem Kind im gemeinsamen Haus unten am Highbury Hill und Hornby weiter oben. Jeden Nachmittag verbringt er mit seinem Sohn, die Wochenenden werden aufgeteilt, und seit ein paar Monaten unterstützen sie gemeinsam eine Initiative zur Gründung einer Schule für autistische Kinder. Sie haben auch abgemacht, daß sie beide nur gemeinsam in eine andere Gegend ziehen werden.

Jeden Morgen aber, von zehn bis mittags, kehrt Hornby zurück in sein altes Leben ewiger Postadoleszenz. Dann sitzt er in seinem Büro am Computer und schreibt an einem Drehbuch. Ein neuer Roman ist nicht in Planung, und wenn er je wieder einen schreiben sollte, „dann wird es bestimmt kein Buch über das Leben mit einem behinderten Kind".

Manchmal spielt er Computerspiele oder sieht im Fernsehen amerikanische Trashserien an, lutscht Smarties oder dreht sich Kaugummi um seine Finger. „Bücher zu schreiben", sagt Hornby, „entspricht dem kindlichsten Teil meiner Persönlichkeit. Erwachsen werden heißt, seine Träume zu begraben. Ob Fußballer oder Popstar, das entscheidet sich schon früh, aber von einer Karriere als Schriftsteller läßt sich ein Leben lang träumen." ◆

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom Fachmagazin „Buchreport"

Sachbücher

1 (1) **Jon Krakauer** In eisige Höhen
Malik; 39,80 Mark

2 (2) **Stéphane Courtois und andere**
Das Schwarzbuch des Kommunismus
Piper; 68 Mark

3 (3) **Harriet Rubin** Machiavelli für Frauen *W. Krüger; 34 Mark*

4 (4) **Dale Carnegie**
Sorge dich nicht, lebe! *Scherz; 46 Mark*

5 (5) **Ute Ehrhardt** Gute Mädchen kommen in den Himmel, böse überall hin
W. Krüger; 32 Mark

6 (7) **Isabel Allende** Aphrodite
Suhrkamp; 49,80 Mark

7 (8) **Jürgen Grässlin**
Jürgen E. Schrempp *Droemer; 39,90 Mark*

8 (9) **Monty Roberts** Der mit den Pferden spricht *Lübbe; 44 Mark*

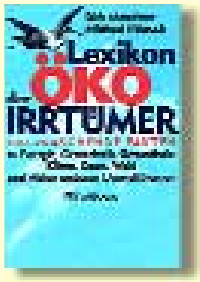
9 (6) **Peter Kelder**
Die Fünf „Tibeter" *Integral; 22 Mark*

10 (10) **Günter Ogger** Absahnen und abhauen *Droemer; 39,90 Mark*

11 (11) **Peter Scholl-Latour** Lügen im Heiligen Land *Siedler; 49,90 Mark*

12 (12) **Hans Herbert von Arnim** Fetter Bauch regiert nicht gern *Kindler; 44,90 Mark*

13 (–) **Maxeiner/ Miersch**
Lexikon der Öko-Irrtümer
Eichborn; 44 Mark



Nicht so schlimm? Allerlei Fakten gegen Umwelt-Ängste

14 (14) **Ed W. Marsh** James Camerons Titanic *Burgschmiet; 39 Mark*

15 (13) **Marion Gräfin Dönhoff**
Der Effendi wünscht zu beten
Siedler; 39,90 Mark

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

THEATER

Kleine Morde unter Fremden

Ihr Talent fürs Filigrane hat der Dramatikerin Theresia Walser viel Lob eingebracht. Nun präsentiert sie in Zürich ihr jüngstes Werk – eine wüste Groteske. *Von Wolfgang Höbel*

Junge Menschen suchen sich mitunter die seltsamsten Helden: Theresia Walser zum Beispiel wählte sich eine leicht verwirrte Frau Mitte 30, die weder schön ist noch glamourös. Diese Frau trägt verblichene zweiteilige Kostüme und ein trauriges Lächeln im Gesicht, und sie irrt ruhelos durch Deutschland – so verzweifelt auf der Suche nach Zuspruch und menschlicher Wärme, daß sie sich frühmorgens vor dem geöffneten Schlafzimmerfenster fremder Paare postiert. Und zum Erstaunen der Normalwelt sagt sie so merkwürdige Sätze wie „Erscheinung bleiben!“ oder „Die Dinge, die zusammenpassen, haben sich satt und fliegen auseinander“.

Lotte aus Remscheid-Lennep ist die Heldin aus „Groß und klein“, dem wohl bis heute besten Theaterstück von Botho Strauß, und Theresia Walser sagt von ihr: „Vier Jahre lang war ich diese Frau. Ich war Lotte, die ganze Schauspielschule habe ich mit ihr verbracht.“

Damals, mit Anfang 20, wollte Walser Schauspielerin werden und absolvierte ihre Ausbildung an einer Schule in Bern. Heute, mit 30, schreibt sie selber Stücke; in der alljährlichen Kritikerumfrage des Fachblatts „Theater heute“ wurde sie gerade zur wichtigsten Newcomerin unter den deutschsprachigen Dramatikern gewählt. In Walsers Texten treten Frauenfiguren auf, die oft traurig wirken und verloren im Irrgarten der Welt. Ihre Erkenntnisse lauten: „Jeder Mensch ein Bergwerk“ oder „Sterben ist klein genug, da darf man ruhig übertreiben“.



D. GERBER

Autorin Walser

Die Stücke, mit denen Walser bekannt wurde, heißen „Das Restpaar“ und „Kleine Zweifel“ und werden in renommierten Häusern wie den Münchner Kammerspielen und der Berliner Schaubühne aufgeführt; ein drittes mit dem Titel „King Kongs Töchter“ kommt am Samstag dieser Woche im Zürcher Theater Neumarkt heraus. Was die Themen, die Drastik ihrer Mittel und die Direktheit ihres Erzählens angeht, hat Walser nicht allzuviel mit Botho Strauß gemein – und doch merkt man ihrer Sprache einen poetischen Stilwillen an, der oft imponierend ist und manchmal nervtötend.

Dabei ist „King Kongs Töchter“ auf den ersten Blick ein wüstes Ex-und-hopp-Stück ganz nach dem Geschmack der Zeit. Die Titelheldinnen sind drei Altenpflegerinnen, die sich in ihrem Heim als monströse Herrinnen über Leben und Tod gebärden. Carla, Berta und Meggie helfen beim Ableben ihrer Schützlinge gerne nach, weshalb sie einander schon mal gestehen: „Immer wenn jemand stirbt, fühle ich mich danach eine halbe Woche unsterblich.“

Bar aller moralischen Skrupel sind allerdings auch die meisten Insassen des Altenheims, die möglicherweise sogar in mörderischer Komplizenschaft an der Auswahl des jeweils nächsten Opfers mitwirken. Männer wie Frauen des Stücks sind von einer mal senilen, im Fall der Pflegerinnen eher spätjuvenilen Geilheit getrieben, die sie immer wieder in Zoten daherreden läßt: Von kratzenden Männerfingernägeln auf Frauenrücken wird ebenso schwadroniert wie von Kot, Erbrochenem und allerlei Grabscherei an „jungfräulichen Schlupfwinkeln“ betagter Damenkörper.

„King Kongs Töchter“ ist, schon weil man angesichts der alltäglichen Kleinheit (und erbarmungslosen Kleinlichkeit) des Sterbens übertreiben darf, eine Groteske. Kraft aber gewinnt die Story nicht durch tätliche Angriffe auf Opa, dem einfach das Gebiß aus der Mundhöhle gezerrt wird, oder Weisheiten von der Art: „Die wenigsten können ficken sagen, mit nichts ist man schneller entstellt, als wenn man ficken nicht sagen kann.“ Die Stärke des Dramas sind vielmehr jene Momente, in denen die Figuren inmitten des Todestrubels plötzlich ganz bei sich zu sein scheinen: wie gelähmt von der „Irrsinnsmasse



J. SCHLOSSER

Walser-Stück „King Kongs Töchter“ in Zürich*: *„Eine halbe Woche unsterblich“*

* Mit Tatja Seibt, Lara Körte und Katharina von Bock.

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Zukunft, diesem gigantischen Massiv, das da noch vor mir liegt“.

Der Bedacht, mit dem sie solche Formulierungen ersinnt, ist Theresia Walser auch beim Sprechen anzumerken. Zögernd, immer auf der Hut vor der nächstliegenden Formulierung, wählt sie ihre Worte, auf viele Fragen antwortet sie schlicht mit Ja oder Nein – oder mit einem langen Schweigen.

Immerhin gibt sie zur aktuellen Begeisterung über die angeblich mitten aus dem Alltagsleben schöpfende britische Gegenwartsdramatik zu Protokoll, daß sie es „für eine Verlogenheit“ halte, „so zu tun, als gebe es eine soziale Realität auf der Bühne“.

Überhaupt habe „der Hang zu provozieren“ nichts mit der Qualität eines Textes zu tun: „Bösartigkeit und Härte sind oft nicht mehr als der hohle Versuch, Bedeutsamkeit herzustellen.“



Künstlerfamilie Walser (um 1987)*: *„Immer nein gesagt“*

Außerdem berichtet Walser, sie habe „immer nein gesagt“, wenn man ihr früher unterstellte, daß sie „doch bestimmt auch einmal schreiben wollte“. Theresia Walser ist die jüngste der vier Töchter des Schriftstellers Martin Walser, die beiden Schwestern Alissa und Johanna haben bereits Bücher veröffentlicht, ihre älteste Schwester Franziska ist Schauspielerin im Ensemble der Münchner Kammerspiele.

Bald nach der Schule zog es Theresia Walser weg vom elterlichen Zuhause am Bodensee nach Berlin. Um Geld zu verdienen, suchte sie sich einen Job – und arbeitete ein Dreivierteljahr lang in einem Altersheim. Sie kennt also die Welt, über die sie schreibt. Ihre Erfahrungen faßt sie wiederum sehr knapp zusammen: „Daß ein Mensch ganz praktisch keine Lage mehr hat, daß jemand vor lauter Wundsein nicht weiß, auf welche Seite er sich legen soll, das habe ich schon als Horror erlebt.“

„Die Sinnfindung in einem solchen Beruf“ sei ihr ein Rätsel geblieben, sagt Walser, und dieses Rätsel ist nicht bloß der Ausgangspunkt des „King Kong“-Stücks, sondern all ihrer bisher aufgeführten Texte. „Kleine Zweifel“ und „Das Restpaar“ staunen statt über die Sinnfindung im Reich der Pflege über die Selbstrechtfertigung im Künstlerberuf: „Kleine Zweifel“ ist der Monolog einer Sängerin, die kurz vor einem Wettbewerbsauftritt ins Freie geflüchtet ist und nun ihre Unsicherheit und ihren Frust in einer großen Suada entlädt; im „Restpaar“ treten zwei vom Karrierestartglück verschmähte Schauspielschul-Absolventinnen zu einem skurrilen Vorsprech-Showdown an der Hamburger „Tempelbühne“ an.

In welchem Beruf Theresia Walser selbst Erfüllung findet, scheint noch nicht ganz ausgemacht. Nach der Bühnenausbildung in Bern war sie zwei Jahre in Göttingen als Schauspielerin fest engagiert; seither lebt sie wieder in Berlin. Sie halte sich „für keine wahnsinnig gute Schauspielerin“, sagt sie, und habe „auf der Bühne oft das Gefühl gehabt, ich sei etwas nicht losgeworden“. Andererseits will sie die Schauspielerei auch nicht ganz aufgeben, weil es „gar nicht schlecht ist, hin und wieder mit Händen und Füßen durch ein Stück zu gehen“.

In Zürich, wo Neumarkt-Chef Volker Hesse die Uraufführung von „King Kongs Töchter“ einstudiert hat, durfte Walser zum erstenmal die Inszenierungsarbeit an einem von ihr verfaßten Stück aus nächster Nähe beobachten. Ein wenig erschöpft wirkt sie nach den ersten Wochen, und obwohl sie beteuert, wie wichtig es sei, „daß zur Phantasie des Autors noch die des Regisseurs hinzukommt“, bezweifelt sie doch den Sinn ihrer eigenen Mitarbeit: „Es ist nicht meine Sehnsucht, bei diesem immer wieder eskalierenden Prozeß ständig dabeizusein.“

Ein neues Stück hat Theresia Walser bereits in Planung. Es soll „Die Heldin von Potsdam“ heißen und sich jene arbeitslose Frau zum Vorbild nehmen, die vor Jahren nach einem eher banalen Unfall behauptete, sie sei einer von Skinheads bedrohten alten Dame zu Hilfe gekommen und von den Rechtsradikalen aus der Straßenbahn gestoßen worden. „Die hat sich die beste Lüge ausgesucht“, sagt Theresia Walser; als der Schwindel aufflog, sei die Frau wieder in jene Bedeutungslosigkeit abgestürzt, aus der sie für ein paar Tage gerettet schien.

„Schon lange frag’ ich mich“, sagt eine der Töchter King Kongs im Stück, „wann aus diesem Nebensachengewurschtel endlich die Hauptsache erscheint.“ Lotte in „Groß und Klein“ formuliert ihre Sehnsucht nach einem besseren, größeren Leben noch schlichter: „So wie ich hier sitze, müßte ich längst gegangen sein.“ ◆

* Mutter Käthe Walser mit Töchtern Johanna, Alissa, Franziska und Theresia.

KUNST

Im Schiffbruch der Bilder

Fans verehrten ihn als vielseitigen Anreger und als witzigen Entlarver des Kunstbetriebs, Verächter schmähten ihn als zynischen deutschen Spießer. Jetzt zeigt die Kunsthalle Basel zum erstenmal die gesammelten Selbstporträts des frühverstorbenen Martin Kippenberger.

Bei der Eröffnung seiner Genfer Retrospektive, die er lieber „Respektive“ nannte, saß Martin Kippenberger schon im Rollstuhl; daß ihn mehr plagte als ein eingeklemmter Nerv, wollte er nicht wahrhaben.

Aber noch bevor die Ausstellung schloß, starb er, im März vorigen Jahres, an Leberkrebs. „Einer der drei oder vier besten deutschen Nachkriegskünstler“, wie die „New York Times“ ihm nachrief, war nur 44 Jahre alt geworden.

Womit sich Kippenberger seinen Ruf verdient hat, ist in Museumssälen allein kaum nachvollziehbar. Das Malen rüder, provokanter Bilder und die Konstruktion phantastisch-kniffliger Installationen haben den unruhigen Geist bloß teilbeschäftigt.

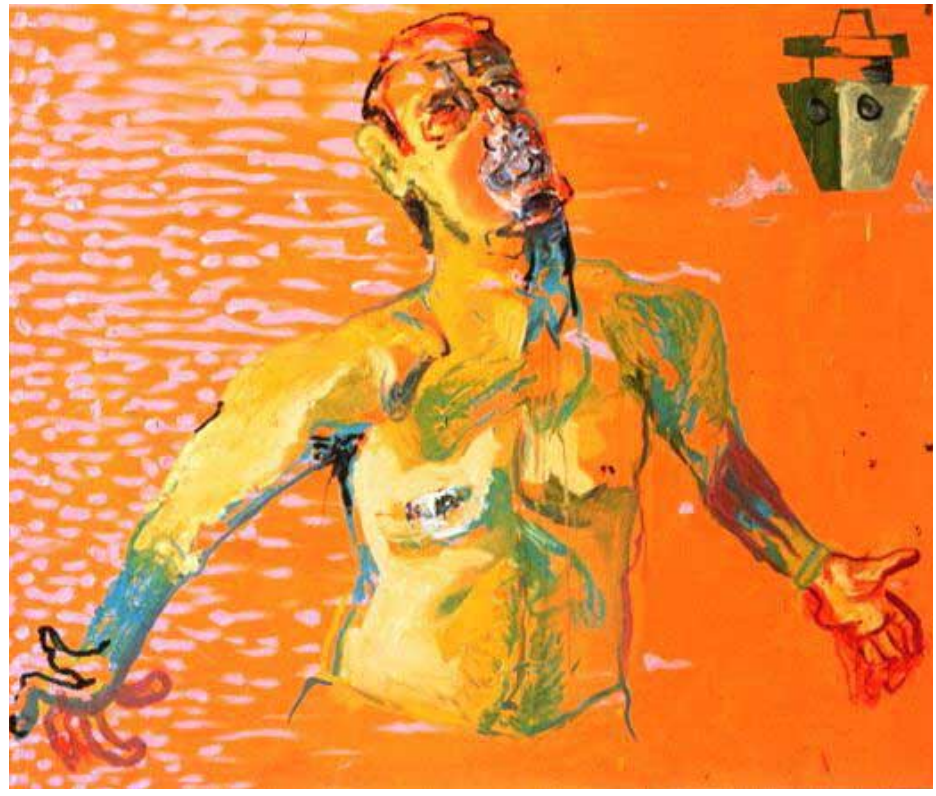


E. SEMOTAN

Künstler Kippenberger (1996)
Hauptdarsteller im Drama der Moderne

Auch mit öffentlichen Architektur-Fiktionen wie den Eingängen und Luftschächten einer angeblich weltweiten Untergrundbahn (zuletzt 1997 bei der Documenta in Kassel und bei den „Skulptur-Projekten“ in Münster) ließ Kippenberger es längst noch nicht bewenden. Er faszinierte – und nervte – seine Mitwelt außerdem als unermüdlicher „Selbstdarsteller, Impresario, Beweger, Freund, Analytiker, Kritiker, Sammler, Marktschreier, Ausstellungsmacher und Selbstmitleider“.

Mit dieser Rollenliste beschwören nun Veranstalter, die auf den leibhaftigen Auftritt des Stars verzichten müssen, noch einmal dessen legendäre Umtriebigkeit. Dabei erscheint seine unwiderruflich entrückte Person zugleich wie magisch gegenwärtig: Die Kunsthalle Basel zeigt Kippenberger erstmals im Medium seiner versammelten Selbstporträts*.



Kippenberger-Gemälde aus der „Medusa“-Serie (1996): *Doch noch die Staffelei geküßt?*

Stationen einer ruhelosen Vita zeichnen sich ab. Anfang der achtziger Jahre posiert Kippenberger, der aufsässige Sohn eines Dortmunder Zechendirektors, als eine Art von umgekehrtem Findelkind mit jammervollem Dackelblick und dem Schild „Bitte nicht nach Hause schicken“. Dick bandagiert stellt er sich nach einem „Dialog mit der Jugend“ dar – Punk-Rocker, denen das Bier in der von Kippenberger mitbetriebenen Berliner Konzerthalle „S. O. 36“ zu teuer war, haben ihn krankenhausreif geschlagen. Und er barmt, mit einer Dose Schlösser-Alt an den Handschellen, als hilfloses Opfer der „Alkoholfolter“.

Der melodramatisch ausgespielten Wehleidigkeit hat der lebende Kippenberger immer wieder einen patzigen Zynismus entgegengesetzt. Er forderte nicht nur, „Schwerter zu Zapfhähnen“ umzuschmieden, sondern verteilte auch Aufkleber mit dem Slogan „Eure Armut kotzt mich an“. Mit Genuß politisch inkorrekt, gefiel er sich in sexistischen und rassistischen Tiraden – und war schwer gekränkt, als ein Kritiker die wörtlich nahm und dem „exemplarischen Alkoholiker“ die „Selbstverwirklichung eines deutschen Spießers“ bescheinigte.

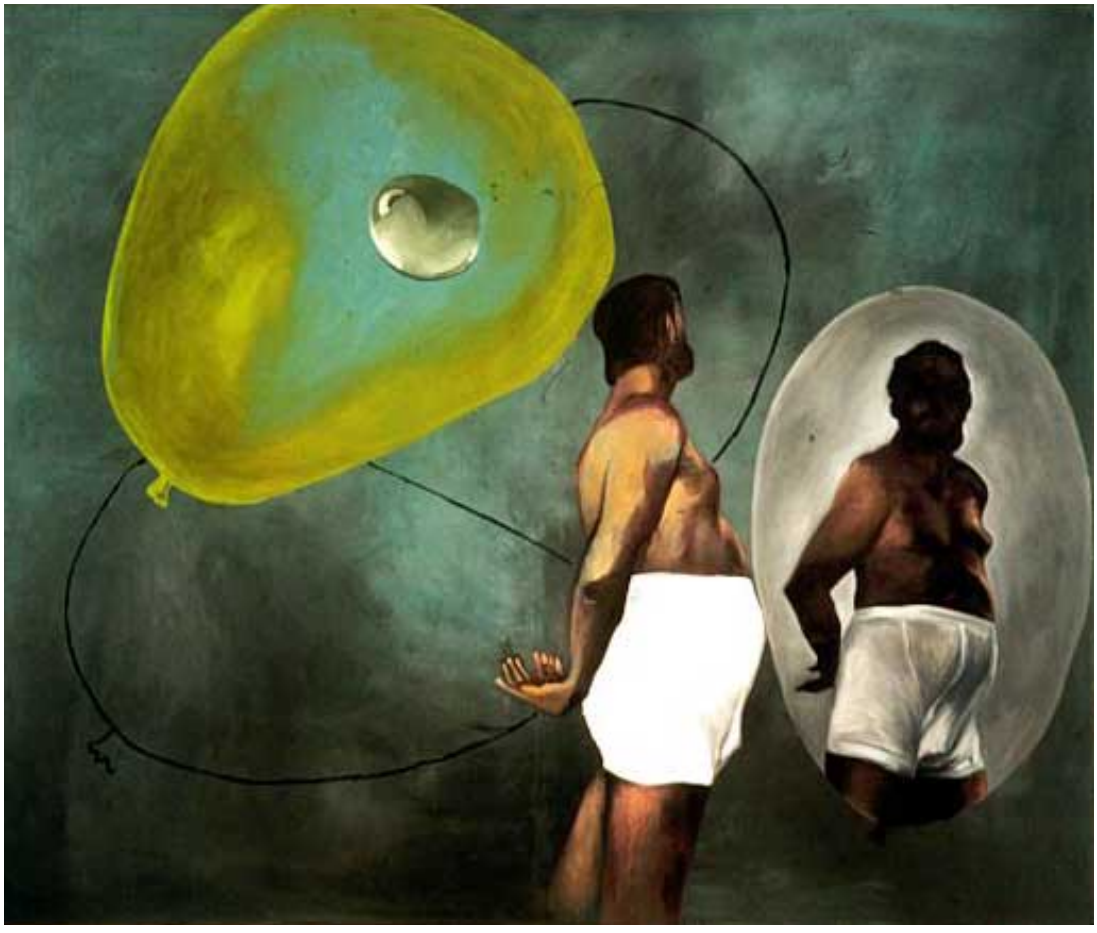
Prompt produzierte der Künstler eine Serie lebensgroßer plastischer Figuren unter dem Titel „Martin, ab in die Ecke und schäm dich“. Fünf davon stehen jetzt scheinbar reuig in den Ecken der Basler Ausstellung – eher Schaufensterpuppen als Skulpturen. Auf ein klassisches Künstlermetier fühlte sich Kippenberger keineswegs verpflichtet.

„Ich bin nicht der Staffeleiküsser“, so wollte er den Anspruch auf malerische Qualitäten abwehren. Tatsächlich sind die frühen Bilder ausgesprochen rotzig hingehauen. Und falls sie gefällig-glatt geraten

* Bis 15. November; ab 11. Februar in den Hamburger Deichtorhallen. Katalog 160 Seiten; 20 Franken. Gleichfalls bis zum 15. November läuft eine Ausstellung „Martin Kippenberger & Freunde“ im Kunsthaus Zürich. Katalog 224 Seiten; 59 Franken.

Werbeseite

Werbeseite



Kippenberger-Gemälde ohne Titel (1988): *Unterhosen für die Wampe des Erlösers*

sind, war eine fremde Hand im Spiel. Um programmatisch Bildidee und stumpfes Handwerk voneinander zu trennen, bat Kippenberger, der durch Erbschaft zu Geld gekommen war, einen Kinoplakat-Profi: „Lieber Maler, male mir“ und ließ sich eine Anzahl Leinwände nach Fotomotiven bepinseln. Auf einer posiert er in öder Szenerie als lässiger Großstadtgangster in weitem Mantel und mit breitkrempigem Hut.

Und doch: Mit einer weiteren Selbstporträtreihe (1988) kommt, wie ernsthaft oder ironisch auch immer, die Malerei zu neuem Recht. Kippenberger schlüpft spielerisch auch in eine bedeutende Künstlerrolle. Genauer: Er steigt in eine weiße Unterhose, so wie Picasso sie auf einem bekannten Foto trägt.

Aber während der alte Herr ganz sportlich-straff dasteht, präsentiert sich der erst 35jährige Nachfahr auf Bildern von melancholisch gedämpfter Farbigkeit mit genierlich aufgedunsener schlaffer Wampe. Ein Echo dieser durchgesackten Form klingt in ovalen Spiegeln, in Ballons und Eiern, in einem Rettungsring und einer Henkerschlinge an. Wer, so fragt der amerikanische Künstler und Kippenberger-Fan Stephen Prina im Katalog, soll da eigentlich gerettet oder aber hingerichtet werden? Nur der Maler oder gleich die Kunst überhaupt?

An „den großen Künstler, diese Erlöserfigur“, schreibt der Basler Kunsthallendirektor Peter Pakesch im Ausstellungskatalog, könne Kippenberger nicht mehr glauben – „so sehr er ihr auch nachtrauert“. Der Spätgeborene inszeniert das Drama der Moderne und besetzt die Hauptrolle natürlich mit der eigenen Person.

Kein Wunder, daß ihn ein Katastrophen- und Rettungsbild von der Epochenschwelle zur Romantik angezogen hat: das „Floß der Medusa“ des Franzosen Théodore Géricault.

Das Schiff „Medusa“, eine „Titanic“ des 19. Jahrhunderts, war 1816 im Sturm vor Westafrika gescheitert, und gewissenlose Offiziere hatten 150 Menschen auf einem Floß ihrem Schicksal überlassen. Nur wenige lebten noch, als sie zwölf Tage später ein anderes Schiff aufnahm. Gestützt auf Augenzeugen, die ihm auch Modell standen, malte Géricault jenen Augenblick, in dem winzig am Horizont die Hilfe auftaucht.

Kippenberger spielte das Atelier-Drama in zwei Akten nach. Zuerst ahmte er, als wollte er das alte Spiel der lebenden Bilder wiederbeleben, die pathetischen Posen von Géricaults Winkenden, Sterbenden und Toten exakt oder in freier Umsetzung einzeln nach; dabei ließ er sich von der Wiener Modefotografin Elfie Semotan, seiner Frau seit 1996, aufnehmen. Die Fotos ihrerseits setzte er dann in Zeichnungen und Lithographien, vor allem aber in 17 Gemälde um.

Kein „lieber Maler“ konnte ihm diese Arbeit abnehmen. Mit Hilfe des Schutzpatrons Géricault und mit eigenem Körpereinsatz ist Kippenberger zumindest in mehreren Fällen eine fesselnde, bunt lodernde Malerei gelungen, weit entfernt vom düsteren Galerieton des Vorbilds. Sollte er doch noch zum „Staffeleiküsser“ geworden sein? Aus der Malergarde der „Neuen Wilden“ jedenfalls, mit denen er um 1980 erstes Aufsehen erregte, hat allenfalls sein Freund Albert Oehlen noch so Überzeugendes zu bieten.

Doch kein Floß bietet festen Boden und endgültige Rettung. Kippenbergers Kunst bleibt so schillernd wie seine Person. Oder, mit Prinas Bildbeispiel und Sprachmetapher gesagt: Der Kunst-Ballon, dieses „sich selbst erhaltende System“, kann jederzeit „zerplatzen und alle Gewißheiten, die er enthielt, beschützte und verbarg, in alle Himmelsrichtungen verstreuen“.

Jürgen Hohmeyer



Kippenberger-Plastik „Ab in die Ecke“ (1989) *„Schwerter zu Zapfhähnen“*

Werbeseite

Werbeseite

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Ich fordere mehr Demut“

Der Dortmunder Regisseur und Generalintendant John Dew, lange berüchtigt als Provokateur des Musiktheaters, über seine neue Unlust an schrillen Inszenierungen

SPIEGEL: Herr Dew, die Theater starten in die neue Saison, allerorten herrscht Hochbetrieb. Nur vom Regisseur John Dew ist weit und breit nichts zu sehen. Was ist los mit Ihnen?

Dew: Das Dew-Museum ist in Berlin und Leipzig ab und zu geöffnet. Ich habe schon immer das Gefühl gehabt, eine Ein-Mann-Avantgarde zu sein. Wenn ich heute die Arbeit der jungen Regiegeneration sehe, begegne ich meinen Inszenierungen von vor 15, 20 Jahren wieder. Keine Entwicklung, keine neuen Ideen.

SPIEGEL: Sie gehörten lange zu den umstrittensten Provokateuren des Regietheaters, haben die hehrsten Opern gern auf den Kopf gestellt und sich selbst als „Weltmeister im Aktualisieren alter Stoffe“ gefeiert. Sind Sie, der „Shocky-Johnny“, out?

Dew: Ich habe eine Entwicklung durchgemacht und warte jetzt darauf, daß meine daraus resultierenden Ideen und Vorstellungen allgemein anerkannt werden. Damals, als ich mit meinen radikalen Umsetzungen anfing, dauerte es auch ein paar Jahre bis zur allgemeinen Zustimmung.

SPIEGEL: In 26 Regie-Jahren zwischen Bielefeld, Hamburg, Berlin, Wien, London und Leipzig haben Sie über 140 Inszenierungen geliefert, meist frisch und frech gegen den Strich: Bei Ihnen liebten sich Wagners Wälsungen-Geschwister in der Wohnküche, Taminos „Zauberflöten“-Bildnis war bezaubernd schön auf dem Monitor, Ihre Engel tobten in knallengen Jeans durchs Himmelreich. Hat Dew sich ausgetobt?

Dew: Ich war nie in Mode. Ich habe so manchen Flavour-of-the-month-Regisseur kommen und gehen sehen. Im Gegensatz zu mir verstanden diese Eintagsfliegen ihr Handwerk nicht. So sah es jedenfalls aus.

SPIEGEL: Wenn Sie soviel besser wären, müßten sich die Bühnen doch um Sie reißen.

Dew: Was vor allem die Medien heute fordern und erwarten …

SPIEGEL: … aha, wieder mal die Medien …

Dew: … sind Neuentdeckungen, die was Schräges hinstellen, nur was Schräges und immer wieder was Schräges.

SPIEGEL: Aber Sie haben doch selbst gern und ausgiebig den schrägen Vogel gespielt.

Dew: Ich komme mir schon schräg vor, weil ich glaube, daß ich einer der wenigen bin, die begriffen haben, daß die Siebziger vorbei sind. Das Werk ist wichtiger als die Interpretation – das sind die Neunziger. Und ich habe bei jeder Inszenierung versucht, das zu interpretieren, was mich im Augenblick berührt hat. Eine Aufführung muß immer so aufregend sein wie eine Uraufführung. Ich habe einem Stück nie einen Stil aufgepfropft. Ruth Berghaus war immer Ruth Berghaus, egal bei welchem Werk. Auch mein Kommilitone Bob Wilson ist – mal toll, mal so lala – immer Bob Wilson. John Dew war und ist jedesmal anders und hat nie epigonal gearbeitet oder sich selbst kopiert. Aber um mich herum sehe ich nur Epigonen und Nachäffer.



Dew-Inszenierung „Così fan tutte“ in Leipzig (1992): *„Die*



G. STRAUß

Generalintendant Dew*
„Nur Epigonen und Nachäffer“

SPIEGEL: Da Ihr Selbstbewußtsein offensichtlich ungebrochen ist: Was wollen Sie jetzt, nach Ihren wilden Jahren?
Dew: Ich fordere eine Rückbesinnung, ich plädiere für eine Wende, ich mache mich stark für eine Reform.
SPIEGEL: Welcher Art und warum?
Dew: Gerade als Intendant, der nun in Dortmund über vier Jahre im Amt ist, beobachte ich, daß jener Teil des Publikums langsam ausstirbt, der die großen Opern noch in relativ traditioneller Sicht kennen-, verstehen und lieben gelernt hat. Diese bejahrte Kundschaft des soliden deutschen Stadttheaters tritt allmählich ab. Die heute 30jährigen aber sehen, wenn sie überhaupt noch ins Theater gehen, „Figaro“ und „Freischütz“ nur noch verfremdet, aktualisiert, politisiert, aufgegagt und aufgemotzt und nicht mehr als Geschichte von Menschen und Menschheitsgeschichte.
SPIEGEL: Aus Ihrem Mund klingt das wie Verrat. Woher der Sinneswandel?
Dew: Weil ich zweifle, ob man heute überhaupt noch eine ernsthafte Auseinandersetzung mit diesen Stücken will. Ich fürchte nein. Den meisten reicht ein verrücktes Tableau, das irgendwie shocking ist und irgendwelche Stil-Tricks bietet.
SPIEGEL: Wollen Sie allen Ernstes die Flucht zurück zu Sarastro unter Palmen, zu Siegfried im Lendenschurz und zu Lohengrin mit dem Schwan?
Dew: Natürlich nicht. Es geht nicht um eine Rückkehr zu naturalistischen Kulissen und zum wortwörtlichen Gehorsam gegenüber den Szenenanweisungen im Libretto. Aber ich möchte in den alten Stücken eine neue Empfindsamkeit aufspüren und vermitteln: Delikatessen statt Holzhammer. Alle wichtigen Opern haben einen abendfüllenden Rhythmus und einen Herzschlag, den muß das Publikum spüren. Bei „Tosca“ muß den Leuten der Atem stocken, sonst stimmt was nicht. Heute sind die meisten „Toscas“ Langweiler.
SPIEGEL: Wann ist Ihnen diese überraschende Einsicht gekommen?
Dew: Es ist noch eine relativ frische Erkenntnis. Wenn ich mit Assistenten und Jung-Regisseuren arbeite, merke ich, daß sie kaum mehr die Chance gehabt haben, das Repertoire naturalistisch oder, besser gesagt, unbelastet zu erfahren. Es fehlt ihnen sozusagen der Boden unter den Füßen.
SPIEGEL: Glauben Sie, daß der neuerdings feinfühlige Psychotherapeut Dew beim Publikum besser ankommt als die abgehobenen Jung-Regisseure?
Dew: Es wäre jedenfalls manchen Versuches wert. Ich kriege hier in Dortmund stapelweise Briefe, daß die Leute nach einem schweren Arbeitstag im Theater Erholung und Entspannung suchen.
SPIEGEL: Und – was raten und bieten Sie diesen Leuten?
Dew: Gehen Sie lieber in die Operette! Oper ist nicht zur Entspannung geeignet. Sie muß aufwühlen. Die Crux ist unser heutiges Abonnementsystem. Dem Publikum wird dabei nämlich etwas Unmögliches abverlangt: Es muß sich, pauschal und gleichzeitig, auf „Gräfin Mariza“, „Zar und Zimmermann“, die schrill-verquere Ver-



A. BIRKIGT

größte Sünde in der Kunst ist Langeweile“

* Im Malersaal des Dortmunder Theaters.

sion eines „Tannhäuser“ und auch noch auf eine brandneue Oper festlegen. Das ist zuviel verlangt.

SPIEGEL: Aber dieses Abo-System ist die tragende Säule unserer Theater.

Dew: Deshalb ist die Sache ja so gefährlich. Läuft die Stammkundschaft gar weg, bröckelt diese Säule; bröckelt aber diese Säule, kommt der gesamte Apparat in eine bedrohliche Schieflage. Das Abonnentensystem ist in einer abgrundtiefen Krise, und die erfaßt früher oder später das ganze Theaterwesen.

SPIEGEL: Mußten Sie, um das zu erkennen, erst mal Intendant werden? Als Regisseur waren Ihnen die roten Zahlen vermutlich schnuppe.

Dew: Mitnichten. Meine Inszenierungen sind meist sehr populär gewesen – ein Grund, warum mir die Intellektuellen mißtrauen.

SPIEGEL: Was wollen Sie denn nun gegen die Abwanderung und die Aushöhlung des Systems tun?

Dew: Wir müssen herausfinden, warum unser Publikum unglücklich ist.

SPIEGEL: Und – was haben Sie gefunden?

Dew: Wir haben die Wünsche des Publikums viel zu lange ignoriert. Sehen Sie, die Theater bieten heute vor allem Produkte an, die einfach nicht mehr aufregend sind. Wie oft sehen Sie innerhalb einer Spielzeit nichts anderes als schwarze Löcher oder graue Betonkästen auf der Bühne? Überall herrschen Öde und bleiernes Mißbehagen. Die Oper wird immer leb- und liebloser, sie lähmt und langweilt.

SPIEGEL: Aber da kann doch der Intendant Dew gegensteuern.

Dew: Ich engagiere Leute nach bestem Wissen und Gewissen; aber ich weiß vorher nicht, was sie produzieren. Ich habe gerade dreimal hintereinander von jungen Künstlern große, graue Schachteln auf die Bühne gestellt bekommen, und jeder verteidigt seine Schachtel als Ergebnis besonderer geistiger Herausforderung und Auseinandersetzung.

SPIEGEL: Und nirgends sehen Sie junge Regisseure, die es bunt mögen und lustvolles Theater veranstalten, das seinerseits Spaß macht?

Dew: Kaum. Ich weiß nicht, wie ich an die nächste Regisseurgeneration herangehen soll. Die ist vom Geist unserer Hochschulen verdorben. An den Hochschulen wird echte Kreativität genauso ängstlich betrachtet wie an den meisten Theatern. Hier wie da haben sie Angst vor der Unberechenbarkeit der Kreativität.

SPIEGEL: Mit Ihrer Kreativität als Regisseur hatte das Publikum jahrelang aber auch seine liebe Not. Dew war stets für Buhs gut.

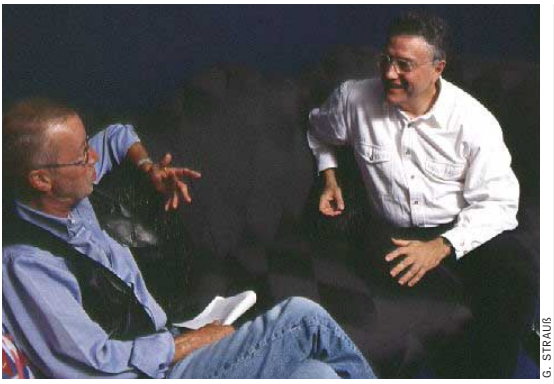
Dew: Und wenn! Die Buhs waren immerhin Zeichen von Leben und Auseinandersetzung im Theater. Die größte Sünde in der Kunst ist Langeweile. Heute dienen die Opernhäuser vor allem der Selbstbefriedigung der Macher. Das geht so weit, daß jüngst ein namhafter Kollege stolz behauptete, er mache Theater ohne Publikum, die Leute seien ihm egal. Viele nehmen heute die Proben wichtiger als die Vorstellungen. Wenn sie beim Einstudieren Probleme haben, verlangen sie allen Ernstes vom Intendanten, er solle einfach ein paar Aufführungen absagen, damit sie weiter ungestört herumwuseln können. Eine hanebüchene, unverschämte Arroganz, vor allem gegenüber unserer zahlenden Kundschaft.

SPIEGEL: Wer hat diesen Narzißmus der Künstler geweckt und gepäppelt?

Dew: Das sind die Nachwehen des 68er Phänomens. Damals durften ja auch die Schüler bestimmen, was sie lernen wollten, und die Auswirkungen dieser Groteske torpedieren heute die Theaterarbeit: Die Mängel des Erziehungssystems führen dazu, daß Theater nicht mehr moralische Anstalten sind, sondern Bildungsinstitute werden müssen. Wir sind jetzt dazu aufgerufen, die kollektive Erinnerung unserer Kultur wachzuhalten und weiterzugeben.

SPIEGEL: Das funktioniert aber wohl nur dank unseres hochgelobten Subventionssystems?

Dew: Dieses System ist unverzichtbar, ich verteidige es bis zum letzten. Aber natürlich hat es auch die Arroganz vieler Künstler gefördert. Nach ’68 haben sich die Ma-



G. STRAUß

Dew (r.) beim SPIEGEL-Gespräch*
„Die Oper lähmt und langweilt“

cher immer ungenierter in dem Irrglauben hochgeschaukelt und wichtig genommen, sie und nur sie hätten ein Anrecht auf die Gelder der öffentlichen Hand. Eine idiotische Verdrehung: Nur das Publikum hat dieses Recht. Aber das geht bis heute in die Köpfe der meisten Künstler nicht rein. Ich fordere mehr Demut.

SPIEGEL: Nur von den Regisseuren und Bühnenbildnern?

Dew: Beileibe nicht. Wie oft erleben wir lustlose Vorstellungen, Darsteller ohne Anteilnahme, gelangweilte Orchestermusiker, die weniger die Noten der Partitur als die Segnungen des sozialen Netzes im Kopf haben. Da darf man sich nicht wundern, wenn auch die Zuschauer lustlos und gelangweilt herumsitzen und die Freude am Theater verlieren. Übrigens ist das ein weitgehend deutsches Phänomen.

SPIEGEL: Wieso das?

Dew: Hierzulande pflegt man über englische und vor allem amerikanische Bräuche und Gegebenheiten herablassend zu lächeln. Aber in den USA gibt es eine viel vitalere neue Musikszene, dort finden heute die wichtigen Uraufführungen statt.

SPIEGEL: Sehen Sie Deutschland, einst das klassische Land der Musik, auf dem Weg ins Abseits?

Dew: Jenseits unserer Grenzen ist die Musikentwicklung weitergegangen, dort arbeitet eine Avantgarde, die auch beim Publikum ankommt und die Säle füllt. Wir aber kämpfen immer noch mit den Schatten von Donaueschingen …

SPIEGEL: … dem ideologischen Hochsitz der Avantgarde …

Dew: … dessen Stacheldrahtmusik zwar niemand hören will, aber dank der Möglichkeiten der staatlichen Subventionen weiter und weiter und weiter produziert wird. Da leisten wir uns immer noch einen ebenso lächerlichen wie – früher oder später – tödlichen Luxus. Dieser Schwachsinn geht nicht mehr lange gut.

SPIEGEL: Die jungen Regisseure sind arrogant und einfallslos, die Bühnenbildner tummeln sich in grauen Kästen, die Sänger und Instrumentalisten öden an, und das Publikum hat von all dem die Nase voll und zieht sich zurück – sehen Sie in Ihrem Frust nicht reichlich schwarz?

Dew: Durchaus nicht, warten Sie’s ab! Zum erstenmal, seitdem es das ruhmvolle deutsche Staatstheater-System gibt, spüren wir Theatermacher, daß die Politik nicht mehr hinter uns steht und auch nicht länger die finanzielle Verantwortung für das Theater tragen will. Das große Bühnensterben kommt noch, und dann werden wir erleben müssen, daß das Publikum nicht auf unserer Seite steht. Wir haben es verprellt.

SPIEGEL: Glauben Sie nicht, daß das Publikum gegen einen staatlich verordneten Theatertod protestieren würde?

Dew: Beim Schiller-Theater in Berlin ging das große Publikum nicht auf die Straße. Ich bin aber überzeugt davon, daß ein Publikum wieder neugierig auf die „Aufregung Oper“ gemacht werden kann. Positive Reaktionen, wie wir sie in Dortmund für vermeintlich verstaubte Werke wie „Die Trojaner“, „Padmâvatí“ oder neue Musik wie Philip Glass’ „La Belle et la Bête“ geerntet haben, geben mir Grund zu hoffen, daß die Oper nicht im Antiquitätenladen ad acta gelegt wird, sondern eine pulsierende Kunstgattung für das nächste Jahrtausend bleibt.

SPIEGEL: Herr Dew, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

* Mit Redakteur Klaus Umbach in der Dortmunder Intendanz.

Werbeseite

Werbeseite

POP

P wie Profit

Der derzeit erfolgreichste Star der amerikanischen Rap-Szene gibt sich als harter Geschäftsmann: Nun will Percy Miller alias Master P Hollywood erobern.

Der Mann kennt kein Benehmen, seine Anzüge sitzen schlecht, und auch sonst ist guter Geschmack nicht gerade seine auffälligste Leidenschaft. Berühmt geworden ist er mit einem Urschrei, der klingt, „als ob ein Elefant zum letzten Gefecht antritt“, wie die „New York Times“ anmerkte. Trotzdem ist Percy Miller derzeit in den USA ein umjubelter Star.

So berühmt ist er, daß er es sich leisten kann, bereits laut über seinen Rücktritt nachzudenken. „Ich werde mich auf Management-Aufgaben konzentrieren. Meine Firma braucht mich“, sagt Percy Miller, 28, Rapstar, Plattenfirmenchef und Filmproduzent.

Den Rapper Master P – so nennt sich Miller, wenn er ein Mikrofon in die Hand nimmt – soll es also demnächst nicht mehr geben; dabei schaffte es sein Album „MP – Da Last Don“, das in Deutschland gerade erschienen ist, in Amerika vor ein paar Wochen von Null auf Platz eins der Hitparade und hat sich in der ersten Verkaufswoche gleich dreimal sooft verkauft wie die zweitplazierten Rockhelden der Band Smashing Pumpkins.

Vor allem Verkaufszahlen sind es, die Percy Miller interessieren; von seiner Musik sagt er: „Ich gebe den Leuten nur, was sie wollen.“ Tatsächlich müht sich Master P nicht um Originalität. Diskofunk-Samples, Drumcomputer aus den achtziger Jahren und ziemlich plumper Ideenklau bei anderen erfolgreichen Rappern bestimmen den Klang seiner Produktionen. Diese dreiste Marketing-Strategie hat seine Plattenfirma No Limit so erfolgreich gemacht, daß sie in einer Maiwoche dieses Jahres gleich vier Alben in den Top 40 der amerikanischen Charts plazieren konnte.

Die Manager von Musikkonzernen wie Columbia/Sony oder Arista/Bertelsmann wundern sich bereits seit einiger Zeit, wie es dieser Miller aus dem provinziellen New Orleans nur so weit bringen konnte. „Wartet nur“, sagt Miller mit mildem Südstaaten-Akzent, „richtig staunen werdet ihr erst, wenn ich mich endlich nur noch ums Geschäft kümmere.“

Miller, aufgewachsen bei den Großeltern in einem Armenviertel von New Orleans, stand vor einer Basketball-Karriere, bis er sich schwer verletzte. Dank einer kleinen Erbschaft von 10 000 Dollar ging er für zwei Jahre aufs College, doch dann zog er zu seiner Mutter nach Richmond in Kalifornien und eröffnete 1990 einen Plattenladen. Die Geschäfte liefen so gut, daß er sich bald einen neuen Namen verpaßte: Master P. Master wie Meister, P wie Profit.

Noch mehr Geld verdiente Miller mit einer bald gegründeten Plattenfirma. Er nannte sie No Limit, keine Grenze. Seine ersten Produktionen verkaufte er aus dem Kofferraum seines Kombis heraus, mit dem er die Plattenläden im Süden Kaliforniens besuchte. Bald konnte er zu günstigen Konditionen mit etablierten Firmen kooperieren. Bis heute hat No Limit allein mit Schallplatten einen Umsatz von über 120 Millionen Dollar gemacht.

Zuletzt machte sich Miller daran, Hollywood zu erobern. Als er für seinen ersten Film keine Partner fand, hob er eine Million Dollar von seinem eigenen Konto ab und finanzierte das Projekt selbst. „I’m ’Bout It“, eine Halbdokumentation über das Ghettoleben in New Orleans, erschien sofort auf Video und verkaufte sich über 200 000mal.

Am Ende hatte Miller einen Gewinn von neun Millionen Dollar gemacht. So was stärkt das Selbstbewußtsein, sein nächster Film (und sein erster fürs Kino), „I Got the Hook-Up“, entstand in Zusammenarbeit mit Miramax, der Firma, die Filme wie „Der englische Patient“ in die Kinos gebracht hat.

Neuerdings hat Miller seinem kleinem Imperium einen neuen Geschäftszweig hinzugefügt: Seine Telefonsex-Kette laufe blendend, erzählt er. Auch hier wirbt Miller mit dem Logo von No Limit und seinem Wahrzeichen, einem in Gold gegossenen Panzer.

Die anderen Rapper von No Limit, darunter seine zwei jüngeren Brüder, bezeichnet Miller als „No Limit Soldiers“, und wenn eine neue Platte veröffentlicht wird, dann redet der Chef von einem „Krieg, den wir gewinnen müssen“. Die Soldaten haben von ihrem Feldherrn vor allem die Order, sooft wie möglich „No Limit!“ zu brüllen – und zwar in der Elefantenschrei-Manier des Meisters.

An diesem Schrei ist jede No-Limit-Platte sofort zu erkennen. Bis heute ist der Name des Labels bekannter als die meisten Musiker selbst. Selbst als man den seit Jahren etablierten Westküsten-Star Snoop Doggy Dogg einkaufte, mußte er sein erstes Album dem Einheitsstil anpassen: mit beherztem „No Limit!“-Gebrüll. ◆



R. FUCHS / OUTLINE

Rapper Miller: *„Meine Firma braucht mich“*

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

ASTRONOMIE

Sternengräber im Visier



R. GAILLARDE / GAMMA / STUDIO X

US-Radioteleskop in New Mexico

Im Februar 1997 schossen japanische Wissenschaftler den Forschungssatelliten Halca ins All. Sein Hauptinstrument: ein Radioteleskop mit einer Antenne von nur acht Meter Durchmesser – bescheiden, verglichen mit den bis zu hundert Meter messenden erdgebundenen Forschungsgeräten. Die stark exzentrische Umlaufbahn von Halca, die den Satelliten bis zu 21 400 Kilometer von der Erde wegführt, ermöglicht es den Astronomen jedoch, Radiowellen aus den Tiefen des Universums so punktgenau zu lokalisieren, als verfügten sie über ein gigantisches Lauschgerät von 25 000 Kilometer Durchmesser. Indem sie jeweils einen Himmelspunkt atomuhrengenau zur selben Zeit von Halca und mit großen Radioteleskopen wie Effelsberg in der Eifel oder dem „Very Large Array Telescope“ in der Wüste von New Mexico anpeilten, konnten sie die Struktur von exotischen Radioquellen mit bislang unerreichter Präzision darstellen. Das erreichte Auflösungsvermögen entspricht etwa der Fähigkeit, diese SPIEGEL-Seite noch aus mehr als 10 000 Kilometern zu erkennen. Wie das 53köpfige internationale Forscherteam jetzt mitteilt, konnten mit der Methode erstmals die Größe des Zentrums von Quasaren bestimmt und die Bewegungen der gewaltigen Strahlungsströmungen nahe dem Mittelpunkt dieser Rätselsterne beobachtet werden. Vor allem tragen die Beobachtungen dazu bei, die bizarre Welt der massereichen Schwarzen Löcher besser zu verstehen, jener im Zentrum fast aller Galaxien vermuteten Grabstätten von Millionen oder gar Milliarden Sternen, die von der Erde aus nur indirekt als Strahlenquellen wahrzunehmen sind.

MEDIZIN

Herzschäden durch Fettbremse

Wer die im letzten Jahr von den Herstellern freiwillig vom Markt genommenen Appetitzügler mit den Wirkstoffen Fenfluramin oder Dexfenfluramin (in Deutschland als Ponderax und Isomeride vertrieben) über längere Zeit oder in hoher Dosis eingenommen hat, sollte sein Herz per Ultraschall („Echokardiographie“) auf mögliche Schädigung der Klappen untersuchen lassen. Das ist das Fazit von drei Studien, die im „New England Journal of Medicine“ veröffentlicht wurden. So fand eine Forschergruppe in Minneapolis, daß bei 53 von 233 Patienten, die solche Appetitzügler eingenommen hatten, die Funktion der Aorten- oder der Mitralklappe beeinträchtigt war, ein Teil des ins Herz gepumpten Blutes floß wieder zurück. In einer Kontrollgruppe von 233 alters- und gewichtsgleichen Personen, die keine der Fettbremsen konsumiert hatten, waren dagegen nur drei Klappengeschädigte zu finden.



M. MEADOWS / SCIENCE PHOTO / AGENTUR FOCUS

Herzuntersuchung mit Ultraschall

ERNÄHRUNG

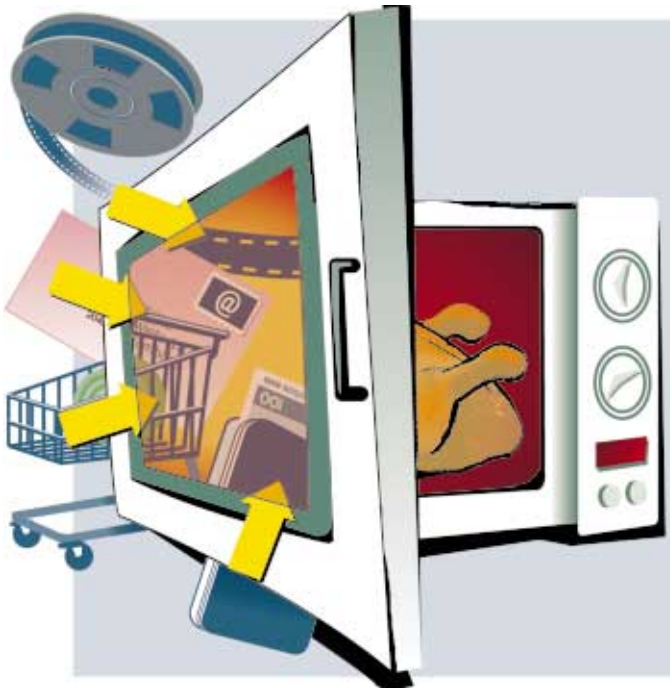
Heu gegen Bakterien

Nicht lange genug gebratene Hamburger haben schon häufig zu Lebensmittelvergiftungen geführt, mitunter sogar mit tödlichem Ausgang. Schuld sind fast stets einige besonders schädliche Stämme des sonst eher harmlosen Bakteriums Escherichia coli. Mikrobiologen der amerikanischen Cornell-Universität haben nun herausgefunden, woher die gefährlichen Escherichia-coli-Bakterien im Rindfleisch kommen und was sich gegen die Verseuchung tun läßt. Um das Fleisch der Schlachttiere möglichst zart zu halten, werden die Rinder in den letzten Tagen mit stark getreidehaltigem Futter gemästet – das aber sei die Quelle allen Übels, sagen die Cornell-Forscher. Füttere man die Rinder in den letzten vier oder fünf Tagen vor dem Schlachttermin hingegen mit frischem Gras oder Heu, sei die Gefahr einer Escherichia-coli-Infektion gebannt.



A. RIEDMILLER / DAS FOTOARCHIV

Rinderfütterung



KÜCHENGERÄTE

Broiler aus dem Rechner

Schon lange überlegen die Computerhersteller, wie sie mit ihren Rechenmaschinen in die Haushaltungen vordringen könnten. Wie wäre es, wenn sich ein Mikrowellengerät zum Küchencomputer aufrüsten ließe? Diesen Weg beschritt jetzt der Weltkonzern NCR, der normalerweise Banken mit Rechentechnik ausstattet. NCR hat den Prototypen eines neuen Ofens namens Microwave Bank vorgestellt. Statt mit dem üblichen Sichtfenster ist das Gerät mit einem Bildschirm ausgestattet, der auf Berührung reagiert. Der Mensch, dem die rechte Idee zum Kochen fehlt, tippt auf eine Schaltfläche, und die Mikrowelle besorgt ihm auch neue Rezepte aus dem Internet. Auch bei der Lagerhaltung kann der Apparat helfen: Wenn das Senfglas leer ist, zieht man es einfach an der Mikrowelle vorbei, schon steht Senf auf der Einkaufsliste – in der Zauberkiste ist ein Barcode-Lesegerät eingebaut. Natürlich kann die NCR-Neuheit auch Bestellungen beim Online-Händler aufgeben und danach den Kontostand bei der Bank abfragen. Die Barclays Bank hat schon versichert, sie wolle eines Tages solche Küchengeräte fürs Online-Banking einsetzen.

FOTOGRAFIE

Wechselhafte Optik

Wer mit der Anschaffung einer digitalen Kamera liebäugelt, steht vor dem gleichen Dilemma, das Computerkäufer plagt: Bald schon wird es Besseres billiger geben, und teure Spitzentechnik von heute ist morgen nur noch Ramsch. Eine Kamera in Modulbauweise, die Minolta auf der Photokina vorstellte, soll von diesen Qualen erlösen. Kameragehäuse, Objektiv und Bildsensor sind



Minolta-Kamera Dimâge EX

voneinander unabhängig auswechselbar. Die Dimâge EX (Preis: circa 2000 Mark) gibt es mit Zoom- oder Weitwinkelobjektiv. Die Firma verspricht: Sollten die 1,5 Millionen Bildpunkte des Sensors nicht mehr Stand der Technik sein, werde man das Modul gegen ein höher auflösendes auswechseln können. Computerbesitzer bleiben skeptisch – oft ist es teurer, die „Upgrades“ anzuschaffen, als ein Gerät der neuesten Generation zu kaufen. Ob das auch für Kameras gilt, bleibt einstweilen offen.

FERNSEHEN

Raubvogel



Motorola Blackbird

Kleine Boxen, die den Fernseher an die Weiten des Internet anschließen, gibt es einige. Doch unter PC-Enthusiasten galten sie bisher eher als Computer für Arme. Ein neues Gerät namens Blackbird, entwickelt von dem Halbleiterkonzern Motorola, will vom nächsten Jahr an nicht nur dem Heimcomputer, sondern auch den beliebten Spielekonsolen Konkurrenz machen. Blackbird spielt zusätzlich Filme von modernen DVD-Scheiben ab; auch 3D-Computerspiele laufen auf dem Gerät – angeblich in bisher unerreichter Geschwindigkeit und Detailtreue. Mit speziellen Multimedia-Chips der Firma VM Labs übertrifft die Unterhaltungsmaschine, so die Entwickler, die bestausgebauten PC, die derzeit auf dem Markt sind.

ZUBEHÖR

Von hinten ins Ohr

Rüttelnde Joysticks, die den PC-Spieler ruppige Lenkmanöver virtueller Flugzeuge oder Rennwagen spüren lassen, gibt es schon. Was fehlt, ist die lebensechte Geräuschkulisse: durch den Raum schwirrende Geschosse oder quietschende Reifen, die sich von hinten nähern. Dem Mangel will Hi-Fi-Hersteller Sennheiser abhelfen: Der „Surrounder“ ist eine lautsprecherbewehrte Halskrause, die sich der Computerpilot um die Schultern legt (Preis: circa 400 Mark). Wer dazu noch eine vierkanalige Soundkarte einsetzt, kann sich mit markerschütterndem Raumklang aus allen Richtungen beschallen lassen. Auch für das Wohnzimmer soll der Hörkragen geeignet sein: Der zusätzliche Signalprozessor (bei der Variante „Surrounder Pro“) erzeugt aus dem Stereoton von Fernseher oder Videorecorder echten Rundum-Sound – die Signale werden im Dolby-Pro-Logic-Format wiedergegeben. Allerdings ist das ausladende Plastikteil beim Genuß von Bier und Kartoffelchips ein wenig hinderlich.

Surrounder



Werbeseite

Werbeseite

TIERE

Menschen sind auch nur Pferde

Monty Roberts ist der Mann, der mit den Rössern spricht – wie im neuen Film vom „Pferdeflüsterer“. Auf seine sanfte Tour hat er wilde Pferde gezähmt und seelenkranke Gäule geheilt. Nun will der berühmteste Cowboy der Welt auch den Menschen helfen.

Sanft streichelt der breitschultrige Reiter seinem Pferd über den Hals. „Braver Dually“, flüstert er ihm ins Ohr. Der braune, muskulöse Wallach schnaubt zufrieden ab. Über verbranntes Gras galoppieren sie in den Sonnenuntergang.

Plötzlich stoppt der Mann sein Pferd. Er streckt den rechten Arm aus und zählt ab, wie viele seiner Finger zwischen Sonnenscheibe und Horizont passen. „Nach meiner Cowboyuhr“, murmelt er, „wird es in 20 Minuten dunkel, wir müssen uns beeilen.“

„Schnitt!“ ruft der Kameramann. „Könnten wir die letzte Szene noch einmal wiederholen?“ Wortlos wendet der Reiter ab, den Hügel runter. Jetzt spielt er die Marlboro-Rolle perfekt, nur die glühende Zigarette fehlt. Die Fernsehleute aus Germany sind zufrieden: „Danke, Monty, es reicht.“

Monty Roberts steigt erschöpft vom Pferd. Sein Rücken schmerzt. Er klopft sich den Staub von der Jeans und nimmt einen kräftigen Schluck Diät-Pepsi. „Das war mein vierter Fernsehauftritt heute“, stöhnt er, „ein ganz normaler Tag im Leben von Monty Roberts.“

Der 63jährige Kalifornier ist der berühmteste Cowboy der Welt. Seine Autobiographie hat sich bis jetzt rund zweimillionenmal verkauft, in 13 Sprachen wurde das Buch übersetzt. Seit über einem Jahr stehen seine Erinnerungen auf der Bestsellerliste der „New York Times“, fast ebensolang auch auf der des SPIEGEL.

Er ist der Mann, „der mit den Pferden spricht“. Wie Hexerei wirken auf Laien seine Trainingsmethoden, mit denen er – ohne jede Gewalt – selbst wilde Pferde zähmt. Auch vor aggressiven Pferden, die sich nach übler Behandlung in Bestien verwandelt haben, hat er keine Angst. Viele solcher Tiere hat er schon geheilt.

Die sanfte Tour kommt an. Sich mit der gequälten Kreatur zu versöhnen ist offenbar ein tiefes Bedürfnis des naturentfremdeten Zivilisationsmenschen. Sonst hätte auch Greenpeace nicht einen solchen Wal-Erfolg.

Der Roberts-Rummel trägt fast schon religiöse Züge. Wie eine Mischung aus Pop-Star und Erweckungsprediger reist er durch die Lande. Vor Tausenden von Fans de-



FOTOS: A. KOESTER / SYGMA

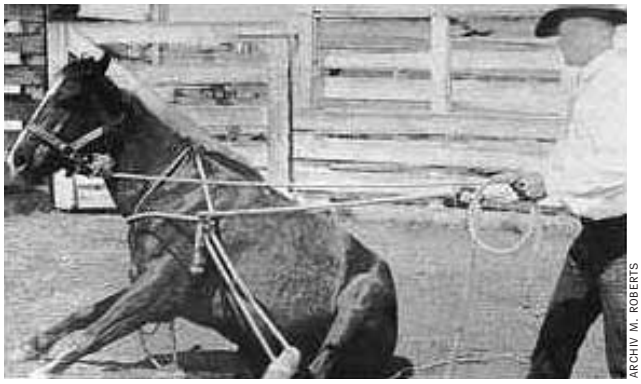
Pferdetrainer Roberts, Vollblutstute
„Jetzt sagt sie – sei mein Leittier“

monstriert er seine Dompteurnummern – und überschreitet auch schon mal die Grenze zum Gauklertum.

Ein heißer Augustabend in Denver, Colorado. An die 4000 Besucher schwitzen in der städtischen Reitarena. Monty Roberts läuft auf und ab, macht Lockerungs- und Atemübungen. Zwei junge Pferde will er nacheinander einreiten, jedes in weniger als 30 Minuten.

Doch die beiden Rösser sind zu abgelenkt, sie spielen nicht richtig mit. Das eine buckelt den Reiter ab; das andere wühlt im Sand nach Grashalmen. Aber Entertainer Roberts läßt im Publikum keine Irritationen aufkommen: „Sie haben heute etwas Einmaliges erlebt." Dann herzt er seine Frau Pat, mit der er seit über 40 Jahren verheiratet ist – Riesenbeifall. Manche Zuschauer himmeln ihn an, als wäre er soeben übers Wasser gelaufen. Fehlt nur noch die Taufe mit Pferdeurin.

Bei einem Auftritt Anfang September im englischen Frensham klappt es besser. Roberts soll ein Problem-Pferd behandeln. Seit der 17jährige Fuchswallach sich bei einem Verkehrsunfall im Pferdeanhänger schwer verletzt hat, kriegt er jedesmal die Panik, wenn er verladen werden soll. In aller Ruhe läßt Roberts das Tier so lange abwechselnd zwei Schritte vor und zwei Schritte zurücktreten, bis es ihm gelangweilt in den Anhänger folgt.



ARCHIV M. ROBERTS

Vater Marvin Roberts: *Tagelange Folter*



Roberts beim TV-Interview: *„Mein vierter Auftritt heute"*

Die Farm des Wunderheilers, zwei Autostunden nördlich von Los Angeles im Santa-Ynes-Tal gelegen, ist längst zu einer Art Wallfahrtsort geworden. Neuerdings trainiert der Pferdemann dort sogar Manager von Weltkonzernen.

Führungskräfte von Disney, AT&T oder General Motors waren schon da. Die Manager von VW Amerika kamen gleich mit drei Bussen angereist. „Anfangs schauten wir uns nur gegenseitig an und fragten uns: Wo stehen die Cocktails?" erzählt Unternehmensanwalt Joseph Folz. Dann waren die Wirtschaftslenker aber doch sehr beeindruckt.

Neugierig guckten sie zu, wie die jungen Pferde Monty Roberts gehorchten, ohne daß er brüllte oder eine Peitsche schwang. „Ich zwinge sie zu nichts", sprach der Pferdemann, „sondern schaffe eine Atmosphäre, in der sie für mich arbeiten wollen."

Die Automanager hatten verstanden. Clive Warrilow, Chef von VW Amerika, ist inzwischen einer der größten Bewunderer von Roberts. „Unsere Unternehmenskultur basiert jetzt auf Ermutigung und nicht mehr auf Zwang", erklärt Warrilow, „genau wie es Monty Roberts mit seinen Pferden vormacht." Den Herren in der VW-Konzernzentrale in Wolfsburg ist diese Bekehrung allerdings eher peinlich.

Als die Führungskräfte von Ford zusahen, wie zärtlich Roberts mit den Rössern umging, kam es zu einem Zwischenfall. Fünf Ford-Frauen hatte die Vorführung so bewegt, daß sie in Ohnmacht fielen. Sie waren wohl, so wurde gleich geraunt, als Mädchen mißhandelt worden.

Auch als Sozialarbeiter der Nation ist der Cowboy mit dem melancholischen Gesichtsausdruck immer öfter gefragt. Schließlich sind Menschen auch nur Pferde. Jede Woche kriegt er 100 Briefe, darunter seitenlange Lebensbeichten. Junkies wollen von ihm wissen, wie sie von der Nadel wegkommen. Eßgestörte bitten um Rat. Lehrer möchten lernen, wie sie ihre Schüler besser motivieren können.

Mit viel Pathos erzählt Roberts die Geschichte von dem wettergegerbten Cowboy, der nach einer Vorführung in Memphis, Tennessee, zu ihm kam. Schluchzend habe der zerzauste Typ gestanden, daß er ständig seine kleinen Töchter schlage. Daraufhin habe er den weinenden Cowboy in den Arm genommen, eine Jugendfürsorgerin aus dem Publikum habe ihre Hilfe angeboten – alles wird gut.

„Gewalt ist niemals die richtige Antwort", predigt Monty Roberts. „Ich glaube, daß meine Methode bei Menschen noch mehr helfen kann als bei Pferden."

Gehen allmählich die Pferde mit ihm durch? Roberts genießt es geradezu, von einem Termin zum nächsten zu hetzen. Jeden Abend schluckt er Melatonin-Tabletten, damit er mit nur fünf Stunden Schlaf auskommt. „Das ist jetzt meine Stunde im Sonnenschein", sagt er. „Fast mein ganzes Leben mußte ich meine Ideen vor anderen Menschen verstecken."

Als er 1935 geboren wurde, arbeiteten seine Eltern auf einer Rodeoanlage in der kalifornischen Kleinstadt Salinas. Monty war ein Wunderknabe. Mit vier Jahren ritt er die schwierigsten Dressurmanöver und gewann sein erstes Turnier. Als Achtjähriger doubelte er Kinderstars in Hollywoodfilmen; anstelle der kleinen Liz Taylor ließ er sich in Mädchenkleidern vom Pferd fallen.

Doch dann wollte sein Vater Marvin Roberts einen richtigen Kerl aus ihm machen. Monty sollte lernen, wie man Pferde dazu bringt, hundertprozentig zu gehorchen – mit Gewalt und Härte.

Wie es bei den Cowboys damals üblich war, prügelte Montys Vater seine Pferde in die Unterwerfung. Beim Anreiten brach er ihren Willen. Zunächst wurden die jungen Pferde mit Stricken an Holzpfosten festgebunden. Dann schlug er mit Seilen und Säcken auf sie ein. Die Tiere gerieten in Panik, warfen sich vor und zurück, versuchten fortzulaufen und fielen dabei hin. Die Pferdefolter dauerte Tage, viele Tiere scheuerten sich blutig.

Dann wurden die Pferde gesattelt, ein Hinterbein hochgebunden. Wer bockte, wurde erst recht geschlagen. So humpelten sie durch die Reitbahn. Manche Tiere lagen schließlich, wie Pakete verschnürt, im Staub. Sie rührten sich nicht mehr. Jegliche Widerstandskraft in ihnen war erloschen. „Pferde sind gefährliche Maschinen, das darfst du niemals vergessen", bekam Monty von seinem Alten eingebleut. „Wenn du ihnen nicht weh tust, tun sie dir weh."

Doch Monty schreckte die Brutalität des Vaters ab. Der junge Roberts probierte einen anderen Weg. Er brachte ein paar rohe Pferde in einen Korral, beobachtete stundenlang ihr Verhalten. Langsam versuchte er, ihr Vertrauen zu gewinnen. Nach drei Tagen hatte er einen Wallach dazu gebracht, ihm überall hin zu folgen. Dann sattelte Monty ihn. Das Pferd blieb friedlich wie ein Lamm.

Voller Stolz demonstrierte Monty seinem Vater, was ihm gelungen war. Aber der bekam einen Wutanfall. „Was habe ich da bloß in die Welt gesetzt?" brüllte er, nahm sich eine Stahlkette und ließ sie auf

seinen Sohn niedersausen. Monty verlor vor Schmerz fast das Bewußtsein.

Mit 14 reiste er in die Gebirgssteppe von Nevada, um für Pferderennen Mustangs zu fangen. Wochenlang beobachtete er, umgeben von Pumas und Klapperschlangen, in welcher Weise die wilden Pferde miteinander kommunizierten.

Einmal sah er gebannt zu, wie eine Leitstute einen Junghengst disziplinierte, der sich schlecht benommen hatte. Immer wieder vertrieb sie den Rabauken aus der Herde. „Für ein Fluchttier bedeutet das die Todesstrafe“, so Roberts. „Wer von seiner Herde getrennt wird, fällt den Raubtieren zum Opfer.“ Erst nach Stunden ließ die Leitstute den Bösewicht zurückkehren – und schabte ihm über den Hals: „Nach dem Fegefeuer folgte der Himmel.“

Nach und nach glaubte Roberts die wichtigsten Vokabeln der Pferdesprache (die er „Equus“ nannte) entschlüsselt zu haben. Zu Hause versuchte er, die Körpersprache von Leitstuten nachzuahmen – mit verblüffendem Erfolg.

Doch als er anderen Pferdeleuten seine Experimente vorführte, wurde er ausgelacht oder als Betrüger beschimpft. Obwohl er auf Rodeos in den härtesten Prüfungen siegte (und sich dabei seinen Rücken ruinierte), hatte er bei den Cowboys seinen Ruf als Spinner und Softie weg. „Ich schwor mir, keinem Menschen mehr etwas von meinen neuen Ideen zu zeigen.“

Eisern hielt sich Monty Roberts, inzwischen ein erfolgreicher Trainer für Rennpferde, an seinen Schwur – bis sich 1988 die englische Königin bei ihm meldete. Irgend jemand hatte ihr von seinen Künsten geflüstert. Queen Elizabeth II. lud ihn auf Schloß Windsor ein.

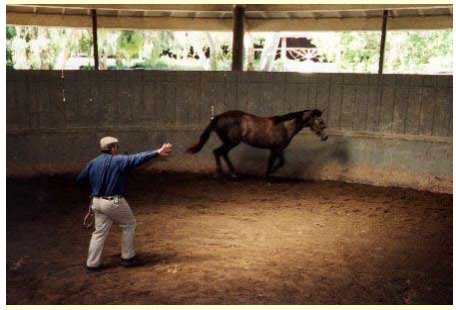
Hundert geladene Gäste warteten gespannt auf seine Vorführung. In der Loge saß die königliche Familie. „Ich war so nervös wie noch nie“, erinnert sich Roberts. Als erstes wurde eine extrem scheue Vollblutstute hereingelassen. Ihre Augen waren vor Furcht weit aufgerissen. Knapp eine halbe Stunde später trug sie ihren ersten Reiter gelassen durch die Bahn. Die Windsors waren begeistert. „Das gehört zum Schönsten, was ich je in meinen Leben gesehen habe“, sprach die Königinmutter mit Tränen in den Augen. Spontan umarmte Roberts die alte Dame. Entsetzt stürmten ihre Leibwächter herbei.

Queen Elizabeth ließ für den Cowboy eine Tour durch Großbritannien organisieren. „Diese Auftritte brachten mir erstmals breite Anerkennung“, sagt er. An die 10 000 Pferde hat er bis heute auf seine sanfte Art zugeritten.

Was ist sein Geheimnis? Was hat er, was normale Reiter nicht haben? Was macht er anders? „Wir können die Pferde schlecht in die Schule schicken, um Englisch zu lernen“, meint Roberts. „Wir müssen uns schon bemühen, in ihrer Sprache zu sprechen. Das werde ich gleich tun.“

Das Anreiten eines Pferdes

gelingt dem Kalifornier Monty Roberts innerhalb von 30 Minuten ohne Anwendung von Gewalt. Ausschnitte aus den Trainingsphasen:



Roberts treibt das Pferd in die Flucht



Wenn er damit aufhört, nähert sich das Pferd



Es läßt zunächst zu, daß es gesattelt wird ...



... versucht dann aber, ihn abzuschütteln



Schon wenig später kann es geritten werden

FOTOS: A. KOESTER / SYGMA

Diesmal will er zu Hause auf seiner Farm eine 18 Monate alte Vollblutstute anreiten, die bald ihr erstes Rennen laufen soll. Wie ein Zirkusdirektor in seiner Manege steht er in seinem „round pen“. Dabei handelt es sich um einen kreisrunden, tennisplatzgroßen Sandplatz, der von zweieinhalb Meter hohen Wänden umschlossen ist. Der round pen ähnelt einem überdimensionalen Holzfaß.

Felipe Castro, sein mexikanischer Helfer, führt die junge Stute herein. Ängstlich läuft sie herum, vor Aufregung schlägt sie mit dem Schweif. Roberts streichelt sie am Kopf. Dann weicht er ein paar Schritte zurück, richtet sich auf und schaut dem Tier streng in die Augen. Auf einmal hebt er seine Arme und spreizt seine Finger, die für das Pferd aussehen wie die Krallen einer Raubkatze.

Die Stute flieht erschrocken. Runde um Runde galoppiert sie um ihn herum. Mit einem Seil, das er in ihre Richtung schleudert, scheucht er sie weiter die Wand entlang. „Einen Puma hätte sie längst abgeschüttelt, aber ich bin immer noch da“, erklärt Roberts. „Jetzt muß sie sich was überlegen.“

Während sie weiter rennt, richtet sie ein Ohr auf den Mann in der Mitte. „Das ist das erste Zeichen des Respekts. Als nächstes wird sie anfangen zu kauen und sich das Maul zu lecken.“ Eine Minute später fängt die Stute an zu kauen und sich das Maul zu lecken. „In ihrer Sprache sagt sie: Erlöse mich davon, weglaufen zu müssen, nimm mich in deine Herde auf. Gleich wird sie den Kopf senken.“ Kurz darauf nimmt die Stute den Kopf herunter und bläst in den Sand vor ihren Hufen. „Jetzt sagt sie – bitte, sei mein Leittier.“

Nun ändert Monty Roberts seine Körperhaltung, schaut sie nicht mehr direkt an, wendet sich ab, senkt seine Arme, bleibt regungslos stehen. Die Stute stoppt ihren Lauf. Zögernd geht sie auf ihn zu. Langsam dreht er sich um und streichelt sie zwischen den Augen. Zufrieden trottet sie jetzt hinter ihm her, wie ein Schoßhund, der seinem Herrchen folgt.

„Sie hat sich mir angeschlossen, das ist wahrscheinlich der aufregendste Moment in ihrem bisherigen Leben“, verkündet Roberts. „Das Satteln ist jetzt nur noch eine Formalität.“

Mit seiner Technik hat Roberts sogar schon einen Mustanghengst angeritten – in der freien Wildbahn. Drei Tage und Nächte ritt er hinter dem Pferd her, ehe er dessen Vertrauen gewonnen hatte (oder das Tier, wie Spötter meinen, erschöpft aufgab). Ausführlich schildert er dieses Abenteuer in seinem neuen Buch, das Anfang Oktober in Deutschland erscheint*.

„Mit Hokuspokus hat das alles aber nichts zu tun, ich habe keine magischen

* Monty Roberts: „Shy Boy“. Gustav Lübbe Verlag, Bergisch Gladbach; 240 Seiten; 49,80 Mark.

Werbeseite

Werbeseite

Fähigkeiten“, behauptet Roberts. „Ich war nur der erste Mensch, der ihre stumme Sprache verstanden hat. Aber auch jeder andere kann nach meiner Methode lernen, mit den Pferden zu kommunizieren.“

Ein solches Versprechen hilft sicher, den Verkauf der eigenen Lehrvideos anzukurbeln. Doch in Wahrheit kann keine Rede davon sein, daß Monty Roberts wirklich Dialoge mit Pferden führt. „Es ist leider eine herrliche Phantasie, zu glauben, die Pferde würden mit einem sprechen“, erklärt der Freiburger Ethologe Klaus Zeeb, der über 40 Jahre lang das Verhalten dieser Tiere erforscht hat.

Wenn ein Pferd etwa nach einigen Galopprunden den Kopf herunterstreckt, so ist das meist einfach nur ein Zeichen der Entspannung,. „Eine Unterlegenheitsgeste sieht völlig anders aus“, erklärt Zeeb, „im übrigen nehmen Pferde einem Menschen gegenüber ohnehin niemals eine Demutshaltung ein.“

Dennoch verhält sich Roberts intuitiv sehr geschickt. Indem er die Pferde abwechselnd forttreibt und dann wieder zu sich läßt, lernt er sehr genau die Reaktionen des einzelnen Tieres kennen. „Monty Roberts hat ein phänomenales Einfühlungsvermögen und gewinnt deshalb schnell das Vertrauen selbst eines scheuen oder mißtrauischen Tieres“, urteilt Zeeb. „Roberts Instinkt können seine Anhänger aber auch durch noch so viele Lehrgänge nicht lernen.“

Immerhin lobt der Verhaltensforscher Roberts für seine gewaltfreie Botschaft. „Im Gegensatz zu vielen Berufs- und Hobbyreitern“, so Zeeb, „hat er begriffen, daß man Pferden ohne Gewalt und Unterwerfung viel schneller etwas beibringen kann.“

Das wußte allerdings vor 2400 Jahren auch schon Xenophon, der Urvater aller Reitlehrer. „Was das Pferd gezwungen tut, das versteht es nicht“, brachte er seinen Schülern bei. „Es ist auch nicht schön, ebensowenig wie man einen Tänzer anpeitscht oder sporniert.“

Doch im rauhen Westen gerieten die Lehren des alten Griechen in Vergessenheit. Besonders in Amerika ist es bis heute noch weit verbreitet, Pferden auf grausame Weise den Willen zu brechen.

Besonders ärgert Roberts, daß eine solche Hau-drauf-Methode ausgerechnet in dem neuen Hollywood-Liebesfilm „Der Pferdeflüsterer“ propagiert wird. Der fiktive Cowboy Tom Booker – gespielt von Robert Redford – soll ein wildgewordenes Pferd therapieren, das jegliches Vertrauen zu Menschen verloren hat. Zuerst versucht der Held es durch gutes Zureden. Als er damit nicht weiterkommt, fesselt und unterwirft er das Tier.

„Als hätte mein Vater Regie geführt“, schimpft Monty Roberts. „Dieser Film verbreitet eine furchtbare Botschaft“ (siehe Seite 263).

Erst kürzlich hat Roberts ein Pferd kuriert, das mindestens ebenso durchgeknallt war wie in dem Redford-Film. Blushing ET war von seinem Besitzer extrem schlecht behandelt worden. Nun griff es ohne Vorwarnung mit gebleckten Zähnen an. Kaum noch jemand traute sich in seine Nähe. „Seine Gewalt entlud sich explosionsartig, es war gefährlich hoch zehn“, sagt Roberts.

Erst nach Tagen kam ihm die rettende Idee: Er näherte sich Blushing ET von einem Pferd aus – das war der Durchbruch. „Pferde, die von Männern am Boden mißhandelt wurden“, so Roberts, „reagieren ganz anders auf einen Mann zu Pferd.“



A. KOESTER / SYGMA

Roberts beim Ausritt: *Perfekt in der Marlboro-Rolle*

Einen seiner schwierigsten Fälle löste er in Deutschland. Dem Vollbluthengst Lomitas stand eine große Zukunft auf der Rennbahn bevor. Er hatte schon einige Galopprennen gewonnen, da trat Anfang 1991 ein Problem auf: Lomitas wollte nicht mehr in die Startbox. In Köln kam es zum Desaster: Zwölf Männer versuchten minutenlang, ihn in die Startbox zu bugsieren; Lomitas war stärker. Das Rennen begann ohne ihn. Hinterher wurde über den Hengst ein lebenslanges Startverbot verhängt.

Verzweifelt rief der (Anfang Juni verstorbene) Rennstallbesitzer Walther J. Jacobs („Jacobs Kaffee“) aus Bremen, dem der Hengst gehörte, den kalifornischen Pferdepsychologen um Hilfe. Der Kaffee-König hatte von Roberts Audienz bei der Queen erfahren. Noch heute erinnert sich Monty Roberts genau an seine erste Begegnung mit Lomitas: „Selten habe ich ein so selbstbewußtes und so perfekt gebautes Pferd gesehen.“

Innerhalb von einigen Stunden brachte er den Hengst dazu, ihm überall hin zu fol-

Werbeseite

Werbeseite

gen – wenn es sein mußte, sogar in die unheimliche Startbox.

Das Startverbot wurde aufgehoben, zehn Tage später gewann Lomitas wieder ein Rennen. Am Ende der Saison war er das Pferd mit der bis dahin höchsten Gewinnsumme in der deutschen Rennsport-Geschichte. Walther Jacobs schloß mit Monty Roberts einen Exklusivvertrag ab. Alle paar Monate fliegt er seither nach Deutschland, um die jungen Jacobs-Rennpferde auszubilden.

Um Roberts eigene Vollblüter kümmert sich derweil Crawford Hall. Jeden Morgen ist der Mann in dem Elektrorollstuhl der erste auf der Anlage und fährt durch die Ställe. 1974 hat ihn ein junges Pferd abgeworfen, er brach sich das Genick. Monty Roberts machte den langjährigen Freund zum Trainingsleiter seiner Farm.

Aufmerksam sieht der Mann mit dem türkisblauen Anorak und dem hellen Sonnenhut zu, wie die Pferde mit ihren Jockeys über die Rennbahn jagen. Eine Reiterin versucht verzweifelt, ihren Hengst

Wie ein genialer Torwart hechtet der Wallach immer in die richtige Ecke

zu bremsen. „Soll sie ihn doch laufen lassen“, nuschelt Hall. „Wohin soll er schon fliehen? Rechts ist der Atlantik und links der Pazifik.“ Das sagt er in solchen Fällen immer.

Der gelähmte Hall redet viel und gern. Auch darüber, was er an Monty Roberts am meisten bewundert. „Kein anderer kann sich so schnell auf ein neues Pferd einstellen wie er“, sagt er. „Setze ihn auf ein unbekanntes Tier. Innerhalb kürzester Zeit kennt er dessen Stärken und siegt auf Turnieren.“

Crawford Hall rollt über den Hof und begrüßt die ersten Monty-Touristen des Tages, darunter eine Familie aus Bayern und eine Heilpädagogin aus Tübingen. Klar, alle haben seine Autobiographie gelesen. Ihr Meister erscheint. Geduldig signiert er Bücher und T-Shirts.

Und dann gibt es noch eine Zugabe. Monty Roberts sattelt Dually. Der Wallach ist darauf trainiert, Rindviecher von ihrer Herde zu trennen. Monty ruft den kleinen Till aus Bayern in die Reitbahn: „Till, kannst du mal die Kuh spielen?“

Das Kind soll versuchen, seitwärts an dem Pferd vorbeizulaufen. Keine Chance. Wie ein genialer Torwart, der beim Elfmeter immer die richtige Ecke ahnt, hechtet Dually katzengleich nach links oder nach rechts und versperrt Till jedesmal den Weg.

Reiter Monty Roberts freut sich wie ein kleiner Junge beim Kriegenspielen. „Ich weiß ja auch nicht, ob es im Himmel Pferde gibt“, sagt er lächelnd. „Aber falls es dort keine gibt, will ich da gar nicht hin.“

Olaf Stampf

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Wir zahlen alle drauf“

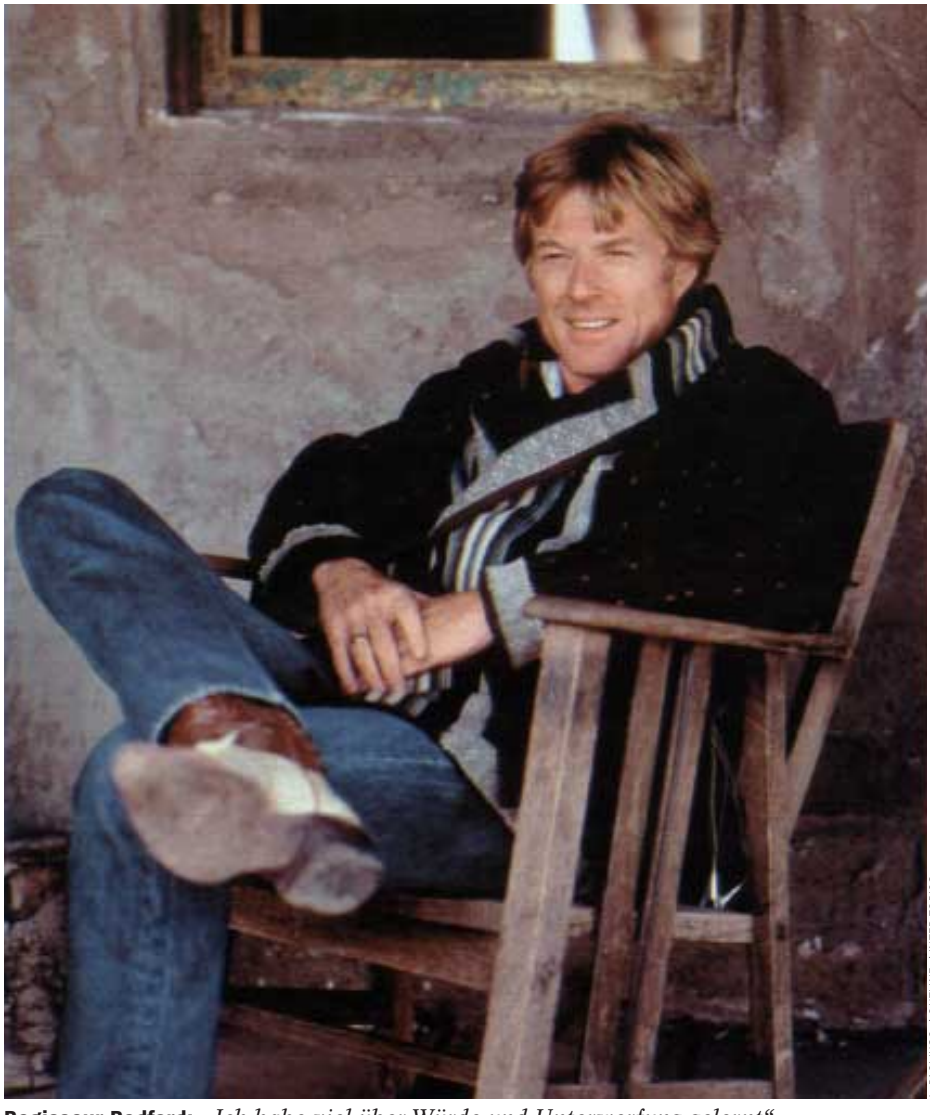
Der US-Regisseur und Schauspieler Robert Redford über den nötigen Respekt vor der Natur, das Leben als Farmer und seinen jüngsten Film „Der Pferdeflüsterer“

SPIEGEL: Mr. Redford, Sie haben mal gesagt, Glück sei für Sie, auf Ihrem Pferd durch Utah zu reiten. Haben Sie nach so vielen Monaten Arbeit an Ihrem Film „Der Pferdeflüsterer“ noch Lust dazu?

Redford: Ehrlich gesagt wollte ich unmittelbar nach dem Dreh erst mal kein Pferd mehr sehen. Aber grundsätzlich entspricht das immer noch meiner Vorstellung von Glück. Am liebsten reite ich auf meiner Farm in Utah kurz vor Sonnenuntergang los. Es herrscht zu dieser Stunde eine seltsame Stille, und die Tiere verhalten sich plötzlich anders. Das Licht wird intensiver. Dann kommt der unglaublich schöne Moment, wenn das Zwielicht in die Dunkelheit übergeht. Ich liebe diesen Augenblick, er ist so wunderbar ruhig.

SPIEGEL: Der Pferdeflüsterer Tom Booker, den Sie spielen, sagt einmal, Pferde seien die besten Lehrer. Was haben Sie von Ihren Pferden gelernt?

Redford: Viel über Würde und Unterwerfung. Irgendwann hatte der Mensch die Idee, er könne das Pferd für seine Zwecke nutzen, zum Reiten oder als Arbeitstier auf dem Feld. In diesem Moment gab es einen Bruch in der Beziehung. Die Unterwerfung hat das Vertrauen zerstört. Der Pferdeflüsterer Tom Booker, der kein Intellektueller ist, begreift, daß man an diesem Punkt wieder ansetzen muß. Er läßt das Pferd für einen Moment dem Menschen gleich sein und hört sich an, was es zu sagen hat.



J. PAGLIUSO / OUTLINE / INTER-TOPICS

Regisseur Redford: *„Ich habe viel über Würde und Unterwerfung gelernt“*

SPIEGEL: Hören Sie Ihren Pferden zu?

Redford: Als ich als Kind zu reiten anfing, war völlig klar, daß man sie schlagen und dominieren muß, damit sie gehorchen. Aber je mehr Zeit ich mit den Tieren verbrachte, desto besser verstand ich, daß ein gutes Verhältnis auf Vertrauen statt auf Unterwerfung aufbauen muß. Man zeigt dem Pferd nicht, wer der Boß ist, sondern daß man es verstehen will. Das gibt dem Pferd die Chance, von sich aus Zeichen zu geben. Es fängt an, sich zu entspannen.

SPIEGEL: Am Ende Ihres Films, der auf dem Bestseller von Nicholas Evans basiert, bindet Tom Booker ein Bein des Pferdes hoch und zwingt es schließlich doch in die Unterwerfung. Ist das nicht genau die Brutalität, die Pferdeflüsterer ablehnen?

Redford: Ich habe diese Methode selbst angewandt. Sie sieht nur so brutal aus. In Wahrheit will Booker die letzten noch verbliebenen negativen Energien und Ängste des Tieres brechen. Als ihm das auf dem sanften Weg nicht gelingt, zwingt er das Pferd zu Boden. Dann steigt der Mann auf das Pferd und fängt an, es zu streicheln. Er könnte es verletzen, aber er tut es nicht. Das begreift das Tier, und daraus entwickelt sich Vertrauen.

SPIEGEL: Das klingt nach einer Botschaft des Filmemachers Redford ans Publikum.

Redford: Ich glaube, wenn ich mit meinen Filmen nichts erreichen wollte, hätte ich gar nicht die Energie, sie überhaupt anzufangen.

SPIEGEL: Und was hat Ihnen dieses Mal den nötigen Energieschub verschafft?

Redford: Die Geschichte, die der Film erzählt, ist eine Metapher für das Gleichgewicht zwischen Mensch und Natur. Weil wir so arrogant sind zu glauben, wir könnten der Natur den Respekt verweigern, zerstören wir dieses Gleichgewicht, auf das wir für unser eigenes Überleben angewiesen sind. Wir fliegen zu nah an der Sonne, gerade jetzt, in unserer Zeit. Leute wie der Rancher und Pferdeflüsterer Tom Booker, die das verstehen und entsprechend leben, sind eine bedrohte Art. Ihnen wird das Land weggenommen, von Immobilienmaklern, denen es nur um das schnelle Geld geht. Die Rancher können der Versuchung nicht widerstehen, weil die Erträge ihrer Farmen nicht ausreichen. Am Ende zahlen wir alle drauf.

SPIEGEL: Sie selbst betrifft das sicher weniger.

Redford: Stimmt. Aber die Familie, auf deren Farm in Montana wir gedreht haben, lebt zum Beispiel von der Hand in den Mund. Um sie herum verkaufen die Bau-

Das Gespräch führten die Redakteurinnen Bettina Musall und Marianne Wellershoff.

ern ihr Land, weil sie der Verlockung des Geldes erliegen. Ich wollte das Farmerleben zeigen, ehe es nur noch Erinnerung ist.

SPIEGEL: Geht es im Film nicht in erster Linie um Liebe?

Redford: Ja, aber um ganz unterschiedliche Liebesgeschichten. Mir ist die wiederentdeckte Liebe zwischen Mutter und Tochter am wichtigsten. Aber es gibt auch die Liebe des Kindes zum Pferd, die Liebe der Bauernfamilie zu ihrem Land, Bookers Liebe für seine Arbeit und die Liebesaffäre zwischen Booker und der Mutter.



FOTOS: BUENA VISTA

Redford als Trainer Booker: *„Negative Energien brechen“*

SPIEGEL: Die ist eine zickige Chef-Intellektuelle aus New York. Ihre Tochter hatte einen schweren Reitunfall, und nun bringt sie Kind und Pferd zur Therapie aufs Land. Dort prallt sie auf den selbstzufriedenen Naturburschen – ist diese Konstellation nicht ein bißchen simpel?

Redford: Nein, sie trifft den typisch amerikanischen Kontrast zwischen Ost und West. Den kenne ich aus eigener Erfahrung. Ich habe meine Karriere am Broadway begonnen und mit meiner Familie an der Ostküste gelebt. Aber mein Herz gehört dem Westen, wo ich geboren bin.

SPIEGEL: Nicht nur das Pferd geht im Film zu Boden, auch die Frau büßt all ihre Sicherheiten ein. Sie wird arbeitslos und kehrt reumütig zu ihrem Mann zurück. Soll das ein Happy-End sein?

Redford: Warum nicht? Annie hat gegen alles angekämpft, ihre Gefühle, ihre Unsicherheit, ihre Sehnsüchte unterdrückt. Erst als sie sich und die Tochter dem Pferdeflüsterer anvertraut und sich damit abfindet, daß sie nicht alles unter Kontrolle hat, findet sie zu sich selbst.

SPIEGEL: Sie beginnt als erfolgreiche, berufstätige Frau und endet als Hausmütterchen. Eine steile Karriere.

Redford: Sie muß nicht arbeitslos bleiben, wenn sie nicht will. Aber Annie will dieses alte Leben ohne echtes Zentrum nicht mehr. Instinktiv weiß sie, daß ihr etwas gefehlt hat, was sie mit immer härterer Arbeit kompensierte. Darum macht sie schließlich die Familie zum Lebensmittelpunkt.

SPIEGEL: Ist das Ihr Beitrag zur Rückbesinnung auf traditionelle Werte, wie es in den USA derzeit Mode ist?

Redford: Sie meinen sicher die „family values“. Ich hasse den Ausdruck. Den haben ein paar ultrakonservative Rechte erfunden. Diese Family values sind ein Mythos, ein inhaltsloser Werbeslogan irgendwelcher Politiker. Amerika ist voll von kaputten Familien. Aber es gibt auch eine Bewegung, die von Frauen ausgeht, die im Beruf Karriere gemacht haben, alles ausprobiert haben und nun, in den Enddreißigern oder frühen Vierzigern, erkennen, wie wichtig es ist, ein Kind zu bekommen und Zeit mit ihm zu verbringen. Das ist viel wichtiger und authentischer, als ideologisch von Family values zu schwadronieren.

SPIEGEL: Also ist Annies Verzicht auf die Karriere gewissermaßen ein feministisches Statement?

Redford: Jede Frau hat das Recht zu tun, was sie will, und wenn sie Hausfrau sein will, ist das auch in Ordnung. Aber egal, was sie tut, sie sollte glücklich damit sein.

SPIEGEL: In der Romanvorlage bleibt Annie von Tom wenigstens ein gemeinsames Kind. Das haben Sie im Film gestrichen.

Redford: Das hat sich erst während der Dreharbeiten ergeben, da bekam der Film quasi eine eigene Stimme. Mir selber und Kristin Scott Thomas, die Annie spielt, wurde klar, daß sich die Frau zwischen ihrem Geliebten und der Tochter entscheiden muß. Was ihr bei all der sexuellen Spannung sehr schwerfällt.

SPIEGEL: Sexuelle Spannung? Es kommt gerade mal zu einem Kuß zwischen den beiden.



„Pferdeflüsterer"-Filmszene: *„Mein Herz gehört dem Westen"*

Redford: Das sehen Sie zu oberflächlich. Die Sinnlichkeit zwischen ihnen entwickelt sich doch schon während des gemeinsamen Ausritts. Da ist sie ihm ausgeliefert, eine Situation, die diese selbständige, unabhängige, auch ein wenig harte Frau eigentlich nicht ertragen kann. Aber dann kann sie nicht anders, als sich emotional zu öffnen und die Affäre zuzulassen. Ich fand es interessanter zu zeigen, wie zwei Menschen ständig dabei sind, beinahe die Kontrolle zu verlieren und sie dann doch behalten.

SPIEGEL: Die wahre Liebe liegt im Verzicht?

Redford: Nicht generell. Sicher kann eine sexuelle Beziehung sehr befriedigend sein. Aber hier liegt die Spannung darin, daß sich die Liebenden trotz aller Leidenschaft nicht kriegen.

SPIEGEL: Und in Hollywood hat niemand gesagt, Herr Redford, wo bleibt der Sex?

Redford: Ich darf glücklicherweise relativ unbehelligt meine Filme machen. Der Pferdeflüsterer zeigt, daß man immer noch Filme ohne High-Tech drehen kann. Aber grundsätzlich haben Sie natürlich recht. Sex und Gewalt sind obligatorisch. Es werden fast ausschließlich Thriller oder Apokalypsen produziert, weil Hollywood Geld machen will und nichts sonst. Ich verstehe meine Arbeit als Kunst – und deshalb muß ich ständig darum kämpfen, eine Geschichte zu erzählen, mit Charakteren, die Konflikte zu bestehen haben.

SPIEGEL: Warum kommt Ihr Held, anders als im Buch, mit dem Leben davon?

Redford: Ich fand es zu melodramatisch und auch zu einfach, ihn bei einem Reitunfall sterben zu lassen. In der klassischen Mythologie vollbringt jeder Held seine Tat unter Opfern. Tom heilt das Pferd und führt damit Mutter und Tochter zueinander. Dafür muß er auf seine große Liebe verzichten.

SPIEGEL: Ist es wirklich so einfach, wie es in Ihrem Film erscheint, Liebe, Freiheit und eine Verbindlichkeit wie in der Ehe miteinander zu vereinen?

Redford: Aufrichtige Liebe braucht ein Bekenntnis zueinander. Freiheit wiederum entsteht, wenn Liebe wahrhaftig ist. Andererseits muß man ständig offen bleiben für Veränderung. Nur dann fühlt man sich frei. Wer sich verschließt, wer voller Angst ist zu verlieren, was er hat, sei es materiellen Reichtum, sei es Liebe, verliert alle Freiheit. Aber das durchzuhalten, womöglich in einer festen Beziehung, ist im Film gewiß leichter als im Leben.

SPIEGEL: Mr. Redford, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

LUFTFAHRT

Rettung im Sturzflug?

Muß nach der Katastrophe von Halifax das Notfalltraining geändert werden? Die Swissair-Piloten handelten korrekt – und flogen wahrscheinlich gerade deshalb in den Tod.

Erst verstummte der Sprechfunk zwischen den Piloten und den Fluglotsen im Tower. Dann erlosch der Transponder, ein Sender, der Flughöhe und Geschwindigkeit der Swissair-Maschine auf die Radarschirme der Lotsen übertrug.

Zur selben Zeit schalteten sich der Flugdatenschreiber und der Voicerecorder ab, der alle Gespräche und Geräusche im Cockpit aufzeichnet. Ursache des Versagens: Sechs Minuten, bevor Swissair-Flug SR 111 mit 229 Menschen an Bord vor Halifax in den Atlantik stürzte, hatte ein totaler Stromausfall die gesamte Elektronik an Bord gelähmt.

Der elektronische Blackout verwehrt den letzten Blick auf das Ringen der Swissair-Piloten Urs Zimmermann und Stephan Loew um das Leben der ihnen Anvertrauten. Doch die Klagen der Unfallforscher über den Datenverlust halten sich in Grenzen. „Es wäre schön, wenn wir sie hätten“, sagt ein Flugsicherheitsexperte der Lufthansa über die fehlenden 360 Sekunden vor dem Aufschlag des Passagierjets; doch: „In Wahrheit brauchen wir sie gar nicht.“

Weitaus aufschlußreicher nämlich sei das Verhalten der Cockpit-Besatzung zwischen dem Zeitpunkt, zu dem sie aufgrund einer „Rauchentwicklung im Cockpit“ eine Zwischenlandung erwog, und der letzten vom Tower in Halifax aufgezeichneten Meldung aus dem Cockpit: „Und wir erklären Notlage, jetzt, Swissair eins elf.“

Zwischen diesen beiden Ereignissen liegen elf Minuten und ein Höhenunterschied von rund 7000 Metern. „Rückblickend“, so ein ehemaliger Lufthansa-Jumbopilot, der in seiner knapp vier Jahrzehnte umfassenden Flugerfahrung auch den MD-11-Vorgängertyp DC-10 flog, müsse man feststellen: Die beiden Swissair-Kollegen „haben sich genauso verhalten, wie sie es gelernt hatten, und das war genau falsch“.

Hätten sie klarer überblickt, was auf sie zukommt, hätten die SR-111-Piloten in der verbleibenden Zeit den Flughafen Halifax erreichen und „voraussichtlich hart, aber sicher landen“ können. Die dafür notwendigen Manöver und Handgriffe beherrschten Zimmermann (9300 Flugstunden) und Loew (2800 Stunden) vermutlich im Schlaf.

Ob unzureichende Kabelisolierungen einen verheerenden Elektrobrand im Unterboden des MD-11-Cockpits ausgelöst haben, werden die Untersuchungen der nächsten Monate klären. Spätestens wenn die wichtigsten Teile des Cockpits vom Meeresgrund geborgen sind, wird sich zeigen, ob und welche technischen Konsequenzen das Unglück der Luftfahrtindustrie abverlangt.

Zum Alptraum von Halifax aber hätte es vermutlich dennoch nicht kommen müssen. Kapitän Zimmermann und sein 1. Offizier Loew waren kompetente Piloten. Selber als Ausbilder von MD-11-Crews tätig, hatten sie die Notsituation, der sie sich nun über dem Atlantik gegenübersahen, dutzendfach im Simulator durchgespielt.

Gerade das kann jedoch zum Verhängnis geführt haben. Den Simulator, so erläutert ein Flugkapitän, verläßt jeder Pilot, der dem Notfallprozedere korrekt folgt, „mit dem Erfolgserlebnis, eine schwierige, streßbeladene Situation gemeistert zu haben“. Dieses in vielen Simulatorübungen angelernte Sicherheitsgefühl stand den Piloten möglicherweise im Wege, als es galt, das wahre Ausmaß der Gefahr zu erkennen und rasch zu handeln.

Alle Details, die bislang bekannt wurden, deuten darauf hin, daß Zimmermann und Loew die bedrohliche Rauchentwicklung im Cockpit so zu beherrschen trachteten, wie sie es im Simulatortraining gewohnt waren. Sie leiteten einen „stinknormalen Sinkflug“ (so ein Unfallexperte) von 3000 Fuß (etwa 900 Meter) pro Minute ein und schwebten dem Flughafen von Halifax entgegen.

In den ersten sechs Minuten, während die Crew anhand einer Notfall-Checkliste



nacheinander die drei Hauptstromkreise des Jets überprüfte, um die Quelle der Rauchentwicklung zu lokalisieren, sank der Jet aus 10000 Meter Höhe auf etwa 5500 Meter – zu hoch, um schon den direkten Anflug auf Halifax zu wagen, wie die Piloten den Fluglotsen im Tower von Halifax mitteilten (siehe Grafik).

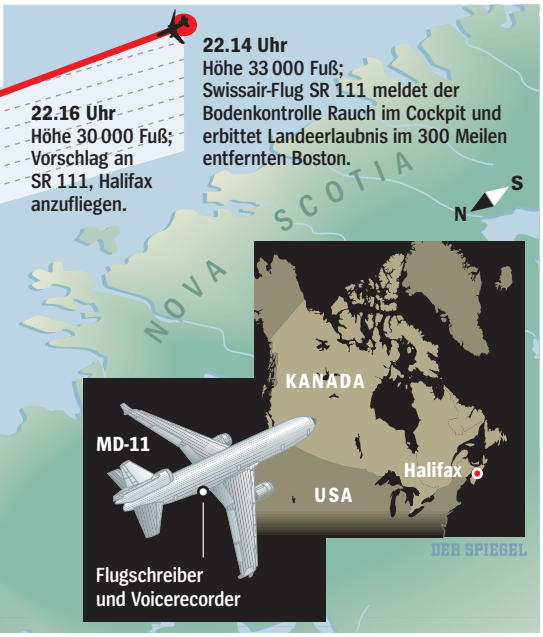
Die Piloten äußerten den Wunsch, Treibstoff abzulassen, um das Aufsetzgewicht beim Landen zu vermindern, und brachten das Flugzeug in eine langgezogene Linkskurve nach Süden. Statt dessen hätten sie, wie erfahrene Kapitäne nun – allerdings rückblickend – meinen, sofort alles daransetzen müssen, die Maschine schleunigst auf sicheren Boden zu navigieren.

Trotz des Ausfalls der Elektronik blieb das Flugzeug, wie Experten vermuten, bis zum Moment des Absturzes voll steuerbar: Die wichtigsten Steuerhilfen der MD-11 werden nicht elektrisch, sondern per Seilzug angesprochen. Weder die Triebwerke noch die Hydraulikpumpen für die Ruder wurden durch den Stromausfall lahmgelegt.



REUTERS

Flugschreiber des Swissair-Jets: *Elektronischer Blackout*



Wäre den SR-111-Piloten klar gewesen, daß nur ein sofortiger Anflug auf Halifax den Jet noch retten kann, so hätten sie sich über das in vielen Berufsjahren antrainierte Notfallverhalten glatt hinwegsetzen und den Jet nach unten zwingen müssen. Schon binnen der ersten drei Minuten hätte SR-111 in einem Sturzsinkflug auf 3000 Meter gebracht werden können.

In dieser Höhe gleichen sich Innen- und Außendruck so weit, daß die Seitenscheiben geöffnet werden können, um den dichten Rauch aus dem Cockpit zu drücken. Auch wäre der Jet nun tief genug gewesen, um Halifax direkt anzufliegen.

Selbst bei Ausfall aller Instrumente hätte die Crew auf diesem Kurs noch einen weiteren Vorteil gehabt: Die Lichter über Land hätten den Piloten das in solchen Notlagen unverzichtbare Gefühl für den Horizont und damit die eigene Fluglage im Raum gegeben. Diese Orientierungshilfe fehlte der Crew über dem nachtschwarzen Meer.

Das Gewicht der Maschine spielte dagegen keine entscheidende Rolle. Auch bei drastischer Sinkrate und direktem Notanflug auf Halifax hätten pro Minute 2,5 Tonnen Treibstoff abgedrückt werden können. Letztlich, erklärte ein Sprecher des MD-11-Herstellers Boeing, wäre auch das nicht zwingend gewesen: Der Jet könne „bei jedem Gewicht landen“.

Der 16minütige Todeskampf vor Halifax verlangt nach Experten-Einschätzung neue Notfallprozeduren für bedrohliche Rauchentwicklung im Cockpit. Industrie, Fluggesellschaften und Piloten müßten sich darüber Gedanken machen, meint ein Flugkapitän, denn „die heute üblichen Notfallstrategien reichen nicht aus“.

Die vielfach erhobene Forderung, Flugdatenschreiber und Voicerecorder künftig vor elektronischem Blackout zu schützen, halten Unfallexperten dagegen für überzogen. Die beiden zuverlässigsten Unfallzeugen sind schon heute in allen Verkehrsjets an unterschiedliche Stromkreise gekoppelt und so abgesichert, daß sie auch bei Spannungsabfall noch Daten erfassen.

Der Einbau einer Batterie sei im Falle des Flugdatenschreibers sinnlos: Fallen alle Stromquellen an Bord aus, gebe es auch keinen Dateninput mehr, der aufzuzeichnen wäre.

Den Voicerecorder mit einer Batterie gegen Stromausfall zu sichern, würde gar, wie Boeing-Sprecher John Tom erläutert, die Unfallaufklärung gefährden: Der Recorder könnte das Band noch nach dem Absturz weiterlaufen lassen und dabei „bedeutende Informationen löschen“. ◆

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

MEDIZIN

Kampf um die Klausel

Deutschlands Medizinstudenten stecken im Reformstau: Das vielgepriesene patientennahe Berliner Modell wird von Politikern blockiert.

Wenn Sie heute in der Straßenbahn neben mir umfallen würden, weil Ihr Herz plötzlich stillsteht, ist es fraglich, ob ich Sie über die Runden bringe. Ich hatte nur ein einziges Mal Gelegenheit, Herzmassage zu üben – vor vier Jahren, an einem ‚Phantom' aus Gummi, Leinen und Plastik." So prangerte 1983 der Medizinstudent Thomas Abendroth im SPIEGEL die deutsche Ärzte-Ausbildung an.

Nach sechs Jahren Studium, lautete damals die vernichtende Diagnose des angehenden Mediziners, seien die meisten der frisch approbierten Ärzte handwerklich Dilettanten, statt Strategien zur Problemlösung hätten sie einen Wust zusammenhangloser Fakten im Hirn, und ob sie menschliches Format besäßen, sei allein dem Zufall überlassen. Frustriert fragte Abendroth: „Muß alles so mies bleiben, wie es ist?"

Möglicherweise ja. Bis heute scheiterte jedes von der Bundesregierung verordnete Reförmchen – inzwischen gilt die siebente Novelle der Approbationsordnung von 1970 – spätestens bei der Umsetzung: Nach dem Motto „Forschung bringt Ruhm, Patienten bringen Geld, Lehre bringt Arbeit" haben die zuständigen Professoren die gesetzlich verordneten Auflagen zwar zähneknirschend erfüllt, im Prinzip aber blieb alles beim alten.

Und so wird es wahrscheinlich auch in Zukunft sein. Denn wie kaum zuvor steckt die Reform des Medizinstudiums derzeit in einer Sackgasse. Dabei hatte noch Anfang der neunziger Jahre alles so hoffnungsvoll geklungen. Lautstark verkündete 1992 der Wissenschaftsrat seine fast schon revolutionär anmutenden „Leitlinien zur Reform des Medizinstudiums", Seehofer plante eine grundsätzlich neue Approbationsordnung, und an zahlreichen Fakultäten begannen sich Keimzellen der Veränderung zu formieren, allen voran der „Reformstudiengang Medizin" der Berliner Charité.

Innerhalb von fünf Jahren legte dort eine zwölfköpfige Arbeitsgruppe aus Studenten, Professoren und wissenschaftlichen Mitarbeitern ein Konzept für ein gründlich entstaubtes Medizinstudium vor, orientiert an bewährten Vorbildern wie Harvard und der kanadischen Reform-Uni McMaster.

Kernpunkt der Reform: Die strenge Trennung von Klinik und Vorklinik wird aufgehoben, statt an Frontalunterricht, Fakten-Bimsen und sinnentleerten Multiple-choice-Prüfungen (Studenten-Jargon: „Multipler Scheiß") teilzunehmen, sollen die zukünftigen Ärzte sich ihr Wissen in kleinen Gruppen anhand praktischer Fälle erarbeiten, dabei körperliche und psychosoziale Beschwerden der Patienten gleichermaßen berücksichtigen und vor allem lernen, wie man bei Untersuchung und Behandlung strategisch vorgeht.

Während diese Methode als „problemorientiertes Lernen" im Ausland längst zum Standard gehört, warten in Deutschland die preisgekrönten und von Bundespräsident Herzog hochgelobten Berliner Vorzeigereformer schon seit drei Jahren darauf, endlich loslegen zu dürfen, und werden nun vielleicht sogar endgültig ausgebremst.

Grund für die Verzögerung ist ein bürokratischer Haken: Das Berliner Konzept widerspricht der derzeit gültigen Approbationsordnung. Bisher wurden die Reformwilligen immer wieder mit der von Seehofer auf den Weg gebrachten neuen Approbationsordnung vertröstet, die die nötige Modellversuchsklausel enthalten soll.

Doch die neue Verordnung hängt, obwohl bereits im vergangenen Dezember



Pathologievorlesung an der Berliner Charité: *Wust*

vom Kabinett gebilligt, noch immer im Bundesrat fest. Falls am Freitag dieser Woche, auf der letzten Bundesratssitzung vor der Wahl, nicht über sie entschieden wird – und danach sieht es im Moment aus –, ist ihr Schicksal ungewiß und damit auch das des Berliner Reformprojekts.

Starrköpfig hat sich Seehofer bisher geweigert, eine entsprechende Modellversuchsklausel per Verordnung in die derzeit gültige Approbationsordnung einzufügen – obwohl ihn die Länder dazu bereits im Juli ermächtigt haben. Der Minister besteht darauf, er wolle kein „Stückwerk". Eine umfassende Reform für alle Studierenden sei unverzichtbar.

Ob das die neue Approbationsordnung leisten kann, ist jedoch mehr als fraglich. Vor allem der erzkonservative Medizinische Fakultätentag unter Vorsitz des Arbeitsmediziners Gerhard Lehnert, der vor einigen Jahren als allzu industriefreundlicher Gutachter und Verharmloser des Gifts Dioxin in die Schlagzeilen geriet („Experte für Unbedenklichkeiten"), hat zwecks Wahrung eigener Interessen zur Verwässerung des ursprünglichen Entwurfs beigetragen.



M. URBAN

Minister Seehofer

Seehofers oberstes Ziel bei seinen Reformbemühungen ist es, die Studentenzahlen zu reduzieren – er erhofft sich einen Rückgang um 20 Prozent –, um so im Gesundheitswesen Kosten einzusparen. Aus Erfahrung weiß der Minister, daß jeder neu niedergelassene Arzt pro Jahr rund eine Million Mark zusätzliche Kosten verursacht.

Weil nach der geplanten Approbationsordnung nur noch zwei statt bisher drei Studenten gleichzeitig „am Patienten" ausgebildet werden dürften, würden die Ausbildungskapazitäten der Fakultäten schrumpfen, die Bundesländer könnten die Zahl der Studienanfänger entsprechend reduzieren.

Doch die Länder bezweifeln, daß das möglich sein wird. Während deren Gesundheitsminister einigen Nachbesserungen der Neuordnung bereits zugestimmt haben, befürchten die Kultus- und Finanzminister, daß sich viele Studenten einen Medizinstudienplatz unter diesen Umständen einklagen können – unter Berufung auf Artikel 12 des Grundgesetzes, der das Anrecht auf freie Berufswahl sichert. Auf diese Weise, so die Sorge der Minister, könnten unkalkulierbare Kosten auf die Länder zukommen. Die Entscheidung über die Approbationsordnung wird deshalb immer wieder vertagt.

Während so die meisten Beteiligten inzwischen wie paralysiert warten, gerieten die immer noch schwungvollen Berliner Reformer in ein Finanzierungsloch. Weil die Medizinische Fakultät der Humboldt-Universität das Reformprojekt zwar nach Kräften unterstützt, sich aber fürs erste außerstande sieht, es weiterzufinanzieren – in den nächsten fünf Jahren werden zehn Millionen benötigt –, sind die Reformer auf andere Geldquellen, vor allem auf staatliche Zuschüsse, angewiesen.

Doch die zuständige Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung wollte vergangene Woche noch nicht endgültig über den Antrag der Berliner entscheiden. Das könne erst nach Inkrafttreten der erforderlichen Modellversuchsklausel geschehen, erklärte ein Sprecher des Bildungsministeriums. Andere Sponsoren wollen erst das Votum der Kommission abwarten. So hängen die Reformer weiterhin in der Luft.

In den nächsten Monaten wird sich entscheiden, ob der Berliner Reformstudiengang als 4,5 Millionen Mark teure Reformleiche enden oder wie der „New Path" in Harvard Ausgangspunkt weiterer Reformwellen werden soll – in Hamburg beispielsweise ist bereits ein ähnliches Projekt in Planung.

Laufen die Reformbestrebungen ins Leere, wird wohl noch lange gelten, was Walter Burger, stellvertretender Leiter des Berliner Modells, über die derzeitige Medizinerausbildung sagt: „Nicht wegen, sondern trotz des Medizinstudiums gibt es in Deutschland gelegentlich auch gute Ärzte." ◆



D. KRÜLL / LAIF

zusammenhangloser Fakten

STRAFJUSTIZ

Wahrheit um jeden Preis?

Für manche ist er die letzte Hoffnung – andere zweifeln an seinem Beweiswert. Jetzt verhandelt der BGH über den Lügendetektor im Strafverfahren. *Von Gisela Friedrichsen*



J. BINDRIM / LAIF

Sachverständiger Undeutsch
„Der einzige, den es praktisch gibt“

Beide Angeklagte bringen vor, zu Unrecht verurteilt worden zu sein: der eine vom Landgericht Kempten wegen sexuellen Kindesmißbrauchs in 13 Fällen zu fünf Jahren, der andere wegen des gleichen Tatbestands in drei Fällen vom Landgericht Mannheim zu drei Jahren. Beide Angeklagten begehren vor dem Bundesgerichtshof (BGH) die Aufhebung der Urteile. Beide hatten sich an den populär „Lügendetektor“ genannten Polygraphen anschließen lassen wollen, um ihre Unschuldsbeteuerungen zu untermauern. Die Richter aber lehnten diesen Test ab.

Die Strafgerichte berufen sich vornehmlich auf eine Entscheidung des BGH aus dem Jahr 1954, die den Polygraphen (Mehrkanalschreiber), wie der Lügendetektor korrekt heißt, als unzulässig verwarf, unabhängig davon, ob der Betreffende von sich aus zu einem solchen Test bereit ist, ihn womöglich geradezu erfleht.

Es fügt sich, daß es vor bald 45 Jahren der 1. Strafsenat des BGH war, der entschied, die polygraphische Untersuchung verletze die Freiheit der Willensentschließung und -betätigung des einzelnen, weil sie Unbewußtes festhalte. Jetzt ist es wieder der 1. Strafsenat, der sich, naturgemäß in anderer Besetzung, mit diesem Thema zu befassen hat.

Dem Berichterstatter des Senats, Richter Herbert Landau, folgte am Dienstag vergangener Woche der Vorsitzende des Senats Gerhard Schäfer. Er umreißt „zwei Problemkreise“.

Paragraph 136a der Strafprozeßordnung (StPO) läßt den Einsatz des Polygraphen im Strafverfahren nicht zu. Die Wahrheit dürfe „nicht um jeden Preis, sondern nur auf ‚justizförmige‘ Weise“ erforscht werden. Der Senatsvorsitzende bringt ein Beispiel: Das Geständnis, das ein Kaufhausdetektiv aus einem potentiellen Ladendieb herausfoltert, ist als Beweismittel nach 136a StPO nicht verwertbar.

Aber kann dieses Verwertungsverbot bestehen bleiben, wenn der Vorwurf gegen den Beschuldigten ungleich schlimmer und der Eingriff in die Freiheit der Willensentschließung weit weniger erheblich ist?

Wenn auch die geschätzten Zahlen mittlerweile zurückzugehen scheinen: In rund 20 Prozent der Verfahren, in denen anläßlich einer Scheidung um die gemeinsamen Kinder gestritten wird, um das Sorge- oder Umgangsrecht oder um Unterhalt, wird heute irgendwann einmal der Verdacht des sexuellen Mißbrauchs erhoben. In mindestens 80 Prozent der Fälle bestätigt er sich nicht. Das heißt nicht, daß jeweils in böser Absicht falsch beschuldigt wurde. Doch die Bereitschaft, sexuellen Kindesmißbrauch subjektiv innerhalb der Familie für möglich zu halten und dies, in angespannter Situation, auch auszusprechen, ist heute größer als früher. Ähnliches gilt für den Vorwurf der Vergewaltigung in der Ehe. Für den Betreffenden aber ist allein der Verdacht schon vernichtend. Welchen Gegenbeweis kann er antreten?

Nach Auffassung des Senatsvorsitzenden ist inzwischen die Frage zu stellen, ob das Verwertungsverbot eines polygraphischen Testergebnisses auch noch gelten kann, wenn es der Entlastung eines Angeklagten dient. „Hat der Gesetzgeber das bedacht, als er die Zulässigkeit ausschloß?“ Kann es dem Verwertungsverbot heute noch entgegenstehen, „wenn der Beschuldigte von sich aus den einzigen Sachverständigen aufsucht, den es praktisch gibt – wir wollen doch Klartext reden“.

Eine weitere Frage ist der Beweiswert des Polygraphen. Für den BGH gilt nach wie vor der Grundsatz, gesicherte naturwissenschaftliche Erkenntnisse nicht außer acht zu lassen. Schäfer: „Entscheidend ist, ob maßgebende Fachkreise die Methode als zuverlässig anerkennen.“ In Amerika ist die Wissenschaft über den Beweiswert uneins. Auch in Deutschland wird gestritten und gezweifelt. Alle Fragen verbindet die Anmerkung des Senatsvorsitzenden: „Wir wollen hier doch Klartext reden.“

In der Tat. Der emeritierte Kölner Psychologieprofessor Udo Undeutsch, 80, gilt als der Vorkämpfer des Polygraphen in der Bundesrepublik. Daß ihm nicht Legionen von Mitstreitern zur Seite stehen, verwundert nicht: Die Ablehnung dieser Technik durch den BGH 1954 und die nachfolgenden Stellungnahmen des Bundesverfassungsgerichts waren so entschieden, daß nichts dazu anhielt, sich dem Polygraphen positiv zu widmen.

Undeutsch hat sich in Amerika ausbilden lassen und alle erforderlichen Qualifikationen erworben. Er hat Angehörige der amerikanischen Streitkräfte, kamen sie in Deutschland vor Gericht, getestet. Er bemüht sich hartnäckig bis heute um die Durchsetzung des Polygraphen. Der Kampf



ABRAMSON / CAMP / AGENTUR FOCUS

Testperson am Lügendetektor: *Zuverlässig im Vergleich zu anderen Gutachten*

Werbeseite

Werbeseite

um den Lügendetektor ist die Geschichte Undeutschs.

Die von ihm und seiner Mitarbeiterin, der Diplompsychologin Gisela Klein, angewendete Untersuchung nach der Vergleichsfragenmethode wird seit 1946 in den Vereinigten Staaten angewandt. Sie hat ihre Krisen, die jede Methode anfallen. Die Qualität des Geräts kann ungenügend sein. Es kann falsch gefragt werden. Der Tester kann unzureichend qualifiziert oder im Besitz einer Qualifikation nachlässig geworden sein.

Die Frage, ob das Ergebnis von Beweiswert ist, steht und fällt mit der Kompetenz des Untersuchers. Undeutschs Kunst besteht darin, die richtigen Fragen zu stellen. Er vermittelt in der Vorbereitungsphase der Testperson das Gefühl: Wenn ich lüge, kommt das unausweichlich ans Licht, ich muß die Wahrheit sagen. Undeutsch beherrscht diese Technik wie kaum ein anderer. Vielleicht ist das einer der Gründe, daß er zu exorbitant hohen Trefferquoten von 95 Prozent und mehr kommt. Viele Personen, die sich bei ihm aus eigenem Antrieb dem Polygraphentest unterziehen, haben tatsächlich nichts Unrechtes getan. Die anderen trauen es sich nicht zu, ihn zu überlisten.



T. BARTH / ZEITENSPIEGEL

Bundesanwälte: *Widerstand gegen den Polygraphen*

Der Kemptener und der Mannheimer Fall werden vor dem BGH gemeinsam verhandelt. Wie verworren die Situation ist, zeigt der Umstand, daß der Angeklagte in Kempten – auf Rat seines Verteidigers – zunächst ein Geständnis abgelegt, dies dann widerrufen hat und nun nach dem Lügendetektor verlangt. Der Mannheimer Angeklagte, der von Beginn an seine Unschuld beteuert, wird von Rechtsanwalt Thomas Scherer aus Osthofen verteidigt. Gegen die Aussage seines Mandanten, so Scherer, spreche nur die Aussage eines 13jährigen, die einem Streit um ein Fahrrad entsprungen sein soll. Und dann gibt es noch ein Gutachten, in dem die Aussage des Jungen für glaubwürdig erklärt wird. Waffengleichheit?

Scherer führt an: Niemand verwehre es einem Richter, unbewußte Reaktionen eines Angeklagten zu verwerten. Der Lügendetektor-Test sei nur mit Zustimmung der Testperson möglich, sie werde nicht im unklaren gelassen, was geschieht – es gebe keine Fangfragen. Ein ausgebildeter Fachpsychologe täusche nicht und beeinflusse auch nicht unzulässig. Es handle sich um einen körperlichen Eingriff allenfalls von der Qualität eines EKG, der auch nicht die Rechte des Untersuchten verletze. Soll der Unschuldige auf den möglicherweise einzigen Beweis seiner Unschuld verzichten müssen um der Dispositionsfreiheit des Schuldigen willen?

Scherer zitiert den Berliner Psychologieprofessor Max Steller, einen Fürsprecher des Lügendetektors, wenn auch einen wenig begeisterten, der die Zuverlässigkeit der Methode anerkennt. „Vor allem im Vergleich zu anderen Gutachten“, fügt Scherer hinzu. Er meint die üblichen Glaubwürdigkeitsgutachten nur zu vieler Psychiater und Psychologen in den Gerichtssälen: „Auch darüber sollte nachgedacht werden.“ „Müßte! Müßte!“ bekräftigt der Vorsitzende.

Richter Reinhard Granderath zweifelt die Experimente an, die die Treffsicherheit der Methode belegen sollen. „Das ist doch nicht lebensgerecht, das sind keine Straftäter.“ Sein Kollege Hans-Joachim Brüning schließt sich ihm an: „Und wie ist es mit dem, der fälschlich beschuldigt wird? Wieso soll sich der weniger bedroht fühlen als der wirkliche Täter?“ Der Senatsvorsitzende hat noch einen weiteren Einwand: „Was machen wir, wenn plötzlich Schulungen stattfinden für den Test?“ Er denkt wohl an die Kurse für Verkehrssünder, die ihren Führerschein wiederhaben wollen.

Der Vorsitzende berührt noch einmal den kritischen Punkt: „Wir können die Sachverständigenfrage natürlich nicht nur auf jene beschränken, die für die Methode sind.“ Doch wen soll man heranziehen wenn nicht Undeutsch? Seine Kritiker, so der Altmeister, seien nicht sachkundig, nicht ausgebildet, sie hätten keine Erfahrung. Richter Brüning höhnisch: „Aha, wer zustimmt, ist also sachkundig.“

Die Bundesanwaltschaft widersetzt sich einer Zulassung des Polygraphen im Strafverfahren vehement. Der wissenschaftlichen Diskussion in den letzten Jahren scheint sie sich verschlossen zu haben. Sie verweist kurzerhand auf Einwände des Supreme Court ob der polarisierten Meinungen in den Vereinigten Staaten und ignoriert dabei, daß dort der Umgang mit dem Polygraphen ausgeufert ist zu einem bösen Geschäft und die Anwendung immer wieder richterlicher Begrenzung bedarf.

Zudem hänge alles von der Interpretation durch den Tester ab. „Das ist beim herkömmlichen Glaubwürdigkeitsgutachten nicht anders“, wirft Richter Heinrich Maul ein. „Die Methode ist aber gesichert!“ setzt der Bundesanwalt nach. Betrachtet man den Zustand der Begutachtung in der Bundesrepublik, die Ignoranz, mit der längst bekannte Mindeststandards für aussagepsychologische Gutachten noch immer nicht überall eingehalten oder eingefordert werden, dann ist eine solche Bemerkung grotesk.



T. BARTH / ZEITENSPIEGEL

Verteidiger Scherer

Ein Angeklagter kann schweigen, ohne daß ihm dies zum Nachteil ausgelegt werden darf. Wenn er sich – unterstellt, der Lügendetektor würde zugelassen – einem solchen Test verweigert? Erhärtet sich dann nicht doch der Verdacht gegen ihn? Nun, der Einwand des Angeklagten, er vertraue der Technik nicht, läßt sich nicht einfach als fadenscheinige Ausrede werten.

Mit den Rechten eines Angeklagten steht es im multimedialen Zeitalter nicht gut. Die von allen Seiten wegen mangelnder Härte bedrängte Justiz ist weithin geneigt, sie einzuschränken. In Großbritannien hat das Parlament nach dem letzten Attentat mit 29 Toten in Nordirland beschlossen, daß das Schweigen eines Angeklagten gegen ihn interpretiert werden darf. Ein einziges Zugeständnis machte man denen, die widersprachen: Die Regelung muß einmal im Jahr überprüft werden.

Nach dem Polygraphen riefe niemand – erstmals wurde er jetzt auch in einem Strafverfahren in Malchin als ein Beweismittel *neben anderen* berücksichtigt (Bundesanwalt Dieter Beese in Karlsruhe abfällig: „Ach dieser Strafrichter in Mecklenburg-Vorpommern“) –, gäbe es nicht auch die verdächtigten oder sogar freigesprochenen Väter (und Mütter!), die die Familiengerichte bedrängen, weil sie ihre Kinder wiederhaben wollen.

Diese Richter können es sich nicht so leicht machen wie jenes Jugendamt, das einem freigesprochenen Ehepaar eine Begegnung mit den ihnen entrissenen Kindern erst dann erlauben wollte, wenn sie gestehen, doch des Mißbrauchs schuldig zu sein.

An diesem Freitag will der 1. Strafsenat des BGH „entscheiden, weiterverhandeln oder aussetzen“. ◆

Werbeseite

Werbeseite

AUTOMOBILE

Ungeliebte Brüder

Die Rucksack-Variante des Golf heißt künftig Bora. Sie soll mehr Dynamik vermitteln als ihre Vorgänger.

Kurz zuckten einige Ziffern im Computer-Display des Armaturenbretts auf. Dann verweigerte der neue VW Bora während der Pressevorführung am vergangenen Montag den Dienst.

Rasch stellten VW-Techniker einen zweiten Testwagen bereit, während Entwicklungschef Martin Winterkorn nach der Ursache des Blackouts forschte.

Ein Motor, der nicht anspringt, schmälert zweifellos den „Ausdruck von Unabhängigkeit und Lebensfreude“, den VW-Vertriebsvorstand Robert Büchelhofer in dem neuen Modell verkörpert sieht; zu Preisen ab 32 500 Mark soll es in diesem Herbst auf den Markt kommen.

Als Vertreter einer „neuen sportlichen Mittelklasse“ (Büchelhofer) soll die Stufenhecklimousine auf Golf-Basis mit der Tradition gestalterischer Ödnis brechen, die ihren Vorgängermodellen anhaftete wie ein Schimmelpilz dem Gorgonzola.

Mit dem K70, einem Beutegut der NSU-Übernahme, beendete der schwerfällige Großkonzern 1970 den langen Irrweg der Heckmotor-Technik. „Frei von alten Doktrinen“ (VW-Verlautbarung von 1972) beschritt der erste Wolfsburger Fronttriebler einen Weg, den andere Hersteller längst eingeschlagen hatten. Seine Karosserieform war etwa so raffiniert wie eine Skulptur aus drei Schuhkartons.

Sein Nachfolger, der 1979 eingeführte VW Jetta, stand zeitlebens im Schatten des Kompaktwagens Golf, auf dem er technisch basierte. Bis zur Hinterachse bestanden die Karosserien beider Typen aus identischen Blechen. Doch anstelle der eleganten Heckklappe trug der Jetta achtern ein quaderförmiges Gesäß, das ihm, obgleich enorm praktisch für großes Reisegepäck, den Spottnamen „Rucksack-Golf“ bescherte.

Die allgemeine Abneigung gegen den Jetta war objektiv nie nachvollziehbar und ließ auch Fachleute ins Grübeln kommen. „Langsam frage ich mich, was ich überhaupt gegen den Jetta hatte“, sinnierte „Auto Bild“-Tester Andreas Borchmann.

Zum unergründbaren Charakter der Jetta-Phobie zählt auch der Umstand, daß amerikanische Autokäufer davon nie befallen wurden. In den USA ist die Kantenheck-Version des Golf bis heute das beliebteste VW-Fahrzeug. Deshalb bleibt der Modellname dort erhalten. Der Bora wird jenseits des Atlantiks weiterhin Jetta heißen.

In Europa markiert die neue Typenbezeichnung Bora, entlehnt von einem mediterranen Fallwind, bereits die zweite Wiedertaufe des Jetta. Mit seiner technischen Erneuerung auf der Basis des Golf III bekam er 1992 den Namen Vento, blieb aber gleichermaßen erfolglos. Im Jahr darauf wurde Ferdinand Piëch VW-Chef.

Der Vollblutingenieur näherte sich dem Jetta/Vento-Problem analytisch und kam zu dem Schluß, daß die europäischen Kunden den Wagen zu Recht geringschätzten. Er sei ein Opfer technischer Kompromisse gewesen, „ein Verschnitt von nicht passenden Teilen“, wie Piëch im Rückblick urteilt. Stufenheckversionen von Kompaktwagen aller Hersteller kränkeln aus seiner Sicht an dem gleichen Kernübel – der unglücklichen Form der hinteren Türen.

Um Produktionskosten zu sparen, werden den ungeliebten Brüdern die gleichen Hecktüren verpaßt wie dem Fließheck-Modell. Aus diesem Grund erscheint das Hinterteil aufgesetzt, nicht im Einklang mit dem restlichen Fahrzeugdesign. Piëch ließ für den Bora nun andere, weiter nach hinten gezogene Türen pressen – die Designer konnten eine fließendere, harmonischere Heckpartie gestalten.

Zudem soll das Blechkleid erheblich steifer sein als das des Vorgängers; in Verbindung mit einer strafferen Fahrwerksabstimmung soll es den Kundenwunsch nach „sportlichem Fahrvergnügen“ befriedigen – eine Eigenschaft, die dem Jetta und dem Vento fremd war.

Piëch, seit langem bestrebt, der Marke Volkswagen ein dynamisch-luxuriöses Image zu verschaffen, sieht bereits potentielle BMW-Fahrer in den Bora steigen. Solche Visionen sind vom etablierten Kundenprofil des Jetta und Vento etwa so weit entfernt wie Wolfsburg vom Äquator.

Mit welchem Ernst Konzernlenker Piëch in Richtung Luxus steuert, erkennt man, wie bei fast allen neuen VW-Modellen, an der piekfeinen Ausgestaltung des Bora-Innenraums. Glanzlichter sind die Luftdüsen, deren Lamellen sich in geschlossenem Zustand eng aneinanderlegen und eine glatte Fläche bilden. Solch teure Spielereien waren anfangs nur im Topmodell von BMW zu haben, ehe Piëch sie zunächst im VW Passat und nun auch im Bora und dessen tschechischem Konzernbruder Škoda Octavia sozialisierte.

Die Aufpreisliste umfaßt ein vollständiges Programm von Prestigegütern: Holzverkleidungen, das Stabilitätsprogramm ESP sowie ein Bordcomputer mit Navigationssystem und Farbmonitor sind auf Wunsch im Bora ebenso verfügbar wie Xenon-Scheinwerfer und die Vorbereitung für den Telefonanschluß.

Konstrukteure und Kunden müssen sich jedoch darüber im klaren sein, daß mit der Zahl technischer Spezialitäten auch die Störanfälligkeit des Fahrzeugs zunimmt.

Der startunwillige Bora-Testwagen wurde ein Opfer seiner anspruchsvollen Technik. Eine Fehlfunktion des Bordtelefons hatte die Batterie entleert. ◆



Bora (1998)


K70 (1970)


Jetta (1979)


Vento (1992)

MOTOR-PRESSE-INTERNATIONAL

Stufenheck-Modelle von VW: *Abkehr von gestalterischer Ödnis*

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

SERVICE

Leserbriefe
SPIEGEL-Verlag, Brandstwiete 19, 20457 Hamburg
Fax: (040) 3007-2966 E-Mail: leserbriefe@spiegel.de

Fragen zu SPIEGEL-Artikeln
Telefon: (040) 3007-2687 Fax: (040) 3007-2966
E-Mail: artikel@spiegel.de

Nachbestellung von SPIEGEL-Ausgaben
Telefon: (040) 3007-2948 Fax: (040) 3007-2966
E-Mail: nachbestellung@spiegel.de

Nachdruckgenehmigungen für Texte und Grafiken:
Deutschland, Österreich, Schweiz:
Telefon: (040) 3007-2972 Fax: (040) 3007-2971
übriges Ausland:
New York Times Syndication Sales, Paris
Telefon: (00331) 47421711 Fax: (00331) 47428044

für Fotos: Telefon: (040) 3007-2869
Fax: (040) 3007-2966

DER SPIEGEL auf CD-Rom/ SPIEGEL TV-Videos
Telefon: (040) 3007-2485 Fax: (040) 3007-2826
E-Mail: service@spiegel.de

Abonnement für Blinde
Deutsche Blindenstudienanstalt e. V.
Telefon: (06421) 606267 Fax: (06421) 606269

Abonnenten-Service
SPIEGEL-Verlag, Postfach 10 58 40, 20039 Hamburg
Telefon Inland: (0800) 3007600
Fax Inland: (040) 3007-2898
Telefon Ausland: (004940) 3007-2700
Fax Ausland: (004940) 3007-2898
E-Mail: aboservice@spiegel.de

Abonnenten-Service Schweiz: DER SPIEGEL,
Postfach, 6002 Luzern,
Telefon: (041) 3173399 Fax: (041) 3173389

Abonnementspreise
Inland: sechs Monate DM 130,–,
zwölf Monate DM 260,–
für Studenten (Inland): sechs Monate DM 91,–,
zwölf Monate DM 182,–
Schweiz: zwölf Monate sfr 260,–
Europa: zwölf Monate DM 369,20
außerhalb Europas: zwölf Monate DM 520,–

Abonnementsaufträge können innerhalb einer Woche ab Bestellung mit einer schriftlichen Mitteilung an den SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, Postfach 10 58 40, 20039 Hamburg, widerrufen werden. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung.

Abonnementsbestellung
bitte ausschneiden und im Briefumschlag senden an SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service,
Postfach 10 58 40, 20039 Hamburg.
Oder per Fax: (040) 3007-2898.

Ich bestelle den SPIEGEL frei Haus für DM 5,– pro Ausgabe mit dem Recht, jederzeit zu kündigen. Zusätzlich erhalte ich SPIEGEL KULTUR EXTRA, das monatliche Kultur-Magazin.

Das Geld für bezahlte, aber noch nicht gelieferte Hefte bekomme ich zurück.

Bitte liefern Sie den SPIEGEL ab _____ an:

Name, Vorname des neuen Abonnenten

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Ich möchte wie folgt bezahlen:

❑ Zahlung nach Erhalt der Jahresrechnung
❑ Ermächtigung zum Bankeinzug von 1/4jährlich DM 65,–

Bankleitzahl Konto-Nr.

Geldinstitut

Datum, Unterschrift des neuen Abonnenten

Vertrauensgarantie

Diesen Auftrag kann ich innerhalb einer Woche ab Bestellung schriftlich beim SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, Postfach 10 58 40, 20039 Hamburg, widerrufen. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung.

2. Unterschrift des neuen Abonnenten SP98-002

DER SPIEGEL

Brandstwiete 19, 20457 Hamburg, Telefon (040) 3007-0 · Fax-2246 (Verlag), -2247 (Redaktion)

E-Mail spiegel@spiegel.de · **SPIEGEL ONLINE** www.spiegel.de · **T-Online** *SPIEGEL#

HERAUSGEBER Rudolf Augstein

CHEFREDAKTEUR Stefan Aust

STELLV. CHEFREDAKTEURE Dr. Martin Doerry, Joachim Preuß, Dr. Dieter Wild

DEUTSCHE POLITIK Dr. Gerhard Spörl, Michael Schmidt-Klingenberg; Karen Andresen, Manfred Ertel, Bernd Kühnl, Joachim Mohr, Sylvia Schreiber, Hans-Ulrich Stoldt, Klaus Wiegrefe. *Autoren, Reporter*: Dr. Thomas Darnstädt, Jürgen Leinemann, Matthias Matussek, Walter Mayr, Hans-Joachim Noack
DEUTSCHLAND Gunther Latsch, Ulrich Schwarz; Carolin Emcke, Florian Gless, Doja Hacker, Ulrich Jaeger, Sebastian Knauer, Ansbert Kneip, Susanne Koelbl, Kuno Kruse, Udo Ludwig, Thilo Thielke. *Autoren, Reporter*: Henryk M. Broder, Gisela Friedrichsen, Gerhard Mauz, Norbert F. Pötzl, Hans Joachim Schöps, Bruno Schrep
WIRTSCHAFT Armin Mahler, Gabor Steingart; Dr. Hermann Bott, Konstantin von Hammerstein, Dietmar Hawranek, Frank Hornig, Hans-Jürgen Jakobs, Alexander Jung, Klaus-Peter Kerbusk, Thomas Tuma. *Autor*: Peter Bölke
AUSLAND Dr. Romain Leick, Fritjof Meyer, Erich Wiedemann; Dieter Bednarz, Bernd Dörler, Adel S. Elias, Hans Hielscher, Joachim Hoelzgen, Siegesmund von Ilsemann, Wulf Küster, Dr. Christian Neef, Roland Schleicher, Dr. Stefan Simons, Helene Zuber. *Autoren, Reporter:* Dr. Erich Follath, Clemens Höges, Carlos Widmann
WISSENSCHAFT UND TECHNIK Johann Grolle, Jürgen Petermann; Manfred Dworschak, Marco Evers, Dr. Stefan Klein, Dr. Renate Nimtz-Köster, Rainer Paul, Alexandra Rigos, Matthias Schulz, Dr. Jürgen Scriba, Olaf Stampf, Christian Wüst. *Autoren, Reporter*: Klaus Franke, Henry Glass, Dr. Hans Halter, Werner Harenberg, Marie-Luise Scherer
KULTUR UND GESELLSCHAFT Wolfgang Höbel, Dr. Mathias Schreiber; Susanne Beyer, Anke Dürr, Nikolaus von Festenberg, Angela Gatterburg, Lothar Gorris, Dr. Volker Hage, Dr. Jürgen Hohmeyer, Dr. Joachim Kronsbein, Reinhard Mohr, Bettina Musall, Anuschka Roshani, Dr. Johannes Saltzwedel, Peter Stolle, Klaus Umbach, Susanne Weingarten, Marianne Wellershoff. *Autoren, Reporter*: Ariane Barth, Uwe Buse, Urs Jenny, Dr. Jürgen Neffe, Dr. Fritz Rumler, Cordt Schnibben, Alexander Smoltczyk, Barbara Supp
SPORT Alfred Weinzierl; Klaus Brinkbäumer, Matthias Geyer, Gerhard Pfeil, Jörg Winterfeldt, Michael Wulzinger
SONDERTHEMEN Dr. Rolf Rietzler; Heinz Höfl, Hans Michael Kloth, Dr. Walter Knips, Gudrun Patricia Pott, Mareike Spiess-Hohnholz
SONDERTHEMEN GESTALTUNG Manfred Schniedenharn
PERSONALIEN Dr. Manfred Weber; Petra Kleinau
CHEF VOM DIENST Horst Beckmann, Thomas Schäfer
BILDREDAKTION Michael Rabanus; Werner Bartels, Manuela Cramer, Josef Csallos, Christiane Gehner, Rüdiger Heinrich, Peter Hendricks, Antje Klein, Matthias Krug, Peer Peters-König, Monika Rick, Elke Ritterfeldt, Heidi Russbült, Karin Weinberg, Anke Wellnitz
GRAFIK Martin Brinker, Ludger Bollen; Cornelia Baumermann, Renata Biendarra, Tiina Hurme, Cornelia Pfauter, Julia Saur
LAYOUT Rainer Sennewald, Wolfgang Busching, Volker Fensky; Christel Basilon-Pooch, Sabine Bodenhagen, Katrin Bollmann, Regine Braun, Ralf Geilhufe, Petra Gronau, Ria Henning, Barbara Rödiger, Detlev Scheerbarth, Doris Wilhelm
PRODUKTION Wolfgang Küster, Frank Schumann, Christiane Stauder, Petra Thormann, Michael Weiland
TITELBILD Thomas Bonnie; Stefan Kiefer, Ursula Morschhäuser, Oliver Peschke, Monika Zucht

REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND
BERLIN Heiner Schimmöller, Michael Sontheimer; Georg Mascolo, Hajo Schumacher; Wolfgang Bayer, Stefan Berg, Petra Bornhöft, Markus Dettmer, Jan Fleischhauer, Uwe Klußmann, Harald Schumann, Peter Wensierski, Friedrichstraße 79, 10117 Berlin, Tel. (030) 203874-00, Fax 203874-12
BONN Dr. Olaf Ihlau, Hans-Jürgen Schlamp; Annette Großbongardt, Martina Hildebrandt, Horand Knaup, Ursula Kosser, Dr. Paul Lersch, Claus Christian Malzahn, Dr. Hendrik Munsberg, Elisabeth Niejahr, Hartmut Palmer, Olaf Petersen, Rainer Pörtner, Ulrich Schäfer, Alexander Szandar, Klaus Wirtgen, Dahlmannstraße 20, 53113 Bonn, Tel. (0228) 26703-0, Fax 215110
DRESDEN Christian Habbe, Andreas Wassermann, Königsbrücker Straße 17, 01099 Dresden, Tel. (0351) 8020271, Fax 8020275
DÜSSELDORF Richard Rickelmann; Georg Bönisch, Frank Dohmen, Andrea Stuppe, Karlplatz 14/15, 40213 Düsseldorf, Tel. (0211) 86679-01, Fax 86679-11
ERFURT Almut Hielscher, Löberwallgraben 8, 99096 Erfurt, Tel. (0361) 37470-0, Fax 37470-20
FRANKFURT A. M. Dietmar Pieper; Wolfgang Bittner, Felix Kurz, Christoph Pauly, Wolfgang Johannes Reuter, Wilfried Voigt, Oberlindau 80, 60323 Frankfurt a. M., Tel.(069) 9712680, Fax 97126820
HANNOVER Hans-Jörg Vehlewald, Georgstraße 50, 30159 Hannover, Tel. (0511) 36726-0, Fax 3672620
KARLSRUHE Dr. Rolf Lamprecht, Postfach 5669, 76038 Karlsruhe, Tel. (0721) 22737, Fax 9204449
MÜNCHEN Dinah Deckstein, Wolfgang Krach, Heiko Martens, Stuntzstraße 16, 81677 München, Tel. (089) 418004-0, Fax 41800425
SCHWERIN Annette Bruhns, Spieltordamm 9, 19055 Schwerin, Tel. (0385) 5574442, Fax 569919

REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND
BANGKOK Andreas Lorenz, 49 Soi Inthamara 13, Suthisarn Road, Bangkok 10400, Tel. (00662) 2711712, Fax 6169669
BASEL Jürg Bürgi, Spalenring 69, 4055 Basel, Tel. (004161) 2830474, Fax 2830475
BELGRAD Renate Flottau, Teodora Drajzera 36, 11000 Belgrad, Tel. (0038111) 669987, Fax 660160
BRÜSSEL Dirk Koch; Winfried Didzoleit, Marion Schreiber, Bd. Charlemagne 45, 1000 Brüssel, Tel. (00322) 2306108, Fax 2311436
ISTANBUL Bernhard Zand, Başkurt Sokak No. 79/4, Beyoğlu, 80060 Istanbul, Tel. (0090212) 2455185, Fax 2455211
JERUSALEM Jürgen Hogrefe, 29, Hatikva Street, Yemin Moshe, Jerusalem 94103, Tel. (009722) 6245755, Fax 6240570
JOHANNESBURG Birgit Schwarz, P. O. Box 2585, Parklands, SA-Johannesburg 2121, Tel. (002711) 8806429, Fax 8806484
KAIRO Volkhard Windfuhr, 18, Shari' Al Fawakih, Muhandisin, Kairo, Tel. (00202) 3604944, Fax 3607655
LONDON Hans Hoyng, 6 Henrietta Street, London WC2E 8PS, Tel. (0044171) 3798550, Fax 3798599
MOSKAU Jörg R. Mettke; Reinhard Krumm, Krutizkij Wal 3, Korp. 2, kw. 36, 109044 Moskau, Tel. (007095) 2740009/52, Fax 2740003
NEW DELHI Padma Rao, 91, Golf Links (I & II Floor), New Delhi 110003, Tel. (009111) 4652118, Fax 4652739
NEW YORK Thomas Hüetlin, Mathias Müller von Blumencron, 516 Fifth Avenue, Penthouse, New York, N Y 10036, Tel. (001212) 2217583, Fax 3026258
PARIS Lutz Krusche, Helmut Sorge, 17 Avenue Matignon, 75008 Paris, Tel. (00331) 42561211, Fax 42561972
PEKING Jürgen Kremb, Qijiayuan 7. 2. 31, Peking, Tel. (008610) 65323541, Fax 65325453
PRAG Jilská 8, 11000 Prag, Tel. (004202) 24220138, Fax 24220138
RIO DE JANEIRO Jens Glüsing, Avenida São Sebastião 157, Urca, 22291-070 Rio de Janeiro (RJ), Tel. (005521) 2751204, Fax 5426583
ROM Christiane Kohl, Largo Chigi 9, 00187 Rom, Tel. (003906) 6797522, Fax 6797768
SAN FRANCISCO Rafaela von Bredow, 3782 Cesar Chavez Street, San Francisco, CA 94110, Tel. (001415) 6437550, Fax 6437530
STOCKHOLM Hermann Orth, Scheelegatan 4, 11223 Stockholm, Tel. (00468) 6508241, Fax 6529997
TOKIO Dr. Wieland Wagner, Chigasaki-Minami 1-3-5, Tsuzuki-ku, Yokohama 224, Tel. (008145) 941-7200, Fax 941-8957
WARSCHAU Andrzej Rybak, Krzywickiego 4/1, 02-078 Warschau, Tel. (004822) 8251045, Fax 8258474
WASHINGTON Michaela Schießl, 1202 National Press Building, Washington, D.C. 20 045, Tel. (001202) 3475222, Fax 3473194
WIEN Dr. Hans-Peter Martin, Herrengasse 8 Top 100, 1010 Wien, Tel. (00431) 5323232, Fax 5323232-10

SCHLUSSREDAKTION Rudolf Austenfeld, Reinhold Bussmann, Dieter Gellrich, Hermann Harms, Sandra Hülsmann, Bianca Hunekuhl, Rolf Jochum, Karl-Heinz Körner, Katharina Lüken, Reimer Nagel, Dr. Karen Ortiz, Gero Richter-Rethwisch, Hans-Eckhard Segner, Tapio Sirkka, Kirsten Wiedner, Holger Wolters

DOKUMENTATION Dr. Dieter Gessner, Dr. Hauke Janssen; Jörg-Hinrich Ahrens, Sigrid Behrend, Dr. Helmut Bott, Lisa Busch, Heiko Buschke, Heinz Egleder, Dr. Herbert Enger, Johannes Erasmus, Cordelia Freiwald, Silke Geister, Ille von Gerstenbergk-Helldorff, Hartmut Heidler, Gesa Höppner, Christa von Holtzapfel, Bertolt Hunger, Joachim Immisch, Michael Jürgens, Ulrich Klötzer, Angela Köllisch, Anna Kovac, Sonny Krauspe, Peter Kühn, Hannes Lamp, Marie-Odile Jonot-Langheim, Inga Lindhorst, Michael Lindner, Dr. Petra Ludwig-Sidow, Rainer Lübbert, Sigrid Lüttich, Rainer Mehl, Ulrich Meier, Gerhard Minich, Wolfhart Müller, Bernd Musa, Anneliese Neumann, Werner Nielsen, Thorsten Oltmer, Andreas M. Peets, Anna Petersen, Peter Philipp, Axel Pult, Ulrich Rambow, Constanze Sanders, Petra Santos, Christof Schepers, Rolf G. Schierhorn, Ekkehard Schmidt, Thomas Schmidt, Andrea Schumann-Eckert, Margret Spohn, Rainer Staudhammer, Anja Stehmann, Claudia Stodte, Stefan Storz, Rainer Szimm, Dr. Wilhelm Tappe, Dr. Eckart Teichert, Jutta Temme, Dr. Iris Timpke-Hamel, Heiner Ulrich, Hans-Jürgen Vogt, Carsten Voigt, Peter Wahle, Ursula Wamser, Peter Wetter, Andrea Wilkens, Holger Wilkop, Karl-Henning Windelbandt

BÜRO DES HERAUSGEBERS Irma Nelles
INFORMATION Heinz P. Lohfeldt; Karl-H. Schaper (Leserdienst), Peter Zobel
SPIEGEL ONLINE (im Auftrag des SPIEGEL: a + i art and information GmbH & Co.)
Redaktion: Hans-Dieter Degler, Ulrich Booms; Nataly Bleuel, Lisa Erdmann, Kristina Jagemann, Bettina Koch, Dr. Lorenz Lorenz-Meyer, Jeanette Neuendorf, Maren Rode
Produktion: Jason Davis, Regina Espig, Helke Grusdas, Georg Heßmann, Hanz Sayami, Katinka von Staden
NACHRICHTENDIENSTE AP, dpa, Los Angeles Times / Washington Post, New York Times, Reuters, sid, Time

Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlages. Das gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Mailboxes sowie für Vervielfältigungen auf CD-Rom.

SPIEGEL-VERLAG RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO. KG

Verantwortlich für Vertrieb: Kay Labinsky
Verantwortlich für Anzeigen: Christian Schlottau
Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 52 vom 1. Januar 1998
Postbank AG Hamburg Nr. 7137-200 BLZ 200 100 20
Druck: Gruner Druck, Itzehoe

VERLAGSLEITUNG Fried von Bismarck

MÄRKTE UND ERLÖSE Werner E. Klatten

GESCHÄFTSFÜHRUNG Rudolf Augstein, Karl Dietrich Seikel

DER SPIEGEL (USPS No. 0154-520) is published weekly. The subscription price for the USA is $290.00 per annum. K.O.P.: German Language Publications, Inc., 153 South Dean Street, Englewood, NJ 07631. Telephone: 1-800-457-4443. e-mail: info @ glpnews.com. Periodicals postage is paid at Englewood, NJ 07631, and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to: DER SPIEGEL, German Language Publications, Inc., 153 South Dean Street, Englewood, NJ 07631.

SAMSTAG, 12. 9.

SCHMUDDEL Mit drei Millionen „hits“ pro Stunde auf den Servern des US-amerikanischen Repräsentantenhauses ist der „Starr-Report“ über die Liaison Clinton/Lewinsky der meistgelesene Text im Internet-Angebot.

TERROR Der führende Oppositionspolitiker der Demokratischen Partei Albaniens, Azem Hajdari, wird beim Verlassen der Parteizentrale erschossen.

SONNTAG, 13. 9.

BAYERN Bei der Landtagswahl übertrifft die CSU mit 52,9 Prozent das vorherige Ergebnis um 0,1 Prozent (SPD: 28,7; Grüne: 5,7; Reps: 3,6; Freie Wähler: 3,7; FDP: 1,7). Laut

WAS GESCHAH ...

… auf der Tagung der Deutschen Gesellschaft für Rechtsmedizin in Hannover? Bei Leichenschauen, so Experten, bleibe jeder zweite Mord unentdeckt. Pro Jahr würden 1200 bis 2400 gewaltsame Todesfälle übersehen.



Mininisterpräsident Edmund Stoiber eine „enorme Steilvorlage“ für Bonn.

RUBEL Der neue, gewählte russische Ministerpräsident Jewgenij Primakow versichert, daß Rußland seine Auslandsschulden bezahlen werde.

MONTAG, 14. 9.

WAFFEN Der Irak will jegliche Zusammenarbeit mit den Uno-Waffeninspekteuren beenden. Erst nach Vernichtung aller Massenvernichtungswaffen sollen die 1990 verhängten Sanktionen aufgehoben werden.

DIENSTAG, 15. 9.

HOCHWASSER In Belgien und den Niederlanden haben heftige Regenfälle zur Evakuierung von mehreren hundert Menschen geführt. Für einige Regionen wurde Katastrophenalarm gegeben.

ANKLAGE Zu dem Feuer auf dem Düsseldorfer Flughafen 1996 führten bewußte Verstöße gegen Bau- und Brandschutzvorschriften, so die Staatsanwaltschaft.

UMWELT Das Ozonloch über der Antarktis wächst auf die jahreszeitliche Rekordgröße von 20 Millionen Quadratkilometern an.

MITTWOCH, 16. 9.

ASIENREISE Präsident Roman Herzog wirbt bei seinem Staatsbesuch in Südkorea für deutsche Investoren.

BOMBEN Die baskische Terrororganisation Eta verkündet eine unbefristete Waffenruhe.

GEBÜHREN In Deutschland steigen die Abwassergebühren unter den europaweit schärfsten Umweltauflagen auf durchschnittlich 4,84 Mark pro Kubikmeter.

GLÜCKSSPIEL Im palästinensischen Jericho wird das größte Spielkasino des Nahen Ostens eröffnet – Palästinenser haben Spielverbot.

DONNERSTAG, 17. 9.

SPARMASSNAHMEN Das Budget der Europazentrale der Vereinten Nationen wird für die kommenden zwei Jahre um ein Fünftel gesenkt. Nach dem Reformplan von Generalsekretär Kofi Annan gibt es mehr Videokonferenzen zwischen Genf und New York, um die Spesen zu drücken.

KULTURKRITIK Bundeskanzler Kohl lobt sich für die Kulturinitiativen in seiner Regierungszeit – Museumsmeile Bonn, Deutsches Historisches Museum, Gestaltung der Neuen Wache in Berlin. Ohne Holocaust-Denkmal werde Deutschland „weltweit verflucht“ werden.

FREITAG, 18. 9.

FRAUEN Bundesverteidigungsminister Volker Rühe will die Bundeswehr für weibliche Soldaten außerhalb der Kampfverbände weiter öffnen.

RECHTSRADIKALE Die rechtsextremen Republikaner wollen vor dem Verwaltungsgericht Kassel einen geplanten Bundesparteitag im nordhessischen Witzenhausen durchsetzen. Die Gemeinde hatte den Mietvertrag für eine Turnhalle gekündigt.

FUSION Die Aktionäre der Daimler-Benz AG haben dem Zusammenschluß mit dem US-Konzern Chrysler zum drittgrößten Autokonzern der Welt zugestimmt. Die Gehälter der Vorstände sollen aber unter US-Standard bleiben.

TERMINE
21. bis 27. September 1998

MONTAG, 21.9.

ATOM In Wien tagt die Internationale Atomenergiebehörde (IAEO).

BETEN Herbst-Vollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz in Fulda.

DIENSTAG, 22.9.

PARAGRAPHEN In Bremen beginnt der 62. Deutsche Juristentag.

GIPFEL US-Präsident Bill Clinton empfängt Japans Ministerpräsidenten Keizo Obuchi.

MITTWOCH, 23.9.

VERKEHR In Leipzig berät der Deutsche Straßen- und Verkehrskongreß.

GLOBALISIERUNG Vertreter der Weltwirtschaft und der Uno palavern in Genf über die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Vernetzung.

DONNERSTAG, 24.9.

SCHÜTZENHILFE Kandidat Kohl tritt auf der zentralen CSU-Wahlkampfveranstaltung in München auf.

REITKUNST In der Steiermark tritt die Spanische Hofreitschule zum 200jährigen Jubiläum des Lipizzaner-Gestüts auf.

FREITAG, 25.9.

ERSCHÖPFUNG In Berlin beschließen Gerhard Schröder und Oskar Lafontaine den Bundestagswahlkampf der SPD.

SAMSTAG,26.9.

CINEASTEN Abschluß des internationalen Filmfestivals im spanischen San Sebastián.

SONNTAG,27.9.

MAUT In der Schweiz wird über die Einführung neuer Gebühren für den Schwerverkehr im Alpentransit abgestimmt.



KEYSTONE

Stau vor dem Gotthard-Tunnel

WAHLEN Die Urnen stehen bis 18 Uhr bereit für die Bundestagswahl, die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern sowie die Kommunalwahl in Brandenburg.

Gestorben

Kurt Hager, 86. Er verkörperte den Weg vieler deutscher Kommunisten: Aus aktiven Kämpfern gegen die Nazis wurden verkalkte Partei- und Politbürokraten der SED. Kurt Hager war der letzte Intellektuelle im Politbüro des Parteichefs Erich Honecker. Geboren 1912 als Sohn eines Dieners im schwäbischen Bietigheim, schloß sich Hager schon als Schüler den Kommunisten an.


DPA

Mit einem Beil kappte er 1933, wenige Wochen nach der Machtergreifung der Nazis, ein Kabel und sabotierte damit die Rundfunkübertragung einer Hitler-Rede. Seinen Kampf gegen die NSDAP büßte er bitter: Mehrere Monate steckten sie ihn ins Konzentrationslager. 1936 floh Hager nach Frankreich und nahm als Rundfunkpropagandist bis 1939 am Spanischen Bürgerkrieg teil. Den Zweiten Weltkrieg überlebte er im Exil in London. Seit 1949 war Hager in der Führung der SED für die Ideologie zuständig und brachte es bereits 1954 zum Mitglied des Zentralkomitees der Partei. Seit 1963 saß er im Politbüro, dem mächtigsten Gremium im SED-Staat. Nach einer kurzen Phase reformkommunistischer Anwandlungen Mitte der fünfziger Jahre avancierte Hager unter Ulbricht und Honecker zum strengen Exegeten des Marxismus-Leninismus und zugleich zum obersten Wächter der Wissenschaft und Künste im Arbeiter-und-Bauern-Staat. Zu trauriger Berühmtheit brachte er es mit einem Interview im „Stern“. Darin wandte sich der Chefideologe 1987 gegen die Übernahme der sowjetischen Umgestaltung („Perestroika“) durch die DDR mit dem Satz: „Würden Sie, wenn der Nachbar seine Wohnung neu tapeziert, sich verpflichtet fühlen, Ihre Wohnung ebenfalls neu zu tapezieren?“ Das Interview brachte ihm in der DDR den Spitznamen „Tapeten-Kurt“ ein. Im November 1989 schied er auf Druck der Bevölkerung aus der SED-Führung. Die SED/PDS entfernte ihn per Parteiausschluß im Januar 1990 aus ihren Reihen. Nach dem Zusammenbruch der DDR rang sich Hager in seiner Autobiographie „Erinnerungen“ und in Interviews einige selbstkritische Bemerkungen ab: In der SED-Kulturpolitik habe „ein kleinlicher Geist, eine sture Bevormundung und Borniertheit“ geherrscht. Die Berliner Justiz, die gegen Hager wegen Totschlags an den Maueropfern Anklage erhoben hatte, sah mit Rücksicht auf seinen schlechten Gesundheitszustand von einer Strafverfolgung ab. Nach einigen Jahren parteilosen Daseins schloß sich Hager Mitte der neunziger Jahre der einstigen SED-Bruderpartei DKP an. Kurt Hager starb am vergangenen Freitag in Berlin.

George Wallace, 79. Er war nicht nur von Statur der kleine Mann aus den Südstaaten, der sich in der Eingangstür zur Universität von Alabama aufbaute, um persönlich schwarzen Studenten den Zugang zu versperren. Er blieb auch der Farmerssohn, der, zum Gouverneur aufgestiegen, nach „Rassentrennung heute, morgen und immer“ brüllte. Doch nachhaltigen Eindruck bei den Menschen machte erst der seit 1972 nach einem Attentat an den Rollstuhl Gefesselte, den sein schwarzer Helfer von einer schwarzen Kirchengemeinde zur anderen rollte, wo er um Verzeihung für seine Vergangenheit bat, weil er sonst nicht seinem Schöpfer begegnen könne. Wallace verkörperte die von den Bürgerrechtsreformen verunsicherte weiße Unterschicht der Südstaaten, als er sich 1968 für die eigens gegründete „American Independent Party“ um die Präsidentschaft bemühte und rund 14 Prozent der abgegebenen Stimmen erhielt. Viermal gewann er die Gouverneurswahlen in Alabama, 1982 stimmten gar 90 Prozent der Schwarzen für ihn. George Wallace starb am 13. September im Krankenhaus in Montgomery, Alabama.


AFP / DPA

Yang Shangkun, 91. „Meine Hände sind mit Blut besudelt“, bekannte Yang, Chinas Staatspräsident, 1990, ein Jahr nach dem Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens: Die blutige Niederschlagung der Demokratiebewegung bleibt das Stigma des ehemaligen Militärführers, der damals auf Geheiß von Deng Xiaoping gehandelt hatte – mit dem Parteipatriarchen verband Yang eine lange, loyale Freundschaft. Yang machte in der Parteibürokratie Karriere und wurde während der Kulturrevolution als „Revisionist“ gestürzt. Von Deng 1979 rehabilitiert, stieg er zum Generalsekretär der mächtigen Militärkommission auf, war von 1988 bis 1993 Staatspräsident. Yang zählte zur Riege der „Unsterblichen“, jenen Parteiveteranen, die ohne offizielles Amt Einfluß auf die Politik behielten. Yang Shangkun starb vergangenen Montag in Peking.


AFP / DPA

Werbeseite

Werbeseite

Theo Waigel, 59, Bundesfinanzminister, erregte mit paternalistischem Gehabe Unmut selbst bei engsten Parteifreunden und Familienangehörigen. Der CSU-Chef hatte bei einer Wahldiskussion in der Bonner Runde des Zweiten Deutschen Fernsehens mehrfach die Grünen-Sprecherin **Gunda Röstel,** 36, rüde attackiert, sie herablassend behandelt („Ich will Ihnen ja nur helfen“) oder versucht, sie lächerlich zu machen („Sie wissen schon, was der Bundesrat ist?“). Die Ostfrau reagierte kämpferisch und ironisch („Nun seien Sie doch nicht so nervös, Herr Waigel“) und punktete damit bei den Zuschauern. Die erregten sich laut Anrufprotokoll massiv über Waigels „unmögliches Benehmen“. Vorhaltungen mußte sich der Bonner Kassenwart gleich nach der Sendung auch vom CSU-Pressesprecher Maximilian Schöberl anhören: „Das war nicht gut, wie Sie die Frau Röstel von oben herab behandelt haben.“ Schließlich rügte auch Ehefrau Irene in einem Anruf über das Autotelefon das TV-Fehlverhalten des Hausvorstands. Waigel betroffen: „Offenbar hat sich alles gegen mich verschworen.“



J. H. DARCHINGER

Waigel, Röstel

Volker Rühe, 55, Bundesverteidigungsminister auf Abruf, löste mit einer Geste bei der Eröffnung der neuen Offiziersschule des Heeres in Dresden Befremden aus. Er hatte den Ex-General Günter Kießling, 72, als Festredner und Verfasser einer Festschrift auserwählt. Der so geehrte Pensionär war 1983 von Manfred Wörner, einem der Rühe-Vorgänger, wegen angeblicher Homosexualität als „Sicherheitsrisiko“ vorzeitig entlassen und erst nach einem längeren Skandal um haltlose Vorwürfe des Militärischen Abschirmdienstes rehabilitiert worden. Viele zivile und militärische



ILLUSTRATION: P. MUZENIEK

Kohl-Karikatur von Muzeniek

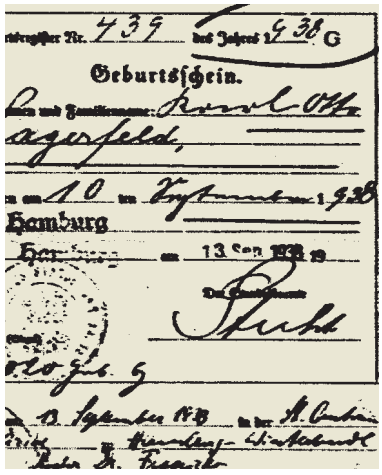
Walther Keim, 63, Leiter der Bundestagspressedokumentation, läßt auch nach dem Schließen der Wahllokale am kommenden Sonntag die Kontrahenten weiterkämpfen – auf dem Papier. Noch in der Wahlnacht sollen Zeichner und Karikaturisten aus West- und Ostdeutschland das Ergebnis der Bundestagswahlen heiter verarbeiten. Mit den Werken wird Mitherausgeber Keim die letzten Seiten eines Karikaturenbandes füllen. Titel des Buchs: „Wechselbäder – 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland und zehn Jahre Wiedervereinigung“ (herausgegeben von Walther Keim und Hans Dollinger, Bruckmann Verlag). Ob ein den Rahmen fast sprengender „Helmut hat euch lieb“ von Peter Muzeniek auf den Titel kommt oder der weniger fette Gerhard-„Guildo“-Schröder von Gerhard Haderer, das wird, so Keim, „noch vor Mitternacht am Wahlsonntag entschieden“. Einer gewinne auf jeden Fall, freut sich der zu politischer Neutralität verpflichtete Beamte: „Der Eurovisionssänger Guildo Horn als Spitzenereignis 1998“.

Karl Lagerfeld, 65, deutscher Modefürst in Paris (Chanel, Fendi), feierte am 10. September Geburtstag, seinen, wie er behauptet, 60. Da meldete sich in der „Bild“ eine alte Schulkameradin, Annemarie Horn, 65, zu Wort: „Ich bin mit dem Karle 1945 ins Gymnasium in Bad Bramstedt eingeschult worden. Wenn er heute 60 ist, wäre er damals mit sieben Jahren in die Sexta, also in die fünfte Klasse gekommen.“ Anderntags legte das Boulevard-Blatt nach. Die Deutsche Presse Agentur hatte ein Foto aus dem Jahr 1954 ausgegraben: Student Karl Lagerfeld als Preisträger eines Modellskizzenwettbewerbs, laut Bildunterschrift damals 21 Jahre alt. Ein Lagerfeld-Sprecher dementierte: „Er war bei der Preisübergabe erst 16. Also ist er heute 60. Alles ein Irrtum.“ Kein Irrtum ist Lagerfelds Geburtsschein, den er, als Fotokopie, vor Jahren zum Beweis seines wahren Geburtsjahres der SPIEGEL-Redaktion zukommen ließ. Bei allen vier auf dem Dokument angegebenen Jahreszahlen ist, mehr oder weniger geschickt, die letzte drei zu einer Acht verschnörkelt, aus 1933 entstand 1938. Auch das Taufregister der Gemeinde Hamburg-Winterhude führt Lagerfeld unter dem Geburtsjahr 1933. Der Mann sieht tatsächlich fünf Jahre jünger aus, als er ist.



SVEN SIMON

Lagerfeld





DPA

Lagerfeld-Geburtsschein, Lagerfeld 1954



ILLUSTRATION: HADERER

Schröder-Karikatur von Haderer

Gäste empfanden den Auftritt Kießlings, der – 14jährig – zu Wehrmachtszeiten einmal als Unteroffiziervorschüler in Dresden war, als wenig zukunftsorientiert und plauderten während des weit in die Historie ausgreifenden Vortrags munter weiter. Vormalige Untergebene murrten, der stramm konservative Ex-General habe während seiner Bundeswehr-Karriere nicht eben ein leuchtendes Vorbild für moderne innere Führung abgegeben. Die Heeresführung verhinderte daher, daß Kießling-Ausführungen zum „Leitbild des Offiziers" in die Festschrift gelangten: Das sei für ein modernes Heer mit neuen Aufgaben „zu rückwärts gewandt".

Roman Herzog, 64, Bundespräsident, beging einen unfreundlichen Akt gegenüber dem Bundeskanzler. Zum Unwillen Helmut Kohls verlieh er den SPIEGEL-Redakteuren Dirk Koch und Klaus Wirtgen das Bundesverdienstkreuz. Einziges Zugeständnis Herzogs: Er verzichtete auf seine ursprüngliche Absicht, den SPIEGEL-Männern die Orden persönlich am 8. Oktober zu überreichen. Wie ein leitender Beamter des Bundespräsidialamts den beiden steckte, scheitert die Ehrung durch Bundespräsident Herzog an „Widerständen des Kanzleramtes". Fast 30 Jahre haben die beiden Redakteure, oft gemeinsam auf Recherche, über Bonner Politik und Interna berichtet. Zum Verdruß des CDU-Vorsitzenden pflegten sie gute Kontakte zur innerparteilichen Opposition um Geißler, Süssmuth und Späth. Der ehemalige Kanzlerberater Gerd Bacher hatte Helmut Kohl schon vor Jahren vor dem Gespann Koch/Wirtgen gewarnt: „Sie, Herr Bundeskanzler, geben Sie acht, die beiden sind ein ambulanter Schlachthof." Koch, seit 1997 Chef des SPIEGEL-Büros in Brüssel, erhält nun die Auszeichnung im Auftrag Herzogs vom deutschen Botschafter am 15. Oktober im Königreich Belgien überreicht; Wirtgen, als Bewohner Nordrhein-Westfalens, bekommt sie aus der Hand des NRW-Ministerpräsidenten Wolfgang Clement.

Heide Simonis, 55, SPD-Ministerpräsidentin in Schleswig-Holstein, erhielt rechtzeitig vor dem zehnten Todestag von Franz Josef Strauß ein heiteres Angedenken an den Bayern. Der Vorstand des Aachener Karnevalsvereins (AKV) brachte, von Simonis zum Besuch geladen, als Gastgeschenk einen Franz-Josef-Strauß-Sessionsorden mit. Die Plakette zeigt einen breit lachenden Strauß als bayerischen Löwen samt weißblauen Bierhumpen. Die Plakette war überflüssig geworden, nachdem Strauß noch vor der Verleihung des „Ordens wider den tierischen Ernst" an ihn im Oktober 1988 gestorben war. Die Strauß-Orden wurden anschließend bis auf wenige Exemplare vernichtet. Die sozialdemokratische Schnellsprecherin („Die Bundesrepublik ist noch nicht reif für eine Bundeskanzlerin"), im Frühjahr selbst vom AKV mit dem „Orden wider den tierischen Ernst" geehrt, kramte gerührt in ihren Strauß-Erinnerungen. Im Bundestag sei sie immer ins Plenum gelaufen, wenn der Bayer das Wort ergriff: „Er hatte immer Sprüche drauf, über die wir lachen mußten." Oder auch diese Reminiszenz, als sie einmal mit Strauß im Fahrstuhl steckenblieb: „Das war nicht leicht für den Franz Josef in der stickigen Luft dort."



M. LEGBAND

Simonis mit Strauß-Sessionsorden

Montag, 21. September

13.00 – 14.00 UHR SAT 1

Sonja

„Besoffen bin ich richtig gut.“ Promillente, hick, erzählen.

16.00 – 17.00 UHR ARD

Fliege

„Wir sind wirklich ein Volk.“ Höchstens echt würglich.

20.15 – 21.00 UHR ARD

Farbe bekennen

Hartmann von der Tann und Volker Herres interviewen Gerhard Schröder.

20.15 – 21.45 UHR ZDF

Der Neffe

… zählt 13 Jahre und ahnt nicht, was für ein flotter Käfer Tante Isabella ist, die auf ihn aufpaßt, solange seine Eltern im Urlaub sind. Gabriela Zerhau inszenierte ein wunderbar sinnliches TV-Spiel, in dem Martina Gedeck alle Register ihres Temperaments zieht – frei nach der Wilhelm-Busch-Devise: In der Kammer still und donkel, treibt’s die Tante mit ’nem Onkel.

20.45 – 22.35 UHR ARTE

Sommer

Gaspard (Melvil Poupaud) ist ein Junge von der blassen, dünnen, hoch aufgeschossenen, wuschelköpfigen Sorte. Er studiert Mathematik und muß demnächst einen Ferienjob in einem Ingenieurbüro antreten. In den drei Wochen, die er allein im freundlichen Dinard in der Bretagne verbringt, zupft er auf der Gitarre herum und bastelt ein Liedchen. Drei Mädchen nacheinander treten auf, wie in den drei Akten einer Komödie, gehen auf ihn zu und verwirren ihn, jede für sich, so weit, daß er jeder von ihnen dasselbe Liedchen widmet. Jede für sich lädt er zu einem Ausflug auf die Insel Ouessant vor dem westlichsten Zipfel der Bretagne ein. Aber er ist ein Zauderer, mit keiner bricht er am Ende zu dem Eiland auf. In Eric Rohmers Spielfilm (Frankreich 1996) gibt es nichts zu kapieren, nur zuzuschauen und zuzuhören – ein Flirt, vermittelt der Kino-Weise für alle Liebeslagen dem Zuschauer, ist ein Flirt ist ein Flirt.



IMPRESS

Melvil Poupaud mit Amanda Langlet in „Sommer“

23.30 – 0.15 UHR SAT 1

News & Stories

Porträt des Dramatikers Rolf Hochhuth.

Dienstag, 22. September

19.25 – 20.15 UHR ZDF

Girl friends

Gleich zu Beginn der neuen und letzten Staffel der beliebten Hotelserie scheint es, als sei alles schon am glücklichen Ende. Ronaldo (Walter Sittler) hält beim Vater von Marie (Mariele Millowitsch) um deren Hand an, doch – Serie ist Serie – so einfach ist der Weg in den Ehehafen nicht. In der ersten Folge (Buch: Christian Pfannenschmidt, Regie: Christine Kabisch) wird nicht am Bezug zu Höherem gespart: Ein Arzt heißt Dr. Rilke.

20.15 – 22.15 UHR SAT 1

Der Handymörder

Der Ex-DDR-Geheimdienstler (Rolf Hoppe) heißt in diesem spannenden Thriller (Buch: Holger Karsten Schmidt, Regie: Hans Werner) Wolfgang Dreher, und nomen est omen: Er scheint immer an den Schalthebeln der Macht zu spielen. Man sieht ihn, wie er vor der Wende Kinder aus einem Waisenhaus holt, und als er später von der bundesdeutschen Justiz verurteilt wird und ins Gefängnis wandert, weiß der Zuschauer, warum der Ost-Pate so nett zu den Kindern war: Er hat sie zu „Schläfern“ ausgebildet, Agenten, die mit Mord ihren „Vater“ freipressen wollen. Aber da gibt es eine schöne Frau vom BKA (Natalia Wörner).



RÖHNERT

Hoppe (M.) in „Handymörder“

20.15 – 22.20 UHR PRO SIEBEN

Busenfreunde 2 – Alles wird gut!

Von wegen: Beim Wiedersehen der drei Busenfreunde bricht einer des Trios, Markus (Stefan Reck), mit einem Herzinfarkt zusammen. Guido (Jan Josef Liefers), eine weitere Gestalt aus dem Dreierbund, wird von seiner Frau (Aglaia Szyszkowitz) vor die Tür gesetzt, und bei Bernhard (Ulrich Noethen) zieht zum Entsetzen der Freundin (Juliane Köhler) die Mutter (Christiane Hörbiger) ein. Die leidet, wie sich herausstellt, unter Alzheimerschen Gedächtnisstörungen. In der Komödie von Thomas Berger, so verspricht der Sender, wird aber trotzdem der Humor nicht vergessen.

20.15 – 22.45 UHR KABEL 1

Die Unbestechlichen

Zwei Reporter der „Washington Post“, Bob Woodward und Carl Bernstein, brachten Anfang der siebziger Jahre mit ihren Recherchen in der Watergate-Affäre den damaligen Präsidenten Richard Nixon zu Fall. Fünf Männer waren in das Hauptquartier der Demokraten eingedrungen und wurden erwischt. Regisseur Alan J. Pakula entging in seinem spannend montierten Film (USA 1976) mit den Protagonisten Robert Redford und Dustin Hoffman der Gefahr des Kintopp-Pathos.



KÖVESDI

„Die Unbestechlichen“-Star Hoffman

Mittwoch, 23. September

13.00 – 14.00 UHR RTL

Bärbel Schäfer

„Deine Wohnung sieht aus wie Sau.“ Besonders die Schweinbauküche mit den Kobenlampen.

14.00 – 15.00 UHR RTL

Birte Karalus

„Los jetzt! Mach mir ein Kind, sonst bin ich weg.“ Das Zeugungsverweigerungsrecht ist aber im Grundgesetz festgeschrieben.

21.00 – 21.45 UHR ZDF

Was nun, Herr Kohl?

Klaus Bresser und Thomas Bellut im Gespräch mit dem Bundeskanzler.

22.00 – 23.40 UHR BAYERN III

Das wilde Schaf

Ein Angestellter (Jean-Louis Trintignant) schläft sich durch die Betten reicher Frauen nach oben. Seine ohnehin rudimentär ausgebildete Moral geht dabei vollends perdu. Ein Film (Frankreich/Italien 1973) mit Romy Schneider. Die Kritiker fanden ihn trotzdem fade.

22.05 – 23.15 UHR RTL

Gefragt: Die Tigerrunde

Die Manager der großen Parteien, Hintze, Müntefering, Protzner, Heide Rühle (Grüne), Westerwelle, Bartsch (PDS), diskutieren. Aber warum sollen die Tiger sein? Vielleicht, weil Schiller schrieb: „Verderblich ist des Tigers Zahn“ und RTL denkt, ein solcher Titel für eine Wahlsendung verbreite beim Publikum Plombenstimmung? „Jedoch der schrecklichste der Schrecken“, dichtete Schiller weiter, „das ist der Kalauer in seinem Wahn.“

23.32 – 0.55 UHR ARD

Himmel und Hölle

Im Juni 1992 drohten an der Volksschule Alsmoos bei Augsburg 30 Familien mit einem Schulboykott, weil ihre Kinder nach dem Religionsunterricht plötzlich Angst vor Dämonen hatten. Der Pfarrer und die Religionslehrerin gerieten in den Verdacht, dem fundamental-katholischen „Engelswerk“ anzugehören, dessen rassistische Schriften von der Amtskirche verboten sind. Der Filmemacher Hans-Christian Schmid las von dem Fall und verarbeitete anschließende Recherchen zu einem spannenden TV-Film mit Katja Riemann und Hannelore Hoger.



IMPRESS

Hoger in „Himmel und Hölle“

0.15 – 3.15 UHR ZDF

Nachtstudio

Eine Theodor-Fontane-Nacht mit Volker Panzer.

Donnerstag, 24. September

20.15 – 21.55 UHR 3SAT

Bob Roberts

Tim Robbins („The Player“), dieser Schlaks mit der entwaffnenden Unbekümmertheit, die ihre Gefährlichkeit wie eine Maske tarnt, spielt in seinem ersten selbstinszenierten Spielfilm (USA 1992) einen Countrysänger, den es in den Senat drängt. Scheinbar wie eine Dokumentation über eine Wahlkampagne mit ihren Helfern, ihren Publicity-Strategen, ihren TV-Debatten und pausenlosen Bädern in der Menge gedreht, gießt das Kinostück seinen Hohn und Spott über die Charakterlosigkeit aus, mit der die Politik Charakterköpfe als Verkaufsartikel produziert – nach der Devise: „Der größte Lump sitzt obenauf.“

20.15 – 22.00 UHR PRO SIEBEN

Das Biest

Nick (Cary Elwes) ist verbissener Redakteur in einem Lifestyle-Magazin – seinem ersten Job. Außerdem wohnt er sehr schön im Gartenhaus einer neureichen Familie. Leider verfügt der Mann über kein besonderes Schreibtalent, weswegen sich die 14jährige Darian (Alicia Silverstone), das Kind der Vermieter, karrierefördernd über Nicks Texte hermacht. Doch erweist sich das Heinzelfrauchen sehr bald als rechter Lolita-Drachen und führt mit einer fingierten Vergewaltigung die Entlassung des hoffnungsvollen Redakteurs herbei. Nur mit martialischen Mitteln weiß sich Nick am Ende weißzuwaschen. Alan Shapiros Thriller (USA 1993) fiel leider schwach aus, weil die Handlung zu unglaubwürdig ist.

21.45 – 22.28 UHR ARD

Legenden: Curd Jürgens

Roland May guckt in einen berühmten normannischen Kleiderschrank.

22.15 – 24.00 UHR RTL

Gefragt: Gerhard Schröder

Der Kanzlerkandidat der SPD stellt sich live den Fragen eines Bürgerforums.

Freitag, 25. September

13.00 – 14.00 UHR RTL

Bärbel Schäfer

„Wenn ich Kanzler von Deutschland wär“. Ein Irrealis, der hoffentlich immer ein Irrealis bleiben wird.

19.25 – 19.52 UHR ARD

Herzblatt

Nach der blassen Cœur-Dame Hera Lind soll nun als neuer Moderator Christian Clerici, 32, die Stiche machen. Herz bleibt weiter stumpf, äh, Trumpf.

21.15 – 22.43 UHR ARD

Eine Sünde zuviel



ARD

Lauterbach in „Eine Sünde zuviel“

Erste von vier Konsalik-Verfilmungen mit Heiner Lauterbach und Gudrun Landgrebe, die eine bei einem Unfall erblindete Frau spielt. Die Werke aus der Feder des Trivialautors wurden mit Mitteln der Filmstiftung Nordrhein-Westfalen gefördert, was zu Protesten führte. Handelt es sich da um eine Anpassung an das Unterhaltungsbedürfnis oder um eine Sünde zuviel?

22.15 – 24.00 UHR RTL

Gefragt: Helmut Kohl

Auch der Kanzler stellt sich live den Fragen der Bürger. Und der TV-Wahlkampf ist überstanden.

Samstag, 26. September

20.15 – 21.45 UHR ZDF

Lisa Falk

Ulrike Kriener als warmherzig-patente Rechtsanwältin mit Tochter, Eheproblemen und einem netten Professor (Peter Striebeck), der ihr auch gleich eine schöne Altbauwohnung vermietet. Der Pilotfilm zu einer zwölfteiligen Reihe zeigt übliches Unterhaltungsfernsehen, eine sympathische Schauspielerin, die aber in keiner Szene zu großen Leistungen herausgefordert wird.



J. RAKETE / ZDF

„Lisa Falk"-Darstellerin Kriener

20.15 – 23.50 UHR PRO SIEBEN

Braveheart

Fünf Oscars gewann diese Hollywoodballade vom schottischen Rebellen (Mel Gibson, er führte außerdem Regie), der sich im 13. Jahrhundert wider die gemeinen Engländer erhebt. Am sorgfältigsten hat Gibson die Schlachten inszeniert. Brennende Pfeile verwandelten, so die Überlieferung, die von den Schotten zuvor mit Öl präparierte Walstatt in ein Flammenmeer. Der Special-effects-Fachmann Nick Allder plazierte dazu Stahlrohre unter der Grasoberfläche, durch die Propangas mächtige Lohen aufschießen läßt.

23.45 – 1.25 UHR WEST III

Der Kandidat

Geschickt inszenierter Politreißer (USA 1963, Regie: Franklin Schaffner), der die Mechanismen der Kandidatenauswahl der sechziger Jahre für das Präsidentenamt aufzeigt. Der angewiderte Intellektuelle (Henry Fonda) und sein Antipode, ein skrupelloser Emporkömmling (Cliff Robertson), stehen sich gegenüber.

Sonntag, 27. September

VON 17.45 UHR AN

Bundestagswahl

Ein medialer Großkampftag steht heute ins Haus. Von der Bundestagswahl und der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern berichten die großen Vollprogramme in Deutschland. 29 ausländische Stationen, doppelt so viele wie vor vier Jahren, haben sich für Übertragungen angemeldet. Die Bonner Runde mit den Parteivorsitzenden – unter ihnen Kohl und Lafontaine – ist in ARD und ZDF um 20.20 Uhr zu sehen. Damit vor lauter Zahlen, Statements und Hintergründen die Berichterstattung nicht zu ernst wird, sorgen Sat 1 und das Erste für Entspannung. Harald Schmidt meldet sich mit einer Wahl-Comedy vom Brandenburger Tor (Sat 1, 20.15 Uhr). Die Geissendörfer-Soap „Lindenstraße" (ARD, 21.00 Uhr) feiert ihren Bierulk. Der ewig freundliche WG-Asiate Gung Pham Kien, kurz Gung genannt, kandidiert in der Serie für den Bundestag. Jetzt ist zu sehen, was er erreicht hat.



WDR

„Lindenstraßen"-Szene

22.00 – 0.25 UHR KABEL 1

Under Fire

Roger Spottiswoode drehte – für Hollywood ungewöhnlich – einen politisch ambitionierten Film (1983) über zwei Journalisten zwischen den Bürgerkriegsfronten in Nicaragua.

SPIEGEL TV

DONNERSTAG
21.55 – 22.50 UHR VOX

SPIEGEL TV EXTRA

St. Pauli unterm Hakenkreuz
Die sündigste Meile Deutschlands während der Nazi-Zeit.

FREITAG
22.15 – 22.45 UHR VOX

SPIEGEL TV INTERVIEW

Die boxende Türkin



ACTION PRESS

Die 22jährige Fikriye Selen gilt als größtes weibliches Boxtalent in Deutschland.

22.45 – 23.30 UHR VOX

SPIEGEL TV THEMA

Das deutsche Wochenende
Am Samstag und Sonntag zeigt sich die Volksseele bei Weinfesten, Hunde- und Kart-Rennen.

SAMSTAG
22.15 – 0.15 UHR VOX

SPIEGEL TV SPECIAL

„Bei uns tanzt keiner aus der Reihe"
Ein SPIEGEL-TV-Team begleitete junge Panzergrenadiere während ihrer ersten Wochen bei der Bundeswehr.

SONNTAG
22.00 – 23.00 UHR RTL

SPIEGEL TV MAGAZIN

Wahlen 1998
Reportagen, Interviews und Analysen. Eine Gemeinschaftssendung mit dem RTL-Nachtjournal. Moderation: Stefan Aust und Heiner Bremer.

0.00 – 0.30 UHR SAT 1

SPIEGEL TV REPORTAGE

Auf der Schwelle zur Macht – Gerhard Schröders Weg nach oben
Ein Porträt des Mannes, der in den späten siebziger Jahren seine politische Karriere als Juso-Vorsitzender begann, um zwei Jahrzehnte später in der „neuen Mitte" anzukommen.

Werbeseite

Werbeseite

Programmänderung von RTL 2: „Der Titel der für 22.15 Uhr angekündigten Sendung ‚Gaudi in der Lederhose – Oktoberfest '98' aus der Reihe ‚exklusiv – die reportage' wurde geändert und lautet jetzt ‚Oktoberfest '98 – Gaudi in Lederhosen'."

Naturheilkundlich arbeitende Zahnärztin sucht Putzfrau zur Zusammenarbeit.

Aus dem „Südkurier"

Aus der „Frankfurter Allgemeinen": „Was haben Johann Sebastian Bach und die Grabenfräse Ditch Witch RT 150 gemeinsam? Die Antwort ist simpel: Beide sind Meister in der tiefschürfenden Kunst der Fuge."

China ist „Spitze" bei Hinrichtungen

Aus der Heidelberger „Rhein-Neckar-Zeitung"

Der Chefredakteur Dieter Soika in der Chemnitzer „Freien Presse": „Wobei sich dieser schwarze Filz aber als wahrer Humus erweist, der das Gemeinwesen aufblühen läßt, während der rote Filz anderenorts wie ein zerstörerisches Krebsgeschwür wuchert."

Hygienisch und erfreulich – Brechen ohne Nierenschale.

Bildunterschrift aus der „Medical Tribune"

Aus der „Süddeutschen Zeitung": „Die Gastfreundschaft der Albaner hat sich als Ehrensache erhalten und bewährt sich jetzt in erstaunlicher Weise. Die Frauen drängen sich mit den Kindern in einer Hofecke. Die Männer, teils mit dem albanischen Filzkäppchen auf dem Kopf, nehmen drinnen im Geviert auf Sitzkissen unter Wandteppichen Platz."

0.15 Der Alte: Schlagt ihn tot. Anschließend: Die Parteien zur Bundestagswahl (VPS 21.13)

Aus dem Fernsehprogrammhinweis in der „Frankfurter Allgemeinen"

Zitate

Die „Berliner Morgenpost" zum SPIEGEL-Bericht „Affären – ‚Unzuverlässige, kriminelle Person'" über den Einsatz ehemaliger Mielke-Spitzel beim Berliner Verfassungsschutz, wonach der Spitzel, der den Scientology-Skandal auslöste, schon der Stasi als problematisch galt (Nr. 38/1998):

Zu lange hat Schönbohm die Defizite beim Geheimdienst auf die leichte Schulter genommen und sich am Ende fast daran verhoben. Zu spät ging er an die Öffentlichkeit, um gegenzusteuern. Deutlich wurde dies, als der SPIEGEL über die Zusammenarbeit mit ehemaligen Stasi-Agenten schrieb. Obwohl der Senator zuvor den zuständigen Parlamentsausschuß über diese Tatsache informiert hatte, wurde er am vergangenen Wochenende von den Reaktionen überrollt.

Die „Süddeutsche Zeitung" zu einer Äußerung von Jupp Heynckes im SPIEGEL-Gespräch „Lichtjahre entfernt" über die Defizite von Berti Vogts und den Zustand des deutschen Fußballs (Nr. 38/1998):

„Im Moment bin ich Kummer gewohnt", meinte Ribbeck angesichts der vielen Kommentare zu seiner Person und seiner Ernennung, wobei auch Mißverständliches zutage trat. So hatte ihn Trainer-Kollege Jupp Heynckes angerufen und ihm versichert, sein Vorwurf im Nachrichtenmagazin SPIEGEL, auf der Suche nach einem Bundestrainer könne man sich „auch gleich in Hollywood nach einem gutaussehenden Schauspieler umgucken", sei nicht gegen Ribbeck gerichtet gewesen.

Der SPIEGEL berichtete ...

... in Nr. 36/1998 „Frieden mit Soldaten-Model" über Proteste des Deutschen Bundeswehr-Verbands gegen ein CDU-Wahlplakat mit dem Konterfei eines Soldaten im Kampfanzug.

Weder den Verbandsvorsitzenden Oberst Bernhard Gertz noch die Grünen-Wehrexpertin Angelika Beer befand Verteidigungsminister Volker Rühe, obwohl selber befremdet, bis Ende voriger Woche einer Antwort auf deren Protestbriefe für würdig. CDU-Generalsekretär Peter Hintze antwortete Gertz zwar. Auf die Vorbehalte gegen die Vereinnahmung der Armee durch eine Partei ging Hintze aber nicht ein. Vielmehr münzte er die CDU-Werbung zum „Sympathiesignal" für die Truppe um – und zu einem Hinweis, „daß unsere Bundeswehr ihrem Friedensauftrag mit größtem Erfolg gerecht wird".